

Kritik und Leidenschaft: Vom Umgang mit politischen Ideen

Otten, Henrique Ricardo (Ed.); Sicking, Manfred (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
transcript Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Otten, H. R., & Sicking, M. (Hrsg.). (2011). *Kritik und Leidenschaft: Vom Umgang mit politischen Ideen* (Edition Politik, 2). Bielefeld: transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415900>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Henrique Ricardo Otten,
Manfred Sicking (Hg.)

Kritik und Leidenschaft

Vom Umgang mit
politischen Ideen

Henrique Ricardo Otten, Manfred Sicking (Hg.)
Kritik und Leidenschaft

HENRIQUE RICARDO OTTEN, MANFRED SICKING (Hg.)

Kritik und Leidenschaft

Vom Umgang mit politischen Ideen

(unter Mitarbeit von Julia Schmidt)

[transcript]

Das Buch wurde gedruckt mit freundlicher Unterstützung der RWTH Aachen sowie der Sparkasse Aachen

RWTHAACHEN
UNIVERSITY

 Sparkasse
Aachen



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-Non-Commercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de/>.

Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-verlag.de

© 2011 transcript Verlag, Bielefeld

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagkonzept: Kordula Röckenhaus

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-1590-6

PDF-ISBN 978-3-8394-1590-0

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: info@transcript-verlag.de

Inhalt

Einleitung

Henrique Ricardo Otten und Manfred Sicking | 7

Kritische Gesellschaftsbeobachtung in der Nachkriegsgeschichte deutscher Politikwissenschaft

Michael Th. Greven | 13

POPULISMUS

Populismus: Form oder Inhalt?

Hans-Jürgen Puhle | 29

Populismus: Theoretische Fragen und Erscheinungsformen in Mitteleuropa

Karin Priester | 49

Populismus und Islam in der Türkei

Hilal Onur Ince | 67

RECHTSEXTREMISMUS

Der Rechtsextremismus und die Mitte

Michael Kohlstruck | 85

„Kampf um das Stadion“. Fußball als gesellschaftliches Konfliktfeld und Einflusszone der extremen Rechten

Richard Gebhardt | 95

Bürgerbeteiligung vor Ort als Strategie gegen Rechtsextremismus. Einige Erfahrungsreflexionen

Wolfgang Gessenharter | 117

ZUSTAND UND ZUKUNFT DER DEMOKRATIE

Skandale der Bonner Republik. Ein Anstoß zu demokratischen Veränderungen

Andrea Mork | 135

Politische Partizipation und Apathie in antiker und moderner Perspektive

Richard Saage | 151

Demokratie als Ideologie

Dirk Jörke | 169

Gibt es einen heimlichen Lehrplan von „Governance“ im liberalen Kapitalismus?

Alban Werner | 183

IDEOLOGIEKRITIK UND GESELLSCHAFTSKRITIK HEUTE

Historischer Materialismus und Antisemitismus. Ideologiekritik bei Marx, Adorno/Horkheimer und Kurt Lenk

Helmut König | 199

Gewalt, Hegemonie und falsche Totalisierung. Der mythische Singular Giorgio Agambens

Wolfgang Fritz Haug | 221

Nicht verhinderte Krisen und die Fragwürdigkeit der Autonomie des handelnden Subjekts

Karl Georg Zinn | 239

Die Einmischer. Über das heutige Engagement der Literatur

Thomas Wagner | 253

Etwas fehlte – zur geistigen Situation einer Schülergeneration

Berthold Franke | 267

Von den großen Mobilisierungsideologien zur ideologischen Verdeckung. Reflexionen zu einer Diskussion zu Ehren von Kurt Lenk

Karl-Siegbert Rehberg | 277

EPILOG

Vom Mythos der politischen Mitte

Kurt Lenk | 299

Autorinnen und Autoren | 309

Einleitung

HENRIQUE RICARDO OTTEN und MANFRED SICKING

Der Beitrag der Ideologiekritik „besteht in der Auflösung realitätsverschleiender Bewußtseinsformen; sie kann aber *nicht* an die Stelle der von ihr kritisch aufgelösten Ideologien neue setzen. Die Relativierung falschen, erstarrten und geronnenen Bewußtseins ohne dogmatische Pose: dies und nichts anderes bleibt das Geschäft der Kritik.“

KURT LENK

Der vorliegende Sammelband ist aus einem Kolloquium entstanden, das anlässlich der Vollendung des 80. Lebensjahres des Politikwissenschaftlers und Soziologen Kurt Lenk durchgeführt wurde. Ziel des Zusammentreffens von Kollegen, Wegbegleitern, Schülern und jüngeren Wissenschaftlern, die durch seine Arbeiten inspiriert wurden, war es, Lenks Leben, Wirken und Wirkung, vor allem aber sein wissenschaftliches Werk zu würdigen. Die Organisatoren der Veranstaltung haben von daher die Schwerpunktthemen, die Lenk in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit behandelt hat, aufgegriffen, um die von ihm formulierten Befunde und theoretischen Ansätze einer interessierten und zugleich kritischen Sichtung zu unterziehen und auf ihren Aktualitätsgehalt hin zu prüfen. Da jede Erkenntnis, so auch die Auffassung von Kurt Lenk, nur Wahrheit mit Vorläufigkeitscharakter sein kann, müssen auch die Gegenstände seiner kritischen Beobachtungen in veränderten historischen Situationen neu vermessen werden. Hierbei hat sich allerdings immer wieder gezeigt, dass Kurt Lenk zu jenen sozialwissenschaftlichen Denkern gehört, die mit einem wachen intellektuellen Sensorium Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung bereits in einem frühen Stadium wahrnehmen. Fruchtbar wird dies aufgrund seiner Fähigkeit, in seinen Schriften kritische, ideengeschichtlich orientierte Analysen mit einer Leidenschaft für

das intellektuelle politische Engagement zu verbinden. Blicke auf der einen Seite die bloß leidenschaftlich engagierte Teilhabe am Politischen ohne präzise Analyse blind, so geriete auf der anderen Seite das unengagierte, sich rein szientifisch gebende theoretische Konstruieren ohne den leidenschaftlichen Bezug auf eine politische Kontroverse zu einem leeren Spiel – aus der Abgrenzung von jeder dieser beiden Seiten dürfen wir Kurt Lenks Sicht auf den Umgang mit politischen Ideen verstehen.

Michael Th. Greven stellt in seinem Eingangsbeitrag die Frage, inwieweit Lenks Ansätze Teil einer Gesamtströmung in der jungen bundesrepublikanischen Politikwissenschaft sind, die insbesondere mit dem Impetus der Kritik die unmittelbare Nachkriegszeit sowie die Phase des Wiederaufbaus geradezu kontrapunktisch begleitete. Er kommt zu dem Ergebnis, dass Lenk eine eigenständige und vernehmbare Stimme im *cantus firmus* dieses kritischen Ensembles engagierter Sozialwissenschaftler, Publizisten und sich politischen Fragen offen zeigenden Philosophen war. Mit Greven bleibt zu fragen, welchen Stellenwert kritische Politikwissenschaft heutzutage in einer durch Massenmedien geprägten Welt, die sozialwissenschaftliche Erkenntnisse nur noch in 90sekündigen Häppchenformen verabreichen kann, noch hat.

Der Frage, inwieweit Populismus ein die politische Gegenwart in verschiedenen Ländern beeinflussendes Phänomen ist, wird von Hans-Jürgen Puhle, Karin Priester und Hilal Onur aus unterschiedlichen Blickwinkeln untersucht. Aber was versteht man heute unter Populismus? *Hans Jürgen Puhle* verweist zunächst darauf, dass Populismus ein weiter und inhaltlich oft unspezifischer Begriff bleibt. Dennoch lässt sich festhalten, dass Populismen Reaktionen auf Modernisierungsprozesse darstellen, die historisch ein breites Spektrum sehr heterogener und politisch unterschiedlich ausgerichteter Strömungen bilden. Der Protest richtet sich gegen „die da oben“, die politische Klasse, gegen die im Namen des „Volkes“ mobilisiert wird. Heute ist jedoch häufig von „Populismus“ als einer Technik, einem Appell, von populistischer Agitation die Rede. Nach Puhle ist dies nicht von ungefähr der Fall: Während die inhaltliche Seite des Populismus gegenwärtig eher unklarer erscheint, hat die populistische Form Hochkonjunktur: die Darstellung persönlicher Führungskraft bei inhaltlicher Beliebigkeit, unter geschickter Nutzung populistischer Elemente, die die eigene Verbundenheit mit dem „Volk“ demonstrieren sollen.

Karin Priester versteht unter Populismus hingegen eine spezifische politische Strömung. Nach Priester tritt Populismus seit den 1990er Jahren mit Kampfansagen an Multikulturalismus, ökonomischen Internationalismus und staatliche Umverteilungspolitik hervor, mit denen Abstiegsängste wie Aufstiegshoffnungen, die eher im mittleren gesellschaftlichen Segment beheimatet sind, angesprochen werden.

Hilal Onur beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit dem Populismus der türkischen AKP und ihrer Führungsfigur Erdogan. Dabei widmet sie sich nicht nur dessen populistischen Techniken und Selbstdarstellungsweisen –

als „harter Mann“ aus dem Volke –, sondern beleuchtet als Hintergrund eines spezifisch türkischen Populismus die Dichotomie von „Staat“ und „Gesellschaft“. Der damit benannte Gegensatz, der aus ihrer Sicht als Herrschaftsmittel künstlich inszeniert und in den Mittelpunkt der politischen Aufmerksamkeit gerückt wird, dient dazu, die „islamische“ Gesellschaft gegen die angeblich unislamische Staatsklasse in Stellung zu bringen und aus Sicht der AKP den eigenen Anspruch, das Volk zu vertreten, zu untermauern. Dieser Populismus stützt sich auf ein Netzwerk religiöser Vereinigungen, unter denen Onur der Fethullah Gülen-Bewegung besonderes Gewicht beimisst.

Unter Dauerbeobachtung hat Kurt Lenk stets die offenen und latenten Formen des Rechtsextremismus in den europäischen Gesellschaften gestellt. Einleitend setzt sich *Michael Kohlstruck* kritisch mit der These auseinander, wonach der Rechtsextremismus insbesondere in der Mitte der Gesellschaft zu verorten sei. Anhand empirischer, methodologischer und wissenssoziologischer Befunde stellt er den Gehalt und die Verwendung dieser Interpretationsfigur nicht nur in Frage, er verweist vielmehr darauf, dass eine entsprechende Überbewertung des Rechtsextremismus als vermeintlich zentraler Bedrohung der Demokratie dazu führe, dass andere, viel gravierendere Gefährdungen quasi unsichtbar blieben.

Richard Gebhardt widmet sich der Beobachtung von nazistischen, rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen in der Fanszene von Fußballvereinen, die der kosmopolitischen Realität auf dem Stadionrasen beständig kontrastieren.

Angeregt durch eigene Beobachtungen zeigt *Wolfgang Gessenharter* auf, wie mit dialogorientierten Moderationsverfahren Partizipationserfahrungen vermittelt werden, die insbesondere Jugendliche vor dem Abrutschen in rechtsextremistische Grundhaltungen bewahren können. Wer ein tieferes Verständnis für politische Prozesse erworben und zivile Konfliktregelungen kennen gelernt hat, ist nicht mehr geneigt, den gewaltförmigen oder autoritären Ausweg aus Konflikten zu suchen, so die These Gessenharters.

Die heutige Demokratie ist in jüngster Zeit, wie die „Postdemokratie-Debatte“ zeigt, zwar nicht äußeren Angriffen, aber starken Zweifeln ausgesetzt, die ihrer inneren Verfasstheit und der Bereitschaft ihrer Bürgerinnen und Bürger gelten, sich aktiv an ihr zu beteiligen. Die Autorin *Andrea Mork* untersucht die Bedeutung des Skandals für die Demokratie. Der Skandal greift zwar in der Regel nicht die großen strukturellen Probleme moderner Gesellschaften auf. Dennoch zeigen die Vielzahl und Vielfalt politischer Skandale dessen Funktion, Machtkontrolle zu fördern, Veränderungen anzustoßen und die Vitalität demokratischer Öffentlichkeit immer wieder zu erneuern.

Richard Saage leitet aus der Analyse der attischen Demokratie einige nach wie vor gültige Strukturbedingungen für das Gelingen demokratischer Partizipation her. Dazu gehören Bürgertugenden, ein Staat, der den Interes-

sen einer breiten Bürgerschaft dient, eine demokratische Kultur und die Erfüllung von Gerechtigkeitskriterien. Anhand dieser Anforderungen an ein demokratisches Gemeinwesen zeigt Saage die Ursachen der aktuellen Apathie in der Demokratie auf, nicht ohne am Ende nach den Perspektiven demokratischer Erneuerung zu fragen.

Ebenso wie Saage geht auch *Dirk Jörke* in seinem Beitrag auf die Diagnose einer „Postdemokratie“ als des aktuellen Zustands westlicher Gesellschaften ein. Dabei beleuchtet er die Entdemokratisierungsprozesse, die Entscheidungen von demokratischen Institutionen und Deliberationsprozessen wegverlagern und expertokratischen Praktiken überantworten. Die gegenläufige Tendenz, neue Formen bürgerschaftlicher Partizipation zu kultivieren, betrachtet Jörke skeptisch, nicht zuletzt, weil sie seiner Auffassung nach Gefahr laufen, die Spaltung der Gesellschaft in gut ausgebildete, aktive Modernisierungsgewinner und zunehmend apathische Modernisierungsverlierer noch zu vertiefen.

Alban Werner analysiert „Governance“ als den offiziellen, nicht-hierarchischen Modus modernen Regierens und gleichzeitig als das verdeckte Eingeständnis struktureller Unregierbarkeit moderner Demokratien. Der Autor plädiert dafür, in ebenso nicht-hierarchischer Weise Bündnisse unterschiedlicher Bewegungen zu schließen, um eine erneuerte Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse durch demokratische Entscheidungen zu erreichen.

Um eine spezifische Kritik der Ideologiekritik geht es in *Helmut Königs* Beitrag. Nach seiner Auffassung führt die Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Antisemitismus bereits Horkheimer und Adorno dazu, den Primat der ideologiekritischen Kapitalismusanalyse zugunsten einer Zivilisations- und Vernunftkritik aufzugeben. Für König bleibt fraglich, was aus der Ideologiekritik wird, wenn die Grundlagen des Historischen Materialismus nicht mehr als tragfähig angesehen werden können. Dieses Problem sei auch bei Kurt Lenk ungelöst.

Wolfgang Fritz Haug unternimmt seinerseits die Kritik eines sich selbst als kritisch verstehenden Denkens, nämlich einer Kritik des „Ausnahmezustands“, der Giorgio Agamben derzeit zu intellektueller Popularität verholten hat. Wenn Agamben das Recht und die politische Ordnung auf der mythisierten Gewalt des „Ausnahmezustands“ gründen lasse, so verschwinden nach Haug aus einer derart totalisierenden Perspektive die Widersprüche, Auseinandersetzungen und Kompromissbildungen je spezifischer historischer Konstellationen, die politisches Handeln bestimmen und die dieses wiederum weitertreibt.

Karl Georg Zinn wirft einen Blick auf die ökonomischen Veränderungen seit dem Zweiten Weltkrieg und die Art und Weise, in der die Wiederbelebung der seiner Auffassung nach wegweisenden Überlegungen von John Maynard Keynes derzeit erfolge: nämlich halbherzig, unter Ausblendung der radikalen Schlussfolgerungen, die Keynes gezogen hatte. Um die historischen Fehler, die immer wieder zu menschengemachten Krisen und

Katastrophen führen, vermeiden zu können, müsse man, so Zinns Fazit, mehr über die determinierenden Faktoren menschlichen Handelns wissen.

Thomas Wagner gibt einen Einblick in die aktuelle Szenerie gesellschaftskritisch engagierter Literaten, und widerspricht energisch der Behauptung, die Zeit der Schriftsteller, die sich politisch äußern, sei vorüber. Die Themen der von ihm befragten Schreibenden reichen von der Kritik an der Gefährdung von Bürgerrechten durch ausufernde Überwachungspraktiken bis hin zu Vorstellungen grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen; wie die „Anstöße“, die die Literaten geben, zu bewerten sind, wäre noch kontrovers zu diskutieren.

Einen nachdenklichen Blick wirft *Berthold Franke* zurück auf seine Zeit als Doktorand bei Kurt Lenk. Franke konstatiert für diese Jahre einen generationellen „Wirklichkeitsverlust“ in einem breiten Spektrum der intellektuellen Linken, genauer gesagt: den Verzicht darauf, die Realität der Bundesrepublik aus eigener Anschauung angemessen wahrzunehmen. Dafür dominieren im akademischen Betrieb die Sekundäranalysen des bereits Gedachten und Geschriebenen. Im Hintergrund steht das Gefühl, einen antifaschistischen Widerstand gewissermaßen „nachholend“ an Themen der Nachkriegsrepublik üben zu müssen. Damit wird, was für die Generation Kurt Lenks noch eigenes prägendes Erleben war, zum Fundus einer bloßen Stellvertreterpose. Es bleibt, so Franke, heute immer noch die Aufgabe, mittels präziser Beobachtung und analytisch scharfer Kritik die eigenen Verhältnisse der Gegenwart neu in den Blick zu nehmen.

Karl-Siegbert Rehberg zeigt die Veränderungen der Position auf, in der sich Ideologiekritik befindet. Die Arbeit Kurt Lenks sei noch dem Projekt kritischer Aufklärung zuzurechnen und der Beschäftigung mit den intellektuellen Vertretern jener Großideologeme gewidmet, die, entstanden im 18. und 19. Jahrhundert, die Konflikte und auch die Katastrophen des 20. Jahrhunderts prägen. Auch Rehberg sieht die ideologiekritischen Anstrengungen der Nachkriegsbundesrepublik getragen von dem mitschwingenden Misstrauen in die Festigkeit der deutschen Demokratie, von einer latenten Furcht vor dem Verlust der formal verbrieften Freiheit. Für die heutige Situation sei ein Wandel von Mobilisierungs- zu Verdeckungsideologien zu konstatieren; für diese lassen sich jedoch nicht mehr die großen Erzähler und Erzählungen finden, mit denen sich die Auseinandersetzung auf dem von Kurt Lenk gepflegten hohen hermeneutischen Niveau lohnte. Dennoch sieht Rehberg dessen Arbeit als beispielgebend für eine Sozialwissenschaft an, die ihren Anspruch, kritische, auch unbequeme Anstöße zu liefern, nicht aufgegeben habe.

Das Schlusswort bildet ein aktueller Aufsatz von *Kurt Lenk*, der den Mythos der „politischen Mitte“ entzaubert. Das Drängen zur politischen Mitte speist sich seiner Analyse nach zum einen aus den soziologischen Befunden der „Mittelstandsgesellschaft“, zum anderen aus der politischen Philosophie einer geordneten bürgerlichen Welt, die alle Utopien und selbst alle Experimente aufgegeben und durch die Richtwerte Maß und Mäßigkeit,

Skepsis und Pragmatismus ersetzt habe. Lenk hält solche wirklichkeitsfernen Harmoniebedürfnisse für gefährlich: Sie behinderten die Artikulation von Interessen, prämierten ein künstliches Wir-Gefühl und entkernten letztendlich die demokratische Substanz.

Dieser Aufsatz zeigt einen zentralen Impuls des Wirkens von Kurt Lenk, der unverändert Aktualität und Gültigkeit behalten hat: Stets geht es darum, die demokratische Streitkultur lebendig zu erhalten. Sie bildet aus Lenks Sicht das beste Mittel dagegen, dass aus Konflikten Freund-Feind-Konstellationen entstehen, die die Grenzen der Zivilität öffentlichen Wettstreits überschreiten und in gewaltsame Auseinandersetzungen münden. Der vorliegende Band soll nach dem Wunsch der Herausgeber den Umgang mit politischen Ideen in einer Weise thematisieren, die zur Lebendigkeit zivilen demokratischen Disputs beiträgt.

Kritische Gesellschaftsbeobachtung in der Nachkriegsgeschichte deutscher Politikwissenschaft

MICHAEL TH. GREVEN

Mit dem vorgegebenen Begriff einer „kritischen Gesellschaftsbeobachtung“ – so intuitiv er auch zunächst den Charakter von Kurt Lenks wissenschaftlicher Arbeit zu treffen scheint – ist eher ein Problem aufgeworfen, als eine wissenschaftliche Praxis angemessen erfasst. Zwar hat uns der große Soziologe Luhmann zu lehren versucht, dass alle Wissenschaft mit einer „Beobachtung“ und die wiederum mit einer „Unterscheidung“ beginnt (Luhmann 1990)¹ – aber man kann an seinem monumentalen Werk nun auch studieren, dass die bloße Kombination von „Beobachtung“ und „Unterscheidung“, wenn es dabei bleibt, niemals zur Kritik führt, dass bei aller filigranen Konstruktion eines Systems von Systemen es dann letztlich bei jener „augenzwinkernde[n] Haltung“ der Soziologie bleibt, die Kurts maßgeblicher Lehrer Theodor W. Adorno bloße Affirmation dessen nannte, was der Fall ist. Etwas sein angebliches Studierenerlebnis stilisierend sagt Adorno in seiner letzten Einführungsvorlesung 1968: „Ich kann mich allerdings selber noch sehr deutlich an meine Studienzeit erinnern, als ich auch mit großem Erstaunen wahrgenommen habe, dass die Tatsache, dass man sich mit gesellschaftlichen Fragen überhaupt befasst, nicht automatisch führt zu den Fragen, die mit der Herbeiführung einer besseren oder einer richtigen Gesellschaft überhaupt zu tun haben“ (Adorno 2003: 24).

Wer wie Kurt Lenk in jenen frühen fünfziger Jahren der jungen Bundesrepublik in Frankfurt bei Adorno und Max Horkheimer studierte, der wuchs in jene gesellschaftliche und politische Spannung hinein, in der die einen wie Wolfgang Abendroth, Eugen Kogon oder der heute zu Unrecht vergessene Walter Dirks das als „gesellschaftliche Restauration“ (Dirks 1950; vgl. dazu Greven: 2007a) begriffen, was die anderen, was die meisten vor dem Hintergrund der einsetzenden wirtschaftlichen Besserung, innenpolitischen Stabilisierung unter der patriarchisch-autoritär geführten Regierung Adenauers und schließlich der mit Wiederaufrüstung erkauften

wachsenden Anerkennung im westlichen Bündnis als „beste Demokratie, die es je auf deutschem Boden gegeben hatte“, verstanden. Nicht dass Letzterem Abendroth, Adorno oder der junge Doktorand Kurt Lenk und die anderen damals widersprochen hätten – aber was sie besorgt machte und kritisch bleiben ließ, war, dass die „gesellschaftlichen Verhältnisse“, die ihrer theoretischen Einsicht nach einmal das unfassbare Verbrechen der Jahre 1933 bis 1945 in einem zivilisierten Land erst ermöglicht hatten, unangetastet blieben, und dass damit auch in Zukunft, wie sie glaubten, jene Bedrohung erhalten blieb, an der die erste deutsche Demokratie und mit ihr halb Europa und nicht zuletzt das europäische Judentum fast zugrunde gegangen waren.

Will man dem Begriff der „kritischen Gesellschaftsbeobachtung“ im damaligen Zeitkontext einen Sinn verleihen, dann muss man sie von jener nach 1949 sich allmählich etablierenden akademischen Disziplin der Politischen Wissenschaft unterscheiden, die von eben diesen „gesellschaftlichen Verhältnissen“, theoretisch mit jener Minderheit gesprochen, die vom „Kapitalismus“ absieht. Hier verlief – und mache würden hinzufügen: hier verläuft bis heute – die eigentliche Trennlinie. Natürlich verstanden sich auch die anderen nicht als unkritisch, so wenn – um nur einige fast willkürliche Beispiele zu nennen – Ferdinand A. Hermens das neue Wahlrecht der Bundesrepublik kritisierte (vgl. Hermens 1951), Theodor Eschenburg wortgewaltig die *Herrschaft der Verbände* (1955) anklagte, Thomas Ellwein gegen den *Klerikalismus in der deutschen Politik* (1955) sogar heftig polemisierte oder schließlich Emil Landshut die *Wandlungen in der parlamentarischen Demokratie* (1959) kritisch abwog: Im Hinblick auf das politische System und die politischen Verhältnisse blieb die junge Politikwissenschaft nicht unkritisch. Aber auch wenn sie mangelnde demokratische Einstellungen und fehlendes politische Bewusstsein thematisierte, wenn also gesellschaftliche Bedingungen des Politischen oder gar im Einzelfall wie etwa beim Einfluss von Verbänden oder etwas später der Parteienfinanzierung wirtschaftliche Verhältnisse in den Blick kamen, so blieb doch „die Gesellschaft“ als theoretischer Gegenstand und besondere historische Formation außerhalb des Blickfeldes dieser neuen Disziplin. Anders bei jener Minderheit, die ihre kritischen Urteile über die aktuelle Politik auf dem Hintergrund eines kapitalismuskritischen Gesellschaftsbegriffs formuliert. Auch dieser Begriff ist mit Bedacht gewählt, weil er auch jene nicht-marxistischen Positionen einschließt, wie sie etwa im linkskatholischen Milieu bei Dirks und Kogon oder bei dem evangelischen Spranger-Schüler und Philosophie-Assistenten Iring Fetscher² damals vorlagen – dessen einflussreiche Mitarbeit an den ideengeschichtlichen „Marxismusstudien“ ab 1953 nicht mit einer eigenen ‚marxistischen‘ Position gleichgesetzt werden darf³ –, und weil es vielleicht doch wenig Sinn macht, das weite theoretische Spektrum von Kritischer Theorie der frühen fünfziger Jahre bei Adorno und Horkheimer – auch hier ließe sich noch differenzieren – über Heinz Maus, Arkadij Gurland, Richard Löwenthal, Ossip K. Flechtheim und andere bis hin zu dem noch am ehesten

traditionell marxistisch orientierten Wolfgang Abendroth unter ein Etikett zu zwingen. Was sie verband und worunter sie sich bei aller theoretischen Heterogenität als „kritisch“ erkannten, war ihre Distanz zu einer Politikwissenschaft, die die kapitalistischen Voraussetzungen der Demokratie lange Zeit als unproblematisch ansah.

Wenn ich diese Namen aus den fünfziger und sechziger Jahren beispielhaft anführe, dann kann ich eine kritische Beobachtung nicht unterdrücken: Damals standen Namen und die sie tragenden Individuen bei aller Verschiedenheit noch viel mehr für persönliche Leidenschaften und Themenschwerpunkte, durch die sie das Fach je spezifisch auslegten und mitprägten. Man mag es als Folge der seit den siebziger Jahren sogenannten Professionalisierung und Verwissenschaftlichung für unvermeidlich, ja sogar für einen Fortschritt halten – aber ist es nicht so, dass seit 30 Jahren vor allem alle jüngeren Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus Karrieregründen auf den großen Geleitzug der jeweiligen begrifflichen und inhaltlichen Thematisierungswellen aufspringen müssen?⁴ Wo bleiben inzwischen die produktiven Einzelgänger und innovativen Querköpfe, wie sie einmal unser Fach lebendig hielten, zwischen all den braven methodenbewussten Nachwuchsforschern und Drittmittelarbeiterinnen?

„Kritische Gesellschaftsbeobachtung“ hieß also einmal, über einen theoretischen Begriff von „Gesellschaft“ zu verfügen, um, wie Adorno in eben jener Einführungsvorlesung den Erstsemestern in der ersten Vorlesung noch etwas kryptisch zu verstehen gibt, „das Gesetz zu begreifen, das über uns anonym herrscht“ (Adorno 2003: 12).

Zugleich wird deutlich, warum ich den mir mit der Einladung vorgegebenen Begriff der „Gesellschaftsbeobachtung“ – er könnte tatsächlich Luhmann entlehnt sein – problematisiere. Denn kann man die „Gesellschaft“ überhaupt beobachten, so wie ein Tennis-Match oder eine Schach-Partie? Kann man durch Beobachten und Unterscheiden die Frage beantworten, die Adorno in die Frage kleidete „was eigentlich diese ganze sonderbare Gesellschaft trotz ihrer Absonderlichkeit zusammenhält“ (ebd.)?

Nein, das kann man durch bloßes Beobachten so wenig, weil ja niemand jenseits aller beobachteten Einzelheiten „die Gesellschaft“, oder „den Staat“ oder auch nur „die Partei“ jemals direkt sehen oder beschreiben könnte, ohne bereits durch die Vermittlung des Begriffs hindurch seinen Beobachtungsgegenstand auch „konstruiert“ zu haben, wie man heute sagt. Und das bleibt über Kant und Hegel bis zu Marx und Lenk richtig, soweit man damit nicht jene postmoderne Beliebigkeit einer angeblich bloß noch virtuellen Realität unterstellt, die den Idealismus noch in seiner radikalsten Ausprägung heute zu übertrumpfen sucht.

Die angehende Nachkriegspolitikwissenschaft mit ihrem Versuch, zunächst eher untheoretisch beschreibend, zeithistorisch, oder im gesellschaftstheoretisch luftleeren Raum „das Politische“ – etwa unter Bezug zu Aristoteles – zu bestimmen, war also nur ausnahmsweise ein geeigneter Ort, um mit politischem Interesse „kritische Gesellschaftsbeobachtung“ zu ler-

nen und zu pflegen. Das Frankfurter Institut für Sozialforschung mit seinem gesellschaftstheoretischen Profil hingegen, später dann der Soziologie-Lehrstuhl des ehemaligen Horkheimer-Assistenten Heinz Maus, der es als erster zum „Kollegen“ des „Direktors“ gebracht hatte, vor allem aber Wolfgang Abendroths Seminar für die Wissenschaft von der Politik in Marburg boten hingegen dafür ein fruchtbares und Lenk lebenslang prägendes akademisches Milieu.

Eingedenk all dessen ist es auch wenig überraschend, dass die disziplinäre Prägung von Kurt Lenks frühen Arbeiten bis etwa Mitte der sechziger Jahre umfassende sozialphilosophische und gesellschaftstheoretische, ja in einem unorthodoxen Sinne wohl auch marxistische Züge aufweist, aber kaum dem heutigen Verständnis von Politikwissenschaft entspricht. Kaum ein heutiger Politologe dürfte noch viel mit dem Namen Max Schelers verbinden, über dessen ehemals prominent diskutierte These von der „Ohnmacht des Geistes“ Lenk 1956 auf zunächst 64 Schreibmaschinen-Seiten seine Dissertation vorlegte. Wird in der 1959 vorgelegten Druckfassung einleitend noch die philosophisch-immanente Kritik an Schelers dualistischer Konstruktion von „Geist“ und „Leben“ „innewohnenden Widersprüche“ angekündigt (Lenk 1959: 3), so hängt der Doktorand an den gelingenden Nachweis derselben abschließend fünf Seiten zur „Soziologie der Ohnmachtsthese“ an, in denen er unter anderem – Troeltsch zitierend – festhält, „dass Schelers Idee der Geschichte ‚einen großen Teil der Schlagworte der kommenden Reaktion‘ entworfen habe“ und „dass gerade die regressiven, geschichtspessimistischen Tendenzen der Theorie Schelers den stärksten Einfluss auszuüben vermochten“ (Lenk 1959: 59f.).

Ich möchte unter Bezug auf diese rudimentären Signale behaupten, schon damals, als philosophierender Doktorand ist der spätere Politologe Kurt Lenk bei seinem Lebensthema, seiner Passion angekommen: Denn niemand hat in der deutschen Politikwissenschaft wie er nach 1949 die „regressiven, geschichtspessimistischen Tendenzen“, von der sublimen *posthistoire*-These von der „Kristallisation“ seines späteren Aachener Lehrstuhlkollegen Arnold Gehlen (1962)⁵ über den im Schatten der Popularität der „68er“ damals und bis heute zu wenig beachteten Aufstieg der NPD in Zeiten der ersten Großen Koalition (vgl. Lenk 1968) bis hin zu den kruden Gewaltphantasien des vulgären Rechtsextremismus unserer Tage (vgl. Lenk 1993), so unter politikwissenschaftliche Dauerbeobachtung gestellt. Immer galt, wie schon in der abschließenden Kritik an Schelers Spätphilosophie, Lenks besorgte Aufmerksamkeit den „Schlagworten der kommenden Reaktion“.

So kann man, so muss man auch seine 1964 in Marburg eingereichte Habilitationsschrift *Ideologiebegriff und Marxrezeption in der deutschen Wissenssoziologie* (Lenk 1972a) lesen, die nur scheinbar im großen Bogen von Simmel über Weber, Troeltsch bis Scheler und Mannheim auf dem Hintergrund einer kritisch-genauen Rekonstruktion des Marxschen Originals von „Ideologiekritik“ dessen Fehlrezeption und nach seinem Urteil Verfla-

chung in der Philosophie und Soziologie des Wissens akademisch rekonstruiert. Auch hier geht es Kurt Lenk aber um mehr, nämlich um den Nachweis einer „Grundstimmung“ in der bürgerlichen Gesellschaft am Beginn des letzten Jahrhunderts und Vorabend des Aufstiegs des europäischen Faschismus und deutschen Nationalsozialismus, für den er das „Leitmotiv“ des „tragischen Bewusstseins“ (Lenk 1972: 9 und passim) wählt, das sich bereits bei Hegel fand, das aber dann in der Genealogie über Schopenhauer und Nietzsche nicht nur die sich etablierende deutsche Soziologie prägte, sondern als „Kulturpessimismus“ und erkenntniskritischer „Skeptizismus“ in den allgemeinen Zeitgeist der Epoche einsickerte – und damit den Aufstieg jener verhängnisvollen nihilistischen Mächte nach Lenks kaum verborgener Grundthese erst ermöglichte. Mindestens bis zu diesem Zeitpunkt zeigt sich, dass für Lenk der Sieg des Nationalsozialismus und die erneute Bedrohung durch den in seiner geistigen Kontinuität stehenden Rechtsextremismus vor allem und zuerst Ergebnis auch einer geistig-ideologischen Niederlage der Linken gewesen ist.

Fragt man sich heute, wie jemand mit diesen auf den ersten Blick nur geistesgeschichtlichen und von umfassender philosophischer Detailbildung zeugenden Qualifikationsarbeiten schließlich seinen Beruf nicht als Kulturkritiker oder Sozialphilosoph, sondern seit 1966 als Ordinarius für Politikwissenschaft in Erlangen und dann ab 1972 in Aachen finden konnte, dann scheint mir dafür zweierlei erhellend: Erstens hatten in der Politikwissenschaft Anfang der sechziger Jahre philosophisch fundierte und ideenhistorische Studien noch ganz allgemein die Chance der Anerkennung – man denke nur an die Habilitationsschriften Iring Fetschers (1960), Jürgen Habermas' (1962), Wilhelm Hennis' (1963) oder das große, allerdings erst später erschienene Werk Dolf Sternbergers (1978). Wichtiger und für die späteren Arbeiten des nunmehr bestellten Politikordinarius kennzeichnend erscheint mir aber die von Anfang an in den philosophischen Studien stets präsenste Absicht, damit dem politischen „Zeitgeist“ – oder sollte man gleich sagen: „Ungeist“ – auf die Spur zu kommen. Niemals ist, um nochmals die Scheller-Kritik zu zitieren, der Nachweis „innewohnender Widersprüche“ für Lenk Selbst- und Endzweck der Kritik. Immer geht es ihm um gesellschaftliche Wirkung und öffentliche Prägekraft eines Denkens, das den „Zeitgeist“ gegen Vernunft, Aufklärung und einen gewissen Geschichtsoptimismus mit Skepsis, Ressentiment und letztlich gewaltträchtiger Dezsision zu imprägnieren trachtet. Dass der mögliche „Feind“ dabei „rechts“ steht und dass – angesichts der ungefestigten demokratischen Traditionen des deutschen Bürgertums – „rechts“ bereits in der „Mitte“ beginnt, beschreibt die von Kurt Lenk wahrgenommene und selbst bestimmte politische Geographie auch der späteren Bundesrepublik, wie er es durch die Titelgebung einer Sammlung seiner wichtigen politischen Aufsätze in den neunziger Jahren noch einmal unmissverständlich festgestellt hat (vgl. Lenk 1994). Diese kritische Einstellung und politische Geographie lag auch Kurts letzter großer Studie über die Genese und zeitgenössische Ausprägung des spezifisch ,deutschen Konser-

vatismus‘ zugrunde, mit der er unübersehbar auf das Zeitalter Margret Thatchers, Ronald Reagans und des Aufstiegs der sogenannten ‚neo-cons‘ reagierte. Deren „einsetzende kulturelle Hegemonie [...] speist sich aus vielen Quellen“, wie nicht zuletzt dieses Buch von Lenk zu zeigen vermag; „eine davon ist der konkretistisch am Nun-Einmal-So-Seienden klebende Pragmatismus der Alltagskultur. Er ist die massenkulturelle Restgröße dessen, was einst ‚Religion‘ war“ (Lenk 1989: 277) – und nahm nicht schließlich alle Kritische Theorie bei der Religionskritik ihren Ausgangspunkt?

Bekanntlich haben die späten sechziger Jahre in der Politikwissenschaft tiefe Spuren hinterlassen: Die bei aller politischen und weltanschaulichen Differenz doch vorhandene kollegiale Repräsentation und Einheit des Faches, beruhend auf einer relativ geringen Zahl von untereinander bekannten und weitgehend generationsgleichen Lehrstuhlinhabern, explodierte im mehrfachen Sinne: einerseits quantitativ durch die schnelle Vermehrung der Professuren und die erste Generation von Assistenten, die wie Lenk nun ab Mitte der sechziger Jahre selbst Professuren besetzten. Zweitens wurde der übrige akademische Mittelbau, selbst wenn er nicht sogleich in Professuren einrückte, für die innere fachliche Diskussion und schnell auch die Wahrnehmung des Faches jenseits der Disziplin viel bedeutender als vorher. Drittens und teilweise in Verbindung damit pluralisierte sich das Fach nicht zuletzt durch die von längeren USA-Aufenthalten Rückkehrenden, die die dort vollzogene *behavioral revolution*, aber auch die Systemtheorie von Parsons über Deutsch bis zu Easton oder die vor allem für die Entwicklungsländer- und Politische Kulturforschung bedeutsame Modernisierungstheorie im Gepäck hatten; zumindest durch Letzteres kam auch wieder „die Gesellschaft“, wenn auch eher als „moderne Industriegesellschaft“ mehr in den Blick. Viertens wurde das Fach nun massiv auch intern von den Politisierungsprozessen ergriffen, die die späten sechziger Jahre insgesamt kennzeichneten und die die bis dato bestehende kollegiale Einheit des Faches für lange Zeit zerbrechen ließen. Grob gesagt bildete sich bis Beginn der siebziger Jahre eine Konstellation aus drei Lagern heraus, die jeweils ein anderes Verständnis von der wissenschaftlichen Rolle des Faches und insofern auch von „kritischer Gesellschaftsbeobachtung“ besaßen.

Da war erstens die Renaissance des Neomarxismus in all seiner internen Pluralität, ja Zerstrittenheit, die sich gerade in Personalentscheidungen und Besetzungsprozessen massiv niederschlug: War man in diesem Lager zwar gemeinsam der Auffassung, das Kapitalismusanalyse und -kritik das Primäre, und die Analyse der Ideologie und Politik an der „Oberfläche“ der Kapitalreproduktion nur das davon Abzuleitende und Abhängige sei, so machte es – etwa für die Besetzung an den neuen Universitäten in Norddeutschland, NRW oder Hessen – doch einen großen Unterschied, ob der jeweilige Neomarxismus Frankfurter, Marburger, Berliner oder in geringerem Maße auch Münchner und Erlanger Provenienz war.

Daneben ergab diese innere Differenzierung des Faches zweitens eine zahlenmäßig bedeutsame Strömung, die ich hilfswiese ‚partizipationsorien-

tierte Reform- und Demokratieforschung' nennen möchte; sie scheint mir für die siebziger Jahre dann doch am nachhaltigsten die Zukunft des Faches geprägt zu haben. Gerade und vor allem da, wo sie sich mit der in den siebziger Jahren einsetzenden Wendung zur Policy-Forschung verband, wie sie beispielhaft und damals prägend mit den Namen Frieder Nascholds, Fritz Scharpfs und Renate Mayntz' verbunden war.

Und schließlich drittens jene nicht unbedeutende Gruppierung, die bei aller Verschiedenheit der theoretischen Ansätze und politischen Auffassungen untereinander sich durch die ersten beiden Strömungen herausgefordert und in die Defensive gedrängt fühlte – ja die darin teilweise eine Gefährdung der erreichten Stabilität der bundesdeutschen Demokratie, vor allem aber auch der mühsam genug errungenen wissenschaftlichen Reputation des teilweise immer noch um Anerkennung ringenden Faches sahen; man denke etwa an Hennis' damals ungeheuer prominente Philippika gegen die „Demokratisierung“ (Hennis 1970) oder Sontheimers Kritik- und Schmähchrift (1976) aus den siebziger Jahren.

Jenseits aller Beurteilung wird man also feststellen können, dass nur die ersten beiden Richtungen eine, wenn auch verschiedene Art „kritischer Gesellschaftsbeobachtung“ praktizierten, während die Vertreter der dritten Richtung, obwohl viele ihre Repräsentanten in den sechziger Jahren wie Karl Dietrich Bracher, Kurt Sontheimer oder Alexander Schwan durchaus noch der kritischen Seite angehört hatten, sich nunmehr in der Defensive mehr und mehr zur Apologie der bestehenden Verhältnisse gedrängt sahen.

Natürlich sind das alles sehr grobe Vereinfachungen und erste Annäherungen – nun auch bereits durch eigene Erfahrungen und Wahrnehmungen fundiert – und deshalb nicht ohne Gefahr des persönlich gefärbten *bias*. Wie schwer die Abgrenzungen im Einzelnen fallen, kann man sich auch bei dem Versuch, Kurt Lenks wissenschaftliche Arbeit in den späten sechziger und den siebziger Jahren in dieses Schema einzuordnen, verdeutlichen. Jedenfalls macht er, anders als sein zeitweiliger Kollege in Erlangen Kurt Tudyka⁶, die teilweise dogmatische Formen annehmende Renaissance neomarxistischer Ableitungstheorien nicht mit. Andererseits wahrt er grundsätzliche Distanz zur bestehenden Gesellschaftsordnung – auch wenn die direkten Bezüge zur alten Frankfurter Schule und marxistischen Theorie im politikwissenschaftlichen Kontext nun vorübergehend eher seltener werden.

Vor dem Hintergrund einer außerordentlichen Produktivität erscheinen Schlag auf Schlag selbständige Veröffentlichungen, die nunmehr eine klare disziplinäre Profilierung als Politikwissenschaft erhalten. Ich ordne sie zwischen der ersten und der zweiten Strömung ein.

Seine Bezugnahmen auf die politische Aufgeregtheit und Opposition der APO sind die eines sympathisierenden, aber distanzierenden akademischen Lehrers, der sich nicht ins Handgemenge begibt, aber die Ernsthaften unter den Kritikern die ganzen siebziger Jahre geistig zu munitionieren sucht: *Wie demokratisch ist der Parlamentarismus?* (Lenk 1972) nimmt die einseitige und an Carl Schmitt gemahnende populäre Kritik eines Johannes Agnoli auf

und bettet sie abwägend ein. Den seit 1968 wild wuchernden Revolutionsphantasien setzt er 1973 die solide, aber zugleich historisierende Erinnerung an *Theorien der Revolution* (Lenk 1973) entgegen. Zu Beginn und Ende des unruhigen Jahrzehnts antwortet er der damals gängigen neomarxistischen Kritik der „bürgerlichen Wissenschaft“ als angeblich bloßem „bürgerlichem Klassenbewusstsein“ (typisch hierfür Hans Kastendiek 1977) durch differenzierte, die interessenbasierte Ideologie des Bürgertums keineswegs verschonende Analysen, die aber dialektisch auch die auf allgemeine Emanzipation überschießenden Potentiale aufzeigen (vgl. Lenk 1971, 1980). Ich hatte und habe damals wie heute den Eindruck, dass diese außerordentliche Produktivität Lenks in den siebziger Jahren zu oft als bloß der Lehre dienend missverstanden wurde – und kann deshalb nur raten, gerade die beiden zuletzt erwähnten Bücher erneut zur Hand zu nehmen, um sie als genuine und keineswegs überholte Beiträge zur politischen Ideen- und Theoriegeschichte und über die Tagesaktualität hinaus weisenden kritischen Gesellschaftsdiagnostik zu verstehen.

Aber natürlich gibt es auch – angefangen von der ersten Marburger Einführung von 1968 (Abendroth/Lenk 1968), die maßgeblich von ihm geprägt wurde und die eher „Frankfurter“ als den später(!) mit „Marburg“ assoziierten Geist ausstrahlt, den Lenk der – übrigens recht erfolgreichen – „Einführungen“ in die Politikwissenschaft, die Politische Soziologie und zusammen mit Berthold Franke in die Politischen Theorie (Lenk 1975, 1982; Lenk/Franke 1987).

Dass Kurt Lenk auch in seinen Einführungsbüchern an dem seit den sechziger Jahren ausgebildeten kritischen Profil festhält und was er in der Tradition Kritischer Theorie darunter versteht, mag man nachfolgender Passage entnehmen:

„Der hier vorliegende Versuch einer Einführung in die Politikwissenschaft soll an die Tradition der Metapolitik erinnern“ – wie Lenk unter direktem Bezug auf den Enzyklopädisten Diderot feststellt, sei Metapolitik „die Wissenschaft von den Vernunftgründen“ der Politik. „Metapolitik ist der Versuch einer Politikwissenschaft in ideologiekritischer Absicht“, sie sei deshalb „auch heute eine ‚polemische‘ Wissenschaft: sie unternimmt es in kritisch-historischer Absicht Prinzipien und Grundbegriffe zu entwickeln [...] so z.B. die Kategorien des Staates und seiner Legitimation [...] kritisch in doppeltem Sinne: erstens ist sie von gesellschaftspolitischen Legitimationskrisen nicht unberührt gebliebene Reflexion, zweitens will sie nicht abstrakt das Wahre vom Falschen scheiden, sondern den im populären Meinungsmilieu verbreiteten Schein als die Erscheinung eines Strukturzusammenhangs in seiner Bedingtheit und Notwendigkeit begreifen [...] ihr Anspruch steht und fällt mit der Grundannahme, dass Kategorien der Politikwissenschaft mehr sind als bloße Definitionen, nämlich ‚Existenzbestimmungen‘ im Sinne der Kritik der Politischen Ökonomie“: und schließlich etwas weiter noch den Begriff des Politischen entschlüsselnd mit einem programmatischen Zitat von Wolfgang Abendroth, dem Marx und Weber gleicher-

maßen als Paten dienen: „Die volle Aufhebung des Problems der Herrschaft würde das Problem des Politischen aufheben“ (Lenk 1975: 7f., 10).

Hier haben wir also die programmatischen Stichworte des fertigen Politikordinarius Lenk Mitte der siebziger Jahre zusammen, und man sieht, hier stellt sich einer ganz bewusst in die Tradition der Aufklärung der Enzyklopädisten, Kants und des kritischen Marxismus der Kritischen Theorie mit der Suche nach den Vernunftgründen der Erscheinung und darin begründeter Kritik aller unvernünftigen Herrschaft.

Darüber würde man gerne mit einigen der heutigen Jungordinarien diskutieren, die – wie Lenk damals bereits kritisierte – in ihrem „technokratischen Verständnis“ das Fach als „eine Art Betriebslehre des politischen Lebens [verstehen], die Reibungsverluste vermeiden und die Effizienz politischen Handelns vermehren helfen soll“ (Lenk 1975: 12).⁷

Was könnte heute im Fach als Fortführung kritischer Gesellschaftsbeobachtung über die Einzelphänomene – etwa spezielle Studien zum politischen Extremismus, zur Migrantenfeindlichkeit, zur politisch zu verantwortenden Armut (auch im Bildungswesen) – hinaus noch Geltung beanspruchen? Da wird man nicht so leicht fündig. Vieles, was die Tradition der Kritischen Theorie für sich beansprucht, die doch einmal die Philosophie hinter sich lassen und aufheben wollte, ist heute wieder bestenfalls positive Sozialphilosophie – der Anerkennung, der Toleranz, der Gerechtigkeit – mit transzendentalphilosophischem Einschlag geworden; eine bloß normative Sozialphilosophie, die die Verbindungen zur erfahrungswissenschaftlichen und historischen Gegenwarts- und Gesellschaftsanalyse weitgehend gekappt hat. In der Politikwissenschaft versteht sich eine dominant präskriptive und normative Theorie der Demokratie als „kritisch“, die in ihren immer subtileren Modellannahmen von der transnationalen bis hin zur globalen Demokratie jede Bodenhaftung verloren hat. Nichts könnte inzwischen größer sein, als die politisch-praktische Kluft zwischen dem Alltagsbewusstsein der Mehrheit der unzufriedenen Bevölkerung in den realen Demokratien des Westens und den normativ und analytisch anspruchsvollen Wissenschaftlerphantasien darüber, wie der normative Gehalt und das Versprechen auf kollektive Selbstregierung traditioneller Demokratietheorie in die heutige Welt der trans- und supranational interdependenten Weltgesellschaft hinüber gerettet werden könnte.

Vielleicht würde sich die wahre kritische Wissenschaft heute daran erinnern müssen, dass ihre Gegenstände – auch die Demokratie – immer historisch geworden sind und in der Gegenwart historisch dem Wandel unterworfen bleiben: dass der wachsenden Erfahrung, dass sich in den Demokratien bereits vieles, vielleicht allzu vieles geändert hat, praktisch nicht mit einer ahistorischen Universalisierung von abstrakten Begriffen und Neologismen wie „transnational participatory governance“ begegnet werden kann und dass mit der Heraufkunft eines neues Zeitalters das Gewohnte und bisher Gewollte auch allmählich verschwinden und verblassen könnte.

An kritische Traditionen heute anzuknüpfen würde es notwendig machen, wieder ihre alten und doch stets aktuellen Fragen aufzuwerfen, allen voran: „Cui bono?“ oder mit dem Gründungsvater der ursprünglich – zuerst 1936 – kritisch gemeinten Policy-Forschung Harold Lasswell zu fragen: „Who gets what, when, how“ (1958) – and why? wie man unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten noch hinzu fügen könnte.

Kaum wahrscheinlich, dass die Antwort auf diese kritischen Fragen heute noch dem gebetsmühlenhaft replizierten Kanon der normativen Demokratietheorie oder der Politischen Bildung entsprechen würde, wonach die „Demokratie“ jenes herrschaftsfreie Regime sei, in dem die Bürger nicht nur Unterworfenen eines rechtsstaatlichen Verfassungssystems, sondern zugleich permanent dessen Autoren der Weiterentwicklung seien. Kritische Politikwissenschaft würde vielmehr danach fragen, welchen Beitrag in den heutigen Demokratien neben der immer schon Ungleichheit reproduzierenden und verstärkenden Funktion des Wirtschaftssystems die Politik selber dafür leistet, dass ihr allgemeines Emanzipationsversprechen immer mehr zum Privileg neuer Eliten und so genannter „Leistungsträger“ zu verkommen droht.

Wie in alten Tagen müsste die Kritik an Ungerechtigkeit, Herrschaft und – ja auch Ausbeutung – mit einer Bestimmung und Kritik der herrschenden Eliten ihren Ausgangspunkt nehmen. Dabei könnte mancherorts in den Blick kommen, dass auch jenseits von relativ trivialer Kriminalität wie der weit verbreiteten Steuerhinterziehung, die herrschende Praxis von Leistungseliten in den heute immer enger verflochtenen Bereichen von internationaler Politik, Verwaltung und Wirtschaft teilweise die Gestalt von „rackets“ (siehe dazu Greven 1994) und kriminellen Formen der Selbstbereicherung und Selbstbegünstigung angenommen hat.

Die Politikwissenschaft sollte sich nicht zu fein sein, das zu untersuchen und gegebenenfalls jenseits purer „Wissenschaftlichkeit“ auch offen auszusprechen; solch kritische Praxis könnte ihr einen Teil jener gesellschaftlich-praktischen Bedeutung wieder zuwachsen lassen, die kritisches Politisches Denken historisch verschiedentlich schon einmal besaß.

ANMERKUNGEN

- 1 „Auf der Suche nach einer Alternative zu einer bloßen Historisierung und Standpunktrelativierung allen Wissens [...] wählen wir deshalb einen anderen Weg, der uns zugleich in Distanz bringt zur üblichen Akzeptanz von ‚Pluralismus‘. Unser Ausgangspunkt liegt bei einem extrem formalen Begriff des Beobachtens, definiert als Operation des Unterscheidens und Bezeichnens“ schreibt Niklas Luhmann in *Die Wissenschaft der Gesellschaft* (1990: 73).

- 2 „Bis zu meiner Habilitation im Jahr 1963 hat mich kein Hochschullehrer so stark beeindruckt wie Eduard Spranger“ (Iring Fetscher 1995: 403).
- 3 Fetscher schreibt (1995: 419), dass er „lange Zeit eine gewisse Sympathie für die idealen Ziele des frühen Marx und mancher Marxisten wie Max Adler“ bewahrt habe.
- 4 In etwa: Partizipation und Demokratisierung, Steuerung, Korporatismus, Verrechtlichung, Europäisierung, Deliberation und zuletzt und anhaltend governance – man müsste mal eine Geschichte der politikwissenschaftlichen Leitbegriffe und ihrer wissenschaftsprägenden, geradezu organisierenden Funktion schreiben.
- 5 „Ich [...] würde vorschlagen, mit dem Wort Kristallisation denjenigen Zustand auf irgendeinem kulturellen Gebiet zu bezeichnen, der eintritt, wenn die darin angelegten Möglichkeiten in ihren grundsätzlichen Beständen alle entwickelt sind. [...] Ich exponiere mich also mit der Voraussage, dass die Ideengeschichte abgeschlossen ist, und dass wir im Posthistoire angekommen sind“ (Gehlen 1962: 293, 295).
- 6 Bei Kurt Tudyka (1973) wird die marxistische Kritik der Politischen Ökonomie zur Grundlage einer „kritischen Politikwissenschaft“.
- 7 Wir sind alle Epigonen – aber manchmal ohne es zu wissen: ich habe jüngst (in Greven 2007b) die kritische Formel von der Politikwissenschaft als „Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Angelegenheiten“ verwendet – ohne zu erinnern, dass ich diesen Topos Jahre zuvor bereits bei Kurt Lenk gelesen hatte.

LITERATUR

- Abendroth, Wolfgang/Kurt Lenk (Hg.) (1968): Einführung in die Politische Wissenschaft, Bern.
- Adorno, Theodor W. (2003): Einleitung in die Soziologie, Frankfurt am Main.
- Dirks, Walter (1950): Der restaurative Charakter der Epoche, in: Frankfurter Hefte, H. 9, S. 942-954.
- Ellwein, Thomas (1955): Klerikalismus in der deutschen Politik, München.
- Eschenburg, Theodor (1955): Herrschaft der Verbände?, Stuttgart.
- Fetscher, Iring (1960): Rousseaus Politische Philosophie, Neuwied.
- Fetscher, Iring (1995): Neugier und Furcht. Versuch mein Leben zu verstehen, Hamburg.
- Gehlen, Arnold (1962): Über kulturelle Kristallisation, in: ders., Studien zur Soziologie und Anthropologie, Neuwied/Berlin, S. 283-300.
- Greven, Michael Th. (1994): Zur Kontinuität der „Racket-Theorie“. Max Horkheimers politisches Denken nach 1945, in: ders., Kritische Theorie und historische Politik, Opladen, S. 157-181.

- Greven, Michael Th. (2007a): Politisches Denken in Deutschland nach 1945, Opladen/Farmington Hills, S. 196-210.
- Greven, Michael Th. (2007b): „Politik“ als Problemlösung und als vernachlässigte Problemursache, in: Klaus Dieter Wolf (Hg.), Staat und Gesellschaft – fähig zur Reform?, Baden-Baden, S. 329-339.
- Habermas, Jürgen (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied/Berlin.
- Hennis, Wilhelm (1963): Politik und praktische Philosophie, Neuwied/Berlin.
- Hennis, Wilhelm (1970): Demokratisierung. Zur Problematik eines Begriffs, Köln/Opladen.
- Hermens, Ferdinand A. (1951): Demokratie oder Anarchie: Untersuchung über die Verhältniswahl, Frankfurt am Main.
- Kastendiek, Hans (1977): Die Entwicklung der westdeutschen Politikwissenschaft, Frankfurt am Main/New York.
- Landshut, Emil (1959): Wandlungen der parlamentarischen Demokratie, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Nr. 4, S. 151-162.
- Lasswell, Harold (1958): Who Gets What, When, How (11. Ausg.), Cleveland, Ohio.
- Lenk, Kurt (1959): Von der Ohnmacht des Geistes. Kritische Darstellung der Spätphilosophie Max Schelers (Neue Geisteswissenschaftliche Studien), Tübingen.
- Lenk, Kurt (1968): Motive rechtsradikalen Verhaltens, in: Hermann Glaser/Karl Heinz Stahl (Hg.), Opposition in der Bundesrepublik, Freiburg i.B., S. 23-33.
- Lenk, Kurt (1971): Volk und Staat, Stuttgart u.a.
- Lenk, Kurt (1972a): Marx in der Wissenssoziologie (Soziologische Texte 78), Neuwied/Berlin.
- Lenk, Kurt (1972b): Wie demokratisch ist der Parlamentarismus? Stuttgart u.a.
- Lenk, Kurt (1973): Theorien der Revolution, München.
- Lenk, Kurt (1975): Politische Wissenschaft: ein Grundriß, Stuttgart u.a.
- Lenk, Kurt (o.J., 1980): Staatsgewalt und Gesellschaftstheorie, München.
- Lenk, Kurt (1982): Politische Soziologie, Stuttgart u.a.
- Lenk, Kurt (1989): Deutscher Konservatismus, Frankfurt am Main/New York.
- Lenk, Kurt (1993): Rechtsextremismus und Gewalt, in: ders. (Hg.), Rechts, wo die Mitte ist, Baden-Baden, S. 385-389.
- Lenk, Kurt (1994): Rechts, wo die Mitte ist, Baden-Baden.
- Lenk, Kurt/Berthold Franke (1987): Theorie der Politik. Eine Einführung, Frankfurt/New York.
- Luhmann, Niklas (1990): Die Wissenschaft der Gesellschaft, Frankfurt am Main.

Sontheimer, Kurt (1976): Das Elend unserer Intellektuellen, Hamburg.

Sternberger, Dolf (1978): Drei Wurzeln der Politik, 2 Bde., Frankfurt am Main.

Tudyka, Kurt (1973): Kritische Politikwissenschaft, Stuttgart u.a.

Populismus

Populismus: Form oder Inhalt?

HANS-JÜRGEN PUHLE

Populismus ist ein weites Feld. Alle reden davon, aber kaum jemand kann ihn verbindlich definieren. Die Situation erinnert ein wenig an den bekannten amerikanischen Senator, der sich für die Verschärfung der Gesetze gegen Pornographie einsetzte und, aufgefordert, letztere doch zu definieren, eingestand, dass er dies nicht könne: „But I know it when I see it.“ Genauso scheint es vielen auch mit dem ‚Populismus‘ zu gehen. Dies liegt natürlich auch daran, dass Populismus unter anderem auch ein Kampfbegriff ist, teilweise positiv besetzt, beispielsweise in den USA, in einigen Teilen Lateinamerikas oder der kemalistischen Türkei, überwiegend negativ in anderen Teilen der Welt, auch bei uns in Europa. Wenn jemand von einem Politiker sagt, dieser sei ein Populist, dann ist das im Zweifel nicht als Kompliment gemeint. Der Begriff ist unscharf und verlangt nach Definitionen. Mehr Schärfe kann er nur gewinnen, wenn er nicht inflationär gebraucht wird. Man muss das Phänomen also eingrenzen. Dies aber impliziert subjektive und willkürliche Setzungen und bedarf auch konzeptioneller Entscheidungen. Und wer darüber redet, kann in weiten Bereichen eher mehr oder weniger plausible und überzeugende Vorschläge zur Begrifflichkeit und Analyse machen, als dass er oder sie sagen könnte: So ist es, und nicht anders.

In diesem Sinne möchte ich in zehn Punkten thesenartig (und natürlich verkürzt) drei Problemkomplexe ansprechen: Erstens wichtige Charakteristika und mögliche Definitionen des Phänomens Populismus, zweitens einige klassische und neuere Populismen im Spannungsfeld zwischen Protest und Projekt, und drittens das Verhältnis von Populismen, populistischer Politik und Demokratie.

Ganz zentral ist dabei die Frage, ob ‚Populismus‘ wesentlich bloß formal oder auch inhaltlich definiert werden kann oder soll. Form oder Inhalt?¹

I. ALLGEMEINE CHARAKTERISTIKA UND DEFINITIONEN

1. Die Antwort auf diese Themenfrage ist relativ einfach. Sie lautet: Form und Inhalt. Das Phänomen Populismus wird im allgemeinen Sprachgebrauch, auch in den Sozialwissenschaften, zum einen formal definiert und bezieht sich überwiegend auf Vermittlungstechniken, Politikstile oder Machtstrategien. Auf der anderen Seite hat man mit dem Begriff des Populismus auch bestimmte Bewegungen in konkreten Konstellationen und Perioden bezeichnet, die durchaus verschieden waren und insgesamt ein sehr buntscheckiges Bild ergeben. Da gab es Konservative wie Progressive, Bewahrer, Reformer und Revolutionäre. ‚Populismus‘ ist wahrscheinlich einer der am meisten inflationierten Termini. Um die Dinge etwas zu sortieren, schlage ich vor, den Begriff des Populismus (als ‚-ismus‘), oder besser noch den Plural: Populismen, zu reservieren für inhaltlich und programmatisch gerichtete Bewegungen (und ggf. Regime), und dies zu unterscheiden von (bloßen) populistischen Elementen, Techniken, Versatzstücken, Instrumenten und Stilen, die mit einer jeden Politik kombiniert werden können und ihren Kern haben in einer Strategie des Machterhalts sowie entsprechenden Inszenierungen, deren grundlegendes Motto auf den realtypischen Nenner gebracht werden kann: „Ich bin das Volk“ (Eva Perón und viele andere). ‚Populistisch‘ also als Adjektiv. Oft hängen die inhaltlichen und formalen Aspekte aber auch zusammen oder überlagern sich in dem, was man „populistische Momente“ genannt hat (Goodwyn 1978). Die gemeinten Inhalte und die gemeinten Formen wären noch genauer zu definieren.

2. Als zentrale erste Annäherung möchte ich, zweitens, festhalten, dass Populismen ein Produkt der Moderne sind, und zwar ein reaktives Produkt. Sie sind wesentlich ‚anti-moderne‘ Protestbewegungen derer, die meinen, im Modernisierungsprozess zu kurz zu kommen. Aber gelegentlich gehen sie, in bestimmten Kontexten, besonders von Unterentwicklung, auch über diesen Protest hinaus und lancieren – durchaus im Protest gegen die fremdbestimmte Modernisierung – eigene Modernisierungsprojekte. (Ich komme darauf noch zurück: hier unterscheide ich mich klar von Karin Priester, vgl. Priester 2007.) Die Gemeinsamkeiten bestehen in groben Linien vor allem darin, dass ‚populistisch‘ genannte Bewegungen und Strömungen an das ‚Volk‘ appellieren, im Gegensatz zu den Eliten, insbesondere an die ‚einfachen‘ Leute und nicht an bestimmte Schichten, Klassen, Berufsgruppen oder Interessen. Sie sind antielitär, gegen das sogenannte Establishment, oder die ‚Oligarchie‘. Selbst ihre intellektuellen Führer geben sich vielfach antiintellektuell, oft auch antiurban und illiberal. Diese illiberalen Konnotationen populistischer Agitation und Politik können auch deren Verhältnis zur Demokratie beeinträchtigen. Ein umfassendes und konkretes politisches Sachprogramm fehlt allerdings oft bei den Populisten, es überwiegt ein starkes moralisches und rhetorisches Engagement zugunsten einiger weniger Programmpunkte.

Das – meistens nicht explizit definierte – Wohl der ‚einfachen Leute‘ sehen Populisten am stärksten bedroht durch die großen nationalen und internationalen Organisationen und Korporationen in Wirtschaft und Politik, Großbanken, Konzerne und Trusts, staatliche und private Bürokratien, Parteiapparate, Parlamente und andere ‚corps intermédiaires‘, Vermittlungsagenturen zwischen Volk und Regierung. Was sie bevorzugen, ist die direkte, unvermittelte Beziehung zwischen beiden. Folglich bilden sie auch meistens keine straff organisierten Parteien aus, sondern bleiben relativ lose ‚Bewegungen‘. Sie verteidigen die Kleineren gegen die Größeren und gegen das ‚System‘. Ihr Bild von der Gesellschaft ist dichotomisch, das Feindbild in der Regel sehr konkret, wenn auch nach den Umständen wechselnd. Die einfachen Leute haben nicht nur die Mehrheit, sie haben auch die Moral auf ihrer Seite. Geschichte ist für Populisten wesentlich die Geschichte von Verschwörungen gegen die kleinen Leute, also Usurpation illegitimer Macht, ein Prozess des Niedergangs und der Verderbnis. In ‚klassischen‘ älteren Populismen wurden durchweg frühere agrargesellschaftliche Zustände romantisch verklärt, die Notwendigkeit gesellschaftlicher Arbeitsteilung wurde oft ebenso ignoriert wie die disziplinierender Organisation.

Für die älteren Populisten war das Ideal lange Zeit der kleine gemeinschaftliche Betrieb, sei es die amerikanische family farm oder der Bauernhof, Dorfgemeinschaften unterschiedlichen Typs vom russischen mir bis zum mexikanischen ejido. Populisten konnten sowohl für den Kapitalismus sein als auch gegen ihn, sowohl für die Industrie als auch gegen sie. In der Regel sind sie für die kleineren, eigenen Unternehmen und Banken und gegen die größeren und fremden. Ihr Verhältnis zum Staat war kompliziert und doppeldeutig. Einerseits verlangten sie, dass der Staat stark genug sein sollte, um als Agent des Gemeinwohls die kleinen Leute gegen die Übergriffe der Großkorporationen, organisierten Interessenten, Verbände und Bürokratien jeder Art zu schützen. Auf der anderen Seite sollte er aber selber keine organisierten Strukturen ausbilden und am besten für die Bürger unsichtbar bleiben. Die Tragik konsequenter populistischer Politik in der klassischen Ära zwischen den 1870er und den 1970er Jahren hat in den meisten Fällen darin bestanden, dass die Populisten den Staat über jenes Maß hinaus haben stärken müssen, das sie für wünschenswert und verantwortbar hielten. Manchen der neueren europa- oder globalisierungskritischen Populisten geht es heute durchaus ähnlich. Ein zentrales Kennzeichen ist, dass die populistischen Bewegungen Basisbewegungen ohne spezifischen Klassencharakter aber mit Massenanhang sind, oft mit relativ niedrigem Organisationsgrad, dass sie politische Veränderungen in eine bestimmte Richtung bewirken wollen, deren Spannweite meistens zwischen einem modifizierten status quo und den üblichen Forderungen klassischer Arbeiterparteien oder anderer Systemveränderer liegt.

II. KLASSISCHE UND NEUERE POPULISMEN: PROTEST VS. PROJEKT

3. Es scheint mir sinnvoll zu sein, die ‚klassischen‘ Populismen (etwa bis in die 1960er Jahre) von den jüngeren Ausprägungen zu unterscheiden, und gleichzeitig auch zwei sehr unterschiedliche Entwicklungslinien zu verfolgen, an deren Beginn, seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, die beiden ersten ‚Klassiker‘ gestanden haben: Die US-amerikanischen Populists für die reformistische Variante der ‚Ersten Welt‘, also protestierender Populismus im entwickelten Industriekapitalismus, auf der einen Seite, und auf der anderen Seite die russischen Volkstümler (narodniki) für die reformistische oder revolutionäre Drittweltschiene, also Populismus als Entwicklungsgagent in unterentwickelten Ländern: Hier steht Protest gegen Projekt.

Beide waren Reaktionen auf umfassende gesellschaftliche Modernisierungsprozesse. In den USA richteten sie sich gegen den auf den Durchbruch der Hochindustrialisierung folgenden Prozess der Konzentration und der Organisation der kapitalistischen Industriewirtschaft, im zaristischen Russland gegen die Durchsetzung des modernen Imperialismus der westeuropäischen Industrieländer.

Populists: Die nordamerikanischen Populisten-Bewegungen waren Protestbewegungen vom Lande gegen die zunehmenden Organisationstendenzen aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche seit dem Durchbruch der Industrialisierung und dem Ende der reconstruction nach dem amerikanischen Bürgerkrieg. Sie formierten sich zunehmend gegen die politische Übermacht der Großstädte, die Monopole und Eisenbahngesellschaften, Banken und Trusts, die Zwischenhändlerprofite und gegen die deflationistische Währungspolitik der Regierung im Zeichen des Goldstandards. Sie artikulierten die Interessen der Farmer, vor allem des Mittelwestens und Südens, aber auch des Westens und Südwestens, an billigen Krediten und Eisenbahnfrachtsätzen und höheren Erzeugerpreisen für ihre wichtigsten Produkte (vgl. Pollack 1990, Goodwyn 1978, Saloutos 1968). Sie forderten die Wiederherstellung des alten und vermeintlich erprobten amerikanischen Ideals der „agrarischen Demokratie“ im Sinne Jeffersons und Jacksons, mit Partizipation, die von den grass roots ausgeht, in überschaubaren Einheiten und ohne zwischengeschaltete intermediäre oder repräsentative Elemente, im Interesse des „common man“.

Dem Ideal der „agrarischen Demokratie“ waren alle Populistenbewegungen der USA gleichermaßen verpflichtet, trotz großer Unterschiede. Zu ihren wichtigsten allgemeinpolitischen Forderungen gehörten u.a. die Direktwahl der Senatoren, die Einführung der Vorwahlen (primaries), das Frauenstimmrecht, die Möglichkeit der Abwahl der Amtsträger (recall), Initiative und Referendum sowie die progressive Einkommensteuer. Die Farmers‘ Alliance, jene Populistengruppe, die die 1880er Jahre dominierte, forderte außerdem den Ausbau der genossenschaftlichen Markt- und Kreditorganisation, die Einrichtung von Postsparkassen, Steuererleichterungen und

preisstützende Staatsintervention zugunsten der Landwirtschaft. Ihr parteipolitischer Ableger, die 1891/92 gegründete People's Party oder Populist Party wurde zur ersten einflussreichen dritten Partei der USA neben Republikanern und Demokraten. Sie konnte zeitweise eine Reihe von Einzelstaaten im Mittelwesten und im Süden erobern.

Die Populisten verloren zwar die Präsidentschaftswahlen 1892 und vor allem die mit großem Aufwand gemeinsam mit den Demokraten geführte Bryan-Kampagne von 1896, die sich vornehmlich um die Frage: Goldstandard oder Doppelwährung gedreht hatte. Ihre Gruppen verkümmerten zunehmend nach der Jahrhundertwende, zumal die Protestbereitschaft der Farmer während des Konjunkturaufschwungs zwischen 1897 und 1920 zurückging. Die populistischen Forderungen wirkten jedoch weiter und wurden so gut wie alle erfüllt. Die meisten von ihnen wurden von den beiden großen Parteien übernommen, insbesondere von deren sogenannten „progressiven“ Gruppen. Bereits im Jahre 1920 waren die progressive Einkommensteuer, die Volkswahl der Senatoren und das Frauenstimmrecht eingeführt, in zahlreichen Staaten die primaries, Initiative und Referendum, in manchen sogar der recall durchgesetzt. Die Eisenbahntarife waren staatlich reguliert, die Postparkassen eingerichtet und bis heute grundlegende erste Gesetze zur Monopolkontrolle, zum Umweltschutz und zur Bodenkonservierung verabschiedet. Ein umfassendes System des staatlichen Agrarinterventionismus wurde seit Ende 1920er Jahre, insbesondere im New Deal Roosevelts nach 1933 aufgebaut und hatte lange Bestand. Die Wirtschaftskrise brachte Anfang der 30er Jahre sogar die Abkehr vom Goldstandard. Gemessen an der Verwirklichung konkreter Einzelforderungen sind die Populisten eine der erfolgreichsten politischen Bewegungen Amerikas überhaupt gewesen (vgl. Puhle 1975). Die Verwirklichung dieser Forderungen hat allerdings die Tendenzen zum „starken Staat“ (big government) und zum Ausbau der zentralen Bürokratie gefördert und beschleunigt, insbesondere im Bereich der Agrarpolitik und der Mechanismen des amerikanischen Sozial- und Interventionsstaats. Franklin Roosevelt und Lyndon Johnson, die Befürworter eines vehementen Ausbaus der staatlichen Interventionsmechanismen, haben sich ebenso auf die populistische Tradition berufen wie deren ideologische Gegner, Ronald Reagan ebenso wie Bill Clinton.

Die amerikanischen Populisten hatten das typisch populistische Janusgesicht: Sie konnten hinterwäldlerisch, autoritär, sektiererisch, fundamentalistisch und antisemitisch sein und gleichzeitig progressive Sozialreformer und Basisdemokraten. Sie waren aber keine Sozialrevolutionäre oder Sozialdemokraten. Sie machten nicht gegen den Kapitalismus mobil, sondern nur gegen die Einseitigkeiten dessen privater Organisierung, die zeitweise die Industrie und das big business begünstigte. Die Farmer waren kapitalistische Unternehmer, aber gegenüber der Industrie waren sie die kleineren. Der amerikanische Populismus war eine versuchte Revolte kleinerer und mittlerer Unternehmer gegen die ganz großen, die zwar als Revolte misslang, in der Form beständiger Reformpolitik aber auf die Dauer Erfolg hatte, wobei man

auf die Forderungen der ganz Schwachen und Abhängigen, der Besitzlosen, nicht einmal Rücksicht zu nehmen brauchte, weil diese nicht organisiert waren (vgl. Puhle 1975; Hofstadter 1955). Die Ideologie der Populisten war rückwärtsgewandt. Der individuelle Eigentümer und Unternehmer sollte unabhängig von Wirtschaftsweise, Betriebsgröße und Konjunktur seine wirtschaftliche Freiheit, Gleichberechtigung und Profitance zurückerhalten, die die zunehmende Konzentration, Organisation und Unüberschaubarkeit der Wirtschaft ihm weitgehend genommen hatten. Die dazu in Aussicht genommenen Mittel ebneten gegen die Intentionen ihrer Urheber den Weg hin zu big government, zum starken Staat, und sie stärkten angesichts der Marktmechanismen am Ende die Größeren und die besser Organisierten.

Narodniki: Ganz anders waren die russischen narodniki. Sie sprachen nicht für eine breite Bewegung, sondern hier formulierten städtische Intellektuelle, die das Heil vom Land, von den Bauern, vom einfachen traditionellen agrarischen Leben erwarteten (das sie auch noch romantisierten), ein Konzept gegen die Veränderungen, die der eindringende Industriekapitalismus auch in Russland bewirkt hatte. Die Stoßrichtung ging nicht nur gegen die Errungenschaften der Aufklärung und das sogenannte „Westlertum“, sie ging gegen den Kapitalismus insgesamt. Die Volkstümpler wollten die Entwicklung noch weiter zurückdrehen und die archaischen Traditionen der alten Agrargesellschaften, so wie sie sie verstanden, wiederherstellen, von denen sie eine Art natürliche Harmonisierung der Interessen erwarteten. Vor allem meinten sie die kollektiven, genossenschaftlichen Traditionen, die durch eine grundlegende Agrarreform wiederhergestellt werden sollten, und ausdrücklich nicht die bäuerliche Knechtschaft. Ihre Idealfigur war nicht ein kleinkapitalistischer Farmer, sondern der traditionelle russische Bauer, inzwischen zwar individuell befreit, aber nach Moral und Sitte fest im Land und in der Dorfgemeinschaft verwurzelt, deren alte unverdorben Werte er garantierte. Man berief sich nicht auf Jefferson sondern auf Rousseau, Herder und Adam Müller, die Urväter romantisierender Agrarideologien in Europa. In den seit Mitte der 1870er Jahre unternommenen Propagandazügen „ins Volk“ machten vielfach die intellektuellen Agitatoren aus der Stadt den Bauern, die davon nichts wussten, klar, was alles gerade von ihnen erwartet wurde (vgl. Walicki 1969).

Die russischen Volkstümpler waren radikaler als die amerikanischen Populists. Ihr Konzept war einerseits in romantisierter Weise reaktionär, andererseits durchaus von zukunftsweisender Sprengkraft: Hier lösten sich Intellektuelle ab vom wirtschaftlichen und politischen Establishment und führten eine Protestbewegung an, die den Kapitalismus ebenso radikal bekämpfte wie das zaristische System. Daran konnten Anarchisten und Sozialisten anknüpfen. Die Zerschlagung des Staats und die Zentrierung der Gesellschaft um kleine überschaubare Genossenschaften von relativ Gleichen in der Vorstellung Bakunins geht auch auf Ideen der narodniki zurück. Auch viele russische Sozialdemokraten bewerteten die Volkstümpler als eine Art demokratische Vorläufer. Selbst Lenin bezeichnete 1912 die Volkstumsbewegung

der Ideologen als eine wichtige „Ergänzung der Demokratie“, eine Kombination radikaler Agrarreform mit „sozialistischen Träumen und der Hoffnung, den kapitalistischen Weg vermeiden zu können“ (in *Democracy and Populism in China*, zitiert nach Walicki, in: Ionescu/Gellner 1996: 94).

Hier wird deutlich, dass Russland vor 1917 ein zurückgebliebenes Entwicklungsland war, dessen Probleme strukturell mit denen späterer Entwicklungsländer vergleichbar waren. So wie für die Drittweltländer des 20. Jahrhunderts nicht der ursprüngliche Marxismus, sondern erst dessen am russischen Beispiel orientierte Umschreibung für unterentwickelte Länder im Leninismus attraktiv geworden ist, so finden sich auch bestimmte Züge des russischen *narodničestvo* wieder in den populistisch genannten Konzeptionen und Bewegungen der Entwicklungsländer des 20. Jahrhunderts. Das betrifft insbesondere die enge Verbindung von Populismus und Nationalismus und beider Einsatz als Orientierungshilfe auf der Suche nach neuen, ihnen angemessenen Entwicklungswegen. Der Kapitalismus, den die *narodniki* bekämpften, war der importierte Kapitalismus des weiter entwickelten Auslands, war Imperialismus, gegen den die Nation ideologisch zu einen und zu stärken war. Die breiteste soziale Basis dafür können in einem unterentwickelten Land ohne starke Bourgeoisie und ohne zahlreiche Arbeiterschaft insbesondere Nationalismus und Populismus schaffen. – Soviel in aller Kürze zu den ersten ‚Klassikern‘.

4. Auf der ersten Schiene populistischer Organisation in den Ländern des entwickelten Industriekapitalismus finden wir außer den amerikanischen Populists vor allem eine Reihe europäischer Protestbewegungen gegen Modernisierung und bürokratischen Interventionsstaat in den ersten zwei Dritteln des 20. Jahrhunderts. Dazu gehören die nord- und mitteleuropäischen Bauernbewegungen der Zwischenkriegszeit ebenso wie die älteren Protest- und Verweigerungsbewegungen, meistens Steuerstreikbewegungen, im städtischen Bereich (vgl. Gollwitzer 1977). Der ‚Klassiker‘ ist hier der französische Poujadismus, eine Bewegung der kleinen Ladenbesitzer und Handwerker (UDCA: Union de Défense des Commerçants et Artisans, also des ‚alten Mittelstands‘), die in den letzten Jahren der Vierten Republik vorübergehend einigen Einfluss bekam (12% der Stimmen und 52 Sitze 1956; vgl. Hoffmann 1956, Puhle 1975). Viele dieser Energien, die schon damals nicht nur für die ‚kleinen Leute‘, sondern auch gegen die ‚Überfremdung‘ durch Einwanderer kämpften, sind später überführt worden in neuere, dann üblicherweise ‚rechtspopulistisch‘ genannte xenophobe Bewegungen, in Frankreich, Skandinavien, Österreich, Belgien oder den Niederlanden. Das gilt manchmal auch personell: Le Pen hat seine Karriere als poujadistischer Abgeordneter begonnen.

Manche dieser Gruppen haben in der Zwischenkriegszeit auch mit faschistischen Bewegungen kooperiert. Die diversen europäischen Faschismen sollte man aber nicht unter die Populismen rechnen. Sie weisen zwar auch jede Menge populistischer Züge auf, gehen aber weit darüber hinaus

und gehören klar in andere Zusammenhänge und in eine andere ‚ideologische Familie‘, ebenso wie zuvor schon diverse Bonapartisten, Boulangisten, Jingoisten, Nationalisten oder Regionalnationalisten (etwa in Katalonien oder im Baskenland). Eher Grenzfälle sind auch die ‚völkischen Verbände‘ in Deutschland und deren europäische Äquivalente in dem, was Eugen Weber die ‚Neue Rechte‘ genannt hat (Rogger/Weber 1966), also meist sozialdarwinistisch, nationalistisch und populistisch aufgeladene ehemalige Konservative, die sich in Deutschland gern als „gesunder Mittelstand in Stadt und Land“ definierten. Die deutschen Konservativen wurden am Ende des 19. Jahrhunderts überwiegend nicht volkstümlich oder populistisch, sondern völkisch (vgl. Puhle 1975).

5. Auf der zweiten Schiene populistischer Organisation in den Ländern der weniger entwickelten Welt finden wir im 20. Jahrhundert einen anderen Typ von Populismus: Umfassende antiimperialistische nationale Bewegungen (in den kolonisierten Ländern: nationale Befreiungsbewegungen) mit bestimmten definierten Entwicklungsprogrammen und -projekten. Diese Bewegungen verstehen sich oft ausdrücklich als ‚Populisten‘. Sie zeigen das typische populistische Janusgesicht nicht nur gegenüber dem Kapitalismus und dem Staat, sondern auch gegenüber der Modernisierung, und sie stellen weit mehr dar als Protestbewegungen. Sie sind, im Gegensatz zu diesen, durchaus ‚regimefähig‘, und einige der Drittwelt- oder Entwicklungspopulismen haben beachtliche politische Erfolge vorzuweisen, vor allem in ihrer ‚klassischen‘ Periode zwischen den 1930er und den 1970er Jahren.

Die Mechanismen sind relativ einfach. Wer in unterentwickelten Ländern dauerhafte Entwicklung anstrebt und ihre ökonomische und politische Abhängigkeit von der entwickelteren Welt verringern will, muss politische und soziale Ressourcen mobilisieren und möglichst breite Koalitionen zur Abstützung solcher entwicklungsorientierter Politik zusammenbringen. Der Einsatz nationalistischer Ideologie und Rhetorik bietet sich dazu an. Nationalismus fördert die nationale Integration im Lande, lässt sich als Antiimperialismus nach außen wenden, lenkt ab von den sozialen Spannungen und Konflikten im Innern und rechtfertigt die Zumutung von Opfern ebenso wie den klassenübergreifenden Appell an alle, ans ‚Volk‘. Solcher Nationalismus weist in Ideologie und Propaganda einen hohen Anteil populistischer Züge auf, die noch verstärkt werden durch die emphatische Gegnerschaft zu den altetablierten Oligarchien. Angestrebt wird der breite Ausbau der nationalistischen Partei im Lande in möglichst allen gesellschaftlichen und Altersgruppen und Produktionssektoren, bewirkt durch Mobilisierung, angeschlossene genossenschaftliche Organisationen und die Versuche charismatischer Führer, eine Legitimationsbasis durch Umverteilung oder vermehrte Verteilung und Massenmobilisierung bei gleichzeitiger Massenkontrolle zu schaffen.

Dekolonisierte Welt: Solche Entwicklungs-Populismen waren beispielsweise der Kemalismus in der Türkei (gewisse Anklänge gibt es auch in der

Diktatur von Venizelos in Griechenland), die chinesische Kuomintang (KMT), die indonesische Unabhängigkeitsbewegung unter Sukarno, die indische Kongresspartei, die Janaat-Partei in Pakistan und auch die klassischen Anfänge der Dekolonisationsbewegungen in Schwarzafrika, unter Nkrumah in Ghana und Kenyatta in Kenia, unter Nyerere in Tanganyika (resp. Tansania) und die Bewegungen, die später kamen. Im arabischen Raum wären hier insbesondere zu nennen die Bewegung unter Nasser in Ägypten, die Baath-Partei im Irak und in Syrien, die FLN in Algerien. Neuere islamistische Bewegungen weisen zwar in vielen Ländern auch starke populistische Komponenten auf, sollten aber, soweit sie theokratische Ziele haben, ebenso wenig unter die Populismen gerechnet werden wie der chinesische Maoismus oder andere marxistisch-leninistische Bewegungen oder Regime.

Lateinamerika: Besonders differenziert haben sich solche entwicklungsgerichteten Populismen in Lateinamerika entwickeln können, auch aufgrund des längeren Vorlaufs in der Ausprägung eigenständiger Gesellschafts- und Politikstrukturen. Hier lässt sich die Dominanz populistischer Bewegungen und Regime geradezu als Kennzeichen einer bestimmten fortgeschritteneren Entwicklungsepoche verstehen, einer Blütezeit ‚populistischer‘ Konzepte grosso modo zwischen den 1930er und 1970er Jahren. Selbst wenn man den Begriff ‚populistisch‘ relativ eng interpretiert und die reformistischen ‚Radikalen‘ (d.h. die Linksliberalen), die seit den 1920er Jahren in Argentinien und Chile, vorher schon in Uruguay eine staatsinterventionistische Entwicklungspolitik einleiteten, mangels Massenorganisation ebensowenig dazu-rechnet wie Linksparteien mit eindeutiger Klassenbasis, gibt es nur wenige Länder in Lateinamerika, die in jenen Jahrzehnten keine populistische Bewegung aufgewiesen haben.

Von ‚Populismus‘ hat man dort nach der bekannten Definition von Torcuato Di Tella insbesondere dann gesprochen, wenn Eliten aus den Mittelklassen (also nicht aus der traditionellen Oligarchie) die Massen unterhalb der Mittelschichten, also hauptsächlich Arbeiter, kleine Angestellte, Bauern und die Marginalexistenzen klassenübergreifend zu mobilisieren trachten mit einer nationalistischen und antiimperialistischen anti-status-quo-Ideologie und zum Zwecke reformistischer oder revolutionärer (oft auch „nationalrevolutionär“ genannter) Veränderungen (Di Tella 1965; vgl. auch Conniff 1999, Hermet et al. 2001). Zusätzlich zu der staatsinterventionistischen Industrieförderungs- und Erziehungspolitik der ihnen meistens vorangegangenen Radikalen, forderten die Populisten in der Regel vor allem die Nationalisierung der Bodenschätze und eine durchgreifende Agrarreform. Darüber hinaus haben sie die Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften befürwortet, eine arbeiter- und unterschichtenfreundliche Sozialpolitik, den Ausbau der importsubstituierenden heimischen Industrie und einer ‚mixed economy‘, gelegentlich auch die Nationalisierung der Banken. Die lateinamerikanischen Populistenbewegungen sind, mit wichtigen Ausnahmen, bei denen Bauernprotest eine entscheidende Rolle spielte (vgl. Puhle 1992),

überwiegend in den Massen der städtischen Bevölkerung verankert gewesen, denen sie neue Partizipationschancen und -kanäle anboten. Sie mobilisierten primär für die Wahlurne, und die unter ihrem Druck vorgenommene Ausweitung des Wahlrechts bis zu über 50 Prozent der Bevölkerung hat in den meisten Ländern beachtliche Dimensionen gehabt (vgl. Collier/Collier 1991, Puhle 2007).

Die Bewegungen sind allerdings höchst verschieden gewesen in Bezug auf ihre soziale Basis, ihre Mobilisierungskanäle und ihre politischen Interaktions- und Herrschaftstechniken. Wenn man die Feinheiten weglässt, kann man grob vier Gruppen unterscheiden:

- Umfassende Systeme nachrevolutionärer Stabilisierung: Hierher gehören die Herrschaft des PRI in Mexiko (ab 1929) und des MNR in Bolivien (nach 1952);
- Autoritäre Entwicklungsdiktaturen: Vargas in Brasilien und Perón in Argentinien;
- Ältere demokratische Reformparteien: z.B. APRA in Peru, PLN in Costa Rica, AD in Venezuela, der PRD in der Dominikanischen Republik, vom Typ her auch die Koalition der Unidad Popular in Chile (1970-73);
- Jüngere Reformparteien: Das sind vor allem die diversen Christdemokraten, deren besonderes Kennzeichen oft der Appell an die *marginados* gewesen ist, vor allem in Chile, Venezuela und den Ländern Zentralamerikas. Auch die Belaúnde-Partei in Peru ist hier zu nennen.

Einige Autoren haben versucht, Populismus in Lateinamerika einer bestimmten Epoche zuzuordnen, in der bestimmte, modernisierungstheoretisch inspirierte Entwicklungsstrategien dominierten, die inneren Märkte sich konsolidierten und die Widersprüche zwischen abhängiger Wirtschaft und nationaler Gesellschaft zunahmen (Ianni 1975). Nach Ernesto Laclaus gramscianisch inspirierter Interpretation aus den 70er Jahren ist Populismus zunächst vor allem eine raffinierte Umarmungstaktik der herrschenden Klasse zum Zwecke der Aufrechterhaltung ihrer Hegemonie, die sie nur bewahren kann, indem sie ans ‚Volk‘, an die Leute appelliert und sich vom verkrusteten oligarchischen Machtkartell der Vergangenheit löst, eine Strategie des Übergangs, der irgendwann konsequenterweise im Sozialismus enden müsse (Laclau 1981). Letzteres zumindest ist nicht der Fall gewesen.

6. Es gibt sowohl Kontinuitäten als auch deutliche Brüche zwischen diesen Klassikern und den vielen als populistisch bezeichneten Bewegungen oder Regimes der Gegenwart, sowohl in der ‚Ersten‘ als auch in der ‚Dritten Welt‘. Die Differenzen legen gelegentlich deutliche Periodisierungsschranken nahe, aber die Gemeinsamkeiten durchlöchern diese auch. Ein vielleicht tragfähiger Interpretationsansatz könnte davon ausgehen, für beide populistischen Entwicklungsschienen jeweils zwischen zwei Phasen zu unterscheiden:

- Bei den Protestpopulismen der entwickelten Welt zwischen einer ersten Phase des Protests gegen den stärker verklammerten und organisierten Kapitalismus und den Steuerstaat, und einer zweiten Phase, in der sich der Protest gegen den entfalteten bürokratischen Sozial- und Leistungsstaat und die weiteren Errungenschaften des ‚sozialdemokratischen Jahrhunderts‘ richtet, gegen die Folgen transnationaler Wanderungen und die Phänomene der Globalisierung, in Europa zusätzlich noch gegen die zunehmende europäische Integration und die EU.
- Die Projekte der Entwicklungspopulisten richteten sich in einer ersten Phase vor allem gegen den klassischen Imperialismus der Industrieländer, und in jüngerer Zeit vor allem gegen die Wirkungen der Globalisierung, neoliberale Wirtschaftsstrategien und die Hegemonie ‚westlicher‘ Paradigmen und Vorbilder. Hier sind die Übergänge fließender und die Kontinuitäten stärker. Gelegentlich ist auch eine andere Differenzierung vorgeschlagen worden, nämlich zwischen Populisten und Neo-Populisten: Die ersten sind die, die den Staat als Vehikel für Entwicklungsstrategien einsetzen, während ihn die zweiten eher als Beute betrachten und ausplündern, bei mehr und mehr zerfasernden und fragmentierten Projekten (vgl. Werz 2003). Die Neo-Fraktion würde ich in meiner Terminologie nicht mehr für Populismus als ‚-ismus‘ qualifizieren. Die Silben ‚neo‘- oder ‚post‘- indizieren ja durchweg, dass es eigentlich kein ‚Projekt‘ mehr gibt.

7. Die Beispiele für die jeweils jüngeren Phasen sind vielfältig, und man sollte auch hier sorgfältig unterscheiden, ob einzelne Fälle tatsächlich zu den inhaltsdefinierten ‚Populismen‘ zu rechnen sind, oder ob sie eher formal bestimmt sind, also nur ‚populistisch‘, im Adjektiv; ob sie lediglich Protest artikulieren oder ein bestimmtes Projekt vorantreiben, ob sie überwiegend special interests verhaftet sind oder (in Ideologie und Mobilisierung) darüber hinausgreifen, ob sie die Mechanismen und Institutionen mehr oder weniger demokratischer Systeme stützen, korrigieren oder beschädigen, usw.

‚Dritte Welt‘: In den Ländern der weniger entwickelten Welt scheint die Wirkkraft der entwicklungsgerichteten populistischen Bewegungen und Regime seit dem Ende der Dekolonisierung und dem Einsetzen der Stagflationskrise in den 1970er Jahren zurückgegangen zu sein. Verstärkt wurde diese Tendenz noch durch eine Welle autoritärer Regime neuen Typs in den 70er und 80er Jahren und vor allem durch um sich greifende neo-liberale Reformrezepte, die sich von staatsinterventionistischen Entwicklungsstrategien abwandten, und das intensive Fortschreiten der Globalisierung, das die Wirkung solcher Strategien in nur einem Land ohnehin immer mehr einschränkte. Vielerorts, besonders in Afrika und einigen Teilen Asiens, haben (projektlose) kleptokratische Gewaltregime, religiöse Fundamentalismen, Fragmentierung, Unregierbarkeit und failing states um sich gegriffen.

Mehr Kontinuität und Anknüpfungen an die klassischen antiimperialistischen, nationalrevolutionären Populismen der früheren Dekaden gibt es in Lateinamerika, nicht nur in den Traditionslinien der Parteien und Koalitionen, die Ende 2009) in Argentinien, Chile oder Peru regierten, sondern vor allem auch in einigen neueren populistischen Bewegungen mit einiger Resonanz: Die Zapatisten in Chiapas berufen sich auf die Forderungen und Grundsätze der mexikanischen Revolution und ethnisieren sie weiter. Ganz ähnlich knüpft die Regierung des MAS von Evo Morales in Bolivien (in etwa 80% ihrer Programmatik) an die Revolution des populistischen MNR von 1952 an, deren Errungenschaften endlich gesichert und weiterentwickelt werden sollen zu mehr Inklusion, mehr direkter Partizipation und Respekt für die indigenen Traditionen. Komplexer ist der Fall des autoritären Populismus von Hugo Chavez in Venezuela, der sich weniger auf indigene oder spezifisch venezolanische Traditionen beruft (nur auf Bolívar!) und dessen erratisches Programm und Regime eine abenteuerliche Mischung libertärputschistischer, faschistischer, peronistischer, marxistisch-leninistischer, antiimperialistischer und nationalrevolutionärer Züge präsentiert, eine einmalige ‚gesamtpopulistische‘ Mischung.

USA: Auch in den USA sind Kontinuitätslinien sichtbar, aber hier sind die populistischen Traditionen schon früh im Progressive Movement kanalisiert und in beide großen Parteien integriert worden, so dass sie weitgehend politisches Gemeingut wurden und durchweg keiner eigenen populistischen Bewegung mehr bedurften. Nur in bestimmten Phasen und Situationen haben sich punktuelle Protestbewegungen oder ‚dritte‘ Parteien auch deutlich auf das populistische Protestpotential berufen, von Huey Long und Father Coughlin im Anti-New Deal Protest der 30er Jahre über George Wallace in Alabama bis zu Ross Perot in den 90ern (vgl. Puhle 1975). Insgesamt scheinen in den USA aber die populistischen Protestenergien weitgehend erfolgreich integriert worden zu sein in die Institutionen und politischen Prozesse der ältesten und am wirksamsten organisierten populistischen Demokratie der Welt.

Europa: In Europa sind dagegen die überwiegend parlamentarischen Demokratien wesentlich weniger adaptionsfähig für Populismus oder populistische Praktiken gewesen, sodass die entsprechenden Bewegungen weiterhin deutlicher auch den Anti-System-Protest artikuliert haben. Wenn man einmal absieht von besonderen Einfallstoren für populistische Politik in den europäischen Demokratisierungsprozessen seit den 1970/80er Jahren, im importierten Drittwelt-Populismus des griechischen PASOK unter Andreas Papandreu (vgl. Sotiropoulos 1996) und besonders in einer ganzen Reihe von breiten Sammlungsbewegungen, Bürgerforen oder nationalistischen, fundamentalistischen und personalistischen politischen Gefolgschaften in den Ländern Mittel- und Osteuropas nach dem Ende des Kommunismus, dann haben wir es hier im wesentlichen mit neueren Protest- und Verweigerungsbewegungen zu tun: mit populistisch agierenden xenophoben Rechtsextremen oder Neo-Völkischen (die oft auch ‚Rechtspopulisten‘ genannt

werden), sowie mit EU- und Europa-Kritikern und mit Globalisierungskritikern. Einen besonderen Fall stellt die Kumulation unterschiedlicher Typen in Italien seit den 1990er Jahren dar, darunter sowohl Populisten als auch solche, die sich nur populistisch geben.

Zur Debatte stehen hier u.a. die folgenden Parteien, Gruppen und Bewegungen:

- in Skandinavien vor allem die Fortschrittsparteien, am ehrwürdigsten die von Carl Hagen in Norwegen, in Dänemark die ältere Glistrup-Bewegung und neuerdings die Volkspartei um Pia Kjaersgard;
- weiter südlich u.a. der Front National von Le Pen in Frankreich, die Haidersche FPÖ und deren weitere Splittergruppen in Österreich, der Front National in Belgien, Blochers UDC in der Schweiz, die British National Party, oder das Demokratische Zentrum in den Niederlanden. Eher untypisch, weil ‚zivilisierter‘, erscheint dort die Bewegung von Pim Fortuyn;
- in Deutschland richtet sich der Blick vor allem auf die NPD, die Republikaner, die DVU sowie die kurzlebige Hamburger Schill-Partei;
- in Italien kommen am ehesten die diversen Leghe infrage, die sich in der Lega Nord zusammengeschlossen haben, während Berlusconi's Forza Italia eher ein autoritär geführtes Unternehmen mit populistisch manipuliertem Massenanhang ist;
- Anti-Europa-Bewegungen finden wir vor allem in Polen, in Großbritannien und Irland, aber auch anderswo;
- die Anti-Globalisierungsbewegungen haben eher ein intellektuelles und ‚linkeres‘ Profil, z.B. attac, BUKO, Global Trade Watch, etc. Oft sind diese Bewegungen allerdings nur mobilisierte Eliten-Netzwerke; sie sind aber punktuell auch zum Massenprotest fähig, wie man von Porto Alegre über Seattle bis Heiligendamm hat sehen können.

Ich kann auf die einzelnen Bewegungen hier nicht näher eingehen, darf aber (neben der Fülle der weiteren Literatur) verweisen auf den Beitrag von Karin Priester, der ja die Populisten (oder Nicht-Populisten) vor allem als Protestbewegungen thematisiert (vgl. Priester 2007).

III. POPULISMUS, POPULISTISCHE POLITIK UND DEMOKRATIE

8. Wenn wir nicht alle Politiker, die dem Volke aufs Maul schauen oder es verführen, jedenfalls ans Volk appellieren und auf die Pauke hauen (also tendenziell alle demokratischen Politiker mit Trieb zum Erfolg), unterschiedslos zu Populisten erklären wollen (womit der Erklärungswert der Kategorie gegen null ginge), sollten wir den Terminus nicht zu weit fassen. Es ist deshalb, denke ich, auch nicht unbedingt nötig, all die gerade genannten

Gruppen als Populisten zu klassifizieren. Hier sind in der Literatur schon viele pingelige Scheingefechte geführt worden, z.B. zur angeblichen Differenz zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, zur notwendigen Klassenbasis oder zur hinreichenden ideologischen Konstellation. Ob wir etwas als ‚Populismus‘ verstehen wollen, hängt davon ab, wie wir den Begriff definieren. Und wir sollten ihn so definieren, dass er uns bei der Analyse der Phänomene hilft.

Man kann beispielsweise. reaktionäre oder nationalistische Rechtsextreme, Angehörige der ‚Neuen Rechten‘, alte oder neue Völkische, Prä- oder Postfaschisten nach ihrer politischen Programmatik inhaltlich definieren, auch wenn sie sich populistischer Strategien und Instrumente bedienen, so wie das auch für populistisch agierende Politiker aus den klassischen Parteifamilien gilt, von Schumacher und Strauß bis zu Koch, Lafontaine oder Gysi. Sie alle mögen unter anderem auch populistisch agieren, aber in erster Linie stehen sie für etwas anderes. Auch single interest-Bewegungen, etwa von Umweltschützern, französischen Winzern oder bayerischen Milchbauern, sind keine Fälle für Populismen. Anders kann es bei breiteren und facettenreicheren Protest-, Verweigerungs- und Anti-System-Bewegungen aussehen, solange diese nicht inhaltlich spezifischer charakterisierbar sind, z.B. als Faschisten, Kommunisten, Anarchisten, Islamisten, o.ä. Da die spezifischere Charakterisierung immer komparative Vorteile hat, sollte man sich, wenn sie zutrifft, zunächst an sie halten, und den ‚Populismus‘ womöglich eher als Residualkategorie für die Fälle einer noch verbliebenen inhaltlichen Wolkigkeit reservieren. Diese Unspezifik darf aber auch nicht zu beliebig sein: Protest, Anti-System-Programmatik und breite Mobilisierung im Namen des Volkes oder wenigstens seiner Mehrheit der Entrechteten muss schon sein, um eine Bewegung als Populismus zu qualifizieren. – Von den zuletzt genannten europäischen Bewegungen kämen demnach eher die skandinavischen Fortschrittler, Pim Fortuyn, die Blocher-Bewegung in der Schweiz, die italienischen Leghe sowie die Europa- und Globalisierungsgegner als Kandidaten infrage.

Interpretationsangebote gibt es zahlreiche. Ich kann sie hier nicht vorstellen. Manche Autoren haben sieben oder mehr unterschiedliche Typen von Populismus unterschieden (vgl. Canovan 1999). Für die entwicklungsgerichteten Drittwelt-Populismen scheint mir der schon erwähnte Ansatz von Torcuato Di Tella immer noch belastbar und weiterführend zu sein (Di Tella 1965, 1996): Klassenübergreifende Mobilisierung der Unterschichten durch Mittelschichteliten gegen die ‚Oligarchie‘ und das Ausland mit anti-imperialistischer und nationalistischer Spitze zum Zwecke der reformistischen oder revolutionären staatsinterventionistischen Durchsetzung umfassender, aber begrenzter autonomer Modernisierungsstrategien. Für die Populismen der OECD-Welt wäre es sinnvoll, sich besonders auf die programmatisch (oder projekthaft) relativ unspezifischen (und auch wenig Strukturen bildenden) antimodernen Protestbewegungen und Revolten zu konzentrieren, die überwiegend, aber nicht nur von sich bedroht fühlenden

Mittelschichten getragen werden. Man darf allerdings diese Spielart nicht für das ganze Tableau der Populismen weltweit nehmen, wie Karin Priester das tut (vgl. Priester 2007).

9. Was außerdem ständig, und, wie es scheint, immer mehr präsent ist, sind die variantenreichen Phänomene des ‚Populismus als Form‘ (um auf die Titelfrage zurückzukommen), die instrumentellen und stilistischen Komponenten, die immer mehr ins Kraut geschossen sind. Während populistische Konzepte und Inhalte in den letzten Jahrzehnten insgesamt in der Welt brüchiger und fragmentierter, weniger spezifisch und vor allem auch weniger erfolgreich geworden zu sein scheinen, haben populistische Arten und Weisen des Transports und der Kommunikation jeder denkbaren Politik offenbar auf breiter Front zugenommen. Die wichtigsten Gründe dafür sind:

- eine für einen populistischen Politikstil besonders günstige ökonomisch-soziale und politische Gesamtkonstellation („populistischer Moment“),
- Fragmentierung und Wandel der Parteienlandschaft, und
- die Verfügbarkeit und der Einsatz neuer elektronischer Medien.

Die Wirtschaftskrisen von der Stagflation der 70er Jahre bis zur neuesten Finanzkrise 2008, neoliberale Reformkonzepte, der partielle Rückzug des Staates und die Zunahme von transnationalem Austausch und Globalisierung, besonders auch der Finanzmärkte, haben eine Situation zugespitzt, in der es einerseits neue Modernisierungsverlierer gibt, echte wie perzipierte, und andererseits leicht vermittelbare Sündenböcke, von den internationalen Großkorporationen und ausufernden bürokratischen Regelwerken bis zu kulturell differenten arbeitswilligen Einwanderern. Diese Konstellationen konstituieren ein ideales Feld für dichotomische Identitätspolitik, für Fragen nach Inklusion, Exklusion und Gerechtigkeit, und vor allem auch für Verschwörungstheorien.

Gleichzeitig sind die politischen Parteien (als mögliche Konkurrenzangebote) durch die bekannten Tendenzen zu mehr Fragmentierung, abnehmender Bindekraft und ‚lose verkoppelter Anarchie‘ deutlich schwächer geworden; die catch-all parties sind jetzt sehr viel lockerere, weniger organisierte, modifizierte catch-all parties (vgl. Puhle 2002).

Und schließlich haben die elektronischen Medien, die new campaign politics und neue Kommunikations- und networking-Techniken die politische Organisation fragmentiert und die Kampagnen mehr personen-, event- und sensationszentriert gemacht.

Diese Konstellationen sind ein Einfallstor für instrumentelle populistische Elemente und einen Politikstil, der gekennzeichnet ist durch eine umfassende Sehnsucht nach leadership, führungszentrierte, inhaltlich oft beliebige Politik, Tendenzen zu Bonapartismus und präsidialen Zügen auch in parlamentarischen Systemen, Dominanz der persönlichen Handschrift der Spitzenpolitiker (z.B. im topos von der ‚Chefsache‘), die pragmatische Be-

handlung des politischen Augenblicks, die dem short termism von Politik entspricht: insgesamt vielfältige populistische Versatzstücke als Designer-Elemente. Sie müssen nur noch gezielt gebündelt werden.

10. Zum Schluss wäre zu fragen, ob diese Tendenzen liberale und demokratische Gesellschaftsordnungen gefährden können. Die richtige Antwort ist hier wohl die der galicischen Bauern: Dipende. Es kommt darauf an. Normalerweise wird eine solche Gefährdung eher nicht bestehen, aber in ungünstigen Krisenkonstellationen möglicherweise schon.

Man muss sich dabei ja auch vergegenwärtigen, dass Demokratie und (stilistischer) Populismus dieselben Wurzeln haben, vor allem im gleichen Wahlrecht, dass jeder demokratische Politiker, wenn er etwas bewirken will, auf der Suche nach Stimmenmaximierung ständig in populistischen Versuchen steht, und dass besonders in der modernen Massendemokratie im Informationszeitalter tendenziell populistische Politik kaum zu vermeiden ist, zumal nachdem die populistische Demokratie amerikanischen Ursprungs nun auch sozusagen systemisch so gut wie überall in Europa angekommen ist. Es hat ja durchaus auch Fälle gegeben, in denen populistische Aufwühlungen produktiv als Korrektive der institutionellen Politik gewirkt und diese revitalisiert haben (der Paradefall sind die amerikanischen Populisten).

Das Verhältnis von Demokratie und Populismus (in diesem stilistischen Verständnis) bleibt allerdings eine Gratwanderung, besonders für demokratische Politiker: Sie müssen ständig darauf achten (und sie sollten auch daran gemessen werden), dass die populistische Agitation in ihren Dimensionen wie in ihren Inhalten nachhaltig demokratieverträglich bleibt und den demokratischen Institutionen und Interaktionen nicht schadet. Das ist nicht immer leicht und erfordert einige Anstrengungen. Aber es ist möglich.

Auf der anderen Seite sollte aber nicht vergessen werden, dass es ebenso möglich ist, dass die Prozesse der Erosion der Parteien und der politischen Eliten, die Abnahme von responsiveness und responsibility und die Zunahme der Kommunikationsprobleme zwischen den Bürgern und den Eliten zunehmen und Ausmaße erreichen, die in einer ungünstigen Krisenkonstellation jederzeit auch wieder vermehrt populistischen Protestbewegungen neue Chancen eröffnen können. Ob Populismus und populistische Agitation die Demokratie in der Zukunft gefährden können oder nicht, hängt überwiegend von der Politik ab, die heute gemacht wird.

ANMERKUNG

- 1 Der Vortragsform entsprechend wird hier weitgehend auf Belege verzichtet, außer bei Zitaten oder Verweisen auf bestimmte Thesen. Zum Hintergrund und zur weiteren Diskussion vgl. insgesamt die Literaturhinweise am Ende dieses Beitrags.

LITERATUR

- Betz, Hans-Georg/Stefan Immerfall (Hg.) (1998): *The New Politics of the Right: Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies*, London.
- Canovan, Margaret (1981): *Populism*, London.
- Canovan, Margaret (1999): *Trust the People! Populism and the two faces of democracy*, in: *Political Studies*, Jg. 47, H. 1, S. 2-16.
- Collier, Ruth B./David Collier (1991): *Shaping the Political Arena. Critical Junctures, the Labor Movement, and Regime Dynamics in Latin America*, Princeton.
- Conniff, Michael L. (Hg.) (1999): *Populism in Latin America*, Tuscaloosa.
- Decker, Frank (Hg.) (2006): *Populismus*, Wiesbaden.
- Di Tella, Torcuato S. (1965): *Populism and Reform in Latin America*, in: Claudio Veliz (Hg.), *Obstacles to Change in Latin America*, Oxford, S. 47-74.
- Di Tella, Torcuato S. (1996): *Populism into the Twentieth Century*, in: *Government and Opposition* 22, S. 187-200.
- Dubiel, Helmut (Hg.) (1986): *Populismus und Aufklärung*, Frankfurt am Main.
- Eickhoff, Georg (1999): *Das Charisma der Caudillos. Cárdenas, Franco, Perón*, Frankfurt am Main.
- Gollwitzer, Heinz (Hg.) (1977): *Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert*, Stuttgart.
- Goodwyn, Lawrence (1978): *The Populist Moment*, Oxford.
- Gunther, Richard/José Ramón Montero/Juan J. Linz (Hg.) (2002): *Political Parties: Old Concepts and New Challenges*, Oxford.
- Gunther, Richard/José Ramón Montero/Hans-Jürgen Puhle (Hg.) (2007): *Democracy, Intermediation, and Voting on Four Continents*, Oxford.
- Hermet, Guy (1989): *Le peuple contre la démocratie*, Paris.
- Hermet, Guy (2001): *Les populismes dans le monde*, Paris.
- Hermet, Guy et al. (Hg.) (2001): *Del populismo de los antiguos al populismo de los modernos*, México.
- Hoffmann, Stanley (1956): *Le mouvement Poujade*, Paris.
- Hofmeister, Wilhelm (Hg.) (2002): *Politische Führung in Lateinamerika. „Gebt mir einen Balkon und das Land ist mein“*, Frankfurt am Main.
- Hofstadter, Richard (1955): *The Age of Reform*, New York.
- Huffschmid, Anne (2001): *El nuevo teatro mexicano: la performance política de Fox y Marcos*, in: *Iberoamericana I*, H. 2, S. 129-151.
- Ianni, Octavio (1975): *La formación del Estado populista en América Latina*, México.
- Ignazi, Piero (1996): *The intellectual basis of right-wing anti partyism*, in: *European Journal of Political Research*, Jg. 29, S. 279-296.

- Ionescu, Ghita/Ernest Gellner (Hg.) (1969): *Populism. Its Meanings and National Characteristics*, London.
- Knight, Alan (1998): *Populism and Neo-Populism in Latin America, Especially Mexico*, in: *Journal of Latin American Studies*, Jg. 30, S. 23-48.
- Laclau, Ernesto (1981): *Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus – Faschismus – Populismus*, Berlin, bes. S. 123-185.
- Laclau, Ernesto (2005): *On Populist Reason*, London.
- Mény, Yves/Yves Surel (Hg.) (2002): *Democracies and the Populist Challenge*, Basingstoke.
- Mouzelis, Nicos (1985): *On the concept of populism: populist and clientelist modes of incorporation in semi-peripheral politics*, in: *Politics & Society*, Jg. 14, S. 329-348.
- Norris, Pippa (2000): *A Virtuous Circle. Political Communications in Post-industrial Societies*, Cambridge.
- Panizza, Francisco (Hg.) (2005): *Populism and the Mirror of Democracy*, London.
- Pelinka, Anton (Hg.) (1987): *Populismus in Österreich*, Wien.
- Poguntke, Thomas/Paul Webb (2005): *The Presidentialization of Politics*, Oxford.
- Pollack, Norman (1990): *The Humane Economy: Populism, Capitalism and Democracy*, New Brunswick.
- Priester, Karin (2007): *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*, Frankfurt am Main.
- Puhle, Hans-Jürgen (1975): *Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften. Deutschland, USA und Frankreich im 20. Jahrhundert*, Göttingen, bes. S. 113-209.
- Puhle, Hans-Jürgen (1992): *Bauern, Widerstand und Politik in der ‚Dritten Welt‘*, in: Peter Feldbauer/Hans-Jürgen Puhle (Hg.), *Bauern und Widerstand*, Wien, S. 19-44.
- Puhle, Hans-Jürgen (2002): *Parteienstaat in der Krise: Parteien und Politik zwischen Modernisierung und Fragmentierung*, Wien.
- Puhle, Hans-Jürgen (2003): *Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo-Populismus und Demokratie*, in: Nikolaus Werz (Hg.), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen, S. 15-43.
- Puhle, Hans-Jürgen (2007): *Zwischen Diktatur und Demokratie. Stufen der politischen Entwicklung in Lateinamerika im 20. Jahrhundert*, in: Walther L. Bernecker et al. (Hg.), *Lateinamerika 1870-2000. Geschichte und Gesellschaft*, Wien, S. 15-33.
- Rogger, Hans/Eugen Weber (Hg.) (1996): *The European Right*, Berkeley.
- Saloutos, Theodore (Hg.) (1968): *Populism. Reaction or Reform?*, New York.
- Sarcinelli, Ulrich (Hg.) (1998): *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft*, Opladen/Bonn.
- Sotiropoulos, Dimitri A. (1996): *Populism and Bureaucracy*, Notre Dame.

- Taggard, P. (1996): *The New Populism and the New Politics: New Protest Parties in Sweden in a Comparative Perspective*, Basingstoke.
- Taggard, Paul A. (2000): *Populism*, Buckingham.
- Walicki, Andrzej (1969): Russia, in: Ghita Ionescu/Ernest Gellner (Hg.), *Populism. Its Meanings and National Characteristics*, London, S. 62-96.
- Walter, Franz (2002): *Baustelle Deutschland. Politik ohne Lagerbindung*, Frankfurt am Main.
- Werz, Nikolaus (Hg.) (2003): *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen.
- Winock, Michel (1997): *Populismes français, Vingtième siècle. Revue d'histoire*, Jg. 56, S. 77-91.

Populismus: Theoretische Fragen und Erscheinungsformen in Mittelosteuropa

KARIN PRIESTER

THEORETISCHE VORÜBERLEGUNGEN

Theoretische Debatten über die Definition und Reichweite des Populismusbegriffs haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Dabei stehen vor allem zwei Fragen im Vordergrund: Erstens, ist Populismus ein einheitliches Phänomen mit einem ‚universell‘ gültigen Kern? Gibt es also einen Populismus per se? Zweitens, wenn Populismus nicht nur historisch an den Übergang zur Moderne gebunden ist, sondern, wie der sogenannte Neopopulismus der 1990er Jahre zeigt, ein zyklisch immer wiederkehrendes Phänomen ist, welche Beziehung besteht dann zwischen Populismus und der repräsentativen Demokratie seit ihrem Beginn? Mit der Antwort darauf ist auch die Bewertung von Populismus als Bedrohung und Pathologie oder als ‚nützliches Korrektiv‘, als Herausforderung oder regenerierende Kraft verbunden. Da aber der Populismus, wie auch der Konservatismus, in weit höherem Maße als universalistische Doktrinen ein kontextgebundenes, nur kontextuell diskutierbares Phänomen ist, leiden Definitionen des Populismus als universellem Phänomen an einem zu hohen Abstraktionsgrad. Zu beiden Fragen stelle ich im ersten Teil einige Vorüberlegungen an, bevor ich im zweiten Teil auf zwei bereichsspezifische Fälle eingehe.

Unter demokratietheoretischer Fragestellung wird die Entstehung von Populismus aus der Diskrepanz zwischen der Funktionsweise der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie und einem uneingelösten demokratischen Versprechen, bzw. zwischen „Konstitutionalismus“ und „Volkswillen“ (Mény/Surel) erklärt. Margaret Canovan, die grande dame der Populismusforschung, gilt als prominenteste Vertreterin dieses Zwei-Säulen-Modells, wonach Demokratie auf einer liberal-repräsentativen und einer demokratischen Säule beruhe (vgl. Canovan 1999). Populismus sei, neben anderen sozialen Bewegungen, der Versuch, diese zweite Säule zu stärken. Demokratie konstituiere sich durch zwei Pole, einen pragmatischen und ei-

nen noch ‚einzulösenden‘ (redemptive). Die der modernen Demokratie zugrundeliegende Volkssouveränität sei ein uneingelöstes Versprechen, das die Demokratie wie ein ‚Schatten‘ begleite. Populismus wäre dann das revitalisierende Gegengewicht zu elitärer Abschottung und sorgt für das Gleichgewicht zwischen demokratischen und liberal-repräsentativen Anteilen. Populismus, so Canovan, gedeihe, wenn die Kluft zwischen beiden zu groß werde. Die noch nicht eingelöste Volkssouveränität verbürge das „Versprechen einer besseren Welt durch das Handeln des souveränen Volkes“ (Canovan 1999: 12; vgl. auch Blokker 2005: 379-382). Den Abschottungs- und Kartellisierungstendenzen der etablierten Parteien stellt sie das Ideal einer nicht-elitären Demokratie gegenüber, blendet aber die immer vorhandenen Begleiterscheinungen von Populismus wie Xenophobie, Verschwörungstheorien und Antisemitismus aus.

Gegen Canovans Zwei-Säulen-Modell lässt sich erstens der Einwand des Formalismus erheben: Nicht jeder Ruf nach mehr oder direkter Demokratie ist per se ein nützlich Korrektiv zum Pragmatismus der politischen Eliten (politics-as-usual oder politique politicienne). Abstrahiert man von den Inhalten und Forderungen populistischer Bewegungen, erscheint Populismus in einem zu positiven Licht. „The two-strand analysis gives populism too much credit and overestimates its democratic legitimacy“ (Abts/Rummens 2007: 419; ähnlich kritisch auch Arditì 2004). Zweitens der Einwand der sozialstrukturellen Leerstelle: Canovan vertritt ein emphatisches Verständnis von ‚Volk‘ und ist damit selbst nicht gefeit gegen die populistische Dichotomisierung von Volk und Eliten. Über Populismus zu reden ist aber nur sinnvoll, wenn man den soziologisch amorphen Begriff des ‚Volkes‘ als Ideologem und Populismus als sozialstrukturell identifizierbares Phänomen in den Blick nimmt.

In einem jüngeren Beitrag geht Canovan auf das Problem einer Populismustheorie ein. Die Suche danach sei bisher ausnahmslos fehlgeschlagen, denn entweder seien diese Theorien zu umfassend oder zu begrenzt (vgl. Canovan 2006: 546). Aus Canovans Sicht gehen Forscher von Einzelfallstudien aus und versuchen, sie unter ein theoretisches „Dach“ zu bringen. In der Tat kann man auf rein induktivem Weg nicht zu theoretischen Erkenntnissen gelangen. Wissenschaftstheoretisch ist der Induktionismus überholt. Damit ist aber nicht jeder theoretische Anspruch von vornherein aufgegeben, denn schon die Auswahl bestimmter Fälle setzt ein theoretisches Vorverständnis über die Relevanz von Merkmalskombinationen voraus. Die Begriffsbildung geht der Quantifizierung oder idiographischen Beschreibung immer voraus, nicht umgekehrt. Auch das vermeintlich theorieleoseste Sammeln und Beschreiben von Fakten kommt nicht ohne Begriffe in ihrer Eigenschaft als „fact finding container“ (Sartori) aus, d.h. ohne ihre heuristische Verwendung bei der Auswahl von Einzelfällen. Je höher die Unterscheidungskraft solcher Begriffscontainer ist, desto geringer ist die Gefahr schwammiger catch-all-Begriffe. Mit dem Begriff des Populismus geschieht aber gerade das Gegenteil. Er wurde und wird immer weiter ausgedehnt und

auch auf Erscheinungen wie den ‚Medienpopulismus‘ oder den ‚Populismus‘ der Volksparteien angewandt (zur Kritik vgl. Priester 2007b: 43ff.).

Dennoch ist Canovan in einem Punkt zuzustimmen: Eine allgemeine Theorie des Populismus wird es nie geben, und sie ist auch nicht erstrebenswert.¹ In einem immer noch grundlegenden Aufsatz zur Begriffsbildung in der sozialwissenschaftlichen Komparatistik hat Giovanni Sartori auf das Problem der Begriffsausweitung (conceptual stretching) hingewiesen, die zu vagen, amorphen Begriffsbildungen führe (vgl. Sartori 1970: 1034; Collier/Mahon 1993). Der Begriff des Populismus ist besonders anfällig für dieses „stretching“, das, wie Sartori betont, nicht zu einem generalisierenden Begriff, sondern nur zur Vernebelung und Verschleierung seines Bedeutungsgehalts führt. Es ist daher nicht ratsam, die höchste Stufe von Sartoris „Abstraktionsleiter“ erklimmen zu wollen, erweist sich doch die Hoffnung auf eine allgemeine Theorie, die alle möglichen in Raum und Zeit vorkommenden Fälle subsumiert, als „szientistischer Aberglaube“ (Klaus von Beyme).

Auf der untersten Ebene der Abstraktionsleiter rangieren Einzelfalluntersuchungen als Bausteine einer künftigen Theoriebildung. Forschungen auf dieser Ebene verfahren deskriptiv (idiographisch) nach Art einer „dichten Beschreibung“ (Clifford Geertz). Ihr theoretischer Anspruch ist begrenzt und eher gering. Dagegen werden auf einem mittleren Niveau der Theoriebildung Vergleiche innerhalb einer Region (intra-area comparisons) im Rahmen eines relativ homogenen Kontexts durchgeführt und ‚Theorien mittlerer Reichweite‘ (Robert K. Merton) angestrebt. Hier kommen Taxonomien (Klassifikationen, Typologien oder Cluster) zum Zug, die nach Art eines „Sortiergeräts“ (Bahrdt) die Fülle von Einzelercheinungen gruppieren. Typenbildung erfüllt nicht die Anforderung an eine nomothetisch verfahrenende Wissenschaft, geht aber über bloß idiographische Ansätze hinaus.

Canovans Absage an eine generelle Populismustheorie ist also zuzustimmen. Weniger überzeugend ist dagegen ihre Alternative. Sie vertritt nämlich das Ziel einer „voraussetzungslosen Beschreibung“ (presuppositionless description) und einer deskriptiven Typologie ohne Anspruch auf Erklärung (vgl. Canovan 2006: 544). Aber, wie ausgeführt, sind Beschreibungen nie theoretisch voraussetzungslos. Im Gegensatz zu der szientistisch-überambitionierten Suche nach einer generellen Populismustheorie waltet bei Canovan doch eine allzu große Bescheidenheit. Zwar nennt sie ihr Verfahren „phänomenologisch“, benutzt diesen Begriff aber vortheoretisch als bloßes Synonym für deskriptiv. Ihr Ziel ist die Klassifizierung der Reichweite aller Populismen, auf die in der einschlägigen Literatur Bezug genommen wird (vgl. ebd.: 551).² Mit anderen Worten: Ihre Vorgehensweise ist, entgegen ihrer Annahme, eben nicht voraussetzungslos, sondern setzt unkritisch Zuschreibungen von Phänomenen als ‚populistisch‘ voraus, ohne das Phänomen selbst definiert zu haben. Sie vergleicht ihre Arbeit mit der eines Naturwissenschaftlers, der Käfer sammelt und sie nach Gruppen sor-

tiert. Freilich muss man auch hier zunächst einmal definieren, was ein Käfer ist.

Das Ergebnis von Canovans Überlegungen ist eine Aufstellung von sieben Typen,³ die so impressionistisch zusammengestellt ist, dass letztlich nur ein gemeinsamer Nenner von ‚Populismus‘ übrigbleibt: die populistische Rhetorik (vgl. ebd.: 552; Canovan 1984: 313; zur Kritik vgl. Priester 2007a: 41f.). Der Einwand gegen eine allgemeine Theorie des Populismus trifft also auch auf ihre alternativ vorgeschlagene Typologie zu: Sie ist zu umfassend.

Klassische Definitionen eines Typenbegriffs gehen von über- und untergeordneten Merkmalen aus. Die untergeordneten Merkmale werden der Primärkategorie (z.B. Populismus) additiv hinzugefügt (z.B. Agrarpopulismus). Das Problem liegt hier in der Identifizierung von Substanz und Akzidenz. Weyland versucht, das Problem dadurch zu lösen, dass er sozioökonomische Charakteristika als akzidentell ausklammert und den Kernbereich (core oder central domain) von Populismus allein in der Sphäre des Handelns politischer Akteure ansiedelt. Populismus definiert er als eine politische Strategie zur Gewinnung und Ausübung von Macht (vgl. Weyland 2001: 12), ausgehend von einem direkten, quasi-persönlichen Kontakt eines Führers zum Volk unter Umgehung von Vermittlungen durch eine Partei. Indessen stellt sich hier das Definitionsproblem nach *genus proximum* und *differentia specifica*, d.h. es ist nicht klar, wo der spezifische Unterschied zwischen Populismus und Faschismus oder neuerdings auch zwischen Populismus und Politikern des Establishments (wie bei Blair, Clinton, Schröder) liegt, die sich ebenfalls strategisch unter Umgehung des Parteiapparates direkt über die Medien an das Wahlvolk wenden.

Dagegen kann man ‚Populismus‘ auch als radiale Kategorie verstehen, als Ausweitung eines Prototyps. Hier wird nicht nach Substanz (oder core) und Akzidenz unterschieden, sondern nach einem zentralen oder ‚genuinen‘ (Priester) Fall und seiner strahlenförmigen Erweiterung um weniger typische Fälle, denen einige Merkmalsbestimmungen des Prototyps fehlen können (vgl. Collier/Mahon 1993). Im Gegensatz zu Weyland halte ich dieses Vorgehen für ertragreicher. Populismus rein prozedural auf eine bloße Strategie zu reduzieren, heißt, den Preis eines zu hohen Abstraktionsgrades zu zahlen. Freilich stellt sich bei radialen Kategorien ein anderes Problem, nämlich die Identifizierung eines prototypischen Falles.

Hier wäre die in der Faschismusforschung übliche Unterscheidung zwischen Bewegung und Regime heranzuziehen und der Begriff ‚Populismus‘ nur für eine (Protest-)Bewegung zu reservieren. Für populistisch genannte Regime, die ohnehin nur außerhalb Europas an der Macht waren oder sind, eignet sich eher Max Webers Begriff der ‚plebiszitären Führerdemokratie‘ als Unterform charismatischer Herrschaft. Mit der Einschränkung von Populismus auf eine Bewegung wird man auch am ehesten seinem transitorischen Charakter gerecht. Ist nämlich Populismus an der Macht erfolgreich, so „transzendiert er sich“ und „geht in einen anderen Herrschaftstyp über“ (Weyland 2001: 14; vgl. auch Puhle 1986: 23). Er entfaltet dann die von

Weber idealtypisch herausgearbeiteten Merkmale der ‚charismatischen Herrschaft‘ oder eines ‚führerzentrierten Massenklientelismus‘ (vgl. Priester 2007a: 101-121).

Alle Typenbegriffe, auch Idealtypen, zeichnen sich durch einen mittleren Abstraktionsgrad aus. Sie sind nicht so allgemein, dass sie auf alle Geschichtsperioden und Gesellschaftssysteme anwendbar sind, aber doch allgemein genug, um den Vergleich verschiedener historischer oder gegenwärtiger Phänomene zu ermöglichen (vgl. Bahrdt 1997: 23). Typen bestehen aus der Kombination einer Vielzahl von Merkmalen und dienen in ihrer ordnenden und strukturierenden Funktion heuristisch als Zwischenschritt auf dem Weg zur Theoriebildung.

Zusammenfassend: Populismusforschung kann ertragreich auf der Ebene von Einzelfallanalysen arbeiten, wobei auch hier schon theoretische Prämissen einfließen, denn theoretisch „voraussetzungslose“ Beschreibungen gibt es nicht. Auf einer nächst höheren Abstraktionsstufe (Theorien mittlerer Reichweite) kann sie komparativ unter Zuhilfenahme von Taxonomien arbeiten, wobei sich Typenbildungen am besten eignen, da sie nur Ähnlichkeiten der Objektbereiche in den Blick nehmen.⁴ Dabei sind Idealtypen oder „constructed types“ wegen ihres Erklärungspotentials von Sinnzusammenhängen besser geeignet als Realtypen, die auf Erklärungen verzichten. Bei Vergleichen gilt es, eine „meaningless togetherness based on pseudo-equivalences“ (Sartori 1970: 1053) zu vermeiden und nicht Steine mit Kaninchen zu vergleichen. Äquivalenz ist die Voraussetzung für Vergleichbarkeit, d.h., nur gleichartige oder gleichwertige Phänomene können miteinander verglichen werden. Letztlich gilt aber, dass es keine richtigen oder falschen Typologien gibt, sondern nur mehr oder weniger brauchbare. Da dies aber in Relation zur Fragestellung und zu den konkreten Forschungsabsichten steht, ist es weder sinnvoll noch nützlich, Typen nach Art von Canovans „Aufräumarbeit“ (tidying-up operation) zu konstruieren.

POPULISMUS UND IDENTITÄTSPOLITIK

Populismus ist nie nur Interessen- oder Klientelpolitik, sondern wirft immer die Frage nach der Identität einer Großgruppe (eines Volkes oder einer Ethnie) auf. Ein in der Regel mittleres Segment der Gesellschaft konstituiert sich als ‚Volk‘ und beansprucht, für das Ganze der Gesellschaft zu sprechen. Das Gemeinwohl wird als a priori feststehende Größe gedacht, das die Eliten aus den Augen verloren und aus Inkompetenz, egoistischem Eigeninteresse oder zugunsten von ‚Fremden‘ (Migranten, ausländischen Investoren oder der jüdisch-kosmopolitischen Intelligenz) verraten hätten. Der populistische Diskurs verfährt nicht dialogisch, sondern affirmativ. Es geht ihm um die Affirmation eines immer schon vorhandenen kollektiven Selbst, das keiner Begründungspflicht unterliegt und auf die Evidenz von Tradition und Alltagserfahrung eines ethnisch-kulturellen Amalgams setzt. Ökonomische

Zielvorstellungen berühren daher nicht den Kern des Populismus, sondern nur seine Schale und sind letztlich sekundär.

Populismus polarisiert immer zwischen Volk und Eliten. Seit den 1990er Jahren folgt diese Polarisierung der ‚cleavage‘: privater Sektor gegen öffentlichen Sektor als Hort der ‚new class‘, wobei letzterer auf drei Ebenen mit unterschiedlicher Gewichtung angegriffen wird: auf kulturellem Gebiet als multikulturelle Absage an die nationale oder ethnische Identität; auf sozialem Gebiet als ‚ungerechte‘, nur einer bestimmten Klientel dienende sozialstaatliche Umverteilungspolitik (grundlegend hierzu Laycock 2005: 130ff.; vgl. auch Priester 2007a: 60-69); auf politischem Gebiet als abgeschottete Kartellpolitik der ‚Großen‘; auf ökonomischem Gebiet als ‚Ausverkauf‘ nationaler Interessen zugunsten multinationaler Konzerne oder Banken, zulasten der ‚Kleinen‘, auf dem Binnenmarkt tätigen Handwerker, Arbeiter oder Kaufleute.

Auch wenn in der Literatur heute kaum zwischen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, radikaler neuer Rechten oder Neofaschismus unterschieden wird, zeigt allein schon die Verwendung dieser Termini, dass es Unterschiede gibt, wenn sie auch fließend und graduell sind. Populismus ist ein eigenständiges politisches Phänomen, denn es fehlt ihm gerade das, was Rechtsextremismus und Neofaschismus auszeichnet: die Perspektive eines Systemwandels, die intendierte Abschaffung demokratischer Rechte und Institutionen und, wie im Falle des Neofaschismus, die positive Bezugnahme auf den historischen Faschismus.⁵ Populismus ist seiner Natur nach defensiv, deswegen aber nicht harmlos. Mit seinem antiinstitutionellen Affekt leistet er der Delegitimation demokratischer Institutionen und der ideologischen Polarisierung Vorschub, ohne doch in letzter Konsequenz den Umsturz der politischen Ordnung anzustreben.

LATENTE UND MANIFESTE GRÜNDE FÜR DIE ENTSTEHUNG VON POPULISMUS

Die langfristigen, oft lange in der Latenz verborgenen, Gründe für die Entstehung von Populismus hängen mit der Ambivalenz der Moderne und den Übergangsbedingungen von Agrargesellschaften zunächst zu modernen Industriegesellschaften, im 20. Jahrhundert von diesen zu noch moderneren Dienstleistungs- und Konsumgesellschaften zusammen. Unter dieser Perspektive ist Populismus ein Übergangsphänomen von Gesellschaften in raschem sozioökonomischem Wandel; sein Verhältnis zur Moderne ist nicht antimodernistisch, aber ambivalent. So tritt beispielsweise in den Eigenbezeichnungen das Adjektiv ‚populistisch‘ so gut wie nie in Erscheinung. Populistische Parteien berufen sich auf Fortschritt, Freiheit, Selbstverteidigung, auf moralische Werte wie Recht, Gerechtigkeit, Wahrheit oder auf den als Programm fungierenden Namen ihres Anführers (z.B. Schill oder Fortuyn).

Bereits in den 1930er Jahren gab es in Ländern mit einem damals noch großen Agrarsektor kulturelle Erscheinungsformen von Populismus, meist im Zusammenhang mit literarischen Kontroversen. Für Ungarn sind hier die bis heute nachwirkenden Debatten zwischen Populisten (*népi, népies*) und Urbanen zu nennen (vgl. Barlai/Hartleb 2008: 42; Várdy 1989; Palonen 2009: 5). In Italien entfaltete sich innerhalb des Faschismus die Debatte über *strapaese* und *stracittà* und machte deutlich, dass die eigentlich populistischen Tendenzen nur eine von mehreren Strömungen im faschistischen Machtblock waren. Städtische Kultur, Industrialisierung, entfaltete Markt- und Geldwirtschaft, Dynamik und Mobilität standen gegen Bodenständigkeit und die Verteidigung des ‚gesunden‘ Bauerntums als Kern und Urgrund der Gesellschaft. Während die politischen Forderungen des italienischen *strapaese*, bedingt durch das bereits installierte faschistische Regime, begrenzt blieben, zeigte sich in Ungarn das typische Janusgesicht des Populismus: ein egalitärer Antikapitalismus von rechts, der ökonomisch auf Bodenreform drängte, politisch aber antiliberal, nationalistisch und autoritär auftrat. Schon damals ging es aber um mehr als nur ökonomische Verteilungsgerechtigkeit. Im Zentrum stand vielmehr die Frage nach der nationalen Identität und danach, wer als genuiner Träger dieser Identität anzusehen und wer als ‚Fremder‘ auszuschließen sei. Juden als Exponenten des ‚Urbanen‘ standen von jeher im Visier von Populisten, so auch in Ungarn.

Dagegen liegen die kurzfristigen Gründe für das Erstarken populistischer Strömungen in einem Elitenversagen. Populismus entsteht nach Art kommunizierender Röhren: Sinkt die Integrationsfähigkeit der ‚etablierten‘ Volksparteien, verstärkt sich populistischer Protest. Hinzu kommt das durchaus auch geschürte Gefühl des Ausschlusses zweier Bevölkerungsgruppen von politischer Beteiligung: der abwärts mobilen Modernisierungsverlierer und der aufwärts mobilen neuen Aufsteiger. Die mittelosteuropäischen Länder bilden in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Die These, dass in diesen Ländern populistische und rechtsextreme Strömungen das Erbe der autoritären kommunistischen Regime seien, ist nicht haltbar, zeigt sich doch, dass diese Tendenzen während der kommunistischen Phase nur eingefroren waren und nach 1989, gewissermaßen nach einem verordneten Dornröschenschlaf, wieder auf den Plan traten (vgl. Mudde 2000: 40). Mit Blick auf Italien lässt sich auch die Unterscheidung zwischen einem gegen die politischen Eliten gerichteten Rechtspopulismus in Westeuropa und seiner Teilhabe am politischen Establishment in Mittelosteuropa nicht aufrechterhalten (so Skolkay 2000: 5). Auch in der Schweiz ist die inzwischen zur stärksten Partei des Landes angewachsene SVP seit 2008 wieder an der Regierung beteiligt; die Dänische Volkspartei und die norwegische Fortschrittspartei fungierten bereits als Stützparteien für konservative Mehrheiten.

POLEN – POPULISMUS ZWISCHEN BAUERNWIDERSTAND UND ARBEITERPROTEST

Populistisch par excellence ist in Polen der von dem Bauernführer Andrzej Lepper vertretene Agrarpopulismus,⁶ der ursächlich viele gemeinsame Züge mit dem US-amerikanischen Ende des 19. Jahrhunderts hat:⁷ Überschuldungskrise, Anwachsen ausländischer Konkurrenz bei geringer eigener Wettbewerbsfähigkeit, sozialer Protest durch Selbsthilfe und direkte Aktion. Im Zuge der Privatisierung nach 1989 gerieten zahlreiche Bauern in eine Verschuldungskrise und waren von Zwangsvollstreckung bedroht. Zudem brachen die Märkte der ehemaligen GUS-Länder (Russland, Ukraine, Weißrussland) weg und die Konkurrenz von EU-Billigprodukten nahm zu. Lepper, eine „Mischung aus Robin Hood und Mussolini“ (Ost 1999: 97) und selbst Landwirt, gründete 1991 die Organisation „Selbstverteidigung“ (Samoobrona). Bei der Präsidentschaftswahl von 2005 wurde sie mit 11,4 Prozent der Stimmen zur drittstärksten politische Kraft des Landes. Von 2006 bis 2007 war Lepper, mit kurzer Unterbrechung, an der Seite des kleineren Partners Roman Giertych von der Liga der polnischen Familie (LPR) Mitglied in der Dreiparteienkoalition unter Jarosław Kaczyński von der national-konservativen Partei für Recht und Gerechtigkeit (PiS). Es zeigte sich hier eine Konstellation wie in Italien in den ersten beiden Berlusconi-Regierungen: Die genuinen Populisten Lepper bzw. Bossi von der Lega Nord treten als Juniorpartner einer größeren national-konservativen oder national-liberalen Partei in ein Regierungsbündnis ein. Ihnen zur Seite steht eine dritte Kraft – in Polen Giertychs LPR, in Italien Finis Alleanza Nazionale – die den autoritären Part übernimmt, sei es hinsichtlich der Staatskonzeption oder der Verteidigung autoritärer Familienwerte.

Aber auch in der von der Gewerkschaft Solidarność organisierten Arbeiterschaft entwickelten sich populistische Tendenzen. Dabei handelte es sich nicht um eine sozialstrukturell andere, sondern um eine ähnliche Klientel wie bei Leppers Agrarpopulismus. Lepper mobilisierte nämlich nicht die klassisch populistische Klientel selbständiger, traditionsverbundener Kleinbauern, sondern hatte vor allem im Nordwesten und Nordosten des Landes die größten Erfolge. Hier waren nach 1945 riesige Agrarkollektive oder Staatsfarmen errichtet worden, die nach 1989 geschlossen wurden oder fallierten und viele Landarbeiter arbeitslos machten (vgl. Krok-Paszkowska 2003: 123). In beiden Fällen handelt es sich also um Leidtragende der Deindustrialisierung, von der auch der industriell betriebene Teil des polnischen Agrarsektors betroffen war. Leppers Samoobrona ist daher keine Renaissance des älteren Agrarpopulismus, sondern mobilisiert eine neue, bereits durchkapitalisierte Schicht von Landarbeitern einerseits und neuen Agrarunternehmern andererseits.

Was die rechtspopulistischen Tendenzen in der Solidarność angeht, so schlug schon in den 80er Jahren der Gewerkschaftsführer Marian Jurczyk zunehmend nationalistische Töne an mit dem Tenor: Die Niederlage des

Kommunismus habe Polen für ‚Fremde‘, vor allem Deutsche und Amerikaner, geöffnet. Ab 1995 verstärkte sich dieser Rechtstrend unter dem neuen Gewerkschaftsführer Zygmunt Wrzodak. Er polarisierte weniger zwischen rechts und links, liberal und sozialdemokratisch, sondern, gut populistisch, zwischen groß und klein. Wo die Eliten für ökonomische Großaggregate und Kapitalkonzentration eintreten, fordert die Gewerkschaftsrechte die Stärkung von Kleinbesitz. Dazu David Ost: „The Solidarity right is a populist, Proudhonian right, seeking a country of small property-owners rather than a country dominated by big business of any kind“ (Ost 1999: 105). Diese auf Proudhon zurückgehenden Ideen sind aber nicht notwendigerweise rechts. Sie werden es erst dadurch, dass die politischen Eliten oder Investoren als ‚ausländische‘ und ‚fremde‘ Mächte wahrgenommen werden, die gegen die Interessen der polnischen Nation handelten.⁸ Ost fragt, wie es zu dieser „irrationalen“ Wende kommen konnte. Nach 1989 verloren Arbeiter in allen ehemals kommunistischen Ländern ihre Rolle als ‚führende Klasse‘ und machten mit den neuen liberalen Eliten zwiespältige Erfahrungen. Einerseits begrüßten sie politisch-liberale Ziele wie die Zulassung freier Gewerkschaften, wurden dann aber unvermittelt dem ökonomischen Liberalismus und dem freien Markt ausgesetzt mit der Folge, dass die Arbeitslosenrate noch 2001 bei 18,24 Prozent lag, auch wenn sie inzwischen fast auf EU-Durchschnitt gesunken ist. In dieser Zwickmühle sei der populistische Diskurs der Solidarność auch eine Selbstverteidigung der Arbeiter (vgl. Ost 1999: 106).

UNGARN – NATIONALE FRAGE UND ÜBERFREMDDUNGSANGST

Dagegen ist die Situation in Ungarn nicht nur ökonomisch prekär, sondern in hohem Maße auch von der ‚nationalen‘ Frage überschattet. 1990 kam es hier zu einer ähnlichen Konstellation wie in Polen unter Kaczyński oder unter den ersten beiden Berlusconi-Regierungen in Italien, nämlich zu einer Dreier-Koalition unter Jozsef Antall für das rechtsbürgerliche Ungarische Demokratische Forum (MDF) unter Einschluss der populistischen Partei der Kleinlandwirte (FKGP) unter Jozsef Torgyan und, als dritter Kraft, der christdemokratischen Volkspartei (KDNP). Torgyan gilt, wie die meisten Populistenführer, zwar als exzentrisch und schillernd, ist aber schon recht betagt (geboren 1932) und hat nicht die Ausstrahlung eines ungarischen Robin Hood.

Neben dem Agrarpopulisten Torgyan betrat aber auch einer der Gründerväter des Demokratischen Forums, der Populist István Czurka, die politische Bühne und spielte die ‚nationale Frage‘ in den Vordergrund. Nach dem Friedensvertrag von Trianon 1920 hatte Ungarn große Gebietsverluste erlitten. Bei einer Bevölkerung von 10 Millionen leben rund 3,4 Millionen Ungarn, d.h. ein Drittel, im benachbarten Ausland, davon allein 2,2 Millionen

in Rumänien, der Rest verteilt auf die Slowakei, Serbien, Kroatien und die Ukraine. Ethnozentrismus und die nationale Frage sind daher in Ungarn von äußerster Brisanz und viel stärker ausgeprägt als beim westeuropäischen Rechtspopulismus. Hinzu kommt die ‚Zigeunerfrage‘, also das Problem der in Ungarn lebenden rund 400-500.000 Roma, die fünf Prozent der Bevölkerung ausmachen und besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Während des Kommunismus war dieses Problem unter dem Deckel der Diktatur sistiert, aber nicht gelöst worden.

Schon das Demokratische Forum hatte sich Anfang der 1990er Jahre zum Erben der nationalen Tradition Ungarns erklärt und verwischte damit die Grenzen zur populistisch-ruralen Richtung ihres Mitgründers Czurka. Nach seinem Parteiausschluss gründete Czurka 1993 seine eigene Partei, die ungarische Wahrheits-, Gerechtigkeits- und Lebenspartei (MIEP). Mit ihrer antisemitischen, antiziganistischen und großungarischen Propaganda kann sie nicht anders als rechtsextrem bezeichnet werden. Aber rechts von ihr steht die noch extremere, am Vorbild des NS-Regimes orientierte Rechte wie die Neo-Pfeilkreuzler um Albert Szabó, ganz zu schweigen von neonazistischen Kleingruppen.⁹

Während nun der gemäßigtere Agrarpopulismus eines Torgyan 1998 als Koalitionspartner der liberalen „Allianz der jungen Demokraten“ akzeptabel war, entwickelte sich die von Czurka vertretene Variante des Populismus zum großungarisch-chauvinistischen Rechtsextremismus, der auch viele bürgerliche Wähler anspricht. Die besten Ergebnisse erzielte die MIEP nicht etwa bei verarmten Bauern, sondern in den bürgerlichen Vierteln von Budapest (vgl. Karsai 1999: 146; Bayer 2002: 274f.; SIREN 2004: 36). Beide ursprünglich populistischen Bewegungen, Torgyans Kleinlandwirtpartei und Czurkas MIEP, spielen aber politisch kaum noch eine Rolle. Die höchsten Wahlerfolge der MIEP lagen zwischen 1995 und 1999 bei 5,5 Prozent. Die Kleinlandwirtpartei ist heute noch bedeutungsloser und liegt bei einem Prozent.

Der Niedergang dieser rechten Kleinparteien brachte indessen keine Stabilisierung der Demokratie, sondern, im Gegenteil, eine Faschisierungswelle. Die ursprünglich eher linksbürgerliche Fidesz hat sich unter Viktor Orban seit 1994 kontinuierlich nach rechts entwickelt. Nach ihrem Wahlsieg von 1998 ging auch sie eine Dreierkoalition mit der Kleinlandwirtpartei und dem inzwischen weit abgeschlagenen Demokratischen Forum (MDF) ein. Wie schon in der Koalition von 1990 unter Jozsef Antall, so zeigten sich auch hier wieder Mehrdeutigkeit, Doppelzüngigkeit, wohlwollende Duldung der extremen Rechten und halbherzige Distanzierung von ihr.

Als Alternative zur erfolglosen MIEP formierte sich 2002 die „Bewegung für ein besseres Ungarn“ (Jobbik) und tritt seit 2004 auch als Partei auf. Wenn man schon die MIEP nicht mehr als populistisch bezeichnen kann, so erst recht nicht die Jobbik. Beides sind rechtsextreme, ultranationalistische Parteien, wobei sich Jobbik-Führer Gábor Vona inzwischen ganz auf die ‚Zigeunerfrage‘ konzentriert – mit überaus großem Erfolg. Bei den

EU-Wahlen 2009 erzielte Jobbik 14,7 Prozent, bei den Parlamentswahlen vom April 2010 sogar 16,7 Prozent und stieg damit zur drittstärksten Partei Ungarns auf (vgl. Barlai/Hartleb 2008: 43-46).¹⁰

Jobbik mobilisiert vor allem die von der Fidesz vernachlässigten städtischen und ländlichen Unterschichten. Stark ist sie nicht nur im Osten Ungarns, dem ‚Armenhaus‘ des Landes, sondern auch in Budapester Arbeitervororten mit hohem Anteil an antikommunistisch eingestellten Arbeitern. Nach Art faschistischer Parteien hat sie sich eine paramilitärische Stoßtruppe zugelegt, die inzwischen verbotene „Ungarische Garde“, die gleichwohl unter dem Namen „Neue Ungarische Garde“ weiter in der Öffentlichkeit auftritt und inzwischen 3.000 Mitglieder haben soll (vgl. Marsovszky 2009: 41).¹¹ Jobbik versucht aber auch, über die Zusammenarbeit mit einer Polizeigewerkschaft in den Staatsapparat einzudringen und hält enge Kontakte zur deutschen NPD. In einem Interview mit dem NPD-Politiker Benedikt Frings benannte Jobbik-Führer Vona 2008 die zentralen Themen seiner Partei: Das Problem der Auslandsungarn; die ‚Zigeunerfrage‘; die ablehnende Haltung gegenüber der EU und nicht zuletzt das für den NPD-Mann eher irritierende Bekenntnis zum Christentum als identitätsstiftendem Faktor. Auch populistische Topoi fehlen nicht, etwa, wenn Vona von der „Politiker-kaste“ spricht, die das Land ausländischen Kräften ausgeliefert habe, „die jetzt Ungarn bedrohen“ (Interview Frings-Vona 2008).

Am 29. Juni 2009 zitierte die „Budapester Zeitung“ die Vorsitzende des Demokratischen Forums (MDF), Ibolya David: „Heute kann nur die Rechte Ungarn vor der radikalen Rechten retten.“ Dieses Szenario liefe darauf hinaus, dass Orbans Fidesz zunehmend populistischer auftreten muss – was sie bereits tut – um als Sturmbock gegen den Rechtsextremismus von Jobbik zu fungieren. Dagegen hält Orban an seinem rechten Schlingerkurs fest und schürt die Polarisierung im Lande. Offiziell lehnt er die Zusammenarbeit mit Jobbik ab, aber auf kommunaler Ebene arbeiten Fidesz und Jobbik schon seit Jahren zusammen, eint sie doch der Traum von Großungarn in den Grenzen von 1915. Die Fidesz sei, so ihr Vorsitzender Orban, „die Partei der grenzüberschreitenden Wiedervereinigung der Ungarn des Karpatenbeckens“ (vgl. ORF-Nachrichten vom 14.06.2009). Gefordert wird eine „geistige Wiedergeburt“ des Landes als „kulturell-moralische Gemeinschaft“ (vgl. Bozóki 2005: 20). Die Grenze zwischen Populisten und extremen Rechten war in Ungarn schon vor dem Zweiten Weltkrieg fließend und ist es bis heute geblieben. Während Populismus sich allgemein durch Intellektuellenfeindlichkeit auszeichnet, ist in Ungarn eine überdurchschnittlich hohe Beteiligung der akademischen Intelligenz an der kulturellen Rechtswende des Landes zu verzeichnen. Nicht nur die Fidesz ging 1988 aus studentischen Kreisen hervor, sondern auch die Jobbik vierzehn Jahre später.

ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN

Wähleranalysen zeigen, dass zwei Gruppen in besonderer Weise von Populismus affiziert sind, die zunächst wenig gemein haben: abwärtsbedrohte und aufsteigende Schichten. Bei den unteren gesellschaftlichen Segmenten (Arbeiter, Rentner, städtische Unterschichten) spielt aber der reale Abstieg eine geringere Rolle als die Angst vor drohendem Statusverlust.¹² Dennoch ist Populismus nicht nur in unteren Schichten und bei Modernisierungsverlierern verbreitet (vgl. SIREN 2004: 22). Ähnlich stellt sich die Situation im Segment der kleinen und mittleren, auf dem Binnenmarkt tätigen Selbständigen (Handwerker, Kaufleute, Kleinunternehmer) und der Aufsteiger in neuen Sektoren wie Medien, Werbung, Finanzberatung oder Immobilienhandel dar (vgl. Priester 2007a: 193, 2008: 23-26; SIREN 2004: 14). Die ungarische MIEP fand ihre Anhänger in den bürgerlichen Vierteln von Budapest, bei Studenten, Kleinunternehmern und Freiberuflern. Auch der polnische Bauernführer Lepper spricht nicht nur für überschuldete Bauern und arbeitslose Landarbeiter, sondern schon seit den 90er Jahren auch für Kleinunternehmer, Einzelhändler und andere städtische Bevölkerungskreise in mittlerer Lage (vgl. Bachmann 2006: 222). Auf dieser Grundlage bildet sich das populistische, auch bei der niederländischen LPF oder dem belgischen Vlaams Belang beobachtbare, Bündnis zwischen einer aufwärts mobilen, populistischen Außenseiterelite und abwärts mobilen, von sozialem Abstieg bedrohten unteren Schichten heraus. Die Berufung auf Volkssouveränität und der Ruf nach direkter Demokratie dürfen nicht zu der Annahme verleiten, die populistische Klientel strebe nach aktiver, partizipatorischer Teilhabe und Basisdemokratie. Die Ausnahme des US-amerikanischen Agrarpopulismus bestätigt nur die Regel, dass Populisten nach Führung verlangen, aber einer Führung, die erstens effizienter als die herrschende Elite zu handeln verspricht, die zweitens aus dem Volk selbst hervorgegangen ist und daher, drittens, keiner Mediatisierung durch kulturelle oder Parteieliten bedarf.

Zwischen drohendem Statusverlust der unteren Segmente ihrer Klientel und dem Traum von gesellschaftlichem Aufstieg, den sie selbst verkörpern, vermitteln populistische Führer durch symbolische Kompensationsangebote. Die Erfahrung einer von ‚oben‘ und ‚unten‘ bedrohten Soziallage wird nach außen gekehrt, auf den Zangengriff durch globalisierte Finanzeliten von ‚oben‘ und Immigranten oder ethnische Minderheiten von ‚unten‘. Aber im Unterschied zu aufsteigenden Klassen (etwa dem Bürgertum und dem Proletariat im späten 18. und 19. Jahrhundert) können sich Populisten nicht auf ihre zentrale Rolle im Produktionsprozess berufen und setzen daher als symbolisches Kapital ihre moralische Überlegenheit ein (vgl. Priester 2008: 31f.; Bozóki 2005: 25).

Ist Populismus ein Übergangsphänomen oder eine dauerhafte Erscheinung? Populistische Bewegungen haben in der Regel nur eine geringe ‚Haltbarkeitsdauer‘ (Taggart). Dagegen hat der Populismus als Syndrom

lange Wurzeln, die immer wieder ausschlagen können. Entweder tritt er als Agenda-Setter auf und benennt reale, aber vernachlässigte Probleme, die vom Establishment aufgegriffen werden können, um ihnen den Wind aus den Segeln nehmen. Er kann aber unter anderen, hier am Beispiel von Polen, Ungarn und am Rande auch Italien erörterten Bedingungen Teil eines Machtblocks werden, in dem die Grenzen zwischen nationalkonservativ oder nationalliberal, rechtspopulistisch und rechtsextrem zunehmend verschwimmen. In beiden Fällen zeigt sich aber die „episodische“, „transitorische“, sich selbst begrenzende Natur populistischer Bewegungen (vgl. Priester 2007a: 45, 200; Taggart 2002, 2004; Weyland 2001: 14).

ANMERKUNGEN

- 1 Im Gegensatz zu Canovan unternimmt Paul Taggart (2002: 66ff. und 2004: 273ff.) den Versuch, sechs ‚universelle‘ Züge des Populismus herauszuarbeiten. Mit seinem Konzept des ‚heartland‘ und der Betonung der rückwärtsgewandten Utopie von Populismus kommt er meiner eigenen Verortung von Populismus als (volks-)konservativem Denkstil (Mannheim) sehr nahe. Allerdings stellt sich die Frage, wie ‚universell‘ Taggarts Merkmale sind und ob sie auch für außereuropäische Länder, beispielsweise Lateinamerika, gelten können.
- 2 Dieser kritiklosen Bezugnahme auf das, was andere über den Gegenstand gesagt oder gelehrt haben, hatte Edmund Husserl, der Begründer der Phänomenologie, mit den drei Reduktionen oder Ausschaltungen gerade entgegengewirkt.
- 3 1. Den bäuerlichen Radikalismus (Farmers’ Radicalism), 2. den revolutionären intellektuellen Populismus; 3. den Agrarpopulismus (Peasant Populism), 4. Populistische Diktaturen (z.B. Juan Perón, Huey Long); 5. Populistische Demokratie (z.B. das Schweizer System der direkten Demokratie), 6. Reaktionären Populismus (z.B. George Wallace, Enoch Powell), 7. den Populismus der Politiker (Politicians’ Populism) in Volksparteien oder Catch-all-parties, die die „etablierten politischen Trennlinien verwischen.“ (Vgl. Canovan 2006: 545f.)

Diese Typologie wirft eine Reihe von Fragen und Ungereimtheiten auf:

- a. Typen sollten untereinander eine hohe externe Heterogenität aufweisen, um sie möglichst gut voneinander unterscheiden zu können. Daran mangelt es bei Canovan. So sind z.B. die Typen ‚bäuerlicher Radikalismus‘ und ‚Agrarpopulismus‘ nicht heterogen genug.
- b. Das unter 2. genannte Beispiel ist kein Typus, sondern ein Einzelfall und bezieht sich auf die russischen *narodniki*. Hier fehlt die für einen Typus unerlässliche Vergleichsdimension. Wenn aber andere intellektuelle Bewegungen wie die ungarischen *népi* oder das italienische *strapaese* hinzugezogen werden, so waren sie nicht revolutionär.
- c. Die Unterscheidung zwischen

populistischer Diktatur und reaktionärem Populismus bezeichnet keine unterschiedlichen Typen, sondern ist ein Fall von *conceptual travelling*, d.h. unterschiedlicher Entwicklungsstadien ein und desselben Typus. d. Bei Typ 7 verfehlt Canovan den eigentlichen Zweck von Typenbildung, nämlich Komplexitätsreduktion, indem sie sekundäre, triviale Ähnlichkeiten zugrundelegt und Komplexität dadurch gerade erhöht. Wie Sartori (1970: 1052) betont, ist es nicht sinnvoll zu behaupten, Menschen und Fische seien einander ähnlich, nur weil beide schwimmen können. Ebenso wenig sinnvoll ist es, das Auftreten von Politikern in Volksparteien zu einem Typus von Populismus zusammenzufassen. Das hier zugrundegelegte Kriterium – die Verwischung etablierter politischer Trennlinien – ist, wie Lord Acton schon im 19. Jahrhundert beobachtet und gefordert hat, ein allgemeines Kennzeichen von Politik (vgl. Priester 2007a: 19). Noch weniger sinnvoll ist es, Mitglieder der politischen Elite als eigentliche Gegner von Populisten in das Konzept des Populismus einzubeziehen.

- 4 Für einen so schwammigen Objektbereich wie Populismus eignen sie sich vor allem deshalb, weil sie weniger streng als Klassifikationen sind und Überlappungen, unscharfe Ränder und fließende Übergänge zu anderen Typen ermöglichen.
- 5 Hier wäre es sinnvoll, Extremtypen zu bilden und miteinander zu vergleichen. Alle anderen ‚Fälle‘ werden dann zwischen zwei polaren Typen eingeordnet. Als Extremtypen könnten z.B. die norwegische Fortschrittspartei auf der einen Seite und der französische Front National oder die ungarische MIEP auf der anderen angesiedelt werden. Während im ersten Fall die Grenzen zu einer bürgerlich-konservativen Partei fließend sind, sind es im zweiten Fall die Grenzen zum Rechtsextremismus.
- 6 Auf die Vielzahl rechter Bewegungen, Parteien oder Initiativen wie den Sender ‚Radio Maria‘ kann hier nicht eingegangen werden. Vgl. dazu Graefe 2001; Bayer 2002: 270ff.
- 7 Unmittelbar nach der Wende, 1991, lag in Polen der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung im primären Sektor noch bei 25 Prozent und ist bis 2007 auf 18 Prozent gesunken. Während in Ungarn der primäre Sektor 1968 noch bei 30,4 Prozent lag, war er bereits 1998 auf 8,1 gesunken und lag 2006 nur noch bei 5,2 Prozent. Dagegen liegt hier der tertiäre Sektor bei 62,7 Prozent, in Polen dagegen erst bei rund 54 Prozent. Zum Vergleich Deutschland (Daten von 2008): 2,2 Prozent im primären (Landwirtschaft), 25,8 im sekundären (Industrie) und 71,9 Prozent im tertiären Sektor (Dienstleistungsbereich). Vgl. Mau/Verwiebe 2009: 139 u. 144.
- 8 Zum Proudhonismus als theoretischer Matrix des Populismus vgl. Priester 2007a: 48f.
- 9 Neonazis stehen in Ungarn in der Tradition des historischen Faschistenführers Ferenc Szálasi (1897-1946), der nach einem Putsch gegen den

- autoritären Reichsverweser Horthy 1944 ein nationalsozialistisches Marionettenregime errichtete.
- 10 Im September 2006 kam es zur Eskalation des rechten Protests gegen die sozialdemokratische Regierung unter Ferenc Gyurcsany. Eine Demonstration schlug in gewaltsamen Aufruhr um, wobei Gyurcsanys sogenannte Lügenrede eines der auslösenden Momente war. In einer nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Rede hatte dieser bekannt, das Volk belogen zu haben und goss damit Öl ins Feuer des rechtspopulistischen Protests. Rund 30.000 Demonstranten aus dem konservativen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Lager kamen auf dem Budapester Kosuth-Platz zusammen und fühlten sich in ihrer Aversion gegen die herrschende politische Elite bestätigt (vgl. Palonen 2009: 9).
 - 11 Auch hier zeigen sich Parallelen zu Italien und der dortigen Aushöhlung des liberalen Rechtsstaates durch die Bürgerwehren. Ausgehend von der Lega Nord, treten sogenannte ‚Runden‘ (Ronde) als parastaatliche Patrouillen auf, die von Berlusconi Regierung inzwischen anerkannt wurden. Die extreme Rechte (MSI-Destra Nazionale) verfolgt darüber hinaus seit 2000 den Aufbau eines Zivilschutzkommandos (Guardia Nazionale Italiana) mit dem SS-Emblem der schwarzen Sonne. In Triest nennt sich eine Bürgerwehr nach dem Sekretär der historischen faschistischen Partei, Ettore Muti.
 - 12 So liegt die Erwerbslosenquote gerade in jenen Ländern mit den größten rechtspopulistischen Parteien, in der Schweiz, in Dänemark und Norwegen, mit jeweils unter drei Prozent weit unter EU-Durchschnitt und zeigt, dass ökonomische Verunsicherung erst in Verbindung mit kulturellen Identitätsängsten zum Populismus führen kann.

LITERATUR

- Abts, Koen/Stefan Rummens (2007): Populism versus Democracy, in: Political Studies, Jg. 55, H. 2, S. 405-424.
- Arditi, Benjamin (2004): Populism as a Spectre of Democracy: A Response to Canovan, in: Political Studies, Jg. 52, H. 1, S. 135-143.
- Bachmann, Klaus (2006): Populistische Parteien und Bewegungen in Mitteleuropa, in: Frank Decker (Hg.), Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden, S. 216-232.
- Bahrdt, Hans Paul (1997): Schlüsselbegriffe der Soziologie. Eine Einführung mit Lehrbeispielen, München.
- Barlai, Melani/Florian Hartleb (2008): Ungarischer Populismus und Rechtsextremismus. Ein Plädoyer für die Einzelfallforschung, in: Südosteuropa Mitteilungen, Jg. 48, H. 4, S. 34-51.

- Bayer, József (2002): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, H. 3, S. 265-280.
- Blokker, Paul (2005): Populist Nationalism, Anti-Europeanism, Post-nationalism, and the East-West Distinction, in: German Law Journal, Jg. 6, H. 2, S. 371-389.
- Bozóki, András (2005): Consolidation or Second Revolution? The Politics of the New Right in Hungary, in: Slovak Foreign Policy Affairs, H. 1, S. 17-28.
- Canovan, Margaret (1984): „People“, Politicians and Populism, in: Government and Opposition, Jg. 19, H. 3, S. 312-327.
- Canovan, Margaret (1999): Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy, in: Political Studies, Jg. 47, H. 1, S. 2-16.
- Canovan, Margaret (2004), Populism for Political Theorists?, in: Journal of Political Ideologies, Jg. 9, H. 3, S. 241-252.
- Canovan, Margaret (2006): Two Strategies for the Study of Populism, in: Political Studies, Jg. 30, H. 4, S. 544-552.
- Collier, David/James E. Mahon (1993): Conceptual „Stretching“ revisited: Adapting Categories in Comparative Analysis, in: American Political Science Review, Jg. 87, H. 4, S. 845-855.
- Gräfe, Karl-Heinz (2001): Sind Rechtsextremismus, Neofaschismus und Antisemitismus auch in Mittel- und Osteuropa eine „Normalität“?, online unter: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Thema-Rechtsextremismus/Graefe01.pdf (abgerufen am 19.10.2009).
- Interview mit Benedikt Frings (NPD) und Gábor Vona (Jobbik) vom 28.03.2008, online unter: <http://www.jobbik.com/deutsch.html> (abgerufen am 19.10.2009).
- Karsai, Laszlo (1999): The Radical Right in Hungary, in: Sabrina P. Ramet (Hg.), The Radical Right in Central and Eastern Europe since 1989, Pennsylvania, S. 133-146.
- Krok-Paszowska, Ania (2003): Samoobrona. The Polish self-defense movement, in: Petr Kopecký/Cas Mudde (Hg.), Uncivil society?: contentious politics in post-communist Europe, London, S. 114-133.
- Laycock, David (2005): Visions of Popular Sovereignty: Mapping the Contested Terrain of Contemporary Western Populisms, in: Critical Review of International Social and Political Philosophy, Jg. 8, H. 2, S. 125-144.
- Marsovszky, Magdalena (2009): Arteigene Magyaren, Interview in der Zeitschrift Lotta, Nr. 36 (Herbst 2009), S. 40-42.
- Mau, Steffen/Roland Verwiebe (2009): Die Sozialstruktur Europas, Stuttgart.
- Mudde, Cas (2000): In the Name of the Peasantry, the Proletariat, and the People: Populisms in Eastern Europe, in: East European Politics and Societies, Jg. 14, H. 2, S. 33-53.

- ORF-Nachrichten vom 14.6.2009, online unter: <http://volksgruppen.orf.at/kroatenungarn/aktuell/stories/102840/> (abgerufen am 19.10.2009).
- Ost, David (1999): The Radical Right in Poland: Rationality of the Irrational, in: Sabrina P. Ramet (Hg.), *The Radical Right in Central and Eastern Europe since 1989*, Pennsylvania, S. 85-107.
- Palonen, Emilia (2009): Political Polarisation and Populism in Contemporary Hungary, in: *Parliamentary Affairs* Jg. 62, H. 2, S. 318-334, hier zitiert nach der pdf-Paginierung, S. 1-17 (abgerufen am 10.12.2009).
- Priester, Karin (2007a): *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*, Frankfurt am Main.
- Priester, Karin (2007b): Linker Populismus – ein Fremdkörper im deutschen Parteiensystem, in: *Vorgänge*, H. 4, S. 43-52.
- Priester, Karin (2008): Populismus als Protestbewegung, in: Alexander Häusler (Hg.), *Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“*. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden, S. 19-36.
- Puhle, Hans-Jürgen (1986): Was ist Populismus?, in: Helmut Dubiel (Hg.), *Populismus und Aufklärung*, Frankfurt am Main, S. 12-32.
- Sartori, Giovanni (1970): Concept Misformation in Comparative Politics, in: *American Political Science Review*, Jg. 64, H. 4, S. 1033-1053.
- SIREN (2004): *EU Research on Social Sciences and Humanities. Socio-Economic change, individual reactions and the appeal of the extreme right*, hrsg. von der European Commission, Final report, unter Leitung von Jörg Flecker, Wien.
- Skolkay, Andrej (2000): *Populism in Central Eastern Europe*, IWM Working Paper, Nr. 1, Wien.
- Taggart, Paul (2002): Populism and the Pathology of Representative Politics, in: Yves Mény/Yves Surel (Hg.), *Democracies and the Populist Challenge*, Houndsmill/Basingstoke, S. 62-80.
- Taggart, Paul (2004): Populism and representative politics in contemporary Europe, in: *Journal of Political Ideologies*, Jg. 9, H. 3, S. 269-288.
- Várdy, Péter (1989): Identitätsmodelle und Zukunftsbilder. Populisten, Urbane und die Judenfrage in Ungarn zwischen den beiden Weltkriegen, in: *Ungarn-Jahrbuch*, Jg. 17, S. 227-240.
- Weyland, Kurt (2001): Clarifying a Contested Concept. Populism in the Study of Latin American Politics, in: *Comparative Politics*, Jg. 34, H. 1, S. 1-22.

Populismus und Islam in der Türkei

HILAL ONUR INCE

Historisch und traditionell stützt sich die türkische Rechte nicht auf ein demokratisches Bewusstsein, sondern auf Nationalismus und eine autoritäre Staatsgesinnung. Mit den Ideologien des nationalistischen Türkismus und eines türkischen Islams konnte die Rechte bis heute politisch ihre Stellung halten. Von der nationalistisch-konservativen ebenso wie von der islamistischen Intelligenz wird die Rechte theoretisch gestärkt. Stellen wir eingangs Folgendes fest: Die politische Rechte, insbesondere die derzeitige Regierungspartei AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi/Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung), kann weder als konservativ im klassischen Sinne, noch als eine kulturelle Kategorie begriffen werden (vgl. Kahraman 2007). Was die Ortsbestimmung der politischen Rechten so schwierig macht, sind ihre kulturellen Defizite. Denn ohne eine moderne politische Kultur und damit einhergehend ohne deren Übertragung auf demokratische Politik, war und ist die Rechte in einer dogmatischen Mechanik gefangen. In der AKP kristallisiert sich eben dieses Erbe heraus. Auch wenn die AKP sich als „konservativ-demokratisch“ bezeichnet und seit 2002 eine Mehrheitsregierung führt, verfolgt sie eine hegemoniale Politik der „verschleierte“ Islamisierung der Gesellschaft.

War die politische Rechte bislang nicht in der Lage, die Grundpfeiler der Republik – Säkularismus und Republikanismus – zu unterminieren (vgl. Heper/Criss 2009), entwickelt sich die AKP mehr und mehr zu einem Sammelbecken antimoderner Politik. Im Jahre 2001 spaltete sich eine Gruppe von jüngeren „Reformisten“ aus dem Gefolge der „traditionalistisch islamistischen Politik“ ab und gründete die AKP. Mit Beginn der AKP-Ära versuchten diese Kader, sich und ihre Familien als Vorbilder einer modernen Türkei darzustellen, unterstützten aber gleichzeitig mit zivilen und bürokratischen Mitteln islamistische Gruppierungen und zahlreiche stark vernetzte „Tarikats“ (Bruderschaften). Soziale Belange wurden an die Bruderschaften delegiert, und es wurde die Verbreitung einer „islamischen Lebensweise“ eingefordert. Diese von der AKP „konservative Demokratie“ genannte, aber im Kern islamorientierte „Sozialpolitik“ bezweckte die Gründung eigener

Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Einmalige Hilfen für Arme und Bedürftige, gefördert von der islamistischen Gemeinschaft und „deren NGOs und kommunalen Verwaltungen“, enthalten „strukturelle und programmatische Formen“ islamistischer Politik an der Basis (Kurt 2009: 9f.).

Seit 2002 regiert die AKP mit einem autokratischen Ministerpräsidenten Erdogan, der sich in Wort und Haltung gegen jedes kritische Urteil an seiner Staats- und Wirtschaftspolitik verwehrt. In seiner persönlichen Weltanschauung bezieht sich Erdogan zwar auf die Religion, in der Wirtschaftspolitik nennt er sich jedoch vorzugsweise liberal und kommunitaristisch und auf politischer Ebene einen konservativen Demokraten. Den Begriff „islamischer Demokrat“ lehnt er vehement ab: „Lassen Sie mich ganz deutlich auf eine Tatsache hinweisen – wir finden es nicht angebracht, Religion und Politik zu vermischen. [...] Wir sind keine islamischen Demokraten, wir sind konservative Demokraten. Manche im Westen porträtieren uns als islamische Demokraten, aber unsere Vorstellung von der konservativen Demokratie ist, uns auf die Gewohnheiten, Traditionen und Werte unserer Gesellschaft zu berufen, die auf dem Bestand der Familie fußen. Dies ist eine Frage der Demokratie, nicht der Religion“ (vgl. Gözaydin 2008: 173). Erdogans Begriffswahl irritiert, denn in einer patriarchalischen Gesellschaft wie der Türkei kann eine konservative Haltung, die auf Familienwerten beruht, als eine persönliche Entscheidung aufgefasst werden, doch ist sie vor allem eine politische Affirmation religiös fundierter Traditionen. Innenpolitisch lenkt die Regierung von ihrer Unfähigkeit durch Themen ab, die zu einer Polarisierung zwischen Säkularisten und der Regierung führen, und beschäftigt die Bevölkerung mit Fragen, die nicht die materiellen Probleme der Menschen berühren. Daher wäre ein Paradigmenwechsel hin zu einer Politik angebracht, die den realen gesellschaftspolitischen Problemen gerecht wird. Aber anstatt Anstrengungen zu unternehmen, um die hohe Arbeitslosigkeit von 13 Prozent, die Auswirkungen der Welt-Finanzkrise, die unendliche Geschichte der EU-Integration zu bewältigen, wird durch „Debatten über militärische Eingriffe und militärische Gerichtsbarkeit ein Klima geschaffen“, in dem die Front zwischen Regierung und Militär bzw. Regierung und Opposition künstlich dramatisiert und mit Appellen an das Volk populistisch ausgebeutet wird (vgl. Keyman 2009: 5).

Die zunehmende Islamisierung der Gesellschaft unter der AKP geschieht durch Veränderung kultureller Normen und Kleidungsvorschriften für Frauen im Namen der Religion. Doch noch wichtiger sind die derzeitigen Verschiebungen in den auswärtigen Beziehungen und das Streben der türkischen Regierung nach einer ominösen Nähe zu den Islamisten. Seit Beginn ihrer Regierungszeit zielt die AKP auf einen beschleunigten Abbau grundlegender republikanischer Werte. Besonders der Säkularismus stellt einen Angriffspunkt dar und wird mit populistischen Parolen, willkürlichen Festnahmen von Intellektuellen, Journalisten und pensionierten Militärs sowie Eilprozessen angeprangert und bekämpft. Die AKP kann hier auf die Unterstützung großer Teile der Gemeinschaften zurückgreifen, die seit den

50er Jahren als Gegenkraft zu linker Politik staatliche Förderung genießen: der islamistischen Tarikats. Die Macht der AKP ist keine Momentenscheinung, zumal sie umgeben ist von zahlreichen Tarikats. Eine dieser einflussreichen islamistischen Gemeinschaften ist die Fethullah Gülen-Bewegung, die seit den 70er Jahren aktiv ist, aber seit 1980 ihre straffe Organisation maßgeblich in der Politik einsetzt. Zunächst jedoch einige Anmerkungen zum Aufstieg der AKP.

DAS ZUSAMMENSPIEL VON RELIGION UND POLITIK – DER AUFSTIEG DER AKP

Die Mehrheit der AKP-Gründungskader waren ehemalige Anhänger der islamistischen Milli Görüs, der „Nationalen Sicht“ (Yildiz 2003), und hatten führende Positionen in allen bereits vom Verfassungsgericht verbotenen islamistischen Parteien inne. Doch von Anfang an haben sich die AKP-Funktionäre bemüht, sich von der islamistischen Haltung der Milli Görüs zu distanzieren und stellten sich als „konservativ demokratisch“ dar (Atacan 2005). Gleichzeitig bildete die AKP ein Sammelbecken für unterschiedliche Tendenzen der türkischen politischen Rechten. Die Wahl der AKP kann auf die Schwäche der Mitte-Rechts-Parteien zurückgeführt werden, denn sie stieß in das politische Vakuum, das durch Fragmentierung und erbitterten Kampf zwischen diesen Parteien entstand. Aufgrund einer zehn Prozent-Hürde, die dafür sorgte, dass fast die Hälfte der Stimmen unrepräsentiert blieb, bildet eine Partei mit islamistischen Wurzeln zum ersten Mal in der türkischen Geschichte eine Mehrheitsregierung. Seit 2002 stellt die AKP mit etwas mehr als einem Drittel der Stimmen fast zwei Drittel der Parlamentarier (vgl. Acikel 2003).

Eine Reihe von Wissenschaftlern und politischen Entscheidungsträgern im In- und Ausland feierte den AKP-Erfolg als einen historischen Sieg der „Peripherie“ über das „Zentrum“.¹ Hier bedeutet die Peripherie den kulturellen und politischen Bereich der unterdrückten und ausgegrenzten Mehrheit, das heißt der „Gesellschaft“ als Gegensatz zur Staatselite, während unter dem Begriff „Zentrum“ der Staat und die säkulare militärisch-zivile Bürokratie verstanden wird.² Dieser Ansatz definiert nicht nur Staat und Gesellschaft als getrennte Bereiche, sondern geht zugleich von einer konstanten historischen Auseinandersetzung zwischen der Gesellschaft (Peripherie) und dem Staat (Zentrum) aus. Dieses „Staat-versus-Gesellschaft-Konzept“ sieht innere Gegensätze und Kämpfe innerhalb staatlicher Institutionen als Ergebnis von Konflikten zwischen Elitegruppen, die das alte Staatszentrum vertreten und Gegeneliten, die die „Gesellschaft“, gewissermaßen das „Volk“ repräsentieren, nicht jedoch als Konsequenz materiell fundierter Widersprüche innerhalb von Staat und Gesellschaft. Es porträtiert ausschließlich einen Kampf um den Staat zwischen verschiedenen politischen Kräften (vgl. Hosgör 2008). Der Grund jedoch für die Zuspitzung von Kon-

flikten „liegt vor allem in staatlichen Maßnahmen“; was geschieht, „ist nicht das Ergebnis der Auseinandersetzung um den Einfluss im Staate zwischen verschiedenen Gruppen“ (ebd.: 27). Dieser Staat-versus-Gesellschaft-Ansatz ignoriert, dass seit 1983, also mit dem vermeintlichen Übergang vom Militärregime zur zivilen Regierung, „die offiziellen Bediensteten sich genötigt sahen, der konstruierten Polarisierung zwischen Staat und Gesellschaft eine demokratische Legitimität und Langlebigkeit zu verschaffen, mit dem Ziel der völligen Umstrukturierung des türkischen Staates“ (Navaro-Yashin 2002: 136). Mehr noch, die Dichotomie zwischen Staat und Gesellschaft, die diesen spezifischen Populismus kennzeichnet, „bildet die Grundlage für neue Ideologien der Gewalt in der Türkei, die um Einfluss im Staate ringen. [...] In der Tat wurden Diskurse der Zivilgesellschaft in den 90er Jahren und legitime demokratische Forderungen für den Kampf um die Macht im Staat instrumentalisiert“ (Navaro-Yashin 2002: 136). Noch bedeutsamer ist aber, dass hier der Einfluss islamistischer Bewegungen auf die gesellschaftspolitische Struktur der Türkei seit dem Übergang zum Mehrparteiensystem im Jahre 1950 übersehen (vgl. Cavdar 2006) und ihre politische Macht seit den 70er Jahren weitgehend ignoriert wird (vgl. Saribay 1985).

In den letzten drei Jahrzehnten erlebte die Türkei drei große gesellschaftspolitische und sozioökonomische Prozesse: der allmähliche, aber stetige Aufstieg der islamistischen Bewegungen; die rasche Ausweitung des religiösen „way of life“ im Alltagsleben und der scheinbar unaufhaltsame Aufstieg des Neoliberalismus. Alle diese Prozesse haben die sozialen und politischen Strukturen der Türkei sowie die Stellung des Staatsapparates innerhalb der Gesellschaft verwandelt, und verhalfen zugleich der AKP an die Macht. Seit den 50er Jahren wurde neben einigen älteren Tarikats wie den Nakschibendi eine relativ neue Bruderschaft namens „Nurculuk“ immer mehr zu einem Machtfaktor innerhalb rechtsgerichteter und konservativer Parteien. Es schien ein stillschweigendes Einverständnis zwischen den Tarikats und der republikanischen Elite zu geben, solange die Tarikats im Hintergrund blieben und bei der Aufrechterhaltung des Status quo gegen jede Herausforderung von links nützlich waren.³ Aber seinen Höhepunkt erreichte der politische Islam mit dem Militärputsch von 1980. Große, bis dahin weit verstreute Gemeinden verschiedener islamistischer Strömungen erhielten Zugang zu bis dahin nur den kemalistischen Eliten vorbehaltenen staatlichen Institutionen. Diese Gemeinden errichteten starke sozioökonomische Netze (vgl. Mumcu 2008) und sind hierarchisch, in der Regel mit einem „Hoca“ (Prediger) als Führer, organisiert (vgl. Peköz 2009). Obwohl die Generäle ihren Putsch mit der Aufrechterhaltung des säkularen republikanischen Systems zu legitimieren versuchten, zeichnete sich von Beginn an eine sonderbare Nähe zu den Islamisten ab. Diese Nähe führte schließlich zu einer direkten Einflussnahme der Islamisten auf die staatlichen „Geschäfte“ und zu einer Kluft zwischen Säkularen und Islamisten auf allen Ebenen des Staatsapparates und in der Gesellschaft. Das Militärregime trug mit seinem janusköpfigen System zur Politisierung des Islam bei, zu einem Islam, auf

den auch nicht-islamistische Parteien immer wieder zurückgreifen, um ihre sogenannte Nähe zur Gesellschaft nicht zu verlieren. Die Referenz auf „islamische Werte“ hat sich heute zu einer populistischen Aussage transformiert, ohne die keine Politik machbar zu sein scheint. Seit 1980 bemühen sich „professionelle“ Islamisten, in allen staatlichen Institutionen Fuß zu fassen. Ihre Politik ist jedoch kein frontaler Angriff auf alle republikanischen Werte und Traditionen, sondern eine Politik der Belagerung aller Institutionen durch islamistische Kader, um mit einer Demontage des Systems der Checks-and-Balances eine *conditio sine qua non* der Demokratie aus dem Weg zu räumen und schließlich die Türkei in eine islamische Republik zu transformieren. Wenn heute von Staatsstreich in der Türkei die Rede ist, sind durchweg militärische gemeint. Allerdings wird vergessen, dass im Namen der Demokratisierung und mit populistischen Forderungen durchaus ein ernster und gefährlicher „ziviler Putsch“ nicht auszuschließen ist (Öymen 2009: 13). Die Wahl von Abdullah Gül, einem glühenden Islamisten, zum Präsidenten, war einer der ersten Staatsstrieche gegen das Gleichgewichtsprinzip. Der Präsident hat heute erhebliche Vollmachten und kann die Mitglieder des Verfassungsgerichts, die Hochschulrektoren, die Richter Oberster Gerichte und den Vorsitzenden des Hochschulrates ernennen (vgl. Bayer 2008). Die Kontrolle über den Polizeiapparat und die Justiz unterliegt zunehmend der AKP und den ihr nahestehenden Islamisten. Auch kann die AKP jederzeit auf eigene Medienmonopole zurückgreifen und kritische Medien wegen angeblicher Gesetzesverstöße in die Schranken weisen. So wurde die Dogan Medienanstalt wegen ihrer kritischen Berichterstattung mit großen finanziellen Auflagen belegt. Im Fall Dogan forderte der Ministerpräsident Erdogan die Menschen sogar öffentlich auf, Zeitungen dieser Mediengruppe zu boykottieren. Und Erdogan stellt seine Intoleranz gegenüber satirischen Blättern immer wieder unter Beweis; derzeit laufen mehrere Verfahren gegen Karikaturisten, Schriftsteller und Satiriker. Von seinen verbalen Entgleisungen bleibt neben Journalisten und Intellektuellen auch die Bevölkerung nicht verschont: So scheute er sich nach dem Grubenunglück im Mai 2010 nicht, den Vorfall als „gottgegeben“ zu deuten. Alle diese Reaktionen und Aggressionen Erdogans entspringen einer populistischen Sichtweise, die den Staat zur Beute persönlicher Führerschaft macht, sowie seinem emotionalen Temperament, das sich in einer direkten Ausdrucksweise Luft verschafft. Sein Populismus zeigt sich in einem Vorfall Ende Juni 2009. Auf einer Feier erklärte Erdogan damals, dass die Polizei „Beschützer seines Regimes“ sei (Uzgel/Duru 2009: 615). Diese Äußerung wurde mit Recht als eine offene „Deklaration seiner Absichten“ bewertet (Mert 2009: 10). Denn insbesondere Institutionen der inneren Sicherheit werden von Fethullah Gülen Kadern, den Unterstützern der AKP, dominiert. Politisch befindet sich das Land heute in einem Machtkampf zwischen der Regierung, den Streitkräften, oppositionellen Parteien, der Justiz, einem Großteil der Intellektuellen und den Universitäten, der die Auseinandersetzung um die Normalisierung der Demokratie prägt (vgl. Ghanim 2009: 8).

Die Beschäftigung mit dieser Entwicklung führt uns zur derzeit besonders mächtigen und global agierenden islamisch missionarischen Bewegung des ehemaligen Predigers Fethullah Gülen. Die „Jünger von Fethullah“ sind heute eine Autorität auf dem Weg zur Islamisierung der Gesellschaft. Ihre Wirkung ist nicht nur in der Türkei zu beobachten. Als eine globale Bewegung wird Gülens Idee durch eigens gegründete Schulen missionarisch verkündet. Allerdings werden diese missionarischen Einrichtungen – auch als ideologische Erziehungsstätten zu verstehen – von manchen europäischen Soziologen lediglich als „sozioreligiöse Bildungsanstalten“ bezeichnet – wohl mit der Absicht, muslimischen türkischen Gemeinden in Europa bei der Integration zu helfen (vgl. Lacey 2009). Eine genauere Analyse sollte uns aber eines Besseren belehren.

DIE FETHULLAH GÜLEN-BEWEGUNG: FÜNFTE KOLONNE ODER HUMANITÄRE MISSION?

Es gibt zwei wichtige, aber sich ergänzende Sichtweisen der Bewegung. Zum einen gibt es den soziologischen Ansatz, das Phänomen der Fethullah Gülen-Bewegung (FGB) als eine Auseinandersetzung um die Kontrolle des öffentlichen Bereichs zu verstehen (vgl. Özdalga 2006: 235). Der zweite Ansatz analysiert die FGB aus der politischen Perspektive. Demnach ist die FGB eine Etappe der Kader-Vorbereitung zur Übernahme staatlicher Institutionen und zur Einbindung in den internationalen Islamismus (vgl. Cetinkaya 2004, 2007; Bölügiray 2004). In einem prägnanten Artikel geht Sharon-Krespin der Frage nach, „was die Absichten Gülens sind“ (Sharon-Krespin 2009: 61): Diese Frage ist berechtigt, denn „weltliche“ Konzerne haben zwar immer eine marktbeherrschende Stellung in der Türkei gehabt, doch noch nie hat ein einzelner Mensch eine Bewegung geführt, die die türkische Gesellschaft so grundlegend verändern soll. Die Ideologie von Gülen geht von zwei Grundsätzen aus: der Islamisierung des türkischen Nationalismus sowie der „Türkisierung“ und hofft, die Beziehung zwischen Religion und Staat nach dem Vorbild des Osmanischen Reiches zu rehabilitieren. Dass Gülen damit gegen den Säkularismus der Republikgründer argumentiert, ist unbestreitbar (vgl. Bilici 2006: 17).

Heute kann Gülen seine Ideologie über mehrere Medienanstalten, ein riesiges Netz von loyalen Bürokraten, seine Anhängerschaft an Universitäten und Hochschulen, Staatsanwälte und Richter, Beschäftigte der Sicherheits- und Nachrichtendienste, Wirtschaftsverbände, NGOs und Gewerkschaften, Lehrerinnen und Lehrer sowie Ärztinnen und Ärzte verbreiten (vgl. Sharon-Krespin 2009). Sein ultimatives Ziel formulierte er in seinen Predigten im Jahre 1999, die von ihm nahestehenden türkischen TV-Kanälen und in Video-Clips ausgestrahlt wurden. Hier fordert er seine Anhänger auf zu warten, bis die Zeit reif ist, um mit der Bewegung voranzuschreiten, andernfalls, so warnt er, würden sie wie in Algier, Syrien und

Ägypten besiegt. Vielmehr sollen sich erklärte Anhänger „in den Arterien des Systems bewegen, ohne dass jemand ihre Existenz bemerkt, bis sie alle Machtzentren erreicht haben“ (Sharon-Krespin 2009: 61f.). Doch heute ist es unmöglich, sie nicht zu bemerken. Ärzte, die Frauen nicht untersuchen wollen, Ärztinnen, die Männer nicht behandeln, Medizinstudenten, die nicht am Anatomieseminar teilnehmen, Bürgermeister, die Statuen in öffentlichen Anlagen entfernen oder Frauen-Volleyball-Teams verbieten, Gouverneure, die nach Geschlechtern getrennte Schulen fordern und Ärzte, die in TV-Shows auftreten und erklären, dass Krebs durch den Glauben geheilt werden könne, gehören heute bereits zum Alltag. So handeln die Mitglieder dieser Bruderschaft keineswegs dezent, sondern werden zunehmend auffälliger und ihre Machenschaften unberechenbarer.

Information über die genaue Anzahl von Gülen-Schulen in der Türkei und im Ausland sind bislang nicht erhoben worden. Eine solche Erhebung wäre wohl auch nur bedingt aussagekräftig, da sich auch an „normalen“ Schulen Anhänger häufen, die besonders guten Schülerinnen und Schülern kostenlose Unterkunft in den eigenen Heimen, den „Isik Evleri“ oder „Leuchtenden Häusern“, organisieren. So wird die hierarchische Struktur aus der Basis heraus gestützt. Bis 2003 waren schätzungsweise mehr als 100.000 Jugendliche in über 500 Bildungsanstalten der FGB organisiert. Bereits im Jahre 1999 besaß sie 150 private Schulen und ein große Zahl von Wohnheimen (vgl. Agai 2003: 48). Die FGB besitzt Fernsehsender in der Türkei (Samanyolu TV) und in den Vereinigten Staaten (Ebru TV und Mehtap TV) und wird von dem „konservativen“ Unternehmer- und Industriellenverband gefördert. Darüber hinaus besitzt die FGB die Asia Finance Bank, die Fatih-Universität in Istanbul und die Virginia International University in den Vereinigten Staaten (vgl. Balci 2003). Gülen selbst lebt im US-Staat Pennsylvania, wo er einen dauerhaften Aufenthaltsstatus genießt. „Hier in den USA besitzt die FGG (Fethullah Gülen Gemeinschaft) mehr als 90 öffentliche Schulen in mindestens 20 Staaten. [...] Die Tatsache, dass so wenig über die FGG Schulen hier in den USA geschrieben wurde, sowie die Auszeichnung der FGG als ein Modell des ‚Moderaten‘ durch einige in unserer Regierung, scheint zu bestätigen, dass die FGG und ihre Schulen der Position und Ermahnung Gülens folgen [nämlich der Folgenden:] ‚Bewegt euch mit eurer Existenz unbemerkt im System, bis alle Zentren der Macht erreicht sind‘“ (Rodgers 2009).

Die Gülensche Botschaft der Toleranz und des interreligiösen Dialogs, die die FGB auf die internationale Ebene überträgt, passt ausgezeichnet zur Vorstellung des Westens, insbesondere der US-Politik, „befreundete Muslime“ im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu fördern. Sharon-Krespin bewertet diese Politik wie folgt: „Was die türkischen Islamisten wirklich wollen, ist die Abkehr von den Grundprinzipien der türkischen Republik. Solange die Offiziellen der USA und des Westens nicht erkennen, dass Gülens Rhetorik der Toleranz nur oberflächlich ist, [...] müssen sie eine Antwort auf die Frage finden: ‚Wer verliert die Türkei?‘“ (Sharon-

Krespin 2009: 66) Das Hauptanliegen der FGB ist die Errichtung eines islamischen Staates, und zielt insbesondere auf den Kampf um die Kontrolle des öffentlichen Raums. Augenfällig wird dies besonders an ihrem Verständnis von der Rolle der Frau. Innerhalb der Gemeinschaft sind nur Ehen zwischen den Mitgliedern erlaubt und werden von älteren „Brüdern“ und „Schwestern“ diktiert. So nimmt die Zahl der Frauen zu, die freiwillig beginnen, ein Kopftuch zu tragen. Doch darf nicht vergessen werden, dass sie bereits im Kindesalter in den „Isik Schulen“ dazu verpflichtet werden. Dies ist keine Freiheit der Kleidungswahl oder gar ein Menschenrecht, wie das von der FGB und der derzeitigen türkischen Regierung proklamiert wird. Der französisch-iranische Schriftsteller Djavann schreibt: „[E]s ist unangemessen, die Motivationen eines jeden jungen Mädchens mit dem Tragen des Schleiers zu prüfen, denn auf dem Spiel steht die politische Agenda. [...] Es gibt einen Islam ohne Schleier, aber das islamistische System kann nicht ohne ihn handeln, weil der Schleier ein Symbol, die Fahne und das Kernstück des islamistischen Systems ist“ (Maruani 2009: 2). Man könnte eine Parallele zwischen der FGB und der protestantisch missionarischen Bewegung des neunzehnten Jahrhunderts ziehen, doch erhob diese keinen Anspruch auf staatliche Macht. Die scheinbar humanitären Diskurse und Aktivitäten der FGB und ihre Betonung der Toleranz und des interreligiösen Dialogs könnten als „unschuldige“ Statements aufgefasst werden. Allerdings lässt ihre gesamte Erscheinung und Zielrichtung keinen Zweifel daran, dass die Islamisierung der türkischen Gesellschaft beabsichtigt wird. Der Einfluss von Gülens Politik zeitigt immer mehr Folgen für die Beziehungen zwischen der Regierungspartei und den Säkularisten. Laut Meinungsumfragen ist die Zahl der Menschen, die der AKP-Regierung kein Vertrauen schenken, deutlich gestiegen (vgl. Erdem 2009: 10). Denn die AKP-Führung hat bislang mit ihrer Politik bestätigt, dass sie die Verdachtsmomente und Ängste der Bevölkerung missachtet. Im Wesentlichen ist die AKP nicht genötigt, die Islamisierung unmittelbar selbst zu betreiben, denn sowohl die FGB als auch andere Bruderschaften sind hierin sehr erfolgreich. Zwischen den diversen Bruderschaften, der FGB und der türkischen Regierung besteht ein Zusammenspiel, welches heute keineswegs nur ein innertürkisches Problem ist, sondern auch Auswirkungen auf den traditionellen diplomatischen Verhaltenskodex und die Staatskunst hat. Dies zeigt sich in den aktuellen internationalen Beziehungen und den diplomatischen Skandalen, die von türkischen Staats- und Regierungschefs ausgelöst wurden.

POPULISMUS IN DER AUSSENPOLITIK DER AKP

Seit Beginn der AKP-Regierung vollzieht sich nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch eine Trendwende. Bereits vor seiner Wahl zum Premierminister versprach Erdogan im Jahre 2002 dem damaligen US-Präsidenten George W. Bush jr., im drohenden Krieg gegen den Irak das

türkische Territorium den US-Truppen zu öffnen. Doch dieses Versprechen war ein Eigentor, und zwar eines zu Lasten der bilateralen Beziehungen. Indem sich Erdogan auf die AKP-Mehrheit im Parlament verließ, ignorierte er die Geschichte der türkischen Außenpolitik sträflich. Denn trotz aller Allianzen hatte der republikanische Staat niemals in seiner Geschichte einen Krieg gegen Nachbarstaaten unterstützt, ausgenommen Operationen unter Führung der Vereinten Nationen, wie während des Ersten Golfkriegs von 1991. Die Stationierung von US-Truppen mit kriegerischen Absichten wurde durch eine Mehrheit im Parlament im März 2003 abgelehnt. Die Rechnung für dieses „Scheitern“ wurde der türkischen Regierung in Form einer Schmähekampagne der USA gegen die Türkei präsentiert (vgl. Criss 2006). Dieser erste Fauxpas von Erdogan geriet allerdings in der Hitze des Krieges in Vergessenheit. Seinen zweiten Skandal produzierte Erdogan im November 2005, beim Abschluss eines Staatsbesuchs in Kopenhagen. Während der Pressekonferenz mit dem dänischen Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen bemerkte Erdogan die Anwesenheit des Senders Roj TV, der als pro-PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) bekannt ist. Erdogans Proteste in Richtung seines Gastgebers waren so peinlich, dass mit ihm die gesamte Türkei als intolerant gegenüber einem akkreditierten Nachrichtensender zur Zielscheibe europäischer Kritik wurde (vgl. *Hürriyet*, 18.11.2005).

Im Laufe der Zeit verstärkte sich Erdogans Überzeugung, dass den Menschen in der Türkei seine Art der populistischen Darstellungskunst als „harter Mann aus dem Volke“ gefalle. Das Bild vom „harten Mann“ gewann immer mehr Bedeutung für die Gestaltung der Außenbeziehungen des Landes und wurde etwas Ähnliches wie ein Grundsatz der „nationalen Interessen“. Inhaltlich träfe der Begriff „nationale Interessen“ allerdings keineswegs die neue Ausrichtung der türkischen Außenpolitik, wenn man bedenkt, dass die Weltanschauung der islamistischen Gemeinschaft keineswegs auf Nationen, sondern auf die Gesamtheit der Muslime ausgerichtet ist. So kommt die sich ständig ausweitende Islamisierung der internationalen Beziehungen der Türkei wenig überraschend. Im Juli 2008 lud die AKP-Regierung den Präsidenten des Sudan, Omar al-Bashir, auch als der „Schlichter von Sudan“ bekannt, trotz aller Mahnungen westlicher Verbündeter zum Afrika-Gipfel ein. Es schien, als ob sich die türkische Führung nicht daran störte, dass Bashir für das Massaker an 200.000 nicht-arabischen Afrikanern sowie drei Millionen Flüchtlingen verantwortlich ist (vgl. Cetinkaya 2008; Cagaptay 2009a). Hier hatten Investitionsmöglichkeiten und das sudanesishe Öl Vorrang, gedeckt vom Mantel islamischer Verbundenheit.

Am 2. März 2009 schließlich, auf dem Davoser Weltwirtschaftsforum, leistete sich Erdogan einen weiteren Skandal. Hier beleidigte er Israels Präsident Shimon Peres. Wutentbrannt und ganz „starker Mann“ verließ Erdogan die TV-Sitzung und schwor, niemals nach Davos zurückzukehren. Innerhalb einer Woche erklärten arabische Länder wie Saudi-Arabien, Jordanien und Ägypten öffentlich über ihre Außenminister, dass sich Dritte aus dem Prozess der Normalisierung zwischen Arabern und Israel herauszuhal-

ten hätten (vgl. Cerrahoglu 2009). Pensionierte Botschafter drängten in einem öffentlichen Aufruf auf eine Feinabstimmung in den außenpolitischen Beziehungen, fanden jedoch bei Erdogan kein Gehör (vgl. Sanberk 2009). Im April 2009 forderte ein Journalist der *Financial Times* die türkische Regierung auf, Ruhe einkehren zu lassen und zur stillen Diplomatie zurückzukehren. Der Redakteur argumentierte, dass der scharfe Ton in der internationalen Politik nicht nur schädlich für das Land, sondern auch unbegründet sei (vgl. *Financial Times* 2009).

SCHLUSSFOLGERUNGEN

In der Frage nach den Auswirkungen populistischer Tendenzen in der Außenpolitik der Türkei stimmen Analysen darin überein, dass die AKP das Ansehen der Türkei mit ihrer Politik beschädige (vgl. Cagaptay 2009b; Özel 2009). Der derzeitige Imageverlust ist in mehrfacher Hinsicht beunruhigend. In erster Linie stellt sich die Frage, ob die Partei und der Staat zu einer Entität verwachsen. Wenn ja, hat das fatale Folgen für die Zukunft der Demokratie des Landes. Es wäre unrealistisch und auch schädlich, die traditionellen Verhaltensregeln in den auswärtigen Beziehungen aufzukündigen, denn in der Außenpolitik ist kein Raum für emotionalen Populismus. Die Last populistischer Politik eines unberechenbar agierenden „allmächtigen starken Mannes“ wird die Gesellschaft aber wohl noch längere Zeit ertragen müssen. Darüber hinaus ist der Schulterschluss mit radikalen islamistischen Gruppierungen im Nahen Osten nicht förderlich für die Friedensbildung in der Region und wird ursprünglich wohlgesonnene arabische Länder wie Ägypten und Jordanien sowie Israel zunehmend der Türkei entfremden. Schließlich ist der scharfe Ton Erdogans gegen Israels Politik und die nationalistisch-islamistische anti-jüdische Propaganda gegen türkische Juden mehr als besorgniserregend. Denn unter dem Einfluss der AKP verbreitet sich der Trend unter den Islamisten, die Unterscheidung zwischen den türkischen Juden und dem Staate Israel zu verwischen. Wenngleich nach öffentlichen Appellen prominenter türkisch-jüdischer Geschäftsleute und der jüdischen Organisationen in den USA an Erdogan öffentliche Verunglimpfungen und Proteste gegen Juden vorerst gestoppt wurden und der Ministerpräsident gelobte, sich gegen den Antisemitismus in der Türkei zu wehren, bleibt offen, wie er mit seiner Politik dazu beitragen kann (vgl. *Jewish World* 2009; Uslu 2009; *The Jerusalem Post* 2009). Darüber hinaus sind derzeit die institutionellen Barrieren gegen die Islamisierung der Gesellschaft, die die Bruderschaften und insbesondere die missionarischen Aktivitäten der Fethullah Gülen Bewegung vorantreiben, geschwächt. Aber die Islamisten, ob moderat oder extremistisch, definieren sich weiterhin über politischen Islamismus, die talibanesque Weltanschauung,⁴ zunehmende Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Hass gegen Frauen, die allesamt Hand in Hand gehen mit einem zunehmenden sozialen Konservatismus, wie wis-

senschaftliche Umfragen und Analysen belegen. Eine im Juli 2007 von Yılmaz Esmer in 33 Provinzen vorgenommene Umfrage ergab, dass 29 Prozent der Türken die Einführung der Scharia als allgemeines Recht fordern. Darunter ist nicht nur die Einschränkung von Frauenrechten zu verstehen, sondern auch die „Steinigung von Frauen“ als Form der Todesstrafe (vgl. Karakas 2007). Ein Trost ist, dass eine zu diesem Thema durchgeführte Untersuchung im Jahre 1999 einen weitaus höheren Unterstützerkreis fand. Eine Studie von Binnaz Toprak über den zunehmenden Konservatismus kommt zu dem Ergebnis, dass die Kluft zwischen dem säkularen politischen und rechtlichen System und der Islamisierung der Gesellschaft kontinuierlich zunimmt (vgl. Toprak 2009). Dies zeige sich gerade in unterschiedlichen Diskriminierungserscheinungen gegenüber weltlich eingestellten Frauen außerhalb der Metropolen Ankara, Istanbul und Izmir. Ein weiterer beachtenswerter Punkt in Topraks Studie ist, dass die Menschen gezwungen werden, sich in der Öffentlichkeit konservativ zu verhalten, um beruflich und gesellschaftlich anerkannt zu werden. Daher bezeichnet die Wissenschaftlerin die gesellschaftliche Umwandlung nicht als eine Islamisierung, sondern als eine konservative Transformation (vgl. *The Washington Institute for Near East Policy* 2009). Ein weiterer gesellschaftspolitischer Faktor ist die Definition der Sozialdemokratie und der Linken als das „Andere“, wodurch sie im Wettstreit um die politische Dominanz zwischen Liberalen, Nationalisten und Islamisten isoliert und zermürbt werden (vgl. Sahin 2008). Die gefährliche Zunahme des Konservatismus im Alltag und des „Nachbarschaftsdrucks“ wird zwangsläufig säkulare Bereiche des öffentlichen Lebens einengen (vgl. Bozan/Cakir 2008: 98). Der zunehmende sozioökonomische Einfluss des türkischen Islamismus ist der Nährboden für die AKP. Mit der AKP steuert das Land in ein Labyrinth von Neoliberalismus und türkischem Islamismus zu. Allerdings wäre es irreführend, die AKP als einen passiven Vollstrecker dieser Politik zu sehen. Tatsächlich ist die AKP eine der dynamischsten gesellschaftspolitischen Kräfte des Landes und präsentiert sich als Lobbyistin wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratisierung. Von Anfang an hat sich die AKP bereitwillig der politischen Agenda gefügt, die in der Türkei traditionell auf wirtschaftliche und politische Stabilität, Demokratisierung und den EU-Beitritt ausgerichtet ist. Vor allem hat sie nahezu alle Auflagen des Internationalen Währungsfonds umgesetzt. Darüber hinaus stellte sich die AKP als eine Partei mit klarem Willen zur weiteren Integration in die EU dar. Hier genießt sie besonderes Wohlwollen großer Unternehmergruppen, der Mainstream-Medien und liberaler Intellektueller, die den EU-Integrationsprozess als „externen Anker“ der weiteren Demokratisierung und wirtschaftlichen Stabilität werten. Außerdem begreifen diese Kreise den Schritt der AKP in Richtung eines EU-Beitritts als einen klaren Beweis für die radikale Distanzierung von der antiwestlichen Haltung der Milli Görüs. So konnte die AKP in ihrer ersten Regierungszeit vom Wohlwollen weiter Kreise profitieren und präsentierte sich als eine starke Regierung und Garanten für politische und wirtschaftliche Stabilität

(vgl. Hosgör 2008). Dennoch ist die AKP eine Partei, die „nicht nur versucht, gewisse Einschränkungen aufzuheben“ (ebd.: 308), sondern insbesondere darauf ausgerichtet ist, die Staatsform durch eine neue Staatsvorstellung, institutionelle Veränderungen, populistische Einflüsse auf den Gesellschaftsvertrag und Eingriffe in die Judikative von Grund auf umzuwandeln. So eskalieren in der AKP-Ära scharfe Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen gesellschaftspolitischen Gruppen über die Form des Staates. Diese Eskalation schlägt sich in ihrer starken Ausprägung in einer Reihe von Krisen nieder. Als Abdullah Gül ohne parlamentarischen Konsens und willkürlich für die Wahl zum Präsidenten im Jahre 2007 von der AKP aufgestellt wurde, meldete sich der Generalstab mit einem „elektronischen Memorandum“ auf seiner Website, und machte auf die Gefahr aufmerksam, die dem Säkularismus drohe. Auch die AKP verschärfte das politische Klima, indem sie das Kopftuchverbot an Universitäten durch eine Änderung der Verfassung beseitigte und damit eine Schließungsklage der Generalstaatsanwaltschaft bewirkte. Trotz all dieser Entwicklungen und trotz der gesellschaftlichen Kritik hat die AKP, gestützt durch den Erdrutschsieg in den Parlamentswahlen von 2007, mittels ihrer auf spezifisch türkischen Voraussetzungen fußenden Variante populistischer Politik Einfluss auf die Institutionen des Landes gewinnen können. Allerdings kann dies nicht als eine Konsolidierung der Demokratie verstanden werden, denn die politische Führung setzt auf eine Machtkonzentration, in der die mit staatlichen Institutionen und mit den anderen gesellschaftlichen Kräften streitende AKP diktatorische Züge annimmt. Ernsthafte Zweifel über die Zukunft des demokratischen Regierens werden heute immer lauter. Denn sich verschlechternde Aussichten für die Zukunft der türkischen Demokratie und der zunehmende Konservatismus im Alltag sind zwei Trends, die im Gegensatz zum EU-Beitrittsprozess und den Demokratisierungs-Paketen stehen und zugleich die nächsten Jahrzehnte des Landes prägen werden.

ANMERKUNGEN

- 1 Die Begriffe „Zentrum“ und „Peripherie“ wurden im türkischen Kontext von Serif Mardin eingeführt. Vgl. Mardin 1973.
- 2 Zu diesem Ansatz vgl. Yavuz 2006; Cizre 2008; Cizre/Cinar 2003; Cinar 2006; Insel 2003.
- 3 So war es kein Zufall, dass Erbakan seine erste islamistische Partei kurz nach dem Militärputsch von 1971 auf Einladung des damaligen Luftwaffengenerals Muhsin Batur gründete. Vgl. Criss 1991.
- 4 Der Begriff „talibanesque“ ist Nilgün Cerrahoglu entliehen.

LITERATUR

- Acikel, Fethi (2003): Mapping the Turkish Political Landscape through November 2002 Elections, in: *Journal of Southern Europe and the Balkans*, H. 5, Nr. 2, S. 185-203.
- Ağai, Bekir (2003): The Gülen Movement's Islamic Ethic of Education, in: Hakan Yavuz/John Esposito (Hg.): *Turkish Islam and the Secular State*, New York, S. 48-68.
- Atacan, Fulya (2005): Explaining Religious Politics at the Crossroad: AKP-SP, in: *Turkish Studies*, H. 6, Nr. 2, S. 187-199.
- Balci, Bayram (2003): Fethullah Gülen's Missionary Schools in Central Asia and their Role in the Spreading of Turkism and Islam, in: *Religion, State & Society*, H. 31, Nr. 2, S. 151-177.
- Bayer, Yalcin (2008): Yeni üniversitelerde tarikat-cemaat savası (Krieg der Tarikat und Gemeinschaften an den neuen Universitäten), in: *Hürriyet*, 29.7.2008, online unter: <http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews> (abgerufen am 4.5.2010).
- Bilici, Mücahit (2006): The Fethullah Gülen Movement and Its Politics of Representation in Turkey, in: *Muslim World*, H. 96, Januar 2006, S. 1-20.
- Bölüğüray, Nevzat (2004): *AKP Degisiyor mu?*, Istanbul.
- Bozan, İrfan/Rusen Cakir (2009): *Mahalle Baskisi Var Mi Yok Mu? (Herrscht ein Nachbarschaftsdruck oder nicht?)*, Istanbul.
- Çagaptay, Soner (2009a): Türkiye artık o eski Türkiye değil, in: *Newsweek Türkiye*, online unter: <http://www.newsweekturkiye.com> (abgerufen am 10.7.2009).
- Çagaptay, Soner (2009b): The AKP's Foreign Policy: The Misnomer of 'Neo-Ottomanism', in: *The Washington Institute of Near East Policy* (27.4.2009).
- Cavdar, Gamze (2006): Islamist New Thinking in Turkey: A Model for Political Learning, in: *Political Science Quarterly*, H. 121, Nr. 3, S. 486f.
- Cekirge, Yavuz (2009): Kral Abdullah ziyaretinin perde arkası (Hintergründe des Besuchs von König Abdallah), in: *Hürriyet*, 8.7.2009, online unter: <http://www.hurriyet.com.tr/sstrateji> (abgerufen am 8.7.2009).
- Cerrahoglu, Nilgün (2009): *Arapça Balans Ayarı*, in: *Cumhuriyet*, 8.2.2009, online unter: <http://www.cumhuriyet.com.tr> (abgerufen am 11.6.2009).
- Cetinkaya, Hikmet (2004): *Fethullah Gülen'in 40 Yıllık Serüveni*, Istanbul.
- Cetinkaya, Hikmet (2007): *Fethullah Gülen, ABD ve AKP*, Istanbul.
- Cetinkaya, Hikmet (2008): *Darfur Kasabi Türkiye'de*, in: *Cumhuriyet*, 20.8.2008, online unter: http://erdem43.blogcu.com/darfur-kasabi-hitmetcetin_223 (abgerufen am 10.7.2009).
- Cinar, Menderes (2006): Turkey's Transformation under the AKP Rule, in: *The Muslim World*, H. 96, Nr. 3, S. 469-486.

- Cizre, Ümit (Hg.) (2008): *Secular and Islamic Politics in Turkey: The Making of the Justice and Development Party*, London.
- Cizre, Ümit/Menderes Cinar (2003): *Turkey 2002: Kemalism, Islamism and Politics in the Light of the February 28 Process*, in: *The South Atlantic Quarterly*, H. 102, Nr. 2/3, S. 309-332.
- Criss, Nur Bilge (1991): *Mercenaries of Ideology. Turkey's Terrorism War*, in: Barry Rubin (Hg.), *Terrorism and Politics*, New York, S. 123-150.
- Criss, Nur Bilge (2006): *Turkish Foreign and Security Policy with the AKP Government*, in: Antonio Marquina/Mustafa Aydın (Hg.), *Turkish Foreign and Security Policy, Its Environs in Eurasia and the Middle East*, Madrid, S. 23-46.
- Erdem, Tarhan (2009): *Sorumumuz Andic mi?*, in: *Radikal*, 15.6.2009, S. 10.
- Financial Times (2009): *Turkey Should Try Calm and Quiet Diplomacy*, in: *Financial Times*, 12.4.2009, S. 2.
- Ghanim, David (2009): *Turkish Democracy and Political Islam*, in: *Middle East Policy*, Frühjahr 2009, S. 7f.
- Gözyaydin, Istar (2008): *Religion, Politics, and the Politics of Religion in Turkey*, in: Dietrich Jung/Catharina Raudvere (Hg.), *Religion, Politics and Turkey's EU Accession*, New York, S. 160-176.
- Heper, Metin/Nur Bilge Criss (2009): *Historical Dictionary of Turkey*, 3. Aufl., Lanham, MD.
- Hosgör, Evren (2008): *AKP, State and Capital: A Class-Theoretical Re-interpretation of the Conflict Between the „Centre” and „Periphery” in Turkey*, Lancaster University, unveröffentlichte Dissertation.
- Insel, Ahmet, (2003): *The AKP and Normalizing Democracy in Turkey*, in: *The South Atlantic Quarterly*, H. 102, Nr. 2/3, S. 293-308.
- Jewish World (2009): *Jewish Based Organizations Urge Turkish PM to Address anti-Semitism*, in: *Jewish World*, 23.1.2009, online unter: <http://www.1923turk.biz> (abgerufen am 30.4.2009).
- Kahraman, Hasan Bülent (2007): *Türk Sagi ve AKP*, Istanbul.
- Karakas, Eser (2007): *Prof. Dr. Yılmaz Esmer'in ilginç Arastirmasi*, in: *Star*, 19.8.2007, online unter: <http://www.cafesiyaset.com/haber/2007-0819> (abgerufen am 14.9.2009).
- Keyman, Fuat (2009): *Yeni Siyaset Gerekliligi*, in: *Radikal İki*, Nr. 12 (Juli 2009).
- Kurt, Ümit (2009): *AKP: Yeni Merkez Sag mi?*, Ankara.
- Lacey, Jonathan (2009): *The Gülen Movement in Ireland: Civil Society Engagements of a Turkish Religiocultural Movement*, in: *Turkish Studies*, H. 10, Nr. 2 (Juni 2009), S. 295-315.
- Mardin, Serif (1973): *Centre-Periphery Relations: A Key to Turkish Politics*, in: *Daedalus*, H. 102, Nr. 1, S. 169-190.
- Maruani, N. (2009): *Reformist Iranian-French Writer Chahdortt Djavann: The Hijab, a Political Weapon and Form of Sexual Abuse, Should be*

- Outlawed, in: MEMRI (Middle East Media Research Institute), Iran/Reform Project No. 533, 7.7.2009, S. 2.
- Mert, Nuray (2009): Rejim'in Koruyucusu Kim? (Wer ist der Beschützer des Regimes?), in: Radikal, 2.7.2009, S. 10.
- Mumcu, Ugur (2008): Tarikat, Siyaset, Ticaret, 27. Aufl., Ankara.
- Navaro-Yashin, Yael (2002): Faces of the State: Secularism and Public Life in Turkey, Princeton, NJ.
- Öymen, Altan (2009): Demokrasiyle Gelen 'sivil darbe'ciler, in: Radikal, 24.2.2009, S. 13.
- Özdalga, Elisabeth (2006): İslamcılığın Türkiye Seyri, Sosyolojik Bir Perspektif, İstanbul.
- Özel, Soli (2009): Divining Davutoglu: Turkey's Foreign Policy Under New Leadership, in: On Turkey, 4.6.2009, S. 1-3.
- Peköz, Mustafa (2009): İslami Cumhuriyete Doğru, Türkiye'de Siyasal İslamın Dünü, Bugünü ve Yarını, İstanbul.
- Rodgers, Guy (2009): Fethullah Gulen: Infiltrating the U.S. Through Our Charter Schools?, online unter: <http://www.actforamerica.org/index.php> (abgerufen am 28.4.2009).
- Sahin, Haluk (2008): Liberaller, Ulusalçılar, İslamcılar ve Ötekiler, İstanbul.
- Sanberk, Özdem (2009): Gazze krizinden kim kazançlı çıktı?, in: Radikal, 17.2.2009, S. 15.
- Sarıbay, Ali Yasar (1985): Türkiye'de Modernleşme, Din ve Parti Politikası „MSP Örnek Olayı“, İstanbul.
- Sharon-Krespin, Rachel (2009): Fethullah Gülen's Grand Ambition, Turkey's Islamist Danger, in: The Middle East Quarterly, H. XVI, Nr. 1 (Winter 2009), S. 55-66.
- The Jerusalem Post (2009): Erdogan Vows to Fight Anti-Semitism in Turkey, in: The Jerusalem Post, 3.2.2009, online unter: <http://www.jpost.com> (abgerufen am 20.4.2009).
- The Washington Institute for Near East Policy (2009): Political Power and Social Conservatism in Turkey, Featuring Binnaz Toprak, in: Policy-watch, Nr. 1529, 8.6.2009.
- Toprak, Binnaz (2009): Türkiye'de Farklı Olmak: Din ve Muhafazakarlık Ekseninde Ötekileştirilenler, İstanbul.
- Uslu, Emrullah (2009): AKP Government's Policies Toward Anti-Semitism May Not be Enough, in: Eurasia Daily Monitor, H. 6, Nr. 22, 3.2.2009.
- Uzgel, İlhan/Bülent Duru (Hg.) (2009): AKP Kitabı, Bir Dönüşümün Bilançosu (AKP's Geschichte: Bilanz einer Transformation), Ankara, S. 614-629.
- Yavuz, Hakan M. (Hg.) (2006): The Emergence of a New Turkey: Democracy and the AK Party, Salt Lake City.
- Yıldız, Ahmet (2003): Politico-Religious Discourse of Political Islam in Turkey: The Parties of National Outlook, in: Muslim World, Jg. 93, H. 2, S. 187-200.

Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus und die Mitte

MICHAEL KOHLSTRUCK

I. THESE

Über den Rechtsextremismus und die Mitte werde ich in der folgenden Skizze sprechen, indem ich einige markante Verwendungen der Interpretationsfigur vom „Extremismus der Mitte“ in ihrer zeitlichen Abfolge nachzeichne.¹

Dabei leitet mich kein historiographisches Motiv. Der Rückblick auf ältere Verwendungsweisen soll vielmehr dabei helfen, aktuelle Phänomene genauer zu charakterisieren. Der Hintergrund dieses Versuchs ist meine Tätigkeit an der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin. Aufgabe dieser Arbeitsstelle ist die Information, Fortbildung und Beratung in den Themenfeldern Jugendgewalt und Rechtsextremismus. Diese Aufgabenstellung bringt es mit sich, dass sowohl die rechtsextreme Bewegung als auch die Anti-Rechts-Bewegung zu unseren Beobachtungsobjekten gehören.

Die Formel vom Rechtsextremismus aus der Mitte hat heute ihren festen Platz in den Diskursen der Anti-Rechts-Bewegung. Anhand einiger empirischer, methodologischer und wissenssoziologischer Befunde zu Gehalt und Verwendung dieser Interpretationsfigur möchte ich die These belegen, dass die Rede vom Rechtsextremismus aus oder in der Mitte der Gesellschaft heute in Deutschland vor allem ein Topos innerhalb der Anti-Rechts-Bewegung ist, der mehr mit der Dynamik und den Handlungszwängen dieser Bewegung als mit der Situation des Rechtsextremismus zu tun hat.

II. SEMANTIK DER FORMEL

Die Formel vom Extremismus der Mitte ist semantisch widersprüchlich. Die Paradoxie der Verbindung von zwei konträren Vorstellungs- und Assoziationsinhalten hat an sich schon einen erheblichen rhetorischen Reiz, der im

Falle unserer Formel noch durch ihre Anschaulichkeit gesteigert wird. Mitte und Extrem verweisen geometrisch oder topographisch aufeinander, können aber nicht identisch sein. Kurt Lenk hat in einem jüngeren Aufsatz noch einmal die beruhigende Anmutung dechiffriert, die sich mit der Vorstellungswelt der Mitte verbindet (vgl. Lenk 2009; Lenk/Franke 1987: 97-100). Wie soll ein Ethos des richtigen Maßes, wie soll eine Position, die in Äquidistanz zu den Polen eines Spektrums ruht, selbst extrem sein oder Extremismus hervorbringen können?

Die Einheit des Gegensätzlichen qualifiziert die Formel als Stolperstein im Gang der Kommunikation und prädestiniert sie, als Einspruch gegen gängige Normalitätsannahmen, als Kritik oder als Vorwurf zu fungieren. Die Attraktivität des Wortes ist darüber hinaus in den vielfältigen Interpretationsmöglichkeiten begründet, was mit „Mitte“ und was mit „Extremismus“ jeweils gemeint sein kann.

III. LIPSET UND DIE DEUTSCHE REZEPTION

Der Gedanke und die Formulierung eines „Extremismus der Mitte“ gehen bekanntlich auf Seymour Martin Lipset zurück, der 1958 den Begriff „extremism of the center“ geprägt hat. Lipsets Ansatz war es, die häufige Verwendung des Etiketts „Faschismus“ auf seine Legitimität hin zu befragen. Seine Analyse will tiefgreifende Unterschiede dort sichtbar machen, wo andere nur Ähnlichkeiten wahrnehmen können.

Gaullisten und Poujadisten gelten ihren politischen Gegnern gleichermaßen als „Faschisten“, ebenso wie Dollfuß und Hitler unter dem gleichen Rubrum geführt werden. Ziel Lipsets ist eine systematische, empirisch begründete Klassifikation. Dazu bezieht er sich auf die Dimension der Ideologie und der politischen Unterstützung, soweit sie sich in Wählerstimmen ausdrückt. Ideologie und soziale Basis werden von Lipset nicht als zwei selbständige Dimensionen angelegt und empirisch-historisch analysiert. Soziale Basis und Ideologie werden bereits konzeptionell kurzgeschlossen. Demnach votieren Arbeiter für Sozialismus, Mittelschichten für Liberalismus und Oberschichten für Konservatismus. Lipset reduziert die Elastizität seines Ansatzes noch weiter dadurch, dass er die drei gesellschaftlichen Hauptschichten mit den aus der politischen Rhetorik stammenden topographischen Begriffen von Links, Mitte und Rechts identifiziert. Die konzeptionellen Probleme dieses Modells wurden von Heinrich August Winkler herausgearbeitet: Massenbasis, gesellschaftliche Funktion, strategische Zielsetzung einer Partei und Herrschaftsmethoden lassen sich nicht mit einem identischen Begriffsinstrumentarium angemessen erfassen (vgl. Winkler 1972).

Allein als prägnant gebündelte Wiederaufnahme der zeitgenössischen Diskussion um die Rolle des Mittelstandes vor 1933 konnte Lipsets Mittheorem Geltung beanspruchen – allerdings mit der bekannten Relativierung

von Falter, die NSDAP sei keine Mittelstandspartei, sondern „eine Volkspartei mit Mittelstandsbauch“ gewesen (Falter 1991: 371f.; vgl. Falter 1982).

IV. DIE REZEPTION IN DEN 1980ER UND 1990ER JAHREN

Der Irritations- und Provokationswert des Gedankens eines Extremismus der Mitte wurde in der alten Bundesrepublik seit den 1980er Jahren wieder zur Geltung gebracht. Dies geschah zunächst in der politischen Publizistik.

Oskar Negt hatte 1980 davor gewarnt, die Ursachen der politischen Gewalt von rechts gesellschaftlich zu externalisieren. In seinen Augen muss das gewalttätige Verhalten als Folge vorenthaltener Möglichkeiten von Selbstentfaltung und unterdrückter Versuche verstanden werden, den jugendtypischen „Phantasieüberschuß“ auszuleben. Negt trägt seine Überlegungen als Gegenthese vor, als Gegenthese zu der Behauptung, die damaligen rechtsterroristischen Anschläge seien das Werk von einzelnen Außenseitern.

Seine These, „der Faschismus ist immer eine Frage des Zentrums der Gesellschaft, nicht der Randgruppen“ (Negt 1981: 56) ist allerdings nicht wie bei Lipset – schichtenspezifisch – gemeint, sondern system- und kulturkritisch: Die Reproduktion des Immanenzzusammenhanges ist es, die in seinen Augen Rebellionsimpulse freisetzt. In ihrer Folge kommt es zu einer Mischung „von richtigen Ursprungsmotiven und falschen Mitteln“. „Zentrum der Gesellschaft“ (ebd.: 54, 50) sind bei ihm nicht herrschende Diskurse oder identifizierbare Schichten, sondern es ist das Ganze der Gesellschaft.

Mit den überraschenden Erfolgen der Partei „Die Republikaner“ wurde die Formel Ende der 1980er Jahre auf deren Aktivkerne und Anhänger angewandt (vgl. Kraushaar 1994b II: 73). Vor dem Hintergrund massiver Gewaltakte gegen Migranten gehörte sie – das hat Kraushaar penibel nachgezeichnet – in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zu den Kampfbegriffen in den innenpolitischen Debatten (vgl. Kraushaar 1994a, 1994b). Aus der politischen Publizistik wurde das Wort verschiedentlich wieder in die Wissenschaft re-importiert.

V. AKTUELLE VERWENDUNGSWEISEN

In den letzten Jahren hatte die Formel vom Rechtsextremismus der Mitte erneut Konjunktur. Innerhalb der Anti-Rechts-Bewegung hat sie heute den Status eines Topos. An den aktuellen Verwendungsweisen dieser Formel möchte ich im Folgenden drei Aspekte hervorheben.

Erstens: Anders als in den früheren Verwendungen wird die Formel heute mehr und mehr auf Einstellungen in der Bevölkerung bezogen. Bei Lipset ging es um Wahlverhalten und in den 1980er Jahren vorzugsweise um rechtspopulistische Parteien; Anfang der 1990er wurde sie bezogen auf die Urheber von Gewaltstraftaten, auf die Effekte eines faktischen Zusammenwirkens von Polizei und antimigrantischen Rassisten sowie auf rechtskonservative Ideologie (vgl. Kraushaar 1994a: 26).

Wenn heute Einstellungen im Mittelpunkt stehen, so bedeutet das zunächst, dass sich der Fokus von einem beobachtbaren politischen oder kriminellen Verhalten verschoben hat hin zu Phänomenen, die ohne die Vorarbeit der Demoskopie oder der Einstellungsforschung kaum greifbar wären. Man kann dies auch anders formulieren und sagen: Die Messlatte ist tiefer gelegt worden, die Kriterien wurden erweitert, heute setzt die kritische Beobachtung und das Konstatieren von „Rechtsextremismus“ nicht erst bei politisch motivierten Handlungen oder politisch relevantem Verhalten an, sondern bereits bei den Ergebnissen der Einstellungsmessung.

Was bedeutet diese Aufmerksamkeitsverschiebung für die Maßstäbe der öffentlichen Diskurse? Es verändert sich die Gewichtung im Verhältnis zwischen den beiden gängigen Konzepten von Extremismus. Das erste Konzept betrachtet Extremismus als aktiven Kampf gegen die Institutionen und Verfahren der parlamentarischen Demokratie und des Rechtsstaates, also als aktive Systemgegnerschaft. Das zweite Extremismus-Konzept bezieht darüber hinaus auch Meinungen, Einstellungen oder politische Positionen mit ein. Dieses Konzept umfasst also auch das Geschehen der politischen Kultur. Das zweite Grundkonzept ist offen dafür, dass sich mit den herrschenden Diskursen auch deren implizite Wertorientierungen verändern und dass folglich auch die Legitimitätskriterien einem Wandel unterworfen sind (vgl. Lipset/Raab 1977: 4-7). Eine Äußerung, die vor 50 Jahren als unanständig galt, könnte heute einen Skandal auslösen.

Bezogen auf die Unterscheidung dieser beiden Grundkonzepte bedeutet die „Sensibilitätserhöhung“, also das Hervorheben von Ergebnissen der Einstellungsforschung für die Erstellung von Rechtsextremismusdiagnosen, die Aufwertung jenes Extremismus-Konzepts, das mit Politischer Kultur verbunden ist. Gleichzeitig bedeutet sie die Abwertung des Konzepts, das unter dem Stichwort der „streitbaren Demokratie“ für die Praxis des polizeilichen Staatsschutzes und den Verfassungsschutz maßgeblich ist. Es darf bezweifelt werden, dass dies ein Gewinn für die Liberalität des Gemeinwesens ist.

Zweitens: Die These vom Rechtsextremismus in der Mitte wird heute vor allem auf die Einstellungsebene bezogen. Anders als noch in den frühen 1990er Jahren sind mit der Extremismus-Mitte-Formel weniger das Wahlverhalten, soziologische Einordnungen der Urheber von Gewaltstraftaten und in den meisten Bundesländern auch nicht mehr die Intensität und Konsequenz der Strafverfolgung gemeint. Die mittlerweile entstandenen empirischen Untersuchungen zeigen allerdings, dass nicht die Mitte, sondern der

untere Rand in überproportionalem Maß rechtsextrem wählt und die Gewaltstraftäter stellt. Ich verweise auf die Studien zum Wahlverhalten, sowohl auf die auf Individualdaten basierenden Arbeiten von Kai Arzheimer wie auf die sozialökologischen Studien im Umfeld von Uwe Backes und Henrik Steglich sowie auf die Forschungen zu den Urhebern rechter Gewalt von Helmut Willems bis Klaus Wahl.

Wie aber verhält es sich empirisch mit der These, rechtsextreme Einstellungen hätten einen festen Platz „in der Mitte der Gesellschaft“, eine These, die u.a. von Oliver Decker und Elmar Brähler vertreten wird (Decker/Brähler 2008: 6)? Sie ist meiner Ansicht nach nicht haltbar. Decker und Brähler konstatieren 2006 bei 8,6 Prozent und 2008 bei 7,6 Prozent der Befragten das Vorhandensein von rechtsextremen Einstellungen (vgl. ebd.: 37) – das ist weniger als ein Zehntel der deutschen Bevölkerung. Über die sozialstrukturelle, die alters- oder geschlechtsbezogene Verteilung dieser rechtsextrem Eingestellten treffen sie weder in ihrer Studie aus dem Jahr 2006 noch in ihrer Studie aus dem Jahr 2008 überhaupt eine Aussage.

Doch wie wird die These von den rechtsextremen Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft begründet? Die Forscher stützen sich zunächst auf eine wissenschaftliche Übereinkunft, der zufolge rechtsextreme Einstellungen als Syndrom von sechs inhaltlichen Dimensionen zu verstehen seien (vgl. Decker/Brähler/Geißler 2006: 20; Decker/Brähler 2008: 11).

Von einer rechtsextremen Einstellung ist demnach zu sprechen, wenn die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, wenn Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und eine Zustimmung zum historischen Nationalsozialismus bei Befragten stark ausgeprägt sind. Innerhalb der empirischen Sozialforschung wird „rechtsextreme Einstellung“ also als ein mehrdimensionales Konstrukt definiert. Diese Definition wird aber bei Decker/Brähler unterlaufen, indem der Akzent der Darstellung nicht auf das Syndrom, sondern auf dessen einzelne Elemente gelegt wird. Dies ist zunächst ein Verstoß gegen die Logik, insofern Elemente auf einer niederen Abstraktionsstufe angesiedelt sind als die aus ihrer Kombination konstituierte Einheit. Der methodologische Fehler besteht darin, dass nicht die Fälle ausgezählt werden, die im Durchschnitt aller sechs Dimensionen eine starke Merkmalsausprägung aufweisen, sondern diejenigen, die bereits in den einzelnen Dimensionen überdurchschnittliche Werte haben. Mit der isolierten Auswertung geht nun aber gerade die das Konstrukt „Rechtsextremismus“ definierende Mehrdimensionalität verloren. Das bedeutet beispielsweise, dass Missverständnisse der Befragten bei der Beantwortung mehrdeutiger Items durch die interne Relationierung zu den anderen Antworten nicht kompensiert werden können. Mit der Betonung der isolierten Auszählung erhalten die einzelnen Dimensionen und Items ein neues Gewicht. Dem Gütekriterium der Validität hat nun nicht die Skala als ganze, sondern haben die Einzeldimensionen zu genügen.

Hier sind starke Zweifel angebracht. Ich möchte dies an den Werten zu den Dimensionen Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit zeigen. Dabei

handelt es sich um die Dimensionen, die mit Abstand die höchsten Zustimmungswerte aufweisen: 2008 lag die Zustimmung zu „Chauvinismus“ bei knapp 15 Prozent und zu „Ausländerfeindlichkeit“ bei über 21 Prozent. Die hohen Werte etwa in der Dimension „Chauvinismus“ kommen dadurch zustande, dass die Zustimmung zu einem Item wie „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“ hoch ausfällt. Es ist zu bezweifeln, dass die Zustimmung zu dieser Aussage heute wirklich als Beleg für eine rechtsextreme Position anzusehen ist. Hier scheint eine ältere Problemdefinition schlicht beibehalten worden zu sein.

Hinsichtlich der Dimension „Ausländerfeindlichkeit“ kommen zwei zusätzliche Einwände zum Tragen: Die verwendete Rechtsextremismus-Skala bietet den Befragten keine Möglichkeit, eine eventuell vorhandene negative Einstellung zur Einwanderungs- und zur Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte zu dokumentieren. Es wird also theoretisch nicht hinreichend zwischen unterstellten Eigenschaften und Folgen eines Verhaltens von Ausländern einerseits und dem Politikfeld Migration und Integration andererseits unterschieden. Deshalb kann angenommen werden, dass die hohen Zustimmungswerte zur Dimension der sogenannten „Ausländerfeindlichkeit“ auch über eine Verlagerung zustande kommen – das Nichteinverständnis mit der deutschen Politik und mit gesellschaftlichen Entwicklungen wird in der Befragung „den Ausländern“ als Personengruppe zugeschrieben. Darüber hinaus ist die Kategorie „Ausländerfeindlichkeit“ fragwürdig, insofern mit „Feindlichkeit“ normalerweise die Intentionalität eines Handelns assoziiert wird. Die drei zugehörigen Items beziehen sich auf Sozialstaatsmissbrauch, auf die Behebung eines Arbeitsplatzmangels durch Ausweisung von Ausländern und auf Gefühle einer Bedrohung der kulturellen Identität. Die „den Ausländern“ unterstellten Verhaltensweisen mögen verallgemeinernd und die Furcht vor dem Verlust einer kulturellen Identität sozial unerwünscht sein, sie bedeuten aber an sich noch keine Feindschaft (vgl. Eckert 2006).

Die isolierte Auszählung einzelner Items und Dimensionen sowie die verengten theoretischen Annahmen bei der Konstruktion der Skala lassen die Behauptung einer stark verbreiteten rechtsextremen Einstellung auf schwachen Füßen stehen.

Drittens: Die These vom Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft ist heute keine gültige Wirklichkeitsbeschreibung, sondern lediglich ein Topos, der in der Anti-Rechts-Bewegung gepflegt wird. Wie alle sozialen Bewegungen, so braucht auch diese Bewegung ein framing, in das einzelne Informationen eingetragen werden und das der Fülle des Wissens Kontur und Richtung gibt. Diese Funktion übernimmt heute die Formel vom Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft.

Die Anti-Rechts-Bewegung kann sich auf solche wissenschaftlichen Studien stützen, die in der Präsentation ihrer Ergebnisse auf die Wirkung großer Zahlen setzen. Neben den kostenfrei und in hoher Auflage vertriebenen Arbeiten von Decker/Brähler gehören hierzu die Erhebungen zur soge-

nannten „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, also die jährlich erscheinenden Studien von Heitmeyer (als Beispiel für diese Rezeptionspraxis: Speit 2007). Dass die Mainzer Schule und die Arbeiten von Backes und Jesse im Rezeptionsranking auf den hinteren Plätzen rangieren, überrascht nicht. Denn mit ihnen lässt sich kaum begründen, dass weitere Projekte gebraucht werden, die sich mit rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung befassen.

Der relativ geringe Anteil der als rechtsextrem eingestellten Geltenden wird in den hier kritisch erwähnten Publikationen meistens nicht verschwiegen; betont und hervorgehoben werden aber – bereits von den Autoren – methodisch fragwürdige Ergebnisse. Diese Strategie wird durch entsprechende Stellungnahmen auf Pressekonferenzen unterstützt. In der allgemeinen Berichterstattung erscheinen die ausgewählten Ergebnisse anhand der Kriterien des Nachrichtenwerts dann nochmals zugespitzt.

VI. ABSCHLUSS

Mit der Framingfunktion der Formel sind Weichenstellungen für die gesellschaftlichen Diskurse über den Rechtsextremismus verbunden, die sich aus meiner Sicht als problematisch darstellen. Drei Aspekte möchte ich zum Abschluss anführen:

Die Fokussierung auf die Einstellungen ist geeignet, das eigenständige Problem der Gewalttätigkeiten unterzubewerten, das als „rechte Gewalt“ in der Polizeistatistik erfasst wird. Rechte Gewalttaten haben nur in rund einem Fünftel der Fälle mit politischen Absichten und Ideologie zu tun; ihrer wird man nicht Herr, indem man sich mit rechtsextremen Einstellungen beschäftigt.

Es kommt zu einer Überschätzung der Massenbasis des Rechtsextremismus, manchmal auch zu einer Dämonisierung. Das steht einer realistischen Einschätzung entgegen. Anders als das Wort vom Extremismus aus der Mitte suggeriert, hat sich der Rechtsextremismus heute zwar als Bewegung formiert. Er ist aber keineswegs – wenn man dies mit Robert O. Paxton als zweite Stufe betrachten will – im politischen System verwurzelt, geschweige denn, dass ein „Griff nach der Macht“ erfolgen könnte (Paxton 2006: 41).

Es gibt kein Bündnis mit politischen oder wirtschaftlichen Eliten, staatlicherseits werden seit Jahren Programme gegen Rechtsextremismus aufgelegt; die herrschenden Diskurse in der Öffentlichkeit lehnen die rechtsextreme Wertorientierung ab. Die Ergebnisse bei Wahlen sind im Durchschnitt schwach.

Mit der Überbewertung des Rechtsextremismus als zentraler Bedrohung der Demokratie kann sich das Dethematisieren anderer Gefährdungen verbinden. Kraushaar (2005) zufolge war es ein Motiv Lipsets, zeitgenössische Gefährdungen von Demokratie theoretisch angemessen in den Blick zu be-

kommen, konkret also zwischen extremen Konservativen und extremen Mittelständlern zu unterscheiden. Lipset machte damit darauf aufmerksam, dass der Demokratie Gefahren von einer Seite drohen können, mit der man nicht rechnet und die nicht schon seit Jahren bekannt sind. Dieses *Motiv*, nicht die *These* Lipsets verdient heute unsere besondere Aufmerksamkeit.

ANMERKUNG

1 Die Vortragsform wurde im Beitrag beibehalten.

LITERATUR

- Arzheimer, Kai (2008): Die Wähler der extremen Rechten 1980-2002, Wiesbaden.
- Backes, Uwe/Henrik Steglich (Hg.) (2007): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden.
- Decker, Oliver/Elmar Brähler/Norman Geißler (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin.
- Decker, Oliver/Elmar Brähler (2008): Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer, Berlin.
- Eckert, Roland (2006): Xenos, Entimon, Civitas. Wirkungen und Grenzen der Aktionsprogramme aus externer wissenschaftlicher Sicht, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.), Gemeinsam für Demokratie. Beiträge zur Ergebniskonferenz, 21./22. November 2006, Berlin.
- Falter, Jürgen W. (1991): Hitlers Wähler, München.
- Falter, Jürgen W. (1982): Radikalisierung des Mittelstandes oder Mobilisierung der Unpolitischen? Die Theorien von Seymour Martin Lipset und Reinhard Bendix über die Wählerschaft der NSDAP im Lichte neuerer Forschungsergebnisse, in: Peter Steinbach (Hg.), Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß, Stuttgart, S. 438-469.
- Kraushaar, Wolfgang (1994a): Extremismus der Mitte. Zur Geschichte einer soziologischen und sozialhistorischen Interpretationsfigur, in: Hans-Martin Lohmann (Hg.), Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation, Frankfurt am Main, S. 23-50.
- Kraushaar, Wolfgang (1994b): Implosion der Mitte, Teile I-III, in: Mittelweg 36, Jg. 3, H. 2, 3, 4.
- Kraushaar, Wolfgang (2005): Extremismus der Mitte. Zur Logik einer Paradoxie, in: Leonhard Fuest/Jörg Löffler (Hg.), Diskurse des Extremen.

- Über Extremismus und Radikalität in Theorie, Literatur und Medien, Würzburg.
- Lenk, Kurt/Berthold Franke (1987): Theorie der Politik. Eine Einführung, Frankfurt am Main, New York.
- Lenk, Kurt (2009): Vom Mythos der politischen Mitte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 38, S. 15-20.
- Lipset, Seymour Martin (1959): Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 11, H. 3, S. 401-444.
- Lipset, Seymour Martin (1979): Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte (1958/1979), in: Ernst Nolte (Hg.), Theorien über den Faschismus (5. Aufl.), Königstein, S. 449-491.
- Lipset, Seymour Martin/Earl Raab (1977): The politics of unreason. Right-wing extremism in America 1790-1977 (2. Aufl.), Chicago, London.
- Negt, Oskar (1981): Rechtsextremismus und Gewalt. Ein Problem des gesellschaftlichen Zentrums, nicht der Randgruppen, in: Norbert Kremer/Bernhard Scherzinger/Gerd Koch/Volker Brandes (Hg.), Heute schon gelebt? Alltag und Utopie, Offenbach, S. 45-57.
- Paxton, Robert O. (2006): Anatomie des Faschismus, München.
- Speit, Andreas (2007): Rechts – wo die Mitte ist, in: Der rechte Rand, Nr. 104, Jan./Febr., S. 3.
- Wahl, Klaus (Hg.) (2001): Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern, Berlin (Bundesministerium des Innern: Texte zur Inneren Sicherheit Bd. III/2001).
- Willems, Helmut/Stefanie Würtz/Roland Eckert (1994): Analyse fremdenfeindlicher Straftäter. Forschungsprojekt, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Bonn.
- Winkler, Heinrich August (1972): Extremismus der Mitte? Sozialgeschichtliche Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 20, H. 2, S. 175-191.

„Kampf um das Stadion“

Fußball als gesellschaftliches Konfliktfeld und
Einflusszone der extremen Rechten

RICHARD GEBHARDT

DIE „SCHÖNSTE NEBENSACHE DER WELT“ IM VISIER DER NEONAZIS

Im September 2009 sorgte der Pressesprecher der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), Klaus Beier, für Aufsehen, als er in einer Sendung des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) gegen den türkischstämmigen Bremer Spielmacher Mesut Özil polemisierte und dessen Position in der deutschen Nationalmannschaft in Frage stellte. Das Nachrichtenportal *Spiegel-Online* (Spon) zitierte den NPD-Kader mit den Worten: „Gut, es ist ein Plaste-Deutscher, sprich ein Ausweis-Deutscher und ein Deutscher entsprechend wie Herr Klose [...]“ (Spon 2009). Beier forderte die Wiedereinführung des Preußischen Staatsbürgerschaftsrechts von 1913 und beantwortete die Frage, ob Özil in einem NPD-regierten Deutschland spielen dürfe, knapp: „Wenn er entsprechend deutscher Abstammung wäre, wenn die Eltern, ein Elternteil deutsch ist, dann könnte er spielen“ (ebd.).

Beier agierte als Wiederholungstäter. Schon im Vorfeld der Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland – unter dem Motto: „Die Welt zu Gast bei Freunden“ – sorgte die NPD mit einem geplanten WM-Kalender für Aufsehen. In diesem Kalender geriet der damals bei Werder Bremen spielende afro-deutsche Profi Patrick Owomoyela ins Visier der extremen Rechten. Besagter WM-Terminplaner trug den Titel „Weiß. Nicht nur eine Trikotfarbe. Für eine echte NATIONAL-Mannschaft“ und illustrierte diese Losung mit dem Konterfei eines weißen Spielers, der die Trikotnummer 25 trug – eine Nummer, die für den „dunkelhäutigen Spieler“ Owomoyela vorgesehen war (vgl. Geisler/Gerster 2009: 190). Zusammen mit dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt und dem Parteigeschäftsführer Frank Schwendt musste sich Beier vor Gericht verantworten; er selbst wurde zu sieben Monaten auf Bewährung sowie zu einer Geldstrafe verurteilt.

Diese Beispiele zeigen Methode. In einem Nachtrag zur 2009 in Schweden ausgetragenen Europameisterschaft der U21-Mannschaften klagte das NPD-Organ *Deutsche Stimme*, dass angesichts von deutschen Spielernamen wie Boateng, Khedira, Özil oder Castro auch der „König Fußball“ im „Netz der Globalisierung“ gefangen sei:¹

„Kann man nach dem Finale der DFB-Elf gegen England, wobei die Briten eine ähnlich konstruierte ‚eurasisch-negroide-Zukunfts-Elf‘ im Rennen hatten, wirklich noch von Deutschland als U21-Europameister sprechen? War dieses Turnier tatsächlich noch eine Europa-Meisterschaft oder nicht vielmehr ein ‚eurasisch-negroider‘ Sportwettbewerb mit europäischer Restbeteiligung?“ (Flug 2009: 27)

Die Interventionen der NPD wirken spektakulär, sind aber keinesfalls ein Novum in der jüngeren Geschichte des deutschen Fußballs, präziser: des deutschen Männerfußballs. In Schlachtgesängen kündigen Fußballfans an, eine „U-Bahn nach Auschwitz“ zu bauen, in der die Anhänger der gegnerischen Mannschaft transportiert werden. In Stadien erschalle (und erschallt bisweilen heute noch) der Ruf „Asylanten! Asylanten!“ zur Schmähung des Gegners, ertönen herabsetzende Rufe und Affenlaute, die sich – wie noch Ende Januar 2009 beim Pokalspiel Schalke 04 vs. Carl Zeiss Jena – beispielsweise gegen den Schalcker Stürmer und ehemaligen deutschen Nationalspieler Gerald Asamoah richten.

Rassismus wird in den Stadien heute offiziell geahndet. Die Fußballverbände FIFA, DFL und DFB haben mehrfach Kampagnen gegen Gewalt und Rassismus initiiert (vgl. Blaschke 2008). Beispielhaft sind hierfür bundesweite Aktionstage des DFB unter dem Motto „Zeig Rassismus die rote Karte“ oder die Schilderaktion „Kein Platz für Rassismus“. DFB-Präsident Theo Zwanziger erhielt 2009 für sein gesellschaftspolitisches Engagement den renommierten Leo-Baeck-Preis des Zentralrats der Juden in Deutschland. Dennoch bricht das virulente rassistische Potential immer wieder auf. Die oben genannte Liste ließe sich zudem mit Vorfällen aus den unteren Amateurligen erweitern. Rassistische Vorfälle begleiten die gesamte Geschichte der Bundesliga und sind heute vorwiegend in den unteren Ligen der Kreis- und Bezirksklassen anzutreffen. Amateurligen sorgen gegenwärtig für Skandale, über die auch überregionale Medien berichten. So verließen die Kicker des TUS Makkabi (ein jüdischer Sportverein mit Sitz in Berlin) im September 2006 während einer Partie gegen die VSG Altglienecke den Platz, nachdem der Schiedsrichter mehrfach antisemitische Beleidigungen aus dem Publikum ignoriert hatte. Dem TUS Makkabi wurde daraufhin vorgeworfen, den Vorfall zur Selbstinszenierung zu nutzen (vgl. Blaschke 2008: 125). Ende Oktober 2009 kam es bei einem Auswärtsspiel der Fußballmannschaft des alternativen Breitensportvereins Roter Stern Leipzig (RSL) bei FSV Brandis zu einem Übergriff von ca. 50 Personen aus dem neonazistischen Spektrum auf Spieler, Fans und Funktionäre des in rechts-extremen Kreisen als „links“ verfeimten RSL. Während demokratische Fan-

proteste sowie die Sanktionierung rassistischer Äußerungen durch DFB, DFL und FIFA zu einem Rückgang in den Stadien der Profiligen geführt haben, lässt sich gleichzeitig ein Anstieg entsprechender Vorkommnisse im Amateurfußball verzeichnen (Pilz 2009).² Die Berliner *taz* berichtet am 26. April 2010 vom Abbruch des Bezirksklassenspiels zwischen dem SV Mügeln-Ablauß und Roter Stern Leipzig:

„Wie die Polizei mitteilte, beendete der Schiedsrichter das Spiel zehn Minuten vor Schluss, nachdem Neonazis rechte Parolen gerufen und rassistische Lieder gesungen hatten. Die Leipziger teilten mit, es seien Parolen wie ‚Ein Baum, ein Strick, ein Judentenick und ‚Eine U-Bahn bauen wir, von Jerusalem bis nach Auschwitz‘ gerufen worden (*taz* 26.4.2010, S.18).

Auch von homophoben Äußerungen und gegenseitigen Schuldzuweisungen wegen des Spielabbruchs berichtet die Presse. Die *taz* zitiert den Stadionsprecher von Mügeln mit den Worten: „Der Rote Stern hat feige gehandelt. Oliver Kahn ist auch mit Bananen beworfen worden und hat nur darüber gelacht“ (ebd.).

Die Austragungsstätte der Auseinandersetzung ist bezeichnend: Mügeln ist der Ort, in dem im Sommer 2007 ein Mob aus 50 Personen eine Gruppe Inder durch die Stadt jagte. Schon damals war der Bürgermeister von Mügeln, Gotthard Deuse, um Schadensbegrenzung bemüht, in dem er einen rechtsextremen Zusammenhang leugnete. Auch 2010 zitiert ihn die *taz* mit den Worten „Solange ich beim Spiel war, habe ich keine Nazi-Sprüche gehört“ (Ruf 2010: 19).

Dieser Essay untersucht die Frage, wie sich im Fußball, der ja als Spiel an sich nicht eindeutig politisch und zunächst weder links noch rechts verortet werden kann, Rassismus und Antisemitismus manifestieren. Neben der Darstellung der neonazistischen Einflussnahme auf den Fußball soll die Frage nach den Ursachen der gegenwärtigen Strategie der extremen Rechten im Mittelpunkt stehen. Meine These lautet, dass sich angesichts der kosmopolitischen Realität auf dem Rasen sowie der aus der Kommerzialisierung des Profifußballs resultierenden Auflagen durch FIFA, DFL und DFB eine signifikante Veränderung gegenüber früheren Jahren zeigt. Gegenwärtig lässt sich eine Verlagerung der extrem rechten Potentiale unter den Fans in jene Amateurligen verzeichnen, die weniger strikte Auflagen aufweisen und zugleich weniger mediale Aufmerksamkeit erhalten. Offener Rassismus zeigt sich im Fußball in der jetzigen Situation vor allem dort, wo die Scheinwerfer der Medien nicht ins Publikum strahlen. Die extreme Rechte und ihr Umfeld in den Reihen der Fußballfans geben heute – wie das paradigmatische Beispiel aus der *Deutschen Stimme* zeigt – eine völkische Antwort auf das Unbehagen an den kosmopolitischen und kommerziellen Veränderungen im Fußball und versuchen so, an virulente Ressentiments in der Mehrheitsgesellschaft anzuknüpfen.³

I. „TAGAUS, TAGEIN DIE FALSCHER HAUTFARBE“

Rassismus gehört zur Geschichte der Bundesliga wie Wettskandale, Dopingverdachtsfälle und Fehlentscheidungen. Anschaulich illustriert die afrodeutsche Spielerlegende Erwin Kostedde die Atmosphäre in der Frühphase der Bundesliga. Kostedde berichtet im Interview mit dem Fußballmagazin *11 Freunde* über das Spiel Kickers Offenbach gegen Eintracht Frankfurt im Jahre 1972. Bei dieser Begegnung spielte Kostedde eine zentrale Rolle und erzielte u.a. das entscheidende Siegtor zum 3:2 für Offenbach. Der Torhüter erinnert sich: „Am Montag darauf musste ich mit meinem Auto zu meiner Fiat-Werkstatt nach Frankfurt: Die haben mich nicht bedient! Nach einer Stunde bin ich abgehauen. Dann das Rückspiel im Waldstadion. Tausende von Frankfurtern sangen: ‚Zehn Schwule und ein Nigger!‘“ (Kostedde 2009)

Kostedde formuliert in dem Interview auch eine prägende Erfahrung im Leben sogenannter „Mischlinge“ in der deutschen Nachkriegszeit: „Ich habe Dinge erlebt, die kann ich nicht erzählen. Im ‚schwarzen‘ Münster war es schon schlimm, wenn Du sonntags in Jeans herumlieferst, aber ich trug tagaus, tagein die falsche Hautfarbe“ (Kostedde 2009).

Nicht immer war der Rassismus gegenüber den Spielern so deutlich; mitunter zeigte sich auch die vermeintliche Banalität des Rassismus. Noch in den frühen 1990er Jahren war die deutsche Öffentlichkeit im Umgang mit Spielern afrikanischer Herkunft völlig unbeholfen. Legendar ist die Antwort des aus Ghana stammenden Frankfurter Stars Anthony Yeboah auf die Feststellung eines Interviewers des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*, der verwundert feststellte, Yeboah wirke in seinem Reihenhaus mit Schrankwand, BMW und Vorgarten „wie ein deutscher Musterbürger“. Yeboah konterte damals trocken mit den Worten: „Soll ich ein Lagerfeuer im Wohnzimmer machen?“ (Yeboah 1992: 248)

1. Varianten des Rassismus

Die Beispiele zeigen auch, dass Rassismus nicht an sich, sondern in vielfachen Varianten existiert. Wilhelm Heitmeyer schlägt in seinen Studien zur „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ folgende Definition vor: „Rassismus umfasst jene Einstellungen und Verhaltensweisen, die Abwertungen auf der Grundlage einer konstruierten ‚natürlichen‘ Höherwertigkeit der Eigengruppe vornehmen“ (Heitmeyer 2005: 15).

Heitmeyers Definition überzeugt in Hinsicht auf die Kampagne der NPD, deren Kader die rassenbiologische Ideologie des Nationalsozialismus tradieren. Über welches *Weltbild* deren Aktivisten verfügen, hat im Sommer 2009 ein NPD-Funktionär aus Thüringen verraten, als dieser im Wahlkampf meinte: „Ich kann einem Schwein einen Pferdepäss ausstellen, es vier Wochen in einem Pferdestall leben lassen, und trotzdem wird es kein Pferd“ (Zitat nach Erb 2009).

Die Zugehörigkeit zur deutschen Nation definiert sich für die NPD in der Tradition des Nationalsozialismus über die Genetik und wird nicht nach dem Ort der Geburt bestimmt. Im Gegensatz dazu lässt sich die Frage des *Spiegel*-Interviewers an Anthony Yeboah nicht als rassenbiologische Ideologie der Ungleichheit identifizieren. Keinesfalls muss der Redakteur der Meinung sein, Yeboah könne nicht für die deutsche Nationalmannschaft spielen. Der fragende Berichterstatter behandelt Yeboah eher unbedacht als „Fremden“. Ihm scheint klar: Mein Gegenüber ist ‚nicht wirklich‘ von hier. Das Alltagsbewusstsein des Reporters ist Ausdruck der deutschen Verhältnisse. Jahrzehntlang wurde offiziell die Losung „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ ausgegeben. Reformiert wurde das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht erst im Jahre 2000. Das deutsche Bewusstsein ist selbst stark vom *ius sanguinis* – vom Recht der Blutsbande – geprägt, da das Preußische Staatsbürgerschaftsrecht von 1913 noch nachwirkte. Zudem ist das, was Asamoah und das was Lukas Podolski – ein Spieler mit polnischem Migrationshintergrund – auf deutschen Fußballplätzen an partieller Ablehnung begegnet, nicht dasselbe. Bei den gegen ‚schwarze‘ Spieler gerichteten Affenlauten schwingt immer die unterstellte Inferiorität mit. Klose und Podolski werden dagegen vielmehr mit kulturalistischen Vorurteilen konfrontiert. Die verwunderte Feststellung, Yeboah wohne wie ein Deutscher, lässt sich mit Mark Terkessidis als „Banalität des Rassismus“ begreifen. Rassismus wird demnach nicht nur von einer moralisch verwerflichen Ideologie der Ungleichheit gefördert, sondern durch einen „gesellschaftlichen ‚Apparat‘, in dem Menschen überhaupt erst zu Fremden gemacht werden“ (Terkessidis 2010: 88). Dieses Konglomerat aus Sondervorschriften und Vorurteilen fördert das „rassistische Wissen“, wonach Yeboah wie „ein Afrikaner“ zu wohnen habe und als deutsch identifiziertes Interieur und Statussymbole den Beobachter eher verblüfft. Im Gegensatz zur Rassenbiologie der NPD sind diese Urteile aber leichter wandelbar und können schon bald von einer gesellschaftlichen Mehrheit als anachronistisch bewertet werden.

2. Kosmopolitischer Profifußball

So scheinen heute die bleischweren Zeiten, in denen die gesamte Bundesrepublik dem tiefschwarzen Münster zur Zeit des jungen Erwin Kostedde glich, Vergangenheit. Im Gegensatz zu früheren Jahren ist die alleinige Tatsache der Vertragsunterzeichnung bei einem ausländischen Verein kein Grund mehr für die Nichtnominierung in der Nationalmannschaft. Selbst der „Kaiser“ Franz Beckenbauer wurde nach seinem Wechsel zur All-Star-Mannschaft von Cosmos New York noch derart sanktioniert. Schon lange aber werden deutsche Mannschaften wie die U21 häufig von Spielern mit Migrationshintergrund und nicht mehr von bio-deutschen Markennamen wie Müller, Maier oder Beckenbauer geprägt. Dies veranschaulicht ein Blick auf den Kader der Meistermannschaft von Bayern München aus dem Jahre 2005. Die Spielernamen des Deutschen Meisters 2005 lauten: Lizarasu,

Sagnol, Guerrero, Demichelis, Zé Roberto, Salihamidžić, Pizarro, Santa Cruz sowie Thorsten Frings, Michael Ballack und Oliver Kahn. – Eine Mannschaftsaufstellung, welche die Präsenz von Sport-Kosmopoliten auf dem Platz verdeutlicht. Der einstige Regelfall ist heute oft die Ausnahme: Der ehemalige Nationalspieler Thorsten Frings kommt noch aus dem nordrhein-westfälischen Alsdorf bei Aachen und Olli Kahn war gerade für die internationalen Medien der Prototyp des teutonischen Titanen schlechthin. Aber auch er hat durch seinen lettischen Großvater einen internationalen Stammbaum. Und der deutsche Kapitän Michael Ballack war streng genommen ebenfalls „Ausländer“ – zumindest zu seiner Zeit in der Jugendliga der DDR. Der damalige Meistertrainer Felix Magath ist wiederum ein in Aschaffenburg geborener Spross eines aus Puerto Rico stammenden Soldaten der US Army.

Es ist fast schon ein Allgemeinplatz – der deutsche Männerfußball der Gegenwart hat einen kosmopolitischen Charakter und hat sich ebenso wie das Gesicht der bundesdeutschen Gesellschaft verändert. Die gegenwärtige Form des Rassismus in den Stadien und auf den Fußballplätzen lässt sich nur verstehen, wenn diese demographische Veränderung in die Analyse einbezogen wird.

3. Fußball – ein „Spiegel der Gesellschaft“?

Der Breitensport Fußball wird gerne als Seismograph für politische Stimmungen begriffen; Fußballvereine gelten als soziale Phänomene, die wie ein „Parabolspiegel“ (Staud 2008: 1) gesellschaftliche Konflikte sichtbar machen und aufweisen, wie Stimmungen vom rechten Rand in die Mitte der Gesellschaft einwirken. In der Tat: Als im Rahmen der Asyldebatte Anfang der 1990er Jahre Politik und Presse über eine sogenannte „Asylflut“ berichteten, ging häufig eine rassistische „La-Ola-Welle“ mit dem Ruf „Asylanten! Asylanten!“ durch das Stadion – vom Stehplatz der Stiefelfaschisten bis zur Sitztribüne kamen im Stadion politische Stimmungen zum Ausbruch, die sonst bevorzugt an Stammtischen oder in den heutigen Internetforen die Ebene der Latenz verlassen. Doch inwieweit trägt der populäre Topos vom Fußball als „repräsentativem Abbild der Gesellschaft“?

Fußball, so schreiben Verena Scheuble und Michael Wehner in einem Aufsatz über „Fußball und nationale Identität“. „ist einer von vielen Spiegeln der Gesellschaft und ein Barometer nationaler Befindlichkeit“ (Scheuble/Wehner 2006: 29). So verführerisch diese Gleichung⁴ auch ist, so sehr verstellt der beliebte Topos jedoch den Blick dafür, dass der transnational agierende Fußball eigene Regeln etabliert hat, die „quer“ zu den Praktiken der Nationalgesellschaften stehen können. Moderne Ligavereine agieren wie Großkonzerne. Während Arbeitsmigranten lange auf ihren Pass warten müssen, ermöglicht der DFB Spielern mit Migrationshintergrund einen privilegierten Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft. Diese Praxis ist bemerkenswert in einer Gesellschaft, die offiziell erst spät eingeräumt hat, ein

Einwanderungsland zu sein. Davon zeugt die erst im Jahr 2000 erfolgte Reform des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts, das jahrzehntelang vom *ius sanguinis* bestimmt wurde und im europäischen Vergleich reaktionär war. Es ist vor diesem Hintergrund kein Zufall, wenn sich Klaus Beier am Preussischen Staatsbürgerschaftsrecht von 1913 orientiert und über (nicht erfüllbare) Aufnahmebedingungen von Mesut Özil in die deutsche Nationalmannschaft spekuliert.

Dass der Fußball „die“ Gesellschaft nicht einfach widerspiegelt, zeigt sich auch beim Thema Homosexualität. Während Repräsentanten aus den Bereichen Politik und Kultur sich inzwischen zu ihrer Homosexualität weit aus offener bekennen können als in der Vergangenheit, ist im Männerfußball ein *coming out* nach wie vor ein Tabu. Die Homophobie im deutschen Männerfußball zeigt, wie stark anachronistische und männerbündische Relikte diesen Sport dominieren und im Fußball als einem sozialen System eigene Konstitutionsregeln herrschen, die es ihm gestatten, bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen – hier: die zunehmende Akzeptanz von Homosexuellen in der Gesellschaft – zu *verlangsamen*. Wird dem Fußball in Bezug auf die Repräsentation von Migranten und Sport-Kosmopoliten eine Avantgarde-Rolle zugeschrieben (Theweleit 2006: 189ff.), zeigt sich beim Thema Homophobie der begrenzte Erkenntniswert der nicht nur bei Funktionären beliebten Redewendung vom Fußball als „Spiegel der Gesellschaft“. Der Topos verkennt die Spezifika des populärsten deutschen Massensports. Gerd Dembowski und Marvin Chlada ist zuzustimmen, wenn sie kritisieren, der Fußball biete durch sein

„[...] starres Regelwerk mit Befehl, Gehorsam und Bestrafung ein Präsentationsfeld für konventionelle, patriarchale Wertvorstellungen und autoritäre Charaktere. Das ihm zugrunde liegende männliche Weltbild kann autoritäre Charakterstrukturen, Nationalismus, Rassismus, Gewalt, Identitätsdenken, Chauvinismus, Sexismus verstärken“ (Chlada/Dembowski 2000: 5).

Die Bedeutung der beliebten Gleichung muss präzisiert werden Denn der Fußball wirkt eher wie ein aufschlussreicher Zerrspiegel der sozialen Realität, changiert er doch zwischen einer prekären Avantgarde-Rolle und reaktionären Tendenzen sowie Positionen, die in der Gesamtgesellschaft als überholt gelten. Klaus Theweleit formuliert den Abbildcharakter des Fußballs genauer: „Regel: Wer mitbekommt, was sich im Fußball wann und wie verschiebt, ist über andere Gesellschaftsbereiche *osmotisch* informiert“ (Theweleit 2006: 120).

Theweleit ergänzt: „So stellte sich im Rückgang der Bedeutung des Rugebietsfußballs auch die seit den 50er Jahren immer weiter fortschreitende politische Entmachtung der Arbeiterbewegung dar“ (ebd.). Osmotisch informiert meint in diesem Sinne, dass im Fußball der Blick für soziale Prozesse geschärft werden kann, ohne dass ein Kausalzusammenhang zwischen dem Geschehen auf dem Platz und den Tendenzen außerhalb der Stadien

unterstellt wird. Schließlich wäre auch eine mögliche Meisterschaft von Schalke 04 kein Vorbote einer Renaissance der Rurkohle.

Fußball ist also ebensowenig wie Synchronschwimmen, Golfsport oder Zwölftonmusikabende ein unvermittelter „Spiegel der Gesellschaft“. Fußball ist vielmehr ein soziales System mit eigenen Regeln. Jedoch ist die Reaktion auf die spektakulären und alltäglichen Ereignisse im Fußball ein Seismograph für gesellschaftliche Tendenzen, Werte und Konfliktlinien. So gibt die vielfach erhobene öffentliche Klage, dass sich kein Männerfußballprofi als homosexuell outen könne, Auskunft über den Grad gesellschaftlicher Anerkennung von Homosexuellen im hegemonialen Diskurs. Es scheint politischer Konsens zu sein, dass diese vormals verfemte Minderheit (zur Erinnerung: der einschlägige Paragraph 175 wurde in der Bundesrepublik erst 1994 gestrichen!) heute öffentliche Positionen bekleiden kann. Dass aber dieser Umstand überhaupt erwähnenswert erscheint, zeigt zugleich, wie wenig die sexuelle Orientierung der Individuen tatsächlich als Teil der Normalität anerkannt ist. Zugleich verraten die im Männerfußball herrschenden Tabus und Ausschlusskriterien, wie wenig die hegemonialen Normen „der“ Gesellschaft dort gelten.

Der Blick auf das Verhältnis von Fußball und Gesellschaftspolitik muss folglich geschärft werden. Als Breitensport – der DFB verfügt über rund 6,5 Millionen Mitglieder in knapp 26.000 Vereinen mit über 180.000 Mannschaften – ist Fußball ein Barometer für latente Stimmungen sowie ein osmotischer Indikator für Tendenzen in der deutschen Mehrheitsgesellschaft, deren Zusammensetzung analytisch seziiert werden muss. Denn die dominanten Figuren der Fanszene sind nach wie vor männliche Jugendliche sowie Männer, die zum Teil über eine jahrzehntelange Stadionerfahrung verfügen. Rassismus kann jedoch nicht als bloßes subkulturelles Fanphänomen betrachtet werden. Welch anachronistischen Ideen noch in den Köpfen der alten DFB-Führung präsent waren, davon lieferte der ehemalige DFB-Vorsitzende Gerhard Mayer-Vorfelder ein beredtes Zeugnis ab, als dieser, beeindruckt von der (multiethnisch zusammengesetzten) französischen Weltmeistermannschaft von 1998, in einem Interview sagte:

„Deutschland kann eben nicht, wie Weltmeister Frankreich oder die Niederlande, auf Spieler aus den Kolonien zurückgreifen. Es soll nicht chauvinistisch klingen, aber hätten wir 1918 die deutschen Kolonien nicht verloren, hätten wir heute in der Nationalmannschaft wahrscheinlich auch nur Spieler aus Deutsch-Südwest“ (Mayer-Vorfelder 1999).

Weil Deutschland diese koloniale Tradition nicht habe, müssten angesichts von sieben Millionen Ausländern Sichtungslehrgänge stattfinden und mit den Eltern über eine Einbürgerung geredet werden (vgl. ebd.). Und während die gegenwärtige Präsenz von migrantischen Fußballern wie ein vermeintlicher Liberalisierungsgrad erscheint, belegen die Äußerungen des heutigen DFB-Ehrenpräsidenten,⁵ dass der privilegierte Status der Sport-Kosmo-

politene de facto auf die internationale Konkurrenz im Profigeschäft reagiert. Der Kosmopolitismus auf dem Rasen spiegelt die Realität der deutschen Einwanderungsgesellschaft nicht wider.

II. „BRASILIANER ALLER LÄNDER“ – ETHNISCHE HETEROGENITÄT UND KOMMERZIALISIERUNG

Doch auch wenn die Profisport-Kosmopoliten im Gegensatz zu den Arbeitsmigranten der Einwanderungsgesellschaft privilegiert werden, stehen Spieler mit Migrationshintergrund offenbar unter einer besonderen Beobachtung. So war Lukas Podolskis ausgebliebener Torjubel beim EM-Spiel 2008 der deutschen Mannschaft gegen die Polen Anlass vielfältiger Betrachtungen und feuilletonistischer Meditationen über die Transnationalität im Fußball. In einem Essay für die Wochenzeitung *Der Freitag* hat der Migrationsforscher Mark Terkessidis damals auf einen anderen, ebenso bedeutsamen Aspekt während dieses Spiels hingewiesen:

„Als für Polen Roger Guerreiro kommen sollte, blendeten die Kameras ein, wie Trainer Leo Beenhacker dem Mittelfeldspieler noch ein paar taktische Anweisungen gab. Derweil grübelte der Kommentator, in welcher Sprache der aus den Niederlanden stammende Trainer wohl seine Erklärungen abgeben würde und mutmaßte: Spanisch. Guerreiro jedenfalls kann kein Polnisch, bloß Portugiesisch. Eine interessante Szene allemal: Der polnische Nationaltrainer, der Niederländer ist, gibt offenbar auf Spanisch Direktiven für einen ehemaligen Brasilianer, der unterdessen für Polen aufläuft“ (Terkessidis 2008).

Die nationalen Identitäten im Profifußball verschwimmen: Ein Viertel der Spieler der deutschen Nationalmannschaft hat nicht-deutsche Eltern und zählt zu den Profisport-Kosmopoliten. Auch im Amateurbereich ist der Spieleranteil von Migranten relativ hoch. Dieser Prozess ist Ausdruck einer Kommerzialisierung des Fußballs. Diese unterläuft die vielfältigen Mythologisierungen eines „authentischen“ Spiels, die vor allem von Fans geschaffen werden. „Fußball ist unser Leben“ lautet der Titel eines für die WM 1974 komponierten Schlagers – und dass der Ballsport elementarer Teil der Sozialisierung ist, kommt in Buchtiteln wie „Wenn du am Spieltag beerdigt wirst, kann ich leider nicht kommen“ (Biermann 1995) prägnant zum Ausdruck. Fußball ist demnach eine existentielle Angelegenheit. Legendär ist in diesem Kontext ein Ausspruch der Liverpooler Trainerlegende Bill Shankley: „Es gibt Leute, die denken, Fußball ist eine Frage von Leben und Tod. Ich mag diese Einstellung nicht. Ich kann ihnen versichern, dass es noch sehr viel ernster ist“ (zitiert nach Ridder 2006). Da verwundert es nicht, dass neben dem Stadion des Hamburger Sportvereins (HSV) ein Friedhof für zu Lebzeiten besonders vereinstreue Fans angelegt wurde. Das Stadion ist in der Welt der Fußballfans ein Hort des Authentischen, eine

Heimat, die aus deren Sicht heute allzu leicht in die Fänge der Sponsoren gerät. Denn nicht nur auf Schalke weicht das traditionsreiche Parkstadion einer schnöden Veltins-Arena, wird aus dem altehrwürdigen Münchner Olympiastadion ein Technologiepark namens Allianz-Arena. Vorbei scheinen die Zeiten, als Vereinspräsidenten noch ihr Veto gegen Firmeneinflüsse und Sponsoren – wie aktuell Red Bull – durchsetzen konnten oder wollten. Fußball ist ein turbulenter und umkämpfter Marktplatz für Heerscharen von Beratern, Verbandsfunktionären, Vereinspräsidenten, Fanvertretern, Spielern, Spielerfrauen, Spielervermittlern, Sponsoren, Werbeagenturen, Wettbüros, Lizenzinhabern und last but not least Medienvertretern, in deren Ressorts Summen in der Höhe von ganzen Staatshaushalten transferiert werden. Schon 1974 zitierte Gerd Hortleder ein sinniges Leitmotiv von Uli Hoeneß: „Fußball ist ein Geschäft. Und Geschäft ist Geschäft“ (Hortleder 1974: 9).⁶

Klassische Spielertypen und Idole, die wie Fritz Walter (1. FC Kaiserslautern) oder Gerd Müller (FC Bayern München) unmittelbar mit einem Verein identifiziert werden, geraten im neuen Spieler-Weltmarkt zur Rarität. Das Original des Vereins (affirmativ gesprochen: der Markenkern) sind heute alleine die Fans. Diese propagieren eine lebensweltliche Bastion gegen die Systemimperative der Kommerzialisierung. Während Spieler zur Ware werden, kommt für die Fans die Vereinstreue einem altmodischen Eheversprechen gleich. Dies erklärt vielleicht die Übergriffe von aufgebrauchten Fans gegen Spieler und Funktionäre der „eigenen“ Mannschaft. Vor diesem Hintergrund versucht die extreme Rechte, sich als Gralshüterin des „wahren“ Fußballs zu präsentieren und gegen die Verfallserscheinungen des modernen Fußballs zu protestieren.

1. Boßmann-Urteil und Asyldebatte

Die spätestens seit 1995 durch das sog. „Boßmann-Urteil“ einsetzende Entwicklung hin zu einem gigantischen liberalisierten Spieler-Weltmarkt, hat zwei zentrale Konsequenzen: *Erstens* hat die mit der Kommerzialisierung einhergehende „familienfreundliche“ Gestaltung die Fußballstadien in den beiden Profiligen ziviler gemacht. Die Sicherheitsauflagen wurden verstärkt und die Gewalt im Stadion (die in den 1980er Jahren an der Tagesordnung war) so – trotz phasenhaft gegenläufiger Tendenzen – insgesamt verringert. *Zweitens* dämmen die Auflagen von FIFA, DFL und DFB rassistische Beleidigungen ein. Dies war zu der Zeit, als „dunkelhäutige“ Spielerpersönlichkeiten wie Anthony Yeboah oder Jimmy Hartwig noch Ausnahmen auf dem Rasen waren, nicht so. So verweist die Autobiographie von Jimmy Hartwig auf Beispiele für rassistische Ausfälle, die damals kaum geahndet wurden (Hartwig 1994).

Besonders nach der Wiedervereinigung war das Thema „Rechtsextremismus und Rassismus im Fußball“ in den großen Stadien präsent. 1990 schrieben Anthony Baffoe, Souleman Sane und Anthony Yeboah anlässlich rassistischer Schmähesänge einen Offenen Brief an die Bild-Zeitung mit

dem Kernsatz: „Bitte helft uns, wir wollen kein Freiwild sein“ (Theweleit 2007). Und genau an diesen fortwirkenden Rassismus in den Stadien wollten im Sommer 2006 bzw. Herbst 2009 die Kampagnen der NPD gegen Patrick Owomoyela anknüpfen. Die Voraussetzungen für solche Stimmungen sind weiterhin vorhanden: Noch nach der Phase des angeblich so harmlos-verspielten deutschen Party-Nationalismus dachte Gerald Asamoah angesichts erneuerter rassistischer Schmähungen während des Pokalspiels gegen Hansa Rostock II im Jahre 2006 darüber nach, nie mehr für Deutschland zu spielen. Hier findet sich ein Potenzial, an das die NPD anknüpfen will.

2. Ausweitung der Kampfzone

Im Rahmen ihrer „Säulenstrategie“ führt die NPD einen selbsterklärten „Kampf um die Straße“, die Parlamente, die Köpfe und – bis Juni 2009 – den organisierten Willen (Brandstetter 2006). Der „Kampf um das Stadion“ wird in den Papieren nicht explizit aufgeführt, gehört aber zum strategischen Kern der extremen Rechten. Der NPD-Bundessprecher Klaus Beier sagte dem (inzwischen eingestellten) Fußballmagazin Rund (Titelausgabe „Nazis vergiften den Fußball“):

„Für uns ist die Zweite Liga interessant, vor allem aber die Regional- und Oberligen, was unsere nationalen Botschaften angeht. Die Bundesliga selbst ist schon so kommerziell, und die meisten Besucher dort sind politisch völlig abgestumpft; das sind doch nur Brot und Spiele. Für die unteren Ligen könnten wir aber ein spezielles Flugblatt entwickeln. Wenn wir wieder Geld in den Kassen haben, könnten wir auch mit einer Stadion-CD nach außen gehen“ (Beier 2007).

Dieses politische Wunschenken konnte angesichts der personellen Schwäche der Neonazis gerade im Westen der Republik nicht flächendeckend umgesetzt werden. Allerdings sind Ankündigungen wie diese als Dokumente für die Strategie der extremen Rechten zu werten: Die unteren Ligen stehen parteioffiziell im Visier rechter Kader (dazu auch Geisler/Gerster 2009: 197f.).

Das Beispiel Lokomotive Leipzig

Wie diese Strategie sich vollzieht, zeigt eindringlich ein im September 2009 in der Zeit erschienenes Dossier mit dem Titel „Angriff von rechts außen“ (Blaschke 2009). Der Autor arbeitet darin heraus, wie Neonazis die Fanszene des Fußballclubs Lokomotive Leipzig okkupieren bzw. dort auf ein williges Hinterland treffen. Zentral für den Erfolg dieser Einflusstategie sind die regionalen Bedingungen, unter denen die extreme Rechte vor Ort agieren kann. Über die politische Situation im Umfeld des „Plache-Stadions“, das im von hoher Arbeitslosigkeit geprägten Probstheida angesiedelt ist, heißt es: „In Probstheida gibt es zwei Volksbewegungen: die Rechtsradikalen und die Fußballszene“ (Blaschke 2009).

Wie sich die Szenen durch die kontinuierliche Graswurzelarbeit rechter Kader annähern und die NPD ihre Arbeit fortsetzt, das Stadion trotz Auflagen wie Platzverweisen oder Protesten von Sponsoren zu einer „national befreiten Zone“ zu machen, wird deutlich beschrieben:

„Einmal stellten sich Lok-Fans im Stadion so nebeneinander auf, dass ein riesiges menschliches Hakenkreuz entstand. Auf Transparenten stand: ‚Wir sind Lokisten, Mörder und Faschisten.‘ Die Gegner wurden als ‚Juden‘ und ‚Zigeunerpack‘ beschimpft. Nachts beschmierten Fans die Stadionwände mit fremdenfeindlichen Parolen. Und in der Woche vor den Landtagswahlen schob sich ein NPD-Laster mit der Aufschrift ‚Arbeit zuerst für Deutsche‘ zwischen Tausenden Fußballfans in Richtung Hauptbahnhof. Einige von ihnen brüllten: ‚Hier regiert die NPD!‘ Und das sind lediglich die sichtbaren Zeichen einer Bewegung, die sich auf den Straßen und im Stadion mittlerweile nur noch vereinzelt zeigt. Die Bewegung hat dazugelernt. Sie hat sich in Zonen breitgemacht, die der Verein und die Polizei kaum kontrollieren können. Und auch nicht stoppen“ (Blaschke 2009).

Der Rückzug ist also nur taktischer Natur. Durch spezielle Angebote für die Fans halten NPD-Aktivistinnen Kontakt zur Szene. Fußballplätze werden so zu einer politischen Arena, zu einer Kampfzone, in der politische Grundwerte verteidigt werden müssen.

Das Beispiel Alemannia Aachen

Wie aber sähe diese Verteidigung aus? Als Antwort auf diese Frage dient ein Beispiel aus der Aachener Region: Vor dem Meisterschaftsspiel gegen Borussia Mönchengladbach im Jahre 2006 wurden antisemitische Schmierereien am Aachener Westbahnhof („Juden – your end is near“ neben der Fohlenraute) entdeckt. Als Urheber wurden hier Jugendliche aus den Reihen des Ultra-Nachwuchses vermutet (o.V. 2007: 10ff.). Die Ultras sind eine Fankultur, die im Stadion vor allem durch aufwendige Choreographien sichtbar sind und lautstark gegen die Kommerzialisierung und sogenannte „Versitzplatzung“ der Stadien protestieren. Ursprünglich stammt das Fanmodell „Ultra“ aus Italien und entstand dort Ende der 1960er Jahre. Bis heute zeichnen sich die (oft sehr jungen) Ultrafans durch eine lautstarke und bunte Performance in den Blöcken aus, wo Spruchbänder, Fahnen, Fangesänge und Megaphonrufe dominieren. Bei den Sicherheitsbehörden und der Vereinsleitung sowie in der Presseberichterstattung gelten die Ultras nicht selten als gewaltbereites Problempotenzial, das eine gewisse Affinität zu rechtsextremen Positionen aufweist (kritisch dazu Gabler 2009).

Der Vorfall am Aachener Westbahnhof blieb nicht ohne Folgen. Nach gesellschaftlichem Druck von Vereinsführung, Alemannia-Fans und natürlich DFB und DFL sowie interner Kritik in den Reihen der Fangruppe selber, distanzierten sich die Gründer der Aachen Ultras (ACU) von neonazistischen Aktivitäten und schlossen im Frühjahr 2007 Mitglieder ihrer Nachwuchsgruppe aus. In einer Stellungnahme richteten sich die Ultras gegen

„politische Extremisten“: „Wir sind Ultras und dies ist nach unserer Auffassung mit Realpolitik nicht kompatibel“ (o.V. 2009: 4).

Was hier zum Ausdruck kommt, ist das „no-politics“-Dogma dieser Fankultur.⁷ Politik sei, so sich diese nicht ausdrücklich auf Vereinspolitik bezieht, nicht mit den Zielen der Fans kompatibel. Diese Position gilt bei Teilen der Ultra-Fankultur als veraltet. Denn schon die Kritik der willkürlichen Datenerfassung und Kommerzialisierung in deutschen Stadien ist angesichts der politischen Ökonomie des Profifußballs Realpolitik pur. Es gibt Ultra-Gruppen, in denen Teile der Mitgliedschaft ein anderes Selbstverständnis haben. In Köln unterstützte die Ultra-Gruppe „Wilde Horde“ u.a. die Demonstration gegen die rechtsextreme „Bürgerbewegung“ Pro Köln und bietet Antifa-Workshops an. Die in der Münchner Allianz-Arena aktive Fangruppe „Schickeria“ organisiert regelmäßig Stadionbesuche für illegale Flüchtlinge (Gabler 2009: 119ff.). Ultras von St. Pauli wiederum diskutieren über die auffällige Diskrepanz zwischen kosmopolitischen Sport-Migranten *auf dem Rasen* und fehlender migrantischer Präsenz auf den Stadionrängen. *Diese* Ultras sind politisch keinesfalls per se gewalttätig und/oder rechtsextrem, sondern mit antirassistischen Basisgruppen vergleichbar, die wie das „Bündnis aktiver Fußballfans“ (BAFF) seit langem – und schon lange bevor die DFB-Vorstandetagen sich regten – ein waches Auge auf den „Tatort Stadion“ richteten.

Das Stadion ist immer ein politischer Ort, auch wenn dort eigene Spielregeln herrschen. Im Fallbeispiel Alemannia Aachen wurde durch Anweisungen der DFL, Interventionen der Vereinsführung, Stadiondurchsagen und Aktivitäten der Fans bewirkt, dass die Häufung rassistischer Äußerungen im Stadion nachgelassen hat. Das Problem wird durch Auflagen und Proteste demokratischer Fans zumindest eingedämmt – gelöst wird es auf dem Fußballplatz oder in Stadien jedoch nicht.

III. STRATEGIE DER EINDÄMMUNG

Von dieser Strategie der Eindämmung wäre auch im Amateurbereich zu lernen. Zuvor aber müssen Fans und Vereinsverantwortliche sich von der Illusion verabschieden, wonach der Fußball außerhalb der Gesellschaft stehe. Wie stark Fußballplätze in einer Einwanderungsgesellschaft auch Konfliktfelder sind, zeigt ein Blick auf die Sportgerichte der unteren Ligen. Das Alltagsbewusstsein der „autochthonen“ deutschen Spieler ist oft von vermeintlich erfahrungsgesättigten Zuschreibungen geprägt, wonach insbesondere „mediterrane“ Spieler aggressiv agieren würden. Die Berichte, die bei den Sportgerichten eingereicht werden, scheinen diesen Befund zu bestärken: Spieler mit Migrationshintergrund sind an zwei Dritteln der Spielabbrüche beteiligt. Zudem müssen diese sich signifikant häufiger wegen „rohen Spiels“ und andere Tätlichkeiten verantworten. Nicht selten sind auch Angriffe gegen den Schiedsrichter zu verzeichnen. In der Konsequenz bekom-

men Spieler mit Migrationshintergrund vor den Sportgerichten höhere Strafen als „einheimische“ Spieler. Diese dominieren jedoch in der Kategorie „unsportliches Verhalten“. Phänomene wie diese hat Gunter Pilz näher untersucht. Der Sportsoziologe kam in seiner Untersuchung „Rote Karte statt Integration“ zu dem Ergebnis, dass der Tötlichkeit auf dem Platz oft Provokationen vorausgingen – verursacht durch „einheimische“ Spieler sowie Provokationen aus dem Publikum. Die Schiedsrichter wiederum stehen deshalb im Mittelpunkt der Angriffe, weil diese die Provokationen nach Auffassung migrantischer Spieler häufig ignorieren würden. Im Gegensatz zu den „deutschen“ Spielern erscheinen angeklagte Spieler mit Migrationshintergrund meist ohne Vereinsbetreuer vor den Sportgerichten. Dort werden sie im Ergebnis für die gleichen Vergehen häufig länger gesperrt (vgl. Pilz 2002).

Politisches Bewusstsein ist deshalb auch im Amateurbereich erforderlich. Denn gerade die Plätze der unteren Ligen – wo sich z.T. unmittelbar die multikulturelle Realität in Deutschland zeigt und wo die Vereinsverantwortlichen am Puls der Probleme arbeiten – eignen sich als Einflusszonen, wenn diese der extremen Rechten ein ruhiges Hinterland bieten. Klaus Beier sagte in dem bereits zitierten Interview mit der Zeitschrift *Rund*: „Wenn von vornherein bekannt ist, wie auch auf St. Pauli beispielsweise oder bei anderen Ruhrvereinen, dass es viele politisch aktive Fanclubs aus der linken Richtung gibt oder Fanprojekte gegen rechte Tendenzen, dann macht es keinen Sinn, dort aktiv zu werden“ (Beier 2007).

1. Aufklärung und Sanktionen

Faninitiativen wie die antifaschistischen Gruppierungen des St. Pauli oder Institutionen wie das Bündnis Aktiver Fußball-Fans (BAFF) sind die Kraftzentren an der Basis im Engagement gegen die extreme Rechte, weshalb NPD-Kader Beier hier keinen Freiraum für seine Aktivitäten vermutet. Die Autonomie basisorientierter Fangruppen darf in der Kooperation mit Verbänden etc. nicht zur Disposition stehen, zumal Fan-Akteure häufig informierter und näher am Geschehen sind als professionelle Berater der staatlichen Stellen oder Instanzen der sozialpädagogischen Prävention.

Doch auch wenn offizielle Symbolpolitik stets an Grenzen stößt, ist ihr Einsatz notwendig. So wird dem faschismusaffinen Teil der Publikums für alle wahrnehmbar signalisiert, was gesellschaftlich toleriert wird und was nicht. Es ist darüber hinaus sinnvoll, einen antirassistischen Verhaltenskodex in die Vereinssatzung auch der Amateurclubs aufzunehmen. Gleichzeitig kann auch im Amateurfußball kenntlich gemacht werden, dass Anhänger rechtsextremer Parteien parteipolitische Werbung innerhalb des Vereins ausdrücklich verboten ist. Rund 50 Prozent der Bundesligavereine haben nach einer Empfehlung des DFB einen „Antidiskriminierungsparagrafen“ in die Stadionordnung aufgenommen. Die Regularien der FIFA sehen vor, dass rassistische Diskriminierungen mit Stadionverboten sanktioniert

werden können (Glaser 2009: 101). Die Herausforderung besteht darin, mithilfe einer Kombination von Aufklärung und Sanktionen, den extremen Rechten in jedem Verein zu zeigen, dass eine Aktivität im Stadion „keinen Sinn“ macht. So wird das Problem einer strategischen Ausweitung der extremen Rechten zumindest eindämmt. Deren Reaktion auf die Veränderungen im deutschen Profifußball hat angesichts der Demographie des deutschen Profisports einen eindeutig anachronistischen Zug.

2. Avantgarde Fußball?

Denn der Spieler-Weltmarkt der „Brasilianer aller Länder“ hat die ethnische Homogenität auf dem Rasen aufgelöst. So besteht die Avantgarde-Rolle der Fußball-Kosmopoliten in der Auflösung der völkischen Herkunftslinie als Bestimmung dessen, was „deutsch“ sei. Der Identifikationscharakter der deutschen Nationalmannschaft fördert ein Selbstbild der deutschen Gesellschaft, das nicht mehr wirkt, wie von Caspar David Friedrich gemalt. Doch schon *auf den Rängen* zeigt sich ein anderes Bild. Migrantische Fankulturen sind nach wie vor häufig an den Mannschaften ihrer vermeintlichen ‚Herkunftsländer‘ orientiert – selbst wenn die Fans in Köln-Ehrenfeld geboren wurden und Städte wie Istanbul nur aus dem Urlaub bekannt sind.

Spitzen wir am Schluss dieses Essays die Frage nach der Repräsentation von Migranten im Fußball nochmals zu: Gerne lobt zum Beispiel die *Bild*-Zeitung bei erfolgreichen Spielen „unsere Polen“ Lukas Podolski und Miroslov Klose. Ein Lob mit zwiespältigem Charakter. Terkessidis hat im Vorfeld der EM 2008 überzeugend darauf hingewiesen, dass Fußballer mit sogenanntem Migrationshintergrund oder doppelter Staatsbürgerschaft ihre nationale Loyalität mehrfach beweisen müssen. Er zitiert den aus dem Kosovo stammenden Schweizer Spieler Valom Behrami, der in einem Interview mit dem Magazin *11 Freunde* den Zusammenhang auf den Punkt brachte: Wenn ein Philipp Degen schlecht spiele, so habe er einen schlechten Tag erwischt. Spiele er, Behrami, schwach, werde die Charakterfrage gestellt (Terkessidis 2008). Diese Selbsteinschätzung legt nahe, dass Spieler mit Migrationshintergrund trotz der Privilegierung einen prekären Sonderstatus haben:

„Bei den aus Brasilien stammenden Spielern in Diensten unterschiedlicher Nationalmannschaften dürfte der Druck noch höher sein. Die willkürliche Einbürgerung einer Person im ‚nationalen Interesse‘ ist ja an die Erbringung bestimmter Leistungen gekoppelt: In Schwächephase ist dann schnell das Argument bei der Hand, jene Personen würden der Nation nicht nutzen, sondern sie ausnutzen“ (Terkessidis 2008).

Die Einschätzung der Position des modernen Fußballs als politische Arena und Konfliktfeld zwischen kosmopolitischen Tendenzen und Einflussnahmen der extremen Rechten bleibt ambivalent. Selbst progressive Entwicklungen bleiben fragwürdig. So wurde in der Kölner Boulevardzeitung *Express* Lukas Podolski nach seiner Rückkehr vom FC Bayern mit einer 22-

seitigen Extrabeilage gefeiert, die einem modernen Personenkult glich. Podolskis „polnische Wurzeln“ werden respektvoll dargestellt und trotzdem zeichnet der Express ihn als echten „kölschen Jung“ aus. Das wäre eine positive Veränderung, denn hier wird regionale Identität nicht über das völkische Prinzip der Abstammung definiert.

IV. SCHLUSSPFIFF

Im schlechten Fall aber blieben Fußball-Migranten, bleiben „unsere Polen“ oder – wie das Zitat von Behrami anschaulich zeigt – „unsere Kosovaren“ millionenschwere „edle Wilde“ mit deutschem oder schweizerischem Pass – und Sonderstatus. Sie sind kein verallgemeinerbares Beispiel einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft, sondern bleiben – um ein bekanntes Politikerwort umzuwandeln – Deutsche auf dem Papier, nämlich eingekaufte Ausländer, die uns nützen sollen, also einer besonderen Funktions- und Verwertungslogik unterworfen sind. An dieser Stelle ist Clemens Pornschlegel zuzustimmen, wenn er schreibt: „Der Fußballnationalismus wird folglich auch erst dann verschwunden sein – und keinen Tag früher –, wenn das politische Prinzip des Nationalstaates sich verabschiedet haben wird“ (Pornschlegel 2002: 111).

Das völkische Deutschtum, die ethnische Homogenität der Müller, Maier, Beckenbauer wurde so zwar partiell aufgelöst und trägt zur Änderung des Selbstbilds der deutschen Gesellschaft bei. Die Sonderrolle des „Anderen“ ist aber auch in einer „multiethnischen“ Nationalmannschaft nicht überwunden. Die Kommerzialisierung des Fußballs wiederum, die als Konsequenz eines „farbenblinden“ Liberalkapitalismus nicht nach der Herkunft, sondern der Leistung fragt, fördert eine funktionale Logik des Spiels. Ob die Trainer und Torschützen Klose, Klinsmann oder Kuranyi heißen, ist nebensächlich, solange die fußballerische Qualität erbracht wird. Doch dort, wo keine Sponsoren um ihren Ruf fürchten müssen, wo das Publikum nicht das dumpfe Unbehagen an der Einwanderungsgesellschaft verdrängen muss, ist das „zivilisatorische Element“ der Kommerzialisierung hilflos, öffnen sich die Einflusszonen für die extreme Rechte.

So zeigt der hier geschärfte Blick, welche die Stadien und Fußballplätze als politische Arenen begreift, dass der „Kampf um das Stadion“ nicht nur ein Kampf um sportliches fair play ist. Der Fußball ist Deutschlands populärster Breitensport – und zugleich ein gesellschaftliches Konfliktfeld, in dem um kommerzielle Hegemonie und die Repräsentation von Minderheiten gerungen wird.

ANMERKUNGEN

- 1 Der im August 2009 erschienene Artikel des im nordrhein-westfälischen Siegen aktiven NPD-Kommunalpolitikers Stephan Flug in der Deutschen Stimme gibt außerdem Auskunft über die verschwörungstheoretische Grundierung rechtsextremen Denkens. Mit Verweis auf den Begründer der „Paneuropa“-Bewegung, Richard Nicolaus Coudenhove-Kalergie (1894-1972), der hier als Freimaurer und Propagandist einer „eurasisch-negroide[n] Zukunftsrasse“ vorgestellt wird, schreibt Flug: „Neben den optisch erkennbaren Wurzeln zahlreicher Spieler führen zu aller Verwunderung auch noch andere Details auf die Spuren brisanter Hintergrundpläne im Sinne eines Coudenhove-Kalergie. Die Pyramide ist eines der am häufigsten verwendeten Symbole besagter Logenbrüder. Man findet sie u.a. auf der Ein-Dollar-Note oder im Firmenlogo von Medienkonzernen, Banken, Versicherungen und nicht zuletzt im Logo des Deutschen Fußballbundes. Der Schriftzug des DFB entspricht nämlich drei ineinander verschachtelten Pyramiden. Dreht man das DFB-Logo um 90 Grad nach links, so hat man eines der klassischen Freimaurersymbole vor Augen. Alles nur Zufall? Die Zukunft wird es zeigen“ (Flug 2009: 27).
- 2 Der Sportwissenschaftler Gunter A. Pilz präzisiert diesen Befund: „Der Rückgang von rassistischen, bzw. rechtsextremen Verhaltensweisen in den oberen Spielklassen bedeutet nicht unbedingt einen Rückgang von problematischen Einstellungsmustern, vielmehr ist eine Diskrepanz zwischen Einstellungen und Verhaltensweisen festzustellen. Der Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit werden – wo soziale und ordnungspolitische Kontrollen greifen – verdeckter und subtiler. Damit wird auch deutlich, dass Kontrolle und Strafen allein das Problem nicht lösen, sondern zunächst einmal nur verdrängen.“ (Pilz 2009: 564f.)
- 3 Vgl. zu den latenten und manifesten rechtsextremen Einstellungsmustern in der Bevölkerung die Studie „Vom Rand zur Mitte“ (Decker/Brähler/Geißler 2006), wonach 8,6 Prozent der Bevölkerung ein „geschlossen rechtsextremes Weltbild“ haben.
- 4 Exemplarisch dazu auch Clemens Pornschlegel: „[...]Fußball ist ein immer wieder neue justierter Spiegel, ein Ort des Selbstbildes der Gesellschaft, ein ‚Spiegel‘ im exakten mythologischen Sinn“ (Pornschlegel 2002: 106); bzw. „Fußball funktioniert sehr wohl als ein privilegierter ‚Spiegel‘ der ganzen Gesellschaft (die bislang bekanntlich noch national organisiert ist), und er besitzt bezüglich der Individuen repräsentative, also formierende, normative und sozialisierende Kraft“ (ebd.: 109).
- 5 2009 gelang es der Jungen Freiheit nicht, Gerhard Mayer-Vorfelder zum Kronzeugen gegen die vom DFB unterstützten „Kampagnen gegen rechts“ zu machen. Wollte die JF in ihrer Ausgabe 31-32 (24./31. Juli 2009) auf dem Titelblatt noch die „Rote Karte für die Politik“ zeigen,

scheiterte JF-Redakteur Moritz Schwartz in seinem „Streitgespräch“ mit dem Vorhaben, Mayer-Vorfelder eine eindeutige Distanzierung von der Politik seines Nachfolgers Theo Zwanziger (auch er ein Mitglied der CDU) zu entlocken. Stattdessen erhielt die Graue Eminenz des DFB im Leitartikel ein vergiftetes Lob: „Für Mayer-Vorfelder wiederum spricht, dass es nur schwer vorstellbar ist, dass der frühere CDU-Minister die Kompassnadel des Schwulen Netzwerks NRW erhält – wie Zwanziger vor drei Wochen“ (Hausner 2009: S.1).

- 6 Dass der vielgeschmähte Uli Hoeneß – über Jahrzehnte das Feindbild in der Bundesliga – dennoch immer wieder als Mäzen und Förderer (etwa des FC St. Pauli) in Erscheinung getreten ist, sei zur adäquaten Würdigung dieser Reizfigur des deutschen Profifußballs ausdrücklich vermerkt.
- 7 Das Selbstbild dieser Fangruppierung liest sich im Mullejan, dem Organ der Aachen Ultras 1999 (ACU 99) so: Die Gruppe sei gezwungen, ein Thema anzuschneiden, „welches niemals Teil von ACU sein sollte: POLITIK. Liebe Leser, aufgepasst! Die Gruppe Aachen Ultras und all ihre Mitglieder verfolgen als solche keine politischen Ziele! Wir sind es leid, stetig als Rechte oder Linke denunziert zu werden“ (o.V. 2009: 4).

LITERATUR

- Beier, Klaus (2007): „Vor allem die Regional- und Oberligen sind interessant“. Interview in: Rund – Das Fußballmagazin 2/2007, online unter: http://www.rundmagazin.de/cmsms/uploads/images/das_magazin/pdfs/0207.pdf (abgerufen am 30.4.2010).
- Biermann, Christoph (1995): Wenn Du am Spieltag beerdigt wirst, kann ich leider nicht kommen. Die Welt der Fußballfans, Köln.
- Blaschke, Ronny (2008): Im Schatten des Spiels. Rassismus und Randalen im Fußball, Göttingen.
- Blaschke, Ronny (2009): Angriff von rechts außen, in: Die Zeit, Nr. 37 (3.9.2009), online unter: <http://www.zeit.de/2009/37/DOS-Lok-Leipzig> (abgerufen am 30.4.2010).
- Brandstetter, Marc (2006): Die vier Säulen der NPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2006, S. 1029-1031.
- Chlada, Marvin/Gerd Dembowski (2000): Und täglich drückt der Fußballschuh. Ausgewählte Standardsituationen, online unter: <http://www.eurozine.com/articles/2000-01-08-chlada-de.html> (abgerufen am 30.4.2010).
- Decker, Oliver/Elmar Brähler/Norman Geißler (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, online unter: http://www.fes.de/rechtsextremismus/pdf/Vom_Rand_zur_Mitte.pdf (abgerufen am 30.4.2010).

- Dembowski, Gerd (2008): Zur Rolle von Fußballfans im Engagement gegen Rassismus und Diskriminierung, in: Michaela Glaser/Gabi Elverich (Hg.): Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball. Erfahrungen und Perspektiven der Prävention, Halle, S.53-62.
- Dembowski, Gerd/Jürgen Scheidler (Hg.) (2002): Tatort Stadion. Rassismus, Antisemitismus und Sexismus im Stadion, Köln.
- Erb, Sebastian (2009): Die netten Nazis von nebenan, in: Die Tageszeitung (taz), 25.8.2009, online unter: <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/die-netten-nazis-von-nebenan-1/> (abgerufen am 30.4.2010).
- Flug, Stephan (2009): „Europäischer Fußball – Fehlanzeige.“ U-21: Nationalmannschaften waren bei der EM in Schweden nicht zu sehen, in: Deutsche Stimme 8/2009, Jg. 34, S. 27.
- Gabler, Jonas (2009): Ultrakulturen und Rechtsextremismus. Fußballfans in Deutschland und Italien, Köln.
- Geisler, Alexander/Martin Gerster (2009): Fußball als Extrem-Sport – Die Unterwanderung des Breitensports als Strategieelement der extremen Rechten, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden, S. 189-207.
- Glaser, Michaela (2009): Rote Karte für Rassismus? Chancen und Herausforderungen der Prävention von Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Fußballsport, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP). Sozialwissenschaften für Politische Bildung, Jg. 58, H. 1/2009, S. 95-106.
- Hartwig, Jimmy (1994): Ich möchte noch so viel tun. Meine Kindheit, meine Karriere, meine Krankheit, Bergisch-Gladbach.
- Hausner, Richard (2009): Rote Karte für die Politik. Einheitsfront: Im „Kampf gegen Rechts“ lassen sich auch Sportfunktionäre instrumentalisieren, in: Junge Freiheit, Jg. 24, H. 31-32/2009, S.1.
- Heitmeyer, Wilhelm (2005): „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus den Jahren 2002, 2003 und 2004, in: ders. (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 3, Frankfurt am Main, S. 13-36.
- Hortleder, Gerd (1974): Die Faszination des Fußballspiels. Soziologische Anmerkungen zum Sport als Freizeit und Beruf, Frankfurt am Main.
- Kostedde, Erwin (2009): „Wo bin ich geblieben?“ Erwin Kostedde zieht Bilanz, online unter: <http://www.11freunde.de/sonstige/120431> (abgerufen am 30.4.2010).
- Mayer-Vorfelder, Gerhard (1999): „Zurück zu den Wurzeln.“ Interview in: Berliner Zeitung, 9.2.1999. online unter: <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1999/0209/sport/0065/index.html> (abgerufen 30.4.2010).

- Mayer-Vorfelder, Gerhard (2009): „Sie sollten nichts dramatisieren.“ Instrumentalisiert die Politik den Fußball? Interview in: Junge Freiheit, Jg. 24. H. 31-32/2009, S. 3.
- o.V. (2007): No one likes us, but we care, in: In der Pratsch. Unabhängiges Magazin für abhängige Alemannen, 1/2007.
- o.V. (2009): Saisonrückblick, in: Müllejan, Saison 08/09. Herausgegeben von den Aachen Ultras 1999, Aachen.
- Pilz, Gunter A. (2002): Rote Karte statt Integration? Eine Untersuchung über Fußball und ethnische Konflikte, online unter: http://www.sport-wiss.uni-hannover.de/fileadmin/sport/-pdf/onlinepublikationen/pil_eth.pdf (abgerufen am 30.4.2010).
- Pilz, Gunter A. (2009): Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Fußballumfeld – Herausforderung für die Prävention, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden, S. 564-578.
- Pornschlegel, Clemens (2002): Wie kommt die Nation an den Ball? Bemerkungen zur identifikatorischen Funktion des Fußballs, in: Matías Martínez (Hg.): Warum Fußball? Kulturwissenschaftliche Beschreibungen eines Sports, Bielefeld, S. 103-111.
- Ruf, Christoph (2010): Die Hetzer von Mügeln, in: Die Tageszeitung (taz), 27.4.2010, S. 19.
- Scheuble, Verena/Michael Wehner (2006): Fußball und nationale Identität. Fußballspiele sind vom nationalen Überschwang nicht zu trennen, in: In: Der Bürger im Staat, Jg. 56, H. 1, S. 26-31.
- Spiegel-Online (2009): NPD-Spitzenkandidat beleidigt Nationalspieler Özil als „Plaste-Deutschen“, online unter: <http://www.spiegel.de/politik/-deutschland/0,1518,649472,00.html> (abgerufen am 30.4.2010).
- Staud, Toralf (2008): „Die Rechtsextremisten entdecken die Vereine“ – Vier Thesen. Konferenzpapier zur Fachtagung „Ist der Linksaußen ein Rechtsaußen? – Rechtsextremismus im Breitensport. 11.-12. Februar 2008 in Jena, online unter: <http://www.bpb.de/files/BX9IJK.pdf> (abgerufen am 30.4.2010).
- Terkessidis, Mark (2008): Flagge zeigen, in: Der Freitag, 20.6.2008, online unter: <http://www.freitag.de/2008/25/08251301.php> (abgerufen am 30.4.2010).
- Terkessidis, Mark (2010): Interkultur, Berlin.
- Theweleit, Daniel (2007): „Wir wollen kein Freiwild sein.“ Die Geschichte der Afrikaner in der Bundesliga ist auch eine Geschichte des Rassismus und merkwürdiger Vorbehalte, in: Frankfurter Rundschau (FR), 1.6.2007, online unter: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/-dossiers/afrika_spezial/1146480_Wir-wollen-kein-Freiwild-sein.html (abgerufen am 30.4.2010).
- Theweleit, Klaus (2006): Tor zur Welt. Fußball als Realitätsmodell. 1. erweiterte und überarbeitete Auflage, Köln.

Yeboah, Anthony (1992): „Fußball gut, alles gut.“ Anthony Yeboah über die Wechselwirkung von Toren und Ausländerhaß. Interview in: Der Spiegel, H. 44 (26.10.1992), S. 247-249.

Bürgerbeteiligung vor Ort als Strategie gegen Rechtsextremismus

Einige Erfahrungsreflexionen

WOLFGANG GESSENHARTER

Einleitung und Fragestellung

Seit im Gefolge der deutschen Einheit ein die Öffentlichkeit merklich irritierender Rechtsextremismus in Deutschland (wieder-)erstarkte, ist der Frage, wie dieser Entwicklung begegnet werden könne, sehr viel Aufmerksamkeit gewidmet worden. Bücher, Broschüren, Filme, Veranstaltungen, also Handreichungen und Projekte jeglicher Art, sind längst nicht mehr zu zählen. Dabei stehen im Vordergrund Strategien des Umgangs mit rechtsextremen Parteien – seit Mitte der 90er Jahre insbesondere mit der NPD – aber auch mit Organisationen, Kameradschaften und sonstigen Personengruppen, die vor allem in den Neuen Bundesländern in manchen Landstrichen und Kommunen zu wachsendem Einfluss bis hin zur partiellen Dominanz kommen. Forderungen an staatliche Akteure nach Verboten etwa der NPD oder anderer rechtsextremer Gruppen sind dabei spätestens seit Ende der 90er Jahre häufig zu vernehmen. Staatlich geförderte Programme gegen Rechts sollen Aktive fördern und vernetzen und in die Gesellschaft wirken lassen; umgekehrt gibt es zunehmend Ausstiegsangebote an rechte Mitläufer und wankende Kader. Die politische Bildung gegen Rechts soll breit in Schulen, Vereinen und Jugendgruppen verankert werden. Und selbstverständlich ist damit auch in den letzten Jahren die Publikationsflut zum Thema Rechtsextremismus mit analysierenden, beschreibenden und handlungsanleitenden Beiträgen fast ins Uferlose angeschwollen. Diese hier nur sehr summarisch gezeichnete Entwicklung ist erst einmal zu begrüßen, weil sie zeigt, dass sich deutsche Gesellschaft, Politik und Kultur in erheblichem Ausmaß sensibel gegenüber einem Anwachsen von Rechtsextremismus darstellen. Fraglich ist allerdings, inwieweit diese Reaktionsformen bisher schon Erfolg gehabt haben und auf längere Sicht Erfolg haben werden. So ist etwa den staatlich geför-

derden Programmen öfters vorgehalten worden, die bereitgestellten Mittel würden eher zur Förderung von Eigeninteressen (etwa zur Einrichtung von Sozialpädagogenstellen) oder gar nur zum Kampf gegen den Konservatismus missbraucht. Ernster als solche parteipolitisch motivierte Kritik ist allerdings jene zu nehmen, die auf einen Abstumpfungseffekt (vor allem) bei Jugendlichen hinweist, der durch zu massiv aufgetragene politische Bildung eintreten könnte. Erst durch kontinuierlich durchgeführte Evaluierungen der verschiedenen Maßnahmen wird man auf Dauer die Spreu vom Weizen trennen können. Zusätzlich zu solchen expliziten Aktivitäten gegen rechts finden seit Jahren auch eher implizite Aktivitäten statt, die vor allem als Präventionsmaßnahmen gegen Rechts angesehen werden können. Eine dieser Maßnahmen ist Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen¹ an der Lösung politischer Probleme und Konflikte.

Wenn ich mich im Folgenden mit Bürgerbeteiligung vor Ort als einer Strategie gegen Rechtsextremismus befassen möchte, dann nicht in dem Sinne, dass hier etwas völlig Neues vorgetragen würde: Demokratie lernen, um Rechtsextremismus vorzubeugen, wird durchaus in verschiedenen Formen bereits erprobt (vgl. etwa Molthagen/Klärner/Korgel/Pauli/Ziegenhagen 2008; Braun/Hörsch 2004). Vielmehr geht es mir darum, Bürgerbeteiligung als eine Art „Mehrzweckwaffe“ stark zu machen, die einerseits gegen Rechtsextremismus eingesetzt werden und gegen ihn immun machen kann, die aber darüber hinaus viel stärker im öffentlichen Leben gebraucht werden sollte, weil sie zentrale demokratische Einstellungen und Handlungsweisen entwickeln und stärken kann, ohne welche lebendige und an Nachhaltigkeit orientierte Demokratien auf Dauer nicht bestehen können. Ich will meine Überlegungen dazu in zwei Schritten entfalten:

Zuerst werde ich zwei unterschiedliche Weisen der Konfliktaustragung skizzieren, eine autoritäre und eine pluralistisch-demokratische, die sich konträr gegenüberstehen. Sodann werde ich die von mir skizzierte pluralistisch-demokratische Weise der Konfliktaustragung als praktizierte Bürgerbeteiligung vorstellen, ihre Kriterien in Bezug auf die Stärkung demokratischer Einstellungen und Handlungsweisen reflektieren und kurz ihre Chancen ausloten. Eine zusammenfassende These zur Prävention von Rechtsextremismus durch Bürgerbeteiligung beschließt meinen Beitrag.

ZWEI MODELLE VON KONFLIKTAUSTRAGUNG

Die folgende Übersicht stellt die beiden Modelle gegenüber, die ich im Anschluss erläutern werde.

Übersicht: Zwei Modelle von Konfliktaustragung

	Autoritäre Konfliktaustragung	Pluralistisch-demokratische Konfliktaustragung
Ausgangspunkt:	Konflikte sind gefährlich für das Bestehen der politischen Einheit (Homogenität).	Konflikte sind ubiquitär und dürfen/sollen sein (Pluralismus)
Zielvorstellung:	Sieg oder Niederlage; keine Kompromisse; keine Win-Win-Lösungen (weil gefährliche Utopie)	Win-Win-Situation als nachhaltige Lösung; Kompromisse
Vorgehensweise:	Fixierung von Freund-Feind-Situation: Schuldsuche nur beim Feind; Rechtfertigung der eigenen Position; Suche nach Sündenböcken; dem Gegner schaden; den eigenen Stil aufzwingen; Strategien und Taktiken vor dem Feind verbergen; Ausspähen der gegnerischen Absichten; falsche Fährten legen	Gemeinsame Prozesse des Konfliktmanagements, dabei gleiche „Augenhöhe“; Herstellung von Vertrauen; Verschränkung der Perspektiven
Ergebnissicherung:	Überwachung des besiegten Feindes; bei eigener Niederlage bzw. Kompromissen möglichst baldiger Wiedereinstieg in den Konflikt	Gemeinsame Evaluierung der Konflikttheung; bei Unstimmigkeiten Wiederaufnahme des Konfliktmanagements

Die beiden Modelle unterscheiden sich bereits grundlegend darin, dass in dem einen Modell Konflikte etwas sind, was möglichst vermieden werden soll. Konflikte stören danach nur das reibungslose Funktionieren eines Systems, also etwa einer Gruppe, einer Organisation oder einer Partei. Konflikte zeigen demnach, dass beispielsweise eine Partei nicht geschlossen hinter der Führungsriege stehe, was in den Augen der Wähler wiederum als Manko gelte. Wer Konflikte schüre, sei ein Quertreiber, und man sollte ihm im Interesse der Homogenität der Gruppe Einhaltung gebieten, weil er damit das „Gesamtwohl“ verletzt. Konflikte schwächen natürlich auch die Durchsetzungs- und Überlebensfähigkeit der Gruppe nach außen.

Gegenüber dieser Vorstellung von Konflikten als Schwächung eines Systems geht das alternative Modell davon aus, dass Konflikte ubiquitär sind, also in menschlichen Zusammenschlüssen immer und überall vorhanden sind oder zumindest vorhanden sein können – aber nicht nur dies, sondern auch vorhanden sein dürfen, ja sollen. Unter Bezug auf den bekannten Satz von Immanuel Kant: „Der Mensch will Eintracht; aber die Natur weiß besser, was für seine Gattung gut ist: sie will Zwietracht“, wird für Ralf Dahrendorf, den bekannten Theoretiker des modernen Liberalismus, sozialer Wandel „in Richtung und Rhythmus bestimmt durch jene Kraft der Unruhe, für die es so schwer ist, einen hinlänglich allgemeinen Namen zu finden, eben durch Unvertragsamkeit, Zwietracht, Antagonismus, Widerspruch und Widerstand, durch Konflikt.“ Und diese, so „lästig“ sie auch immer sein mögen, „sie sind doch Kräfte der Zukunft“ (Dahrendorf 1987: 39f., 56).

Um Konflikte im System möglichst auszumerzen, ist im autoritären Modell das Ziel eines Konfliktaustrags, den Gegner zu besiegen, um die Ursachen des Konflikts zu beseitigen. Gelangt man mit dem Gegner nur zu einem Kompromiss, ist der nächste Konflikt bereits programmiert, weil jeder nur darauf wartet, eine Schwächung des anderen für den eigenen Sieg auszunutzen. Kompromisse sind also „halbe Sachen“ und letztlich Ausdruck eigener Schwäche, die es möglichst zu beseitigen gilt. Hoffnung auf Konfliktlösungen, bei denen beide Kontrahenten gewinnen, sogenannte Win-Win-Lösungen, ist danach Ausdruck einer gefährlichen Utopie, die den prinzipiell antagonistischen Charakter politischer Konflikte nicht erkennt oder nicht erkennen will.

Im alternativen Modell geht es hingegen keineswegs darum, Konflikte auszumerzen, sondern darum, Konflikte einzuhegen, zu „managen“, also die Auseinandersetzung so zu gestalten, dass möglichst wenig Verletzungen ausgeteilt und empfangen, somit Schäden minimiert werden und das kreative und entwicklungsfördernde Potential von Konflikten optimiert wird. Kompromisse sind insofern durchaus Ziel eines Konfliktaustrags, noch besser aber ist die Suche nach Lösungen, die beide Seiten zu Gewinnern machen (Win-Win-Lösung). Dies ist, so wird realistisch gesehen, kein leichtes Unterfangen, aber möglich. Daher legt man von vornherein Wert darauf, die Beziehungen zum Konfliktgegner nicht abbrechen zu lassen, sondern darauf hinzuarbeiten, dass (wieder) gegenseitiges Vertrauen diese Beziehungen unterfüttert; man will aus der Konfliktgegnerschaft in eine Konfliktpartnerschaft gelangen. Dazu ist es nötig, auch die Sichtweise der Gegenseite wahrzunehmen, also ihre Interessen, ihre Schwierigkeiten, ihre Ziele, sowie darauf hinzuarbeiten, dass die Gegenseite ebenso verfährt. Eine solche Verschränkung der Perspektiven (im Fachterminus „Reziprozität der Perspektiven“) setzt allerdings die vorherige Herstellung gleicher „Augenhöhe“ voraus, was ohne Pflege eines beiderseitigen starken Selbstbewusstseins kaum gelingen kann. Diese Prozesse vertrauensbildender Maßnahmen sind natürlich umso eher möglich, je weniger weit ein Konflikt bereits eskaliert ist. Wenn ein Konflikt schon so weit fortgeschritten ist, dass im gegenseitigen

Hass nur noch die Vernichtung des Gegners, der zum Todfeind geworden ist, das Ziel ist, greift dieses Modell erst einmal nicht mehr. Aber es versucht, alles daran zu setzen, eine solche Eskalationsstufe sich erst gar nicht entwickeln zu lassen. Ist ein Konflikt nämlich in Hege, geht es darum, ihn in gemeinsamer Arbeit so lange zu bearbeiten, bis sein Spaltpotential nicht mehr bedrohlich ist und sein Wiederaufflackern gemeinsam verhindert werden kann.

Das Gegenmodell geht prinzipiell vom *worst case* aus: Echte Konflikte stellen immer eine Freund-Feind-Situation dar – andernfalls wären es nur Meinungsverschiedenheiten. Schuld am Konflikt hat nur der Feind, die eigene Position wird verteidigt und gerechtfertigt. Insofern ist die Suche nach Sündenböcken in diesem Modell fest verankert. Im Konflikt kommt es also darauf an, sich selbst so weit wie nur möglich zu stärken, sich Vorteile zu verschaffen, den Feind hingegen wo es nur geht zu schwächen und zu schädigen. Statt Versuche zu unternehmen, gemeinsam den Konflikt zu bewältigen, kann es hier nur darum gehen, dem Gegner den eigenen Stil aufzuzwingen, Strategien und Taktiken vor dem Feind zu verbergen, falsche Fährten zu legen, die gegnerischen Absichten auszuspähen. Folgerichtig ist dabei nichts schlimmer, als dem Gegner Vertrauen entgegen zu bringen; im Niedermachen des Feindes wird das eigene Selbstbewusstsein gestärkt. Ist der Konfliktgegner besiegt, geht es darum, ihn mit allen Mitteln nicht wieder hochkommen zu lassen. Ist man selbst der Unterlegene, sinnt man auf Rache und sucht den baldigst möglichen Wiedereinstieg in den Konflikt. Auch Kompromisse befrieden nicht auf Dauer, sondern tendieren zum Wiederaufleben des Konflikts. Letztlich zeigt sich in diesem Modell eine Sichtweise, die das Leben generell als einen ständigen Kampf ums Überleben darstellt.

EINSTELLUNGEN UND VERHALTENSWEISEN GEMÄSS DER MODELLE

Diese zwei hier vorgestellten Modelle der Konfliktaustragung korrespondieren natürlich nicht zufällig mit grundlegenden Einstellungs- und Persönlichkeitsmustern, die wir bei demokratischen bzw. autoritären Menschen wahrnehmen können. Seit den Forschungen zur „autoritären Persönlichkeit“ (Adorno et al. 1950) Mitte des vorigen Jahrhunderts ist immer wieder darauf verwiesen worden – erst kürzlich erneut in Studien aus der Friedrich-Ebert-Stiftung (vgl. Decker/Brähler 2006; Decker/Rothe/Weissmann/Geißler/Brähler 2008; Decker/Brähler 2008) –, dass für ein autoritäres und/oder rechtsextremes Einstellungsmuster die politische Deprivation, d.h. „das Gefühl, politisch einflusslos zu sein“, von zentraler Bedeutung ist, ja sogar noch wichtiger als das Gefühl, ökonomisch zu kurz gekommen zu sein. Als bedeutsam wird des Weiteren ein „emotional kaltes und gewaltvolles Erziehungsklima“ (Decker/Brähler 2008: 7) angesehen, das sich oft in einem ge-

ringen Selbstwert sowie in einem Gefühl niederschlägt, in seiner Umgebung nicht richtig akzeptiert zu sein. Somit fühlt man sich in seinem Umfeld auch eher unwohl und unsicher. Dieses mangelnde Gefühl von Sicherheit verhindert die Ausbildung der Fähigkeit, mit unsicheren und belastenden Situationen selbstbewusst umzugehen. Diese geringe „Ambiguitätstoleranz“ will und kann nichts in der Schwebelassen, sondern fordert schnelle Entscheidungen, im Zweifelsfall sogar lieber eine falsche als gar keine. Charakteristisch ist auch die Suche nach Sündenböcken, begleitet oft von einer dominanten, verschlossenen, misstrauischen, ja ängstlichen und depressiven Stimmung (vgl. Decker/Brähler 2006: 85-130). Zu einer im engeren politischen Sinne rechtsextremen Einstellung kommen nach diesen Forschungen zu den bisher genannten Merkmalen noch generelle „Ungleichwertigkeitsvorstellungen“ hinzu, die sich politisch als Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur; Chauvinismus sowie Verharmlosung des Nationalsozialismus, in sozialer Hinsicht als Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus sowie Sozialdarwinismus ausdrücken (vgl. dazu insgesamt Decker/Brähler 2006: 20f.). Ein derartiges rechtsextremistisches Einstellungspotential wird derzeit bei rund 10 bis 15 Prozent der deutschen Bevölkerung angenommen (Stöss 2007: 67; Decker/Brähler 2006: 131²), stellt also kein bloßes „Randphänomen“ (Stöss 2007: 74; Decker/Brähler 2006, 2008) dar, sondern reicht durchaus partiell „in die Mitte der Gesellschaft“.

Sehen wir uns das Alternativmodell an, dann korrespondieren ihm demokratisch-pluralistische Verhaltensweisen und Einstellungen, die sich etwa wie folgt darstellen: Solche Menschen haben keine Scheu vor Konflikten, versuchen aber, Konflikte nicht ausufern zu lassen, sondern sie zu hegen. Sie wissen, dass dies nur mit dem Konfliktgegner oder besser: Konfliktpartner geht, denn sie akzeptieren auch dessen Menschenwürde und das gleiche „Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“. Sie wissen dabei, dass dieses Recht meist im Spannungsfeld der Rechte anderer steht, wie Art. 2 GG unmissverständlich sagt.³ Kompromisslose Durchsetzung eigener Interessen in Konflikten ist insofern keine realistische und schon gar nicht (jedenfalls in diesem Modell) erwünschte Zielvorstellung. Vielmehr geht es darum, in selbstbewusster Weise die möglichen Zumutungen anderer aufzunehmen und seine eigenen Interessen ins Spiel zu bringen. Die Einübung in diskursive Streitkultur, der Verzicht auf jegliche Form von Gewalt, das Setzen auf Fairness und Offenheit im Umgang mit dem Gegenüber und schließlich Vertrauen in die Kraft gemeinsamer Anstrengungen, die Konflikte zu lösen, fordern und fördern eine stabile und sozial versierte Persönlichkeit. Sie kann darauf verzichten, entweder den gordischen Knoten einfach zerschlagen zu wollen oder, anders herum, den anfallenden Konflikten lieber ganz aus dem Weg zu gehen.

PROZESSE DER BÜRGERBETEILIGUNG ALS FÖRDERUNG UND ENTWICKLUNG DEMOKRATISCHER EINSTELLUNGEN UND VERHALTENSWEISEN

Nun liegt der Einwand nicht zu fern, solche demokratisch vorbildlichen Persönlichkeiten seien wohl nicht der Regelfall, sondern vielleicht sogar eher die Ausnahme. Das hier vorgestellte demokratisch-pluralistische Modell sei daher durchaus sympathisch, aber doch ziemlich utopisch. Einer solchen Einschätzung wäre wohl kaum zu widersprechen, würde man Konfliktparteien unvermittelt mit- und gegeneinander agieren lassen. Wo dieses geschieht, eskalieren Auseinandersetzungen oft bis hin zum Gewalteintritt und einer Sieg/Niederlage-Beendigung oder bis zu einer oft nur noch gewaltsamen Schlichtung von außen. Aus diesen Gründen heraus verlangen Konfliktsituationen realistisch nach einer schlichtenden Institution, nach einem Schiedsrichter, einem Vermittler – und natürlich nach Regeln, die Gewalt ausschließen und friedlichen Ausgleich zum Ziel haben, also dem pluralistisch-demokratischen Modell entsprechen.

Meine These ist nun, dass Bürgerbeteiligung in Konfliktfällen pluralistisch-demokratische Einstellungen und Verhaltensweisen erlebbar macht, stärkt und damit vor dem Abgleiten in autoritäre Entscheidungsmuster schützt. Dies gilt allerdings nur, wenn solche Beteiligung den Kriterien des pluralistisch-demokratischen Modells entspricht. Dass diese zum Einsatz kommen und realisiert werden, ist die zentrale Aufgabe von Schlichtern, Moderatoren, Mediatoren. Diese werden immer dann benötigt, wenn die Konfliktegegnerschaft bereits so weit gewachsen ist, dass eine Verständigung auf jene Kriterien und ihre Umsetzung durch die Konfliktparteien allein nicht mehr erwartbar ist oder schon nicht mehr gegeben ist – also im Großteil ernsterer Konfliktfälle. Für den Schlichter bedeutet dies eine schwere Aufgabe. Wie dieser Erfolg versprechend realisiert werden kann, soll im Folgenden in Grundzügen dargestellt werden.

DIE ROLLE DES KONFLIKTMODERATORS – EINIGE GRUNDSÄTZLICHE REFLEXIONEN AUS ERFAHRUNG

Ich will dazu aus eigenen Erfahrungen berichten, die vor 20 Jahren begannen und insgesamt zehn Projekte umfassen und einige Wochen oder Monate, teilweise aber auch mehrere Jahre andauerten.⁴ Aus diesen Projekten sind auch drei Dissertationen entstanden (vgl. Feindt 2001; Busch 2007; Maßlo 2010), eine vierte ist in Arbeit⁵. Im Übrigen decken sich die hier gewonnenen Erfahrungen in weitem Bereich mit der einschlägigen Literatur (vgl. insbesondere Glasl 2002). Bei all diesen Erfahrungen handelt es sich um Bürgerbeteiligungen, bei denen Konflikte unterschiedlicher Herkunft (Pla-

nungsprobleme, soziale Probleme, Alltagskonflikte usw.) von Bürgerinnen und Bürgern weitgehend in Eigenregie, aber unterstützt von mir als Moderator/Mediator, allein oder im Team, gemanagt wurden. Von einem Moderator spricht man in Kurzform üblicherweise, wenn jemand Drittes eine (konfliktäre) Kommunikation lenkt, steuert, von einem Mediator dann, wenn er darüber hinaus die Parteien zu einer gemeinsamen Vereinbarung führen soll. Nicht in allen von mir geleiteten Konfliktmanagement-Prozessen sind am Ende Ideallösungen entstanden, jedoch ist es (fast) überall gelungen, die Konfliktparteien zueinander zu führen und gemeinsame Ergebnisse zu produzieren, auch wenn manchmal (meist kleine) Teile davon in einem gemeinsam definierten Dissens bestanden. Dies alles ist insofern erwähnenswert, als dass in weit mehr als der Hälfte der Fälle der Konflikt – zu Beginn meiner dortigen Moderationstätigkeit – schon soweit fortgeschritten war, dass er in jene Stufen der Eskalation hineinragte, in denen nicht oder kaum mehr miteinander gesprochen wurde, sondern gegenseitige Verteufelungen und Drohungen Platz griffen, man also kurz davor stand, in eine „Lose-Lose“-Situation zu geraten, in der man dem anderen auf jeden Fall Schaden zufügen will, auch wenn man selbst dabei verliert. Nach Friedrich Glasls Eskalationsstufen-Modell war also der Konflikt weit über jenes Niveau bereits eskaliert, auf dem noch „Win-Win“-Lösungen erwartbar sind, und bereits dort angelangt, wo „Win-Lose“-Denken vorherrscht, (das heißt mein Gewinn also dein Verlust ist und umgekehrt), ja sogar schon dorthin reichte, wo – wie gesagt – ohne Rücksicht auf eigene Verluste dem anderen Schaden zugefügt werden soll (vgl. Glasl 2002: 215ff.).

Gerade in solchen Fällen, aber auch in leichteren Konfliktsituationen, erachte ich es als unerlässlich für die Konfliktschlichtung, damit zu beginnen, in bilateralen Gesprächen zu versuchen, das Vertrauen in den Moderator und das Selbstwertgefühl der Konfliktparteien zu stärken. Am besten eignen sich dazu dialogische Interviews, die auch als Gruppeninterviews laufen können (vgl. bereits Gessenharter et al. 1994: 22ff., 44ff.). Weil solche Interviews in der Moderatorenpraxis offenbar nicht die Regel sind, will ich ihnen hier besondere Aufmerksamkeit schenken. Bei diesen Interviews, die nicht als Frage-Antwort-Spiel, sondern streng dialogisch ablaufen, sind die Interviewten ganz aktiv eingebunden, weil der Interviewleitfaden ihnen jegliche Freiheit in der Beantwortung, in der Schwerpunktsetzung der zu behandelnden Fragen sowie in der Ausführlichkeit der Antworten lässt. Das Interesse, das der Moderator an der Sichtweise des Interviewpartners durch aktives Zuhören zeigt, sowie die Empathie, die er beispielsweise durch verständnisvolles Nachfragen deutlich machen kann, ermöglichen die Erfahrung bei den Interviewten, dass die eigene Sichtweise respektiert wird, und verstärken damit in der Regel deren Selbstwertgefühl. Durch Förderung der Kreativität im Wahrnehmen, Strukturieren und Bewerten der Konflikte ist es leichter, alternative Lösungsvorschläge zu ermitteln. Dazu ist es allerdings

notwendig, frühzeitig den zentralen Gedanken einzuführen, dass die Menschen gleich(berechtigt) und unterschiedlich sind, letzteres auch sein dürfen und es daher selbstverständlich sein sollte, dass jeder/jede ein Recht auf eine eigene Interessenlage hat – also auch der Konfliktgegner. Insofern umfassen unsere dialogischen Interviews, wenn sie vollständig durchgeführt werden können, nicht nur Fragen nach der optimalen bzw. maximalen Zielvorstellung, der sogenannten Königsfrage, sondern auch nach den erwartbaren Hindernissen bei der Realisierung solcher Vorstellungen. Zur Abschätzung solcher Hindernisse ist es zielführend, sich in den Gegner hineinzusetzen. Gleichzeitig bedeutet dieses Sichhineinsetzen auch den Beginn eines Perspektivenwechsels, der unumgänglich ist, wenn später gemeinsame Verhandlungen anstehen. So unumgänglich dieser Wechsel ist, so schwierig ist er, weil sich Leute, die in einem Konflikt stehen, eher fragen: „Warum soll ich mir über diesen Menschen auch noch ‚einen Kopf machen‘?“

Hier ist spätestens der Zeitpunkt, wo der Moderator deutlich seine eigene Position im Konflikt zu erkennen gibt: Er ist, was seine Stellung zu den am Konflikt beteiligten Personen oder Gruppen angeht, allparteilich sowie, was die Konflikthalte betrifft, neutral. Gleichzeitig ist er Förderer und Wächter der – für Demokratien übrigens insgesamt kaum zu überschätzenden – Ressource „Vertrauen“: Ohne Vertrauen seitens der Konfliktparteien in seine Allparteilichkeit und Neutralität kann er nämlich seine Aufgabe nicht erfüllen, und zugleich legt er damit das Fundament für gegenseitiges Vertrauen der Konfliktpartner, das es im gesamten Verfahren auszubauen gilt. Misstrauen nämlich treibt Menschen auseinander, was die Römer schon bei ihrem Spruch „divide et impera“ wussten: Wenn du Menschen beherrschen willst, trenne sie voneinander, vereinzele sie, was besonders gut durch Streuen von Misstrauen geht.

Ein weiteres Instrument, um einen reflektierten und selbstbewussten Standort im Konfliktfeld zu erarbeiten, stellt nach meinen Erfahrungen die Akteurskonstellation dar, die wir den Interviewpartner zu erarbeiten bitten: Hierbei identifiziert er nicht nur Gegner und Unterstützer, sondern differenziert auch zwischen Machtunterschieden im Gegnerfeld. Dadurch wird der „Feind“, zentraler Ansatzpunkt im autoritären Modell, entdiabolisiert, Alternativen im Umgang mit Gegnern werden sichtbar.

Besonders bedeutsam für die Bereitschaft, sich beim Konfliktmanagement überhaupt aktiv zu beteiligen, ist es, wenn, z.B. bereits bei den Einladungen zu den Interviews, glaubhaft gemacht werden kann, dass die von den Teilnehmern erarbeiteten Konfliktregelungen und sonstigen Ergebnisse auch effektive Wirkung in der Realität haben werden (und nicht nur die Aktenablage in einer Behörde erhöhen). Dadurch wird die Selbstwirksamkeitserfahrung gestärkt – im Übrigen eines der besten Mittel gegen Politikverdrossenheit. In einer jüngst erschienenen Studie zum Kinder- und Jugendbeirat der Stadt Reinbek (bei Hamburg) kann der Autor (Maßlo 2010) gut herausstellen, dass dieser Beirat nach zwei Jahren deshalb schon wieder scheiterte, weil den Jugendlichen eben diese Selbstwirksamkeitserfahrungen im

kommunalpolitischen Alltag vorenthalten wurden. Die einschlägigen Interviewäußerungen der Jugendlichen dazu sind geradezu klassisch.

Die Ergebnisse der dialogischen Interviews zu Beginn einer Konfliktmoderation sind ein unschätzbares Reservoir für die folgenden Moderationsprozesse. Es versteht sich von selbst, dass der Moderator mit den gewonnenen Kenntnissen absolut vertraulich umgeht. Gleichwohl sind sie die Grundlage dafür, wie er den weiteren Prozess strukturiert. Aber auch jetzt sind die Konfliktgegner nicht Objekte seiner Bemühungen, sondern er muss ihnen deutlich machen, dass er für die inhaltliche Strukturierung und die Regeln, die für die Verhandlungen gelten sollen, nur Vorschläge macht, die von den Teilnehmern angenommen werden – erfahrungsgemäß umso eher, je mehr Vertrauen er sich in den Vorgesprächen erarbeiten konnte. Ziel muss es immer sein, gleichberechtigte, also die Dominanz einer Partei vermeidende, offene, vertrauensvolle Situationen und Prozesse herzustellen. Die gleiche „Augenhöhe“ stärkt das Selbstwertgefühl bei den Konfliktparteien, weil man sich zunehmend akzeptiert und sicher fühlt. Dies bedeutet für den Moderator, dass er deshalb bei Verstößen gegen die akzeptierten Regeln klar und unmissverständlich interveniert. Solche Interventionen sind oft eine Gratwanderung, denn der Moderator muss seine Unterscheidung deutlich machen können zwischen einer möglichen Herabwürdigung des Gegners und einer Kritik in der Sache, die oft auch hart ausfallen kann. Dabei muss er immer wieder um das gemeinsam getragene Verständnis ringen, dass die im Konflikt aufeinander treffenden Menschen gleich, im Sinne von gleichwertig, jedoch untereinander höchst ungleich sind.

Es hat sich immer wieder gezeigt, wie wichtig es für ein erfolgreiches Konfliktmanagement ist, sich bei der Analyse von Konflikten, bei der Erzeugung von Lösungsmöglichkeiten, deren Umsetzung in Verabredungen und Handlungssequenzen sowie deren Evaluierung nicht unter zu starken Zeitdruck zu setzen und setzen zu lassen. Geduld im Umgang miteinander ist die Zwillingschwester des gegenseitigen Vertrauens. Der Schnellschuss dagegen ist eher Markenzeichen autoritärer Festsetzung, die sich als alternativlos darstellt und Kritik scheut. Die Herstellung gegenseitigen Vertrauens ist zudem meist ein länger währender Prozess, der oft auch vor Rückfällen in die vordem feindlichen Haltungen nicht gefeit ist. Bis beide Parteien so weit sind, dass sie sich gegenseitig respektieren und die Sichtweisen der je anderen austauschen, wahrnehmen und akzeptieren können, ist viel Geduld nötig. Ist aber erst einmal diese Reziprozität der Perspektiven, wie es im Fachterminus heißt, erreicht, wird es immer leichter, auf Win-Win-Lösungen hinzuarbeiten. Ich selbst habe verschiedentlich Konfliktprozesse erlebt, die sich derart entwickelten und zu Ergebnissen fanden, die vordem niemand zu erreichen gehofft hatte. Solche Lösungen sind dann tatsächlich nachhaltig, weil niemand mehr die Notwendigkeit empfindet, sie infrage zu stellen. Denn wenn die gegnerische Partei bereit ist, der anderen ihren Gewinn zu gönnen, und wenn dies umgekehrt auch gilt, gibt es große Chancen, dass diese Gewinne die im Kompromiss erfahrenen Verluste beiderseits

kompensieren. Aber selbst wenn es nicht zu dieser Ideallösung kommt, ist schon viel gewonnen, wenn beide Parteien Gemeinsamkeiten erkennen und verstärken, Differenzen wo immer möglich aufzulösen versuchen oder zumindest diese Unterschiede gemeinsam als solche anerkennen und womöglich einhegen – getreu dem pluralistisch-demokratischen Grundsatz: we agree to disagree.

Verhängnisvoll und völlig demotivierend wirken sich jedoch Konstellationen aus, in denen die zerstrittenen Parteien sich zwar einigen können, die gefundenen Lösungen jedoch von politischen Gremien plötzlich torpediert werden. Ich habe diese Situation gottlob nur einmal erlebt. Dass durch solche Verhaltensweisen Verärgerung und Politikverdrossenheit entsteht, dürfte nur zu verständlich sein. Ich habe mir deshalb, wo immer es möglich war, vertraglich zusichern lassen, dass die im Moderationsprozess von den Teilnehmern gemeinsam erarbeiteten Vorschläge von den politisch Verantwortlichen entweder umgesetzt würden oder öffentlich begründet würde, was einer Umsetzung im Wege stände.

Jedenfalls erfahren die Teilnehmer, wie schwierig und oft auch langdauernd es ist, einen veritablen Konflikt nachhaltig zu meistern, also einen Konflikt, in dem die Interessen in ihrer ganzen Unterschiedlichkeit aufeinander prallen, dennoch aber ihre Gleichwertigkeit vorausgesetzt wird. Trotzdem können sie in den meisten Fällen erfahren, dass Win-Win-Lösungen insgesamt um ein Vielfaches zeit- und kostengünstiger sind, als wenn etwa sofort zu justiziellen Lösungswegen gegriffen wird. Als eindrückliches Beispiel sei hier die Erweiterung und Modernisierung der innerstädtischen Hamburg-Messe angeführt, die ursprünglich von der betroffenen Quartiersbevölkerung vehement abgelehnt wurde. Die im Jahr 2000 von mir (zusammen mit Peter H. Feindt) geleitete Bürgerbeteiligung führte zu einem Kontrakt, der Grundlage für die in den folgenden acht Jahren durchgeführten Baumaßnahmen wurde. 2005 formulierte ich folgendes Zwischenresümee: „Die mittlerweile längst angelaufenen Bau- und Umbauvorhaben konnten bislang ohne nennenswerte Zeitverzögerung durchgeführt werden. Irritationen, die zu Einsprüchen führen könnten, konnten zumeist durch Information bereits im Vorfeld behoben werden. Angesichts der Probleme bei der Airbus-Landebahn-Verlängerung muss dies allein schon als großer Erfolg gelten. Es scheint allen Seiten bewusst zu sein, dass es sich hier um einen sehr sensiblen Prozess handelt, bei dem sich schnell kleinere Irritationen zu massiven Störungen entwickeln könnten, wenn sich eine Seite ohne nachvollziehbare Begründung vom gemeinsam verabredeten und getragenen Ziel entfernen sollte“ (Gessenharter 2005). Ohne dass es auch in der Folgezeit einen juristischen Einspruch seitens der Bevölkerung oder anderer Betroffener gegeben hätte, konnte im Jahre 2008 der gesamte Erweiterungs- und Modernisierungsprozess planungs- und termingerecht abgeschlossen werden, und dies bei einem Projekt, das über 300 Millionen Euro kostete! Verallgemeinernd lässt sich durchaus der Schluss ziehen, dass die Beteiligung von Bürgern an konfliktären Entscheidungen nicht nur deren demokra-

tische Einstellungen und Verhaltensweisen fördern, sondern auch Ergebnisse produzieren kann, die für alle Teile akzeptabel und daher auch dauerhaft sind: Demokratie und Effizienz sind keine Gegensätze, sondern ergänzen sich gegenseitig.

Angesichts dieser Erfahrungen sollte man annehmen, dass Bürgerbeteiligung angeboten und wahrgenommen wird, wo immer sich Gelegenheit bietet. Und Gelegenheiten gibt es nicht nur auf dem lokalen Sektor, sie kann vielmehr auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen eingesetzt werden.⁶ Dass sich mit den Ebenen auch die Formate solcher Beteiligungen ändern können und manchmal müssen, spricht nicht gegen ihren Einsatz. Wir verfügen dafür inzwischen über viele Beispiele und Erfahrungen, und zwar nicht nur aus dem nationalen Raum, sondern auch aus vielen anderen Ländern.

Von einem Boom der Bürgerbeteiligung zu sprechen, wäre dennoch völlig verfehlt. 1998 hatte zwar die damalige rotgrüne Koalition in ihre Koalitionsvereinbarungen ein Kapitel aufgenommen, das „Sicherheit für alle – Bürgerrechte stärken“ überschrieben war und dabei unter anderem einen verstärkten Kampf gegen Rechtsextremismus ankündigte. Während dieser Kampf tatsächlich intensiviert wurde (für manche allerdings nicht entschieden genug), blieb die Stärkung der Bürgerrechte im Sinne von Beteiligungsrechten weitgehend aus. Auch für die große Koalition blieb dieser Bereich ziemlich unter- bzw. unbelichtet. Helmut Klages hat 2007 in seinem Bericht „Beteiligungsverfahren und Beteiligungserfahrungen“ (Klages 2007) von „Rückläufigkeiten des Beteiligungsangebots“ in den letzten Jahren gesprochen. Diese Entwicklung hängt sicherlich auch mit Ermüdungserscheinungen bei der Bevölkerung zusammen, ist jedoch ebenfalls Folge davon, dass immer weniger von Seiten der Politik auf Beteiligungsverfahren neuerer Art zurückgegriffen wird, sondern sich – vor allem auf lokaler Ebene – offenbar erneut die eingefahrenen Muster von Interessendurchsetzung breitmachen: Schalten und walten wieder die informellen Beziehungsgeflechte und Machtklügel?

ZUSAMMENFASSUNG – EINE THESE

Zum Schluss will ich meine Gedanken in einer These zusammenfassen: Eine wirksame Bekämpfung rechtsradikaler Entwicklungen kann durch eine effektive und effiziente Beteiligung von Menschen an für sie wichtigen Dingen bewirkt werden. Kurz: Wer eine gute Partizipationserfahrung gemacht hat, ist für den Rechtsradikalismus/Rechtsextremismus gleichsam rettungslos verloren. Er weiß nämlich jetzt aus eigener Anschauung, wie schwierig das politische Geschäft sein kann und dass ideologische Worthuberei nur stört, dass aber Kompromisse meist unumgänglich und oft auch gar nicht so schlecht sind. Darüber hinaus wird sein Selbstbewusstsein wachsen, das ihn davon abhält, defätistisch die Dinge dem „starken Mann“

anzuvertrauen, Sündenböcke zu suchen und „den schnellen Prozess“ zu machen. Vielmehr wird er versuchen, die fälligen Konflikte im Austausch mit anderen, insbesondere mit den Konfliktgegnern, einer soweit wie möglich gemeinsam erarbeiteten Regelung zuzuführen. Zielbild müssen immer Win-Win-Lösungen sein, weil nur durch sie nachhaltige Konfliktregelungen möglich sind. Freund-Feind-Vorstellungen sind in diesem Konfliktregelungsmuster nicht Ausgangs- und Endpunkt von Politik, wie im Denken Carl Schmitts und seiner neurechten Adepten, sondern mögliche Stationen in einem Konfliktablauf, die es zu überwinden gilt. Das mögliche Scheitern einer Suche nach Win-Win-Lösungen gilt dabei nicht als Beweis der Unmöglichkeit solcher Suchprozesse, sondern als Aufforderung, es erneut zu versuchen. Wer „Politik“ vom klassisch-griechischen *polemos*, d.h. Krieg, her definiert, hat schon verloren – oder vielleicht auch einmal gewonnen, aber für wie lange? Jene andere Vorstellung aber von einer „politischen Mitte“, in der diese Konflikte sich quasi von selbst erledigten, hat Kurt Lenk trefflich als gefährlichen „Mythos“ entlarvt: Der Drang zur Mitte, der heute fast alle Parteien kennzeichne, verrate einen Drang zu Harmonie und Unentschiedenheit, der allerdings auch oft mit Verketzerung Andersdenkender gepaart sei (vgl. Lenk 2009: 20). Wer dagegen „Politik“ vom altgriechischen *polis* ableitet, setzt darauf, dass nur gemeinsame, dialogische Arbeit daran, gegenseitiges Vertrauen zu schaffen, die allfälligen Konflikte einhegen kann.

ANMERKUNGEN

- 1 Im folgenden Text verwende ich oft nur die männlichen Formen – ausschließlich der Kürze halber.
- 2 Decker/Brähler 2006 gehen von etwa zehn Prozent der Deutschen aus.
- 3 Art. 2, Abs. 1 GG: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.“
- 4 Mannheim: Umweltbewusstsein bei Böhringer-Mannheim (1989); Buxtehude: Zusammenleben mit Ausländern (1993/94); Hamburg – St. Georg: Drogenprobleme am Hauptbahnhof (1998/1999); Hamburg: Erweiterung und Modernisierung der Hamburg Messe (2000); Hamburg: Airbus – Ausstattungshalle (Moderation Sept./Okt. 2002); Bremen: Pauliner Marsch/Werder Bremen (2004/05); Hamburg: Schulprojekt „Dialogische Selbstbeobachtung an Schulen und in ihrem sozialen Umfeld“ (1998-2006); Bremen: Moderation des Runden Tisches zur A 281 (Oktober 2007-April 2008); Hamburg: Moderation Kompromissgespräch Bezirk Eimsbüttel und Isebeck-Initiative (April 2010); Hamburg: Seit Januar 2010 Moderation der Koordinierungsgruppe zur Bürgerbeteiligung am Masterplan/Zukunftsplan Altona.

- 5 Sie wird die Erweiterung und Modernisierung der Hamburg Messe 2000-2008 rekonstruieren und analysieren.
- 6 Ich habe im letzten Jahr einen Projekt-Vorschlag zur politischen Partizipation Jugendlicher formuliert, der vorsieht, dass Jugendliche in ihrer Kommune an allen sie betreffenden Planungen und Problemen beteiligt werden sollten (vgl. Gessenharter 2009).

LITERATUR

- Adorno, Theodor W./Else Frenkel-Brunswik/Daniel J. Levinson/R. Nevitt Sandford (Hg.) (1950): *The Authoritarian Personality*, New York.
- Braun, Stephan/Daniel Hörsch (Hg.) (2004): *Rechte Netzwerke – eine Gefahr*, Wiesbaden.
- Busch, Christoph (2007): *Konfliktbearbeitung an Schulen durch demokratiepädagogische Jugendforschung*, Hamburg.
- Dahrendorf, Ralf (1987): *Fragmente eines neuen Liberalismus*, Stuttgart.
- Decker, Oliver/Elmar Brähler (2006): *Vom Rand zur Mitte*, Berlin.
- Decker, Oliver/Elmar Brähler (2008): *Bewegung in der Mitte*, Berlin.
- Decker, Oliver/Katharina Rothe/Marliese Weissmann/Norman Geißler/Elmar Brähler (2008): *Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland*, Berlin.
- Feindt, Peter H. (2001): *Regierung durch Diskussion? Frankfurt am Main*.
- Gessenharter, Wolfgang (2005): *Erweiterung und Modernisierung der Hamburg Messe – Kommunikative Begleitung des Planungsprozesses*. Vortrag an der Universität Hamburg am 2.2.2005 im Rahmen eines Städtebau-Seminars über Bürgerbeteiligung in der Städteplanung, online unter: www.prof-gessenharter.de/projektarbeit.html.
- Gessenharter, Wolfgang (2009): *Politische Partizipation Jugendlicher – ein Projektvorschlag*, online unter: www.prof-gessenharter.de/projektarbeit.html.
- Gessenharter, Wolfgang et al. (1994): *Zusammenleben mit Ausländern. Eine empirische Studie*, Hamburg.
- Glasl, Friedrich (2002): *Konfliktmanagement (7.Aufl.)*, Bern.
- Klages, Helmut 2007: *Beteiligungsverfahren und Beteiligungserfahrungen*, Bonn.
- Lenk, Kurt (2009): *Vom Mythos der politischen Mitte*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 38, S.15-20.
- Maßlo, Jens (2010): *Jugendliche in der Politik. Chancen und Probleme einer institutionalisierten Jugendbeteiligung am Beispiel des Kinder- und Jugendbeirats der Stadt Reinbek*, Wiesbaden.

Molthagen, Dietmar/Andreas Klärner/Lorenz Korgel/Bettina Pauli/Martin Ziegenhagen (Hg.) (2008): Lern- und Arbeitsbuch „Gegen Rechtsextremismus“. Handeln für Demokratie, Bonn.

Stöss, Richard (2007): Rechtsextremismus im Wandel, Berlin.

Zustand und Zukunft der Demokratie

Skandale der Bonner Republik

Ein Anstoß zu demokratischen Veränderungen

ANDREA MORK

Demokratiethoretisch sind Skandale nicht etwa skandalös, sondern paradoxerweise nötig (Papcke 1994: 50).

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auf ihre Skandale hin zu untersuchen, stellt in der Tat eine erkenntnisträchtige Perspektive dar. Sie lenkt den Blick auf die Unvollkommenheiten und Widersprüche der Gesellschaft, ihre Defekte, Ungleichzeitigkeiten, Machtkämpfe, Intrigen und Scheinheiligkeiten. Skandale lassen schlaglichtartig die Unauflösbarkeit von Wertkonflikten erkennen und weisen auf die Unmöglichkeit hin, die allgemein geltenden politischen und moralischen Normen umfassend durchzusetzen. Aber sie zeigen auch plastisch die Lernfähigkeit und Korrekturmöglichkeiten einer Demokratie. Kurz: Der Skandal ist besser als sein Ruf (vgl. Haus der Geschichte 2007).¹

EINE KURZE BEGRIFFSGESCHICHTE

Ob im privaten Gespräch oder in der öffentlichen Auseinandersetzung, ob in eher gesellschaftlichen oder politischen Zusammenhängen: Die Kategorie „Skandal“ wird ins Spiel gebracht, um einer Kritik besonderen Nachdruck zu verleihen. Doch die Wortbedeutung ist bei näherem Hinsehen alles andere als eindeutig.

Der Begriff „Skandal“ geht auf griechische Wurzeln zurück: In seiner ursprünglichen Bedeutung bezeichnete „skándalon“ konkret das unter Spannung stehende Stellhölzchen einer Tierfalle, das bei Berührung umfällt und damit die Falle zuschnappen lässt. In der Bibel bedeutet „skándalon“ beziehungsweise das lateinische „scandalum“ einen Verstoß gegen den Glauben, einen Stein des Anstoßes, einen Anlass zum Unglauben. Diese Konnotation des Anstößigen erhält mit dem Hinweis auf die öffentliche Empörung eine

weitere Bedeutungsnuance, als das „scandalum“ über den Umweg des Französischen im deutschen Sprachraum Verwendung findet. So bezeichnet Immanuel Kant den Skandal als „ein öffentlich gegebenes Beispiel der Verachtung strenger Pflichtgesetze“ (Kant 1797: 289) und akzentuiert damit die Öffentlichkeit als das Medium, in dem allein sich Skandale bilden können. Ohne unabhängige Öffentlichkeit kann es Skandale nicht geben. Diesem Wortverständnis entsprechend definieren die Gebrüder Grimm in ihrem Deutschen Wörterbuch Skandale als „öffentliches ärgernis erregende geschichten“ (Grimm 1905: 1306). Bei diesem Sprachgebrauch ist es im Grunde bis heute geblieben.

Der Begriff „Skandal“ in der hier verwendeten Bedeutung bezeichnet Verfehlungen, die im Zuge ihrer Enthüllung eine weithin empfundene öffentliche Empörung auslösen. Im eigentlichen Wortsinn wird der Skandal demnach durch die Trias „Normverstoß – Enthüllung – öffentliche Empörung“ definiert und damit vom Alltagsverständnis abgegrenzt, in dem die Unterschiede zu „Affäre, Kampagne, Straftat, Revolte, Hetze“ oder zum „Vorwurf“ oftmals verwischen. Das heißt, nicht alles, was als skandalös empfunden oder umgangssprachlich so genannt wird, ist ein Skandal. Erst die breite gesellschaftliche Empörung lässt den Missstand zum Skandal werden (vgl. Ebbinghausen/Neckel 1989; Käsler 1991).

WIRKUNG UND FUNKTION

Skandale gibt es wie Sand am Meer. Die Skandalisierung ist in einer Mediengesellschaft ein Dauerzustand. Der investigative Journalismus stellt eine Fülle an Skandalangeboten bereit, in denen Kritik an politischen und gesellschaftlichen Ereignissen oder Zuständen breitenwirksam zum Ausdruck gebracht wird. Er schlägt Alarm, um das Publikum zu interessieren. Doch nur einen Teil des Angebots nimmt die Gesellschaft als Skandal an und verfolgt ihn weiter. Wie die jeweilige Wirkung und Funktion eines Skandals zu bewerten ist, lässt sich nicht kategorisch, sondern nur aus ihrem jeweiligen historischen Kontext heraus erklären. Dabei kristallisieren sich unterschiedliche Skandaltypen heraus, die im Folgenden erläutert werden: Der Skandal als Ventil der moralischen Entrüstung, als Initial der Enttabuisierung eines Themas, als Motor des Wertewandels und politischer und juristischer Reformen, als Instrument der Machtkontrolle und zur Aufdeckung von Regelverstößen, als Medium der gesellschaftlichen Selbstvergewisserung.

INDIKATOREN DES WANDELS

Der Gang durch die bundesdeutsche Skandalchronik geht dem Wandel moralischer und ethischer Werte nach, wobei die Skandale als Kristallisationspunkte in einem gesellschaftlichen Veränderungsprozess erscheinen. Jeder Skandal hat seine Moral. „Große“ Skandale sind solche, die den Nerv der Zeit treffen, also in einem krassen Gegensatz zu den jeweils vorherrschenden Normen und Werten stehen. Die zeitliche Abfolge der Skandale verdeutlicht zudem den Funktionswandel der Öffentlichkeit, in der das Echo der allgemeinen Empörung immer stärker nachhallt. Da sich in der Boulevardpresse und im investigativen Journalismus ein Markt für Enthüllungen anbietet, ist die Geschichte der Skandale schließlich auf das engste mit der Geschichte der Massenmedien verknüpft. Die Untersuchung „großer“ bundesdeutscher Skandale ist demnach weit mehr als die bloße Addition besonders eindrucksvoller Einzelfälle. Mit Blick auf das gesellschaftliche Wertesystem, die Reaktionsweisen der Öffentlichkeit und die Macht der Medien lassen sich zentrale Wandlungsprozesse der politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland diagnostizieren und begreifbar machen.

Der Fall Nitribitt

Der Fall Rosemarie Nitribitt (1957) ist der größte Gesellschaftsskandal der Nachkriegszeit und gilt bis heute als typisch für die Doppelmoral der frühen Bundesrepublik (vgl. Schirmbeck 1994). Nach der Katastrophe des Nationalsozialismus sind die Jahre des Wiederaufbaus und Wirtschaftswunders von dem Bemühen geprägt, moralische Integrität wiederzugewinnen und „bürgerliche Wohlanständigkeit“ an den Tag zu legen. Benimmbücher haben Konjunktur. Das gesellschaftliche Leitbild wird geprägt vom Rückzug in die kleinfamiliäre Häuslichkeit. Der Fall Nitribitt lässt etwas in Erscheinung treten, das im damaligen Wertesystem keine Existenzberechtigung hatte. Nur vordergründig ging es um den Mordfall an einer Edelprostituierten, der erst dadurch zum Skandal wurde, dass Nitribitt mit ihrem unsittlichen Gewerbe beachtlichen Reichtum erworben und Zugang zur „feineren Gesellschaft“ gefunden hatte. Ostentativ trug sie ihren Erfolg zur Schau, der sich vor allem in ihrem Markenzeichen, einem Mercedes 190 SL, manifestierte, mit dem sie auf Kundenfang ging und die Träume ihrer Freier von der großen Welt bediente.

Die Ermordete war wegen ihres extravaganen Auftretens ebenso bekannt wie wegen ihres zahlungskräftigen und zum Teil prominenten Kundenkreises. „Wer waren die Freunde der Toten?“ fragte die Frankfurter Rundschau am 4. November 1957 und mutmaßte: „Es scheint nicht ausgeschlossen, dass prominente Angehörige aus Wirtschaftskreisen mit Rosemarie Nitribitt bekannt waren.“ Presse und Öffentlichkeit warteten gespannt auf die Enthüllung von Namen derer, die in die Affäre verstrickt waren. So

wurde der Sittenskandal um die Edelprostituierte zu einem Medienereignis. Er bot reichlich Vorwände, sich ungeniert über Tabuthemen zu unterhalten. Der Weg der jungen Frau vom Fürsorgezögling zur Edeldirne wurde detailliert vor den Augen der Öffentlichkeit ausgebreitet, die Preise für ihren Liebesdienst, ihre Vermögensbestände, Methoden der Berufsausübung und Konsumgewohnheiten in den Meiden debattiert und bekannt gemacht. Die Neugier der Öffentlichkeit fand ihren Niederschlag in der Berichterstattung und den Kommentaren der Tagespresse, in verschiedenen Romanen, Filmen, Tatsachenberichten der Wochenblätter sowie Leserbriefen und Nitribitt-Witzen.

Zur jahrelangen Skandalisierung trug zudem der Eindruck bei, dass bei den polizeilichen Ermittlungen im Mordfall Nitribitt einflussreiche Kunden geschont und Hintergründe verheimlicht würden. „In der Phantasie der Leute ist die sogenannte Hautevolée in jenem Haus der Stiftstraße ein- und ausgegangen. Wenn so etwas vermutet wird, dann vermutet man die Verschleierung, die Vertuschung“ (Frankfurter Rundschau, 8.2.1958). Tatsächlich schloss ein Rechtsvertreter der Firma Krupp mit Heinz Pohlmann, dem Hauptzeugen und Angeklagten im Prozess, einen Schweigevertrag ab, um Enthüllungen über das Verhältnis eines Mitglieds der Krupp-Dynastie, Harald von Bohlen und Halbachs, zu der Prostituierten einen Riegel vorzuschieben. Pohlmann verpflichtete sich in diesem Vertrag am 17. Oktober 1959 gegen die Zahlung von 50.000 DM, sein Wissen über den Kundenkreis der Nitribitt nicht öffentlich zu machen. Der Mörder wurde nie gefasst, der Mordfall nicht aufgeklärt, so dass der Fall Nitribitt im Grunde auch einen Justizskandal darstellt.

Die Geschichte vom Aufstieg und Fall der Nitribitt rückte Widersprüche und Schattenseiten der Wirtschaftswunderzeit ins Bild: Prostitution nicht am Rande, sondern mitten in der Gesellschaft, unter den geachteten Repräsentanten ihrer wirtschaftlichen Elite. Das Ausmaß der Erschütterung, die dieser Skandal auslöste, bezeugt Friedrich Sieburg, damals Feuilletonchef der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, als er den gesellschaftspolitischen Sprengstoff beschwor, der in diesem Fall steckte. Befürchtete er doch zunächst, die Enthüllungen über die moralische Verworfenheit der Kapitäne des Wirtschaftswunders könnten im schlimmsten Falle die Grundlagen der neu gegründeten Wirtschaftsordnung erschüttern. „Man werde erfahren“, so schrieb er, „daß diejenigen Kreise, die das deutsche Erwerbsleben [...] zum Wirtschaftswunder gesteigert haben, in Laster und moralische Verkommenheit verstrickt seien und ihre unermesslichen Reichtümer zur Abhaltung von Orgien im Stile des Kaisers Tiberius benutzten.“ Doch Pohlmann schwieg, das Verfahren wurde eingestellt und Sieburg konnte am Ende das Weltbild seiner Leser wieder zurechtrücken: „Unser Zeitalter ist eher puritanisch als wollüstig, es ist eher kühl als schwül, eher feige als lasterhaft“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.7.1960).

In das kollektive Gedächtnis hat sich der Skandal insbesondere durch den Erfolgsfilm „Das Mädchen Rosemarie“ von Rolf Thiele und Erich Kuby

(1958) eingebrannt. Der Film machte den Fall zu einem Lehrstück über die Amoral der Wirtschaftswunderzeit und hat die Rezeptionsgeschichte maßgeblich geprägt. Der Fall Nitribitt wurde zum Ventil einer Gesellschaft, die sich moralisch entrüsten konnte, ohne dabei auf eigene Schwachstellen zu stoßen. Vor allem aber wirft der Fall Nitribitt – wie schon der vorangegangene und für die 50er Jahre in gleicher Weise zeittypische Skandal, der sich an dem Film „Die Sünderin“ wegen seiner verklärenden Darstellung der Tabuthemen Prostitution, Sterbehilfe und Selbstmord entzündete – eine grelles Licht auf das, was nicht thematisiert wurde: die soziale und berufliche Integration selbst schwer belasteter Funktionseleiten des „Dritten Reichs“ in die Bundesrepublik.

Der Fall Oberländer

Das, was unter dem Signum des „Schlussstrichs“ bislang keine öffentliche Beachtung gefunden hatte, führte 1959 zum ersten großen Politikskandal der jungen Bundesrepublik. Er entzündete sich an der NS-Vergangenheit und der reibungslosen politischen Karriere von Vertriebenenminister Theodor Oberländer und erzwang schließlich dessen Rücktritt (vgl. Wachs 2000). Der Skandal rückte ein verdrängtes Thema und die Notwendigkeit von dessen Aufklärung schlagartig ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Zwar war die Rolle von Theodor Oberländer als Osteuropa-Experte, Gauamtsleiter der NSDAP, SA-Obersturmführer und Abwehroffizier seit 1953, dem Jahr seines Amtsantritts als Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte im Kabinett von Kanzler Konrad Adenauer (CDU) bekannt. Doch erst 1959 erregte dieses Wissen aufgrund eines sich verändernden Problembewusstseins breites publizistisches Aufsehen. Mehrere Ereignisse trugen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die aus der nationalsozialistischen Vergangenheit resultierenden politischen Probleme bei. Beträchtliche Aufmerksamkeit erregte 1958 bereits der „Ulmer Einsatzgruppenprozess“ gegen Gestapo-, SD- und Polizeiangehörige, die an der Erschießung von Juden im litauisch-deutschen Grenzgebiet beteiligt gewesen waren. Im gleichen Jahr nahm die Zentralstelle der Landesjustizanstalten zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg ihre Arbeit auf. 1959 wurde die Identität des SS-Obersturmbannführers Prof. Dr. Werner Heyde aufgedeckt, der die nationalsozialistischen Euthanasie-Aktionen maßgeblich mitverantwortet hatte und unter dem Namen Fritz Sawade in Schleswig-Holstein als ärztlicher Gutachter tätig war. In der Weihnachtsnacht des Jahres 1959 beschmierten zwei junge Männer die gerade geweihte Kölner Synagoge mit Hakenkreuzen. In den Folgewochen häuften sich ähnliche Delikte.

Ausgangspunkt des Skandals Oberländer waren Anschuldigungen, die von der DDR-Propaganda in den Westen lanciert und von der bundesdeutschen Presse aufgegriffen wurden. *Die Zeit* sprach „von den „schwersten Anklagen [...], die bisher gegen ein amtierendes Mitglied der deutschen

Bundesregierung erhoben worden sind“ (Die Zeit, 15.1.1960). Oberländer wurde beschuldigt, 1941 beim deutsch-ukrainischen Bataillon „Nachtigall“ in Lemberg maßgeblich an Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung beteiligt gewesen zu sein.

Die Bundesregierung bezog zu den Vorwürfen gegen Minister Oberländer bis zum Herbst 1959 nicht Stellung, obwohl bald die ersten Rücktrittsforderungen laut wurden. Sogar die regierungsnahе Zeitung Rheinischer Merkur schrieb am 27. November 1959 unter dem Titel „Was ist mit Oberländer? Die Klärung der Vorwürfe gegen den Bundesvertriebenenminister ist unumgänglich“, es gehe „im Fall Oberländer nicht um den Vorwurf eigenhändiger Beteiligung“ an den Lemberger Ausschreitungen, „sondern um die intellektuelle Mitverantwortung für die Taten derer, die er als Volkstumsexperte in Kenntnis ihrer antijüdischen und antipolnischen Affekte nach Lemberg hineinführte“. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Gerd Bucorius brachte in der *Zeit* die Empörung im In- und Ausland auf den Punkt: „Gewiß klebt kein Blut an Oberländers Händen. Aber darum geht es nicht“, betonte Bucorius. Seine Folgerung war eindeutig: „Nein, dieser Oberländer gehört nicht in das Bundeskabinett. Kanzler und CDU-Fraktion sollten ihn nach Hause schicken“ (Die Zeit, 29.2.1960). Obwohl der Parteivorstand die Angriffe zurückwies und sich voll hinter Oberländer stellte, schien auch der CDU der Verbleib des Vertriebenenministers im Amt einer aufgebrachtten Öffentlichkeit immer weniger vermittelbar. Der Ring christlich-demokratischer Studenten (RCDS) urteilte, die „Vergangenheit Oberländers komme einer Selbstdisqualifizierung für höchste Ämter in der Bundesrepublik gleich“ (Frankfurter Rundschau, 2.2.1960). Der Fraktionsvorsitzende Dr. Heinrich Krone notierte am 9. Februar 1960 in sein Tagebuch: „Immer wieder Oberländer. Er sollte gehen. Doch nicht, weil die Kommunisten ihn angreifen. Würde der Osten dann nicht einen anderen aufs Korn nehmen? Das macht die Sache schwierig.“ Bundeskanzler Adenauer aber stellte sich hinter seinen Minister und verteidigte ihn am 15. Februar 1960 vor der aufgebrachtten Kölner Studentenschaft: „Herr Oberländer war braun, wenn Sie so wollen, war er tiefbraun, aber er hat nie etwas getan, was gegen seine Ehre war“ (Schwarz 1991: 530).

Je länger der „Fall Oberländer“ andauerte, desto mehr traten in der öffentlichen Diskussion die konkreten Schuldvorwürfe in den Hintergrund. Nicht die vermeintlich neu enthüllten Fakten ließen Oberländer zunehmend untragbar erscheinen. Als empörend wurde vielmehr empfunden, dass einem durch seinen Werdegang während des „Dritten Reiches“ vorbelasteten Mann ganz selbstverständlich der Aufstieg in die politische Elite der Bundesrepublik möglich war. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Neubewertung seiner Biografie, er wurde gewissermaßen als Nationalsozialist der ersten Stunde enttarnt: Am 9. November 1923 war er in München bei Adolf Hitlers Marsch auf die Feldherrnhalle dabei gewesen. Der NSDAP trat er am 1. Mai 1933 bei. Als Osteuropaforscher und Verbandspolitiker vertrat Oberländer völkisch-nationale und rassistische Positionen. Er unterstützte

das Ziel der Eroberung neuen Lebensraums im Osten. Zwar war er mehrfach für eine schonende Behandlung der Einheimischen in den Besatzungsgebieten eingetreten, hatte Juden aber ausdrücklich davon ausgenommen.

„Der Fall Oberländer – eine Bewährungsprobe unserer Demokratie“, titelte der *Vorwärts* am 1. April 1960. Oberländer war angesichts der breiten Empörung nicht länger haltbar. Am 3. Mai 1960 trat er zurück, der erste hochrangige westdeutsche Politiker, der wegen seiner NS-Vergangenheit sein Amt aufgeben musste. Das Oberste Gericht der DDR verurteilte ihn im April 1960 in Abwesenheit zu lebenslanger Haft, die Bonner Staatsanwaltschaft stellte mangels Tatverdacht im September des gleichen Jahres die Ermittlungen gegen Oberländer ein.

Der Skandal Oberländer brachte ein lange verdrängtes Thema in die öffentliche Debatte. Er illustriert zudem ein gewandeltes journalistisches Selbstverständnis. Mit Nachdruck hatte die Presse, indem sie der Politik der Regierung entgegentrat, ihren Einfluss als „vierte Gewalt“ im Staate geltend gemacht. Schließlich markiert die Tatsache, dass die Regierung immer stärker unter den Druck der publizistischen Öffentlichkeit geriet, eine deutliche Zäsur gegenüber dem die Frühzeit der Bundesrepublik kennzeichnenden „gouvernementalen“ Umgang mit der NS-Vergangenheit (Norbert Frei), bei der es der Bonner Regierung darum ging, die moralische Abgrenzung vom „Dritten Reich“ mit der Einstellung der weithin unpopulären Entnazifizierung und Strafverfolgung und der sozialen und politischen Integration der NS-belasteten Bevölkerungsteile zu verbinden.

Der Contergan-Skandal

Dass der Skandal als Initial und Motor eines gesellschaftlichen Wertewandels wirkt und sich dabei die Grenzen zwischen privater und öffentlicher Kommunikation verschieben, zeigt beispielhaft der Fall Contergan (vgl. Steinmetz 2003). Behinderung, ein Thema, das bis dahin unterhalb der Schwelle öffentlicher Wahrnehmung lag, wurde zum Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung. Seit seiner Markteinführung 1957 war Contergan rasch zu einem der meistverkauften Schlafmittel geworden. Das Medikament galt als besonders gut verträglich. Trotz vieler Hinweise auf schwere Nebenwirkungen wie Taubheitsgefühle und andere Nervenschäden hielt die Herstellerfirma Grünenthal jahrelang daran fest, Contergan rezeptfrei zu verkaufen. Gleichzeitig sorgte ein sprunghafter Anstieg von körperlichen Fehlbildungen bei Neugeborenen in der Bundesrepublik für Aufsehen. Zwischen 1958 und 1962 kamen etwa 5.700 körperbehinderte Kinder zur Welt, etwa 3.000 von ihnen überlebten die ersten Monate nicht. Der Hamburger Kinderarzt Widukind Lenz deckte den Zusammenhang zwischen Contergan und den Fehlbildungen auf. Am 15. November 1961 informierte er die Herstellerfirma Grünenthal über seine Vermutungen. Am 18. November 1961 versicherte das Unternehmen in einem Rundschreiben an Apotheker und Ärzte: „Die relativ seltenen Nebenerscheinungen dürften mit den Vorzügen

[...] mehr als aufgewogen sein.“ Erst nachdem Lenz unter dem Titel „Mißgeburten durch Tabletten?“ in der *Welt am Sonntag* vom 26. November 1961 Alarm geschlagen hatte, sah sich Grünenthal unter dem Druck der Öffentlichkeit gezwungen, das Medikament vom Markt zu nehmen.

Ein aufsehenerregender Strafprozess in den Jahren 1968 bis 1970 sollte die Schuldfrage klären. Die Firma Grünenthal stritt jedoch jede Verantwortung ab. Schließlich wurde das Verfahren wegen geringfügiger Schuld eingestellt. Grünenthal und die Bundesregierung verpflichteten sich allerdings zu Entschädigungszahlungen an die Opfer.

Die 60er Jahre waren eine von Fortschrittseuphorie und Technikgläubigkeit geprägte Zeit. Der Skandal machte schlagartig Grenzen des medizinischen Fortschritts und die mangelnde Kontrolle der Medikamentenproduktion offenbar. In Folge des Skandals reformierte die Regierung die Arzneimittelgesetzgebung grundlegend. Ein komplexes und langwieriges Zulassungsverfahren löste schließlich 1978 die bloße Registrierungspflicht für neue Medikamente ab. Im neuen Arzneimittelgesetz wurde erstmalig eine Haftung des Herstellers für seine Medikamente festgeschrieben.

Die Gesellschaft sah sich durch die Medienberichterstattung, die den Umgang mit Behinderten zum Thema machte, mit dem Schicksal tausender Contergan-Kinder konfrontiert. „Völlig falsch“ sei es, „körperbehinderte Kinder vor der Öffentlichkeit verbergen zu wollen“, schrieb der *Kölner Stadtanzeiger* am 3. Dezember 1963. Dagegen rief der Schriftsteller Frederic W. Nielsen zur „völligen Absonderung“ der Kinder auf (vgl. Nielsen 1963). Die Medien machten sich zum Fürsprecher der Behinderten, indem sie über deren Schicksal informierten und um Verständnis warben. Die Gründung der „Stiftung Sorgenkind“ 1964 war eine unmittelbare Folge des Contergan-Skandals, auch sie rückte das Thema einem Massenpublikum näher. Der Skandal hat das Thema enttabuisiert und ein nachhaltiges Problembewusstsein für die Behinderung und ihre individuellen und sozialen Folgen geschaffen. Allmählich setzte ein Wertewandel ein, dessen Tragweite heute evident ist. Anerkennung und Chancengleichheit für Behinderte haben sich seitdem zu gesellschaftlichen Zielen entwickelt.

Die Spiegel-Affäre

Die „Spiegel-Affäre“ löste den folgenschwersten politischen Skandal der 1960er Jahre aus (vgl. Flemming/Ulrich 2005; Grosser/Seifert 1966). Wegen des Vorwurfs des Landesverrats ließ die Bundesanwaltschaft am 26. Oktober 1962 die Redaktionsräume des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* besetzen und durchsuchen. Insgesamt wurden acht Redakteure verhaftet und umfangreiches Aktenmaterial beschlagnahmt. Anlass für diese Maßnahme war die am 10. Oktober 1962 im *Spiegel* veröffentlichte Titelgeschichte „Bedingt abwehrbereit“ über das NATO-Herbstmanöver Fallex. Der Beitrag prangerte die Pläne von Verteidigungsminister Franz Josef Strauß zur Aus-

stattung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen unter Vernachlässigung der konventionellen Rüstung an. Den Verantwortlichen des *Spiegel* wurden Landesverrat und Bestechung vorgeworfen. Der Verfasser des Artikels, Conrad Ahlers, wurde in der Nacht des 26. Oktober 1962 an seinem Urlaubsort bei Malaga von spanischen Behörden festgesetzt. *Spiegel*-Herausgeber Rudolf Augstein stellte sich am nächsten Tag.

Die „*Spiegel*-Affäre“ verursachte einen Sturm der Entrüstung. In kürzester Zeit konstituierte sich eine kritische Öffentlichkeit, um die Regelverstöße des Staates anzuprangern: die Verletzung der Pressefreiheit und die Missachtung der Gewaltenteilung. In den Großstädten der Bundesrepublik fanden Protestkundgebungen statt. Die Demonstranten sahen in dem Polizeieinsatz den Versuch, die Pressefreiheit außer Kraft zu setzen, um ein der Regierung unbequemes Presseorgan zu treffen. Studenten organisierten Sitzstreiks nach dem Motto: „Wer sich nicht setzt, kann morgen schon sitzen.“ Sprechchöre machten der Empörung Luft: „Sie schlagen den *Spiegel* und meinen die Demokratie.“ Der Stil der Durchsuchungen und Verhaftungen gemahne „an gewisse Zeiten, in denen das Ziel solcher Unternehmen war, Terror auszuüben, die Presse unter Druck zu setzen“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.10.1962).

In einer für politische Skandale typischen Form der Personalisierung konzentrierte sich die Aufmerksamkeit immer mehr auf den Drahtzieher der Aktion. Der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Strauß gab schließlich zu, selbst die Festnahme von Ahlers in Spanien durch ein persönliches Telefonat mit dem Militärattaché der deutschen Botschaft in Madrid veranlasst zu haben. Mehrfach hatte er Parlament und Öffentlichkeit mit der Behauptung belogen, nicht beteiligt gewesen zu sein. Der Skandal führte zu einer Regierungskrise. Die fünf FDP-Minister legten am 19. November 1962 ihr Amt nieder, tags darauf die CDU/CSU-Minister. Die vierte Regierung Adenauer zerbrach und Strauß wurde wegen seiner Amtsanmaßung zum Rücktritt gezwungen.

Die *Spiegel*-Affäre ist ein klassisches Lehrstück über die kritischen Funktionen des politischen Skandals im Sinne einer „Normenkontrollklage“ (Klaus Laermann). Sie wurde zum Symbol für eine durchsetzungsfähige liberale Öffentlichkeit und für die gewachsene Akzeptanz einer kritischen Presse als „vierte Gewalt“. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland formierte sich auf breiter Linie massiver öffentlicher Protest gegen das Handeln der Bundesregierung, der zu einer Regierungskrise führte. Damit wirkte der Skandal als Instrument der Herrschaftskontrolle: Mit der Skandalisierung des Machtmissbrauchs wurden die Verletzung allgemeiner Regeln angeprangert und politische Konsequenzen durchgesetzt.

Die Wirkungen der *Spiegel*-Affäre waren auch im institutionellen Bereich außerordentlich. Die Vorwürfe des Landesverrates gegen den *Spiegel* erwiesen sich als haltlos. 1965 stellte der Bundesgerichtshof das Verfahren ein. Der Skandal wurde zum Meilenstein in der Geschichte der Pressefrei-

heit, insofern das Bundesverfassungsgericht in seinem abschließenden Urteil 1966 die Rolle der Medien stärkte: Sicherheitsinteressen des Staates genießen keine Priorität im Interessenkonflikt zwischen Staat und Medien.

Die weitere Karriere der Beteiligten hat der Skandal allerdings nicht aufgehalten: Franz Josef Strauß, der in seinen Memoiren behauptet: „Ich bin danach behandelt worden wie ein Jude, der auf dem Parteitag der NSDAP hätte auftreten wollen“, blieb CSU-Vorsitzender und wurde 1966 Finanzminister der großen Koalition (Strauß 1989: 424). Staatsanwalt Siegfried Bueck, der in Hamburg die Aktion geleitet hatte, wurde später Generalbundesanwalt. Die *Spiegel*-Affäre hat jedoch das politische Klima in der Bundesrepublik nachhaltig verändert. „Im Rückblick erscheint die ‚Spiegel-Affäre‘ fast wie eine ‚zweite Staatsgründung‘ der Bundesrepublik, insofern ein Großteil ihrer Bevölkerung sich entschlossen zeigte, jede Einschränkung fundamentaler Freiheitsrechte zu verhindern“ (Flemming/Ulrich 2005: 96).

Die Jenninger-Rede

Der Skandal hat reinigende Funktion, dient der moralischen Selbstvergewisserung und gesellschaftlichen Verständigung über grundsätzliche Fragen des historischen Selbstverständnisses. So bestimmte die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit immer wieder die öffentliche Diskussion. Auch deshalb ist die Liste der um den Nationalsozialismus kreisenden Skandale lang. Neben Theodor Oberländer, Hochhuths „Der Stellvertreter“, Beate Klarsfelds Ohrfeige gegen Kiesinger, die Veröffentlichung der gefälschten Hitler-Tagebücher im *Stern* hat vor allem auch die Gedenkrede des Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger bei der Gedenkveranstaltung im Deutschen Bundestag zum 50. Jahrestag der Pogrome gegen deutsche Juden im Jahre 1938 eine beträchtliche öffentliche Aufmerksamkeit gefunden (vgl. Assmann/Frevert 1999). Während die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäckers zur fünfzigjährigen Wiederkehr des 8. Mai 1945 als Meilenstein auf dem Weg zu einer Neueinschätzung der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg gilt, geriet die Rede Jenningers zum Eklat, weil er versuchte, die Begeisterung der Deutschen für den Nationalsozialismus zu erklären. Bei vielen Zuhörern entstand der Eindruck fehlender Distanz und des Versuchs einer Rechtfertigung. „Eine Zumutung in Inhalt, Sprache und Stil“ (Hamburger Morgenpost, 11.11.1988). Als skandalös wurde vor allem empfunden, dass Jenninger es sich auf einer den Opfern gewidmeten Gedenkfeier zur Aufgabe gemacht hatte, über die Motive der Täter zu referieren. Dabei gelang es ihm nicht, die notwendige Distanz zu den von ihm geschilderten Vorgängen zum Ausdruck zu bringen. „Immer wieder wird es auch wohlwollenden Zuhörern beklommen zumute, wenn sie aus Jenningers Mund Worte aus dem Wörterbuch des Unmenschen hören, ohne dass immer klar genug wird, dass er nur zitiert“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung,

11.11.1988). Die Rede verunglückte wegen mangelnder Sensibilität und rhetorischer Unbeholfenheit.

Was an diesem Skandal verblüfft, ist die schnelle Folge der Ereignisse. Noch am selben Tag empfahl Kanzler Helmut Kohl Jenninger nach einem Treffen der Fraktionsspitzen von CDU und CSU den Rücktritt. Die unmittelbar auf das rhetorische Versagen folgende Konsequenz zeigt, wie sehr die kritische Aufmerksamkeit in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus inzwischen in der breiten Öffentlichkeit und in den politischen Parteien gewachsen war.

Der Flick-Skandal

Der Flick-Konzern wurde in den 1980er Jahren zum Namensgeber für den Skandal, der wie kein anderer die späten Jahre der Bonner Republik überschattet hat. Hinter dieser Bezeichnung verbarg sich ein ganzes Netz illegaler Parteispenden – zwischen zahlreichen deutschen Unternehmen und den Parteien CDU, CSU, FDP und SPD, das heißt allen damals im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien. Jahrelang hielten die Enthüllungen von Steuerhinterziehung, schwarzen Kassen, illegalen Parteispenden sowie die Prozesse gegen Politiker und Wirtschaftsvertreter wegen des Vorwurfs der Bestechlichkeit die Gesellschaft in Atem. Es stellte sich heraus, dass sowohl Geber wie Nehmer gegen Steuergesetze und gegen das Parteispendinggesetz verstoßen hatten (vgl. Wirsching 2006).

Der Skandal erreichte seinen Höhepunkt, als der Verdacht aufkam, der Flick-Konzern könnte mit Spenden eine Steuerbefreiung erkaufte haben. Die Firma hatte Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne beim Verkauf ihrer Mercedes-Aktienpakete beantragt, die ihr von den Wirtschaftsministern Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorf und den Finanzministern Hans Matthöfer und Hans Apel zum größten Teil gewährt wurde. Das Wort von der „gekauften Republik“ machte die Runde. Der maßgeblich an der Enthüllung des Skandals beteiligte *Spiegel* fasste den Skandal drastisch zusammen: „Seit Mitte Dezember liefert Bonn eine neue Definition: BRD = Bananenrepublik Deutschland“ (14.12.1981). „Ein Bonner Watergate“ titelte die *Süddeutsche Zeitung* (28.12.1981). „Das Geld zieht an den Strippen, an denen die Politiker tanzen“, schrieb die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (25.10.1984).

Hochrangige Politiker und Manager wie Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, Hans Friderichs, zu dieser Zeit Vorstandssprecher der Dresdner Bank, und Bundestagspräsident Rainer Barzel gerieten unter Korruptionsverdacht und traten 1984 von ihren Ämtern zurück. Graf Lambsdorff und Friderichs wurden zwar vom Vorwurf der Bestechlichkeit 1987 freigesprochen, wohl aber wegen Steuerhinterziehung zu Geldstrafen verurteilt. 1986 begann die Staatsanwaltschaft gegen den amtierenden Bundeskanzler zu ermitteln, ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik. Helmut Kohl musste sich wegen des Verdachts der uneidlichen Falschaussage verantwor-

ten. Er hatte vor dem Parteispenden-Untersuchungsausschuss in Mainz die Frage verneint, ob er die Parteispendenpraxis über den Umweg der Staatsbürgerlichen Vereinigungen kenne. Einer Anklageerhebung entging er nur mit der Erklärung, die Frage falsch verstanden zu haben. Schon damals verlieh Kohl seinem „eigenwilligen“ Rechtsverständnis Ausdruck, als er im Herbst 1983 während einer Debatte über ein Amnestiegesetz meinte, es sei für ihn „ein unerträglicher Vorgang, dass völlig unbescholtene Bürger, Zeitgenossen, die aus ihrer besonderen Verantwortung heraus auf Bitten von Repräsentanten demokratischer Parteien, die einen Verfassungsauftrag zu erfüllen haben, Mittel zur Verfügung gestellt haben, jetzt kriminalisiert werden!“ (Wirsching 2006: 69) Letztendlich steht auch sein Rücktritt vom Amt des Ehrenvorsitzenden der CDU im Januar 2000 in unmittelbarem Zusammenhang mit der skandalösen Parteispendenpraxis.

Der Spendenskandal wirkte jahrelang nach. Das Image der Politik war schwer angeschlagen. Wachsende Politikverdrossenheit machte sich in der Öffentlichkeit breit. Der Skandal hatte zwar die Neuordnung der Parteienfinanzierung zur Folge, doch diese konnte nicht verhindern, dass weiterhin illegale Spendentätigkeiten für Schlagzeilen sorgten. Dies zog im Zuge der Affäre um schwarze Konten der CDU 1999 eine weitere Verschärfung des Parteiengesetzes nach sich. Die Parteien müssen beim Bundestagspräsidenten Unrichtigkeiten im Rechenschaftsbericht anzeigen. Bei Verstößen gegen die Offenlegung der Parteifinanzien drohen heute strafrechtliche Konsequenzen.

DEMOKRATIETHEORETISCHE BEDEUTUNG DER SKANDALE

Die Zahl der Skandale hat in den zurückliegenden sechzig Jahren massiv zugenommen (vgl. Ebbighausen 1993). Eine Voraussetzung dafür war die Ausweitung der Massenmedien; die Entwicklung selbst ging damit einher, dass sich die Gesellschaft immer stärker politisierte, demokratisierte und pluralistisch auffächerte. Die öffentliche Sensibilität für Inhalte und Formen politischer Machtausübung ist erheblich gewachsen. Politisches Handeln erfordert heute ein höheres Maß an Legitimation. Die wachsende Differenzierung der Lebenswelten und der gesellschaftliche Wertewandel haben die vormals allgemein akzeptierten Normen der Gesellschaft in Frage gestellt und deren Selbstverständnis in politischen, kulturellen und moralischen Fragen immer weiter differenziert. Soziale Bewegungen steigern die Bereitschaft zur Skandalisierung von Wertkonflikten.

Die Wirkung des Skandals ist umstritten. Die bislang genannten Beispiele zeigen: Als Instrument der Herrschaftskontrolle hat er eine positive Funktion. Gesellschaften lernen mit Hilfe von Skandalen, ihr Normensystem weiterzuentwickeln beziehungsweise allgemeine Handlungsrichtlinien zu überprüfen. Skandale wirken integrativ, insofern sie in der allgemeinen Empö-

rung die ansonsten in vielfältiger Weise fragmentierte Gesellschaft vorübergehend als eine ungeteilte erleben lassen. „Mag alles sich ändern in der schnelllebigen Welt: Skandale sind darin eine Art ruhender Pol, eine verlässliche Größe, geradezu ein Symbol für die ewige Wiederkehr des Gleichen“ (Hondrich 2000: 9). Zudem kommt ein systemstabilisierender Effekt dadurch zustande, dass sich durch die regelmäßig auftretenden Skandale der Eindruck bestätigt, die Medien würden in der freien Gesellschaft unerbittlich über die Aufrechterhaltung von Sitte und Moral, Recht und Ordnung wachen.

Andererseits sind Skandale „oberflächlich und kurzatmig“ (Schütze 1992: 24). Sie sind ein Zerrbild kritischer Öffentlichkeit, das in seiner emotionalisierenden und personalisierenden Form eine gesellschaftliche Verständigung eher blockiert als fördert. Zudem besteht ihre negative Wirkung darin, das Vertrauen in Führungseliten und Institutionen zu untergraben und dadurch langfristig zur Politikverdrossenheit beizutragen.

Die genannten Beispiele zeigen: Wie die jeweilige Wirkung und Funktion der vorgestellten Skandale zu bewerten ist, lässt sich nicht kategorisch, sondern nur aus ihrem jeweiligen historischen Kontext heraus darstellen. „Dass Einzelne oder Interessengruppen aus Skandalen lernen, ihre Ziele zu ändern, mag bezweifelt werden. Offensichtlich ist hingegen, dass Gesellschaften mit Hilfe von Skandalen lernen, ihr Normensystem aufzubauen“ (Beule/Hondrich 1990: 155).

Diese Feststellung gilt es jedoch einzuschränken: Skandale bringen nicht die im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Relevanz und Tragweite wirklich gravierenden strukturellen Probleme zutage, wie zum Beispiel die systembedingte Ungleichheit in der Weltwirtschaft oder die weltweite Kinderarmut. Diese können gar nicht zum Skandal werden, weil sie einen dauerhaften Missstand darstellen, der zu kompliziert ist, um eine rasche und wohlfeile Empörung zuzulassen. Ein Skandal hingegen funktioniert nach den „Regeln der Dramatisierung und Personalisierung“ (Laermann 1984: 171). Er betrifft immer eine einzelne Verfehlung, die konkret und anschaulich ist und deshalb einen massenhaften Aufschrei der Entrüstung entfesseln kann.

Der Skandal ist Bestandteil und Merkmal einer demokratischen Gesellschaft; er ist Mittel der Kritik, Regulativ zur Machtkontrolle, Katalysator für politisch-gesellschaftlichen Wandel. Faszinierend ist der Artenreichtum der Skandale, der unterhalb von Konsens und Normalitätserwartung sichtbar wird. Überraschend und beeindruckend ist die Wirkungsmächtigkeit der Skandale. Eine eifertige Rhetorik beschwört mit ihrer negativen Bewertung der Skandale die Fragilität und politische Anfälligkeit der Demokratie herauf und beklagt die wachsende Politikverdrossenheit. Als ob die Kritikfähigkeit der Bürger eine Gefahr sei. Das Gegenteil ist der Fall. Die genannten Beispiele zeigen: Die großen Skandale zählen zu den vitalsten Phasen der deutschen Nachkriegsgeschichte. In der Skandalisierung findet das Prinzip einer Demokratisierung der Öffentlichkeit sein radikalstes Durchsetzungsmittel.

ANMERKUNG

- 1 Diese Typologie der Funktionsweise des Skandals basiert auf der Konzeption der Ausstellung „Skandale“, die 2007/2008 im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gezeigt wurde.

LITERATUR

- Assmann, Aleida/Ute Frevert (1999): *Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945*, Stuttgart.
- Beule, Jürgen/Karl Otto Hondrich (1990): Skandale als Kristallisationspunkte politischen Streits, in: Ulrich Sarcinelli (Hg.), *Demokratische Streitkultur. Theoretische Grundpositionen und Handlungsalternativen in Politikfeldern*, Bonn.
- Ebbighausen, Rolf (1993): Die Massierung politischer Skandale – Symptom für Steuerungs- und Legitimationsprobleme staatlicher Politik in der jüngeren Vergangenheit, in: Hans-Dieter Klingemann/Wolfgang Luthardt (Hg.), *Wohlfahrtsstaat und Verfassungsanalyse*, Opladen, S. 127-143.
- Ebbinghausen, Rolf/Sighard Neckel (Hg.) (1989): *Anatomie des politischen Skandals*, Frankfurt am Main.
- Flemming, Thomas/Bernd Ulrich (2005): *Vor Gericht*, Berlin.
- Grimm, Jacob und Wilhelm (1905): *Deutsches Wörterbuch*, Bd. 16, Leipzig.
- Grosser, Alfred/Jürgen Seifert (Hg.) (1966): *Die Spiegel-Affäre*, 2 Bände, Olten.
- Haus der Geschichte (Hg.) (2007): *Skandale in Deutschland nach 1945*, Bielefeld/Leipzig.
- Hondrich, Karl Otto (2000): *Enthüllung und Entrüstung. Eine Phänomenologie des politischen Skandals*, Frankfurt am Main.
- Kant, Immanuel (1797): *Immanuel Kants Werke*, Bd. 7: *Die Metaphysik der Sitten. Der Streit der Fakultäten*, hg. von Benzion Kellermann, Berlin 1916.
- Käsler, Dirk (Hg.) (1991): *Der politische Skandal. Zur symbolischen und dramaturgischen Qualität von Politik*, Opladen.
- Nielsen, Frederic W. (1963): *Contergan! Ein Aufruf*, Stuttgart 1963.
- Papcke, Sven (1994): Skandale oder: Die Entzauberung der Politik, in: *Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik*, Jg. 33., H. 4, S. 46-56.
- Schirmbeck, Samuel (1994): Die Nitribitt. Ein Mord und viele Täter, in: Georg M. Hafner/Edmund Jacoby (Hg.), *Die Skandale der Republik*, Reinbek, S. 31-41.

- Schütze, Christian (1992): Was ist ein Skandal?, in: Julius Schoeps (Hg.), Der politische Skandal, Stuttgart/Bonn.
- Schwarz, Hans-Peter (1991): Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart.
- Steinmetz, Willibald (2003): Ungewollte Politisierung durch die Medien? Die Contergan-Affäre, in: Bernd Weisbrod (Hg.), Die Politik der Öffentlichkeit – Die Öffentlichkeit der Politik, Göttingen, S. 195-228.
- Strauß, Franz Josef (1989): Die Erinnerungen, Berlin.
- Wachs, Philipp-Christian (2000): Der Fall Theodor Oberländer (1905-1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte, Frankfurt am Main/New York.
- Wirsching, Andreas (2006): Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982-1990, München, S. 65-79.

Politische Partizipation und Apathie in antiker und moderner Perspektive¹

RICHARD SAAGE

I.

Dass die Beschäftigung mit der modernen Demokratie die Auseinandersetzung mit ihrem antiken Ursprung² voraussetzt, ist eine umstrittene Hypothese. So lassen diejenigen, die einen solchen Strukturbezug verneinen, die Geschichte der demokratischen Herrschaftsform erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit der Amerikanischen und der Französischen Revolution beginnen. Die Argumente, auf die sie sich berufen, sind oft genannt worden: Weder kannte die athenische Demokratie Repräsentation und auf Dauer gestellte Parteien. Noch gab es in ihr eine naturrechtlich begründete, dem staatlichen Zugriff tendenziell entzogene Sphäre individueller Grund- und Menschenrechte sowie ein professionalisiertes Rechtssystem, das, auf der Trennung von Moralität und Legalität beruhend, zu einer Verrechtlichung des politischen Systems führte, wie sie für die moderne Demokratie charakteristisch ist. In der attischen Polis, so wird weiter argumentiert, existierte kein gesellschaftlicher und politischer Sachverhalt, der nicht der Entscheidungsbefugnis der Volksversammlung unterstand.

Die liberale Demokratie dagegen reduziere den Demokratieprimat auf ein Politikfeld unter anderen: Vom unmittelbaren Mehrheitsentscheid seien der Rechtsstaat mit seiner Garantie richterlicher Unabhängigkeit, das Föderativsystem, die Landeszentralbanken und das Sozialstaatsprinzip ausgenommen. Dem Bundesverfassungsgericht werde sogar unabhängig vom Parlament die Befugnis eingeräumt, volkssouverän-majoritäre Gesetze außer Kraft zu setzen oder zu modifizieren. Vor allem aber sei die direkte Volksherrschaft der Antike auf überschaubare Stadtstaaten festgelegt, während sich die modernen Demokratien von Anfang an auf großflächige Territorien ausrichteten. Und schließlich habe die attische Demokratie Herrschaft als eine natürliche Größe begriffen, während ihre neuzeitlichen Nachkommen sie konsensual auf den Vertrag ursprünglich Gleicher und Freier gründeten.

Ist angesichts dieser Divergenzen der Versuch, die politische Partizipationsbereitschaft attischer Demokraten zu einer analytischen Folie zu stilisieren, auf der sich die Gründe für die politische Apathie der Bürger in den liberalen Demokratien heute abbilden lassen, nicht von vorne herein ein Irrweg? Wird ein solcher Rekurs nicht allein schon durch die gänzlich verschiedenen sozio-politischen Rahmenbedingungen antiker und moderner Bürgerbeteiligungen blockiert? Müssen, marxistisch gesprochen, Sklavengesellschaften auf der Grundlage agrarischer Oikos-Wirtschaften nicht gänzlich andere Motivationslagen bzw. Apathiepotenziale hervorbringen als ein globalisierter Kapitalismus auf postindustriellem Niveau? Doch wer diesen marxistischen Problemhorizont ernst nimmt, hat sich mit einem Sachverhalt auseinanderzusetzen, den Marx in den Kunstwerken der antiken Griechen feststellen zu können meinte. Zwar seien sie an gewisse gesellschaftliche Entwicklungsformen gebunden. Aber dennoch gelte der Satz, „daß sie uns noch Kunstgenuss gewähren und in gewisser Beziehung als Norm und unerreichbare Muster gelten“ (Marx 1953: 31), obwohl sich der sozio-ökonomische Kontext heute im Vergleich zur Antike grundlegend geändert hat. Warum sollte diese Aussage nicht auch auf andere Überbauphänomene wie die auf Selbstbestimmung zielende politische Ethik der attischen Demokraten zu beziehen sein?

Dies vorausgesetzt, ist meine These, dass sich das Gelingen demokratischer Partizipation und die ihr entsprechende Verhinderung politischer Apathie in ihren antiken Ursprüngen in der attischen Volksherrschaft unverstelt rekonstruieren lässt, als in den späteren Entwicklungsphasen der modernen Demokratie, in denen sie Kompromisse eingehen und zahlreiche Verwerfungen über sich ergehen lassen musste, um auch für ihre Gegner akzeptabel zu sein (vgl. Saage 2005: 237-260). Aber gleichzeitig liegt es dem Verf. fern, die attische Demokratie zu einem Ideal zu stilisieren, in dessen Licht der Zustand ihrer modernen Variante heute nur als Tiefpunkt einer längerfristigen Verfallsgeschichte erscheinen muss. Und noch weniger kann es ihm um eine romantisierende Reaktualisierung eines in der Weltgeschichte einmaligen und unwiederholbaren Vorgang gehen: Der Rekurs auf ihn hat ausschließlich kognitive Gründe. Was Fritz W. Scharpf einst über das Demokratiepotenzial der Kritischen Theorie bemerkte, trifft in gewisser Weise auch auf eine aktualisierende Deutung der attischen Demokratie zu: Ohne die in ihr gelebte Selbstbestimmung des Demos zu einem operationalen Strukturmodell zu verdichten, soll sie vielmehr als kritischer Maßstab zur „Aufdeckung unnötiger Herrschaft und unausgeschöpfter Partizipationschancen“ (Scharpf 1975: 55) der modernen liberalen Demokratie unter den Bedingungen des heutigen Konsumkapitalismus dienen (vgl. Barber 2007).

Dennoch kann die attische Demokratie als kritisches regulatives Prinzip nur dann greifen, wenn es neben den genannten Differenzen zumindest rudimentäre Übereinstimmungen zwischen beiden Varianten gibt. Zwar sind die dunklen Seiten der attischen Demokratie nicht zu leugnen: Wie ihr Imperialismus nach den Perserkriegen zeigt, entwickelte sie eine außenpoliti-

sche Dynamik, die mit zu ihrem eigenen Untergang beitrug. Doch wird man ihr nicht gerecht, wenn man ihr die restriktiven Kriterien der Vollbürgerschaft vorhält, die sie als Demokratie disqualifiziere. Wer so argumentiert, vergisst, dass die erste moderne Demokratie der Welt in den USA erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts die Sklaverei abschaffte und z.B. in Deutschland nicht vor 1918 das Frauenwahlrecht eingeführt wurde. In gewisser Weise kann die Vollbürgerqualifikation der attischen Demokratie sogar als ein früher Vorläufer des allgemeinen Wahlrechts interpretiert werden. Das welthistorisch Neue an ihr war nämlich in einer politischen Welt steiler hierarchischer Strukturen nicht der *Ausschluss* von Sklaven, Metöken und Frauen, sondern der *Einschluss* aller freien athenischen Männer auf der Grundlage einer großzügigen Diätenregelung in die Vollbürgerschaft, unabhängig von ihrem sozialen Status. Neu war auch die Erfahrung der Konsequenzen dieses Einschlusses: Dadurch, dass das demokratische Gemeinwesen aufgrund einer Minimierung innenpolitischer Repression einen Großteil seiner Energien zur Entfaltung der kreativen Möglichkeiten der Bürgerschaft nutzen konnte, stellte die attische Volksherrschaft eine wichtige Vorbedingung jener kulturellen Potenzen dar, denen selbst der Demokratiekritiker Jacob Burckhardt seinen Respekt nicht verweigerte.

Der Althistoriker Wilfried Nippel weist ferner in seiner Rezeptionsgeschichte der attischen Demokratie von ihrer Blütezeit bis zur Gegenwart nach, dass es weitere Übereinstimmungen zwischen der antiken und der modernen Demokratie gab, ohne deren Berücksichtigung ein vertieftes Verständnis der letzteren nicht möglich ist (vgl. Finley 1980; Nippel 2008: 339-350). Er verdeutlicht, dass Demokratie von den alten Griechen ohne Theorieanleitung in einem langwierigen, von den Unterschichten gestützten Prozess „erfunden“ wurde und trotz ihrer pejorativen Theoretisierung durch dezidierte Gegner wie Platon und Aristoteles bis auf den heutigen Tag „Herrschaft des Volkes“ bedeutet: Kontrovers sind lediglich die institutionellen Ausformungen, unter denen sie sich in der sozio-politischen Realität Geltung verschafft. Mag die Differenz zwischen einer direkten und einer repräsentativen Volksherrschaft auch noch so gravierend sein, so können beide Varianten ihrem Begriff nur dann entsprechen, wenn das Handeln der Bürger auch von Tugenden geleitet wird, die über die enge individuelle Nutzenmaximierung hinausgehen (II.), der Staat zumindest in einigen seiner Kernbereiche wirklich der Umsetzung der Interessen der Bürger und nicht unkontrollierter Oligarchien dient (III.), sich eine demokratische politische Kultur herausbildet, die durch ein hohes Maß an politischer Bildung und Informiertheit der Bürger geprägt ist (IV.) und die Demokratie, die sich im antiken Kontext als Herrschaftsform der kleinen Leute verstand, in gesellschaftlicher Hinsicht ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit garantiert (V.).

Alle drei Aspekte diskutiert der vorliegende Aufsatz im Folgenden unter antiken und modernen Bedingungen, um herauszufinden, welche strukturellen Gründe vorliegen könnten, die in den modernen Industriegesellschaften

massenhaft politische Apathie hervorbringen. Dabei bezieht er sich auf den Höhepunkt der attischen Demokratie im fünften Jahrhundert v. Chr. und auf die liberalen Demokratien des Westens, wie sie sich seit den 1980er Jahren unter der neoliberalen Hegemonie und im Schatten der konsumorientierten Tendenzen des globalisierten Kapitalismus entwickelt hat.

II.

Bei aller Pluralität und allen Differenzen der materiellen und kulturellen Interessen kommt auch eine freie Gesellschaft ohne einen normativen Basis-konsens nicht aus, den Ernst Fraenkel einst im nichtkontroversen Sektor seines neo-pluralistischen Modells verankerte. Gemeint ist damit ein Wertekodex, der sowohl von den Eliten als auch den Nicht-Eliten einer Gesellschaft geteilt wird. Eine der wenigen antiken Quellen, die darauf eine polemisch nicht verzerrte Antwort gibt, ist die berühmte Totenrede des Perikles angesichts der ersten Athener Gefallenen im Kampf gegen Sparta, die Thukydides in seiner „Geschichte des Peloponnesischen Krieges“ (vgl. Thukydides 1981: 139-147) der Nachwelt überlieferte. Perikles kam es nicht nur darauf an, in einer durch den Krieg bedingten Krisensituation den Zusammenhalt des athenischen *Demos* mit rhetorischen Mitteln zu festigen. Ebenso wichtig war für ihn, das politische Selbstverständnis der athenischen Polis von dem der Spartaner abzusetzen. Dem Militärstaat Sparta, der auch von seinen Vollbürgern unbedingten Gehorsam verlangte, setzte er einen auf Freiheit und Gleichheit gegründeten Individualismus entgegen, der sich freilich nicht in das enge Korsett des seinen eigenen Nutzen maximierenden *homo oeconomicus* pressen lässt. Der attische Demokrat, so Perikles, kennt zwar die Trennung zwischen „privat“ und „öffentlich“. Doch seine Privatheit vollendet sich erst im öffentlichen Raum wie umgekehrt das Engagement für das öffentliche Wohl seine individuellen Interessen optimiert. Aus diesem Grund betonte Perikles, dass die Sorge um das eigene Haus immer auch die für die Stadt, d.h. die Polis, mit einschließe. Der Bürger, der in politischer Apathie und Desinteresse verharrt, sei daher kein stilles, sondern ein schlechtes Mitglied des Gemeinwesens. Gleichzeitig folgt aus diesem Postulat, dass Politik niemals vorwiegend den Experten überlassen bleiben dürfe, sondern Angelegenheit aller sein müsse, weil niemand ohne ein politisches Urteil sei, unabhängig davon, welcher Beschäftigung er nachgehe. In diesem Zusammenhang hebt Perikles die „glückliche Vielseitigkeit“ der Bürger hervor. Sie ist das Resultat einer Erziehung für die Freiheit und nicht – wie bei den Spartanern – zum militärischen Gehorsam. Im Kern stellt sie die Voraussetzung dafür dar, dass alle politisch relevanten Probleme der Polis gemeinsam von den Bürgern durchdacht und entschieden werden. Der zentrale Satz lautet: „Und nur wir entscheiden in den Staatsgeschäften selber oder denken sie doch richtig durch. Denn wir sehen nicht im Wort eine Gefahr fürs Tun, wohl aber darin, sich nicht durch Reden

zuerst zu belehren, ehe man zur nötigen Tat schreitet“ (Thukydides 1976: 142).

Der politische Wertekanon der attischen Demokratie, so kann zusammenfassend festgestellt werden, stellt ein einzigartiges Mischmodell dar: Ihr Grundwert, die Autonomie des Bürgers, lässt sich nur in der öffentlichen Dimension der „Partizipation der Vollbürger am diskutant aufzuhellenden politischen Entscheidungsprozess“ (Euchner 1973: 18) realisieren. Aber sie löscht die Privatheit nicht aus; im Gegensatz zum Militärstaat Sparta bleibt sie auch im öffentlichen Diskurs stets präsent. Genau dieser Tatbestand wird von zahlreichen konservativen Kritikern der attischen Demokratie bestritten: Sie sehen gerade in der Hegemonie der Bürgerbeteiligung als herrschender Norm den Einstieg in die Tyrannis. Doch diese Konsequenz ist nach den Resultaten der neueren althistorischen Forschung nicht zwingend (vgl. Nippel 2008: 201-215). So gelingt es Nippel vorzüglich, den aufklärerischen Wert einer quellenorientierten und möglichst vorurteilsfreien Geschichtsforschung herauszuarbeiten, wenn er den Topos der Ineinssetzung der athenischen Demokratie mit „Pöbelherrschaft“ im Allgemeinen und den Terror der Jahre 1793/94 in der Französischen Revolution im Besonderen mit empirisch gesättigten Argumenten konfrontiert. Statt Willkürherrschaft als Signum direkter Volksherrschaft mit der Tendenz zur Tyrannenherrschaft zeigt die neuere althistorische Forschung, dass der Willensbildungsprozess in der Volksversammlung zur Vermeidung des Machtmissbrauchs hoch institutionalisiert war; dass fehlgeleitete Volksbeschlüsse durch die direkte Demokratie selbst korrigiert wurden; dass selbst verdeckte Oligarchisierungen aufgrund institutioneller Vorkehrungen wie das Losverfahren kaum eine Chance hatten und dass die Mitglieder der Volksversammlung aufgrund ihrer häufigen Präsenz in den Volksversammlungen und ihrer umfangreichen Amtstätigkeiten über ein Maß an politischer Bildung verfügten, das die Urteilsfähigkeit heutiger Wähler in den repräsentativen Demokratien bei weitem übersteigt. Statt totalitärer Meinungskontrolle war – wie selbstverständlich – die attische Komödie das Medium beißender Demokratiekritik, die in aller Öffentlichkeit geübt wurde. Diese kritische Selbstreflexion demokratischer Prinzipien vertrug sich sehr wohl mit dem, was alle attischen Demokraten als normatives Leitbild verband: dem Streben nach individueller Autonomie, d.h. nach einem Minimum fremdbestimmter Herrschaft (vgl. Nippel 2008: 17-87).

Der Wertekanon der modernen liberalen Demokratie unterscheidet sich von dem ihres antiken Vorgängers dadurch, dass er zwar auch an der Unterscheidung zwischen „öffentlich“ und „privat“ ansetzt. Aber die Relation zwischen beiden Sphären ist entgegengesetzt akzentuiert. Ausgangspunkt der Autonomie des Bürgers ist nicht wie in der attischen Polis der öffentliche Sektor, der den privaten Bereich gleichsam umhegt, ohne ihn freilich auszulöschen. Vielmehr stehen beide Bereiche in einem umgekehrten Verhältnis zueinander: Die Autonomie des Bürgers in der liberalen Demokratie hat in der Privatheit ihren Ursprung. Die ursprünglich Gleichen und Freien

kämpfen als Private im Naturzustand ums Überleben. Aber ihre private Autonomie verwandelt sich in dem Augenblick in öffentliche Selbstbestimmung, in dem sie einen Vertrag schließen, aus dem die Regeln hervorgehen, unter denen sie koexistieren können. Ihre Privatheit im Rücken, treten sie so ins Licht der Öffentlichkeit. Es handelt sich um einen Vorgang, der Impulse des antiken *Citoyen* aufnimmt und die Leitfigur des mündigen, d.h. diskussions- und entscheidungsfähigen Bürgers konstituiert, der sich mit anderen Bürgern und Bürgerinnen über das *bonum commune* öffentlich verständigt. Doch in dem Maße, wie die neoliberale Hegemonie im Begriff ist, sich zu verabsolutieren, droht die Reaktivierung des Naturzustandes als notwendige Folge einer umfassenden Privatisierungsstrategie: Sie okkupiert systematisch den öffentlichen Raum und reduziert die Autonomie des Bürgers auf seine marktkonforme Kauffreiheit als Konsument. Die Konsequenzen dieses Vorganges sind weitreichend. „Die Privatisierung ist so etwas wie die Umkehrung des Gesellschaftsvertrages“, schreibt Benjamin R. Barber, „sie zerstört die Bindungen, die uns zu freien Gemeinwesen und demokratischen Republiken zusammenschließen. Sie versetzt uns in den Naturzustand zurück, in dem wir ein natürliches Recht haben, alles zu bekommen, was wir mit eigener Kraft beschaffen können, in dem wir aber jede reale Fähigkeit verlieren, das, worauf wir Anspruch haben, zu sichern“ (Barber 2007:146). Am Ende fänden wir uns in einer Welt wieder, „in der die Starken über die Schwachen herrschen und letztlich die Starken wie die Schwachen der Anarchie unterliegen, die die Sicherheit beider untergräbt – und genau diesem Dilemma sollte der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag abhelfen“ (Barber 2007: 147).

Die Leitfigur des Neoliberalismus ist, wie man weiß, der Idealtypus des *homo oeconomicus*, der sein Handeln konsequent an der Maxime der individuellen Nutzenmaximierung ausrichtet. Ihn gab es, solange der Kapitalismus seit der Frühen Neuzeit besteht. Doch neu ist, dass er nun auch auf Gebiete des gesellschaftlichen Lebens übertragen wird, in denen er bisher keine Rolle spielte: z.B. auf die Universitäten, auf den öffentlichen Dienst und – was in unserem Kontext besonders interessiert – auf die Entscheidungsräume der liberalen Demokratie. Schon lange vor der Existenz des Neoliberalismus hat es in der Nachfolge Josef A. Schumpeters (vgl. Schumpeter 1975) theoretische Versuche gegeben, Markt und liberale Demokratie, d.h. den Primat der individuellen Nutzenmaximierung und demokratische Partizipation als vereinbar nachzuweisen. Den stringentesten Vorstoß dieser Art hat Anthony Downs in seiner „Ökonomischen Theorie der Demokratie“ (vgl. Downs 1968) in den 1960er Jahren unternommen. Sein Versuch, die liberale Demokratie als Marktdemokratie zu verstehen, beruht auf zwei Annahmen. In der Sicht künftiger Abgeordneter und Regierungsmitglieder bietet die Wahl die Chance der Machtmaximierung. Wie bei jedem Geschäftsunternehmen sind zur Erreichung dieses Ziels Geld und Zeit zu investieren. Da aber auch andere Teilnehmer auf Machtmaximierung aus sind, entsteht Konkurrenz, welche die öffentliche Arena in einen Politikmarkt verwandelt.

Den Parteien und Politikern stehen die Wähler gegenüber, die wie jene ihr Verhalten ebenfalls vom Prinzip der Nutzenmaximierung leiten lassen. In dem Maße, wie sie sich von der Option für die Partei A oder B einen Nutzen erwarten, sind sie bereit, sich über deren Programme zu informieren, Diskussionen im Fernsehen, Radio oder Internet zu verfolgen, Zeitungen zu lesen und schließlich im Wahllokal den Stimmzettel auszufüllen und in die Urne zu werfen.

Im Gegensatz zu seinem Ideengeber Josef A. Schumpeter ging Downs davon aus, dass der einzelne Wähler durchaus über die Rationalität verfügt, die Zweck-Mittel-Relation zur Erreichung des Ziels seiner Nutzenmaximierung realistisch einzuschätzen. Welche Auswirkung hat dann aber diese Prämisse auf sein Wahlverhalten, wenn ihm klar wird, dass in einer Massendemokratie des allgemeinen Wahlrechts seine Stimmabgabe ein fast unerhebliches Gewicht hat, sofern er nicht über ökonomische Macht verfügt, die ihm über den bloßen Wahlakt hinaus Einfluss auf die politische Willensbildung verschafft? Die Antwort, die aus der Downschen Nutzenmaximierungs-Logik folgt, ist unausweichlich: Wenn der *Demos* realisiert, dass die Kosten für die Informationsbeschaffung als Voraussetzung der Wahl höher sind, als der mögliche individuelle Nutzen, der aus ihr folgt, dann wird er sich der Stimmabgabe enthalten. Nun haben amerikanische Politologen die These vertreten, dass eine solche Apathie eher ein Beleg für die Akzeptanz der Demokratie als für deren Krise sei: Die Nichtwahl deute vielmehr auf die Zufriedenheit des Bürgers mit der liberalen Demokratie hin; sie sei Ausfluss seines Vertrauens in ihre Mechanismen, die auch ohne seine Stimmabgabe funktionierten (Berelson 1954: 220, 398, 314). Doch was passiert, wenn sich die große Masse der Bürger von der Wahl – aus welcher Motivlage heraus auch immer – fernhält? Das System der liberalen Demokratie müsste zusammenbrechen, weil ihr selbst das Minimum an Legitimation abhanden gekommen wäre.

Diese Konsequenz vor Augen, gab Downs dann auch zu, dass sein Versuch, die liberale Demokratie auf den Prämissen des *homo oeconomicus* zu gründen, im Kern zum Scheitern verurteilt sei. Er sah sich gezwungen, das Nutzenmaximierungsmotiv durch die Konzession zu ergänzen, dass es in einer Demokratie „rationale Menschen [...] gibt, die bis zu einem gewissen Grade durch ein soziales Verantwortungsbewusstsein motiviert [sind], das von ihren eigenen kurzfristigen Gewinnen und Verlusten relativ unabhängig ist“ (Downs 1968: 26). Oder anders formuliert: Das reine Nutzenmaximierungsprinzip, das das Verhalten des *homo oeconomicus* auf dem freien Markt steuert, bringt nicht jenes Streben nach Autonomie hervor, sich am politischen Willensbildungsprozess in der Demokratie auch dann zu beteiligen, wenn es nicht dem eigenen unmittelbaren Nutzen, sondern dem Gemeinwohl dient. Was jedoch mit der liberalen Demokratie geschieht, wenn das Nutzenmaximierungsprinzip zu einer universalen Maxime mutiert, die tendenziell alle Bereiche der Gesellschaft umfasst, wie es für die radikale Variante des Neoliberalismus charakteristisch zu sein scheint, ist evident:

Die hegemonial werdende politische Apathie würde sie unter sich begraben. Demgegenüber ist die attische Demokratie nicht am Desinteresse ihrer Bürger, sondern an der bewaffneten Macht der makedonischen Monarchie nach Alexanders Tod und ihrer oligarchischen Kollaborateure zugrunde gegangen. Ob die liberale Demokratie im 21. Jahrhundert Mittel finden wird, ihren inneren Wertezersfall zu stoppen, muss die Zukunft erst noch zeigen.

III.

Politische Beteiligung der Bürger am Willensbildungsprozess der Demokratie ist immer dann zu erwarten, wenn es ihren Akteuren gelingt, den Nachweis zu erbringen, dass die Interessen des *Demos* die Richtschnur ihres Handelns sind. Umgekehrt wird politischer Apathie der Weg bereitet, wenn die Politik einer strukturell anderen Logik als der des *Demos* folgt. Eine solche Entwicklung von Anfang an zu verhindern, war die zentrale Aufgabe des institutionellen Aufbaus der attischen Demokratie. Die Rechte des *Demos* konkretisierten sich in der Teilnahme an der Volksversammlung und am Geschworenengericht. Eine Versammlung von Tausenden von Vollbürgern wäre ohne eine vorbereitete Tagesordnung nicht durchführbar gewesen. Diese Funktion erfüllte der Rat der Fünfhundert, der sich durch Losentscheid aus der Athener Bürgerschaft rekrutierte. Zwar konnte der Rat einen Gesetzesvorschlag unterbreiten, aber die endgültige Entscheidungsgewalt lag in der Hand der Volksversammlung: Sie konnte die Initiative ablehnen, akzeptieren oder modifizieren. Es gab praktisch keine verfassungsmäßigen Beschränkungen, die die in der *Ecclesia* anwesenden Vollbürger daran hinderte, Beschlüsse nach Gutdünken zu fassen. Allerdings wurde diese Kompetenz im 4. Jahrhundert eingeschränkt.

Bekanntlich galt das aktive und passive Wahlrecht nur für freie Athener Bürger. Die historische Forschung geht davon aus, dass etwa 43.000 Männer aus einer Gesamtbevölkerung von 315.000 Personen der Aktivbürgerschaft angehörten. Die durchschnittliche Zahl der Anwesenden in der Volksversammlung wird auf etwa 6.000 geschätzt: ein vergleichsweise hoher Anteil der Aktivbürgerschaft, wenn man bedenkt, dass die antiken Verkehrsverhältnisse die Teilnahme der in den ländlichen Gebieten ansässigen Bauern an den Volksversammlungen faktisch verhinderten, auch wenn nach Perikles' Tod Diäten für die ärmeren Athener Vollbürger eingeführt wurden, um ihnen die Wahrnehmung ihrer politischen Rechte in der *Ecclesia* zu ermöglichen. Wir müssen davon ausgehen, dass die Motivation der attischen Bürger, sich mit der Volksversammlung zu identifizieren, außerordentlich hoch gewesen ist: Sonst wäre ihre in geregelten Bahnen verlaufende Wiederherstellung nach den beiden oligarchischen Umstürzen nicht möglich gewesen. Die Gründe sind auch heute noch nachvollziehbar. Es gab, wie schon hervorgehoben, keinen öffentlichen oder privaten Problembereich, den die Volksversammlung nicht entscheiden konnte. Sie hatte die Kompe-

tenz, Gesetze zu erlassen und zu novellieren, Beamte zu wählen und abzusetzen, sowie über Krieg und Frieden zu entscheiden.

Zu Recht weist der amerikanische Althistoriker Donald Kagan darauf hin, dass in Athen die städtische Bürgerschaft auch unmittelbar außenpolitische Fragen entschied, bei denen es für sie und ihre Stadt unter Umständen um Leben und Tod ging. Dieser Tatbestand, so Kagan, müsse den Bürger der modernen repräsentativen Demokratie um so mehr beeindrucken, wenn er sich vor Augen führte, wie analoge Krisen heute bewältigt werden (vgl. Kagan 1992: 82). Als Lehrstück hätte er die Kuba-Krise von 1962 durchspielen können. Zunächst informierte der CIA den amerikanischen Präsidenten über die Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba. Diese Information behandelte man streng vertraulich. Außer den Präsidenten erreichte sie nur wenige Personen im Weißen Haus und im Pentagon. Noch entscheidender in unserem Kontext jedoch ist, dass nur ein kleiner geschlossener Kreis darüber befand, wie die Regierung auf die Bedrohung reagieren sollte. Die endgültige Entscheidung traf nicht der Kongress, sondern ein einzelner Mann, der damalige Präsident der USA John F. Kennedy. Während in der attischen Demokratie die Aktivbürgerschaft die Kompetenz hatte, die Krise mit friedlichen oder kriegerischen Mitteln zu lösen, wurde im Fall des Kuba-Konflikts die Bevölkerung erst in dem Augenblick informiert, als alle Beschlüsse gefasst waren.

Freilich darf dieses Beispiel nicht verabsolutiert werden. Es zeigt wohl zutreffend die Welten auf, die zwischen politischen Entscheidungsprozessen einer direkten und einer repräsentativen Regierungsform klaffen. Es bedeutet aber keineswegs, dass es heute noch möglich wäre, die Athener Variante der Bürgerbeteiligung als unerreichtes Vorbild zu empfehlen. Denn die attische Demokratie musste selber einsehen, dass sie gegen die Gefahr nicht gefeit war, törichte Gesetze in der Volksversammlung zu beschließen, wie die Möglichkeit der Kassation oder der Gesetzesänderung durch eine Jury zeigt. Noch wichtiger aber ist, dass es abwegig wäre, Entscheidungsmechanismen eines vergleichsweise überschaubaren Gemeinwesens auf hochkomplexe postindustrielle Massengesellschaften des 21. Jahrhunderts zu übertragen. Allerdings lehrt uns das Athener Beispiel auch, dass politische Apathie in einer Demokratie nur dann zu verhindern ist, wenn sich der Bürger zumindest in Teilaspekten mit dem demokratischen Gemeinwesen zu identifizieren vermag: eine Erkenntnis, die auch auf die moderne liberale Demokratie übertragbar ist. So hat der amerikanische Politologe Colin Crouch die Tendenz des Staates in den liberalen Demokratien zu Beginn des 21. Jahrhunderts, den öffentlichen Sektor privaten Dienstleistern zu überlassen, mit dem Begriff der „Postdemokratie“ charakterisiert. Mit der von ihm aufgezeigten Kommerzialisierung öffentlicher Leistungen, die einer Zerstörung des Wohlfahrtsstaates gleichkommt, trocknet zugleich eine wichtige Quelle politischer Partizipation aus, weil für den Bürger durch die marktkonforme Privatisierung des öffentlichen Sektors ein wichtiges Motiv entfällt, sich mit dem demokratischen Gemeinwesen zu identifizieren. Zwar existiert das Ins-

titionengefüge der liberalen Demokratie weiter. Da aber ihre Inhalte nicht mehr durch das Medium der öffentlichen Diskussion und der Bürgerbeteiligung geprägt sind, sondern der Logik des Marktes folgen, entfällt das, was das Gegengift politischer Apathie gewesen ist: dass „sich eine große Anzahl von Menschen lebhaft an ernsthaften politischen Debatten und an der Gestaltung der politischen Agenda beteiligt und nicht allein passiv auf Meinungsumfragen antwortet“ (vgl. Crouch 2008: 9).

Es kann hier nicht darum gehen, die Bedingungen aufzuzeigen, unter denen die moderne Demokratie seit den 1980er Jahren unter die Hegemonie des neoliberalen Marktmodells geraten ist. Doch fest steht, dass ihre Legitimationsstrategie ebenso wie die faktischen inhaltlichen Konsequenzen im diametralen Gegensatz zum Selbstverständnis der demokratischen Ursprünge in der Antike steht, die aus ihr folgen. Der attische Demokrat sah in der Polis den Ausdruck seines autonomen Willens als mündiger Bürger. Der Neoliberalismus gesteht zwar dem modernen Bürger ebenfalls Autonomie zu. Aber es ist die konsumorientierte Selbstbestimmung des seinen individuellen Nutzen maximierenden Bürgers, der selbstbewusst genug ist, auf staatliche Leistungen zu verzichten und seine Ziele im Rahmen der Marktwirtschaft zu erreichen. Politische Apathie ist so eine notwendige und zu begrüßende Konsequenz seiner Selbstdefinition nicht als *Citoyen*, sondern als *Bourgeois*. Gewinnt eine solche Selbstdefinition hegemoniale Kraft, die auch, von den ökonomischen Eliten und ihren Verbündeten in den Massenmedien unterstützt, große Teile der Bevölkerung erfasst, dann hat dies Folgen, die jeder attische Demokrat als den Tod der Volksherrschaft bezeichnet hätte. Crouch hat sie auf einen pointierten Begriff gebracht, wenn er schreibt: „Tatsächlich gilt: Je mehr sich der Staat aus der Fürsorge für das Leben der normalen Bürger zurückzieht, und zulässt, dass diese in politische Apathie versinken, desto leichter können Wirtschaftsverbände ihn – mehr oder minder unbemerkt – zu einem Selbstbedienungsladen machen“ (vgl. Crouch 2008: 30f).

Sollte sich so der Trend durchsetzen, dass zwar der Staat nicht in die Wirtschaft, diese aber jederzeit in den öffentlichen Sektor intervenieren darf, dann ist nach den bisherigen Erfahrungen die Reaktion vieler Bürger absehbar: Sie geben das auf, was die attische Demokratie auszeichnete – den Anspruch auf aktive Politikgestaltung, was in der Regel die Flucht in die Apathie zur Folge hat. Bestenfalls üben Bürger passive Kritik an der Korruption der Eliten oder engagieren sich in Nichtregierungsorganisationen, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen etc.: in Organisationen also, die ihre Existenz zwar der Demokratie mit verdanken, aber selbst kaum als Demokratie-Ersatz einstuftbar sind.

IV.

Wie ist nun aber die Qualität der politischen Kultur als Voraussetzung partizipativen Handelns in der Demokratie unter antiken und modernen Bedingungen zu bewerten? Die meisten Angriffe der antiken Autoren, allen voran die des Platon und des Aristoteles, richteten sich gegen die in Athen herrschende Praxis, durch Massenversammlungen die Regierungsgeschäfte zu führen sowie gegen die Besetzung staatlicher Ämter durch Losentscheid. Diese direktdemokratischen Strukturen führten zu inkompetenten politischen Entscheidungen (vgl. Platon 428b-429a) und letztlich zum Chaos, das quer stehe zu einer politischen Kultur, welche diesen Namen verdiene. Auch wenn die attischen Demokraten bestimmte Funktionen wie militärische Aufgaben, den Flottenbau, die Administration der Finanzen und die Organisation der Wasserversorgung nicht durch Losentscheid, sondern durch persönliche Wahl vergaben, weil sie Spezialkenntnisse sowie besondere Fertigkeiten und Erfahrung voraussetzten, trifft zu, dass exklusives Fachwissen allein als unvereinbar mit dem demokratischen Gedanken galt. Doch wer daraus den Schluss ableitet, die attische Demokratie sei die Inkarnation fachlicher Inkompetenz, steht vor dem Erklärungsproblem, wie es möglich war, dass diese Regierungsform über 200 Jahre existierte, mit Hilfe des Attisch-Delischen Seebundes für einige Zeit zu einer Hegemonialmacht avancierte und kulturelle Leistungen hervorbrachte, die selbst die Gegner dieses Regierungstyps anerkennen.

Tatsächlich hat die neuere althistorische Forschung herausgefunden, dass in den Debatten der Volksversammlung keineswegs geltungssüchtige und törichte Leute eine bedeutende Rolle spielten. Einerseits schränkten informelle Abschreckungsmethoden die Zahl der Sprecher in der Volksversammlung stark ein, weil inkompetentes Gerede eine öffentliche Blamage nach sich zog. Andererseits gab es aber auch formelle Vorkehrungen, die dafür sorgten, dass die Hemmschwellen für unqualifizierte öffentliche Äußerungen nachhaltig wirkten. Zwar konnte jeder Bürger gegen einen Antrag des Rats der Fünfhundert oder der Volksversammlung Einspruch erheben. Der Antragsteller musste dann vor einem Geschworenengericht erscheinen. Wurde seine Kritik zurückgewiesen, hatte er mit einer Geldstrafe zu rechnen. Bei drei Verurteilungen ging er seines Bürgerrechts verlustig. Doch entscheidend sind in letzter Instanz nicht die formellen und informellen Barrieren, die den politischen Diskussionsprozess in der attischen Demokratie charakterisierten. Viel wichtiger ist, dass sich die Volksversammlung selbst zu einer Institution der politischen Bildung entwickelte, wie sie die Welt vorher nicht erlebte und deren Niveau und Intensität in ihrer Breitenwirkung später wohl kaum wieder erreicht worden ist. Die Gründe für diesen erstaunlichen Sachverhalt sind leicht nachvollziehbar: Sie verweisen auf den Erfahrungsraum der *Ecclesia* und der nach dem Losentscheid zu vergebenden Regierungsämter selbst. Die Diskussionen in den Volksversammlungen waren, wie schon hervorgehoben, keine unverbindlichen Schaukämpfe, son-

dem ernsthafte Auseinandersetzungen. Wurden die Debatten auch geprägt von den gewählten Beamten, ehemaligen Amtsinhabern, den führenden Politikern wie Perikles oder den Fachleuten der verschiedenen Ressorts, so beeinflussten und bildeten sie doch tiefgreifend die große Masse der in der Volksversammlung präsenten Bürger. Eine solche nachhaltige Wirkung hatte zur Voraussetzung, dass jeder Athener Bürger als Mitglied des Rats der Fünfhundert oder der Geschworenengerichte und anderer Ämter praktische Erfahrungen im Umgang mit administrativen und politischen Problemen der Staatsgeschäfte sammeln konnte.

Selbstverständlich lässt sich dieses antike Muster des Erwerbs von politischer Bildung nach dem Prinzip des *learning by doing* nicht auf moderne repräsentative Demokratien übertragen. Aber die antike Erfahrung, dass eine Demokratie nur funktionieren kann, wenn die politischen Entscheidungen nicht fast ausschließlich von Experten, sondern zu einem erheblichen Teil auch von den betroffenen Bürgern selbst geprägt werden, hat bis auf den heutigen Tag Bestand. Dieses Leitbild des „mündigen Bürgers“, das für die direkte Demokratie Athens ebenso relevant ist wie für die parlamentarischen und präsidentialen Repräsentationssysteme der Gegenwart, hat dann auch dazu geführt, dass die letzteren Institutionen für die Förderung der politischen Bildung schufen: So haben die Schulen, die Massenmedien und selbst die politischen Parteien an der politischen Willensbildung mitzuwirken: sei es direkt wie die Teilhabe an der innerparteilichen Demokratie; sei es indirekt wie in den Schulen oder den Massenmedien. Doch wie sieht die Wirklichkeit heute unter den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung aus? Heute herrscht in der Phase des konsumorientierten Kapitalismus eine Tendenz, die quer steht zum Leitbild des mündigen Bürgers. Autonomie gilt als Ermächtigung bereits der Kinder und Jugendlichen zum Konsum. Dergestalt in seinen Bedürfnissen durch subtile Reklametechniken infantilisiert, gibt der konsumierende *Bourgeois* seine Rolle als *Citoyen* auf. Zwar trifft er seine private Wahl, aber er „kann nur eingeschränkt an Gemeinschaften teilnehmen oder Änderungen bewirken, und sein öffentliches Urteil ist vermindert“ (Barber 2007: 42).

Wie Colin Crouch am Beispiel der Massenmedien und der politischen Parteien in den westlichen Demokratien zeigen kann, wird der Staatsbürger „in seinem Vermögen, über öffentliche Angelegenheiten zu urteilen, permanent unterfordert“ (Offe 2008). Er reagiert auf die so „resultierenden Sozialisierungsschäden teils mit Apathie und Passivität, teils mit personalisierenden Fehldeutungen des politischen Lebens“ (Offe 2008). Colin Crouch hat in seinem Essay „Postdemokratie“ gezeigt, was passiert, wenn sich Schulen, Massenmedien und politische Parteien dem neoliberalen Marktdiktat unterwerfen. Jede Schule, die sich nicht primär ihrem pädagogischen Auftrag verbunden fühlt, sondern mit marktconformen Werbemethoden die Zahl ihrer Schüler aufzustocken sucht, gerät in den Sog der Einstellungen der Schüler und ihrer Eltern, auch wenn dies konträr zu dem für das Funktionieren einer Demokratie notwendigen Wissen einerseits und zu den für sie konsti-

tutiven Werten andererseits steht. Ähnlich verhält es sich mit den Massenmedien. Insbesondere die öffentlich-rechtlichen Anstalten minimieren ihren Auftrag, zur politischen Erziehung beizutragen, wenn sie sich zunehmend der Konkurrenz mit privaten Fernsehsendern um optimale Einschaltquoten auch dann stellen zu müssen glauben, wenn dies nachweislich mit der Minderung der Qualität ihrer Sendungen erkaufte wird.

Auch die Parteien unterliegen der Gefahr der Kommerzialisierung, wie Berlusconi's *Sforza Italia* zeigt. Einerseits wie ein Industrieunternehmen geführt, ist andererseits die Werbung nach außen nicht auf Parteiprogramme, sondern auf Personen festgelegt, deren Image in den Medien nach den Methoden ökonomischer Reklame buchstäblich verkauft wird. Crouch bringt diesen Trend auf die folgende Formel: „Das kommerzielle Modell triumphiert [...] über andere Formen der politischen Kommunikation. Politische und andere Nachrichten sind allmählich neu definiert worden – als besonders kurzlebige Konsumgüter. Der Konsument hat über den Staatsbürger triumphiert“ (Crouch 2008: 67). Gleichzeitig sind Parteivorstände geneigt, ihre Politik an den Meinungsumfragen auszurichten und die wichtigen Entscheidungen aus den Partei- und Parlamentsgremien in sog. Expertengruppen auszulagern. Damit ist die innerparteiliche Demokratie marginalisiert, dem Engagement der Mitglieder der Boden entzogen und gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung für Politikverdrossenheit als Vorbedingung für die „Enteignung der Bürger“ (Offe 2008) geschaffen.

V.

Das wichtigste Gegengift politischer Apathie in der attischen Demokratie resultiert aus der Tatsache, dass sie als eine Regierungsform der „kleinen Leute“ bezeichnet werden kann. Niemand unter den zeitgenössischen Autoren hat diesen Sachverhalt schärfer analysiert als Aristoteles. Ihm zufolge hat die attische Demokratie, die er auch als „äußerste Demokratie“ charakterisierte, ihre soziale Basis im Kleinbürgertum, Kleinhandwerk sowie in der Masse der Tagelöhner und Hafenarbeiter. Er sieht sie vor allem durch ihre rasche politische Mobilisierung gekennzeichnet: Im Gegensatz zu den auf dem flachen Lande verstreuten Bauern versammeln sich Mitglieder dieser Schichten auf dem athenischen Markt, diskutieren über politische Angelegenheiten und stellen in der Volksversammlung den Großteil der Aktivbürgerschaft. Begünstigt durch die nach Perikles eingeführten Diäten, gestalten sie die Politik von der Basis her aktiv mit. Wirtschaftlich für ein bescheidenes Leben abgesichert, weil quasi besoldet, verfügen sie auch über die notwendige Muße, um in der Volksversammlung ihre Interessen durchsetzen zu können; denn sie „sind von keinerlei Sorge für ihre eigenen Angelegenheiten abgehalten, wohl aber die Reichen, so daß diese oft an Volksversammlungen oder Gerichten nicht teilnehmen. Daher wird die Menge der Armen im Staat Herr und nicht das Gesetz“ (Aristoteles 1968: 193a). Diese zahl-

reichste Gruppe in der attischen Demokratie nannte Platon „das Volk“. Er meinte damit alle Bürger Athens, die mit eigenen Händen arbeiten und über wenig Besitz verfügen. Von seinen sophistischen Führern, den Demagogen manipuliert, gehe es unter deren Leitung darum, durch eine forcierte Besteuerung der Reichen eine Umverteilung von oben nach unten durchzusetzen. Am Ende beschere die „regierungslose und buntscheckige Verfassung“ „gleichmäßig Gleichen wie Ungleichen eine gewisse Gleichheit“ (Platon: 558c). Die Reichen gerieten dadurch in Opposition zum demokratischen System. Es komme zu gegenseitigen Anklagen, Rechtsstreitigkeiten und sozialen Konflikten, die am Ende den Demos verleiten, zugunsten einer Tyrannis seine Freiheit und damit die Demokratie zu opfern.

Wir wissen heute, dass die Tyrannis als Konsequenz der Demokratie eine Fehldeutung ist: Seit Perikles' Reformen 461 v. Chr. funktionierte die Demokratie in Athen bis zu ihrem Untergang ununterbrochen, abgesehen von dem oligarchischen Umsturz von 411/410, der nur wenige Monate dauerte, und den bereits erwähnten zwei kurzen oligarchischen Zwischenspielen. Stets wurde die Demokratie wieder hergestellt, ohne dass es zu großen Wirren gekommen wäre. Richtig aber an der Analyse von Platon und Aristoteles ist, dass die Demokratie als Basis der kleinen Leute stets auch mit sozialen Reformen zu ihren Gunsten verbunden war, deren Kosten die Reichen zu tragen hatten. Allerdings stand die Institution des Privateigentums niemals zur Disposition, obwohl die Volksversammlung die einschneidendsten gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen hätte bewirken können. Zwar war die politische Gleichheit ein fundamentales Prinzip der attischen Demokratie. Doch die ökonomische Gleichheit hätte in der Volksversammlung niemals eine Mehrheit gefunden. Nicht zufällig enthielt der Archonteneid den Satz: „Ich werde nicht zulassen, daß Privatschulden erlassen und ebenso wenig, daß Grundstücke oder Häuser athenischer Bürger umverteilt werden“ (zit. n. Kagan 1992: 95).

Auch im Blick auf die materielle Fundierung der liberalen Demokratie in den Massen verbietet sich eine einfache Eins-zu-Eins-Analogisierung mit der antiken Demokratie als der Herrschaftsform der „kleinen Leute“. In dem Maße, wie das Prinzip der Demokratie als Selbstbestimmung des Volks ersetzt wurde durch das Prinzip einer *Methode zur Generierung staatlicher Normen* (Schumpeter), ist sie, auch vermittelt über das Repräsentationsprinzip, längst zu einer Herrschaftsform geworden, die auch für die reichen Schichten des Volks akzeptabel geworden ist, weil sie den Beweis längst erbracht hat, dass in ihrem Rahmen auch die ökonomisch privilegierten Interessen sehr gut und vor allem dauerhaft durchsetzbar sind. Doch es gibt einen wichtigen Traditionszusammenhang, der die moderne liberale Demokratie mit ihrem antiken Vorläufer verbindet: Letztere ist nur dann stabil, wenn die Kluft zwischen Armen und Reichen durch ein Mindestmaß an wohlfahrtsstaatlicher Umverteilung gemildert wird.

Das war nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre der Fall, als es in vielen liberalen Demokratien des Westens zu einem Ausgleich zwi-

schen Kapital und Arbeit gekommen war. „Im Austausch für den Fortbestand des Kapitalismus und des Abflauens des Protestes gegen die Ungleichheiten, die dieses System hervorbrachte, nahmen die ökonomischen Eliten Beschränkungen ihrer Macht in Kauf. Im Rahmen des Nationalstaats war die politische Steuerungskapazität überdies derart gebündelt, daß die Regierungen in der Lage waren, diese Beschränkungen auch zu verteidigen, da die Unternehmungen weitgehend nationalen Autoritäten unterstanden“ (Crouch 2008: 15). Ohne Frage bedeutete die Steigerung des Lebensstandards einen effizienten Anreiz für die Massen, sich mit der modernen Demokratie zu identifizieren und sich gleichzeitig gegenüber dem kommunistischen Modell zu immunisieren: durchaus in Analogie zu den materiellen Leistungen, welche die attische Demokratie ihren einfachen Bürgern bot. Doch Ende der 1980er Jahre veränderte sich unter dem Einfluss der deregulierten und globalisierten Finanzmärkte der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Dynamik auf die Aktienmärkte. Die Folgen waren gravierend. Bereits unter der Regierung Reagan kam es zur Destruktion der wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen der Roosevelt-Ära in den USA mit der Konsequenz einer extremen sozialen Polarisierung zwischen den reichen und armen Segmenten der Gesellschaft: ein Trend, der, wenn auch im Vergleich zur Zwischenkriegszeit auf einem höheren materiellen Niveau, bis auf den heutigen Tag in der westlichen Welt, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, anhält.

Was im Zuge dieser sozialen Polarisierung übrig zu bleiben droht, ist der Wahlakt am Ende einer Legislaturperiode. Eigentlich hatte erst jetzt die Realität das Schumpetersche Modell der Konkurrenz-Demokratie, Anfang der 1940er Jahre konzipiert, in allen seinen Aspekten eingeholt. War in der attischen Demokratie das Steuersystem auf Umverteilung eingestellt, um die bürgerlichen Teilhaberechte auch materiell zu fundieren, so geht es jetzt im Kern um Armenfürsorge, um Marginalisierung der Gewerkschaften als Voraussetzung des Abbaus von Gegenmacht der Arbeiter in den Betrieben und um einen Staat, der die Bedingungen des freien Marktes abzusichern hat. Wer immer nach den Ursachen der politischen Apathie heute forscht, wird um diesen Tatbestand nicht herumkommen.

ANMERKUNGEN

- 1 Andreas Mehl habe ich für die kritische Lektüre dieses Aufsatzes und wichtige Hinweise zu danken.
- 2 Meine Informationen über die athenische Demokratie habe ich folgender Forschungsliteratur entnommen: Sterling 1965: 9-63; Meier 1970; Tarkiainen 1972; Finley 1980; Bleicken 1986; Kagan 1992; Pabst 2003; Eder 1995; Welwei 1999; Nippel 2008. Da für den in diesem Aufsatz angestellten Vergleich nur bekannte Informationen über die athenische

Demokratie eine Rolle spielen, verzichte ich im Detail auf explizite Nachweise, die der angegebenen Forschungsliteratur zu entnehmen sind.

LITERATUR

- Aristoteles (1968): Politik. Nach der Übersetzung von Franz Susemihl bearbeitet mit Nummerierung, Gliederungen und Anmerkungen hrsg. v. Nelly Tsouyopoulos und Ernesto Grassi, Reinbek bei Hamburg.
- Barber, Benjamin R. (2007): Consumed! Wie der Markt Kinder verführt, Erwachsene infantilisiert und die Demokratie untergräbt. Aus dem Englischen übersetzt von Friedrich Griese, München.
- Berelson, Bernhard R. et al. (1954): Voting. A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign, Chicago/Toronto.
- Bleicken, Jochen (1986): Die athenische Demokratie, Paderborn/München/Wien/Zürich.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Aus dem Englischen von Nikolaus Gramm, Frankfurt am Main.
- Downs, Anthony (1968): Ökonomische Theorie der Demokratie, hrsg. v. Rudolf Wildenmann, Übersetzung von Leonhard Walentik, Tübingen.
- Eder, Walter (1995): Die athenische Demokratie im 4. Jahrhundert v. Chr. Krise oder Vollendung?, in: Walter Eder (Hg.), Die athenische Demokratie im 4. Jahrhundert v. Chr. Vollendung oder Verfall einer Verfassungsform? Akten eines Symposiums 3-7. August 1992 Bellagio, Stuttgart, S. 11-28.
- Euchner, Walter (1973): Demokratietheoretische Aspekte der politischen Ideengeschichte, in: ders. (Hg.), Egoismus und Gemeinwohl. Studien zur Geschichte der bürgerlichen Philosophie, Frankfurt am Main, S. 9-46.
- Finley, Moses I. (1980): Antike und moderne Demokratie, Stuttgart.
- Kagan, Donald (1992): Perikles. Die Geburt der Demokratie. Aus dem Englischen von Ulrich Enderwitz, Stuttgart.
- Marx, Karl (1953): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857-1858, Anhang 1850-1859, Berlin.
- Meier, Christian (1981): Entstehung des Begriffs ‚Demokratie‘. Vier Prolegomena zu einer historischen Theorie, 4. Auflage, Frankfurt am Main.
- Nippel, Wilfried (2008): Antike und moderne Freiheit? Die Begründung der Demokratie in Athen und in der Neuzeit, Frankfurt am Main.
- Offe, Claus (2008): Wie der Markt die Politik vergiftet. Die Finanzkrise als Demokratieverlust: Colin Crouchs Lagebericht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.9.2008.
- Pabst, Angela (2003): Die athenische Demokratie, München.

- Platon (1984): Politeia. In der Übersetzung v. Friedrich Schleiermacher, hrsg. v. Walter F. Otto, Ernesto Grassi, Gert Plamböck, in: Platon, Sämtliche Werke, Bd. 3, Reinbek bei Hamburg, S. 67-310.
- Saage, Richard (2005): Demokratietheorien. Historischer Prozess – Theoretische Entwicklung – Soziotechnische Bedingungen. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Scharpf, Fritz W. (1975): Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung, Kronberg/Taunus.
- Schumpeter, Josef A. (1975): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Einleitung von Edgar Salin. Übersetzung aus dem Englischen von Dr. Susanne Preiswerk, München.
- Sterling, Eleonore (1965): Der unvollkommene Staat. Studien über Diktatur und Demokratie, Frankfurt am Main, S. 15-65.
- Tarkiainen, Tuttu (1972): Die athenische Demokratie, München.
- Thukydides (1981): Geschichte des Peloponnesischen Krieges, 3. Auflage, München.
- Welwei, Karl-Wilhelm (1999): Das klassische Athen. Demokratie und Machtpolitik im 5. und 4. Jahrhundert, Darmstadt.

Demokratie als Ideologie

DIRK JÖRKE

Die Funktion von Ideologien, so Kurt Lenk am Ende seiner problemgeschichtlichen Einleitung zum Ideologiebegriff, besteht „vornehmlich darin, die Strukturen einer Gesellschaftsordnung zu verdecken“ (1971: 58). Diesen Kerngedanken aufnehmend, möchte ich im Folgenden die These entwickeln, dass nicht nur der Alltagssprachliche, sondern auch Teile des politikwissenschaftlichen Diskurses über Demokratie in diesem Sinne zunehmend einen ideologischen Charakter bekommen. Meine Ausgangsbeobachtung lautet: Je weniger es infolge von Entparlamentarisierungs- und Privatisierungsprozessen demokratisch zu entscheiden gibt, desto wichtiger scheint es, sich des demokratischen Gehalts spätmoderner Gesellschaften zu vergewissern. Diese Beobachtung und meine daran anschließende These möchte ich in drei Schritten entwickeln. Zunächst soll in der gebotenen Kürze auf jene Entwicklungen verwiesen werden, die Anlass dafür geben, mit Blick auf westliche politische Systeme von postdemokratischen Zuständen zu sprechen (I). In einem zweiten Schritt möchte ich mich jener Deutung zuwenden, die angesichts zunehmender zivilgesellschaftlicher Formen politischen Handelns weniger von einem Substanzverlust als von einem Gestaltwandel demokratischer Politik ausgeht. Dabei zeigt sich, dass die unkonventionellen Formen politischen Handelns vornehmlich von jenen Bevölkerungsgruppen verfolgt werden, die über ein vergleichsweise hohes soziales Kapital verfügen (II). Am Ende steht der Versuch, diese Befunde ideologiekritisch zu deuten (III).

I. DIE AUFWERTUNG VON EXPERTENWISSEN UND DIE DIAGNOSE DER POSTDEMOKRATIE

Moderne westliche Demokratien verfügen über eine liberale und eine republikanische Säule. Beinhaltet die erste Säule den Schutz individueller Freiheiten und die Vermeidung einer „Tyrannei der Mehrheit“ durch Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz, Repräsentativsystem und Gewaltenteil-

lung, so beinhaltet die zweite, ideengeschichtlich ältere Säule das Versprechen der gleichen und möglichst unmittelbaren Teilhabe an den politischen Entscheidungen. Im Zuge der zweiten demokratischen Transformation (vgl. Dahl 1989) ist es zu einer Verschmelzung dieser beiden Säulen im Modell der liberalen Demokratie gekommen. Moderne Demokratien sind bei allen Unterschieden im Detail – etwa hinsichtlich des Mehrheits- oder Verhältniswahlrechts, präsidentieller oder parlamentarischer Systeme und mehr oder weniger stark ausgeprägter direktdemokratischer Verfahren – durch eine Balance der beiden Säulen gekennzeichnet. Zumindest ist dies das Bild, welches die Lektüre einführender Darstellung zur Demokratietheorie vermittelt (vgl. Sartori 1997; Vorländer 2003; Schmidt 2010; Möllers 2008). Auch die Kriterien, die den diversen Spielarten der Demokratiemessung zugrunde gelegt werden, bestätigen dieses Zwei-Säulen-Modell (vgl. Lauth 2004; Müller/Pickel 2007). Allerdings mehren sich die Indizien, dass die Balance in der Wirklichkeit moderner Demokratien nicht nur temporär, sondern nachhaltig zuungunsten der republikanischen Säule gestört ist. Zwar ist das Ideal der gleichen Partizipationsmöglichkeiten immer nur ein Versprechen gewesen, das nie vollständig eingelöst werden konnte (vgl. Bobbio 1988), das allgemeine Wahlrecht hat aber in westlichen Gesellschaften zumindest dazu beigetragen, dass die politischen Eliten responsiv agiert haben. Die Folge hiervon waren ein Ausbau der sozialen Sicherungssysteme und eine – vergleichsweise – hohe Zufriedenheit mit der Demokratie und ihren Repräsentanten.

Damit scheint es aber vorbei zu sein. Das liberal-demokratische Modell – und seine sozialdemokratische Inanspruchnahme –, bei dem die Bürgerinnen und Bürger mittels Wahlen die Gesellschaft steuern, ist insofern nicht mehr angemessen, als die gewählten Repräsentanten den in sie gesetzten Erwartungen kaum noch entsprechen können. Ihnen sind, bildlich gesprochen, die Hände gebunden. Ursächlich hierfür ist in erster Linie die „großflächige Auslagerung formaler Entscheidungskompetenzen und faktischer Entscheidungsgewalt aus den politischen und politisierbaren Entscheidungsarenen der Nationalstaaten in internationale Exekutivorgane oder Regulierungsagenturen“ (Streeck 2009: 22). Zu nennen sind hier vor allem die Organe der Europäischen Union wie Kommission, Europäische Zentralbank und Europäischer Gerichtshof, die Welthandelsorganisation und die Weltfinanzinstitutionen (Weltbank, Internationaler Währungsfonds), die bei der politischen Gestaltung gegenüber nationalstaatlichen Regierungen und Parlamenten in den letzten Jahrzehnten erheblich an Einfluss gewonnen haben. Darüber hinaus hat sich eine Vielzahl von Regimes und Organisationen, teilweise rein privater Natur, in den vergangenen Jahren immer mehr Regelungskompetenzen angeeignet. Es bilden sich neue Formen des Regierens heraus, die einer demokratischen und auch einer zivilgesellschaftlichen Kontrolle zunehmend entzogen sind. Zudem werden immer mehr Entscheidungsmaterien in nationale wie transnationale „Public-Private-Policy-Networks“ (Grevén 2005) ausgelagert. Was aber erst einmal privatisiert

worden ist – man denke hier nur an den Bereich, den man früher einmal als die „öffentliche Daseinsfürsorge“ bezeichnet hat –, ist nur schwer wieder unter demokratische Kontrolle zu bringen, stehen dem doch die Eigentumsrechte der Anteilseigner entgegen.

Vollständig losgelöst von demokratischer Einflussnahme agieren zudem globale Rating-Agenturen wie *Moody's Investors Service* und *Standard & Poor's Ratings Group*. Dort ist ein ebenso spezifisches wie wirkmächtiges Wissen nahezu monopolisiert. Dem Ziel der Einschätzung der Kreditwürdigkeit privater und öffentlicher Gläubiger verpflichtet, führen deren expertokratische Einstufungen zu einem erheblichen Anpassungsdruck an die Erwartungen der internationalen Finanzmärkte, um eine Abstufung und damit finanzielle Schwierigkeiten zu vermeiden.¹

Doch handelt es sich hierbei nicht lediglich um eine – übrigens politisch vollzogene² – Verlagerung der Entscheidungsfindung in neue, demokratiefernere Räume. Es ist zudem eine entscheidende und in der demokratietheoretischen Debatte nicht hinreichend reflektierte Veränderung der Entscheidungslogik erfolgt. Dies lässt sich aus einer systemtheoretischen und tendenziell affirmativen Perspektive als die Umstellung von einem normativen auf einen kognitiven Modus der Entscheidungsfindung beschreiben. Angesichts der immensen Komplexität lateraler Weltsysteme, verstanden als eigenlogisch und jenseits nationalstaatlicher Verpflichtungen operierender Subsysteme, sei deren demokratische Steuerung weder durchführbar noch wünschenswert. Insbesondere die Vorstellung, diese lateralen Weltsysteme mittels Recht demokratisch programmieren zu können, müsse aufgegeben werden. Dies liest sich bei Helmut Willke wie folgt: „Es [das Recht, D.J.] muss durch Selbstbeschränkung kompetenter werden für den Umgang mit höheren Graden von Heterogenität. Die Welle der Deregulierung und Entstaatlichung ist in dieser Sicht nur ein Vorbote der notwendigen tiefgründigeren Transformation des Rechts in Richtung auf ein post-konventionelles, post-interventionistisches, post-normatives Recht, das in der Lage ist, eine Steuerungsleistung zu erbringen, die sich auf Augenhöhe mit einer hyperkomplexen Gesellschaft bewegt“ (Willke 2006: 54). Aus dieser Perspektive erweist sich die Kombination von Recht und demokratischer Politik als eine „Fehlspezialisierung der Menschheitsgeschichte“ (ebd.; vgl. Luhmann 1975). Die Vorteile des privaten Rechts bestehen demgegenüber laut Willke in dessen Flexibilität und Effektivität, die es den Systemen gestattet, sich immer wieder einer sich rapide wandelnden Umwelt anzupassen.³

Es fällt nicht schwer, diese systemtheoretische Abklärung der Demokratie als Konstrukt mit einer verdeckten Normativität zu entlarven. Doch sollte man hier nicht allzu voreilig sein. Denn ungeachtet aller Normativität, die der Systemtheorie eingeschrieben ist, liefert sie ein Instrumentarium, welches in besonderer Weise den Blick für reale Entdemokratisierungsprozesse öffnet. Und hier lässt sich in der Tat in den vergangenen 20 bis 30 Jahren eine Umstellung von einem demokratischen auf einen kognitiven Modus sowohl der Entscheidungsgenerierung als auch der Kontextsteuerung be-

obachten. In Organisationen wie den nationalen und internationalen Regulierungsbehörden, dem „Council“ der Welthandelsorganisation, aber auch der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank sitzen Experten, die nach ‚besten‘ Lösungen suchen und sich dabei durchaus auch von der diskurstheoretisch geadelten Logik des „arguing“ leiten lassen. Nur erfolgt dies in der Regel hinter verschlossenen Türen und nach expertenzentrierten Rationalitätsstandards. Richard Münch (2009b: 25) spricht diesbezüglich von einem „Strukturwandel der Herrschaft“, der für demokratische Kontrolle kaum noch Raum lässt.⁴ Dies ist besonders gut im Rahmen der Europäischen Union, der ein liberaler Politikstil institutionell eingeschrieben ist, zu beobachten (vgl. Scharpf 2009). Insofern insbesondere die europäische Rechtsprechung immer mehr Politikfelder unmittelbar oder mittelbar beeinflusst, wird der Gestaltungsspielraum der demokratisch legitimierten nationalstaatlichen Gesetzgebung, aber auch des Verwaltungshandelns immer stärker eingeschränkt. Dies hat unter anderem Konsequenzen für das System der sozialen Sicherungen, das Kräfteverhältnis von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie die Bereitstellung öffentlicher Güter. Mit Scharpf lässt sich von einer zunehmenden Dominanz neoliberaler gegenüber demokratisch-republikanischen Politikmustern ausgehen.

Diese Phänomene sind für Colin Crouch (2008) Anlass, von postdemokratischen Zuständen zu sprechen. Ihm zufolge zeichnen sich postdemokratische Regime durch folgende Struktur aus: Die Institutionen der parlamentarischen Demokratie – periodische Wahlen, Wahlkämpfe, Parteienkonkurrenz, Gewaltenteilung – sind formal gesehen völlig intakt; und eben dadurch unterscheiden Postdemokratien sich grundlegend von prädemokratischen Gesellschaften. Doch stimmt die dahinter stehende Figur der Legitimation politischen Handelns durch die Partizipation des Volkes nicht mehr mit den realen Gegebenheiten überein. Der öffentliche Wahlkampf ist Crouch zufolge ein von rivalisierenden Teams professioneller Spindoctors kontrolliertes Spektakel. Sie bestimmen die politische Agenda durch die Auswahl und anschließende Inszenierung von wenigen Themen, die zudem immer stärker personalisiert werden. Die meisten Bürger spielten dabei lediglich eine passive, stille, bisweilen gar apathische Rolle, unfähig zur eigenen Gestaltung der politischen Auseinandersetzung. Im Rücken dieser Inszenierung des ‚Wahlspiels‘ finde der tatsächliche politische Prozess statt, und zwar in Form einer privatisierten Interaktion zwischen gewählten Regierungen und Eliten, die größtenteils die Interessen wirtschaftlich starker Akteure verträten. An die Stelle einer durch Wahlen vermittelten Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungen seien intransparente Verhandlungen getreten und der demokratische Prozess diene einzig der Erzeugung von Massenloyalität. Laut Crouch zeichnen sich postdemokratische Systeme durch ein komplexes und widersprüchliches Nebeneinander von demokratischen und expertokratischen, von staatlichen und privaten, von nationalen und globalen Formen des Regierens aus. Damit ist der ‚Postdemokratie‘ eine grundlegende Ambivalenz eingeschrieben: Demokratische

Beteiligungsformen werden einerseits eingefordert, andererseits aber auch entmutigt und frustriert, da der Gegenstandsbereich des demokratisch zu Entscheidenden schrumpft.

II. NEUE FORMEN DER POLITISCHEN BETEILIGUNG: ALLES HALB SO SCHLIMM?

Die Diagnose von Crouch scheint empirische Evidenz zu besitzen. Die Verlagerung der Entscheidungsgewalt von demokratisch legitimierten Parlamenten in supranationale und nicht-öffentliche Arenen ist ebenso gründlich dokumentiert (vgl. Benz 1998; Blumenthal 2003) wie der Rückgang der Unterstützung der grundlegenden politischen Institutionen und ihrer Repräsentanten durch die Bürgerinnen und Bürger, der sich am deutlichsten in Phänomenen wie Politikverdrossenheit, mangelnder Bereitschaft zur Mitarbeit in Parteien und dem Rückgang der Wahlbeteiligung niederschlägt und bisweilen gar zum Demokratiefrost führt (vgl. Putnam/Pharr 2000; Dalton 2004; Hay 2007; Embacher 2009). Auch der von Crouch diagnostizierte Trend zu Politainment und zur Personalisierung wird in der politikwissenschaftlichen Literatur seit längerem thematisiert (vgl. Dörner 2002; Köröscényi 2005; Meyer 2006). Derartigen Krisendiagnosen stehen indes die Aussagen von Autoren gegenüber, die weniger von einer Bedrohung der Demokratie als von einem Formwandel ausgehen. Verwiesen wird dabei auf die Zunahme neuer Beteiligungsverfahren in Form von Mediationsverfahren, Bürgerforen, Bürgerhaushalten oder auch die Einführung von Referenden in den letzten beiden Jahrzehnten. Diese ‚participatory revolution‘ tritt, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, in allen OECD-Staaten auf und ist von vielen als Anzeichen einer Stärkung direktdemokratischer Elemente auf Kosten repräsentativer Institutionen, ja als Beleg für die Lebendigkeit der Demokratie gedeutet worden (vgl. Ingelhart/Welzel 2005; Dalton/Klingemann 2007). Wir sind zwar Zeugen eines Abbaus von klassischen demokratischen Entscheidungsprozessen durch die Auslagerung in Expertengremien, gleichzeitig lässt sich aber auch eine Ausdehnung von Partizipationsformen beobachten. Und hierzu zählen neben Demonstrationen nun eben auch die vielfältigen Bürgerforen, denen ein deliberativer Charakter zugeschrieben wird.

Eine anspruchsvolle demokratietheoretische Deutung dieser neuen Formen der zivilgesellschaftlichen Beteiligung hat Pierre Rosanvallon unter dem Titel *Counter-Democracy* (2008) vorgelegt. Er unterscheidet dort zwischen drei Formen der „Gegendemokratie“ oder der negativen Politik, die ihm zufolge in den vergangenen Jahren mehr und mehr an die Seite des Wählens getreten seien: erstens die zivilgesellschaftliche Überwachung politischen Handelns durch die Mechanismen der Beobachtung, Anprangerung und einer möglichst neutralen Evaluation politischer Entscheidungen, zwei-

tens die „democracy of rejection“ (Rosanvallon 2008: 15) in Form der Weigerung zivilgesellschaftlicher Akteure, die zur Umsetzung der Entscheidungen erforderlichen Ressourcen bereitzustellen, und schließlich drittens die gerichtliche Bekämpfung politischer Entscheidungen. „Increasingly, voters have been replaced as political actors by the three metaphorical figures we have just discussed: the people as watchdogs, the people as veto-wielders, and the people as judges. Sovereignty has thus come to be exercised indirectly, in ways not specified by constitutional rules“ (ebd.: 17). Rosanvallon zeigt anhand vieler empirischer Beispiele, dass die Möglichkeiten und auch die Inanspruchnahme der zivilgesellschaftlichen Gegendemokratie in modernen Gesellschaften zugenommen haben und deutet dies als einen insgesamt begrüßenswerten Gestaltwandel der Demokratie. Er erwähnt zwar die Gefahr, dass diese neue Form der negativen Demokratie den Trend zur Entpolitisierung verstärken könne, insgesamt sieht er in ihr aber mehr Chancen. Diese bestehen insbesondere in der Möglichkeit, die Rationalität politischer Entscheidungen zu erhöhen sowie in dem Zwang der politischen Eliten, ihre Entscheidungen gegenüber zivilgesellschaftlichem Protest zu rechtfertigen.

Doch Rosanvallons Verschiebung der Bürgerrolle von der des Wählers zu der des zivilgesellschaftlichen Richters und Veto-Spielers kann als Alternative zur Diagnose der Postdemokratie nicht überzeugen. Im Gegenteil, gerade die von ihm so hoch gelobte Rolle des Bürgers als Richter verlangt eine Unparteilichkeit und Sachkenntnis, die gerade nicht dazu beitragen, die politischen Leidenschaften der Vielen anzusprechen und mithin demokratische Beteiligungsformen zu revitalisieren.⁵ Politik wird bei Rosanvallon, der hier der deliberativen Demokratietheorie nahe steht, als eine möglichst neutrale und sachliche Form der Entscheidungsfindung begriffen. Dies verstärkt aber lediglich den oben beschriebenen Trend zur Verwissenschaftlichung der Politik.⁶ Auch die Idee einer Politik der Verweigerung ist nicht zwangsläufig demokratisch, etwa wenn sich mächtige Veto-Spieler demokratisch legitimierten Direktiven entziehen.

Zudem sind die von Rosanvallon, aber auch von den Vertretern der deliberativen Demokratietheorie präferierten neuen Formen der Beteiligung sehr voraussetzungsvoll. Nicht alle Bürgerinnen und Bürger verfügen jedoch über jene Ressourcen, derer es für die erfolgreiche Partizipation an deliberativen Verfahren bedarf. Hierzu zählen neben Zeit und einer zumindest rudimentären Sachkenntnis nun eben auch rhetorische Fähigkeiten und ein selbstbewusstes Auftreten. Gerade letztere sind in spätmodernen Gesellschaften jedoch ungleich verteilt. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass diese neuen Formen vornehmlich von den gut ausgebildeten Mittelschichten dominiert werden, und dies gilt selbst für vermeintlich niedrigschwellige Formen des zivilgesellschaftlichen Protestes wie Demonstrationen.⁷ Damit wird aber lediglich ein Trend fortgeschrieben, wenn nicht sogar forciert, den wir bereits bei Wahlen beobachten können. An den neuen, unkonventionellen Beteiligungsformen am politischen Prozess partizipieren Ober- und Mittelschichtangehörige zu einem signifikant höheren Anteil als

Angehörige der Unterschicht. Dies wird von Franz Walter unterstrichen: „Die Fähigkeit zur Partizipation ist eben gebunden an besondere Ressourcen: Sprachgewandtheit, Kompetenz, Selbstbewusstsein, Informationen. Partizipation prämiert den privilegierten Zugang zu Bildungsgütern. Bürgergesellschaftliche Partizipation verfestigt und steigert so noch die Elitenstruktur moderner Demokratien; sie konsolidiert und fördert dadurch noch die Oligarchisierung des Willensbildungsprozesses“ (Walter 2009: 113). Insofern in deliberativen Verfahren und zivilgesellschaftlichen Protestformen besonders die Kompetenzen gut ausgebildeter Akademiker honoriert werden, wohnt dem deliberativen Demokratieverständnis in seiner praktischen Umsetzung innerhalb kapitalistischer Gesellschaften ein elitärer Bias inne.⁸ Doch nicht nur dies, die Berufung auf zivilgesellschaftliche Akteure droht auch zur ideologischen Rechtfertigung einer zunehmend gespaltenen Gesellschaft missbraucht zu werden.

III. DEMOKRATIE ALS SPIELWIESE DER GUT AUSGEBILDETEN MITTELSCHICHTEN

Bei Ingolfur Blühdorn findet sich der ebenso interessante wie provozierende Versuch, das scheinbar paradoxe Nebeneinander der Zunahme neuer Formen der Beteiligung und der oben beschriebenen Verlagerung von Entscheidungskompetenzen in Expertengremien als zwei Seiten einer Medaille zu lesen. Die Gleichzeitigkeit von Entdemokratisierungsprozessen zum Zwecke der Effektivitätssteigerung auf der einen Seite und der Ausweitung von neuen Beteiligungsformen auf der anderen Seite stellt Blühdorn zufolge ein Charakteristikum einer spezifischen spätmodernen Vergesellschaftungsform dar, deren Legitimität über „practices of simulation“ gesichert werde. Es geht dabei, wie er im Anschluss an Crouch formuliert, um das „maximum level of minimal participation“ (Blühdorn 2009: 42). Laut Blühdorn besitzen diese neuen Formen der Bürgerbeteiligung daher vornehmlich eine kompensatorische Funktion. Sie überbrücken jene Kluft, die in spätmodernen Gesellschaften durch die Intensivierung demokratischer Forderungen auf der einen Seite und die wachsende Komplexität politischer Prozesse auf der anderen Seite entstanden ist. „Such exercises provide citizens with opportunities to articulate their concerns, experience their identity, and gain a sense of political efficacy, yet they leave the actors and processes of depoliticised technocratic governance essentially undisturbed“ (ebd. 2009: 42f.).

Die Diagnose Blühdorns, die unverkennbar in der Tradition der Ideologiekritik steht, wirkt weniger weit hergeholt, wenn man sich vergegenwärtigt, dass demokratische Beteiligungsformen immer auch Rituale sind, in denen die symbolische Integration der Gesellschaft sichergestellt und reproduziert wird. Sie dienen ebenso der Vergewisserung eines Zusammengehörigkeitsgefühls wie der Bestätigung fundamentaler politischer Ideale. An-

dreas Dörner spricht von einem demokratischen Mythos, der durch die massenmediale Inszenierung etwa von Wahlkämpfen, aber auch von unkonventionellen Formen der Beteiligung immer wieder aufs Neue aktualisiert und reproduziert wird. Demokratische „Rituale geben Orientierungssicherheit, und sie vermitteln den Menschen das Gefühl, bei den wirklich wichtigen Dingen ihrer Bezugsgemeinschaft ‚dabeizusein‘“ (Dörner 2002: 29). Die Bedeutsamkeit demokratischer Wahlen sowie der neuen, deliberativen Formen politischen Engagements besteht also zumindest auch in der wechselseitigen Vergewisserung demokratischer Ideale, und dies scheint umso wichtiger zu werden, je mehr die tatsächlichen Entscheidungsmaterien aus den demokratischen Institutionen in Expertengremien und auf die supranationale Ebene auswandern, je weniger es also demokratisch zu entscheiden gibt. Diese Ideale haben aus der Perspektive der Teilnehmer in den vergangenen Jahren an Relevanz eher noch zugenommen, jedenfalls für jene, die in der Lage sind, sich am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv zu beteiligen.

Denn was für unkonventionelle Beteiligungsformen gilt, lässt sich auch immer häufiger bei Wahlen beobachten. Auf den Trend zum Rückgang der Wahlbeteiligung, der in nahezu allen OECD Staaten, aber ebenso – und besonders ausgeprägt – in vielen der neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas beobachtet werden kann, ist bereits verwiesen worden. Es ist indes nicht allein der quantitative Rückgang im Ganzen, der aus demokratietheoretischer Perspektive als problematisch, wenn nicht gar als alarmierend einzustufen ist. Die empirischen Befunde sind noch aufschlussreicher, wenn sie nach soziostrukturellen Faktoren aufgeschlüsselt werden. Dass ich nicht zur Wahl gehe oder über die Angehörigen der politischen Elite verdrossen bin, ist umso wahrscheinlicher, je niedriger mein Bildungsabschluss und mein Einkommen sind (vgl. Embacher 2009; Schäfer 2010). Anders ausgedrückt: Es sind vornehmlich jene Menschen, die durch die „Reformen“ der vergangenen 20 Jahre mehr und mehr ihren lebensweltlichen Halt verloren haben und die zunehmend den Gang zur Wahlurne verweigern. Und darin lässt sich eine nicht unvernünftige Reaktion sehen.

Die Angehörigen der „neuen Unterschichten“ mussten in der jüngeren Vergangenheit immer wieder die Erfahrung machen, dass ihre Stimmabgabe nicht den gewünschten Einfluss auf die politischen Entwicklungen hat. Betrachtet man beispielsweise die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990, so haben die Wähler dort nacheinander nahezu sämtliche Regierungsbündnisse ausprobiert: über schwarz-gelb, schwarz-rot, rot-rot und jetzt rot-schwarz. Auch waren sie während dieser Zeit an der Wahl unterschiedlicher Koalitionen im Bund beteiligt. Doch waren mit diesen Wahlen keine spürbaren Verbesserungen in den Lebensbedingungen jener Menschen verbunden, die sich den neuen Anforderungen, etwa hinsichtlich der Flexibilität oder des lebenslangen Lernens, nicht anpassen konnten oder wollten. Im Gegenteil, der Niedergang ganzer Landstriche hat in den letzten Jahren zugenommen. Wer es irgendwie schaffte, ging Richtung Westen; es

blieben die alten und sogenannten bildungsfernen Bürger. Es sind diese ländlichen Gegenden, aber auch städtischen Plattenbausiedlungen, in denen die Wahlbeteiligung besonders niedrig ausfällt. Viele der Menschen, die dort leben, erhoffen sich nichts mehr von der Politik.

Ähnliches lässt sich über viele ehemalige Industriestandorte im Westen der Republik sagen. Auch hier sind es vornehmlich die Opfer des Übergangs zur Dienstleistungsgesellschaft, die den Gang zur Wahlurne verweigern. So lag die Wahlbeteiligung bei den jüngsten Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen etwa in Oberhausen, einer Stadt, die besonders stark vom Strukturwandel betroffen ist, bei 46 Prozent, in der Beamtenstadt Münster dagegen bei 58 Prozent.⁹ Differenziert man das Ergebnis nach Stadtteilen, so fällt die Beteiligung dort besonders niedrig aus, wo die „neuen Unterschichten“ leben.

Politische Beteiligung droht mithin zu einer Spielwiese der Modernisierungsgewinner zu verkommen. In diesen Milieus besitzt das Bewusstsein der demokratischen Pflicht des Wählens weiterhin seine Geltung. Insbesondere Akademiker begreifen es als einen nicht zuletzt moralisch gebotenen Akt, ihren politischen Willen in der Wahlkabine zum Ausdruck zu bringen.¹⁰ Ganz anders dagegen bei den Modernisierungsverlierern. Diese Menschen haben sich von den demokratischen Ritualen zu großen Teilen verabschiedet. Darin kann man eine, wenn auch verzweifelte, Form der Rationalität sehen. Denn in der durch den Wahlakt gestifteten Gemeinschaft der „Demokraten“ können sich viele Menschen kaum wiederfinden und der Gang zur Wahlurne würde eine Ordnung legitimieren, die sie aus ihrer Perspektive massiv benachteiligt. Warum sollten sie denn auch ein Ritual befolgen, von dem sie sich nichts (mehr) erhoffen können? Warum zur Wahl gehen, wenn das sowieso wenig bis nichts an der persönlichen Situation ändert?

Der Akt des Wählens und auch die viel gelobten unkonventionellen Formen der politischen Beteiligung haben – so meine These – in den vergangenen Jahren eine andere Bedeutung gewonnen. Es geht tendenziell nicht mehr um die inhaltliche Bestimmung der Politik, sondern um das Bekenntnis zur liberalen Grundordnung. Durch die Wahl findet mithin eine Selbstbestätigung als „guter Demokrat“ statt. Doch gerade diejenigen, die in der Soziologie als das „neue Prekariat“ oder als „die Ausgeschlossenen“ (Heinz Bude) bezeichnet werden, haben durchaus Gründe, dieses Bekenntnis zu verweigern. Denn sie machen die Erfahrung, von der „demokratischen“ Gesellschaft und ihren Eliten nicht mehr hinreichend anerkannt zu werden.

Wie gesehen, können auch die oftmals gepriesenen neuen Beteiligungsformen wie Demonstrationen und deliberative Verfahren den Vertrauensverlust seitens der so genannten Modernisierungsverlierer nicht aufwiegen. Diese werden mehrheitlich von jenen Bürgern in Anspruch genommen, deren Demokratiezufriedenheit vergleichsweise hoch ist. Zudem laufen diese unkonventionellen Beteiligungsformen oftmals ins Leere, werden von ver-

meintlichen Sachzwängen ausgebremsst oder von der Verwaltung schlichtweg ignoriert (vgl. Parkinson 2004, 2006). Deliberative Verfahren, so hat jüngst Marcus Höreth (2009) überzeugend dargelegt, können insbesondere nicht jene demokratische Legitimationslücke füllen, die durch die Prozesse der Internationalisierung und der Deparlamentarisierung politischen Entscheidens entstanden sind.

ANMERKUNGEN

- 1 Dies ist in der jüngsten Euro-Krise deutlich hervorgetreten; zur Rolle der Ratingagenturen in der Weltfinanzkrise von 2008/2009 vgl. Rudolph (2010).
- 2 Die Rolle politischer Akteure bei dieser Transformation der Demokratie wird von Hay (2007) unterstrichen.
- 3 Eine kritische Beschreibung des Trends zur Verwissenschaftlichung des Regierens liefert Münch (2009a).
- 4 Dies scheint mir auch einer der wesentlichen Gründe dafür zu sein, dass die zivilgesellschaftlichen Proteste gegen das expertokratische Management der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise wie ein ritualisierter Reflex ohne Gestaltungsvisionen wirken. Sie setzen einen Rahmen voraus, in dem politische Eliten responsiv agieren können.
- 5 Zur Bedeutung von Leidenschaften gerade für demokratische Formen der Politik vgl. Walzer (1999).
- 6 Für eine ausführliche Kritik dieser expertokratischen und entpolitisierenden Züge bei Rosanvallon vgl. Urbinati (2010).
- 7 Dies konnte man selbst bei den „Montagsdemonstrationen“ gegen die Hartz-Gesetze der rot-grünen Bundesregierung beobachten; vgl. Rucht/Yang 2004; Munsch 2005.
- 8 Dass über zivilgesellschaftliche Kanäle durchaus auch spezifische Interessen von Besitz und Bildung gegen die Ansprüche von Marginalisierten durchgesetzt werden, ließ sich im Sommer 2010 am Hamburger Schulstreit studieren.
- 9 Diese Spreizung ist übrigens bei der Bundestagswahl auf etwas höherem Niveau (Münster 77,7 Prozent, Oberhausen 69,9 Prozent) bestätigt worden.
- 10 Davon zeugen auch die sicherlich gut gemeinten Wahlwerbespots von Kulturschaffenden, mit der die Bundeszentrale für Politische Bildung im Vorfeld der letzten Bundestagswahl die Internetgemeinde beglückte. „Wer kuscheln will, der muss auch wählen gehen“, so etwa die Botschaft des Bardens Gunter Gabriel. Was bei diesem und vielen ähnlichen Werbespots, aber auch bei vielen Kommentaren zur sinkenden Wahlbeteiligung auffällt, ist deren unterschwellige moralische Botschaft: Wer

nicht zur Wahl geht, ist ein schlechter Demokrat, wenn nicht gar ein Mensch, der unsere Missachtung verdient.

LITERATUR

- Benz, Arthur (1998): Postparlamentarische Demokratie?, in: Michael Greven (Hg.), *Demokratie – eine Kultur des Westens?*, Opladen, S. 201-222.
- Blühdorn, Ingolfur (2009): *Democracy beyond the Modernist Subject. Complexity and the Late-modern Reconfiguration of Legitimacy*, in: ders. (Hg.), *In search of Legitimacy*, Opladen/Farmington Hills, S. 17-50.
- Blumenthal, Julia von (2003): *Auswanderung aus den Verfassungsinstitutionen. Kommissionen und Konsensrunden*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 43, S. 9-15.
- Bobbio, Norberto (1988): *Die Zukunft der Demokratie*, Berlin.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt am Main.
- Dahl, Robert A. (1989): *Democracy and its Critics*, New Haven/London.
- Dalton, Russell J. (2004): *Democratic Challenges, Democratic Choices. The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies*, Oxford.
- Dalton, Russell J./Hans-Dieter Klingemann (2007): *Citizens and Political Behaviour*, in: dies. (Hg.), *The Oxford Handbook of Political Behaviour*, Oxford, S. 3-26.
- Dörner, Andreas (2002): *Wahlkämpfe – eine rituelle Inszenierung des „demokratischen Mythos“*, in: ders. (Hg.): *Wahlkämpfe*, Frankfurt am Main, S. 16-42.
- Embacher, Serge (2009): *Demokratie! Nein danke? Demokratieverdross in Deutschland. Die neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Berlin.
- Greven, Michael Th. (2005): *The Informalization of Transnational Governance. A Threat to Democratic Government*, in: Edgar Grande/Louis W. Pauly (Hg.), *Complex Sovereignty*, Toronto, S. 261-284.
- Hay, Colin (2007): *Why we hate Politics*, Cambridge.
- Höreth, Marcus (2009): *Überangepasst und realitätsentrückt. Zur Paradoxie der Theorie der deliberativen Demokratie in der EU*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Jg. 19, S. 307-330.
- Inglehart, Ronald/Christian Welzel (2005): *Modernization, Cultural Change and Democracy. The Human Development Sequence*, Cambridge.
- Körösenyi, András (2005): *Political Representation in Leader Democracy*, in: *Government & Opposition*, Jg. 40, S. 358-378.

- Lauth, Hans-Joachim (2004): Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich, Wiesbaden.
- Lenk, Kurt (1971): Ideologiekritik und Wissenssoziologie (4. Aufl.), Neuwied/Berlin.
- Luhmann, Niklas (1975): Die Weltgesellschaft, in: ders. (Hg.), Soziologische Aufklärung, Bd. 2, Opladen, S. 51-71.
- Meyer, Tomas (2006): Populismus und Medien, in: Frank Decker (Hg.), Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Bonn, S. 81-97.
- Möllers, Christoph (2008): Demokratie – Zumutungen und Versprechen, Berlin.
- Müller, Thomas/Susanne Pickel (2007): Wie lässt sich Demokratie am besten messen? Zur Konzeptqualität von Demokratie-Indizes, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 48, H. 3, S. 511-539.
- Münch, Richard (2009a): Transnationale Rationalitäten, nationale Traditionen: ein Dilemma der Regierung im Mehrebenensystem, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, Jg. 7, H. 3, S. 597-621.
- Münch, Richard (2009b): Globale Eliten, lokale Autoritäten. Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von PISA, McKinsey & Co, Frankfurt am Main.
- Munsch, Chantal (2005): Wie Engagement soziale Ausgrenzung reproduziert, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen Jg. 18, H. 3, S. 108-114.
- Parkinson, John (2004): Why Deliberate? The Encounter between Deliberation and New Public Managers, in: Public Administration, Jg. 82, H. 2, S. 377-395.
- Parkinson, John (2006): Deliberating in the Real World. Problems of Legitimacy in Deliberative Democracy, Oxford.
- Putnam, Robert D./Susan J. Pharr (Hg.) (2000): Disaffected Democracies: What's Troubling the Trilateral Countries?, Princeton.
- Rosanvallon, Pierre (2008): Counter-Democracy. Politics in an Age of Distrust, Cambridge.
- Rucht, Dieter/Mundo Yang (2004): Wer demonstrierte gegen Hartz IV?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 17, H. 4, S. 21-27.
- Rudolph, Bernd (2010): Die internationale Finanzkrise: Ursachen, Treiber, Veränderungsbedarf und Reformansätze, in: Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht, Jg. 39, H. 1, S. 1-49.
- Sartori, Giovanni (1997): Demokratietheorie, Darmstadt.
- Schäfer, Armin (2010): Kompensiert bürgerliches Engagement den Rückgang der Wahlbeteiligung?, in: BBE-Newsletter 4/2010.
- Scharpf, Fritz W. (2009): Legitimität im europäischen Mehrebenensystem, in: Leviathan, Jg. 37, H. 2, S. 244-280.

- Schmidt, Manfred G. (2010): *Demokratiethorien. Eine Einführung* (5. Aufl.), Wiesbaden.
- Streeck, Wolfgang (2009): Von der gesteuerten Demokratie zum selbststeuernden Kapitalismus. *Die Sozialwissenschaften in der Liberalisierung*, in: *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung*, Jg. 6, H. 1, S. 13-33.
- Urbinati, Nadia (2010): Unpolitical Democracy, in: *Political Theory*, Jg. 38, H. 1, S. 65-92.
- Vorländer, Hans (2003): *Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien*, München.
- Walter, Franz (2009): *Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration*, Bielefeld.
- Walzer, Michael (1999): *Vernunft, Politik und Leidenschaft. Defizite liberaler Theorie*, Frankfurt am Main.
- Willke, Helmut (2006): *Global Governance*, Bielefeld.

Gibt es einen heimlichen Lehrplan von „Governance“ im liberalen Kapitalismus?

ALBAN WERNER

I. FRAGESTELLUNG UND HERANGEHENSWEISE

Eine Argumentationsfigur aus der kritischen Pädagogik kann hilfreich sein, um eine bestimmte Form des Regierens in industrie-kapitalistischen Gesellschaften kritisch zu beleuchten. Eine solche Figur ist „der heimliche Lehrplan“. Sie wird hier als Folie angewendet, um „Governance“ zu betrachten. „Governance“ ist eine Form des Regierens, die sich für die Sozialwissenschaft als wahre Wachstumsindustrie erwiesen hat.¹

Das Ziel dieses Essays ist es, einen kritischen Blick auf diese Regierungsweise zu werfen, die viel diskutiert wird und offenbar große politische Relevanz besitzt, weil sie politischen Verantwortungstragenden häufig als adäquate Form kollektiver Entscheidungsfindung nahe gelegt wird.

Meine These ist, dass diese Form des „Regierens“, wie andere Formen auch, sinnvoll betrachtet werden kann unter dem Blickwinkel ihrer langfristig sozialisierenden Wirkungen. Es geht nicht um Ideologiekritik im einfachen Sinne, die „Governance“ als Trick der Herrschenden entlarvt, etwa als eine große Täuschung, die allen Beteiligten nur vorgaukelt, politischen Einfluss auszuüben. Mich interessiert, was „wahr“ ist an Governance, „wahr“ im Sinne von alltagstauglich und „einleuchtend“ (vgl. Hall 2004: 189).

II. WAS MEINT „DER HEIMLICHE LEHRPLAN“?

In Lehranstalten gibt es einen offiziellen und einen „heimlichen“ Lehrplan. Zu diesem Ergebnis kommen – unter vielen anderen – der Soziologe Philip W. Jackson bei seiner teilnehmenden Beobachtung am Unterricht in US-amerikanischen Grundschulen und der Psychologe Benson Snyder anhand seiner Untersuchungen des Verhaltens von Studierenden und Professoren am Massachusetts Institute of Technology (MIT). Ihnen zufolge sieht man

an der Oberfläche in den Lehranstalten einen Lehrplan, bei dem es darum geht, die Methoden und Inhalte der Fächer zu lernen, die zum spezifischen Lernabschnitt einer Biographie gehören. Es geht um das Begreifen von Texten, von Theorien, mathematischen Modellen und das Bestehen von formalisierten Prüfungen. Aber eben nicht nur darum.

„Ein Schüler lernt, in die Regeln, Regelungen und Rituale, die ihn umgeben, ruhig einzuwilligen. Er lernt, die kleinen Versagungen des Alltags hinzunehmen und die höhererorts beschlossenen Verfahrensweisen zu akzeptieren, auch wenn ihre Logik unerklärt und ihr Sinn unklar bleiben. Gleich den Insassen anderer Zwangsorganisationen lernt er, mit den Achseln zu zucken und zu sagen: ‚So ist nun mal das Leben‘“ (Jackson 1975: 31).

Jacksons Formulierung zeigt uns den wesentlichen Mechanismus des „heimlichen Lehrplans“: Die Subjekte innerhalb einer bestimmten Institution, in diesem Fall der Schule, lernen sich innerhalb dieses sozialen Raums zurechtzufinden. Wie jede Ideologie kennzeichnet die des heimlichen Lehrplans eine restringierende und ermöglichende Konstitution der Subjekte. Sie werden auf bestimmte Rollenprofile verpflichtet, aber erlangen damit zugleich Kompetenzen, die sich auch immer für andere Praktiken als die institutionell vorgeschriebenen eignen (vgl. Therborn 1980: 17). Gerade weil es zwei Lehrpläne gibt, den offenkundig sichtbaren und den „heimlichen“, ist dieser Prozess nicht als einfache Prägung, als passiver Anpassungsprozess an extern gegebene Vorgaben vorstellbar. Anhand der Erstsemester-Studierenden am MIT zeigt Benson Snyder, wie eine Spannung entsteht aus der gleichzeitigen Existenz und gleichzeitigen Verbindlichkeit von offiziellem und heimlichem Lehrplan. Die Studierende soll auf der einen Seite kreativ sein und sich in den Lernprozess einbringen. Auf der anderen Seite muss sie ein bestimmtes Lernpensum erfüllen, muss vorgefertigte Prüfungen bestehen, in denen eine spezielle und keine andere Antwort von ihr erwartet wird.

„Der Jahrgang benötigt einige Zeit, diese Botschaften zu sortieren, die Unterschiede herauszufinden, diese widersprüchlichen Signale zu verstehen, die durch die Gegenwart eines öffentlichen und eines heimlichen Lehrplans zustande kommen“ (Snyder 1971: 9)². Schon Snyder bemerkt, dass diese Konstellation nicht nur in pädagogischen, sondern vermutlich in allen gesellschaftlichen Institutionen beheimatet ist, die das Leben strukturieren.

„Sicherlich ist [diese Situation] in allen Gruppen und Organisationen gegenwärtig – Konzernen, Familien, der Regierung. Entscheidend ist nicht die Gegenwart formaler Regeln und informeller Antworten, sondern vielmehr die Arten von Unstimmigkeit, die durch den Abstand zwischen beiden erzeugt werden; und die Art in der Arbeitgeber und Arbeiter, Eltern und Kinder, ProfessorInnen und Studierende die Konflikte und Themen herausarbeiten, verständlich machen und diskutieren, die meistens verdeckt bleiben“ (Snyder 1971: 9).

Die Betroffenen sind keine passiven Behälter für das, was der heimliche Lehrplan ihnen nahe legt. Es erfordert ihre Tätigkeit als Subjekte, mit den widersprüchlichen Erwartungen, die ihnen von den beiden Lehrplänen entgegen gebracht werden, umzugehen. Es ist unmöglich, alle an die Lernenden gerichteten Erwartungen gleichzeitig zu erfüllen. Man kann nicht für alle Prüfungen gleichermaßen lernen, nicht in jedes Term Paper für jedes Vertiefungsseminar dieselbe Menge Arbeit stecken, und erst recht nicht dann auch noch der Erwartung genügen, alle „extra-curricular activities“ tatsächlich in dem Umfang gemacht zu haben, wie sie nachher im Lebenslauf auftauchen. Man sollte Snyder nicht in der Annahme folgen, dass diese Spannungssituation absichtlich herbeigeführt wird (vgl. ebd.: 18). „*Hidden Curriculum*“ ist nicht dasselbe wie „*Hidden Agenda*“. Gegen die These absichtlicher Planung des „heimlichen Lehrplans“ als Ganzem spricht eben die starke Widersprüchlichkeit der Signale, die er aussendet. Alle Mitglieder von Fachschaft, Fakultätsrat, Senat oder zuständigen Kommissionen, die die Vorbereitung und ständige Nachbesserung bei den Bachelor- und Master-Studiengängen kennen, werden bezeugen können, dass es den einheitlichen Lehrplan eines neoliberalen Zentralkomitees, allen Studierenden ein „unternehmerisches Selbst“ anzuerziehen, definitiv nicht gibt. Die nicht formal gesetzten, aber dennoch subtil sozialisierend wirkenden Institutionen der Bildungseinrichtungen sind teils geplant, aber die geplanten Wirkungen durchkreuzen sich mit anderen geplanten und nicht geplanten Einflüssen. Der heimliche Lehrplan besteht im Kern aus den von Jackson genannten Regeln, der Verknüpfung und Hierarchisierung bestimmter Regeln, denen man innerhalb einer Institution unterliegt, und den Ritualen, die hier regelmäßig vollzogen werden.

Um den „heimlichen Lehrplan“ einer Institution zu kennen, muss nach dem Lehr-Lernverhältnis dort Ausschau gehalten werden. Welche Erwartungen werden ungeschrieben an die Teilnehmenden gestellt? Welcher Spielraum bleibt den Betroffenen, mit diesen Erwartungen umzugehen? Wie sieht das System von Belohnungen und Bestrafungen aus, durch das die Handlungen der Beteiligten sanktioniert werden? Welche Hierarchie der Beteiligten wird damit etabliert?

III. GIBT ES „HEIMLICHE LEHRPLÄNE“ AUCH IN POLITISCHEN STRUKTUREN?

Meine These ist nun: Ein „hidden curriculum“ gibt es in allen Poren der Gesellschaft, und nicht zuletzt in allen Arenen des politischen Handelns. Im Raum des Politischen werden alle Mitwirkenden wieder und wieder zu Subjekten gemacht. In den Institutionen, d.h. den formalisierten Handlungszusammenhängen des politischen Lebens lernt man, was ist, was richtig ist und was möglich ist (vgl. Therborn 1980: 18). Politische Institutionen sind nicht nur zu begreifen als verstetigte Apparaturen zur Aggregation politi-

scher Präferenzbekundungen oder Regelsysteme, sondern als sozialisierende Instanzen, die das Verteilungsmuster politischer Identitäten und Machtressourcen in einer Gesellschaft wesentlich mit bestimmen (vgl. March/Olson 1989: 164); so kommen auch Wechselbeziehungen zwischen Gesellschaft und Politik in den Blick.

Es handelt sich um einen originär politik-soziologischen Zugang im Sinne Kurt Lenks:

„So wie die Institutionen erscheint auch das Politische selbst nicht als ein eigener, gesonderter Sachbereich, sondern als eine bestimmte Verfassung, ein spezifischer Aggregatzustand der Gesellschaft“ (Lenk 1982: 13). Dieser Befund für politische Institutionen gilt paradoxerweise umso eher, je mehr man von einer *liberalen Regierung* sprechen kann. Liberal ist eine Regierung dann, wenn sie durch Macht, anstatt durch Gewalt regiert. Der politische Liberalismus vollendet diese Regierungsform, deren Unterworfenen nicht Untertanen sind, sondern *Citoyens*.

„Wenn man die Ausübung von Macht als eine Handlung beschreibt, die sich auf andere Menschen bezieht, wenn man diese Praktiken als die Regierung von Menschen durch andere Menschen entziffert [...], dann schließt es ein wichtiges Element ein: Freiheit. Macht wird über freie Subjekte ausgeübt, und zwar nur insoweit sie frei sind“ (Foucault 1982: 790).

Das Moment der Freiheit wird wiederum umso wichtiger, je mehr die Regierenden auf Gewalt zur Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse verzichten, je mehr sie auf die Einbindung der Regierten setzen und zu Zugeständnissen bereit sind, mit anderen Worten: Je mehr sich eine soziale Gruppe bemüht, mittels *Hegemonie* statt durch Gewalt ihre politischen Ziele zu erreichen. Aber schon diese einfachen Bestimmungen des Regierens unter liberalen Bedingungen, mit anderen Worten: in einer *bürgerlichen Gesellschaft* reichen aus, um sich das pädagogische Element politischer Herrschaft klar zu machen. Die Regierenden müssen diejenigen, über die sie Macht ausüben wollen, kennen lernen. Sie müssen wissen, wie das Kollektiv, das es zu regieren gilt, sich zusammensetzt, wie es sich selbst versteht, zu seinen Bedürfnissen und Interessen kommt, durch welche Leidens- und Erfolgsgeschichte es gegangen ist, die es respektiert wissen will – wie sollten sie sonst Zugeständnisse machen wollen, die den Regierten als echte Erfolge erscheinen? Aber auch die Regierten sind keinesfalls passive Container für die Ideen, die Interessen und Handlungsmotive, die ihnen seitens der Regierenden nahe gelegt werden. Es gibt nicht nur ein Herrschaftswissen, sondern auch ein Beherrschtenswissen. All die „Regeln, Regelungen und Rituale“ (1975: 31), von denen Philip Jackson im Bezug auf den Schulalltag spricht, können von den Regierten auch immer anders gedeutet werden als von Regierten geplant. Die Regierten lernen die Möglichkeiten und Grenzen ihrer Freiheit kennen. Sie begreifen die Schwächen der regierenden Gruppe. Das ist noch nicht gleichbedeutend damit, deren Position aufzuheben. Aber

es hilft ihnen zu wissen, was sie sich leisten können und was nicht, und wie sie unbemerkt einige der Anweisungen unterlaufen. Politik ist von Kämpfen geprägt, von Siegen und Niederlagen, von Kräftespielen und Kompromissen. Sie lassen die Institutionen, die das politische Geschehen einrahmen, nicht unberührt. Deswegen verändern sich auch die subtilen Signale, die Belohnungen und Bestrafungen, die „Logik der Angemessenheit“, die den BürgerInnen, vor allem aber den politischen Eliten seitens der Institutionen signalisiert werden (vgl. March/Olson 1989: 160; Borchert 2003: 21). Insofern gibt es in der Politik ein „lebenslanges Lernen“, und vielleicht ist dieses Lernen, weil es dort mit intensiven Rivalitäten zu tun hat, viel deutlicher geprägt von einem „heimlichen“ als einem offiziellen Lehrplan. Von Gramsci stammt die These, dass jedes Verhältnis von Hegemonie „notwendigerweise ein pädagogisches Verhältnis“ sei (Gramsci 1994 [1932-35]: 1335). Es lasse sich nicht auf die „spezifisch schulischen Beziehungen“ eingrenzen, weil dasselbe Beziehungsmuster immer dort auftritt, wo „die neuen Generationen in Kontakt mit den alten treten und deren historisch notwendige Erfahrungen und Werte aufnehmen, indem sie eine eigene, geschichtlich und kulturell höhere Persönlichkeit ‚zur Reife bringen‘ und entwickeln“ (ebd.). Aus Sicht einer gesellschaftskritischen politischen Soziologie ist deswegen die Kenntnis Subjekt-konstituierender Effekte der politischen Institutionen zentral, um die Mechaniken des „Regierens“ zu verstehen. Die Verbindlichkeit ihrer Anrufungen erhalten die Institutionen durch die stets im Hintergrund stehende „latente ‚Androhung‘ von Erzwingungsgewalt“ (Greven 1999: 104), welche sich im Staatsapparat organisiert findet. Diese Potenz macht es umso dringlicher, ihre subtilen Wirkungen von Weltverständnis und Selbstverständnis der Menschen zu kennen.

IV. WAS HEISST ES, „REGIERT ZU WERDEN“?

Unter „Regierung“ wird meistens eine Form des politischen Handelns verstanden, die es mit Lenkung der Gesellschaft zu tun hat (regieren von lateinisch „regere“; führen, leiten). Regieren als politische Praxis lässt sich in zwei Schritten verständlich machen, wenn wir im Anschluss an Marx unsere *bürgerliche Gesellschaft* betrachten.

Was die *bürgerliche* als Gesellschaftstyp auszeichnet, ist das strukturelle Verhältnis von politischer Allgemeinheit und kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Produktionsweise. Im Gegensatz zu nicht-säkularen Regimen, die eine Fortsetzung der offiziell verordneten Lebensweise des Unterworfenen in der Privatsphäre vorschreiben, erklärt der Staat in der bürgerlichen Gesellschaft die Überzeugungen und Neigungen der Herrschaftsunterworfenen zu legitimen und nicht antastbaren Gegenständen der privaten Willkür. Dieses Motiv der *Trennung*, d.h. der Abschottung gesellschaftlicher Teilbereiche mit eigenen Institutionen, Handlungslogiken und Idiosynkrasien vor dem Zugriff der im Staat imaginierten Allgemeinheit findet historisch seine

kongeniale Rationalisierung zu einem politischen Programm im *Liberalismus* (vgl. Walzer 1984: 315). Das erfolgreiche Bürgertum entledigt sich des Ancien Régime mittels formalisierter Interventionsbeschränkungen. Der Untertan als Herrschaftsunterworfenener verschwindet. Die neue Herrschaftsform lässt Menschen als BürgerInnen in zwei Rollen zerfallen: Als individuelles Mitglied der vorgestellten politischen Allgemeinheit, der StaatsbürgerInnennation, sind sie *citoyen*, und regiert als Gleiche. Als Ausübende ihrer legitimen privaten Interessen, die untereinander über durchaus ungleiche Ausstattungen verfügen, sind sie *bourgeois* (vgl. Marx in *Zur Judenfrage*, MEW 1: 355).

Für „bourgeois“ und „citoyen“ gelten unterschiedliche Handlungslogiken. Für den bourgeois findet aktive Betätigung Realität vor allem in der Anwendung und Vergrößerung seines *Eigentums*. Es bedeutet im Kern, alle anderen von dessen Genuss ausschließen zu können. Der citoyen hingegen kann in einer Massengesellschaft, die übersichtliche vor-moderne Gemeinschaftsstrukturen irreversibel abgelöst hat, überhaupt nur dann wirklich werden, wenn mehrere Bürgerinnen und Bürger sich zu kollektivem Handeln zusammenschließen. In einer Massendemokratie braucht es den Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, um politische Eliten und eine Agenda zu bestimmen, nach der Menschen regiert werden sollen (vgl. Schattschneider 1960: 141). Nur durch gemeinschaftliches Agieren als Teil eines verstetigten Handlungszusammenhangs werden aus den citoyens „Sekundärbürger“ (vgl. Schmitter 1995: 50).

Was heißt dann aber *Regierung*? Darunter fällt zunächst die Gesamtheit der institutionell auf Dauer gestellten Praktiken, durch die „autoritativ bestimmte Maßnahmen, Regeln oder Vorschriften zur Regulierung des gesellschaftlichen Handelns in bestimmten politischen Räumen verbindlich gemacht werden“ (Greven 1999: 83). Auf die beiden verschiedenen Seiten des menschlichen Subjekts, bourgeois und citoyen, wirken diese Praktiken durchaus unterschiedlich. Als *citoyen*, einem Menschen als Teil der vorgestellten politischen Allgemeinheit, ist man zumindest der Möglichkeit nach Mit-Autor der Gesetze, denen man sich unterwirft. Der *bourgeois* bleibt davon unberührt innerhalb seiner Freiheitsparzelle, deren Grenzen durch eben diese Gesetze gezogen werden.

Folgt man aber der These vom heimlichen Lehrplan, dann stimmt es genau nicht, dass nur die Bürgerin als Staatsbürgerin von Regierungstechniken erfasst wird. Der offizielle Lehrplan mag sie als citoyenne ansprechen, für den heimlichen Lehrplan ist sie auch *bourgeoise*. Hier geht es auch um ihre Leidenschaften, um ihre Präferenzen, die im liberalen Selbstbild zum unantastbaren Reservat ihrer Freiheitssphäre gehören. Insofern erweist sich Antonio Gramsci hier als Vorläufer von Foucault, weil schon er darauf besteht, dass die vom Liberalismus behauptete Trennung von Staat und Zivilgesellschaft nur eine scheinbare ist.

„Da in der Wirklichkeit der Tatsachen Zivilgesellschaft und Staat ein und dasselbe sind, ist festzuhalten, dass auch der Liberalismus eine ‚Regulierung‘ staatlicher Natur ist, eingeführt und aufrechterhalten auf dem Wege der Gesetzgebung und des Zwanges: er ist eine Tatsache des sich der eigenen Ziele bewussten Willens und nicht der spontane, automatische Ausdruck der ökonomischen Tatsache“ (Gramsci 1996 [1932-34]: 1566).

Dass die Menschen auch in ihrer Eigenschaft als bourgeois regiert werden, lässt sich anhand der Bürgerin im bundesdeutschen Wohlfahrtsstaat zeigen. „Regierung“ entspricht dann augenscheinlich in etwa dem, was Michel Foucault in einem seiner letzten Essays als Struktur der Macht bezeichnet, nämlich einer „Struktur der Handlungen, die auf andere Handlungen wirken“ (Foucault 1982: 789). Der Bürgerin im bundesrepublikanischen Wohlfahrtsstaat kommen Rechte auf soziale Sicherung teils als citoyenne zu, teils als bourgeoisie. Aber in den Genuss wirklich lebensstandardsichernder Leistungen kommt sie erst dann, wenn ihr Leben als bourgeoisie einem bestimmten Rollenprofil entspricht. Ohne entsprechende Erwerbsbiographie gibt es keine abschlagsfreie Rente (die gibt es demnächst sowieso nicht mehr). Im konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaat Deutschland bleibt dieses Anforderungsprofil noch immer einem traditionellen Familienbild verhaftet. Man erkennt diesen institutionell eingeschriebenen Bias noch deutlicher, wenn der Blick nicht allein auf verliehene Rechte auf Geldleistungen oder Inanspruchnahme sozialer Dienste gerichtet wird, sondern auf die temporale Autonomie. Haus- und Erziehungsarbeit leistende Elternteile gelangen dank staatlicher Transfers in den Genuss einiger selbstbestimmter Stunden, was bei existierender Präferenz- und Einkommensverteilung in der Bevölkerung die „Hausfrauenehe“ belohnt (vgl. Goodin et al 2008: 150). Zu widersprüchlichen Signalen durch die politischen Institutionen kommt es, weil inzwischen ein Alleinverdiener-Einkommen oft nicht zur finanziellen Absicherung einer Familie ausreicht. Wegen der sich widersprechenden Signale an die Regierten ist Regierung deswegen nie eine „totale“ Struktur von Handlungen, wie Foucault annimmt (vgl. 1982: 789), sondern lässt immer Raum oder wird sogar zum Anstoß für Eigensinn und widerständige Praxis.

V. WAS IST „GOVERNANCE“?

„Governance“ ist nun ein bestimmter Modus des Regierens, der im heutigen Kapitalismus besondere Prominenz erfahren hat. Nicht nur als sozialwissenschaftliches Konzept. Mit Schlagworten wie „Global Governance“ und vor allem „Good Governance“ bezeichnet man heute anerkannte Konzepte, deren Kriterien bspw. Regierungen der Peripherie erfüllen müssen, wenn sie in den Genuss von Entwicklungshilfe oder Krediten einer internationalen Finanzinstitution kommen wollen. Weil es sich zugleich um einen Modebegriff handelt, muss seine Verwendung eingegrenzt werden. Es geht hier

nicht um eine Variante mit spezieller Reichweite wie Global, Regional oder Local Governance, sondern um diese Regierungsweise „an sich“. Ich benutze den Begriff weitestgehend gleichbedeutend mit „Verhandlungsstaat“ oder „Politik in Verhandlungssystemen“. Governance-Strukturen zeichnen sich dadurch aus, dass entgegen dem Bild, das wir traditionellerweise von Regierung haben, Ordnungsetzung nicht alleine oder nicht vorrangig durch die staatliche Hierarchie als Regelsystem gesteuert wird (vgl. Benz 2004: 25). Der zugrunde liegende Wandel liegt unter anderem darin begründet, dass just die Grenzziehung von Privat- und StaatsbürgerInnen zunehmend zerfasert, immer mehr private Interessen kollektiv organisiert werden und formale Bestätigung als Gesprächs- und eben VerhandlungspartnerInnen staatlicher, d.h. vor allem demokratisch legitimierter AkteurInnen erfahren. Dadurch hat sich der „Aggregatzustand“ der Gesellschaft massiv verändert und auch die Art und Weise, wie Interdependenzen zwischen sozialen Beziehungen und politischen Entscheidungen organisiert werden. Die „Durchorganisierung“ gesellschaftlicher Verhältnisse führt Renate Mayntz darauf zurück, dass der Staat „verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen – Wirtschaft und Wissenschaft, Kultur und Erziehung – und damit auch den in ihnen agierenden Organisationen eine relative Autonomie gewährt“ habe (2004: 71). Darauf beruhe die Fähigkeit zur Selbstregelung von „gesellschaftlichen Teilbereichen“ wie „Wirtschaft und Wissenschaft, Kultur und Erziehung“, zugleich aber auch „die Möglichkeit einer direkten Interaktion zwischen gesellschaftlichen und staatlichen Instanzen“: „Mit den Wirtschaftsverbänden BDI und BDA kann der Kanzler oder der Wirtschaftsminister reden, nicht jedoch mit den Abertausenden einzelner Unternehmen“ (ebd.).

Es handelt sich um ein zweischneidiges Schwert. Weil eine gewisse soziale Organisiertheit in gesellschaftliche Bereichen besteht, sind sie als Gegenstände politischer Intervention ansprechbar. Gäbe es nur eine atomisierte Menge von vereinzelt Einzelnen im Bereich der Unternehmen, des Gesundheits- oder Bildungssektors – eine politische Steuerung wäre kaum möglich, weil die Reaktionen auf staatliche Gestaltung in unzählige, nicht aggregierbare, handhabbare Einzelfälle zerfielen. Der sozialen Organisiertheit verdankt sich, dass „kooperatives Kollektivhandeln aus seiner Bindung an traditionell-gemeinschaftliche Zuschreibungen“ herausgelöst werden konnte (Geser 1983: 114), und damit sowohl eine Vervielfachung der denkbaren Ziele, als auch der disponiblen Mittel zu ihrer Erreichung. Aber aufgrund der Integration bestimmter Interessen in Verbände haben es Regierungen mit einem strukturierten Feld zu tun, bei dem es eher möglich wird, die Konsequenzen von Steuerungsversuchen abzuschätzen. Richtigerweise nennt Arthur Benz denn auch das „Steuern und Koordinieren (oder auch Regieren) mit dem Ziel des Managements von Interdependenzen zwischen (in der Regel kollektiven) Akteuren“ (2004: 25) als Bestandteil seiner Definition von Governance. Auf der anderen Seite erhalten aber die organisierten Interessen zunehmend *Veto-Macht*, die es den demokratisch legitimier-

ten AkteurInnen zunehmend schwieriger macht, ohne deren Zustimmung zu regieren. Demokratietheoretisch gesprochen kann man es so ausdrücken: Man erhofft sich von Regierungen in Verhandlungssystemen bessere kalkulierbare Ergebnisse von Politik, ja überhaupt eine Beibehaltung der Steuerbarkeit von gesellschaftlichen Strukturen. Die zugrunde liegende Annahme ist sowohl bei vielen AutorInnen in der Wissenschaft, als auch beim politischen Personal die, dass demokratische Staaten einen Großteil ihrer Steuerungsfähigkeit eingebüßt haben (vgl. Offe 2009: 555f.). Zufriedenstellende Ergebnisse können sie nur noch liefern, wenn sie die „Input-Seite“ des demokratischen Prozesses erweitern, nämlich über Wahlen hinaus auf die organisierten AkteurInnen.

VI. DER HEIMLICHE LEHRPLAN VON „GOVERNANCE“

Zunächst sind zwei kritische Einwänden gegen „Governance“ als Regierungsweise zu diskutieren, die sich als unzureichend erweisen, um dann zu zeigen, warum der „heimliche Lehrplan“ von Governance als Ansatzpunkt für eine politik-soziologische Kritik einen größeren Ertrag verspricht.

Ein *erster* bekannter Kritikpunkt gegen Governance-Strukturen betrifft dessen Abweichung vom Idealtyp liberaler Demokratie. Diese ist zwar auch nicht perfekt, zeichnet sich aber zumindest der Vorstellung nach dadurch aus, dass man die getroffenen politischen Entscheidungen einer demokratisch legitimierten Elite zurechnen kann. Anders bei Governance bzw. im Verhandlungsstaat, so die Kritik von Karsten Fischer. Governance bedeute Einbindung privater Kollektivakteure, deren Interessen nicht unbedingt mit der in demokratischen Wahlen artikulierten politischen Präferenz der Bürgerinnen und Bürger übereinstimmen, die aber doch auf staatliche Steuerungskompetenzen Einfluss nehmen. Der Staat werde im Netzwerk zum „Infrastrukturbereitsteller und Insolvenzversicherer“ der gut organisierten Kollektivakteure herabgesetzt (ebd.: 52f.). Man könne von einer solchen Struktur keine Wohlfahrtsgewinne erwarten. Vielmehr schafften es organisierte privaten Interessen, auf Kosten der Allgemeinheit ihre Verluste zu sozialisieren. In einer Metapher bringt Fischer diese Argumentation auf den Punkt:

„Bleibt man im Bild, so ist der im Zentrum des Netzwerkes befindliche Staat also weniger die Spinne als vielmehr die von Kollektivakteuren im Netz gefangene und nach Kräften ausgesaugte Fliege. Einmal zum Netzwerk-Staat mutiert, ist es das Dilemma des Staates, dass er fortan die Policy-Netzwerke benötigt, um Kollektivakteure überhaupt zu koordiniertem Handeln bringen zu können, während er gleichzeitig beobachten muss, wie seine eigenen Politikgestaltungen von diesem Netzwerk obstruiert werden. Nicht zufällig fertigt ein solchermaßen beschränkter Staat auch nunmehr als Selbstbescheidung wirkende Selbstbeschreibungen an, die mit Adjektiven wie kooperativ, moderierend, gewährleistend etc.pp. verbunden sind“ (ebd.).

Die Zurechenbarkeit und damit letztlich Sanktionierbarkeit von Politikerergebnissen gehe verloren, weil für Bürgerinnen und Bürger kaum mehr einsichtig ist, wer welchen Aspekt bestimmter Politiken zu verantworten hat und wer dafür zur Verantwortung gezogen werden kann (vgl. ebd.: 54). Ganz zu schweigen vom Fehlen der Möglichkeit, die nicht-staatlichen Teilnehmer an den Aushandlungsprozessen durch einfache Mechanismen wie periodische Wahlen vom politischen Meinungsbildungsprozess ausschließen zu können. Fischers Beobachtung wird mit der These einer „*Dialektik der Demokratisierung*“ zugespitzt. Die Ausweitung der Teilhabe an politischer Herrschaft, einsetzend mit formalen Errungenschaften, habe sich „unter Globalisierungseinfluss“ so weit ausgedehnt und die Eingriffsmöglichkeiten vervielfacht, „dass deren Zunahme und wachsende Einflussnahme die staatliche Basis der Demokratie erodieren und durch informelle Netzwerke ersetzen“ (ebd.: 55, Herv.i.O.).

Diese Kritik macht auf wichtige Probleme aufmerksam, sie rekurriert aber implizit zu deutlich auf das individualistische Ideal einer liberalen Demokratie, deren gesellschaftliche Grundlagen nicht mehr existieren. Vor allem aber scheint die Antwort, die Fischer und manche sozialdemokratische ReformerInnen vorschlagen, eher naiv: „Mehr Staat wagen!“ Es ist zwar sicherlich richtig, dass die rabiate Privatisierung öffentlicher Güter und Institutionen zurückgenommen gehörte, wenn man ein bestimmtes Niveau von Daseinsvorsorge für alle BürgerInnen unabhängig von ihrem Einkommen bereitstellen möchte. Was an den verhandlungsstaatlichen Strukturen allerdings kritikwürdiger erscheint als der elitäre Bias (den wird es in einer Masendemie immer geben), ist die soziale Zusammensetzung der teilnehmenden Gruppen. Aus etlichen Studien ist mittlerweile bekannt, dass schon bei Parlamentswahlen die sogenannten „bildungsfernen Schichten“ sich nicht oder kaum beteiligen. Bei intensiver politischer Partizipation fällt die soziale Ungleichheit in der Beteiligung umso deutlicher auf (vgl. Schäfer 2009: 10f.). Die Beteiligung der sozial Benachteiligten zu stärken, sollte hier das Ziel sein, anstatt alleine darauf zu vertrauen, dass der wieder aufgepöpelte Staat es schon richten wird.

Ein *zweiter* Kritikpunkt an Governance beklagt, dass Menschen im Rahmen von Governance funktionalisiert werden – eingeordnet in ein politisches Vorhaben, in dem sie als *Ressource* dienen, statt als Subjekte. Ulrich Brand bspw. kritisiert am Global Governance-Diskurs, dass Demokratie funktionalistisch verstanden werde, „insbesondere [wird] ein funktionalistischer Begriff von Partizipation gestärkt, indem diese auf Effektivitätskriterien enggeführt wird“ (Brand 2001: 103). Machtasymmetrien zwischen den AkteurInnen würden durch diese Sichtweise verstärkt, weil die dominanten Effizienz- und Effektivitätsvorstellungen bereits ihr Produkt sind.

Dem zweiten Teil dieser Kritik ist zuzustimmen, wobei er letztlich redundant ist – solange Effektivitäts- und Effizienzgesichtspunkte Ergebnisse von Machtbeziehungen sind, werden sich diese immer auf den politischen Prozess auswirken. Die Frage ist vielmehr, *wer* die Macht hat, und welche

Alternativen auf dem Tisch liegen, über die überhaupt verhandelt werden kann. Jede Regierungsform muss sich aber auch bei Effizienz- und Effektivitätskategorien bedienen, weil der Prozess des Regierens spätestens bei der Ausführung auf solche Anhaltspunkte angewiesen ist, und sei es nur, um keine knappen Ressourcen zu verschwenden. Außerdem gibt es keine andere Möglichkeit, auf Gegenstände des Regierens Zugriff zu erhalten, als durch Praktiken des Regierens.

„Gegenstände sind genau das, was uns gegeben ist als Gegenstände unserer Praktiken, unserer ‚Regierungsprojekte‘ – die uns erlauben, mit der Welt umzugehen. In dieser Hinsicht kann der Versuch, zu regieren als allgegenwärtige Eigenschaft des gesellschaftlichen Lebens angesehen werden“ (Malpas/Wickham 1995: 47).

Bob Jessops in dieselbe Richtung gehender Begriff des „*Staatsprojekts*“ ist etwas zu großzügig in der zugrunde liegenden Annahme, dass man so ein komplexes Gebilde wie einen Staatsapparat mittels eines politischen Diskurses zu einer handlungsfähigen Einheit vereinheitlichen kann (vgl. Jessop 2002: 41f.). Aber er trifft den richtigen Kern, nämlich, dass die Politik formulierenden und ausführenden Organe den Zielen eines politischen Programms untergeordnet werden – und insofern werden sie grundsätzlich funktionalisiert.

Deswegen lautet hier die abschließende These: Der heimliche Lehrplan von „Governance“ ist die Annäherung an die ernüchternde Einsicht und das beständige, immer unzureichende Umgehen-Lernen mit der Tatsache, dass liberale industriekapitalistische Gesellschaften *strukturell unregierbar* sind. Claus Offe (2003 [1979]: 58f.) bezeichnet eine Gesellschaft dann als unregierbar, wenn die normativ geregelten, bedeutungstragenden Handlungen ihrer Mitglieder („Sozialintegration“) und die Mechanismen „objektiver funktionaler Verbindungen“ („Systemintegration“) der Gesamtstruktur miteinander unvereinbar werden. Das ist grundsätzlich möglich, weil es sich bei den Regeln, die soziale Interaktion strukturieren oder eben „regieren“, um bewusst befolgte handelt, bei den Rückkoppelungsmechanismen der Systemintegration aber um anonyme Zwänge, wie die Imperative kapitalistischer Akkumulation, Allokation, Distribution und Konsumtion. Das Motiv der „Unregierbarkeit“ wurde in den 70er Jahren von der neokonservativen Autoren als theoretisches Kampfinstrument gegen die gestiegenen Reproduktionsansprüche der Lohnabhängigen und die gewachsene Vielfalt handlungsanleitender Werte in Stellung gebracht. Die wenig inspirierende Medizin, die Konservative und Neoliberale verordneten, lautete, die Handlungsreichweite der Menschen auf das systemkompatible Maß zurechtzustutzen (vgl. kritisch dazu ebd.: 55). Sprich: Wenn hohe Löhne in eine Lohn-Preis-Spirale führen, dann muss Schluss sein mit hohen Lohnforderungen. Wenn der Abschied von der bürgerlichen Lebensweise die soziale Reproduktion gefährdet („Deutschland schafft sich ab“, wie Thilo Sarrazin schreibt), dann muss man die Familie stärken und bildungsnahen Frauen „Gebärprämien“

zahlen. Wenn der Parteienwettbewerb in der Demokratie zur gegenseitigen Überbietung bei sozialpolitischen Wohltaten führt, dann muss die Option zur stärkeren Belastung von „LeistungsträgerInnen“ irgendwie dem politischen Prozess entzogen werden. So weit die wenig inspirierende Idee der Neokonservativen und Neoliberalen, die heute zu Beginn einer neuen Ära der Austerität eine heitere Renaissance als intellektuelle Begleitmusik feiert. Dank Sarrazin, Sloterdijk, Paul Nolte, aber auch Peer Steinbrück und anderen.

„Governance“ ist auf der Folie des „heimlichen Lehrplans“ insofern auch ein Notbehelf der Regierenden, ganz gleich welcher Partei, durch Einbeziehung möglichst aller organisations- und konfliktfähigen Gruppen, den Verhältnissen wieder ein Stück Regierbarkeit abzugewinnen. Dass demokratisch gewählte Regierungen das versuchen, kann man ihnen kaum übel nehmen – schließlich wurden sie gewählt, um die Verhältnisse gezielt in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen, eben zu lenken. Colin Crouch macht in seinem Buch *Postdemokratie* auf diesen Ausweg aufmerksam, der auch nötig wurde, weil nach jahrzehntelangem Outsourcing der Staatsapparat selbst manche ihm zugeschriebenen Kernaufgaben nicht mehr selbst ohne Weiteres erfüllen kann (vgl. Crouch 2004: 41).

In dem Maße, in dem soziale Gruppen sich an Governance-Strukturen beteiligen, sollen sie ein Stück weit in die Praxis des Regierens mit hinein geholt werden. Sie sollen die Systemerhaltung oder Systemveränderung als notwendige Tatsache akzeptieren (vgl. ähnlich schon zum Korporatismus Vobruba 1983: 163) – das ist eine Bedingung, die nicht groß enthüllt zu werden braucht. Die Rückseite dieser Vorbedingungen für die Teilnahme von organisierten Gruppen oder „SekundärbürgerInnen“ an Governance-Strukturen ist allerdings, dass politische Opposition als Handlungsoption neutralisiert wird. Opposition, verstanden als organisierter Widerspruch gegen die herrschende Art, regiert zu werden, ist nur möglich, wenn eine Ablösung eben dieser Art regiert zu werden, denkbar erscheint (vgl. Fischer 2006: 56). Wenn aber eine breite Masse an KollektivakteurInnen sich an den Governance-Strukturen beteiligt, dann bleibt den darauf kritisch blickenden Organisationen nur die Wahl zwischen stiller Enthaltung oder de facto struktureller Opposition nicht nur gegen die *Inhalte* des Regierens, sondern auch die *Formen* des Regierens selbst.

ANMERKUNGEN

- 1 Verwiesen sei auf etliche Sammelbände, Monographien, Zeitschriftenaufsätze und eigene Institutionen wie den Sonderforschungsbereich an der Freien Universität Berlin mit dem sperrigen Titel „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit“.

- 2 Alle fremdsprachigen Zitate habe ich stillschweigend ins Deutsche übersetzt, A.W.

LITERATUR

- Benz, Arthur (2004): Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept? In: ders. (Hg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden, S. 11-28.
- Borchert, Jens (2003): Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses, Frankfurt am Main u.a.
- Brand, Ulrich (2001): Ordnung und Gestaltung als hegemonialer Diskurs postfordistischer Politik? In: Michael Berndt/Detlef Sack (Hg.): Global Governance? Voraussetzungen und Formen demokratischer Beteiligung im Zeichen der Globalisierung, Wiesbaden, S. 93-110.
- Crouch, Colin (2004): Post-Democracy, Cambridge u.a..
- Fischer, Karsten (2006): Die jüngste Versuchung der Demokratie. ‚Postdemokratie‘ und Politik-Netzwerke, in: Forschungsjournal Neues Soziale Bewegungen, Jg. 19, Nr. 4, S. 47-57.
- Foucault, Michel (1982): The Subject and Power, in: Critical Inquiry, Jg. 8, Nr. 4, S. 777-795.
- Geser, Hans (1983): Gesellschaftliche Folgeprobleme und Grenzen des Wachstums formaler Organisationen, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 11, Nr. 2, S. 113-132.
- Goodin, Robert E./James Mahmud Rice/Antti Parpo/Lina Eriksson (2008): Discretionary Time. A new Measure of Freedom, Cambridge.
- Gramsci, Antonio (1991ff. [1929-35]): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe auf Grundlage der von Valentino Gerratana im Auftrag des Gramsci-Instituts besorgten Edition, herausgegeben vom Deutschen Gramsci-Projekt unter der wissenschaftlichen Leitung von Klaus Bochmann, Hamburg.
- Greven, Michael Th. (1999): Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezision als Probleme des Regierens und der Demokratie, Opladen.
- Hall, Stuart (1989): Der Thatcherismus und die Theoretiker, in: ders. (Hg.): Ideologie, Kultur und Rassismus. Ausgewählte Schriften 1, hrsg. von Nora Räthzel, Hamburg/Berlin (West), S. 172-206.
- Jackson, Philip W. (1975): Einübung in eine bürokratische Gesellschaft. Zur Funktion der sozialen Verkehrsformen im Klassenzimmer, in: Jürgen Zinnecker (Hg.): Der heimliche Lehrplan. Untersuchungen zum Schulunterricht, Weinheim/Basel, S. 19-34.
- Jessop, Bob (2002): The Future of the Capitalist State, Cambridge u.a.
- Lenk, Kurt (1982): Politische Soziologie. Strukturen und Integrationsformen der Gesellschaft, Stuttgart.

- Malpas, Jeff/Gary Wickham (1995): Governance and Failure: On the limits of Sociology, in: Australian and New Zealand Journal of Sociology, Jg. 31, Nr. 3, 1995, S. 37-50.
- March, James G./Johann P. Olsen (1989): Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics, New York u.a.
- Marx, Karl/Friedrich Engels (1976ff.): Werke (MEW), Berlin.
- Mayntz, Renate (2004): Governance im modernen Staat, in: Arthur Benz (Hg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden, S. 65-76.
- Offe, Claus (2003): Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen, Frankfurt am Main/New York.
- Ders. (2009): An “Empty Signifier”?, in: Constellations, Jg. 16, Nr. 4, 2009, S. 550-564.
- Schäfer, Armin (2009): Wie beeinflusst soziale Ungleichheit die Demokratiezufriedenheit? Deutschland im internationalen Vergleich. Skript zum Vortrag auf der DVPW-Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“, Panel 6: Gleichheit, Ungleichheit und regulative Sozialpolitik im Wandel von Wohlfahrtsstaatlichkeit im internationalen Vergleich, Darmstadt.
- Schattschneider, Eric Elmer (1960): The Semisovereign People. A Realist’s View of Democracy in America, Fort Worth.
- Schmitter, Philippe C. (1995): Post-Liberal Democracy: Does it have a future?, in: Karlheinz Bentele/Ronald Schettkat/Bernd Reissert (Hg.): Die Reformfähigkeit von Industriegesellschaften. Fritz W. Scharpf. Festschrift zu seinem 60. Geburtstag, Frankfurt am Main/New York, S. 47-63.
- Snyder, Benson R. (1971): The Hidden Curriculum, New York.
- Therborn, Göran: (1980): The Ideology of Power and the Power of Ideology, London.
- Vobruba, Georg (1983): Politik mit dem Wohlfahrtsstaat, Frankfurt am Main.
- Walzer, Michael (1984): Liberalism and the Art of Separation, in: Political Theory, Jg. 12, Nr. 3, S. 315-330.

Ideologiekritik und Gesellschaftskritik heute

Historischer Materialismus und Antisemitismus.

Ideologiekritik bei Marx Adorno Horkheimer
und Kurt Lenk

HELMUT KÖNIG

EINLEITUNG

Im Werk von Kurt Lenk spielen Fragen und Probleme der Ideologiekritik eine zentrale Rolle. Dafür stehen vor allem die bedeutende Monographie *Marx in der Wissenssoziologie. Studien zur Rezeption der Marxschen Ideologiekritik* (1972), der Textband *Ideologie*, der 1961 erstmals und 1984 in der 9. Auflage erschien, und ferner die jüngst veröffentlichte Aufsatzsammlung *Von Marx zur Kritischen Theorie. Dreißig Interventionen* (2009). Der gemeinsame Nenner dieser Studien ist die Auffassung, daß Ideologiekritik die vornehmste Aufgabe aller Gesellschaftstheorie und Sozialwissenschaft zu sein hat. Diese Auffassung verteidigt Lenk energisch gegen die Wissenssoziologie und alle Spielarten des Positivismus, die sich in seinen Augen der „ideologiepolitischen Instrumentalisierung“ (Lenk 2009: 5) zentraler Kategorien der kritischen Gesellschaftstheorie wie Macht, Herrschaft, Elite, Masse schuldig machen.

Lenk verbindet das Vorhaben der Ideologiekritik vornehmlich mit Marx und der Kritischen Theorie von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno. Hinter der Berufung auf diese beiden Quellen drohen freilich die Formveränderungen und der Substanzverlust zu verschwinden, den die Ideologiekritik auf dem Weg von Marx zur Kritischen Theorie erfahren hat. Die Veränderung besteht, kurz gesagt, darin, daß die

Ideologiekritik bei Marx in die Theorie des historischen Materialismus eingebettet ist, während sich Horkheimer und Adorno im Laufe ihrer Theorieentwicklung dazu gezwungen sehen, sie daraus nach und nach herauszulösen. Was durch diese Veränderung mit der Ideologiekritik passiert, ist aber keine Marginalie, sondern betrifft den Kern des ideologiekritischen Unternehmens. Sowohl der Ton wie der Gehalt verändern sich. Die Kritik der Ideologie kann nicht mehr mit der Gewißheit vorgetragen werden, daß sie nur das auf Begriffe bringt, was sich an Fortschritt in den sozialen Kämpfen Bahn bricht. Die Kritik verliert den Boden unter den Füßen, sie hat keine Adressaten und Bündnispartner mehr, ist nur noch auf sich selbst gestellt und bekommt die defensiven und melancholischen Züge eines unglücklichen Bewußtseins.

Ich möchte im folgenden zeigen, daß es die Beschäftigung mit dem Thema Antisemitismus ist, die bei Adorno und Horkheimer den angedeuteten Übergang bewirkt. Vor allem am Inhalt und an der Entstehungsgeschichte der *Elemente des Antisemitismus*, des fünften und vorletzten Kapitels der *Dialektik der Aufklärung*, wird das sinnfällig. Der Antisemitismus, wie er dort abgehandelt wird, ist gleichsam der Sprengsatz, der die Marxsche Ideologiekritik und den darin behaupteten Vorrang der Kritik der politischen Ökonomie zum Einsturz bringt.

I. DIE „SCHICKSALSFRAGE DER MENSCHHEIT“

Die *Elemente des Antisemitismus* sind im Sommer 1943 entstanden. Die erste Ausgabe der *Dialektik der Aufklärung* erschien 1944 unter dem Titel *Philosophische Fragmente* in Form eines hektographierten Typoskripts des Instituts für Sozialforschung in einer Auflage von ca. 500 Exemplaren, die Adorno und Horkheimer gezielt verteilten. Die erste Verlagsausgabe des Buches erschien 1947 unter dem Titel *Dialektik der Aufklärung*. Das Buch fristete jahrelang ein Schattendasein und wurde kaum rezipiert. Das änderte sich erst Ende der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts, als das Buch plötzlich als Raubkopie eine weite Verbreitung fand und zu einem viel gelesenen und viel diskutierten Text avancierte. Im Jahre 1970 erschien dann eine neue Verlagsausgabe des Buches.

Die Entstehungs- und Vorgeschichte des Buches und der *Elemente* ist kompliziert: Ende 1942 war das erste Kapitel des Buches abgeschlossen. Weitere Teile lagen in Entwürfen vor, und Adorno hatte

einen Exkurs über die Interpretation der Odyssee Homers fertiggestellt. Auch Aphorismen und Teile eines Anthropologie-Kapitels waren konzipiert und in ersten Fassungen geschrieben. Eigentümlicherweise gab es nur für das Antisemitismus-Kapitel noch keine Vorarbeiten.

Seit Mitte 1943 nahm dann jedoch die Arbeit am theoretischen Teil der Forschungsprojekte zum Antisemitismus, mit denen das *Institut für Sozialforschung* seit längerem beschäftigt war, bei Horkheimer und Adorno einen großen Raum ein. Parallel dazu ging die Überarbeitung und Ergänzung der Texte für das Dialektikbuch weiter. Bald kam die Idee auf, die abgeschlossenen Teile des Buches zunächst in mimeographierter Form herauszubringen und in diese vorläufige Fassung auch die theoretischen Überlegungen zum Antisemitismus aufzunehmen.

Das zentrale Ziel des Buches wird in der Vorrede präzise benannt: „Was wir uns vorgesetzt hatten, war tatsächlich nicht weniger als die Erkenntnis, warum die Menschheit, anstatt in einen wahrhaft menschlichen Zustand einzutreten, in eine neue Art von Barbarei versinkt“ (DA: 16). Und über das fünfte Kapitel des Buches heißt es in der Vorrede: „Die thesenhafte Erörterung der ‚Elemente des Antisemitismus‘ gilt der Rückkehr der aufgeklärten Zivilisation zur Barbarei in der Wirklichkeit. Nicht bloß die ideelle, auch die praktische Tendenz zur Selbstvernichtung gehört der Rationalität seit Anfang zu, keineswegs nur der Phase, in der jene nackt hervortritt. In diesem Sinne wird eine philosophische Urgeschichte des Antisemitismus entworfen. Sein ‚Irrationalismus‘ wird aus dem Wesen der herrschenden Vernunft selber und der ihrem Bild entsprechenden Welt abgeleitet“ (DA: 22). Im ersten Satz der *Elemente* wird über den Antisemitismus gesagt, daß er tatsächlich, wie die Antisemiten es propagieren, die „Schicksalsfrage der Menschheit“ (DA: 197) ist.

Nach diesen Sätzen erscheint die Integration der Theorie des Antisemitismus in die *Dialektik der Aufklärung* ganz folgerichtig. In Wirklichkeit war der Prozeß, auf dem das Antisemitismusthema in die *Dialektik der Aufklärung* kam, viel komplizierter und sehr umwegig. Lange Zeit liefen die Arbeit am Dialektikbuch und das Interesse für den Antisemitismus unverbunden nebeneinander her. Wie kann man das erklären? Und wie kam es dann doch noch dazu, daß der Antisemitismus auch in den Augen von Horkheimer und Adorno zur „Schicksalsfrage der Menschheit“ wurde und Aufnahme in die *Dialektik der Aufklärung* fand?

Es gibt mehrere Antworten auf diese Fragen. Mich wird im folgenden die Antwort beschäftigen, die sich auf die Theorie und den begrifflichen Horizont bezieht, in dem sich Adorno und vor allem Horkheimer bis Anfang der 40er Jahre bewegten und in dem der mörderische Antisemitismus der Nationalsozialisten gleichsam nicht vorgesehen und nicht unterzubringen war. Es bedurfte einer längeren Phase des Nachdenkens und der Öffnung für ein ganz anderes Paradigma der Theorie, bevor Horkheimer und Adorno in der Lage waren, den Antisemitismus in das Zentrum ihrer Arbeit zu stellen.

Es hatte vor 1943 bei Horkheimer und Adorno durchaus eine Reihe von sporadischen Annäherungen an das Thema des Antisemitismus gegeben. Freilich hat man den Eindruck, daß auf jeden entsprechenden Vorstoß ziemlich schnell wieder ein Rückzug folgte. In einem eigentümlichen Wechsel von Anziehung und Zurückschrecken wurde der Antisemitismus in immer neuen Anläufen gleichsam umkreist. Horkheimer berichtet in seinem Einleitungskapitel zu dem von dem Psychoanalytiker Ernst Simmel herausgegebenen Sammelband über den Antisemitismus, daß ihm bereits 1930 die Dringlichkeit des Antisemitismusthemas deutlich vor Augen stand. Er habe damals oft die Antwort bekommen, „der Antisemitismus sei nur ein Propagandamittel, und Hitler würde, wäre er nur erst an der Macht, bestimmt mit diesem Unsinn aufhören“ (Horkheimer 1944/1946: 364).

Am 15. Februar 1938 schreibt Adorno an Horkheimer: „Es ist kaum mehr daran zu zweifeln, daß in Deutschland die noch vorhandenen Juden ausgerottet werden: denn als Enteignete wird kein Land der Welt sie aufnehmen“ (GS 16: 392). 1939 begann das Institut für Sozialforschung damit, ein Forschungsprojekt über den Antisemitismus ins Auge zu fassen.

Im September 1940, schickte Adorno an Horkheimer „ein paar – noch ganz unformulierte – Gedanken zur Theorie des Antisemitismus“ (GS 16: 760). Es erscheine ihm so, meint Adorno, daß wir „an eine wirklich wichtige Stelle herangekommen sind, nämlich an eine zugleich einheitliche und nicht rationalistische Erklärung des Antisemitismus“ (GS 16: 761). Adorno geht dann dazu über, den Antisemitismus mit sehr frühen Schichten der Zivilisation in Verbindung zu bringen. Die Juden, so meint er, beharrten auf einer nomadischen Existenz, als ihre Umgebung schon sesshaft geworden war. Sie seien deswegen in den Augen der Antisemiten „die heimlichen Zigeuner der Geschichte“ (GS 16: 762) und bedrohen damit die Ideale des zivilisierten Lebens: „Das Bild des Juden repräsentiert das eines Zustands der Menschheit,

der die Arbeit nicht gekannt hat, und alle späteren Angriffe gegen den parasitären, raffenden Charakter der Juden sind bloß Rationalisierungen“ (GS 16: 763). Die Juden weigern sich, die von der Zivilisation geforderten Anpassungs- und Unterwerfungsleistungen zu erbringen. Dem gegenüber ist die Erinnerung an ein „Land, wo Milch und Honig fließen“ die „jüdische Utopie“ (GS 16: 763). Und das Verbot, sich an die nomadische Existenz und an das Land des Überflusses zu erinnern, sei „der Ursprung des Antisemitismus“ (GS 16: 764).

Diese Äußerungen weisen deutlich in die Richtung einer intensiven und radikalen Beschäftigung mit dem Antisemitismus, und eine Reihe der hier angespielten Motive ist später in die *Elemente* eingegangen. Da ist zum einen die Behauptung, daß das Antisemitismusthema die alte marxistische Frage nach dem Proletariat ablöst, da ist zum zweiten die kühne Spekulation Adornos, die den Weg in die Richtung der Ursprünge der Zivilisation beschreitet, und da ist zum dritten die Einsicht, daß der Antisemitismus zum Schlüssel für das Verständnis der Gegenwartsgesellschaft geworden ist und alle anderen Fragen in den Hintergrund drängt.

Dennoch sollte es zwei weitere Jahre dauern, bevor Adorno und Horkheimer das Thema des Antisemitismus in den anspruchsvollen theoretischen Dimensionen, die in den Zitaten angeklungen sind, wieder aufgreifen, fortführen und durchdenken. Der Grund dafür ist, daß die theoretische Rahmung, in der der Antisemitismus zur Sprache gebracht werden soll, noch ganz offen ist. Sehr vereinfacht gesprochen geht es darum, ob die Theorie des Antisemitismus im Kontext der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie entwickelt werden kann oder nicht. Wenn der Antisemitismus als „Schicksalsfrage der Menschheit“ apostrophiert wird, dann ist das mit der Abwendung von der Behauptung verbunden, nach der in der kapitalistischen Ökonomie der Schlüssel für den Zustand der Gesellschaft liegt, – es sei denn, daß sich auch diese „Schicksalsfrage“ noch im Rahmen einer Analyse der Widersprüche des Kapitalismus erklären läßt. Würde man das so sehen können, dann wäre der Antisemitismus nicht mehr als ein „Vorwand“ (DA: 197).

Diese Vorwandthese, die dem ersten Abschnitt der *Elemente* zufolge die Haltung der Liberalen zum Antisemitismus kennzeichnet, wird Anfang der 40er Jahre von Adorno und Horkheimer und vom gesamten *Institut für Sozialforschung* weitgehend geteilt. Nicht nur die Liberalen, sondern auch die an Marx orientierten Wissenschaftler des Instituts und in vorderster Linie Horkheimer sehen im Antisemitismus

tatsächlich im Kern immer noch nur einen Vorwand und ein Instrument, ein Mittel, das es der herrschenden Klasse erlaubt, von der Strukturkrise des Kapitalismus abzulenken und die eigene Herrschaft zu zementieren. So steckt in der Kritik, die Horkheimer und Adorno dann an der Vorwandthese üben, zugleich ein ganzes Stück Selbstkritik.

II. KAPITALISMUS UND ANTISEMITISMUS

Offenbar war eine gewaltige theoretische Anstrengung nötig, um über die Begrenzungen, die die Vorwandthese charakterisieren, hinauszukommen. Wie weit der Weg zu jenen Überlegungen war, die dann in den *Elementen* vorgetragen werden, kann man ermessen, wann man Horkheimers Aufsatz *Die Juden und Europa* (1939) zum Vergleich heranzieht. In diesem Text dominiert noch vollständig die konventionelle marxistische Auffassung. Horkheimer probiert, wenn man es wohlwollend interpretiert, noch einmal die orthodoxen Erklärungsversuche des Antisemitismus durch, – und scheitert damit auf der ganzen Linie.

Horkheimer stellt drei zentrale Behauptungen auf: Erstens ist die totalitäre Ordnung der Erbe der liberalen Ordnung. Im Grunde sind beide ein und das gleiche, bzw. die totale Ordnung ist die „Wahrheit“ der liberalen Ordnung. (Diese Behauptung wird dann später in die erste These der *Elemente* übernommen.) Zweitens ist jegliches Lamentieren der Juden, die jetzt zum Opfer der Ordnung geworden sind, der sie selber einst anhängen, unangebracht. Diese Auffassung Horkheimers drückt sich nicht nur in der Argumentation selber aus, sondern vor allem in dem Ton einer eigentümlichen „Häme“, der zu recht an diesem Text bemerkt worden ist (vgl. Diner 1988: 34). Als drittes kommt die Behauptung hinzu, daß sich der Antisemitismus problemlos aus seiner ökonomischen und politischen Funktion heraus bestimmen und erklären läßt. Für diese Erklärung wiederum liefern die Begriffe der Marx'schen Theorie des Kapitalismus ein angemessenes und hinlängliches Vokabular, auch wenn wir es im zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts nach Auffassung von Horkheimer nicht mehr mit dem Konkurrenzkapitalismus, sondern mit Staatskapitalismus zu tun haben.

Die zentralen Aussagen des Textes, die dann in unterschiedlichen Varianten immer wiederholt werden, sind im Grunde bereits im ersten und zweiten Absatz enthalten. Der erste Satz des Aufsatzes lautet:

„Wer den Antisemitismus erklären will, muß den Nationalsozialismus meinen“ (Horkheimer 1939: 308). Diesen Satz muß man ergänzen mit dem zweiten Satz des zweiten Absatzes, der berühmten Sentenz, die zur Zeit der 68er Bewegung in der Bundesrepublik eine so große Rolle spielte: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“ (Horkheimer 1939: 308f.). So wie der Antisemitismus auf den Nationalsozialismus verweist, so verweist der Nationalsozialismus auf den Kapitalismus. Und der Kapitalismus wiederum ist mit den Begriffen der Analyse von Marx vollkommen angemessen zu beschreiben.

Es ist für die Behauptung des Vorrangs der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie nicht entscheidend, ob der Kapitalismus einen Gestaltwandel durchlaufen hat oder nicht. Das war im Institut für Sozialforschung seinerzeit heftig umstritten (vgl. Dubiel/Söllner 1981). Franz Neumann behauptete in seiner Studie *Behemoth* (1942), daß der Nationalsozialismus im Kern mit den klassischen Begriffen und Konzepten der marxistischen Kritik der politischen Ökonomie analysiert werden kann, also den Gesetzen der Mehrwertproduktion, des Marktes, der Konkurrenz, der Krisendynamik gehorcht. Nach Neumann spielen die Juden im Nationalsozialismus die klassische Rolle des Sündenbocks und der Ablenkung. Der Antisemitismus erfüllt mithin eine leicht erklärbare ökonomische und politische Rolle: Er ist einfach ein gut einsetzbares Mittel zur Stabilisierung der bürgerlichen Herrschaft und zur Sicherstellung des Profits. Und Neumann ist sich sicher, daß die Juden deswegen auch niemals zur Vernichtung freigegeben werden können.

Horkheimer schließt sich dieser ökonomischen Analyse Neumanns nicht an. Er favorisiert stattdessen mit Friedrich Pollock die Behauptung, daß der Kapitalismus in das Stadium des Staatskapitalismus eingetreten ist und auf diesem Wege die Krisendynamik außer Kraft gesetzt hat. Damit verabschiedet sich Horkheimer zugleich von der Überzeugung, daß der Kapitalismus seine Widersprüche niemals in den Griff bekommen kann und unvermeidlich seinem Untergang entgegengeht. Im Blick auf die Erklärung des Antisemitismus und die Rolle der Juden markiert diese Behauptung aber noch keine große Verschiebung. Jedenfalls ist weder für die Anhänger der These vom Konkurrenz- noch für die Anhänger der These vom Staatskapitalismus der Antisemitismus die „Schicksalsfrage der Menschheit“, – allenfalls ist der Antisemitismus gleichsam die Begleitmusik, die ideologische Rationalisierung der Liquidierung des jüdischen Handels, der Sphäre der

Zirkulation generell, die den staatsmonopolistischen Kapitalismus charakterisiert.

Wie man es auch dreht und wendet: Der Aufsatz *Die Juden und Europa* ist begrifflich und theoretisch außerordentlich dürftig, – was bereits Gershom Scholem in seinem letzten Brief an Walter Benjamin im Februar 1940 heftig kritisierte (vgl. Benjamin/Scholem 1980: 318ff.). Der Text hat zwar im Vergleich zu den früheren Aufsätzen Horkheimers einen apodiktischen, harten, weniger diskursiven Ton, und man kann darin ein deutliches Anzeichen dafür sehen, daß Horkheimer anfängt, die heraufziehende Katastrophe in Europa kompromißlos und mit deutlicherem Bewußtsein für die damit einhergehende Zäsur zur Kenntnis zu nehmen. Aber im Blick auf den Antisemitismus demonstriert der Text eine in der Tat schwer verständliche Oberflächlichkeit, Ratlosigkeit und Gedankenlosigkeit (vgl. Traverso 1997: 191f.).

Nun ist die ökonomistische Lesart des Antisemitismus, die *Die Juden und Europa* charakterisiert, auch in den *Elementen* noch nicht verschwunden und an vielen Stellen dort durchaus präsent. Aber es schieben sich nun doch Deutungen in den Vordergrund, die nicht dem Umkreis der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie entstammen, sondern in das weite Feld der Vernunft-, Kultur- und Zivilisationskritik hineingehören. Die Theoriereferenzen sind nicht mehr die Marxsche Ökonomie- und Ideologiekritik, sondern Freud und Nietzsche, also Psychoanalyse, Kultur- und Moralkritik. Die zentralen Begriffe sind nicht mehr Mehrwertproduktion, Wertformanalyse, Kapitalakkumulation, Ausbeutung, sondern Projektion, Verdrängung, verleugneter Wunsch, Magie, Opfer, Paranoia. An die Stelle der Kapitalismusanalyse tritt die Wendung auf das Weltbild der Antisemiten und seine Logik. Der antisemitische Wahn kann in keiner Weise mehr aus dem Akkumulationsgesetz des Kapitals abgeleitet werden. Vor allem dort gehen die Analysen der *Elemente* weit über Marx hinaus, wo sie die religiösen und archaischen Ursprünge des Antisemitismus einbeziehen. Die „philosophische Urgeschichte des Antisemitismus“ (DA: 22), die Adorno und Horkheimer entwerfen, geht bis in die Zeit einer grauen Vorgeschichte zurück, in der natürlich weder von Kapitalismus noch von Liberalismus auch nur im entferntesten die Rede sein kann.

Die Juden werden gehaßt, so behaupten die *Elemente*, weil sie insgeheim beneidet werden. In den Augen der Antisemiten verkörpern sich in ihnen so beneidenswerte Qualitäten wie Reichtum „ohne Arbeit“ (DA: 229), „Glück ohne Macht“ (DA: 202), „Heimat ohne

Grenzstein“ (DA: 229) und „Religion ohne Mythos“ (DA: 229). Auf der anderen Seite sind die Juden in den Augen ihrer Feinde aber zugleich auch die Protagonisten der Aufklärung und der gesellschaftlichen Modernisierung. Die Antisemiten haben offenbar keine Mühe damit, die Juden sowohl mit der Aufklärung wie mit deren Gegenteil zu identifizieren.

Weitere Einzelheiten der dichten und komprimierten Überlegungen der *Elemente des Antisemitismus* kann ich hier nicht ausführen. Festzuhalten ist in unserem Zusammenhang vor allem, daß sich Horkheimer und Adorno von den „bündig rationalen, ökonomischen und politischen Erklärungen“ (DA: 200) in der Deutung der Judenfeindschaft weit entfernen. Der wirkliche Grund für den Antisemitismus liegt nun in ihren Augen nicht mehr in den Gesetzen der kapitalistischen Akkumulation und dem Übergang zum Staatskapitalismus, sondern in der mit Herrschaft und sozialer Kontrolle verknüpften Rationalität und Zivilisation, die sich in der Geschichte der Menschheit unaufhaltsam durchgesetzt hat. Die blinde Wut, die jener unerkannte Zusammenhang von Herrschaft, Rationalität, Zivilisation und Triebunterdrückung erzeugt, bringt „sinnleere Reaktionen“ (DA: 200) hervor, den „läppischen Zeitvertreib des Totschlags“ (DA: 200), dem die Juden zum Opfer fallen. Seine offenbare Sinnlosigkeit wiederum immunisiert den Antisemitismus gegen den Einwand, daß er auf Irrationalismus und Legenden beruht. Der Antisemitismus ist „ein eingeschliffenes Schema, ja ein Ritual der Zivilisation, und die Pogrome sind die wahren Ritualmorde“ (DA: 200). Die Vernichtung der Juden hat keine funktionelle Bedeutung, sie beruht nicht auf einem Nutzenkalkül, sie ist kein Mittel zu einem anderen Zweck. Die Juden werden nicht aus militärischen, politischen oder ökonomischen Gründen ausgerottet, sondern aus reinem Selbstzweck, – es ist eine Ausrottung um der Ausrottung willen. Wir haben es bei der antisemitischen Volksgemeinschaft nicht nur mit einer Gesellschaft von Teufeln zu tun, sondern darüber hinaus und zusätzlich mit einer Gesellschaft von Teufeln, die auch noch den Verstand verloren hat.

III. HISTORISCHER MATERIALISMUS, RELIGION UND KRITIK

In den *Elementen des Antisemitismus* werden anthropologische, soziologische, psychologische, historische und ökonomische Perspektiven miteinander verknüpft. Darin spiegelt sich der Weg von der Kritik der Ökonomie über die Kritik der politischen Herrschaft (wie sie sich in der These vom Staatskapitalismus und in der Behauptung ausdrückt, daß anstelle der bürgerlichen Klasse neuerdings *gangs* und *rackets* die Vorherrschaft übernommen haben), zur Vernunft- und Zivilisationskritik. Wie dieser Weg und seine einzelnen Etappen genau aussehen, kann hier nicht im Detail verfolgt werden. Aber unzweifelhaft ist es so, daß sich Adorno und Horkheimer von der Behauptung eines Vorrangs der Kritik der politischen Ökonomie abwenden und sich in ihren Überlegungen von einer großen Vielfalt von Theorien und Hypothesen anregen lassen.

Wiggershaus (1986) vermutet, daß Benjamins Thesen *Über den Begriff der Geschichte* für diese Abwendung vom ökonomischen und marxistischen Paradigma von zentraler Bedeutung gewesen sind. Demnach versorgte das philosophische Testament Benjamins aus dem Jahre 1940 die Autoren der *Dialektik der Aufklärung* mit einer Art „Leitstern“ (Wiggershaus 1986: 348), um den herum sich die Themen des Buches organisieren ließen.

Benjamin hatte sich am 26. September 1940 bei der Flucht über die Pyrenäen das Leben genommen. Im Juni 1941 hatte Hannah Arendt an Adorno, den Benjamin zu seinem literarischen Nachlaßverwalter bestimmt hatte, eine Kopie von Benjamins Thesen *Über den Begriff der Geschichte* übergeben. Adorno schickte am 12. Juni 1941 eine Abschrift dieses Textes an Horkheimer und schrieb im Begleitbrief, „daß keine von Benjamins Arbeiten ihn näher bei unseren eigenen Intentionen zeigt. Das bezieht sich vor allem auf die Vorstellung der Geschichte als permanenter Katastrophe, die Kritik an Fortschritt und Naturbeherrschung und die Stellung zur Kultur“ (GS 17: 60). Horkheimer stimmt zu. „Mit Ihnen bin ich glücklich darüber, daß wir Benjamins Geschichtsthesen besitzen. Sie werden uns noch viel beschäftigen und er wird bei uns sein. Die Identität von Barbarei und Kultur [...] hat übrigens das Thema eines meiner letzten Gespräche mit ihm in einem Café beim Bahnhof Montparnasse gebildet“ (GS 17: 86f.).

Vieles spricht mithin dafür, daß die *Geschichtsphilosophischen Thesen* Benjamins tatsächlich bei Horkheimer und Adorno einen großen Eindruck hinterlassen haben. Es ist auch ganz unbestreitbar, daß die Behauptung der Identität von Kultur und Barbarei und die Vorstellung von der Geschichte als einer einzigen Katastrophe in der *Dialektik der Aufklärung* eine große Rolle spielen. Aber dennoch bleiben viele Fragen offen, und vor allem bleibt ein fundamentales Dilemma, auf das uns der Vergleich der *Dialektik der Aufklärung* mit den *Geschichtsphilosophischen Thesen* aufmerksam macht: Wie kann es mit dem Unternehmen einer kritischen Theorie der Gesellschaft weitergehen, wenn die Kritik der politischen Ökonomie und mit ihr der Historische Materialismus die Rolle des Schlüssels für die Analyse der Gesellschaft verloren hat, wenn also die Behauptungen, die sich auf den Gegensatz von Kapital und Arbeit beziehen, der Geschichte der Klassenkämpfe und der selbstnegatorischen Dynamik des Kapitalismus obsolet geworden sind?

Benjamin formuliert zwar in seinen *Thesen* nicht expressis verbis eine Kritik am Historischen Materialismus, sondern nur an den von den Epigonen verschuldeten Vulgarisierungen und Dogmatisierungen. Aber ganz unzweifelhaft ist es zugleich so, daß der Kern seiner Überlegungen darin besteht, den Historischen Materialismus für ergänzungsbedürftig zu halten. Ergänzt werden muß er in seinen Augen durch theologische Elemente, er muß, zugespitzt gesagt, in die Theologie eingebettet werden, nur von dorthin können ihm die Antriebskräfte einer revolutionären Umgestaltung der Gegenwart noch zuwachsen.

Darin steckt für die Anhänger des Historischen Materialismus fraglos eine gewaltige Provokation. Während nach Marx alle Kritik mit der Kritik der Religion beginnt und der Schlüssel für die Kritik „metaphysischer Spitzfindigkeit und theologischer Mucken“ (Marx 1867: 85) in der Wertformanalyse liegt, meint Benjamin nun umgekehrt, daß sich der Historische Materialismus mit der Religion verbinden soll, und das keineswegs aus taktischen oder strategischen, sondern aus systematischen Gründen. Benjamin reagiert mit seiner Idee der Verbindung von Historischem Materialismus und Theologie darauf, daß die Überzeugungskraft und das analytische Potential der Kritik der politischen Ökonomie angesichts der totalitären Herrschaftssysteme dramatisch abgenommen und sich alle Hoffnungen auf eine revolutionäre Umwälzung der Verhältnisse angesichts des Hitler-Stalin-Pakts vollkommen zerschlagen haben (vgl. Ryklin 2009). Die theolo-

gische Denkfigur des Messianismus, die Benjamin in seinen *Thesen* ins Spiel bringt, tritt genau in diese Leerstelle ein. Im Unterschied zum marxistischen Revolutionsglauben ist der Messianismus nicht fortschrittsorientiert, er hat mit dem Stand der Produktivkräfte nichts zu tun, die Quelle seiner Dynamik liegt nicht in den Widersprüchen der kapitalistischen Akkumulation, – der Messianismus bezieht seinen Auftrag und seine Kraft vielmehr aus der Erinnerung, d.h. aus der Verpflichtung, die die lebende Generation von den untergegangenen Generationen mit auf den Weg bekommen hat.

Horkheimer und Adorno schließen sich diesem Vorschlag Benjamins nicht an. Aber das Problem, auf das Benjamin reagiert, ist auch ihr Problem. Kann es ohne die Einbettung in eine umfassende, übergreifende und analytisch anspruchsvolle Theorie überhaupt noch die Möglichkeit einer Kritik geben, die diesen Namen verdient? Die Theorie des Antisemitismus ist keine Revolutionstheorie und kann dazu auch niemals werden. Und nach Auschwitz ist eine Weiterführung der Kritik der politischen Ökonomie und der von ihr immer behaupteten Schlüsselposition der Kapitalismusanalyse vollkommen unmöglich geworden.

Tatsächlich haben Adorno und Horkheimer nach der *Dialektik der Aufklärung* und den *Elementen des Antisemitismus* keine systematisch ambitionierte Gesellschaftstheorie mehr betrieben. Ihre Gesellschaftskritik nimmt eher die Form von Essays und punktuellen Interventionen an. Die großen Studien von Adorno sind philosophischen, ästhetischen, musiktheoretischen Fragen gewidmet. Die soziologischen Schriften fügen sich nicht zu einer kohärenten und systematisch anspruchsvollen Gegenwartstheorie. Das hat der großen Wirkung der Kritischen Theorie in der Bundesrepublik keinen Abbruch getan. Im Gegenteil. Die Wirkung von Horkheimer und Adorno beruht gerade darauf, daß sie zu Meistern der Kulturkritik und der kleinen Formen werden. Sie greifen damit auf Verfahren und Intentionen der klassischen Aufklärungsepoche des 18. Jahrhunderts zurück. „Rettung der Aufklärung ist unser Anliegen“, so umschreibt Horkheimer in einer internen Diskussion mit Adorno im Jahre 1946 das Selbstverständnis, das für sie nach ihrer Rückkehr nach Frankfurt leitend geworden ist (Horkheimer/Adorno 1946: 598).

Immer wieder kreisen ihre Überlegungen nun um das zentrale Thema, das bereits die *Dialektik der Aufklärung* und die *Elemente des Antisemitismus* motiviert hatte, also um die barbarische Herrschaft des Nationalsozialismus und die Vernichtung der europäischen Juden.

Adorno (1966: 358) beschreibt dieses Grundmotiv ihres Denkens in der *Negativen Dialektik* mit den Worten: „Hitler hat den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezungen: ihr Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe.“ Der Historische Materialismus tritt nun vollkommen in den Hintergrund.

Freilich bleibt die alte Vorstellung der Einbettung aller Kritik in eine umfassende und übergreifende Perspektive, wie sie einstmal die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie geboten hatte, durchaus bestehen. Zum einen lebt sie fort in den immer wiederkehrenden Hinweisen auf den Vorrang der objektiven ökonomischen Faktoren vor den subjektiven. In schöner Regelmäßigkeit werden diese Hinweise vor allem in jene Texte eingestreut, in denen Fragen des Autoritarismus, des Charakters, der Vorurteile oder die Psychoanalyse Freuds und ihre Weiterentwicklungen das Thema sind. Die Zustände der menschlichen Seele sind immer etwas Abgeleitetes, Sekundäres, nichts, das man zu reichend analysieren kann, wenn man nicht den Blick auf den „objektiven Geist“ ausdehnt und den Vorrang des Ökonomischen und der verdinglichten gesellschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt. Freilich begnügen sich Adorno und Horkheimer stets mit diesen Hinweisen, nirgendwo folgt aus ihnen der Versuch, sie in eine ökonomisch informierte systematische Gesellschaftstheorie zu überführen.

Wichtiger und aufschlußreicher aber ist der zweite Punkt, in dem jener alte Anspruch unmittelbar fortlebt, daß jede Kritik aufs Ganze zielen muß und die einzige Veränderung, die wirklich zählt, die Umwälzung der gesamten Lebensverhältnisse ist. Mit dieser auf das Ganze abzielenden Intention hatte Horkheimer den Kritikbegriff bereits in seinem berühmten Aufsatz *Traditionelle und kritische Theorie* (1937) verbunden und damit die kritische von der traditionellen Theorie, die sich kleinteilig bei dieser oder jeder Einzelheit aufhält, unterschieden (vgl. Bittner 2009). Die kritische Theorie, so will es Horkheimer, kann sich nicht damit begnügen, Teilbereiche und Details zu kritisieren, in Frage zu stellen und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten, sondern sie zielt aufs Ganze, das nach dem berühmten Wort von Adorno (1951: 57) das Unwahre ist und deswegen der radikalen Umwälzung und Transformation bedarf.

Jetzt wird dieser Anspruch von Horkheimer und Adorno aber nicht mehr mit den revolutionären Ansprüchen des Historischen Materialismus in Verbindung gebracht, sondern mit der Religion. Man kann das für eine späte Wirkung der *Geschichtsphilosophischen Thesen* von

Benjamin halten, obwohl, soweit ich sehe, diese Verbindung von Horkheimer und Adorno selber nirgendwo gezogen worden ist. Horkheimer übernimmt den religiösen Impuls vielmehr von seinem Freund Paul Tillich und greift von dessen Gottesbegriff die Intuition und die Aufforderung auf, sich nicht mit der gegenwärtigen Einrichtung der Welt abzufinden (vgl. Horkheimer 1961, 1967). Auf diese Weise versucht Horkheimer eine genuin religiöse Triebkraft für die Fortsetzung der kritischen Gesellschaftstheorie in Anspruch zu nehmen.

Adornos Bezug auf die Religion geht weit über diese Anleihe hinaus. Am deutlichsten kommt das im letzten Aphorismus der *Minima Moralia* (1951: 333f.) zum Ausdruck, in dem Adorno schreibt: „Philosophie, wie sie im Angesicht der Verzweiflung einzig noch zu verantworten ist, wäre der Versuch, alle Dinge so zu betrachten, wie sie vom Standpunkt der Erlösung aus sich darstellten. Erkenntnis hat kein Licht, als das von der Erlösung her auf die Welt scheint: alles andere erschöpft sich in der Nachkonstruktion und bleibt ein Stück Technik. Perspektiven müßten hergestellt werden, in denen die Welt ähnlich sich versetzt, verfremdet, ihre Risse und Schründe offenbart, wie sie einmal als bedürftig und entstellt im Messianischen Lichte daliegen wird.“

Nach Adorno verlangen Philosophie und Kritik also nach einer Erlösungsperspektive, die von sehr weit außerhalb auf die Welt blickt. Alles andere ist für ihn unzulänglich, bloße Deskription, bloße Technik, oder, mit der Unterscheidung von Horkheimer gesprochen, traditionelle Theorie. Die Gegenwart leidet aber nicht daran, daß das eine oder andere verbesserungsbedürftig wäre, sondern wir leben insgesamt in einem Zustand, für den nur das Attribut der Falschheit angemessen ist. Das ganze Ausmaß dieser Falschheit wird im Lichte der Erlösung sichtbar.

Der Begriff der Erlösung, mit dem Adorno hier arbeitet, ist zweifellos religiös und theologisch, und im Begriff des Messianischen Lichts wird dieser Bezug noch einmal unterstrichen. Oben habe ich die große Resonanz, die Adorno und Horkheimer in der Bundesrepublik gefunden haben, mit ihrer Vorliebe für die kleine Form in Verbindung gebracht. Vielleicht muß man aber zur Erklärung die religiöse Grundierung ihrer Haltung hinzunehmen. Vermutlich ist es diese eigentümliche Mischung aus Realismus und desparater Hoffnung, aus detailversessener Präzision und dem Zug ins große Ganze, aus Unermüdlichkeit der kritischen Anstrengung und dem Bewußtsein der Vergeblichkeit, also alles in allem eine tragische Haltung, die die Kritische Theorie

von Adorno und Horkheimer für die jüngere Generation der Bundesrepublik in den 60er Jahren so attraktiv gemacht hat. In ihren extremen Zügen ist diese Kritik nahe an jenem Umschlag in den apokalyptischen Erlösungsglauben, in dem es der Welt nur recht geschieht, wenn sie zugrunde geht. Dann wird die ganze Welt zum Inbegriff der Falschheit, von der wir erlöst werden müssen, sie ist dann das, von dem es in einer Bach-Kantate heißt: „Du falsche Welt, dir traue ich nicht.“

Neben der Religion gibt es bei Adorno aber noch zwei weitere Dimensionen, auf die er sich für seine Sehnsucht nach einer radikal veränderten Welt stützt: die Kunst und das Märchen (vgl. König 2008: 167ff.). Daß in der Kunst immer das „Bild von Seligkeit“ (Adorno 1970: 412) enthalten ist, hat Adorno in seiner *Ästhetischen Theorie* breit ausgeführt. Die Beziehung auf den Geist der Märchen und seine Lösungsversprechen erfolgt eher beiläufig und ist nirgendwo ausführlicher dargelegt worden. Der Kraftquell, der den Märchen entspringt, beruht in deren Versprechen, daß die Gewalt der Vergangenheit angehört. Märchen trösten, aber verklären nicht. Sie drücken den wehmütigen Wunsch aus, „daß aus den Figuren des Scheins einmal doch, scheinlos, die Rettung hervortrete“ (Adorno 1951: 157).

Vielleicht geht auch die Inanspruchnahme des Märchens auf Benjamin zurück. In seinem Aufsatz *Der Erzähler* (1936) jedenfalls finden sich einige bedeutsame Überlegungen, in denen Benjamin den Märchengeist mit der Befreiung von der Not des Mythos in Verbindung bringt. Vor allem spricht aus den Märchen das Vertrauen auf eine Natur, die auf der Seite des Menschen steht, die ihm hilft, die Konflikte, in die er gerät, zu bestehen und den Bann, der auf ihm liegt, zu lösen. „Das Märchen gibt uns Kunde von den frühesten Veranstaltungen, die die Menschheit getroffen hat, um den Alp, den der Mythos auf ihre Brust gelegt hatte, abzuschütteln. Es zeigt uns in der Gestalt des Dummen, wie die Menschheit sich gegen den Mythos ‚dumm stellt‘; es zeigt uns in der Gestalt des jüngsten Bruders, wie ihre Chancen mit der Entfernung von der mythischen Urzeit wachsen; es zeigt uns in der Gestalt dessen, der auszog das Fürchten zu lernen, daß die Dinge durchschaubar sind, vor denen wir Furcht haben; es zeigt uns in der Gestalt des Klugen, daß die Fragen, die der Mythos stellt, einfältig sind, wie die Frage der Sphinx es ist; es zeigt uns in der Gestalt der Tiere, die dem Märchenkinde zu Hilfe kommen, daß die Natur sich nicht nur dem Mythos pflichtig, sondern viel lieber um den Menschen geschart weiß. Das Ratsamste, so hat das Märchen vor Zeiten die Menschheit gelehrt, und so lehrt es noch heute die Kinder, ist, den

Gewalten der mythischen Welt mit List und mit Übermut zu begegnen. [...] Der befreiende Zauber, über den das Märchen verfügt, bringt nicht auf mythische Art die Natur ins Spiel, sondern ist die Hindeutung auf ihre Komplizität mit dem befreiten Menschen“ (Benjamin 1936: 458).

Den religiösen und utopischen Energien in den späten Schriften von Horkheimer und Adorno schließt sich Kurt Lenk nicht an. Generell wird die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der Kritik im posttotalitären Zeitalter, in dem sich die Gewißheiten des Historischen Materialismus verflüchtigt haben, von ihm kaum aufgegriffen und beleuchtet. Es kann aber in meinen Augen kein Zweifel sein, daß davon auch der Ideologiebegriff und die Ideologiekritik zutiefst tangiert sind. Der Ideologiebegriff bei Marx ist an drei Elemente gebunden. Erstens beinhaltet er die Auffassung, daß alle Widersprüche und alles falsche Bewußtsein auf den Grundwiderspruch von Kapital und Arbeit zurückgeführt werden müssen. Zweitens ist Ideologiekritik für Marx im strengen Sinn immer die Kritik der widersprüchlichen Wirklichkeit und damit die Kritik jener Auffassungen, die diese Wirklichkeit zur einzig möglichen Realität idealisieren und deren innere Widersprüche eskamotieren. Im Idealfall werden diese beiden Punkte vom Kritiker auf einmal erledigt. Ein solcher Idealfall ist Marx mit seiner „Kritik der politischen Ökonomie“. Denn damit ist einerseits die Kritik der klassischen ökonomischen, ideologischen Lehren von Smith, Ricardo u.a. gemeint und in eins damit und gleichzeitig die Kritik des realen Kapitalismus mit seinen Ausbeutungsverhältnissen. Drittens schließlich trägt die Ideologiekritik nicht irgendwelche äußeren Normen und Werte als Maßstäbe an die Wirklichkeit heran, sondern kann sich in praktischer Absicht immer mit starken Elementen dieser Wirklichkeit, die bereits von sich aus zu deren Veränderung drängen, verbünden.

Alle drei Annahmen sind schon für die Kritische Theorie fragwürdig geworden (vgl. allgemein zur gegenwärtigen Diskussion über Ideologiekritik Jaeggi 2009). Daß der Vorrang der Kritik der politischen Ökonomie für Horkheimer und Adorno mit der Erfahrung des Antisemitismus und der Vernichtung der europäischen Juden hinfällig geworden ist, habe ich zu zeigen versucht. Zugleich damit hat aber die bürgerliche Gesellschaft gleichsam alle Versuche eingestellt, ihr Selbstbild und ihr Selbstverständnis noch auf anspruchsvolle Begriffe zu bringen, an die das ideologiekritische Unternehmen anknüpfen könnte, um sie als wahr und zugleich falsch zu kritisieren und weiterzutreiben. Und schließlich ist es auch kaum noch möglich, auf offensi-

ve soziale Kämpfe zu verweisen, als deren Ausdruck sich eine kritische Theorie der Gesellschaft verstehen könnte.

Es ist nun keineswegs so, daß Lenk diese Punkte nicht sehen und ansprechen würde. Der erste Punkt wird von ihm allerdings unterschätzt. Bei seiner Auseinandersetzung mit *Ideologie und Ideologiekritik im Werk Horkheimers* (1986) spart Lenk expressis verbis Horkheimers Arbeiten zum Vorurteil und zum Antisemitismus aus, weil sie, wie er meint, „methodisch auf einer anderen Ebene liegen“ (Lenk 1986: 116). Das dürfte, wie ich zu zeigen versucht habe, an der Bedeutung der *Elemente des Antisemitismus* doch weit vorbeigehen. Was den zweiten Punkt angeht, daß nämlich die bürgerliche Gesellschaft kaum noch anspruchsvolle Selbstthematisierungen erzeugt, an denen sich die Ideologiekritik entzünden könnte, so wird das von Lenk deutlich in den Blick genommen. „Hatte die klassische Ideologiekritik (von Francis Bacon bis Marx) es noch mit einer bürgerlichen Klassengesellschaft zu tun, deren legitimatorischer Anspruch es nach der Entstehung moderner Nationalstaaten war, sich zu einer Gesellschaft von Freien und Gleichen zu entwickeln, so erhebt ein solches – vom rationalen Tausch abgelesenes – Postulat die heutige westliche Staatengesellschaft kaum mehr. Auch gibt es keinen emphatischen Begriff von bürgerlicher Gesellschaft mehr und dementsprechend auch keinen in sich konsistenten Ideologiebegriff. Beide sind sozusagen ‚verdampft‘. Übrig geblieben ist eine bunte Palette von Etiketten, mit denen das umkleidet wird, was man – einem Markt der Möglichkeiten vergleichbar – wechselweise etwa als postmoderne, multikulturelle, funktional differenzierte, individualisierte, postindustrielle oder auch Erlebnis-, Risiko- oder Informations-, Wissens- und Mediengesellschaft zu nennen pflegt. An entsprechenden Zeitdiagnosen jeglicher Couleur ist also kein Mangel. Woran es allerdings fehlt, ist der Versuch einer begrifflichen Bestimmung, die rechtens Anspruch auf Verbindlichkeit erheben könnte. Denn alle genannten Bezeichnungen sind mehr oder weniger Selbstbeschreibungen oder ‚labels‘, in denen sich bestimmte Sichtweisen und Aspekte ausdrücken, mit denen man sich über jenes X verständigen könne, das einmal Gesellschaft hieß. Diese selbst bleibt dabei jedoch weithin im Dunkeln“ (Lenk 2000: 110f.).

Und auch der dritte Punkt wird deutlich zum Ausdruck gebracht. In *Dialektik bei Marx* (1970: 44) heißt es: „Die Schwierigkeit, Dialektik zu bestimmen, hat jedoch tiefere Ursachen; sie liegen nicht zuletzt auch darin, daß dialektisches Denken sich bei Marx eng verbindet mit der Existenz und der historischen Funktion des Proletariats, das die

bürgerliche Gesellschaft über sich hinausführen sollte. Blicken wir uns heute in den fortgeschrittensten westlichen Industriestaaten um, so entdecken wir zwar eine Fülle von realen gesellschaftlichen Widersprüchen, aber keinen Ansatz zu deren Überwindung. Ohne die Möglichkeit einer Aufhebung der gesellschaftlichen Widersprüche des Spätkapitalismus aber wird der Marxismus allmählich zur bloßen Theorie einer ‚vernünftigen Gesellschaft‘, da ihm so die Perspektive einer künftigen Theorie-Praxis-Einheit abgeht: er wird ‚utopisch‘“ (Lenk 1970: 44). Und einige Seiten später: „Obwohl also Dialektik als Theorie eine Methode des Denkens zur Erfassung der Bewegungsgesetze der Vorgeschichte ist, ist sie ihrer Absicht nach nicht nur eine Denkmethode, sondern Realdialektik, weil die Bewegung der Begriffe nur die bewußt gewordenen Bewegung der Gesellschaft in der Geschichte darstellt und vollzieht“ (Lenk 1970: 51).

Diesem Entwicklungsgang der Dinge gegenüber ruft Lenk immer die Ausgangslage und den Kritikanspruch bei Marx in Erinnerung. Das ist gewiß und zweifellos sehr erhellend. Zugleich entsteht dadurch jedoch der Eindruck, daß der gegenwärtige Zustand eher beklagt als in seinen Konsequenzen für Analyse und Kritik durchdacht wird. Man kann aber der bürgerlichen Gesellschaft schlecht vorwerfen, daß sie es ihren Kritikern so schwer macht. Das wird die herrschenden Verhältnisse nicht sonderlich erschüttern.

Und es wird sie auch nicht sonderlich erschüttern, wenn man ihr gegenüber immer wieder darauf insistiert, wie Lenk das tut, die gegebene Einrichtung der Welt nicht für unabänderlich und ewig zu halten. Es kann kein Zweifel sein, daß darin ein zentraler Impuls der Marx-schen Ideologiekritik festgehalten und fortgeführt wird: „Die zur ‚zweiten Natur‘ erstarrten Verhältnisse, die als menschliche schlechthin erscheinen, will Marx gerade kritisch in Frage stellen“ (Lenk 1970: 50). Wenn man auch zurecht sagen kann, daß, wie oben festgehalten, die bürgerliche Gesellschaft kaum noch anspruchsvolle Theorien ihres eigenen Selbstverständnisses erzeugt, und wenn man zurecht sagen kann, daß sich darin die Erschöpfung ihrer utopischen Gehalte niederschlägt, so gilt das doch zugleich nur mit einer Ausnahme. Sie besteht darin, daß es eigentlich niemanden mehr gibt, der die bürgerliche Gesellschaft für unveränderbar und für das Ende der Geschichte hält. Im Gegenteil: Die kritische Haltung hat sich gleichsam universalisiert, sie besteht in dem universal gewordenen Bewußtsein, „daß nicht alles so bleiben muß, wie es geworden ist“ (Saar 2009: 264). Das Bewußtsein von der Kontingenz der gesellschaftlichen Verhältnisse, ihrer Verletz-

barkeit und Veränderbarkeit hat sich tief in das Selbstverständnis der Gegenwartsgesellschaft eingesenkt. Für unveränderbar hält den Zustand der Welt kaum noch jemand. Daß sich damit gegenwärtig eher Sorgen als Hoffnungen verbinden, steht auf einem anderen Blatt.

LITERATUR

- Adorno, Theodor W. (1951): *Minima Moralia*. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, Frankfurt am Main 1970.
- Adorno, Theodor W. (1966): *Negative Dialektik*, Gesammelte Schriften Bd. 6, Frankfurt am Main 1973.
- Adorno, Theodor W. (1970): *Ästhetische Theorie*, Gesammelte Schriften Bd. 7, Frankfurt am Main 1972.
- Benjamin, Walter (1936): *Der Erzähler*, in: Gesammelte Schriften Bd. II, Frankfurt am Main 1977.
- Benjamin, Walter (1940): *Über den Begriff der Geschichte*, in: Gesammelte Schriften Bd. I, Frankfurt am Main 1974.
- Benjamin, Walter/Gershom Scholem (1980): *Briefwechsel 1933 - 1940*, herausgegeben von Gershom Scholem, Frankfurt am Main.
- Bittner, Rüdiger (2009): *Kritik und wie es besser wäre*, in: Rahel Jaeggi/Tilo Wesche (Hg.), *Was ist Kritik?* Frankfurt am Main.
- Diner, Dan (1988): *Aporie der Vernunft. Horkheimers Überlegungen zu Antisemitismus und Massenvernichtung*, in: ders. (Hg.), *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz*, Frankfurt am Main.
- Dubiel, Helmut/Alfons Söllner (1981): *Die Nationalsozialismusforschung des Instituts für Sozialforschung*, in: Max Horkheimer et al., *Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main.
- Horkheimer, Max (1937): *Traditionelle und kritische Theorie*, in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 4, Frankfurt am Main 1988.
- Horkheimer, Max (1939): *Die Juden und Europa*, in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 4, Frankfurt am Main 1988.
- Horkheimer, Max (1944/1946): *Antisemitismus: Der soziologische Hintergrund des psychoanalytischen Forschungsansatzes*, in: ders., *Gesammelte Schriften* Bd. 5, Frankfurt am Main 1987.
- Horkheimer, Max (1961): *Paul Tillich (zum 75. Geburtstag)*, in: ders., *Gesammelte Schriften* Bd. 13, Frankfurt am Main 1989.

- Horkheimer, Max (1967): Religion und Philosophie, in: ders., Gesammelte Schriften Bd. 7, Frankfurt am Main 1985.
- Horkheimer, Max (GS 16): Briefwechsel 1937 – 1940, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 16, Frankfurt am Main 1995.
- Horkheimer, Max (GS 17): Briefwechsel 1941 – 1948, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 17, Frankfurt am Main 1996.
- Horkheimer, Max/Theodor W. Adorno (1944/1946): Dialektik der Aufklärung, in: Max Horkheimer, Gesammelte Schriften Bd. 5, Frankfurt am Main 1987 (zitiert als DA).
- Horkheimer, Max/Theodor W. Adorno (1946): Rettung der Aufklärung. Diskussion über eine geplante Schrift zur Dialektik, in: Max Horkheimer, Gesammelte Schriften Bd. 12, Frankfurt am Main 1985.
- Jaeggi, Rahel (2009): Was ist Ideologiekritik? In: Dies./Tilo Wesche (Hg.), Was ist Kritik? Frankfurt am Main.
- König, Helmut (2008): Politik und Gedächtnis, Weilerswist.
- Lenk, Kurt (1970): Dialektik bei Marx, in: ders., Von Marx zur Kritischen Theorie, Münster 2009.
- Lenk, Kurt (1972): Marx in der Wissenssoziologie. Studien zur Rezeption der Marxschen Ideologiekritik, Neuwied und Berlin.
- Lenk, Kurt (1986): Ideologie und Ideologiekritik im Werk Horkheimers, in: ders., Von Marx zur Kritischen Theorie, Münster 2009.
- Lenk, Kurt (2000): Ideologische Kontinuitäten und gesellschaftlicher Wandel, in: ders., Von Marx zur Kritischen Theorie, Münster 2009.
- Lenk, Kurt (2009): Von Marx zur Kritischen Theorie. Dreißig Interventionen, Münster.
- Lenk, Kurt (Hg.) (1961): Ideologie. Ideologiekritik und Wissenssoziologie, 9. Auflage, Frankfurt am Main/New York 1984.
- Marx, Karl (1867): Das Kapital. Erster Band, in: Marx-Engels-Werke, Band 23, Berlin 1969.
- Neumann, Franz (1942): Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933 - 1944, Frankfurt am Main 1988.
- Ryklin, Michail (2009): Requiem auf einen Traum. Walter Benjamin und der Hitler-Stalin-Pakt, in: osteuropa, Heft 7-8: Der Hitler-Stalin-Pakt. Der Krieg und die europäische Erinnerung, Berlin.
- Saar, Martin (2009): Genealogische Kritik, in: Rahel Jaeggi/Tilo Wesche (Hg.), Was ist Kritik? Frankfurt am Main.

Traverso, Enzo (1997): Auschwitz denken. Die Intellektuellen und die Shoah, Hamburg 2000.

Wiggershaus, Rolf (1986): Die Frankfurter Schule. Geschichte, theoretische Entwicklung, politische Bedeutung, Frankfurt am Main.

Gewalt, Hegemonie und falsche Totalisierung

Der mythische Singular Giorgio Agambens¹

WOLFGANG FRITZ HAUG

Die Aufgabe einer Kritik der Gewalt lässt sich als die Darstellung ihres Verhältnisses zu Recht und Gerechtigkeit umschreiben.

WALTER BENJAMIN:

ZUR KRITIK DER GEWALT

I.

Was „Gewalt“ meint, scheint klar. Doch die anfängliche Klarheit zeigt sich als Schein, sobald man versucht, das Wort in andere Sprachen zu übersetzen. Nicht zufällig war es ein französischer Autor, der seinem Eintrag „Gewalt“ für das *Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus* (HKWM) die folgende „grundlegende Bemerkung zu Sprache und Terminologie“ vorausschickte:

„Im Deutschen hat das Wort Gewalt einen größeren Bedeutungsumfang als seine ‚Äquivalente‘ in anderen europäischen Sprachen: *violence* oder *violenza* und *pouvoir*, *potere*, *power* (mit denen je nach Kontext ebenso Macht „wiedergegeben“ werden kann). ‚Von außen‘ gesehen, beinhaltet also der deutsche Ausdruck *Gewalt* eine Ambivalenz: Er bezeichnet die Antithese zu Recht oder Gerechtigkeit und zugleich deren Verwirklichung oder Ausübung durch die Institution (i.A. den Staat). Diese Ambivalenz ist nicht unbedingt von Nachteil. Sie verweist im Gegenteil auf eine für die Politik konstitutive latente Dialektik oder ‚Einheit der Gegensätze‘. [...] Um dies deutlich zu machen, muss man einerseits dem Ausdruck ‚Gewalt‘ in allen Kontexten die Unbestimmtheit lassen, die er virtuell besitzt (z.B. in der Idee der ‚revolutionären Gewalt‘ oder der ‚revolutionären Rolle der Gewalt in der Geschichte‘), andererseits aber auf das fremdsprachige Idiom zurückgreifen, um im Sinne des frz./engl. *violence* auf die Betonung der ‚destruktiven Seite‘ hinzuweisen (die über Sorel und seine *Réflexions sur la violence* im Deutschen in Benjamins Essay *Zur Kritik der Gewalt* wiederkehrt) oder im Sinne des französischen *pouvoir* auf die institutionelle oder sogar ‚konstitutionelle‘ Seite (die im Aufbau der ‚realsozialistischen‘ Partei-

Staaten und ihrer Interpretation der ‚Diktatur des Proletariats‘ tendenziell die Oberhand gewinnt)“ (Balibar 2001: 1271).

Ein Blick auf Benjamins Auslotung der näheren Wortfamilie am Schluss seiner *Kritik der Gewalt* ist geeignet, diese Reflexion zu untermauern: Als schaltende fasst er die rechtsetzende Gewalt, als verwaltende die rechtserhaltende, als waltende die göttliche Gewalt. Traditionell spaltet Gewalt sich in ‚geistliche‘ des ‚Wortes‘ und ‚weltliche‘ des ‚Schwertes‘ auf. Das nähert sie der Hegemonie an.

Hegemonie zeigt sich der Gewalt nicht so sehr entgegengesetzt, als vielmehr vorgesetzt. Die Wort- und Begriffsgeschichte führt in die Sphäre politisch angeordneter Gewaltausübung. Das altgriechische Wort *hêgemonê* heißt zunächst einfach vorangehen. An der Spitze seiner Krieger, die ihm folgten, marschierte oder ritt der Heerführer, Erster unter Gleichen. Allenfalls als Einzelne konnten jene von ihm mit Gewalt zum Folgen gezwungen werden, denn im Ganzen bildeten sie selbst den Apparat der Zwangsgewalt. Er unterschied sich von anderen und zumal späteren Apparaten dadurch, dass er zunächst überzeugt sein musste, eher er sich einsetzen ließ. Homers Schilderungen geben einen Eindruck davon. Kurz, ‚Hegemonie‘ taucht zuerst als Führungsmacht des Krieges auf. Sie hegt Waffengewalt und Gewalttätigkeit ein. Als Kategorie etabliert sie sich ab dem Moment, da sie auf Führungsverhältnisse zwischen politischen Gemeinwesen übertragen wird. In diesem noch immer aktuellen bündnispolitischen Sinn wurde der Begriff der Nachwelt überliefert.

Ohne Zweifel ist die Frage nach der Rolle der physischen Gewalt bei der Bildung kultureller und politischer Hegemonie von großer Bedeutung. Desto wichtiger ist der kritische Blick auf die Anlage dieser Frage und auf die bei ihrer Behandlung unterstellten Grundvoraussetzungen. Als politisch befreiende oder gesellschaftliche Entwicklungschancen freisetzende generiert sie massenhafte Zustimmung, so schon an der Wiege des Hegemoniebegriffs, im von Athen geführten Befreiungskrieg gegen die versklavende Militärgewalt der persischen Despotie. Die Athener verspielten diesen Konsens, als sie aufhörten, „gleichgestellte Führer zu sein und „dafür die Knechtung der Verbündeten“ betrieben (Thukydides, III,9), als sie nämlich angesichts der Frage, ob sie „gewaltsam oder durch Verdienste um die Griechen die Vorherrschaft [*hegemonía*]“ anstreben sollten, für den Primat der Gewalt und des Krieges optierten (Xenophon, *Poroi*, 5.5; zit.n. HKWM 6/I: 4).

Bereits dieser erste Auftritt zeigt, dass Gewalt im Verhältnis zu Hegemonie als konkrete zu diskutieren ist. Progressiv-mitreibende unterscheidet sich hier von unterdrückender Gewalt. Das griechische Beispiel, in dem die männlichen Stadtstaatsbürger im waffenfähigen Alter in Personalunion den Militärapparat bildeten, ist zudem geeignet, wenigstens im Ansatz das Verhältnis von Gewalt und Hegemonie in den Geschlechterverhältnissen zu umreißen. Einen Hinweis gibt das männliche Waffenmonopol, das Übermacht gewährt. Die damit verbundene Zwangs- und Tötungsgewalt besaß zudem

eine ökonomische Funktion in Gestalt der Sklavenbeschaffung. Vorgängiger Ausgangspunkt der Herrschaftsbildung in den Geschlechterverhältnissen dürften „Formen der Vorherrschaft in Verhältnissen der Machtteilung zwischen den Geschlechtern“ gewesen sein (*Elemente*: 193). Im kollektiven Konfliktfall verfügten die Männer gegen aufbegehrende Frauen in letzter Instanz über die Macht, die aus Waffen kommt. Marx und Engels sehen in der patriarchalen Familie, „wo die Frau und die Kinder die Sklaven des Mannes sind“, als Kern „die Verfügung über fremde Arbeitskraft“ (Marx/Engels Werke (MEW), 3: 32). Der späte Engels setzt hinzu: „die erste Klassenunterdrückung [fällt zusammen] mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche“ (*Ursprung der Familie*, MEW, 21: 68). In der Etablierung dieser Herrschaft sieht er die „weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts“ (61). Das entsprechende Gewaltverhältnis der Geschlechter tritt „namentlich bei den Griechen der [...] klassischen Zeit offen hervor“ (ebd.). Das familienrechtlich bis fast in die Gegenwart weiterwirkende römische *patrimonium* steht dahinter kaum zurück. Es wurzelt, im „eisengepanzten Familiensystem der lateinischen Stämme“ (Morgan 1877: 470; zit. ebd.). Dass diese gewaltgepanzerte und -durchsetzte Unterwerfung im großen Ganzen sich über Jahrtausende gehalten hat und von den Frauen weitgehend verinnerlicht worden ist, so dass sie aus Opfern zu Mittäterinnen ihrer Unterdrückung wurden, stellt die Hegemonietheorie auf eine Probe, die sie ohne Hilfe der Ideologietheorie nicht bestehen kann.² In Engels' Sicht wurde das patriarchale Gewaltverhältnis „allmählich beschönigt und verheuchelt, auch stellenweise in mildere Form gekleidet“ (a.a.O.: 61). Das paulinische Christentum reproduzierte die weibliche Unterstellung unter den Mann,³ andererseits und mit weniger Nachdruck proklamiert es die für alle gleiche Gotteskindschaft. Im Laufe der Jahrhunderte errichtet die katholische Kirche einen der Pfeiler ihrer hegemonialen Macht darüber, dass sie als Schutzherrin der Frauen deren Unterordnung zugleich religiös legitimiert und erträglicher macht. Die bürgerliche Moderne hat in ihrer Subjektphilosophie das Patriarchat durch systematische Entnennung in die Form scheinhafter Allgemeinheit gebracht und so fürs hegemonisierte Geschlecht überzeugend und konsensfähig gemacht. Kurz: „Bei Dominanz (Vorherrschaft) des ‚männlichen Geschlechts‘ werden die Geschlechterverhältnisse ‚ideologisch‘ artikuliert, als gestufte symbolische Machtteilung, symbolische Kompensation. [...] Wo Herrschaft das Trennende über das Gemeinsame stellt (und dieses zum Gemeinen degradiert), stellt das ideologische Imaginäre kompensatorisch das Gemeinsame über das Trennende“ (*Elemente*: 197). An den Geschlechterverhältnissen lässt sich ablesen, dass ideologisch artikuliert Herrschaft überaus stabil sein und, so die Ideologisierung fortwährend den Veränderungen angepasst wird, über lange Zeiträume halten kann. Das Ideologische setzt bei der Subjektconstitution an und steht, insofern das so ist, dem Subjekt nicht zu Gebot. Das Subjekt kann nicht seine Interessen ohne weiteres außerideologisch abwägen. In dem Maße, in dem die

Ideologie das gesellschaftliche Bewusstsein bestimmt, ist sie das Unbewusste des Bewusstseins.

Generell legen bereits diese Beispiele nahe, Gewalt und um Zustimmung werbende politisch-ideologische Projekte hegemonietheoretisch als komplementär-gegensätzliche Brennpunkte der Ellipse politischer Machtfundierung zu fassen. Daraus folgt wiederum die Frage nach den Dominanzverhältnissen zwischen beiden Brennpunkten, die zur Unterscheidung unmittelbarer von vermittelter, primärer von sekundärer (stützend-absichernder) Gewalt führt. Ein Primat der Gewalt in diesem Begründungsverhältnis politischer Macht deutet auf hegemoniale Schwäche eines Machtblocks, wobei dessen Stärke oder Schwäche letztlich in der mehr oder weniger für die ganze Gesellschaft wichtigen „produktiven Funktion“ der hegemonialen Klasse wurzeln. „Wenn die herrschende Klasse ihre Funktion erschöpft hat, neigt der ideologische Block zum Zerfall, und auf die ‚Spontaneität‘ folgt dann der ‚Zwang‘, in immer weniger verhüllten und indirekten Formen bis hin zu regelrechten Polizeimaßnahmen und Staatsstreichen“ (*Gefängnishefte*, H. 1, §44, 102f.). Sofern Gewalt und Konsens komplementär sind, rückt ihre Wechselwirkung ins Zentrum, bei der jede Seite die andere durchdringt und verrückt. Immer richtet sich dabei der Blick – mit dem von Gramsci der liberalen Politiktheorie entlehnten und umfunktionierten Begriff gesagt – auf die Zivilgesellschaft. Das meint nichts anderes, als dass die Gesellschaftsmitglieder in den Vordergrund treten, sofern sie in irgendeiner Form – sei es auch nur in der vagen Gestalt von Meinung und Stimmung – an politisch-gesellschaftlichen Gestaltungsfragen Anteil nehmen. Der Zivilgesellschaft entstammen die Vorstellungen von Legitimität im Sinne der Richtigkeit oder Ungerechtigkeit von positivem Recht. Sie lässt sich als die Sphäre werdenden Rechts begreifen. Folgt man Agamben, „dann ist der Abgrund zwischen Recht und Gerechtigkeit nicht zu überbrücken“ (Assheuer 2004). Warum er das so denkt, soll uns in der Folge beschäftigen.

Am Beispiel der patriarchalen Geschlechterverhältnissen sind wir auf eine für Hegemonieverhältnisse typische Form implizierter Gewalt gestoßen, die vielfach ideologisch artikuliert und in konsensfähige ‚Werte‘ eingekleidet ist. Doch nicht in diesem umfassenden Sinne soll von Gewalt im Folgenden die Rede sein, sondern im engen Sinn von *violence*, wie er etwa die ‚Vergewaltigung‘ bestimmt. Es geht um ‚nackte‘ physische Zwangsgewalt unter dem Gesichtspunkt, welche Rolle sie bei der Bildung von Hegemonie im Sinne von einverständiger Herrschaftsunterstellung spielt.

II.

Das wirkungsmächtigste Gegenparadigma zu Gramscis Hegemonietheorie verdichtet sich in dem Satz, mit dem Carl Schmitt 1934 die von Hitler angeordneten Röh-Morde gerechtfertigt hat: „Aus dem Führertum fließt das Richtertum. Wer beides voneinander trennen [...] will, [...] sucht den Staat

mit Hilfe der Justiz aus den Angeln zu heben“ (946).⁴ Schmitts Staat ist der „Führerstaat“ (948), „der die Kraft und den Willen hat, Freund und Feind zu unterscheiden“ (950). Allgemein soll gelten: „Die spezifisch politische Unterscheidung [...] ist die Unterscheidung von *Freund* und *Feind*“ (1932: 14).⁵ Diese Unterscheidungsgewalt bildet für Schmitt bekanntlich den Kern von Souveränität. Legitime Macht geht hier nicht ‚vom Volke aus‘, sondern „*Lebensrecht* des Volkes“ aus „derselben Rechtsquelle, der alles Recht jedes Volkes entspringt“ (1934: 947). Über dieses Recht hat bei Schmitt der Führer zu richten. Als personifizierte Rechtsquelle ist er die Ausnahme von jeder Regel, der jede Regel entspringt.

Auf Schmitts Beantwortung einer von seinem absolutistischen Staatsführer dezisionistisch⁶ identifizierten „Gefahr“ antwortet um 1940⁷ Walter Benjamins achte Geschichtsthese: „Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, dass der ‚Ausnahmestand‘, in dem wir leben, die Regel ist.“ Dieser Einsicht soll der Geschichtsbegriff angemessen werden. „Dann wird uns als unsere Aufgabe die Herbeiführung des *wirklichen* Ausnahmestands vor Augen stehen.“ Dieser besteht darin, die Möglichkeit des schmittschen Ausnahmestands aufzuheben – und zwar vom gesellschaftlichen Grund auf. Nun ist es nicht mehr das von der Staatsführung beurteilte „*Lebensrecht* des Volkes“ sondern das Volk selbst, und zwar nicht mehr der ideologisch überhöhte Ausdruck des Volkes, sondern das in dessen Zeichen enteignete „historische Subjekt“ selbst, das sich als einzig legitime Rechtsquelle weiß, weil verwirklicht. Auch die Gefahr ist bei Benjamin der schmittschen entgegengesetzt. Wo sie bei Schmitt jede Bedrohung der Herrschaft meint, besteht sie für Benjamin darin, „sich zum Werkzeug der herrschenden Klasse herzugeben“ (VI). Dagegen: „Das Subjekt historischer Erkenntnis ist die kämpfende, unterdrückte Klasse selbst [...], die das Werk der Befreiung im Namen Generationen Geschlagener zu Ende führt.“ Der folgende Satz deutet darauf hin, dass diese Bestimmung, statt eine empirische Existenz auszudrücken, zum begrifflichen Sollen zu verblassen beginnt, sieht doch Benjamin das entsprechende Bewusstsein einzig „für kurze Zeit im ‚Spartacus‘ noch einmal zur Geltung gekommen“ (XII).

III.

Den Boden, auf dem die Saat Carl Schmitts, nach links legitimiert durch den vormarxistischen Benjamin, neuerlich aufgeht, bietet der von Jan Rehmann untersuchte „postmoderne Links-Nietzschanismus“ im Umkreis von Deleuze und Foucault. Aktueller Besteller dieses Bodens und Lieferant seiner Früchte – allerdings in genmanipulierter Form – ist der italienische Benjamin-Herausgeber Giorgio Agamben.⁸ Von Foucault übernimmt und reprogrammiert er die Mythisierung der Macht und das Konzept der „Biopolitik“⁹, von Schmitt die Perspektivierung auf den Ausnahmestand.¹⁰ Spinozas *potentia agendi vel cogitandi*, die menschliche Handlungs- und Denkfä-

higkeit, ist in dieser Linie mit Nietzsches herrschaftsverliebtem Willen zur Macht amalgamiert. Die vielfältigen Formen konkreten Machenkönnens schmelzen zusammen im Mythos der MACHT als solcher. Deren Wirken erscheint nun als so etwas wie der Blutkreislauf von Gesellschaften. DIE MACHT ist allgegenwärtig, und alles nährt sich von ihr. Der Gegensatz von Herrschaftsmacht und emanzipatorischer Handlungsfähigkeit hat sich in dieser Allgemeinheit aufgelöst und findet sich begrifflich desartikuliert.

Wenn Agamben solche Ideen übernimmt, so nimmt der Vorgang hinter einer Fassade von Kontinuität Züge einer feindlichen Übernahme an. Wo Foucault seine Thesen in historischer Untersuchung entwickelt und an diese bindet, löst Agamben sie von dieser noch relativ soliden Herkunft ab und verwandelt sie in spekulative Setzungen. Um ABSOLUTE MACHT vorzustellen, führt er die Gestalt ABSOLUTER OHNMACHT ein. Er zitiert sie als Extremfall des KZ-Insassen, der sich völlig aufgegeben hat. Von diesem Messpunkt aus führt er den Idealtypus des „nackten Lebens“ ein. Schmitts dezisionistische Freund/Feind-Unterscheidung, die willkürliche Lizenz des ‚Souveräns‘ zum Töten, übersetzt er in „diejenige von nacktem Leben/politischer Existenz“ (2002: 18). „Nacktes Leben¹¹ ist das, was man retten kann, wenn man alles, auch jeden Rechtsschutz, verloren hat und auf ein Tötbares reduziert ist. Damit meint Agamben, das Geheimnis aller Herrschaft (‚arcanum imperii‘) als ein archimedisches Außerhalb gefunden zu haben, von dem aus sich das gesamte Selbstverständnis der parlamentarischen Demokratie und ihrer rechtlichen Einhegung und Begrenzung der Staatsgewalt aus den Angeln heben lässt. Die *ultima ratio* von Notstand und Kriegsrecht macht er zur *prima ratio* eines gründenden Prinzips. „Der Ausnahmezustand, in dem das nackte Leben zugleich von der Ordnung ausgeschlossen und von ihr erfasst wurde, schuf gerade in seiner Abgetrenntheit das verborgene Fundament, auf dem das ganze politische System ruhte“ (19). Im selben Aufwasch, mit dem er hierdurch aller liberalen Demokratietheorie und Philosophie der Zivilgesellschaft den Garaus macht, bringt er auch die Perspektive ihrer Auf- und Höherhebung durch Überwindung der Klassengesellschaft zum Erlöschen, zumal Marx, der Theoretiker dieser Perspektive, jenen Urzusammenhang „nicht einmal erahnt“ (22).

Indem Agamben die Herrschaftsmacht zugleich entnennt und totalisiert, entleert er die Praxisperspektive progressiver Kritik insgesamt. Alle existierenden Alternativpolitiken sollen als nichtig erkannt werden. Er vertröstet mit dem Hinweis auf ein ganz Anderes in Gestalt „jener neuen Politik [...], die im wesentlichen noch zu erfinden bleibt“. Alle existierenden emanzipatorischen Politiken erklärt er dagegen kurzerhand zu Derivaten des Ausnahmezustands und dessen Reduktion von Menschen auf „nacktes Leben“. „Doch solange keine völlig neue – das heißt nicht mehr auf die *exceptio* des nackten Lebens gegründete – Politik da ist, wird jede Theorie und jede Praxis in einer Sackgasse stecken bleiben“ (21). Die Wiederholung der These ersetzt den Beweis.

In diesem totalisierenden Diskurs übers Totalitäre, der marxistische Kapitalismuskritik kritisch zu übertreffen scheint, herrscht durchweg der mythische Singular von Wesensganzheiten. Mythischer Singular und falsche Totalisierung stecken unter einer Decke. Doch DIE GEWALT gibt es so wenig wie DIE MACHT. Konkret haben wir es mit Antagonismen im Plural zu tun, mit Differenzen, Gegensätzen oder Widersprüchen der Mächte und Gewalten. Ohne konkrete Analyse der konkreten Situation verliert kritische Theorie ihre „lebendige Seele“ (Lenin).

Agamben folgend, würden wir den Maßstab zur Beurteilung der Gegenwart dem „Zeitalter der Extreme“ (Hobsbawm) entlehnen. Zunächst wären es die beginnenden 1920er Jahre in Europa, die Inkubationszeit des Faschismus, aus denen der vormarxistische Benjamin und Schmitt ihre Gedanken von der Außerrechtlichkeit der rechtsetzenden Gewalt geschöpft haben, der erste revolutionär, der zweite konterrevolutionär und antiparlamentarisch-absolutistisch. Agamben erhebt Benjamins „Bloßlegung der irreduziblen Verknüpfung von Gewalt und Recht“ zur „notwendigen Vorbedingung jeder Untersuchung über die Souveränität“, mit dem einzigen „Mangel“, dass „die souveräne Gewalt und der Ausnahmezustand, welche die *Politische Theologie* begründet“, in Benjamins *Kritik der Gewalt* „nicht vor[kommen]“ (2002: 74f.). Er übergeht, dass Benjamins „Theologisch-politisches Fragment“ aus derselben Zeit diametral jeder möglichen politischen Theologie à la Schmitt entgegengesetzt ist: Im herrschenden Nihilismus kommt für ihn als Generalnenner aller Ansprüche, die an Politik zu stellen sind, einzig dieser in Frage: „Die Ordnung des Profanen hat sich aufzurichten an der Idee des Glücks“ (GS II.1: 203). Nicht die Verhängung des Todes, nicht die Scheidung in Freund und Feind, sondern der Unterschied von Glück und Unglück ist der Angelpunkt dieses Begriffs des Politischen.

Die zweite Periode, die den Maßstab liefern soll, ist die des vom triumphierenden Nazismus, abgesichert durch den Hitler-Stalin Pakt, mit dem Überfall auf Polen eröffneten Zweiten Weltkriegs. Der zeitentobene Gebrauch, den Agamben von Benjamins Thesen macht, verlangt den Blick auf deren Zeitgebundenheit. In der *Kritik der Gewalt* schwingen noch Weltkrieg und Revolution nach; die *Geschichtsthesen* sind das Werk des politischen Flüchtlings angesichts des Faschismus und seiner Rassengesetze zu Beginn des Zweiten Weltkriegs. Auf die Welt Merkels und Obamas oder selbst aufs Italien Berlusconi übertragen, werden Benjamins Thesen absurd.¹² Bei Benjamin ist es der Nazismus, nicht, wie bei Agamben, der liberale Rechtsstaat einer parlamentarischen Demokratie,¹³ dem gegenüber „unsere Aufgabe die Herbeiführung des *wirklichen* Ausnahmezustands“ war. Auch bestimmt der Fortschrittsglaube, jener andere Kontext der damaligen Zeit, gegen die Benjamin anschreibt, längst nicht mehr eine sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Eher dominieren Krisensorgen und ökologische Katastrophenvisionen den Zeitgeist, eine Stimmung, der Agamben Ausdruck verleiht. Benjamins These, dass in jeder Epoche versucht werden muss, „die Überlieferung von neuem dem Konformismus abzugewinnen“

(VI), gilt angesichts dessen akut für den historischen Materialisten Benjamin selbst, dessen Marxismus unablässig getilgt wird.¹⁴ Die Stelle, an der das Geschichtsbild des Historismus vom historischen Materialismus zu „durchschlagen“ ist, ist nach seiner Einsicht die jeweilige Gegenwart. Man muss sich klarmachen, dass „der ‚Ausnahmestand‘, in dem wir leben“ und den Benjamin in distanzierende Anführungszeichen¹⁵ setzt und den die „Tradition der Unterdrückten“ als die Regel zeigt, in irgendeinem realen Sinn nicht der Zustand ist, in dem wir Heutigen leben. Ihren realen Sinn erhielt Benjamins These vom historischen Faschismus mitsamt seiner deutschen Extremform des Nazismus, die zu Weltkrieg und Judenvernichtung ansetzte, nachdem sie die Arbeiterbewegung zerschlagen hatte. Für Agamben sind das rhetorische Zitate. Sie sollen dem gelegentlichen Spengler¹⁶ seiner „Verhängniserzählung welthistorischen Ausmaßes“ (Marchart 2010: 223) etwas benjaminsche Autorität und Glaubwürdigkeit übertragen. Bedenkenlos pflückt er sie vom historischen Ernstfall ab, um seine Kulturkritik zu würzen. Die Vorstellung des messianischen Ausnahmestands, der den Herrschenden das Heft aus der Hand nehmen würde, wird zum wurzellosen Zitat ohne Tiefe und Ernst. Das ist nicht das Zitat à l'ordre du jour, an dem den sich Befreienden das Versprechen der Erlösung aufblitzt und um das es Benjamin zu tun ist. Um herauszufinden, wo und wie Benjamins Thesen mit der Gegenwart zusammentreten, geht es um Fragen wie die nach der Gestalt, die gegenwärtig der „Triumphzug“ annimmt, „der die heute Herrschenden über die dahinführt, die heute am Boden liegen“ (These VII). Zu bedenken wäre, ob die „nicht ohne Grauen zu bedenkende“ „Abkunft“ heute nicht nur eine der tradierten „Kulturgüter“, sondern zunächst eine der arbeitsintensiven, in „namenloser Fron“ (VII) geschaffenen Massenwaren der Gegenwart und vieler der Bodenschätze und Landwirtschaftsprodukte, von denen unser stofflicher Reichtum zehrt, ist. Schließlich die schwierigste aller Fragen, welche „Sonne [...] am Himmel der Geschichte im Aufgehen ist“ (IV)...

IV.

Was bedeutet es, wenn jemand wie Agamben der parlamentarischen Demokratie und ihrem Rechtsstaat den Nazismus als deren geheime Wahrheit unterschiebt? Mehr noch: wenn er die „Moderne“ – aber was ist das? – vom Urbeginn her auf Auschwitz zustreben sieht? Es ist, als praktizierte er eine vergrößerte und transponierte Dialektik der Aufklärung, aber eine abgekartete, keine wirkliche. Agamben „übernimmt Schmitts Überhöhung des Ausnahmefalls. So verspielt er nicht nur die Pointen Benjamins und Derridas, die Aufdeckung der Gewalt in allem Recht und die Entzauberung der Fiktion souveräner Ordnungsstiftung, er muss auch die autoritäre Verfügungsmacht als ursprüngliche Kraft verherrlichen, statt nachvollziehen zu können, wie sie in einem [...] Normalzustand heranwächst“ (Reitz 2004: 297). Dass

er sich damit „begnügt, Brutalstphänomene aufzulisten“, ohne „jegliches Fragen nach den *Ursachen* für das Herabstoßen ganzer Ethnien, Klassen und Schichten von Menschen in eine Liquidationsmasse für Unmenschen“ (Klenner 2002: 857), hat den Effekt, „dass es sich beinahe nahtlos in die gleichermaßen kritisierte ‚Gesellschaft des Spektakels‘ einfügt“ (Schmidt 2002: 580). Damit variiert er ein „Modell ‚linker‘ (Gesellschafts-)Kritik, in dem der Wille zum abweichenden Denken ebenso stark ist wie die Ignoranz gegenüber dem kapitalistischen Alltag“ (581).

Wie aber ist es zu verstehen, dass bestimmte Linke sich mit Neoliberalen und Konservativen darin treffen, im Ton dieser „Vision eines totalen Ausnahmezustands [...] einen exotischen Reiz“ (Ritter 2004) zu goutieren? Hier überlagern sich die unterschiedlichsten Motive. Manche verwechseln Agambens Ausrufung des Ausnahmezustands als der omnipräsenten Grundlage mit dem „warnenden Appell, die Gefahr der dauerhaften Installation von Ausnahmezuständen auch in der Gegenwart nicht zu unterschätzen“ (Gräfe 2002). Eher als davor zu warnen, könnte Agambens Situationsbestimmung zum Umschlag in die Herbeiführung des derart Kritisierten beitragen. Die Benjaminverehrung mancher Linker räumt dem „bedeutendsten Philosophen in der Nachfolge Walter Benjamins“ (Jäger 2003) ungesicherten Kredit ein, wie bei den Konservativen deren untergründiges Spiel mit dem Gedanken des Ausnahmezustands. Ist die theologische Argumentation für die Einen bestechend, so für andere Agambens „Obsession [...] mit Rechtsbegriffen und juristischen Denkfiguren“ (Ritter 2004).¹⁷ Insgesamt kann man sagen, dass Agamben in Themen und Behandlungsweise Scharniermuster bevorzugt, in denen rechte und linke Motive sich ineinander drehen. Ritter findet im Blick auf Guantánamo „vielleicht den Auschwitz-Vergleich, den Agamben sich erlaubt, hier wenig hilfreich, [...] so genau er das Moment der völligen Entrechtung von Personen auch treffen mag“, was die industrielle Menschenvernichtung verharmlost. Thomas Lemke (A) stimmt zu, dass es sich bei Stammzellen wie bei den Guantánamo-Gefangenen gleichermaßen „um menschliches Leben handelt“, und für Lorenz Jäger (2003) treten die „von Agamben ins Auge gefassten Menschen, die zugleich Nicht-Menschen sind, hier und heute in großen Massen auf“ – und zwar in Gestalt abgetriebener Föten, wie ja katholische Fundamentalisten Stammzellenforschung und vor allem Abtreibung mit Auschwitz gleichzusetzen pflegen.

Den entscheidenden Rezeptionsschub löste die Reaktion der USA auf die terroristischen Angriffe vom 9. September 2001 aus. Die US-Regierung unter Bush schickte sich an – in den von Henning Ritter für die FAZ übersetzten Worten Agambens –, „dem ganzen Planeten den Status eines permanenten Ausnahmezustandes aufzuzwingen [...], der als die zwingende Antwort auf eine Art Weltbürgerkrieg zwischen Staat und Terrorismus dargestellt wird“ (2003). Zumal der außerrechtliche Status der Gefangenen im Lager von Guantánamo als unzugänglicher, aber sichtbarer Knoten eines weltweiten Netzes von Geheimgefängnissen, erschien wie vorhergesagt von

Agambens bereits 1995 in Italien veröffentlichtem *Homo sacer*.¹⁸ Agamben nannte überdies als einen der Gründe für den völkerrechtswidrigen Überfall der USA auf den Irak „die Absicht, Europa zu schwächen“, das „die Überlegenheit der Vereinigten Staaten bedrohte“. Das sprach weiten Kreisen des deutschen Bürgertums aus dem Herzen und bediente zugleich wohlfeilen Antiamerikanismus auf der Linken.¹⁹

Wenn nun an vielen Ecken und Enden Carl Schmitts Gedanken aus dem Inkubationsprozess des Nazismus wieder auftauchen und faschistische Theorien sich anschicken, die Theorien über den Faschismus zu verdrängen, so trägt Agambens Überbietung des foucaultschen Machtbegriffs entscheidend dazu bei. Wenn Foucault MACHT als solche für produktiv erklärt hat – mit dem handfesten Hintergrund, dass man ohne *pouvoir*, was außer Macht eben auch Können bedeutet, nichts machen kann –, so steigert Agamben diesen Gedanken dahingehend, der auf GEWALT als solche gebrachten MACHT Schöpferium zuzuschreiben. Emanzipatorische Bewegungen finden sich durch diese Mythisierung einer wichtigen Waffe ihrer Kritik beraubt, zumal dann, wenn unter jenem ‚Schöpferischen‘ in Wirklichkeit Staats- und Privatterrorismus mittels physischer Repression gemeint sind.²⁰

Durch die ‚Produktion‘ menschlicher Ruinen, wo nicht kurzerhand Leichen, ‚schafft‘ die nackte Gewalt Herrschaftshindernisse aus dem Weg. Dieses brutale Beiseiteschaffen wird in Überbietung Foucaults, der von der Produktivität der Macht gesprochen hatte, nun zum „schöpferischen“ Akt verklärt (vgl. dazu Zelik 2010: 36 u.ö.). Die Kritik selbst bleibt davon nicht unberührt. Sie schlägt um in Antizipation des eignen Untergangs oder Mimesis ans Tote.²¹ Vom Standpunkt der auf Liquidierung allen Widerstands gerichteten extremen und demonstrativen Gewalttraserie erscheint diese selbst als schöpferischer Akt, weil sie die tatsächlich oder potenziell Betroffenen physisch ausschaltet und durch den spektakulären Charakter des Zutode-Quälens bei den Übrigen panische Passivierung und Untertauchen in Subalternität bewirkt (vgl. Zelik 2010). Vom Standpunkt des gedachten Ausnahmezustands und seiner entfesselten Gewalt erscheint alle Hegemonie gleichsam nur auf Pump, das Morden und Foltern als Produktion. Konsens entspringt in dieser Lesart unmittelbar dem repressiv ausgetragenen Dissens. Souveränität zieht sich diesem Zugriff in absolute Gewaltkompetenz zusammen. In diesen Standpunkten ist die Begriffsbildung vorentschieden. Der Realität verbleibt die Aufgabe, das Vor-Urteil zu illustrieren.

Wo immer jedoch die klassenmäßige Entdifferenzierung den Ton angibt, die dem mythischen Singular zuliebe alle Gegensätze herauszieht, wird alles falsch. Selbst Subjektivität versetzt dieser Diskurs in jene mythische Form und verschluckt damit das fortdauernde Sich-Arrangieren, das Aushandeln des *modus vivendi*, die beweglichen Widersprüche im Umgang mit Widersprüchen. Analoges gilt für die Frage nach der Hegemonie. Es gibt nicht bloß den ‚herrschenden Block‘ auf der einen und alle anderen auf der anderen Seite. Soziale Herrschaft, wie vom Kapital ausgeübt, fällt nicht mit Regierungsmacht oder politischer Macht zusammen.

Eine wesentliche Einsicht, die Gramsci im faschistischen Gefängnis im Rahmen seiner Hegemonietheorie gewinnt, ist die Notwendigkeit des *hegemonialen Opfers*. Zur Erlangung von Hegemoniefähigkeit ist demnach einer herrschenden Gruppe ein „Opfer“ abverlangt, um andere Klassen, Schichten und Gruppen ‚mitnehmen‘ zu können, indem sie ihnen Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Hegemonie im vollen Umfang verdankt sich also nicht bloßer Überredung, und auch ‚kulturelle Hegemonie‘ ist nicht bloß kulturell, sondern muss irgendeine faktisch-gegebene oder zumindest objektiv-mögliche Grundlage in der Produktionssphäre haben“ (HKWM 6/I: 15; vgl. Gramsci, H. 13, §13). Gramsci unterscheidet das hegemoniale Gruppensubjekt von seiner Klassenbasis und seinen näheren oder ferneren Verbündeten oder zumindest Einbindbaren. Den beiden letztgenannten Gruppen schuldet die herrschende Kerngruppe das *hegemoniale Opfer*, durch das „den Interessen und Tendenzen der Gruppierungen, über welche die Hegemonie ausgeübt werden soll, Rechnung getragen wird, dass sich ein gewisses Gleichgewicht des Kompromisses herausbildet“; daher ist es zwar „ungereimt“, aber doch auch verständlich, „das konkrete Stellen der Hegemoniefrage als etwas zu interpretieren, das die hegemoniale Gruppe unterordnet“, wobei allerdings ihre ökonomische Basis unangetastet bleibt (H. 12, §18, 1567). Die ‚Feinde‘ dagegen verfallen der Repression. Diese bloß partielle Repression hält den Block an der Macht zusammen und grundiert seine hegemoniale Ausstrahlung.

Nachdem im Spiel der mythischen Abstraktionen alles Recht aus der Gewaltssphäre jenseits allen Rechts abgeleitet wird, verschwindet eine in Wirklichkeit unhintergehbare geschichtliche Rechtsquelle aus dem Gesichtskreis. Denn seit Urzeiten ist es die „antagonistische Reklamation“ von Gerechtigkeit, die in die Setzung von Recht mündet und in der dessen unaufhebbarer Kompromisscharakter gründet (Haug, *Elemente*: 77ff.), der, anders als der politische Kompromiss, den der Benjamin der *Kritik der Gewalt* unterm Einfluss von Sorel einzig im Auge hat, eine ideologische Verdichtung darstellt, die gleichsam die Sprache selbst, nicht nur das Reden der Verhandelnden verändert und die „widersprüchliche Leistung der ideologischen Unterwerfung in der Form der Selbsttätigkeit ermöglicht“ (62)²². „Verschiebung der Kämpfe auf die ideologische Ebene [...] ist der Preis, den eine Unterwerfung, die über Selbsttätigkeit der Unterworfenen fungieren soll, unweigerlich bezahlen muss“ (64). Seit den Anfängen der geschriebenen Geschichte finden sich die Zeugnisse dessen, klassisch in den *institutiones*, dem bis in die Gegenwart weiterwirkenden römischen Recht. Wo, wie in der deutschen Geschichte, der Kompromiss zumeist von der herrschenden Seite dominiert war, nimmt er die Form an, die Gramsci unter dem Namen der „passiven Revolution“ analysiert hat. Dem positivistischen Blick entgeht der substanzielle Rechtsgrund, weil er nicht dominiert. Er ist gleichwohl nicht weniger substanziell als die von Hegel begriffene „substanzielle Sittlichkeit“ es ist, ohne die eine Gesellschaft keinen Bestand hätte. Dass etwa das vom Volksaufstand von 1848 getragene Paulskirchen-

Parlament versucht hat, Recht ‚von unten‘ bzw. aus gesellschaftlichem Konsens heraus zu setzen, ist in der von Schmitt sich herleitenden Begriffsbildung undenkbar. Der historischen Niederlage folgt damit gleichsam die begriffliche Auslöschung. Jener revolutionäre Akt erfolgte außerhalb des früher und von oben gesetzten positiven Rechts, doch erfolgte er im Horizont einer epochal hegemonialen Rechtsidee, die keine andere Souveränitätsquelle als die der Bevölkerung selbst anerkennt und für die, wie immer vermittelt und verwässert, „alle Macht vom Volke“ ausgehen muss, um legitim zu sein. Indem nun in der Schmitt-Linie der mit Gegengewalt geführte Kampf um demokratische Grundrechte auf die gleiche Stufe gestellt wird mit Hitlers Pseudo-Rechtsetzung durch nackte Gewalt, avanciert Gewalt zum Phantasma. Mit seiner Totalisierung übernimmt dieses Phantasma das Regiment im links anhebenden Diskurs. Es ist, als passte in der zurechtgemachten Genealogie Schmitt-Benjamin die Vernunft sich vorbeugend dem an, was sie überwältigt.

V.

Die ständig neu zu umkämpfende, mit den Kräfteverhältnissen sich ausdehnende oder zusammenziehende Kompromissform wird in dieser vom Gedanken des Ausnahmezustands besessenen Denkweise undenkbar. Konkrete politische Regierungsmacht stellt aber immer einen strukturellen Kompromiss dar, weil sie, wie es von Alters her heißt, „Einheit aus Vielheit“ konstruieren muss. Spätestens auf den zweiten Blick sieht man, dass die Berufung aufs Guantánamo-Paradigma, so wichtig es fürs Verständnis der Gegenwart ist, nur scheinewidrig war. Was als grundlegend verabsolutiert wird, ist einer der antagonistischen Pole im stets und ständig umkämpften Regierungsverhältnis. Diese alte Front ist unter den Bedingungen des transnationalen Hightech-Kapitalismus keineswegs verschwunden, sondern sie hat nur andere Formen angenommen. Der Reduktionismus des abstrakt-totalisierenden Blicks gleitet über das Kampffeld und seine Widerspruchsverhältnisse achtlos hinweg. Dass etwa ein äußerer Feind momentan den inneren Bürgerfrieden begünstigt, gehorcht völlig anderen Gesetzen als denen der mythisierten Gewalt. Es bei der Aussage zu belassen, die USA hätten die Folter legitimiert, vernachlässigt, dass entsprechende Gewaltmethoden immer umkämpft waren, dass die USA ihre offene völkerrechtswidrige Anwendung mit weltweiter Einbuße an Hegemonie – „die normative Autorität Amerikas liegt in Trümmern“, erklärte Jürgen Habermas 2003 – und mit der militärischen Niederlage in den angeblichen Befreiungs- und Demokratisierungskriegen bezahlen mussten, sowie dass die entsprechenden Maßnahmen der Bush-Regierung unter Obama großenteils widerrufen worden sind. Würde dazu ins Bild einbezogen, dass bei alledem ‚Washington‘ innerhalb der USA weitgehend dyshegemonial ist, ein Objekt, das mehrheitlich gehasst

oder ignoriert wird, tauchte eine ganz andere Wirklichkeit auf als die im Gefolge Agambens an die Wand gemalte.

Summa summarum ist es nicht diese oder jene Aussage, die im Umkreis des mit Carl Schmitt geimpften und mit dem vormarxistischen Benjamin gerechtfertigten Diskurses des ‚Linksnietszschanismus‘ und ‚Linksheidegerianismus‘ (Marchart 2010) den Blick auf die praxisrelevanten Widersprüche der Wirklichkeit verbaut, sondern es ist das Dispositiv dieses Diskurses selbst. Wenn kritisches Bewusstsein sich ihm anvertraut, verstrickt es sich heillos in den unmöglichen Versuch, „mit einem totalitären Konzept Totalitarismuskritik zu betreiben“ (Gräfe 2002).²³ Mit den Widersprüchen gehen im totalisierten Bild die Handlungs- und Befreiungsmöglichkeiten der Unterdrückten unter, denn „eine Politik des ‚reinen Mittels‘ unter Absehung des Zweckes, wie sie Agamben vorschlägt, ist keine Politik, da ihr jedes strategische Moment ausgetrieben wurde“ (ebd.). Was als Widerstandsdiskurs anhub, wird so zum Opferdiskurs ohne praktischen Ausweg, daher mit „passivierenden Implikationen“ (ebd.) – es sei denn, diese Mythisierung der Schreckensgewalt der Herrschenden wäre ein Vorbote der komplementären Mythisierung einer als befreiend vorgestellten terroristischen Gewalt von ‚links‘. Das aber trüge nicht nur dazu bei, Agambens Satz, Staat und Terrorismus bildeten „am Ende ein einziges System mit zwei Gesichtern“ (2003), auf eine Weise wahr zu machen, die ihn selbst einbezieht, sondern die selbstzerstörerische Dialektik, die solche Optionen in 20. Jahrhundert hinterücks eingeholt hat, würde erneut ausgelöst. Freilich ist auch die entgegengesetzte Konsequenz aus den Erfahrungen mit dem Gewaltprimat im revolutionären Marxismus des 20. Jahrhunderts prekär: die Perspektive einer „Zivilisierung der Revolution“, von der andererseits die realen Möglichkeiten einer ‚Zivilisierung der Politik‘ und des Staates abhängen dürften“ (Balibar 2001: 696). Immer aber muss revolutionärer Gewalt, soll sie nicht in aussichtsloser Isolierung von denen enden, die sie befreien wollte, Hegemonie vorausgehen. Sie wird – aber nur der Möglichkeit nach – geschichtsmächtig, wenn die Herrschenden in der bisherigen Weise nicht mehr weitermachen können und den Herrschaftsunterworfenen die Verhältnisse dadurch vollends unerträglich geworden sind, dass sie sich von einem konkreten Alternativprojekt wirkliche Besserung versprechen.

ANMERKUNGEN

- 1 Dieser Beitrag stellt eine gekürzte Fassung meines Aufsatzes mit dem Titel *Über Gewalt und Hegemonie* dar, erschienen in: DAS ARGUMENT 288 – Gewalt und Hegemonie (Doppelheft), Heft 4/5 2010.
- 2 Wenigstens ansatzweise habe ich die Frage der ideologischen Reproduktion patriarchaler Herrschaft, deren eingehende Behandlung den Rahmen des vorliegenden Klärungsversuchs sprengen würde, in den Thesen „Zur

- ideologischen Subjektion der Geschlechterverhältnisse“ umrissen (*Elemente* 1993: 192-203), sowie in den Bemerkungen zu „Geschlechterverhältnissen in der Philosophie“ (ebd.: 204-208) aufgegriffen. Fragen der komplementären Subjektion patriarchaler Männlichkeit untersuche ich ausführlich in *Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts* (1986, ²1987).
- 3 „Frauen, seid den Männern untertan, wie es sich von Gott her gehört“ (Paulus, Kolosser 3,18).
 - 4 „Alle Tendenzen der modernen staatsrechtlichen Entwicklung gehen dahin, den Souverän in diesem Sinne zu beseitigen“ (Schmitt 1934b: 13).
 - 5 Den Feind bestimmt Schmitt der dezisionistischen Logik folgend tautologisch: „Er ist eben der Andere, der Fremde, und es genügt zu seinem Wesen, dass er in einem besonders intensiven Sinne existenziell etwas Anderes und Fremdes ist“ (ebd.).
 - 6 „Die Entscheidung macht sich frei von jeder normativen Gebundenheit und wird im eigentlichen Sinne absolut“ (1934b: 19).
 - 7 „Mit der Niederschrift [von *Zum Begriff der Geschichte* ...] wurde frühestens Ende 1939, wahrscheinlich erst Anfang 1940 begonnen“; die Vorarbeiten begannen Mitte der 30er Jahre, „spätestens 1937“ mit dem Fuchsaufsatz (GS I.3, 1227).
 - 8 Kein Wunder, dass in Deutschland die *Frankfurter Allgemeine* eines der ersten Organe war, die ihm ihre Seiten öffneten.
 - 9 „Biopolitik“ ist der Neologismus, unter dem Foucault die mit der kapitalistischen Manufaktur aufgekommene Bevölkerungspolitik analysiert, das volkswirtschaftliche Interesse fürs „Wirtschaftsvolk“ unter den Gesichtspunkten von „Leistung und Kostensenkung“, an die dann die rassistischen Konzepte von „Zucht und Züchtung“ anschlossen, um in die „Faschisierung des bürgerlichen Subjekts“ zu münden, flankiert durch Vernichtungspolitiken (Haug 1986: 30ff. und 55ff.). – Bei Foucault heißt es: „For capitalist society, it was biopolitics, the biological, the corporal, that mattered more than anything else“ (2000: 137; zit.n. Lemke B). Agamben macht daraus den schmittschen Ur-Akt der souveränen Entscheidung über Leben und Tod an der Wiege von Staat, Recht und Politik, den er mit Heideggers Bestimmung des Daseins als eines Seins, „dem es in seinem Sein um dieses Sein selbst geht“, verknüpft (vgl. Lemke A).
 - 10 „The state of exception, for Schmitt, was heuristically important – the exception *defines* the rule, or helps to understand it. For Agamben, it takes on a sociological quality: ‚in our age [...] the state of exception comes more and more to the foreground [...] and begins to become the rule““ (Mazower 2008: 28).
 - 11 „Trotz des eindeutigen Bezugs“ auf den Begriff des „bloßen Lebens“, den Benjamin auf den letzten Seiten von *Zur Kritik der Gewalt* entwickelt, hat Agambens Übersetzer so *la nuda vita* wiedergegeben – „zur

- Unterstreichungen der eigenständigen Entwicklung“ bei Agamben (Thüring 2002: 199).
- 12 Aus Benjamins These, „Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, dass der ‚Ausnahmestand‘, in dem wir leben, die Regel ist“ (These VIII), wird bei Agamben: „Heute [...], da [...] der Notstand, wie das Benjamin vorausahnte, zur Regel geworden ist“ (22).
 - 13 „Hostility to parliamentarism per se, deep suspicion of the state – these are important features of Agamben’s thought“ (Mazower 2008: 26).
 - 14 Nicht alle machen es so grob wie Felix de Azúa, der das Erscheinen der spanischen Übersetzung der Gesammelten Schriften zum Anlass nimmt, die Geschichtsthesen „trotz des wirren marxistoiden Jargons“ und „vermittels einer unerwarteten Rückkehr zum jüdischen Messianismus“ als „weitestens vom Marxismus entfernt“ zu situieren. Dafür schreibt er Benjamin „laizistische Heiligkeit“ zu und erklärt zu dessen „letztendlich größter Tugend die Inkohärenz“.
 - 15 Ulrich Raulff, der die Stelle in seiner Agambenbesprechung (2004) zitiert, lässt die Anführungszeichen weg. Er beseitigt damit einen Stolperstein für die Interpretation auf der Schmitt-Linie, sowie für seine eigene, Benjamin lasse offen, „ob er damit die seit 1933 akut bestehende Suspension des Rechts oder einen metaphysischen Zustand jenseits des Historischen meinte“. Der metaphysische Schein verschwindet, vergisst man nicht, wie Raulff es tut, die „Tradition der Unterdrückten“, die für Benjamin mit der damaligen Situation zu seiner These zusammentritt.
 - 16 Von seinen „leeren und unbestimmten Begriffen“ wie „nacktes Leben“ und „reines Sein“ sagt Agamben, dass sie „den Schlüssel zum historisch-politischen Schicksal des Abendlandes standhaft zu hüten“ scheinen (2002: 190). Seine düstere Vision, die „einem weit verbreiteten Bedürfnis nach einfachen, wenn auch rätselhaften Erklärungen nach [kommt]“ (Gerald Hartung, in: *Information Philosophie* 5/2008), macht Agambens Diskurs „dem philosophischen Essayismus der 1920er Jahre und dessen Weltdeutungen à la Spengler und Klages vergleichbar, sofern es dort ebenfalls um nicht weniger als das ‚Schicksal des Abendlandes‘ ging“ (Susanne Lettow, ebd.).
 - 17 Einerseits zeigt Henning Ritter sich beeindruckt durch die vermeintlich „glasklaren Analysen rechtshistorischer Zusammenhänge“; andererseits: „Begriffe und Definitionen aus der abendländischen Rechtstradition wirken hier wie Grundworte der Vorsokratiker in der Interpretation etwa durch Heidegger“ usw. Er sieht nicht, wie letzteres der Rechtshistorie in die Quere kommt.
 - 18 „Warum die Rechtlosigkeit in die alten Räume des Rechts zurückkehrt, warum immer öfter das ‚bloße Leben‘ der ‚nackten Macht‘ gegenübersteht, dafür wird in diesen Tagen oft das Werk des italienischen Philosophen Giorgio Agamben bemüht“ (Assheuer 2004).

- 19 „Nach dem 11. September gingen gelegentlich Antiimperialismus und Antiamerikanismus, manchmal auch Antisemitismus ein trübes Gemisch ein“ (Haug 2003: 220). „Unter dem Baldachin dieser Amerikakritik versammelt sich heute eine linksrechte Dechiffriergemeinde der Schmitt-Leser“ (Assheuer 2004).
- 20 Die These vom Schöpfungstum der Gewalt erinnert an Marx' Spott, wonach solcher Denkweise zufolge der Verbrecher als produktiver Arbeiter aufgefasst werden müsste, weil er das Kriminalrecht und den gesamten strafrechtlichen Apparat einschließlich der Lehrbücher und Professoren ‚hervorbringt‘ (MEW 26.1: 363f.).
- 21 „Produktion der Leiche ist, vom Tode her betrachtet, das Leben“ (Benjamin, *Trauerspiel*: 246).
- 22 Wie in Freuds Modell der Symptombildung wird hier ein „Berührungspunkt zwischen Herrschaft und Beherrschten, peripher zum Klassenantagonismus und doch durch Assoziationsketten mit ihm und den beiden antagonistischen Kräften verbunden, peripherer Kreuzungspunkt also, wird zum Punkt, an dem beide Seiten in der Grundform, die wir im Rahmen unserer Theorie als die des Ideologischen begreifen, zusammengeschmolzen werden“ (*Elemente*: 61). Im Ergebnis leistet „das Ideologische [...] das Zusammenhalten des gesellschaftlichen Ganzen als Reproduktion von Klassengegensatz und Klassenherrschaft in der Form von ideologischen Kompromissbildungen in der herrschaftlichen Anordnung ‚von oben nach unten‘“ (ebd.).
- 23 Stefanie Gräfe, die ihre Zweifel in diese Formel gegossen hat, tat dies unter dem „Eindruck, dass die Chiffre, die einst so praktisch zur Erklärung von allem, dem Leben, der Politik, dem Menschen und der Welt eingesetzt werden konnte, nämlich der Klassenkampf, hier überaus klug und eloquent ersetzt wurde durch eine neue Chiffre: die Biopolitik“, zumal bei Agamben im Unterschied zu Foucault der „Zusammenhang von Biopolitik und Kapital vollständig im Dunkeln gelassen“ wird (2002).

LITERATUR

- Agamben, Giorgio (2002): *Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben*, a. d. Ital. v. Hubert Thüring, Frankfurt am Main.
- Agamben, Giorgio (2003): *Der Gewahrsam. Ausnahmezustand als Weltordnung*, a. d. Ital. v. Henning Ritter, in: FAZ, 19.4.2003, S. 33.
- Agamben, Giorgio (2004): *Ausnahmezustand. Homo Sacer II.1.*, Frankfurt am Main.
- Assheuer, Thomas (2004): *Das nackte Leben*, in: *Die Zeit*, 1.7.2004, online unter: www.zeit.de/2004/28/st-Agamben.

- Assheuer, Thomas (2007): Zur besonderen Verfügung: Carl Schmitt, in: Kursbuch 166, 2007, S. 12-19, online unter: www.zeit.de/feuilleton/kursbuch_166/assheuer.
- Azúa, Felix de (2010): Cada vez más crecidos, in: *El País*, 17.7.2010, 25f.
- Balibar, Etienne (2001): Gewalt, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM)*, Bd. 5, Hamburg, S. 693-696 u. S. 1270-1308.
- Benjamin, Walter (1920/21): Zur Kritik der Gewalt, in: *Ges. Schriften (GS)*, II.1, S. 179-203.
- Benjamin, Walter: Über den Begriff der Geschichte, *GS I/2*, S. 691-704
- Benjamin, Walter (1963): Theologisch-politisches Fragment, *GS II.1*, 203f.
- Benjamin, Walter (1963): Ursprung des deutschen Trauerspiels, Frankfurt am Main (zit. Trauerspiel).
- Castañeda, Jorge (2010): Lo que el mundo ha aprendido de Colombia, *EP*, 7.7.10, S. 25.
- Deppe, Frank (2004): historischer Kompromiss, *HKWM 6/I*, S. 311-315.
- Gräfe, Stefanie (2002): Leben, quer gelesen. Giorgio Agambens Analyse biopolitischer Macht, in: *ak - analyse & kritik - zeitung für linke Debatte und Praxis*, Nr. 462, 17.5.2002.
- Gramsci, Antonio (1991ff.): *Gefängnishefte*, hgg. v. K. Bochmann, W. F. Haug u. P. Jehle, Berlin, Hamburg (zit. *Gefängnishefte*).
- Habermas, Jürgen (2003): Was bedeutet der Denkmalsturz? Verschließen wir nicht die Augen vor der Revolution der Weltordnung: Die normative Autorität Amerikas liegt in Trümmern, in: *FAZ*, 17.4.2003.
- Haug, Wolfgang (2004): Hegemonie, in: *HKWM 6/I*, Hamburg, S. 1-29.
- Haug, Wolfgang Fritz (1986): Die Faszisierung des bürgerlichen Subjekts. Die Ideologie der gesunden Normalität und die Ausrottungspolitiken im deutschen Faschismus, *Argument-Sonderband AS 80*, Hamburg 1986, 2. Aufl. 1987.
- Haug, Wolfgang Fritz (1993): *Elemente einer Theorie des Ideologischen*, Hamburg (zit. *Elemente*).
- Haug, Wolfgang Fritz (2001): Paulus, Benjamin und der „Seufzer der bedrängten Kreatur (Marx)“, korrigierte Fassung, online unter: www.wolfgangfritzhau.inkrit.de/documents/Paulus2001_000.pdf
- Haug, Wolfgang Fritz (2003/2005): *High-Tech-Kapitalismus. Analysen zur Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie*, Hamburg.
- Jäger, Lorenz (2003): Wie kann man für den Nicht-Menschen sprechen?, *Rez. v. Agamben*, in: *FAZ*, 7.10.2003, L37.
- Klenner, Hermann (2002): *Rez. v. Agamben 2002*, in: *Das Argument* 248, Jg. 44, H. 5/6, S. 856f.
- Lemke, Thomas (2002): Die Regel der Ausnahme – Giorgio Agambens *homo Sacer* untersucht das Verhältnis von Souveränität und Biopolitik, online unter: www.thomaslemkeweb.de/publikationen/rezensionen/Agamben.pdf (zit. Lemke A).

- Lemke, Thomas (2005): A Zone of Indistinction – A Critique of Giorgio Agamben's Concept of Biopolitics, online unter: www.thomaslemke-web.de/engl.texte/AZone3.pdf (1.7.2010) (zit. Lemke B).
- Marchart, Oliver (2010): Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben, Frankfurt am Main.
- Mazover, Mark (2008): Foucault, Agamben: Theory and the Nazis, in: *Boundary 2*, Jg. 35, H. 1, S. 23-34.
- Morgan, Lewis Henry (1877): *Ancient Society*, London.
- Raulff, Ulrich (2004): Rez. v. Giorgio Agamben, *Ausnahmezustand* (Homo Sacer II.1., Frankfurt 2004), in: *Süddeutsche Zeitung*, 6.4.2004, S. 16.
- Rehmann, Jan (2004): *Postmoderner Linksnietzeanismus. Deleuze & Foucault. Eine Dekonstruktion*, Hamburg.
- Reitz, Tilman (2004): Rez. v. Agamben 2004, in: *Das Argument*, Jg. 46, H. 2, S. 295ff.
- Ritter, Henning (2004): Zivilisationsbruch Guantánamo, Rez. v. Agamben 2004, in: *FAZ*, 24.3.2004, L16.
- Schmidt, Carsten (2002): Rez. v. Agamben 2001, in: *Das Argument* 247, Jg. 44., H. 4, S. 580f.
- Schmitt, Carl (1922): *Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität*, München, Leipzig 1934 (zit. 1934b).
- Schmitt, Carl (1927): *Der Begriff des Politischen, mit einem Anhang zur Neuausgabe: Das Zeitalter der Neutralisierungen und Entpolitisierungen*, München, Leipzig 1932.
- Schmitt, Carl (1934): Der Führer schützt das Recht. Zur Reichstagsrede Adolf Hitlers am 13. Juli 1934, in: *Deutsche Juristenzeitung*, 1.8.1934, Spalte 945-950, online unter: http://delete129a.blogspot.de/images/-CS_DerFuehrerschuetztDasRecht.pdf.
- Thüring, Hubert (2002): Anmerkungen zur Übersetzung und zur Zitierweise, in: *Agamben 2002*.
- Zelik, Raul (2010): Der Konsens des Schreckens. Zur hegemoniebildenden Wirkung gesellschaftlicher Gewalt, in: *Das Argument*, Jg. 52, H. 4/5, Nr. 288, S. 30-43.

Nicht verhinderte Krisen und die Fragwürdigkeit der Autonomie des handelnden Subjekts

KARL GEORG ZINN

Die folgenden Überlegungen bieten weder eine detaillierte Kritik der in den westkapitalistischen Ländern dominierenden Wirtschaftsdeologie, des auf den Neoliberalismus eingeschworenen Mainstreams, noch werden die seit langem bekannten Gegenpositionen ausführlicher referiert, die vor allem auf den Theorien von John Maynard Keynes und Karl Marx gründen. Zu beiden Themenkomplexen, Kritik am Mainstream und Gegenentwürfe zum gegenwärtigen Kapitalismus, liegt eine praktisch nicht mehr überschaubare Fülle an Literatur vor. An dieser Stelle interessieren hingegen vornehmlich die folgenden drei Fragenkomplexe:

- Welcher Wandel vollzog sich in den westkapitalistischen Volkswirtschaften nach dem Auslaufen des rasanten Wachstums während der ersten Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkrieges?
- Wie sind die gegenwärtig in der politischen Rhetorik verkündeten Absichtserklärungen, zukunftsweisende Reformen in Gang zu bringen, im Hinblick auf ihre Realisierungschancen einzuschätzen?
- Schließlich wird im letzten Abschnitt – über die engeren Grenzen des Ökonomischen hinausgehend – etwas ausführlicher erörtert, warum es bisher nicht gelungen ist, die ökonomisch-technischen *Möglichkeiten* zu nutzen, große Wirtschaftskrisen zu vermeiden und der planetarischen Krise wirksam zu begegnen. Der schwedische Nationalökonom Knut Wicksell hatte in einem allerdings zu wenig beachteten Aufsatz bereits 1907 (Wicksell 1958/1907) die Folgen der demographischen Explosion für die Umwelt unmissverständlich umrissen: Es würden an immer mehr Menschen lediglich mehr Löffel ausgeteilt, aber der Topf mit Haferbrei, aus dem sie sich nähren, bleibt unverändert. Kurz gesagt, wir kennen die absoluten Grenzen, die der endliche Planet Erde uns setzt. Wir können also auch die bevorstehende Katastrophe vorhersehen. Dennoch wird der vom

Menschen gemachten und deshalb auch von ihm prinzipiell abwendbaren Katastrophe offensichtlich nicht mehr rechtzeitig entgegengewirkt. Warum ist das so? Im letzten Abschnitt wird eine Annäherung an eine Antwort versucht.

WAS HATTE SICH NACH DEM AUSLAUFEN DES NACHKRIEGSWACHSTUMS VERÄNDERT?

Im Vergleich zwischen den ersten Jahrzehnten relativ stabilen Wirtschaftswachstums nach Ende des Zweiten Weltkrieges und den dreißig Jahren der neoliberalistischen Ära seit Mitte der 1970er Jahre fällt vor allem die zunehmende Verselbständigung der finanzkapitalistischen Sphäre, ihre Lösung von den realwirtschaftlichen Prozessen und die damit eskalierende Spekulationswirtschaft ins Auge. Diese zur großen Krise treibende Entwicklung wurde zwar politisch durch Überliberalisierung und zunehmende Duldsamkeit gegenüber der Spekulation ausgelöst bzw. gemacht und von der Mainstream-Ökonomik „wissenschaftlich“ untermauert, aber warum fielen die Ausgangsentscheidungen überhaupt zugunsten des „schlechten“, neoliberalen Kapitalismus? Offenbar hat sich die Politik den Systemzwängen unterworfen, anstatt das System in dem Moment in Frage zu stellen, als sich abzeichnete, dass die dem Kapital nach dem Zweiten Weltkrieg angelegten sozialstaatlichen Fesseln hätten erneuert und verstärkt werden müssen, statt sie zu lösen. Das kapitalistische System wurde nicht von „außen“ gestört, wie seine Apologeten behaupten, sondern sein Mechanismus erzeugte endogen die Wachstumskrise(n), und darauf reagierte der Überbau, d.h. Politik, Kapitalfraktion und Wirtschaftswissenschaft, – und zwar mit der Folge der Problemverschärfung bis hin zur gegenwärtigen großen Krise.

Die tragenden Wachstumskräfte der Nachkriegsepoche, Nachholbedarf von Konsumenten und Investoren, Wiederaufbau, Konversion zur Friedenswirtschaft, Anwendung verfügbarer Technologien für zivile Zwecke usw., hatten sich seit Mitte der 1960er Jahre zunehmend abgeschwächt. Trotz herausragender Innovationen (Stichwort: mikroelektronische Revolution) ließ sich nach Mitte der 1970er Jahre das hohe Wachstum nicht mehr regenerieren. Damit begann eine neue Phase des westlichen Kapitalismus. Das verfügbare Geldkapital wurde nicht mehr vollständig von produktiven Sachinvestitionen absorbiert und suchte sich deshalb in steigendem Umfang Rendite in Spekulationsgeschäften. Keynes hatte bereits während des Zweiten Weltkrieges prognostiziert, dass sich die hoch entwickelten kapitalistischen Länder nach Auslaufen des Nachkriegswachstums auf *dauerhaft* niedrige Wachstumsraten, schließlich auf ganz ausbleibendes Wachstum einstellen müssten (vgl. Keynes 1980/1943). Unabhängig von Keynes gelangte der französische Sozialökonom Jean Fourastié 1949 zum gleichen Ergebnis (vgl. Fourastié 1954/1949). Das Beschäftigungsproblem ließe sich somit nicht mehr via Wachstum lösen, sondern letztlich müsste die durchschnittli-

che Arbeitszeit schrittweise reduziert werden. Die Keynes-Fourastiésche Prognose wurde von der Wirtschaftsgeschichte der vergangenen sechzig Jahre bestätigt. Doch weder die Vorhersage noch gar die wirtschaftspolitischen Empfehlungen für das „neue Zeitalter“ der Stagnation wurden zur Kenntnis genommen, geschweige denn als wirtschaftspolitisch relevant anerkannt. Deshalb wird auch bei der momentan modisch gewordenen medialen Wiederbelebung des von der Mainstream-Ökonomik abgehalfterten John Maynard Keynes in bundesdeutschen Massenmedien allem Anschein nach darauf geachtet, nur das systemkonform Verwertbare aus der Theorie des großen Ökonomen publik zu machen, aber seine „linken“ sozialetischen Vorstellungen und die über den Status-quo-Kapitalismus hinausweisende Stagnationstheorie sowie sein Plädoyer für Makroplanung zu ignorieren (vgl. Zinn 2008: 13-43). Doch auch wenn der „radikale Keynes“, um an eine Keynes-Interpretation von Robert Lekachman aus dem Jahr 1977(!) anzuknüpfen, der gegenwärtig noch ein Unbekannter ist, wird er nach der nächsten großen Krise die wirtschaftspolitische Agenda bestimmen – bestimmen müssen. Denn dann wird sich das System selbst die „Systemfrage“ stellen. Dann nämlich dürften sich nicht nur notwendige, sondern hinreichende Bedingungen für die Transformation des Kapitalismus derart ergeben, dass der Kapitalfraktion ihre breite Anhängerschaft verloren geht, weil jener die Mittel ausgehen, diese weiterhin zu korrumpieren. Als Wegweiser für den Transformationsprozess könnte sich dann Keynes' „Sozialphilosophie“ bewähren, wie Lekachman schon vor mehr als drei Jahrzehnten mutmaßte:

„I end on a note of tempered optimism. It is unlikely that any advanced economy will successfully yoke together full employment, price stability and steady growth without substantial alterations of existing institutional arrangements and distributions of income, wealth and market power. It is possible, though not highly probable, that the inevitable drift toward planning will be in the wholesome direction of full employment and economic equity. Should the future be this pleasant, Chapter 24 of the *General Theory* will become a sacred text and Keynes's hope that economists will become citizens as useful as dentists will at length become reality“ (Lekachman 1977: 66).

Doch noch ist der „radikale Keynes“ nicht en vogue. Noch wirkt der längst zum Wachstumsfetischismus mutierte Wachstumsglaube als Tabu gegen alle Entwürfe einer Welt des „Wohlstands ohne Wachstum“. Eine Art Kapitalismus ohne Wachstum, d.h. auch ohne Akkumulation, ist wahrscheinlich *möglich*, aber den Funktionseliten des Status quo noch unvorstellbar. Deshalb ist es unrealistisch zu erwarten, dass ausgerechnet unter den heutigen Krisenbedingungen der ausufernden Staatsverschuldung, der erneut steigenden Arbeitslosenzahlen, des Zwangs, Überkapazitäten abzubauen und Firmen pleite gehen zu lassen, jene „reformkapitalistischen“ Projekte eine Chance haben, die vor 30 oder 20 Jahren unter noch sehr viel günstigeren Bedingungen versäumt wurden. Notwendig wäre jetzt eine tiefgreifende po-

litökonomische Diskussion, die weit über die Auflistung von krisenpolitischen Instrumenten hinausgehen müsste und die Systemfrage zu erörtern hätte, wenn die allenthalben sichtbaren Tendenzen, zum business as usual zurück zu kehren, nicht die Oberhand behalten sollen.

VOM SCHLECHTEN ZUM GUTEN KAPITALISMUS – VORWÄRTS ODER RÜCKWÄRTS?

Die tiefen Wunden, die die globale Wirtschaftskrise schlägt, werden nur langsam heilen und schmerzende Narben hinterlassen. Überraschend wie ein plötzliches Unwetter sei die Krise hereingebrochen und kaum jemand habe vorhergesehen, was sich ereignen würde. „Kaum jemand“, aber immerhin wurden nach dem September 2008 von den Medien einzelne Autoren präsentiert, die schon vor dem Crash erkannt und darauf hingewiesen hatten, wohin die Entwicklung treiben würde. Die Argumentation der frühen Warner enthält zumindest implizit auch die Behauptung, dass es möglich gewesen wäre, die *große* Krise zu vermeiden, und allenfalls wäre wieder eine der seit fast 200 Jahren bekannten konjunkturellen Rezessionen eingetreten. Dass und warum den „Propheten“ nicht geglaubt wurde, fällt jedoch bereits aus dem Blickfeld jener mit sensationellem Unterton auf den Außenseitersockel gehobenen Vorausdenker. In der Wirtschaftspresse und im Quoten-TV wird zudem selektiert: Kritik ist willkommen, aber doch lieber nur von solchen Kritikern der blamabel gescheiterten Mainstream-Ökonomik, die wie Akerlof, Krugman, Roubini, Shiller, Stieglitz et al. nichts grundsätzlich am Kapitalismus auszusetzen hatten und haben, sondern eben nur wissen oder zu wissen behaupten, wie sich der schlechte Kapitalismus der Neoliberalen in einen guten mit Vollbeschäftigung und so etwas wie sozialer Gerechtigkeit verwandeln ließe. Kritik also nicht an den kapitalistischen Verhältnissen, sondern nur am ökonomischen Mainstream, dem vorgeworfen wird, „schlechten“ Kapitalismus propagiert zu haben. Die öffentliche Debatte findet jetzt sozusagen zwischen „Reformkapitalisten“ und „Status-quo-Kapitalisten“ statt. Radikale Positionen – etwa vom Schläger der Baran-Sweezy-Schule (vgl. Foster/Magdoff 2009, Samin 2009) haben nach wie vor keine Chance, in die breite Öffentlichkeit gebracht zu werden (vgl. Storbeck 2010a).

Die Vorstellungen der Reformkapitalisten erscheinen durchaus sympathisch, denn wer – außer den Profiteuren des während der vergangenen dreißig Jahre praktizierten Marktradikalismus – wäre nicht für Vollbeschäftigung bei menschenwürdiger Entlohnung, für human angemessene Sozialleistungen, für geringere Einkommens- und Vermögensungleichheit usw. Doch warum kam es denn überhaupt zu der jahrzehntelangen Umverteilung von unten nach oben, zu der sich überschlagenden Politik von Privatisierung, Deregulierung, Flexibilisierung etc.? Gier, Dummheit, Leichtsinnsinn und andere menschliche Schwächen liefern keine Ursachenerklärung für das,

was geschehen ist. Die Ursachen liegen in den sozialökonomischen Verhältnissen. Wenn den „geborenen“ Spekulanten das Spekulieren so leicht gemacht wird, folgen sie eben ihrer inneren Disposition. Die Verhältnisse ließen – und lassen schon wieder – jenen bedenklichen menschlichen Neigungen die „Freiheit“, sich hemmungslos auszutoben. Gier, verantwortungsloses Spekulieren etc. wurden als bewundernswerte Tugenden ideologisch aufgewertet, und deren finanziellen Resultate wurden umstandslos als „Leistung“ gepriesen. Die erst nach dem September 2008 populär gemachte Personalisierung und Moralisierung der Probleme dienen vor allem der Ablenkung von den wahren Ursachen des Übels und entlasten die großen und kleinen Systemagenten aus Politik, Bürokratie und Wissenschaft. Doch auch die Strippenzieher und Hintergrundaktivisten folgten „nur“ den Systemvorgaben und der systemkonformen Ideologie vermeintlich effizienter Märkte und rationaler Erwartungen. Mit der großen Krise haben sich aber weder die Institutionen noch die Köpfe verändert. Das spricht dafür, dass die Rückkehr zum business as usual hoch wahrscheinlich ist, und in der Tat wird bereits über die nächste Blase und die nächste Krise gemunkelt. Unsicher sind sich die Gurus nur, wann und wo die Blase platzen wird (vgl. Hackhausen/Panster 2010).

DETERMINIERTE REALITÄT UND DIE MÖGLICHKEIT ZUR VERÄNDERUNG

Die große Wirtschaftskrise zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellt ebenso wenig einen „schicksalhaften“ Vorgang dar wie die drohende planetarische Krise, von der die Menschheit spätestens seit dem berühmten ersten Bericht des „Club of Rome“ über die „Grenzen des Wachstums“ von 1972 nicht nur umfassende Kenntnis erhalten hatte, sondern sie wurde auch darüber informiert, wie die Krise (damals) noch abzuwenden gewesen wäre. Inzwischen könnte es bereits zu spät dafür geworden sein. Jedenfalls legt das die jüngste, dritte Untersuchung zu den „Limits to Growth“ von 2004 nahe (Meadows/Randers, 2008). Nicht *prinzipielle* Unmöglichkeit stand der vor dreißig Jahren noch möglichen Korrektur des Katastrophenkurses entgegen, sondern die sozioökonomischen und politischen Verhältnisse, also historische Bedingungen, verhinder(te)n, dass die Warnungen ernst genommen und ihnen gefolgt wurde.

Geschichte, hier die Wirtschafts- und Sozialgeschichte, wird zwar von Menschen gemacht, aber sie handeln unter jeweiligen historischen Bedingungen, die als determinierende Faktoren auf das menschliche Handeln wirken. Im Unterschied jedoch zur Naturentwicklung nach festen Gesetzen unterliegen historische Prozesse keinen solch unabänderlichen Gesetzmäßigkeiten, sondern was als „historische Gesetzmäßigkeit“ erscheint, ist eher eine Regelmäßigkeit, die gegebenenfalls durch menschliche Intervention auch außer Kraft gesetzt werden kann. Einsicht in den historischen Sachverhalt

und das auf dessen Reflexion basierende Eingreifen des Menschen in die historischen Ursache-Wirkungs-Sequenzen vermögen diese zu unterbrechen und ihren Verlauf zu modifizieren. In der Entwicklung der Natur gibt es beispielsweise keine Parallele zu den *historischen* Phänomenen der Selbsterfüllung und der Selbstzerstörung von Prognosen, die durch bewusst an Zukunftsentwürfen orientierte Interventionen des Menschen in den geschichtlichen Ablauf zustande kommen. Die menschliche Fähigkeit der Zeitrepräsentation, d.h. Vergangenheit und Zukunft im Denken vorzustellen und Zukunftserwartungen zu bilden, ermöglicht prinzipiell, bewusst zukunftsbezogene Interventionen zu planen und durchzuführen. Die Tatsache, dass *Möglichkeiten* ignoriert und verworfen werden, Schaden von Mensch und Natur, von Gesellschaft und Wirtschaft, von Volk und Nation abzuwenden, gehört zwar zu den wiederkehrenden Dramen der Menschheitsgeschichte, widerlegt aber nicht die *Möglichkeit* rechtzeitiger Interventionen gegen eine *bedrohliche* Entwicklung. Wäre das historisch Wirkliche immer auch das einzig Mögliche, so hätte der Geschichtsfatalismus Recht, und es gäbe keinen Sinn, sich darüber Gedanken zu machen, zu welchem Zweck und wie in geschichtliche Abläufe interveniert werden könnte und sollte.

Der resignative Seufzer, aus der Geschichte werde nicht gelernt, mag auf den ersten Blick gerechtfertigt erscheinen, denn immer wieder stellt sich nachträglich heraus, dass etwas und was falsch gemacht wurde. Das wird beispielsweise ganz sicher bei den von den USA im Irak und in Afghanistan geführten Kriegen der Fall sein, denn weder dem amerikanischen Kapitalismus noch gar dem amerikanischen Volk wird daraus Gedeihliches erwachsen. Vielmehr beschleunigen die materiellen Kriegslasten und vor allem die weitere Steigerung des „Hass[es] auf den Westen“ (Ziegler 2009) den relativen Abstieg des nordatlantischen Blocks – und den Aufstieg Ostasiens. Doch es gibt auch Beispiele dafür, dass aus der Geschichte gelernt wurde. Gerade die akute Krise zeigt das. Wie panikartig und planlos die wirtschaftspolitischen Reaktionen auf die gegenwärtige Krise sich auch ausnehmen mögen, dass der Staat überhaupt massiv intervenierte, dabei die neoliberalistische Staatskritik kurzerhand über Bord warf und dass jetzt immerhin überlegt wird, wie sich die Spekulation künftig in „geordnete Bahnen“ bringen lässt, verdankt sich der historischen Erfahrung mit der Großen Depression nach 1929 sowie auch einigen wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnissen, die danach das Licht der Welt erblickten – nicht zuletzt der ausgearbeiteten Keynesschen Theorie. Stellen wir uns vor, die gegenwärtige Krise wäre die erste große Wirtschaftskrise oder die Kenntnis der Vergangenheit sei völlig ausgelöscht worden. Die Anhänger des neoliberalistischen Anti-Interventionismus hätten höchstwahrscheinlich auch während der Krise an ihrem Marktglauben festgehalten – und alles der „Bereinigung“ durch den sich vermeintlich selbst stabilisierenden Marktmechanismus überlassen. Ihre alte Verteidigungsrede, die sie bei jeder Krise wiederholen, die Krise sei durch von „außen“ einwirkende Störungen verursacht – durch Lohnforderungen, durch sozialstaatliche Wohltaten, durch Anspruchsdenken etc.,

etc. – hätte vermutlich Wirkung gehabt, so wie das ja nach 1929 erst einmal der Fall gewesen war.

Historische Erfahrung, neue wissenschaftliche Erkenntnisse und ihre möglichst breite Vermittlung sind vielleicht noch keine hinreichenden, aber sicherlich notwendige Voraussetzungen dafür, dass die *Möglichkeiten*, Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen, sie abubrechen und sogar von vornherein zu vermeiden, immer besser genutzt werden. „Wir“ – d.h. die knapp 15 Prozent der Weltbevölkerung in den reichen, westlichen Demokratien – verfügen durchaus über die Mittel, Aufklärung und Emanzipation sehr viel energischer voran zu treiben, als dies bisher und insbesondere während der vergangenen dreißig Jahre restaurativen Kapitalismus geschah. Dringlich sind beispielsweise

- eine Bildungs- und Erziehungspolitik, die darauf zielt, umfassend informierte, weltoffene, kritische, gesellschaftlich und politisch aufgeschlossene, kurz: demokratisch mündige Menschen hervorzubringen, deren Motivation und Intelligenz nicht dafür missbraucht werden, sie zu bequem „verwertungsfähigen“ Arbeitskräften zu degradieren;
- die institutionelle Absicherung einer pluralistischen Wissenschaft, um die Monopolisierung bestimmter Lehrmeinungen zu verhindern, wie sie mit eklatant negativen Effekten während der neoliberalistischen Ära an den meisten wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der westkapitalistischen Länder herbeigeführt wurde;
- eine von Partialinteressen, insbesondere reinen Kapitalinteressen unabhängige Medienlandschaft – denkbar u.a. durch Selbstbestimmung und Selbstrekrutierung der Redaktionen aller Massenmedien;
- institutionelle Vorkehrungen und Sanktionen gegen Klientelpolitik der dem Gemeinwohl verpflichteten Regierungen, was nicht zuletzt erfordert, die offenen und versteckten Korruptionspraktiken, denen Regierung und Staatsbürokratie nicht nur ausgesetzt sind, sondern denen sie viel zu oft auch unterliegen (Tillack 2009, Transparency 2009), als strafrechtlich relevant zu ahnden.

Vorstehende Hinweise sind selbstverständlich nur als Richtungsangabe zu verstehen, auf welchen Wegen die Gesellschaft Wissen in ihrem Eigeninteresse mehren, sich aneignen und politisch handlungswirksam machen sollte, wie also Aufklärung im emphatischen Sinn des Kant'schen „sapere aude“ praktisch gemacht werden kann. Damit würde sich die Wahrscheinlichkeit erhöhen, die möglichen Alternativen zum schlechten Status quo zu erkennen und sie auch zu realisieren. Die Zahl der einem Menschen bewusst werdenen Handlungsoptionen hängt nicht zuletzt von seinem Wissens- und Erfahrungsschatz ab. Je umfassender und vielfältiger das Wissen und die im Erfahrungsgedächtnis abgespeicherte Weltkenntnis eines Menschen ausfallen, desto mehr Optionen werden beim rationalen Abwägen von alternativen Handlungsmöglichkeiten seinem inneren Auge sichtbar, und auch die Fä-

higkeit, die erwünschten und unerwünschten Konsequenzen der verschiedenen Optionen zu vergegenwärtigen, wird sich verbessern. Wissen und Erfahrung treten jedoch in zwei recht verschiedenen Typen des Weltverständnisses auf – als empirisch-wissenschaftliches und als glaubensverankertes. Ersteres ist prinzipiell falsifizierbar und wird aufgrund rationaler Überlegungen gegebenenfalls revidiert bzw. verworfen. Das trifft auf „Glaubenswahrheiten“ in der Regel nicht zu, seien sie ideologisch, theologisch oder wie auch immer fundiert. Empirisch-wissenschaftliche Hypothesen darüber, wie die Welt beschaffen ist, unterliegen kognitiven Verarbeitungsprozessen und lassen sich von logischer Argumentation stützen oder widerlegen. Glauben sperrt sich hingegen aufgrund seiner emotionalen Verankerung gegen logische Einwände. Soweit in vermeintlich wissenschaftlichen Gedankengebäuden Glaubensvorstellungen enthalten sind – etwa der bis auf den Deismus des 18. Jahrhunderts zurückzuführende Glaube an die Selbstoptimierung „freier“ Märkte¹ – sind die Anhänger des betreffenden Dogmas gegen empirisch-wissenschaftliche und logische Einwände resistent. Statt sich mit nüchterner Rationalität der Kritik an den Glaubensinhalten zu erwehren, reagieren „Gläubige“ nicht selten äußerst aggressiv, was auf die emotionale Verankerung des Glaubensinhalts verweist. In der Regel enthalten Glaubensgebäude auch ein Unwiderlegbarkeitsdogma, das sie gegen alle empirisch-wissenschaftlichen und logischen Angriffe immunisieren soll. Der feste Glaube ist sozusagen ein starker Feind wissenschaftlicher Neugier.

Wenn wir den Menschen als Ergebnis der natürlichen und kulturellen Evolution wahrnehmen, so wird es schwer, sein Tun und Lassen anders als determiniert zu verstehen. Die Annahme einer Determiniertheit menschlichen Handelns² wird bisher zwar meist nur für die Erklärung des Verhaltens und Tuns des Individuums herangezogen, da aber geschichtliche Prozesse durch die Handlungen von Menschen entstehen, müsste für die Erklärung der geschichtlichen Entwicklung auch auf jene Determinationsfaktoren zurückgegriffen werden, denen die am historischen Prozess – mehr oder weniger stark – beteiligten Individuen ausgesetzt sind. Damit ist nicht gemeint, dass es einen „Pan-Determinismus“ im Sinne des Laplaceschen Dämons gäbe,³ aber immerhin besteht zwischen der Willensdetermination des Individuums und der Determination geschichtlicher Prozesse ein Wirkungszusammenhang derart, dass die Erklärung der determinierenden Einflüsse auf das Handeln von Individuen – insbesondere der „führenden“ – auch zur Erklärung geschichtlicher Abläufe mit heranzuziehen ist, was ja auch allenthalben geschieht. Der Zusammenhang von Produktionsverhältnissen, Sozialisationsbedingungen, Denk- und Verhaltensmustern der Menschen und damit der über Rückkopplungen zwischen Systemzwängen und adressierter Systemkonformität verlaufende Reproduktionsprozess der Produktionsverhältnisse ist als abstraktes Phänomen vielfach beschrieben und theoretisch analysiert worden. Die moderne Hirnforschung könnte jedoch dazu beitragen – und wird es irgendwann wahrscheinlich auch tun –, die bei jenen Vorgängen in den Gehirnen ablaufenden Prozesse, Veränderungen und Umstel-

lungen aufzudecken. Damit würde auch die Entstehung der erstaunlichen Komplementarität verständlicher gemacht werden, die zwischen den sozial-ökonomischen Systemeigenschaften und ihrem Niederschlag in den „Hirnverhältnissen“ des Individuums besteht, auf denen das Bewusstsein basiert. Genaueres Wissen über die interaktiven Prozesse zwischen dem das Individuum umgebenden kulturellen Makrosystem und individueller Determination bzw. den Determinationsresultaten, die sich in Denk- und Verhaltensweisen äußern, eröffnen neue, bisher unbekannte *Möglichkeiten* für die sozial-ökonomische Gestaltung. Dass wissenschaftliche Erkenntnisse auch missbraucht werden (können), bleibe nicht unerwähnt, aber dies zu verhindern, ist ja ebenfalls *möglich*.

Determination wissenschaftlich fundiert ernst zu nehmen, versperrt den ideologischen Ausweg, das Fehlverhalten von Menschen, insbesondere das so folgenreiche der Machthaber, als quasi unvorhersehbar und willkürlich, weil aus „freiem Willen“ resultierend einfach bei dem quasi als Monade vorgestellten Individuum zu verorten, um die Suche nach vorgelagerten Determinationseinflüssen zu unterbinden. Determination anzuerkennen, dürfte auch die Aufmerksamkeit und das Gedächtnis für die *Langfristigkeit* kausaler Abläufe schärfen, was zu mehr Vorsicht beitrüge und beispielsweise davor bewahrte, erneut der Eloquenz von Leuten zu erliegen, die bereits in der Vergangenheit Schaden angerichtet hatten – etwa Spekulanten, die auch den kleinen Sparer mit exorbitanten Renditeversprechen zur „Anlage“ zu verführen suchen.

Die Regierungen der kapitalistischen Länder hätten auf das Warnsignal des „Club of Rome“ von 1972 mit einer umfassenden, zukunftsgerechten Umweltpolitik reagieren können, wenn – ja wenn – ihnen eine andere Einsicht und damit auch ein anderer Wille gegeben gewesen wäre. Im Sinne technisch-wirtschaftlicher Machbarkeit war das *möglich*. Die historischen Verhältnisse determinierten die Verantwortlichen jedoch dazu, die *mögliche* Alternative zu verwerfen. Die Situation wiederholt sich gegenwärtig. Die *Möglichkeit*, Reformen zu realisieren, um große Wirtschaftskrisen künftig auszuschließen, ist vorhanden, aber das Ausmaß der dazu notwendigen Reformen geht über die vom bestehenden System gezogenen Grenzen hinaus. Symptomatisch hierfür ist das von der schwarz-gelben Bundesregierung konzipierte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“. Es sei hier nicht erörtert, ob wegen der verschiedenen im Gesetz vorgesehenen klientelpolitischen Einschübe das Ganze sich nicht eher als Wachstumshindernis erweisen wird. Das weitaus brisantere Problem tritt in der überholten Vorstellung zutage, weiteres Wachstum brächte die Heilung der Krankheit, die die westkapitalistischen Länder seit drei Jahrzehnten erfolglos zu therapieren versuchten – nämlich Massenarbeitslosigkeit und Demontage der hart erkämpften sozialstaatlichen Fortschritte. Seit Beginn der amtlichen Arbeitslosenstatistik im Deutschen Reich zum Ausgang des 19. Jahrhunderts gab es in der deutschen Geschichte keine so lange Periode mit tendenziell sogar steigender Massenarbeitslosigkeit wie in der jüngeren Vergangenheit – seit Ende

der 1970er Jahre bis heute. Zu bedauern ist primär nicht einmal, dass Milliarden von Arbeitsstunden unwiederbringlich verloren gingen und die entsprechende Wertschöpfung ausfiel, sondern primär zu beklagen ist, dass die Lebenszeit der Arbeitslosen und ihrer Familien verdorben wurde – durch ständige Sorge, Angst, Frustration, Deprivationserfahrung, unverschämte Diffamierungen seitens der sich als tüchtig und erfolgreich gerierenden Pharisäer, depressive Verstimmung, Verzweiflung bis zum Suizid und allen anderen Folgen und Begleiterscheinungen der Massenarbeitslosigkeit. Darin bestehen die massiven Verletzungen der Menschenwürde und die riesigen Wohlstandsverluste der neoliberalistischen Ära seit den 1970er Jahren. Doch was determinierte die Millionen von Leidtragenden solcher Verhältnisse, sich nicht mit allen Mitteln dagegen zu wehren? Zur Antwort auf die Frage, welche Faktoren hier am Werke waren, werden hoffentlich bald die Neurobiologen beitragen.

ANMERKUNGEN

- 1 In der (neo)klassischen Wirtschaftstheorie wird die Selbstoptimierungsdoktrin durch ein mathematisch formalisiertes Modell quasi logisch zu beweisen versucht. Der so genannte Homo oeconomicus bildet die anthropologische Grundlage der Theorie. Die Homo-oeconomicus-Hypothese verlangt, dass der Mensch ausschließlich und immer als Nutzen- bzw. Gewinnmaximierer handelt und führt zu einer völlig überzogenen, damit unbrauchbaren Komplexitätsreduktion. Die Motivationsstruktur des Menschen ist eben nicht zulänglich abbildbar durch den Homo-oeconomicus-Typus, wie von den Anhängern dieser Theorie geglaubt wird, auch wenn diesem Typus von gewissen (kapitalistischen?) Verhältnissen besonders förderliche Sozialisationsbedingungen geboten werden.
- 2 Vgl. zum Determinismusproblem den Sammelband Grün/Friedman/Roth 2009. Die Determinismus-Debatte wurde durch die neuen Ergebnisse der Hirnforschung seit einiger Zeit außerordentlich belebt.
- 3 Dagegen spricht die Tatsache, dass im Zuge der wissenschaftlich-technischen Entwicklung neue Erkenntnisse und die korrespondierenden neuen Instrumentarien der Weltgestaltung zu prinzipiell unvorhersehbaren Verhaltensänderungen führen (können), also Emergenzen auftreten.

LITERATUR

Akerlof, George (2002): Interview mit ~; On Making Economics Realistic, in: Challenge, Jg. 45, H. 6, S. 6-20.

- Amin, Samir (2009): Seize the Crisis, in: *Monthly Review*, Jg. 1, H. 7, S. 1-16.
- Barnett, William A. (2007): Is Macroeconomics a Science? In: *Munich Personal RePEc Archiv (MPRA)*, online unter: <http://mpa.ub.uni-muenchen.de/415/>.
- Brenner, Robert (2002): Interview mit ~; The Boom, the Bubble, and the Future. *Challenge*, Jg. 45, H. 4, S. 6-19.
- Colander, David/Hans Föllmer/Michael Goldberg/Armin Haas/Katarina Juselius/Alan Kirman/Thomas Lux/Brigitte Sloth (2008): The Financial Crisis and the Systemic Failure of Academic Economics. Opinion paper 98, Dahlem Workshop, online unter: http://www.debtdeflation.com/blogs/wp-content/uploads/papers/Dahlem_Report_EconCrisis21809.pdf, 3.4.2009.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt am Main.
- Dullien, Sebastian/Hansjörg Herr/Christian Kellermann (2009): Der gute Kapitalismus ... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste, Bielefeld.
- Easterlin, Richard (1974): Does Economic Growth Improve the Human Lot? Some Empirical Evidence, in: Paul David/Melvin W. Reder (Hg.), *Nations and Households in Economic Growth: Essays in Honour of Moses Abramovitz*, New York/London, S. 98-125.
- Foster, John Bellamy/Fred Magdoff (2009): *The Great Financial Crisis – Causes and Consequences*, New York.
- Fourastié, Jean (1954/1949): *Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts*, Köln-Deutz.
- Godley, Wynne/Alex Izurieta (2002): The Case for Severe Recession, in: *Challenge*, Jg. 45, H. 2, S. 27-51.
- Grün, Klaus-Jürgen (2009): Glaubensfragen – Die falsche Rede über Zuschreibung von Schuld und Verantwortung, in: Grün/Friedman/Roth (Hg.) (2009), S. 11-53.
- Grün, Klaus-Jürgen/Michel Friedman/Gerhard Roth (Hg.) (2009): *Entmoralisierung des Rechts. Maßstäbe der Hirnforschung für das Strafrecht*, Göttingen.
- Hackhausen, Jörg/Christian Panster (2010): Der nächsten Blase auf der Spur. Die Notenbanken fluten die Finanzmärkte mit billigem Geld. Investoren suchen händeringend nach Anlagen. Ein gefährliches Gemisch, in: *Handelsblatt*, Nr. 12, 19.1. 2010, S. 36f.
- Heilbroner, Robert L. (1988): *Behind the Veil of Economics. Essays in the Worldly Philosophy*, New York/London.
- Houseman, Gerald (2006): Joseph Stiglitz and the Critique of Free Market Analysis, in: *Challenge*, Jg. 49, H. 2, S. 52-62.
- Keen, Steve (2010): „Wir sind in der größten Finanzblase aller Zeiten“ (Interview mit ~), in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.1.2010.

- Keynes, John Maynard (1973): *Some Economic Consequences of a Declining Population*, in: ders. (Hg.), *Collected Writings*, Bd. 14, London-Basingstoke, S. 124-133.
- Keynes, John Maynard (1980/1943): *The Long-Term Problem of Full Employment*, in: ders. (Hg.), *Collected Writings*, Bd. 27, London-Basingstoke, S. 320-325 (deutsch in: Norbert Reuter (2007): *Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief*, 2. Aufl., Marburg, S. 159-164).
- Keynes, John Maynard (2006): *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, 10., verb. Aufl., Berlin.
- Leggewie, Claus/Harald Welzer (2009): *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten – Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie*, 2. Aufl., Frankfurt am Main.
- Lekachman, Robert (1977): *The Radical Keynes*, in: Robert Skidelsky (Hg.) (1977), *The End of the Keynesian Era. Essays on the disintegration of the Keynesian political economy*, London-Basingstoke, S. 59-66.
- Lenk, Kurt (2000a): *Ideologische Kontinuitäten und gesellschaftlicher Wandel*, in: Lenk 2009, S. 105-113.
- Lenk, Kurt (2000b): *„Masse“ – eine vernachlässigte Kategorie*, in: Lenk 2009, S. 218-223.
- Lenk, Kurt (2009): *Von Marx zur Kritischen Theorie – Dreißig Interventionen*, Münster.
- Lutz, Burkart (1984): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt/New York.
- Mattfeld, Harald (1985) (Hg.): *Keynes. Kommentierte Werkauswahl*, Hamburg.
- Meadows, Donella/Jørgen Randers/Dennis Meadows (2008): *Limits to Growth – the 30-year Update (2004)*, London/Sterling, VA.
- Müller, Hans Christian (2009): *Ökonomen huldigen Propheten des Untergangs. Hyman Minsky war mit seinen Thesen stets ein Außenseiter unter den Ökonomen. Doch die Finanzkrise hat ihn posthum zum Star gemacht*, in: *Handelsblatt*, Nr. 246, 21.12.2009, S. 18f.
- Reuter, Norbert (2000): *Ökonomik der „Langen Frist“ – Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften*, Marburg.
- Reuter, Norbert (2007): *Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief*, 2. Aufl., Marburg.
- Skidelsky, Robert (1977) (Hg.): *The End of the Keynesian Era. Essays on the disintegration of the Keynesian political economy*, London-Basingstoke.
- Storbeck, Olaf (2010a): *Ein Triumph, der keiner ist. Warum unorthodoxe Ökonomen von der Krise ihres Faches nicht profitieren können*, in: *Handelsblatt*, Nr. 6, 11.1.2010, S. 21.

- Storbeck, Olaf (2010b): Wissenswert: China ist der größte Klimasünder der Welt. Doch selbst in der dreckigsten Stadt des Landes erzeugt ein Einwohner viel weniger CO₂ als in der saubersten der USA, in: Handelsblatt, Nr. 11, 18.1.2010, S. 21.
- Stratmann, Klaus (2009a): „Alle Länder müssen in die Pflicht“. In der Wirtschaft wächst die Angst vor zu großen Zugeständnissen Deutschlands und der Europäischen Union bei den Klimaverhandlungen in Kopenhagen. Ein Durchbruch steht aus, in: Handelsblatt, Nr. 243, 16.12.2009, S. 10f.
- Stratmann, Klaus (2009b): Ziemlich mieses Klima. Die Klimakonferenz in Kopenhagen ist vor allem am Konflikt zwischen Arm und Reich gescheitert. Als die Großen der Weltpolitik die Richtung vorgaben, revoltierten die Kleinen – und siegten. Nicht nur die globale Klimapolitik ist am Tiefpunkt angelangt. Auch die Uno-Konferenzdiplomatie in ihrer heutigen Form ist am Ende. Handelsblatt, Nr. 246, 21.12.2009, S. 6f.
- Tillack, Hans Martin (2009): Die korrupte Republik. Über die einträgliche Kungelei von Politik, Bürokratie und Wirtschaft, Hamburg.
- Transparency (2009): Corruptions Perception Index 2009, online unter: <http://www.transparency.de/Regionale-Trends-in-der-Europa.1531.0.-html>, 16.1.2010.
- UNDP (2009) = United Nations Development Program (Hg.): Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Barrieren überwinden: Migration und menschliche Entwicklung, Berlin.
- Wicksell, Knut (1958/1907): The Enigma of Business Cycles. International Economic Papers, Nr. 3, S. 58-74.
- Ziegler, Jean (2009): Der Hass auf den Westen – Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren, München.
- Zinn, Karl Georg (2008): Die Keynesche Alternative – Beiträge zur Keyneschen Stagnationstheorie, zur Geschichtsvergessenheit der Ökonomik und zur Frage einer linken Wirtschaftsethik, Hamburg.
- Zinn, Karl Georg (2009a): Sättigung oder zwei Grenzen des Wachstums, in: Monde diplomatique, Jg. 15, H. 7 (Juli 2009), S. 10f.
- Zinn, Karl Georg (2009b): Krisenerklärung: Drei verlorene Jahrzehnte. Das Verhängnis ideologisch verfestigter Fehldiagnosen, in: Elmar Altvater et al. (Hg.), Krisen-Analysen, Hamburg, S. 119-145.

Die Einmischer

Über das heutige Engagement der Literatur¹

THOMAS WAGNER

Einem unter Literaturwissenschaftlern, Feuilletonisten und selbst unter Autoren weit verbreiteten Vorurteil zufolge melden sich Schriftsteller der jüngeren und der mittleren Generation kaum noch zu Wort, wenn es um politische Fragen geht. Mit der Wirklichkeit hat das Gerede vom Verstummen der engagierten Literatur heute freilich kaum noch etwas zu tun. Wer genau hinsieht, anstatt den kurzlebigen Literaturmoden zu folgen, die im Rhythmus der Buchmessen und Literaturpreis-Verleihungen alljährlich ausgerufen werden, erkennt bald: 20 Jahre nach dem Mauerfall ist die Literatur so breit und vielgestaltig engagiert wie schon lange nicht mehr. Jenseits von Pop-Literatur, Fräuleinwunder und einem sogenannten ‚Neuen Feminismus‘ melden sich die Autoren deutlich vernehmbar zu Wort, greifen Schriftsteller als kritische Intellektuelle so kraftvoll und beherzt in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ein wie schon lange nicht mehr.

Dabei schienen vor nicht allzu langer Zeit gerade jene Autoren die Diagnose vom Ende der engagierten Literatur zu bestätigen, die sich gegen den damals vorherrschenden Trend im klassischen Sinne demonstrativ parteilich zeigten und sich für den Wahlkampf der SPD einspannen ließen. Als Juli Zeh, Benjamin Lebert, Feridun Zaimoglu oder Durs Grünbein im Jahr 2005 einem Ruf von Günter Grass folgten und für die Wiederwahl des Bundeskanzlers Gerhard Schröder (SPD) warben, wirkte das politisch eher einfalllos, angepasst, jedenfalls meilenweit entfernt von fortschrittlichen gesellschaftspolitischen Visionen.

Die 1968 in West-Berlin geborene Schriftstellerin Tanja Dücker vermisste bei ihren Kolleginnen damals einen utopischen Überschuss der Literatur, der auf nicht realisierte Möglichkeiten des Zusammenlebens verweist:

„Wenn Literatur sich mit Politik beschäftigt, sollte sie nicht den Status quo bestätigen (dafür sind die Realpolitiker da), sondern den schlechten Ist-Zustand mit dem vergleichen, was möglich wäre. Gute Literatur verhält sich in diesem Sinne wie gute Musik: Sie transzendiert die Realität und vermittelt für einen Moment die Aussicht

auf ein besseres Leben. Welche Utopie in der Unterstützung für Hartz IV liegen soll, ist hingegen völlig schleierhaft“ (Dückers 2007: 165).

Auch eine im selben Jahr von der *Zeit* angeschobene Debatte über die Aufgaben des Romans schien das damals weit verbreitete Urteil über die politische Harmlosigkeit der Gegenwartsliteratur nur zu bestätigen. Martin R. Dean, Thomas Hettche, Matthias Politycki und Michael Schindhelm stellten ein *Manifest für einen Relevanten Realismus* (2005) vor, das inhaltlich vage und politisch richtungslos blieb. Heute ist die engagierte Literatur zurückgekehrt. Sie ist nicht mehr „unmodern“, wie Alban Nikolai Herbst (2009) noch jüngst behauptete.

Ein Großteil der professionell mit Literatur befassten Kulturarbeiter sieht das freilich noch anders. Ursächlich dafür ist nicht zuletzt der Umstand, dass alle bisherigen Debatten über eine Renaissance der politisch engagierten Literatur in zweierlei Hinsicht defizitär waren.

Zum einen stand die „klassische“ Form des Romans im Mittelpunkt. Aktuelle politische Tendenzen im Bereich der Spannungsliteratur, des Krimis, der Science Fiction, des Jugendbuchs oder der Poesie blieben ausgeklammert. Dabei war gerade hier längst zu finden, was im Gegenwartsroman vermisst wurde: die literarische Auseinandersetzung mit brisanten politischen Themen. Man denke nur an die populären Politthriller eines Wolfgang Schorlau, die Jugendbücher Michael Wildenhains oder die Renaissance der politischen Lyrik, die 2009 in der Rotbuch-Anthologie *alles außer Tiernahrung* dokumentiert wurde.

Zum anderen war der Blick auf die Bücher selbst fokussiert. Kaum jemand fragte nach dem Engagement der Autoren als Intellektuelle. Dadurch erschien die Literatur deutlich unpolitischer, als sie es nach 1989 tatsächlich war. Gegenläufige Tendenzen blieben unterhalb der medialen Wahrnehmungsschwelle.

WER DIE INTELLEKTUELLEN SIND

Schriftsteller füllen heute zunehmend eine Leerstelle der demokratischen Öffentlichkeit: die des Intellektuellen, der sich für das Wohl des Gemeinwessens einsetzt. „Ein Intellektueller gibt politische Orientierung und erörtert öffentlich generelle Fragen“ (Jaeger 2009: 93).

Noch vor wenigen Jahren war diese Gestalt für tot erklärt worden. Den Anfang machten die französischen Poststrukturalisten. Von Deleuze über Foucault bis Baudrillard erklärten sie, wenig Sinn in dem Anspruch zu sehen, mit ihrer Deutungsarbeit für alle zu sprechen, wenngleich sie es selbst weiterhin taten.² „In den 1990er Jahren pfliffen dann auch die kleineren intellektuellen Spatzen von den Flachdächern der Konzerne, die Zeit der Intellektuellen sei vorbei, ja sie hätten uns ins Unglück gestürzt mit ihren Utopien“ (Haug 2009: 47).

Auch die Strukturen der Öffentlichkeit haben sich in dieser Zeit dramatisch verändert. Die öffentliche Rolle des Schriftstellers stand in der Bundesrepublik vor '89 noch in enger Beziehung zum Bildungsauftrag eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks, dessen Monopol gerade erst zu bröckeln begonnen hatte. Mit dem Siegeszug der von der Regierung Helmut Kohl durchgesetzten privaten Kommerzsender nahm die Präsenz der Schriftsteller und der „klassischen“ Intellektuellen in den großen Medien deutlich ab. „Wie der Übergang vom Stummfilm zum Tonfilm eine neue Generation von Stars hervorgebracht hat, so hat das Fernsehen den telegenen Intellektuellen und die Talk-Show hervorgebracht. Der vom Katheder verkündende ‚Geist‘ ist marginalisiert, wenn auch nicht ganz verschwunden“ (ebd.: 52).

Die Printmedien verringerten ihren Platz für kritische Interventionen und luden lieber sogenannte Experten zu Stellungnahmen ein. Anstelle von Schriftstellern beantworten seit den neunziger Jahren zunehmend Unternehmensberater die Frage, in welcher Gesellschaft wir künftig leben wollen. Viele Kommentatoren meinten damals, mit dem Zusammenbruch des Sozialismus sowjetischer Prägung hätten auch die Schriftsteller ihren moralischen Kredit verspielt und als glaubwürdige Kritiker der herrschenden Verhältnisse für immer ausgedient. Linksliberale Positionen verloren in den Feuilleton-Redaktionen spürbar an Gewicht und rechte Intellektuelle gewannen an Deutungsmacht. Als Daniel Kehlmann seine Eröffnungsrede zum Brecht-Festival des Jahres 2008 in Augsburg für eine Generalabrechnung mit der Gesellschaftskritik linker Intellektueller am Beispiel Bert Brechts nutzte (vgl. Kehlmann 2008: 17), fühlte sich im Feuilleton kaum jemand provoziert. Während rechtsgerichtete Schriftsteller wie der selbsterklärte Reaktionär Martin Mosebach (vgl. Wagner 2007: 10f.) und der katholische Herrendenker Nicolás Gómez Dávila (1913-1994) viel Lob im Kulturbetrieb ernteten (vgl. Wagner 2008: 26), ließen die in den vergangenen Jahren unter dem Stichwort „Politischer Roman“ geführten Feuilleton-Debatten linke Autoren weitgehend außen vor.

Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in Europa und dem damit einhergehenden zerstörerischen Siegeszug des Neoliberalismus waren die kritischen Intellektuellen und sozial engagierten Künstler aus der herrschenden Weltsicht nahezu verschwunden. Und mit ihnen verschwanden die Begriffe, mit denen die dramatische Ungleichheitsentwicklung analysiert, die Parolen, unter denen Freiheitskämpfe ausgefochten und die Organisationen, in denen sich Widerstand hätte formieren können.

„Das war die Zeit in der das Kapital sich von Spekulationsblase zu Spekulationsblase fiktiv aufblähte, während die intellektuellen Konjunkturritter die Welt als Schneeballsystem imaginierten. Damit hat die große Krise Schluss gemacht. Sie hat die Abschaffungen abgeschafft. Wahrheit und Wirklichkeit haben sich zurückgemeldet“ (Haug 2009: 50).

Die in globalem Maßstab ständig wachsende Ungleichheit, die Folgen des Klimawandels, drohende Verteilungskämpfe um Trinkwasser, Bodenschätze, fossile Energieträger und nicht zuletzt die kaum überstandene Weltwirtschaftskrise machen die Notwendigkeit politischer Alternativen unübersehbar.

Konkrete Utopien in diesem Sinne vorzuschlagen und öffentlich zu vermitteln, das ist in der bürgerlichen Öffentlichkeit traditionell die Aufgabe von Intellektuellen. Doch ausgerechnet zu einer Zeit, in der politische Zukunftsvisionen wieder vermehrt nachgefragt werden, ist diese Position im Feld des öffentlichen Diskurses mehr oder weniger verwaist.

Parteien und Gewerkschaften haben längst darauf verzichtet, eigene Geistesarbeiter heranzubilden. Die Universitäten spannen junge Sozial- und Geisteswissenschaftlern heute viel zu sehr in den Alltagsbetrieb und Karrierezwänge ein, als dass diese noch daran denken könnten, sich öffentlich einzumischen. Zwischen Lehrverpflichtungen, Drittmittelinwerbung, Gremienarbeit und wissenschaftsinternen Publikationszwängen verlieren sie beinahe zwangsläufig den Blick für die großen Zusammenhänge.

Journalisten, die gar nicht so selten den Ehrgeiz entwickeln, selbst in die Fußstapfen der großen Intellektuellen zu treten, haben sich zumeist allzusehr dem Mainstream verschrieben. Wirklich innovative Ideen oder anspruchsvolle gesellschaftliche Entwürfe sucht man bei ihnen in der Regel vergeblich.

Radikale Anstöße für die notwendigen Debatten über die Zukunft unserer Gemeinwesen kommen dagegen wieder vermehrt aus den Schreibstuben von Schriftstellern. Ihnen kommt dabei entgegen, dass die neoliberale Hegemonie mittlerweile erste Risse bekommen hat. Innenpolitisch ist mit der Linkspartei eine Kraft entstanden, die das sozialdemokratische Erbe angetreten hat und die öffentlichen Foren für kapitalismuskritisches Denken deutlich vermehrt. An den Universitäten entstehen immer neue Marx-Lesekreise. Und immer mehr Schriftsteller nutzen die neu geschaffenen Möglichkeiten, sich links zu engagieren. Tendenz steigend.

Mit dem Aufwind, den sowohl die globalisierungskritische Bewegung als auch die parteipolitische Linke seit einigen Jahren erfahren, werden ihre Themen vermehrt von den großen Medien aufgegriffen. Die Ratlosigkeit vorgeblicher Experten angesichts der Weltwirtschaftskrise hat diese Tendenz noch verstärkt.

Schriftsteller werden wieder häufiger eingeladen, das Für und Wider politischer Vorschläge aus ihrer Sicht zu kommentieren und eigene Impulse zu geben. Sie sind keine Experten, die zahlenden Auftraggebern Gutachterwissen präsentieren, sondern Bürger, die das allgemeine Wohl im Auge haben.

Die Spielräume für kritische Interventionen sind wieder etwas größer geworden. Als Thea Dorn, Krimi-Autorin, Fernsehmoderatorin und vermeintliche Hoffnungsträgerin eines erneuerten Feminismus,³ 25 prominente Künstler und Schriftsteller, die den möglichst raschen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan forderten (vgl. Dahn et al. 2009), als Repräsentanten

eines neuen „Vulgärpazifismus“ (Dorn 2009) diffamierte, gab man dem marxistischen Schriftsteller Dietmar Dath in der *Zeit* genügend Raum für eine kluge Replik (vgl. Dath 2009).

WAS „SICH ENGAGIEREN“ HEUTE BEDEUTET

Zwischen 2007 und 2009 habe ich eine Reihe von Interviews mit engagierten Schriftstellern und Liedschreibern geführt, die den Grundstock bilden für mein Interviewbuch *Die Einmischer* (Wagner 2010). Die Gespräche geben Auskunft darüber, wie diese Autoren heute zum Begriff des Engagements stehen.

Für den österreichischen Romancier Robert Menasse hat sich die öffentliche Rolle des Schriftstellers nach dem Ende des Kalten Kriegs in einer Hinsicht deutlich geändert. Heute sei das Engagement nicht auf die Unterstützung kommunistischer oder sozialistischer Parteien beschränkt. Wenn es nach Menasse ginge, sollte es zur Grundausrüstung jedes denkenden Menschen gehören. „Aber eben nicht in diesem parteipolitischen, sondern in einem umfassenderen Sinne, der nichts anderes bedeutet, als unausgesetzt das Defizit abzuschreiten zwischen gesellschaftlicher Realität und gesellschaftlichem Selbstbild“ (Menasse 2008 im Interview: 79).

Auch Menasses Kollege Dietmar Dath sieht eine einschneidende Änderung nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus. Zuvor hätten die Autoren aus der „Abteilung Dritter Weg“ im Westen die Debatten geprägt. „Dieses Kontingent von nachdenklichen Menschen war damals wichtig. Sie mussten irgendwie links sein, also das Gute im Menschen wollen, etwas gegen Franz Josef Strauß und bestimmte Unternehmer sagen, aber auf jeden Fall nicht für die bösen Russen sein. Dafür gab es eine Menge Geld, Aufmerksamkeit und Mikrofone, die man nicht den ganzen Tag vollbrüllen konnte mit: Fress! Kauft! Arbeitet!“ (Dath 2009 im Interview: 39) Von nichts anderem sei damals geredet worden „als von einem Dritten Weg zwischen dem bösen Ostblock und dem liberalen, aber kalten und unmenschlichen Westen. Diese kritischen Intellektuellen, das war die Abteilung Dritter Weg“ (ebd.).

Dath misst dem kritischen Intellektuellen heute zwar keine Bedeutung mehr zu, die über den Exotenwert eines Experten für bestimmte Spezialfragen, zum Beispiel für den Kommunismus, hinausgeht. Doch auch diese „Rolle des Experten der Rote-Mützen-Sekte im ökumenischen Konzert der komischen Sekten“ kann seiner Ansicht nach genutzt werden, um ein gutes Argument öffentlich wirksam zu platzieren: „Denn selbst da könnte einmal jemand sagen: Dieser Zeuge Jehovas da ist eigentlich ganz vernünftig“ (Dath 2009 im Interview: 42).

Einige Schriftsteller reflektierten im Verlauf unserer Gespräche über die Wirkungschancen ihres Engagements. Denn diese sind abhängig von dem politischen Resonanzraum, den die Literatur historisch jeweils hat. „Wenn

es eine soziale Widerstandsbewegung gibt, braucht diese auch Literatur, um sich zu verständigen, um andere zu gewinnen und um sich nach außen zu vermitteln. Das kann eine Literatur sein, die große gesellschaftliche Zusammenhänge in Romanen oder Essays sichtbar macht und Möglichkeiten des Widerstands beispielhaft zeigt. Oder eine aktuell eingreifende wie bestimmte Brecht-Stücke oder -Gedichte oder solche Kampftexte, wie ich sie früher geschrieben habe“, sagt der Kölner Schriftsteller Erasmus Schöfer (Schöfer 2009 im Interview: 112).

Sein Berliner Kollege Michael Wildenhain sieht das ähnlich: „Brecht, insbesondere mit seinen Lehrstücken, ist nicht vorstellbar ohne die Situation Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre, ohne eine sehr starke kommunistische Partei und die entsprechenden Publikationsorgane, die sich um sie rankten. Es gab also einen Resonanzraum für die Literatur, aus dem das Echo herauschallte. Heiner Müller ist nicht vorstellbar ohne die DDR. Er wurde zwar auch sehr stark im Westen rezipiert, aber nur vor dem Hintergrund dieses real existierenden Resonanzraumes. Ich glaube, politische Literatur braucht immer diesen Resonanzraum. Wenn dieser schmal und dünn ist wie im Moment, dann wird es schwer“ (Wildenhain 2009 im Interview: 118).

Unter diesen Voraussetzungen liegt es für einen oppositionell orientierten Autor nahe, sich selbst als „Archivar“ eines widerständigen Wissens zu definieren, das von späteren Generationen genutzt werden kann. Michael Wildenhain hofft daher, dass seine Bücher einen Flaschenpostcharakter entfalten können. Gerade Romane könnten zu zeitgeschichtlichen Dokumenten werden, die in literarischer Form eine Wahrhaftigkeit erreichen, die sonst nur schwer möglich sei. Erasmus Schöfer hält mit seinem Romanzyklus *Die Kinder des Sysifos* (2001 bis 2008) auf diese Weise das Bewusstsein an das demokratische Erbe des Aufbruchs von 1968 wach.

Der Schriftsteller Ilija Trojanow kann wie sein Kölner Kollege mit einer *l'art pour l'art* nichts anfangen. „Ich will andere Menschen erreichen, erfreuen, beglücken, bewegen und verändern. Wenn ich auch nur im Entferntesten daran zweifeln würde, dass das möglich ist, würde ich nicht schreiben bzw. nicht publizieren. [...] Ich habe nur ein Talent. Ich kann ganz gut mit dem Wort umgehen. Das ist sozusagen meine einzige Waffe, und die benutze ich auch“ (Trojanow 2008 im Interview: 66).

Juli Zeh mischt sich ein, weil sie die privilegierte Möglichkeit hat, in Zeitungen zu veröffentlichen und in Interviews ihre Meinung zu sagen: „Ich bin in der luxuriösen Situation, eine Art Plattform für Ansichten zu haben, und die nutze ich“ (Zeh 2008 im Interview: 53).

Das politische Engagement der Autoren zeigt sich sowohl in ihrer eigentlichen literarischen Arbeit als auch in ihren öffentlichen Interventionen. Schriftsteller thematisieren heute Probleme und Missstände, die von der Politik tabuisiert und in den großen Medien nicht genügend diskutiert, im Extremfall sogar ganz verschwiegen werden. Die Art und Weise wie sie dies tun, ist jedoch sehr unterschiedlich. Den einen Pol bildet ein Ulrich Peltzer,

der die Frage nach den politischen Veränderungsmöglichkeiten unter den gegenwärtigen Herrschaftsbedingungen in Romanform selber stellt. Am anderen Pol stehen politische Kampfschriften, die vom literarischen Können ihrer Autoren profitieren. Die neueren Arbeiten eines Dietmar Dath, Robert Menasse oder Raul Zelik zeigen zudem eindrucksvoll, dass momentan inmitten der deutschsprachigen Literatur eine regelrechte Ideenwerkstatt für konkrete Utopien entsteht: sprachlich überzeugend, sachkundig und politisch richtungsweisend.

WER SIE SIND – BEISPIELE ENGAGIERTER AUTOREN

Ulrich Peltzer

Der 1956 in Krefeld geborene Schriftsteller Ulrich Peltzer stellt mit literarischen Mitteln die Frage nach der Veränderbarkeit der Welt unter den Bedingungen des High-Tech-Kapitalismus. Die Figuren seines Romans *Teil der Lösung* (2007) experimentieren mit Möglichkeiten politischen Handelns angesichts flächendeckender Überwachung in den heutigen Metropolen.

Christian, die männliche Hauptfigur seines neuen Romans, schlägt sich mäßig erfolgreich als freier Journalist mit Gelegenheitsarbeiten durch. Der unbehaarte Mittdreißiger arbeitet an einer Story über ehemalige Mitglieder der Roten Brigaden, die sich in Frankreich eine bürgerliche Existenz aufgebaut haben und nun durch Auslieferungsbemühungen der rechtsgerichteten italienischen Regierung unerwartet bedroht werden. Er verliebt sich in die viel jüngere linke Studentin Nele, die an einer Magisterarbeit über Jean Paul sitzt, ohne Christians Wissen aber auch in einer militanten Gruppe aktiv ist. Bislang haben sie Fahrscheinautomaten verklebt, Überwachungskameras beschädigt und Autos in Brand gesteckt. Doch sind symbolische Sachbeschädigungen das richtige Mittel, um einschneidende Veränderungen zu bewirken? Während die Protagonisten des Widerstands über die Frage streiten, wie oppositionelle Kräfte gebündelt, auf welche Weise Protestaktionen reale Wirkung erzielen können, versuchen Staatsschutz und Bundeskriminalamt den politischen Untergrund durch V-Leute, Informanten und alle zur Verfügung stehenden Überwachungstechniken in ihrem Sinne zu steuern. Sie stacheln an zur Gewalt, um im entscheidenden Moment zugreifen zu können. Die parallel erzählten Handlungen des Journalisten, der Liebenden, der Akteure des Untergrunds und der staatlichen Instanzen erzeugen eine bis zur letzten Zeile andauernde Spannung. Die Darstellung der Berliner Schauplätze stimmt noch im kleinsten Detail. Auf Peltzers eher beiläufig eingestreute Schilderungen popkultureller Bildungserlebnisse hätte in den vergangenen Jahren manch ein Popliterat seine gesamte Karriere aufbauen können. Dabei reicht seine an filmische Montagetechniken erinnernde Erzählweise an die Arbeiten von Alfred Döblin oder Wolfgang Koeppen heran. Peltzer wird den sozialen Veränderungen in der urbanen Welt, ihren

Prozessen der Gentrifizierung und den sich vervielfältigenden Milieus mit den perspektivischen Mitteln des modernen Romans auch formal gerecht.

Erasmus Schöfer

Als Ende 2008 der Roman *Winterdämmerung* des 1931 in Altlandsberg bei Berlin geborenen Schriftstellers Erasmus Schöfer erschien, wollte in Deutschland zunächst kaum jemand Notiz davon nehmen. Nach wie vor gehört Schöfer zu den großen Unbekannten unter den Romanciers seines Landes. Die ersten Rezensionen erschienen in kleinen linken Zeitungen. Dabei handelt es sich beim abschließenden Teil des vierbändigen Romanzyklus *Die Kinder des Sisyfos* um ein bedeutendes Stück engagierter Literatur. Erfolgreiche jüngere Autoren wie Ilija Trojanow und Dietmar Dath schätzen die Tetralogie sehr. Von einer Fortsetzung der *Ästhetik des Widerstands* ist zuweilen die Rede. Der 2000 Seiten starke Roman erzählte die Geschichte der westdeutschen Linken von 1968 bis 1990 entlang ausgewählter Stationen und fiktiver Biografien. Dabei versucht er die Motive der damals aufbrechenden Menschen, ihre Impulse und moralische Empörung so festzuhalten, wie sie damals von ihnen empfunden wurden. Ein Reporter, ein Historiker, eine Schauspielerin und ein Werkzeugmacher sind die Hauptfiguren. Im Mittelpunkt von *Winterdämmerung* stehen die Massenproteste der Friedensbewegung gegen die atomare Aufrüstung, der Kampf für die 35-Stunden-Woche und der Widerstand gegen die Schließung der Rheinhausener Stahlhütte. Die realistische Darstellung der Arbeitswelt seiner Akteure, ist Schöfer dabei ebenso wichtig, wie die lebendige Schilderung ihrer politischen Auseinandersetzungen.

Seinen Stoff hat Schöfer als Journalist, Künstler und als politischer Aktivist selbst mitgeformt. Seine Szenerien sind authentisch, die Diskussionen realitätsnah, die Konflikte glaubwürdig geschildert. Obwohl Schöfers Figuren scheitern, gelingt es ihnen, den utopischen Funken immer wieder neu zu entfachen, sich gegenseitig aufzurichten. Als der Staatssozialismus zusammenbricht, entdeckt Bliss, eine zentrale Figur des Romans, gemeinsam mit seiner Enkelin in der anarchistischen Kommune Kaufungen bei aller Skepsis des marxistisch geschulten Historikers den realutopischen Vorschein einer solidarischen Gemeinschaftsform.

Robert Menasse

Die politischen Interventionen des 1954 in Wien geborenen Schriftstellers Robert Menasse sind von dem Gedanken geleitet, dass es nach Auschwitz nie wieder möglich sein dürfe, „dass man wie ein Rädchen in der Maschine funktioniert, wenn man sieht, dass gesellschaftlich alles den Bach runtergeht“. Seine Frankfurter Poetikvorlesungen *Die Zerstörung der Welt als Wille und Vorstellung* (2006) sind eine fulminante Kampfansage an die Ad-

resse neoliberaler Ideologie und den fortschreitenden Demokratieabbau im europäischen Einigungsprozess.

Dem konformistischen Mainstream-Journalismus unserer Tage wirft er ein Versagen auf ganzer Linie vor, da er nicht zu analysieren vermöge, dass staatliche Sozialkürzungen nur deshalb als „notwendig“ erscheinen, weil das Kapital seinen Anteil am Gemeinwohl nicht mehr leisten wolle.

Wo Konzerne von Steuern befreit, Sozialleistungen eingespart, Arbeitsdienste eingeführt, Freiheitsrechte eingeschränkt, durch das Feindbild islamischer Terrorismus gesellschaftliche Solidarität gestiftet, demokratische Errungenschaften der Nationalstaaten im Europa des Lissaboner Vertrags abgebaut und Rüstungsmaßnahmen legitimiert werden, erkennt Menasse eine Tendenz des neoliberalen Kapitalismus, die westlichen Gesellschaften auf eine neue Weise zu faschisieren. Mit dem Rückbau des Sozialstaats und der bürgerlichen Freiheiten sieht er heute die Bedingungen dafür hergestellt. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 sieht Menasse alle zuvor bekannten Widersprüche des Westens in der totalitären Idee von „unserer Zivilisation“ verschwinden, „die mit aller Gewalt verteidigt werden müsse.“ Die Literatur habe dagegen die Aufgabe, sich für „die Befreiung von der Diktatur eines befreiten Kapitals“ einzusetzen.

Dietmar Dath

Der 1970 geborene Schriftsteller, Übersetzer und Journalist Dietmar Dath ist womöglich der derzeit meist zitierte deutschsprachige Gegenwartsautor im hiesigen Blätterwald. Dabei nimmt der überzeugte Marxist kein Blatt vor den Mund, wenn es um die Kritik des Kapitalismus und um die Möglichkeit seiner Überwindung geht. Neben einer kaum noch überschaubaren Anzahl ambitionierter Science-Fiction-Romane hat der Suhrkamp-Autor eine Reihe von Sachbüchern über Mathematik oder Phänomene der Popkultur geschrieben. Mit *Maschinenwinter* (2008) gelang ihm eine politische Kampfschrift, die bei alten und jungen Linken viel Zuspruch fand. Schon jetzt ist es ein wichtiger Bezugspunkt für Debatten quer durch alle Fraktionen der Linken. Er klärt auf, wie unvernünftig eine Welt organisiert ist, die angesichts hochentwickelter Produktivkräfte, nicht in der Lage ist, den kollektiv geschaffenen Reichtum gerecht zu verteilen. Der Sozialismus verlangt in seinen Augen keineswegs einen neuen Menschen. Vielmehr sieht Dath schon die heute lebenden Vertreter der Gattung als hinreichend vernunftbegabt und lernfähig an, um der Herrschaft des Kapitals selbst ein Ende zu setzen.

Dath geht es um die Entdeckung kollektiver Handlungsmächtigkeit in gemeinsamer Praxis, nicht um Glaubenssätze ideologischer Schulen. Wie man die Bewohner von Asylbewerberheimen schützt, militärische Propagandaschauen stört oder Konzerne beschämt, die ihre Gewinne durch moderne Sklavenarbeit erzielen, darauf könne man sich leicht verständigen. Um durchzuschlagen dürfe revolutionäre Politik aber auf pure Spontaneität

nicht bauen, sondern müsse sich organisieren, wie es die heutige Situation erfordert. Unverzichtbar bleibe die Freistellung politisch Hauptamtlicher, denn die Besitzlosen müssten ihren Zustand zwar selbst demokratisch aufheben, könnten das bestehende kapitalistische System aber nicht irgendwann nach Feierabend umwälzen.

Die künftige Internationale sieht er in der Pflicht nicht nur von den Erfolgen, sondern auch von den Fehlern derjenigen zu lernen, die sich an die Lehrsätze der Klassiker gehalten haben. „Beim nächsten Versuch sollte man sich darauf verstehen, die Sogwirkung des Weltmarkts, die Unmöglichkeit der Autarkie und andere rein ökonomische Faktoren ebensowenig zu missachten wie die Notwendigkeit, alles, was man unternimmt, schon in der Phase des Kampfes um demokratische Planung so demokratisch (und so geplant!) wie möglich anzugehen.“

Ilija Trojanow und Juli Zeh

Für die Schriftsteller Ilija Trojanow (geb. 1965) und Juli Zeh (geb. 1974) ist die tatsächliche Gefahr, die vom Terrorismus ausgeht, die Art wie unsere Gesellschaft auf ihn reagiert. In ihrer gemeinsam verfassten Kampfschrift *Angriff auf die Freiheit* (2009) beschreiben sie, wie sich demokratisch verfasste Gesellschaften seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 beinahe widerstandslos von ihren Regierungen in immer lückenloser überwachte Kontrollgesellschaften haben umbauen lassen. Rasterfahndung, biometrischer Reisepass, Telefonüberwachung und Online-Durchsuchung sind dafür einige der wichtigsten Stichworte.

Sie zeigen, wie die NATO nach dem Ende des Kalten Krieges ihr Feindbild auf amorphe, prinzipiell nicht fassbare Gegner umstellte. Dabei handele es sich nicht nur um „terroristische Netzwerke“, sondern auch um Einwanderer, Flüchtlinge, ölfördernde Eliten sowie hungrige Männer, die sich nicht mehr im Griff haben und aufständisch werden.

Knapp aber fundiert kritisieren Trojanow und Zeh den Gebrauch politischer Sprache. Sie zeigen, wie von interessierter politischer Seite systematisch Angst erzeugt wird, um die Akzeptanz von immer neuen Gesetzesverschärfungen und Repressionen vorzubereiten. Ausdrücke wie „Terrorverdächtiger“, „Gefährder“, „islamistische Zelle“, „radikaler Islamismus“ geben nicht die Realität wieder, sondern sind politische Behauptungen von ungeheurer ideologischer Durchschlagskraft. So hat sich die Verwendung des Begriffs „Terrorverdächtiger“ seit den Anschlägen auf das New Yorker World Trade Center ungeheuer vermehrt.

Der Schutz vor willkürlicher Verhaftung sei nach diesem Datum in den USA praktisch widerstandslos aufgegeben worden. Aus Grundrechten wurden Sicherheitslücken. Am Beispiel einer britischen Umweltorganisation zeigen die Autoren, wie die von den Regierungen und Medien benutzten Mechanismen der Angstmacherei schon heute mühelos vom Bereich des sogenann-

ten radikalen Islamismus auf friedliche Protestbewegungen übertragen werden.

Zuweilen werden Öko-Aktivist*innen als Terroristen eingestuft und Globalisierungskritiker*innen in Terror-Datenbanken geführt. In Deutschland geriet ein Stadtsoziologe unter Terrorverdacht, weil sich auch von ihm benutzte Fachbegriffe in den Schreiben einer mutmaßlich militanten Gruppe wiederfanden. In Großbritannien werden heute selbst Ordnungswidrigkeiten mit Hilfe von Ausnahmegesetzen verfolgt. *Angriff auf die Freiheit* ist ein politischer Gebrauchstext von schlichter Schönheit, ein Aufruf zur Verteidigung der Bürgerrechte.

Raul Zelik

Der 1968 in München geborene Romancier und Übersetzer Raul Zelik hat sich dem Thema staatlicher Gewalt aus ganz verschiedenen Perspektiven genähert: als Romanautor, Verfasser von Reportagen und als Politikwissenschaftler.

Einen Namen als Schriftsteller machte er sich mit den Romanen *La Negra* (2000) und *Bastard. Die Geschichte der Journalistin Lee* (2004). In seiner Reportage *Made in Venezuela* (2004) gibt er Innenansichten der bolivarianischen Revolution. Die Handlung seines Polit-Thrillers *Der bewaffnete Freund* (2007) spielt vor dem Hintergrund des baskischen Konflikts und ist zugleich eine Art literarisches Road-Movie durch den politischen Untergrund auf der Iberischen Halbinsel. Vor dem Hintergrund des baskischen Konflikts reflektieren Zeliks Protagonisten über Freundschaft, emotionale Nähe, die Kontinuität des Faschismus in Spanien, Staatsterrorismus, aber auch über die Problematik einer militarisierten Gegengewalt. Der Roman untersucht den politischen Terror beider Seiten mit erzählerischen Mitteln und stellt den Nationalismus der baskischen Befreiungsbewegung, aber auch die radikale linke Identitätskritik in Frage. Auf diese Weise fügt er der verfahrenen Gewaltdiskussion selten gehörte Zwischentöne hinzu. „Man kann im Baskenland sehen, wie in Europa Ausnahmestände etabliert sind. Man spricht dort davon, dass in den 30 Jahren seit dem Beginn der Demokratisierung etwa 7000 Menschen gefoltert worden sind. Bei drei Millionen Einwohnern ist das eine wahnsinnig hohe Zahl. Das kann in Europa passieren, ohne dass darüber gesprochen wird“ (Zelik 2007 im Interview: 45). Zeliks Reportagen und politische Analysen zeigen, dass der bürgerliche Staat kein verlässlicher Friedensgarant ist, sondern eine extreme Form organisierter Gewalt entfalten kann. Gemeinsam mit dem Ökonomen Elmar Altvater hat Zelik unter dem Titel *Die Vermessung der Utopie* (2009) einen Gegenentwurf zur kapitalistischen Wachstumsgesellschaft skizziert. Ihre wichtigste These lautet: Die gegenwärtige Finanzkrise, die globale Überproduktion, der Klimawandel und die wachsenden sozialen Gegensätze können nur durch eine radikale Transformation der Ökonomie bewältigt werden.

WAS SIE TUN KÖNNEN – EINE ART RESÜMEE

Emanzipatorische Politik ist heute in viele Facetten zersplittert. Waren Klassenkampf, Friedensfragen, die Befreiung von Schwulen und Lesben, Bildung, die Solidarität mit den Ländern des Südens, sexuelle Emanzipation, fortschrittliche Erziehung, Kunst und später auch die Ökologie in linken Entwürfen mehr oder weniger eng miteinander verbunden gewesen, befinden sich diese Zusammenhänge heute im Zustand fortschreitender Auflösung. Die Themen werden heute von Organisationen besetzt, die weit auseinander gerückt sind, nebeneinander existieren und zum Teil sogar entgegengesetzte Ziele verfolgen.

Die Literatur könnte eine Menge dazu beitragen, diese Felder neu miteinander zu verknüpfen. Sie hat die Chance, über festzementierte Gräben von Parteien, Organisationen und kleinen Politikerkreisen hinweg, an die gemeinsamen Themen und Aufgaben linken politischen Engagements zu erinnern: die Befreiung des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit und die Beendigung aller Verhältnisse, in der er ein geknechtetes und verächtliches Wesen ist.

ANMERKUNGEN

- 1 Der Aufsatz ist eine für diesen Band umgearbeitete Fassung der Einleitung meines Buches *Die Einmischer. Wie sich Schriftsteller heute engagieren*, das 2010 im Argument Verlag, Hamburg erschienen ist.
- 2 Ich folge an dieser Stelle Tilman Reitz (2009: 1004). Der Schriftsteller Thor Kunkel hat jüngst sogar den Versuch unternommen, die Gestalt des engagierten Autors für die Akzeptanzkampagne der Neuen Rechten in Deutschland umzudeuten. Statt gegen gesellschaftliche Missstände soll er künftig gegen die „Political Correctness“ kämpfen und für die Freiheit eintreten, „die Dinge anders zu sehen“ (Kunkel 2009). Kunkel ist Autor und Unterstützer der rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit*.
- 3 Ausgerechnet in der *Zeitschrift Marxistische Erneuerung* erntete Thea Dorn als „Feministin“ viel Lob von Christina Ujma (2007). Ganz im Banne ihrer „theoretischen Kenntnisse und Intellektualität“ war der Literaturwissenschaftlerin wohl entgangen, dass Dorns Forderungen nach gleichen Berufschancen, gleichen Lohn und mehr weiblichen Selbstbewusstsein an eine ultraliberale Programmatik gekoppelt sind. Ihre Unterstützung der Kanzlerkandidatin Angela Merkel im Bundestagswahlkampf 2004 ist keineswegs der frauenpolitische Ausrutscher einer Intellektuellen, die „eigentlich keinerlei konservative Neigungen hat“ (Ujma), sondern eine konsequente politische Intervention zugunsten einer Verschärfung neoliberaler Politik.

LITERATUR

- Dahn, Daniela et al. (2009): Für einen Abzug, in: Der Freitag, 8.9.2009.
- Dath, Dietmar (2008): Maschinenwinter. Wissen, Technik, Sozialismus. Eine Streitschrift, Frankfurt am Main.
- Dath, Dietmar (2009): Was soll Hamlet am Hindukusch?, in: Die Zeit, Nr. 42, 12.10.2009.
- Dath, Dietmar 2009 im Interview, in: Wagner (2010), S. 27-43.
- Dean, Martin R./Thomas Hettche/Matthias Politycki/Michael Schindhelm (2005): Was soll der Roman?, in: Die Zeit, Nr. 26, 23.6.2005.
- Dorn, Thea: Vulgärpazifismus, in: Die Zeit, Nr. 39, 17.9.2009.
- Dücker, Tanja (2007): Morgen nach Utopia, Berlin.
- Haug, Wolfgang Fritz (2009): Zur Frage nach der Gestalt des engagierten Intellektuellen, in: Das Argument 280, Hamburg.
- Herbst, Alban Nikolai (2009): „Ihr habt keinen Gott“, in: Wilfried F. Schoeller/Herbert Wiesner (Hg.), Widerstand des Textes, Berlin.
- Jäger, Michael (2009): Die Gefährdung der Intellektualität, in: Das Argument 280, Hamburg.
- Kehlmann, Daniel (2008): Der gute Mensch von Augsburg, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 167, 19./20.7.2008.
- Kunkel, Thor (2009): Schweigen ist Gold. Zwischenruf aus dem Reservat: Warum die Schriftsteller sich kaum mehr zu Wort melden, in: Junge Freiheit, Nr. 43, 16.10.2009.
- Menasse, Robert (2006): Die Zerstörung der Welt als Wille und Vorstellung, Frankfurt am Main.
- Menasse, Robert (2009): Permanente Revolution der Begriffe, Frankfurt am Main.
- Menasse, Robert 2008 im Interview, in: Wagner (2010), S. 77-85.
- Peltzer, Ulrich (2007): Teil der Lösung. Roman, Zürich.
- Reitz, Tilman (2009): They don't speak for us, in: Das Argument 280, Hamburg.
- Schöfer, Erasmus (2001 bis 2008): Die Kinder des Sisyfos. Roman, 4 Bände: Ein Frühling irrer Hoffnung/Zwielicht/Sonnenflucht/Winterdämmerung, Berlin.
- Schöfer, Erasmus 2009 im Interview, in: Wagner (2010), S. 104-112.
- Schorlau, Wolfgang (2006): Fremde Wasser. Kriminalroman, Köln.
- Schorlau, Wolfgang (2008): Brennende Kälte. Kriminalroman, Köln.
- Schulz, Tom (Hg.): (2009): alles außer Tiernahrung. Neue politische Gedichte, Berlin.
- Trojanow, Ilija 2008 im Interview, in: Wagner (2010), S. 62-76.
- Trojanow, Ilija/Juli Zeh (2009): Angriff auf die Freiheit. Sicherheitswahn, Überwachungsstaat und der Abbau bürgerlicher Rechte, München.
- Trojanow, Ilija/Ranjit Hoskoté (2007): Kampfabgabe. Kulturen bekämpfen sich nicht – sie fließen zusammen, München.

- Ujma, Christina (2007): Die Schriftstellerin Tanja Dücker und die Rolle der Politik in der jungen deutschen Literatur, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Jg. 18, H. 70 (Juni 2007).
- Wagner, Thomas (2007): Schöngest der Gegenauflärung, in: junge Welt, 5.12.2007.
- Wagner, Thomas (2008): Die Freiheit der Wölfe. Ein Netzwerk rechter Intellektueller ebnet dem erzreaktionären Dichter Nicolás Gómez Dávila in Deutschland den Weg in die Mitte der Gesellschaft, in: Der rechte Rand, Nr. 112 (Mai/Juni 2008).
- Wagner, Thomas (2010): Die Einmischer. Wie sich Schriftsteller heute engagieren, Hamburg
- Wildenhain, Michael 2009 im Interview, in: Wagner (2010), S. 113-121.
- Zeh, Juli 2008 im Interview, in: Wagner (2010), S. 53-61.
- Zelik, Raul (2000): La Negra. Roman, Hamburg.
- Zelik, Raul (2004): Bastard. Die Geschichte der Journalistin Lee, Berlin.
- Zelik, Raul (2004): Made in Venezuela. Notizen zur „bolivarianischen Revolution“. Reportage, Berlin.
- Zelik, Raul (2007): Der bewaffnete Freund. Roman, München.
- Zelik, Raul 2007 im Interview, in: Wagner (2010), S. 44-52.
- Zelik, Raul/Elmar Altvater (2009): Vermessung der Utopie. Ein Gespräch über Mythen des Kapitalismus und die kommende Gesellschaft, München.

Etwas fehlte – zur geistigen Situation einer Schülergeneration

BERTHOLD FRANKE

Anschauung und Begriffe machen also die Elemente aller unsrer Erkenntnis aus, so daß weder Begriffe, ohne ihnen auf einige Art korrespondierende Anschauung, noch Anschauung ohne Begriffe, ein Erkenntnis abgeben können.

IMMANUEL KANT

Er habe gerade die „Grundrisse“ noch einmal mit großem Gewinn gelesen und vor wenigen Tagen, so fügte der junge Forscher hinzu, habe er im Traum die Marx'sche Werttheorie tatsächlich total klar und verständlich in einer dreidimensionalen graphischen Darstellung gesehen, so plastisch, dass man es habe fast abmalen können. Und er sei jetzt gerade dabei, dies aus der Erinnerung nachzuholen, und eigentlich müsse man es computergestützt simulieren, aber dazu seien Rechner wie Software leider heute noch nicht leistungsfähig genug.

Es muss Mitte der Achtziger gewesen sein, als ich diese interessanten Schilderungen aus der Werkstatt eines begabten jungen Politologen vernahm, der über lange Jahre seine Existenz in den Dienst der ideologiekritischen Großaufgabe gestellt hatte. Schon damals fragte ich mich (nicht ihn und nicht laut), ob es ausreiche, auf eine neue Computergeneration zu hoffen, um eine zündende Aktualisierung der Politischen Ökonomie zu liefern, während die neueste Stufe des Kapitalismus gerade durch die von modernster Computertechnik in Gang gesetzte radikale Beschleunigung globaler Geldflüsse charakterisiert war, was vielleicht wichtiger zu begreifen sei als der letzte Kringel der Marx-Exegese.

Im ideologiekritischen Geschäft war auch ich tätig, als Student, später Doktorand bei Kurt Lenk. Dort lernten wir den Parcours der europäischen Politischen Theorie von Machiavelli bis Hegel kennen, enterten über die Drehscheibe des Vormärz den materialistisch-linkshegelianischen Geleitzug bis zur „Dialektik der Aufklärung“ und schärften dabei fortwährend unsere

Instrumente an allerlei Konservatismen von Adam Müller über Stahl, Vollgraf, dann weiter hinein in den Proto- und Präfaschismus bis hin zur hohen Schule der funktional-genetischen Kritik jenes Generalsyndroms „Rechts“ mit seinen Verästelungen und Affiliationen von Hobbes bis zur Konservativen Revolution, von Spengler bis zur „Jungen Welt“. Das war ein gutes Curriculum und wir hatten einen großartigen Lehrer, dem man seine Leidenschaft für die Sache abnahm und dessen undogmatisch-polyzentrische Methode im Urmoment des Kritischen begründet war und dort auch immer wieder mündete.

Eine entscheidende Rolle spielte hierbei die Technik mimetischer Anverwandlung an den zu kritisierenden Gegenstand. Originalton Lenk: „Man muss dabei so denken wie Carl Schmitt, eigentlich momenthaft ganz Carl Schmitt sein, um ihn dann von innen knacken zu können.“ Schmitt war die Meisterklasse, wohl der intelligenteste Faschist, das Edelwild unter den Trophäen der ideologiekritischen Jagd, dem wieder und wieder mit theoretischen Präzisionswaffen hinterhergespürt wurde; einem Houston St. Chamberlain oder gar einem Goebbels wurde solche Ehre nicht zuteil, verfügten sie doch in nur geringem Maß über jene Differenziertheit, die sie einer ideologiekritischen Großoperation überhaupt würdig gemacht hätte.

Als fleißiger Arbeiter im Weinberg der Ideologiekritik sah man sich dergestalt mit kleineren oder größeren Beiträgen zu einem Werk befasst, das im vorgestellten Gesamt einer der defizienten Wirklichkeit gegenüber aufgebauten, diese aber im Modus der Kritik zugleich einbegreifenden und übersteigenden kritischen Wissenschaft mündete, ohne welche schließlich eine bessere Welt (um nichts Geringeres sollte es natürlich gehen) nicht denkbar sei. Interessanterweise wurde über eine Hauptvoraussetzung dieses Großprojekts eigentlich nicht oder kaum je reflektiert, nämlich die Tatsache, dass der Gegenstand der ganzen Bemühungen vor allem Texte waren. Ideologie war materialiter nur greifbar als Text (also, wenn man so will, als „Geist“), waren Bücher und Aufsätze, denen man durch kritische Analyse ihre in Buchstaben abgebildeten impliziten ideologischen Gehalte abgewinnen musste. Dabei bekam man es mit unterschiedlichen Gewichtsklassen (ganz im erwähnten Schema von Chamberlain bis Schmitt) zu tun – je feiner, desto besser. Abgesehen hatte man es aber irgendwie schon auf die Wirklichkeit, eine Wirklichkeit, deren Erkenntnis sich vorab und prinzipiell über Texte und Ideen erschloss, Texte und Ideen, die sowohl die ideologisch verdrehte Realität als auch die Codes zu deren kritischer Entschlüsselung beinhalten sollten.

Urtext für diesen Ansatz war das berühmte Fetisch-Kapitel im ersten Band des „Kapital“ mit seiner Aufdeckung und methodologischen Kanonisierung des Mechanismus entfremdeten Bewusstseins. Entscheidende Pointe des Marx'schen Projekts war ja, dass hierauf aufbauend die Kritik des Kapitalismus eben nicht aus der Empirie, sondern als Kritik der Politischen Ökonomie gewonnen worden war, d.h. vor allem aus der Kritik der großen theoretischen Texte der liberalen Klassiker. Dabei war Marx selbst ja ein Empi-

riker ersten Ranges gewesen. Aber es ist wohl keine große Übertreibung, dass wir, die wir uns als Ururenkel seiner ideologiekritischen Schule verstanden, meinten, auf eigene empirische Sondierungen erstmal verzichten zu können. Festzuhalten bleibt in jedem Fall ein mehr als auffälliges Desinteresse an der frischen Erfassung der Wirklichkeit. Etwas fehlte – wie kam es dazu?¹

Zunächst einmal war man natürlich auf derlei Rückfragen vorbereitet, denn man hatte ja den „Positivismusstreit“ (vgl. Adorno u.a. 1972) gelesen. In einem die Differenziertheit der Argumentation der dort zu lesenden Adorno und Habermas kaum berührenden Schnellverfahren wurde diesem Band eine Art Freibrief für die Denunziation der empirischen Sozialforschung als „naiver Empirismus“ und „Fliegenbeinzählerei“ entnommen und in Form eines Verdikts pauschaliert auf alles, was nicht dem ideologiekritischen Grundansatz gehorchte, angewendet – von den Empirikern der Kölner Schule der Soziologie bis zu den Anti-Platonikern Popper und Dahrendorf, deren Plädoyers für eine „offene Gesellschaft“ als spätbürgerliche Phänomene einer mit dem Narkotikum der „repressiven Toleranz“ (Herbert Marcuse) operierenden liberalen Ideologie entlarvt wurden.²

Nur wenig später wurde auf ähnlich flachem Niveau mit dem Funktionalismus umgesprungen (bis dieser dann in seiner Luhmann'schen Prägung erst Ende der 80er Jahre Mode wurde). Und den Urvater einer empirisch orientierten und zugleich theoretisch-begrifflich operierenden Soziologie, Max Weber, hatte man schon zuvor anhand einer oberflächlichen Kritik seines Wertfreiheitspostulats abgewickelt und dem Positivismus zugeordnet, hierin ein voll ausgebildetes theoretisches Vorurteil der älteren Frankfurter Schule übernehmend, mit dem erst Jürgen Habermas, inspiriert von der amerikanischen Weber-Rezeption, in seiner „Theorie des kommunikativen Handelns“ Anfang der 80er Jahre endgültig aufräumte (vgl. hierzu die noch ganz von Max Horkheimers Weber-Verdikt inspirierten Kapitel in Lenk 1986: 24-32). Weitere Munition boten die Aporien der „klassischen“ Wissenssoziologie Mannheim'scher Prägung, deren „relationalistischer“ Bezug auf die „freischwebende Intelligenz“ auf gut ideologiekritische Art mit dem schlagenden Gegenbild des „erkenntnisleitenden Interesses“ gekontert wurde. Dieser dem Habermas-Bestseller „Erkenntnis und Interesse“ entnommene Begriff wurde (zusammen mit Versatzstücken aus seinem Aufsatz „Technik und Wissenschaft als Ideologie“) zu einer Art Kompaktkanon schnellster Empirismus-Kritik, den man ein ums andere Mal guten Gewissens einer auf frische Erfahrung gehenden empirischen Sozialwissenschaft entgegenstellen konnte.

Am Stichwort Mannheim und Kritik der Wissenssoziologie lässt sich zeigen, worum es geht: War nicht unsere Position geradezu ein Beleg für die „Seinsgebundenheit“ der Produktion einer ziemlich „freischwebenden Intelligenz“, deren „relationalistische“ Dekonstruktion einigen Gewinn im Sinne einer redlichen generationellen Selbstaufklärung versprochen hätte? Um Missverständnisse zu vermeiden: Nicht um die Verurteilung der genannten

Positionen, etwa von Habermas, Marcuse und anderen geht es, sondern um deren vorschnellen, abgekürzten Gebrauch zum Schutz eigener Blindstellen, der auf mehr verweist als bloße theoretische Faulheit. Dieser augenfällige Verzicht auf eigene Anschauung der Wirklichkeit ist erklärungsbedürftig.

Den Vorwurf des Wirklichkeitsverlustes hätte man damals natürlich mit aller Macht zurückgewiesen. Die Wirklichkeit – im Sinne einer theorierelevanten Realität – hätten wir sofort benannt, etwa im Vokabular der Debatten des Soziologentags von 1968 unter dem Titel „Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft“ (ein weiterer Habermas-Band jener Jahre hieß „Legitimitätsprobleme des Spätkapitalismus“). Nur beschäftigte uns wirklich der Spätkapitalismus oder nahmen wir ihn nicht eher als bequeme Abkürzungschiffre für eine Jetztzeit, die wir aus einer ganz anderen Perspektive anschauten? Es ist hier tatsächlich ein Wirklichkeitsbezug „second hand“ zu konstatieren oder, wie es Karl Schlögel für seine Generation konstatiert, eine starke Schiefelage intellektuell-theoretischer Weltsicht in Gestalt eines gravierenden Mangels an „Anschauung“.

„Meine Generation ist mit der Konjunktion von „Erkenntnis und Interesse“ (Jürgen Habermas) aufgewachsen. Sie ist damit nicht schlecht gefahren, und sie wäre damit noch besser gefahren, wenn sie die Erkenntnis etwas mehr im Sinne Immanuel Kants – keinen Begriff ohne Anschauung, keine Anschauung ohne Begriff – verstanden hätte. [...] Aber in der vulgären Fassung der Kritischen Theorie, die Schule gemacht hat, war die Erkenntnis der Feind der Anschauung. Das hatte Folgen. Die Sinne wurden unter Verdacht gestellt“ (Schlögel 2007: 269).

Hier spricht ein 68er. Immerhin hatte dessen Generation (wenngleich nur wenig älter als wir) eine klare Anschauung gehabt: die autoritären Familien und Institutionen, den kulturellen Muff und den restaurativen Grundzug der Adenauer-Ära. Doch dieser politikkulturelle und ideologische Komplex war seit Mitte der 60er in einem Akt zugleich theoretischer und praktischer Rebellion zum Einsturz gebracht worden. Zehn bis 15 Jahre später, nach Woodstock, der „kleinen Koalition“ und Baader-Meinhof, war vieles aus diesem alten Repertoire zwar noch vorhanden, aber spätestens im vergeblichen Versuch einer „geistig-moralischen Wende“ durch die neue konservative Regierung Helmut Kohls zeigte sich, dass eine fundamentale kulturelle Rückwärtsrolle (im klassischen marxistischen Jargon: „die Reaktion“) nicht mehr möglich war. Solche ideologiepolitischen Projekte, so war bald klar, mussten am „Mittelmaß und Wahn“ (Hans Magnus Enzensberger) der bundesrepublikanischen Wirklichkeit jener Jahre zwangsläufig scheitern. Folglich war auch der gute alte „Schleier“ des „ideologischen Scheins“ längst zerrissen. Pünktlich zum Ende der sozialdemokratischen Reformära erschien Sloterdijks „Kritik der zynischen Vernunft“, deren genialer Witz eine ganze Generation des von nun an mit dem Chic der Affirmation spielenden Feuilletons vorwegnahm.

Als dann schließlich als eigentliche Haupttat der Kohl-Regierung flächendeckend das Privatfernsehen eingeführt wurde und nach klassischen Maßstäben der Ideologiekritik eigentlich die perfekten Produktionsbedingungen entfremdeten Bewusstseins geschaffen waren – eine Art Orwell'sche Dauerbeschallung im Bildzeitungsformat für jede Wohnstube – dauerte es nicht mehr lange, bis sich endgültig die Erkenntnis durchgesetzt hatte, dass die Annahme eines universellen „Verblendungszusammenhangs“, wie sie aus Adornos Theorie einer vergesellschafteten Kultur herkam, an der Wirklichkeit so vorbeiging wie die Unterstellung eines faschistischen Kerns der Bundesrepublik, die ja in den Köpfen einer nicht ganz kleinen Minderheit tatsächlich verblendeter Vertreter der jungen, gut ausgebildeten Generation noch lange weiterspukete.

Zu dieser Zeit, in der maoistische K-Gruppen über den rechten Weg (China oder Albanien?!) stritten und sogenannte (und wie sich später herausstellte: von der Stasi finanzierte) „gewerkschaftlich orientierte“ Studentenverbände wie der MSB Spartakus studentische Wahlen fälschten, hatte man es längst mit einer gesellschaftlich wie ideologisch fragmentierten Gesamtlage zu tun, die sich nicht mehr auf einen in marxistischer Tradition etwa über Produktionsverhältnisse interpretierbaren gemeinsamen Nenner bringen ließ. Damit war nicht nur ein gesamtgesellschaftlicher ideologischer Verdeckungskomplex, sondern auch ein soziologisch fassbarer Gegner verloren gegangen. Und die sozialcharakterologische Inkarnation dieses verlorenen Zusammenhangs, der über seine Verlustängste radikalisierte Kleinbürger, Untertan und ewige Spießler, hatte seinen vorerst letzten Auftritt in der Gestalt des „Fernsehekels“ Alfred Tetzlaff gefunden, der schon seit der Erstaussstrahlung in den späten 70er Jahren seine alte Rolle als Gottseibeius jeder emanzipatorischer Linken vertauscht hatte mit der eines nostalgisch-ironischen Zitats, über das man sich bei jeder neuen Ausstrahlung klassenübergreifend die kulturelle Distanz zum alten Deutschland – oder sagen wir zum Deutschland vor der „Spiegel-Affäre“ – vor Augen führen konnte.

Die eigene Anschauung der Wirklichkeit jener spätsiebziger und achtziger Jahre hätte ja wohl – Hand aufs Herz! – nicht weniger ans Licht gebracht als eine auch nach dem Radikalenerlass und Stammheim immer noch ziemlich liberale, mittlerweile auch im demokratischen Machtwechsel geübte zivile Gesellschaft, mit erstaunlichem Wohlstands- und Wohlfahrtsniveau und einem (im Vergleich zu heute) recht offenen und dynamischen Bildungssystem. Natürlich, die 68 anvisierte Revolution hatte nicht stattgefunden, dafür aber die Kommune 1, und in einer Kultur, die neben Bildzeitung und Schulmädchen-Report auch vom Massenerfolg des Suhrkamp-Verlags geprägt war, brauchte man sich ebenso wenig mit Emigrationsgedanken zu tragen wie in einem kalten Krieg, in dem erhebliche Anteile der jungen männlichen Jahrgänge den Kriegsdienst verweigern konnten.

Das hier geschilderte Syndrom eines generationellen Wirklichkeitsverlustes führte bei damaligen linken und linksextremen Splittergruppen (wie von Gerd Koenen (2001) eindrucksvoll rekonstruiert) zu einer bemerkens-

werten Verlegung des politischen Engagements in von Südostasien bis nach Mittelamerika weitestmöglich entfernte Weltregionen. Hier gab es noch Gut und Böse, klare Freund-Feind-Identifikation à la Carl Schmitt, in jedem Falle heroischere Szenarien als sie die sozialliberale Westrepublik zu bieten hatte. Und es ist wohl nicht nur essayistische Zuspitzung, wenn man den damaligen Versuch der RAF, in geradezu ironisch zu nennender Analogie zum „Kronjuristen des Dritten Reichs“ Politik zu machen, indem man versuchte, eine Art faschistischen Ausnahmezustand herbeizuschießen, als extremste Reaktion auf die objektive Harmlosigkeit der politischen Wirklichkeit jener Jahre charakterisiert.³ Wie dem auch sei: Selbst wer nicht in K-Gruppen oder dekapistischen Organisationen auf die Heilung seines politischen Narzissmus hoffte, sondern ganz einfach linksliberal emanzipatorisch optierte und vielleicht in den späten Schmidt-Jahren auf die grüne Alternative setzte, war, und darum geht es ja hier, auf eigentümliche Weise abgelenkt von der ihn umgebenden politisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit – bzw. wenn man es genauer betrachtet: fixiert auf etwas anderes.

Und das war ganz und gar nichts Fernliegendes, sondern die eigene deutsche Geschichte, der damals erst rund 30 Jahre zurückliegende Nationalsozialismus mit seiner – neben den realen Kontinuitäten – unheimlichen Fortwirkung im kollektiven Bewusstsein des westlichen Nachkriegsdeutschlands. Immerhin war spätestens nach dem Aufbrechen des großen Schweigens der 50er Jahre (aber eigentlich auch schon zuvor, seit den ersten wichtigen Analysen etwa von Eugen Kogon oder Alexander Mitscherlich) eine doppelte Kultur der Erinnerung zum vielleicht markantesten Charakteristikum der öffentlichen Debatte in der Bundesrepublik geworden. Immer wieder waren ja im hier thematisierten Zeitraum, etwa anhand der amerikanischen „Holocaust“-Fernsehproduktion, die zwei mächtigen Strebungen einerseits des Aufklärens, Bewusstmachens und Bearbeitens und andererseits des Verdrängens und Abwehrens der NS-Geschichte, die ja weit in jede Familie hineinragte (vgl. Welzer 2002), miteinander in Konflikt geraten – ein ziemlich besonderes, bis heute durch seine periodischen Höhepunkte („Historikerstreit“, Walser-Bubis-Debatte usw.) die politische Kultur des Landes prägendes Dauergefecht des „Schlussstrich“-Lagers mit den „Aufarbeitern“.

Und genau in diesem Geschäft sahen wir uns gefordert, hier wollten wir mitmischen. Aus der (wenn nicht ersten dann jedenfalls) „zweiten Schuld“ (Ralph Giordano) des Vergessens bezogen wir letztlich die Leidenschaft für unsere kritische Identifikation. Etwas überspitzt darf man sagen, dass, wo nicht der Faschismus selbst, dann doch die Potenzialität seiner jederzeitigen Wiederkehr (siehe Bertolt Brechts „Der Schoß ist furchtbar noch...“) unsere Wirklichkeit war. Für unseren Lehrer Lenk wie für den berühmtesten seines 1929er-Jahrgangs, Jürgen Habermas, war der Nationalsozialismus unmittelbar prägendes persönliches Kindheits- und Jugenderlebnis gewesen – eine Erfahrung, die bei beiden Autoren bis in den letzten Winkel des Werks zu spüren ist. Aber für uns war dies Geschichte, d.h. Wirklichkeit ohne direkte eigene Anschauung, wenn man so will: Erfahrung eines historischen Dä-

mons, der gerade in seiner gespensterhaften Allgegenwart höchste moralische Gewichte ins Spiel brachte und erhebliche Aufforderungsimpulse zum eigenen Tun hergab.

Und so kommt es, dass selbst da, wo beispielsweise in den sogenannten neuen sozialen Bewegungen dieser Zeit Themen wie Nachrüstung oder Atomkraft die Agenda bestimmten, der eigentliche Antrieb durch den moralisierenden Hintergrund-Sound der Debatten und Aktionen jener Zeit „ausgeplaudert“ wird: Brokdorf, Startbahn West und Bonner Hofgarten wurden zum Schauplatz eines diffus antifaschistischen konnotierten Widerstandsspiels des emphatischen „Nie Wieder“, das mit größtem Ernst betrieben wurde. Ein Ernst, der wohl für die produktive Abwicklung einer geistig-politischen Pubertät Voraussetzung ist, den die meisten Kommilitonen aber in der damaligen unaufregenden Gesamtlage mit außergewöhnlich hohen Spielräumen für die Selbstrealisierung nicht fanden – und der folglich ideologiekritisch herbeigezaubert wurde.

Als Erklärung für dieses merkwürdige Stellvertreter-Phänomen ist mit Blick auf die 68er immer wieder die den Jüngeren über die Familien und ungeklärte Vater-Konstellationen zugefügte Kränkung angeführt worden, die in dem Wissen darum bestand, dass es den Deutschen nicht gelungen war, sich aus eigener Kraft vom Nationalsozialismus zu befreien. In der ständigen Wachsamkeit vor Affiliationen zum NS-Syndrom, einem Zustand, den man wohl nur als eine Art ideologiekritischen Daueralarm bezeichnen kann, lag wohl tatsächlich ein Versuch nachholenden Widerstands vor, der, im Blick auf seine psychodynamische Herkunft heute auch nicht mehr besonders rätselhaft erscheint. So wurde die Faschismusgefahr zu unserer stellvertretenden Wirklichkeit, die Fallhöhe des Themas ersetzte bei uns Nachgeborenen eine unmittelbare Zeitgenossenschaft. Und es gab genug zu tun: von Freyer bis Gehlen, von Konrad Lorenz bis Ernst Nolte bis hin zu Luhmann, dessen suggestiv-coole Engagements-Verweigerung ganz nach dem Muster der alten Positivismus-Kritik als gegen faschistische Vereinnahmung nicht immune Affirmation „entlarvt“ wurde. Unabhängig vom jeweiligen Ergebnis dieser Arbeiten ist festzuhalten: Es ging viel zu oft und viel zu sehr um das Pathos des Aufdeckens, die saubere Analyse kam nicht selten zu kurz.

Es war eben ein mächtiger moralischer Auftrag, den wir post-68er Baby-Boomer übernehmen wollten. In einer Welt der „neuen Unübersichtlichkeit“, auch der diffusen moralischen Gesamtlage, wollte man zu den Guten gehören. Das gelang nur durch Teilnahme an einem antifaschistischen Projekt, das bei Licht besehen, nicht mehr unser eigenes war. Natürlich existiert bis heute eine große Zahl weißer Flecken in der Faschismusforschung, vor allem für Historiker gibt es noch eine Menge zu tun. Als *theoretische Probleme* jedoch sind Faschismus und Nationalsozialismus durch die Generation der „29er“, nicht zuletzt durch Kurt Lenk, eigentlich erledigt und waren es recht verstanden auch schon in den späten 70ern. Auch die nächste Genera-

tion kritischer Carl-Schmitt-Exegese wird hieran nichts Grundlegendes ändern.

Nun ist mit diesem Befund einer generationellen Wirklichkeitsverschiebung ja nichts weltbewegend Schlimmes ausgesprochen. Vielleicht enthält er aber einen Hinweis auf einen wissenschaftslogisch und -historisch bedeutsamen Umstand. Es geht dabei um das jenseits aller generationen- und deutschlandspezifischen Prägung bestehende, auffällige Ungleichgewicht von Theorie und Anschauung, das sich in einem schier unaufhaltsam wachsenden Trend zur Themen- und Materialwahl im Sekundären ausdrückt. Die Frage lautet: Wie viel Theorie, wie viel Geist ist zu verstehen, um die Welt verstehen zu können? Wie viel Text, wie viel klassische Analyse ist durchzunehmen, bevor die Wirklichkeit in den Blick genommen wird?

Bemerkenswert war nämlich damals bereits die ständig zunehmende Tendenz zur empirischen Auszehrung der bedeutenden theoretischen Anstrengungen der Gegenwart. Wer kennt nicht das Unbehagen bei der Lektüre selbst der Besten ihres Fachs in Anbetracht des Übergewichts von Anteilen an Bearbeitung bereits vorliegender Theorie im Vergleich zur Analyse empirischer Phänomene, etwa bei Adorno und der erstaunlichen, ja eigentlich unzulässig schmalen empirischen Basis seiner „Ästhetischen Theorie“ (einer Arbeit eigentlich ohne Bezug etwa zur modernen bildenden Kunst!) oder bei Habermas' „Theorie des kommunikativen Handelns“ mit ihren im Verhältnis zum Gesamtvolumen eher kurz geratenen gegenwartsbezogenen Anteilen.

Zunächst haben wir es hierbei natürlich mit einem unausweichlichen Umstand zu tun: Als „Zwerg auf den Schultern von Riesen“ stehend (wie Robert K. Merton eine mittelalterliche Metaphorik aufnimmt), muss jeder jüngere Autor doch für jede neue Erkenntnis einen immer größer gewordenen Fundus an älterer Theorie durcharbeiten, um dieser schließlich etwas Neues hinzufügen zu können. Dieses wissenssoziologische Entropiegesetz lässt sich vielleicht als „Goldgräber-Theorem“ der Erkenntnis bildhaft beschreiben: Zum Gewinn eines Gramms „theoretischen Edelmetalls“ verlangt es mit jeder Generation wissenschaftlichen Fortschritts das Sieben und Auswaschen von mehr und mehr Tonnen „theoretischer Altmaterie“. Dies führt aber nicht nur zur viel beklagten Zunahme des stilistischen Unwesens der Fußnotenschwere vieler wissenschaftlicher Texte, sondern es betrifft schließlich die Wahl von Themen und Methode. Allenthalben beklagt wird die Zunahme von Sekundär- und Tertiärtexten in der sozial- und geisteswissenschaftlichen Produktion (à la „Der Soundso-Aspekt im Werk von Soundso unter Beachtung von Soundso...“) ohne wirklichen Neuigkeitswert. Dabei bleibt es doch bei der Verpflichtung jeder Theorie auf empirische Orientierung, darauf, um im Bild zu bleiben, neue Goldminen und -felder zu erschließen. Und so wenig dies ohne die Kenntnis der klassischen Texte gehen kann, so wenig wird es ohne einen scharfen Blick auf die Wirklichkeit gehen. Es gilt: Nichts ist praktischer als eine gute Theorie, aber diese kann dem Geist allein nicht abgewonnen werden.

Was fehlte in dieser Generation, lässt sich an den wenigen Autoren zeigen, die, begonnen beim großen Sammler Benjamin bis hin zu Karl Schlögel oder Wolfgang Schivelbusch, es sich mit Welt, wie sie ist, nicht einfach gemacht haben, sondern mit dem Werkzeug präziser Phänomenologie und theoretischer Zuspitzung zugleich analytische Tiefenschärfe aus dem Reichtum der Beobachtung gewinnen. Die Meister dieses Fachs waren im Feld der immer eher geistorientierten soziologischen Theorietradition Deutschlands zumeist Außenseiter, etwa Georg Simmel oder der „wunderliche Realist“ (Adorno) Siegfried Kracauer. Und sind nicht Adornos von genauester empirischer Anschauung getragenen „Minima Moralia“ eine faszinierendere Ethik, als jene, die der Verfasser der Spätwerke (analog zur „Negativen Dialektik“ oder der „Ästhetischen Theorie“), wäre er zur Durchführung des lange gehegten Plans einer „Ethik“ noch gekommen, wahrscheinlich vorgelegt hätte?

Solche Fragen muss sich stellen, wer heute neue Aufträge für die Ideologiekritik definiert. Was post-89, post-nine-eleven und post-Lehman-Bros ansteht, ist ja nichts Geringeres als eine Aktualisierung des Großprojekts der „Kritik der Politischen Ökonomie“ (vgl. Boltanski/Chiapello 2006). So selbstverständlich wie diese Kritik einen wichtigen Baustein in Form der Kritik des Neoliberalismus enthalten wird oder auch eine klassisch-ideologiekritische Analyse des Fetischs „Wachstum“ (in nahezu klassischer Wendung von Irenäus Eibl-Eibesfeld quasi-natürlich als „archaischer Positivwert“ beschrieben, vgl. Schäble 2010: 36-48), so dringend scheint sie etwa verwiesen auf eine präzise Analyse der Rekrutierungs- und Selbstbildstrategien junger Angehöriger der Beraterzunft oder auf eine soziodramatische Nahuntersuchung des täglichen Wahnsinns an den Börsen und in den „war-rooms“ der großen international spekulierenden Banken und Investment-Fonds. Solche dringend benötigte Studien hätten nicht nur den Vorteil einer auf Grund höherer Unterhaltsamkeit breiteren Wirkung, sondern wären sicher auch die besseren theoretische Texte. Gewiss, die wiederholte Lektüre der Klassiker hat uns, wie dem eingangs zitierten jungen Politologen, viel gegeben. Eine darauf aufbauende substanzielle Ideologiekritik, gewonnen an den Verhältnissen unserer Generation, sind wir gleichwohl schuldig geblieben - unseren Lehrern und uns selbst.

ANMERKUNGEN

- 1 Natürlich gilt dies nicht für alle und jeden; erlaubt sei allerdings eine Generalisierung für die Post-68er-Jahrgänge derjenigen jungen Sozialwissenschaftler, die es mit der Politischen Theorie ernst nahmen und sich damals einen Lehrer wie Kurt Lenk suchten.

- 2 Es geht hier nicht darum, ex post das Modell der offenen Gesellschaft zum demokratietheoretischen Stein der Weisen zu erklären, sondern die Strategien der Abwehr zu rekapitulieren.
- 3 Dazu passt sehr gut die in der gleichen Zeit grassierende Selbstverwirklichungs- und Psycho-Welle, jener subjektive Erfahrungshunger einer politisch eher unspektakulären Zeit. Vgl. hierzu: Rutschky 1982.

LITERATUR

- Adorno, Theodor W. u.a. (1972): *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*, Darmstadt und Neuwied.
- Koenen, Gerd (2001): *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-197*, Köln.
- Lenk, Kurt (1986): *Marx in der Wissenssoziologie, Studien zur Rezeption der Marxschen Ideologiekritik*, Lüneburg.
- Rutschky, Michael (1982): *Erfahrungshunger. Ein Essay über die 70er Jahre*, Frankfurt am Main.
- Schäble, Gunter (2010): *CO₂-Zwerge oder Mensch im Klima*, in: *Merkur*, H. 728, S. 36-48.
- Schlögel, Karl (2007): *Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik*, München.
- Welzer, Harald/Sabine Moller/Karoline Tschugnall (2002): *„Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*, Frankfurt am Main.

Von den großen Mobilisierungsideologien zur ideologischen Verdeckung

Reflexionen zu einer Diskussion zu Ehren von
Kurt Lenk¹

KARL-SIEGBERT REHBERG

VORBEMERKUNG

Meine Anmerkungen zu einem Bedeutungswechsel von Ideologien in unserer Zeit gehen von einer Diskussion aus, die ich in dem Kolloquium zum 80. Geburtstag Kurt Lenks mit Wolfgang Fritz Haug geführt habe, der (erstaunt) zahlreiche Übereinstimmungen zwischen uns bemerkte und dessen Überlegungen ich an der einen oder anderen Stelle in den von mir verfassten Text einfließen lasse. Henrike Otten hatte für die Veranstalter die Frage aufgeworfen, was man heute unter dem Begriff „Ideologie“ verstehen könne und welche anderen Kategorien der Gesellschaftskritik diesen, sei es ergänzen, sei es ersetzen könnten. Dabei zitierte er eine Formulierung Kurt Lenks aus dessen Einleitung in seinem viel gelesenen Sammelband *Ideologie*.

„Die Tatsache der Verwurzelung des gegenständlichen Bewußtseins in praktischen Lebenszusammenhängen drängt eo ipso zu einer Analyse dieser gesellschaftlichen Beziehungen, die durch ungleiche Machtverteilungen gekennzeichnet sind“ (Lenk 1972: 23).

Wenn diese Formulierung auch auf die Debatte um die französische Aufklärungs-These vom „Priesterbetrug“ zielte, drückt sich darin doch ein Grundprinzip seiner Wissensanalysen aus, nämlich Machtbeziehungen immer mitzudenken.

I. IDEOLOGIEKRITIK UND WISSENSSOZIOLOGIE

Mit dem Ideologiebegriff, dessen Genese Kurt Lenk (1971) seit Francis Bacon nachgezeichnet hat, wobei ihm das Werk von Karl Marx den Leitfaden lieferte, ist das Gedankenmodell des „falschen Bewusstseins“ in die Alltagssprache eingegangen. Immer klingt eine abwertende Distanz zur interessengeleiteten Meinung *Anderer* mit, obwohl der Begriff in der Wissenssoziologie methodisch von dieser Einseitigkeit befreit wurde. Seit Max Schelers (1924) Einführung dieser neuen soziologischen Sichtweise und insbesondere durch das Grundlegungswerk von Karl Mannheim (1959) geht es der soziologischen Analyse des Wissens um die Verortung von Wissensformen in ihrer jeweiligen „Seinsverbundenheit“. Das meint keine Determinierung, sondern die Beschreibung eines Kontextes, aus dem heraus Denkstile und Kategorien der Welterfassung sich ergeben können. Dass neben dieser Analyse von sozialen Prägungen auch das Phänomen einer ideologischen Bereitschaft zur Selbstbindung liegen kann, wie das für alle auf Gemeinschaft zielenden sozialen Bewegungen charakteristisch sein mag, merkte Haug an, indem er bedauerte, dass die Politologie diesen Aspekt der ideologischen Formierung, etwa mit Blick auf den Faschismus, zumeist ignoriert habe.

Die wissenssoziologische Verwendung des Begriffs „Ideologie“, gleichermaßen aufklärerisch wirken sollend, steht im Kontrast zu einer „Ideologiekritik“, welche an die Vorstellung einer geschichtsphilosophischen Verortbarkeit des Denkens geknüpft ist. Nur wenn die Geschichte sich teleologisch nach rekonstruktiven oder vorhersehbaren Entwicklungsstadien ordnen lässt, kann „falsches“ vom „richtigen“ Bewusstsein bündig unterschieden werden. Und doch ist mit dem wissenssoziologischen Programm nicht das Ende der Ideologien und vor allem: des Ideologischen behauptet, lediglich Vorsicht angemeldet gegenüber jeder Wissenskritik, die immer schon weiß, was „objektiv“ die Stunde geschlagen hat.

Das wissenssoziologische Projekt einer Verankerung in Interessenlagen und Denkgewohnheiten war von Anfang an umstritten. So forderte Mannheims Entwurf nicht nur konservativ eingestimmte Kulturkritiker, wie etwa den Romanisten Ernst Robert Curtius, einen wichtigen Vermittler zwischen deutscher und französischer Geisteskultur, heraus. Der hatte sofort nach dem Erscheinen von *Ideologie und Utopie* (Mannheim 1995) im Jahre 1929 darin eine gefährliche und die gesellschaftlichen Konflikte anstachelnde Wertrelativierung gesehen, die er der Soziologie insgesamt anlastete. Es war dies ein „antisozziologisches“ Motiv (Rehberg 2010b), das sich aus französischen Erfahrungen in der Dritten Republik speiste. Curtius dachte an den Kampf um die Etablierung dieses Faches durch Émile Durkheim und die Schubkraft dieses Streites im Kontext der die französische Gesellschaft spaltenden Dreyfus-Affäre (vgl. Curtius 1982 sowie zum historischen Umfeld: Lepenies 1985: bes. 49-102). Allerdings gab es an Mannheims Forschungsprogramm schärfere Kritiken vielleicht sogar von links. Holzschnittartig hat das 1931 beispielsweise Karl August Wittfogel von marxis-

tischer Seite durchgeführt. Scharf kritisierte er den bürgerlichen „Krypto-Marxismus“ (bei Max Weber oder Ernst Troeltsch), den „Pseudosozialismus“ von Ferdinand Tönnies und sah in Max Scheler sogar einen „offenen Feind“ der Marxschen Theorie. Mannheim wirft er ungeschichtliche Abstraktionen vor, da dieser Marx überhaupt nicht verstanden habe. Es gehe ihm wie der SPD, die ebenfalls durch Verbürgerlichung die Kraft verloren habe, marxistisch zu denken: „Das Ende [...] ist – notwendigerweise – *die feige Flucht vor dem Marxismus [...], schließlich das Absinken in den Kulturfaschismus*“ (Wittfogel 1982: 611).

Weniger grobschlächtig, aber ebenso entschieden wurde Mannheim von den Denkern der „Frankfurter Schule“ kritisiert. Herbert Marcuse (1982) hatte ebenfalls bereits 1929 das Mannheimsche Buch rezensiert und eine zutreffende Inhaltsangabe gegeben. Vorzuwerfen sei dem Autor vor allem, dass er unvergleichbare Ideengebäude nur in eine formale Beziehung zueinander setze. Dagegen sei in Erinnerung zu rufen: „wahr oder falsch ist im Bereich der Geschichte nicht nur ein Bewußtsein, ein Denken, eine Theorie, sondern auch eine konkrete Situation und ihre Lebensordnung *selbst*“ (ebd.: 469).

Entschiedener wandte Max Horkheimer (1982) sich 1930 gegen den Mannheimschen Entwurf der Wissenssoziologie als einer „überparteilichen ‚soziologischen Geistesgeschichte‘“. Diese Ideologiekonzeption widerspreche in allem dem Marxschen Ansatz, der „Philosophie in positive Wissenschaft und Praxis verwandeln“ wollte. Mannheim sei eher durch die Kulturphilosophie Wilhelm Diltheys und dessen „individualistische Denkart“ geprägt. Diesen Entwurf der „Geisteswissenschaften“ nur sehr verkürzt wiedergebend, verschwieg Horkheimer (ebd.: 479-481) etwa, dass Dilthey nicht von irgendeinem subjektiv-erlebnishaften, intuitiven Verstehen ausging, sondern vielmehr von „Systemen der Kultur“. Zusammenfassend formulierte das Frankfurter Schulhaupt, dass sich die Wissenssoziologie zwar „marxistischer Denkmittel“ bedient habe, jedoch:

„Wo es Marx darauf ankam, wirkliche Erkenntnisse vom verklärenden Schein der Ideologie abzuheben, läuft bei Mannheim alles auf die Gegensätze von endlicher und unendlicher Wahrheit hinaus“ (ebd.: 495).

Noch zugespitzter kritisierte Theodor W. Adorno 1937 in seinem, allerdings erst 1953 erschienenen, Aufsatz *Das Bewußtsein der Wissenssoziologie* (Adorno 1977) die Mannheimsche Position als „harmlose Skepsis“. Dessen Kategorien – etwa sein Elitebegriff – erwiesen sich als bloße „Phrasen“, denn die formal-soziologisch bleibenden Kategorien zeigten nichts von der für dieses Thema gerade entscheidenden Machtverteilung. Überdies trage Mannheims „Gerede von der Kulturkrise“ und der „mangelnden Homogenität der Eliten“ dazu bei, deren „Einigkeit im Entscheidenden“ zu verdecken. Adorno geht sogar so weit, Mannheims soziale Selektionsprinzipien (Blut, Besitz, Leistung) in die Nähe „zum faschistischen Neuadel aus Blut und

Boden“ zu rücken. Vielleicht habe nur sein „Kulturpessimismus“ ihn von den Nazis entfernt (was die Vertreibung Mannheims aus Deutschland durch eben diese merkwürdigerweise verschweigt, und dies von einem Autor, der selbst 1933 ins Exil gehen musste). Durchweg sieht Adorno in Mannheims Ansatz den „Schulfall einer falschen Generalisierung“. Wissenssoziologie erweise sich – wenigstens vom Projekt einer kritischen Gesellschaftstheorie aus gesehen – als Verfallsprodukt. Etwas geschmacklos einem Flüchtling vor den Nazis gegenüber schließt Adorno seine Kritik: „Die Wissenssoziologie richtet der obdachlosen Intelligenz Schulungslager [!] ein, in denen sie lernen soll, sich selbst zu vergessen“ (ebd.: 46).

Demgegenüber sehe ich in Mannheims Verallgemeinerung des Ideologiebegriffs die soziologisch bedeutsame und zur Selbstreflexion zwingende Einsicht, dass Ideologie nicht immer nur das falsche Denken der Anderen meint, sondern dass auch die eigenen Weltansichten und Positionen in Relation stehen zu Interessenlagen und Existenzgegebenheiten.

In gewisser Weise wirkte die Skepsis gegenüber Mannheim auch noch in Kurt Lenks (1972) Habilitationsschrift *Marx in der Wissenssoziologie* nach. Jedoch geht er über die stereotypen Abwehrformulierungen seiner Lehrer weit hinaus, bis hin zu einem Strukturvergleich von Marx und Freud, welcher an den Phänomenen des Traumes und der Ideologie entfaltet wird. So gültig seine Urteile über die Marxsche Theorie geblieben sind – Mannheim hat er später doch ‚nachsichtiger‘ behandeln müssen.

II. WANDLUNGEN DES IDEOLOGISCHEN

1. Kritik-Verlust?

Alle Kritik, besonders die wissenschaftliche, muss sich von lediglich subjektiv bleibenden Bewertungsmaßstäben distanzieren und zugleich mitreflektieren, dass diese an normative Voraussetzungen gebunden sind. Das gilt nicht allein für die Fragestellungen, wie der Neukantianer Heinrich Rickert das mit dem Begriff „Wertbeziehung“ umschrieben hatte, von dem auch Max Webers (1968: 184, 259f.) Werturteilsfreiheitspostulat ausgeht. So wichtig eine reflexive Selbstkontrolle in jeder Soziologie, somit auch in der Wissensanalyse, ist, mag heute ein anderes Problem im Mittelpunkt stehen, nämlich die Relativierung, vielleicht Auflösung des kritischen Anspruchs gegenüber den vielfältigen Sinnwelten in postmodernen Zeiten. Gerade angesichts solcher Tendenzen hat Michael Greven in seinem Festvortrag zu Ehren Kurt Lenks im Aachener Rathaus das Auswandern der Kritik aus der – vielleicht deshalb im Rahmen der neuesten Hochschulreformen erfolgreichen – Politischen Wissenschaft beklagt. Gegen eine derartige intellektuelle Selbstgenügsamkeit hat er den gebildeten, den ideologiekritisch und denkgeschichtlich arbeitenden Wissenschaftler-Typus gesetzt, wie Kurt Lenk ihn verkörpert.

Man könnte aus heutiger Perspektive geradezu sagen, dass Lenk es beim ersten Verfassen seiner Ideologiekritik noch gut gehabt habe, denn es gab damals noch die ungebrochene Wirkung von Aufklärungstheorien, es gab noch das Pathos eines Kampfes gegen die *Idola*-Täuschungen und eine humanistische Skepsis gegenüber den religiösen und herrschaftlichen Doktrinen, zurück bis zur Religionskritik eines David Friedrich Strauß oder Ludwig Feuerbach, von dessen Namen Lenk sein ideologiekritisches Lieblingswortspiel ableitete: „Alle müssen durch den Feuerbach!“ Als Gegenspiegelungen der großen ideengeleiteten Weltentwürfe wurden die Marxsche Ideologiekritik und die Entlarvungspsychologie Sigmund Freuds entwickelt, d.h. das ganze Spektrum des „Hinterfragens“ (wie das „1968“ dann allerorten praktiziert wurde). Mit einem derartigen aufklärerischen Kritikprojekt ist die intellektuelle Biographie von Kurt Lenk aufs Engste verbunden. Der Hintergrund dafür war die Auseinandersetzung mit den großen Ideologemen, die im 18. und 19. Jahrhundert entfaltet worden waren und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – auf zuweilen schreckliche Weise – realisiert wurden. Dadurch haben sich die „großen Erzählungen“ (Lyotard 1986) in einer Weise ‚blamiert‘, dass sie durch unendlich vielfältigbare „kleine“ Narrationen (man denke an den Aufstieg der *oral history*) ersetzt werden sollten. Damit haben sich auch die Rollenmuster der Kritik verändert: Der theoretischen wie praktischen Widerlegung, etwa des Stalinismus oder des Faschismus und seiner autoritären Varianten, folgte auch die „Götterdämmerung“ einiger Groß-Denker, mit denen eine grundlegende Auseinandersetzung immer lohnte. Manche von ihnen haben die verhängnisvollen Tendenzen der Zeit in oft brillanter Zuspitzung selbst dort sichtbar gemacht, wo sie als Parteigänger – wie es Carl Schmitt eine Zeit lang für den „über dem Recht stehen“ sollenden Führer Adolf Hitler war – unkritisch, ja sogar blind die „Verhängnisse“ selbst miterzeugt hatten. Lenk war einer von denen, die diese verführten und verführerischen Geistesarbeiter im Dienst der geistlosesten Unterdrückung mittels einer kunstvollen Hermeneutik bloßgelegt hat. Heute scheinen auch die ‚großen Erzähler‘ seltener zu werden, manche sprechen sogar vom „Ende der Intellektuellen“ (Lepenies 1992).

2. Durchsetzung der Demokratie

Aber es lag die Differenz der 1950er und 60er Jahre zur heutigen Lage nicht nur im Ausdrücklichkeitsgestus von intellektuellen Protagonisten ideologischer Kämpfe. In der zwischen demokratischer Erneuerung und restaurativen Zügen pendelnden frühen Bundesrepublik gab es ein weitverbreitetes Misstrauen gegenüber der Verlässlichkeit der staatlichen Sicherung der Freiheit in breitesten Kreisen der Bevölkerung. Das bildete auch den Hintergrund für die Konfrontation jener, welche die intellektuellen Kritiker auf der einen Seite in (seit der Dreyfus-Affäre) altbewährter Weise denunzierten (Ludwig Erhards „Pinscher“ war da noch die harmloseste und am gemüt-

lichsten klingende Formel)² und denjenigen, die Einflüsse und Fortsetzungen der NS-Ideologie befürchteten und oft schon als belegt ansahen auf der anderen Seite. Tief saß bei Vielen die Angst, dass die Bundesrepublik eine nur dünne Oberfläche von Demokratisierung gebildet habe, und darunter die alten Mächte ihre Wiederkunft ankündigen könnten. Das Bonner „Provisorium“ wurde als noch unentschiedene Situation empfunden, von der man nicht wusste, wohin es „treiben“ werde (Jaspers 1966). Dessen angenommene Gefährdetheit (belegt etwa durch die „Spiegel-Affäre“, später die Notstandsgesetze oder den „deutschen Herbst“ des Jahres 1977) lieferte Antriebs- und Rechtfertigungsmotive sogar noch für die terroristische Fortsetzung der schnell verebbten Studentenbewegung. Es war dies auch der Grund, warum Teile einer gutsituierten und demokratisch orientierten Mittel- und Oberschicht zumindest latent jene Viertel- oder Siebtel-Sympathie für die RAF aufbrachten, deren Aktionen kaum jemand lobte, deren Motive aber irgendwie nachvollziehbar erschienen. Und solche, oft in die Latenz abgedrängten prinzipiellen Konfliktlagen ermutigten auch ein ideologiekritisches Denken.

Das galt umso mehr, als sich in den 1960er Jahren in derartigen Aufladungen von Gefährdungsszenarien und Kampfprojektionen die Situation der unmittelbaren Nachkriegszeit gewandelt zu haben schien. Diese war beherrscht gewesen vom Pragmatismus und Wiederaufbauwillen der Flakhelfergeneration (Bude 1987), die von Helmut Schelsky (1963) als „skeptische“ bezeichnet worden war. Daraus wurde damals der Fehlschluss eines „Endes der Ideologien“ gezogen. Heute fragen sich manche erneut, ob die von den Protesten in den sechziger Jahren widerlegte Prognose sich inzwischen nicht doch bewahrheitet hätte. Beobachtbar ist zumindest eine Ermüdung der emphatischen Ideologeme ebenso wie der damit verbundenen Ideologiekritik.

3. Strukturelle Abkühlung

An dieser Stelle sei eine weitere Beobachtung angefügt, nämlich die Veränderung des Kritik-Gestus in der – weltweit wirksamen – poststrukturalistischen französischen Sozialtheorie. Es scheint so, als würde die Bloßstellung schlechter Verhältnisse abgelöst werden durch eine kühle Beobachtung epistemischer Verschiebungen und diskursiver Wirklichkeitsproduktionen, die auf Machtstrukturen zwar beruhen, für welche jedoch kein Akteur mehr auszumachen ist und denen gegenüber „Kritik“ ein ohnmächtiger Anachronismus wäre. Vielleicht deshalb ist eine solche Dekonstruktion in Deutschland von manchem Vertreter eines kritischen Denkens grundlegend missverstanden worden, indem man – vor allem bei Michel Foucault – nur die Irrationalismusgefahr einer Kritik am Rationalisierungsprozess vermutete, selbst wenn man diese ansonsten doch auch selbst betrieb. Das prominenteste Beispiel dafür hat Jürgen Habermas (1985) in seinen Vorlesungen über den philosophischen Diskurs der Moderne geliefert. Und auch Kurt Lenk

war (trotz der Bemühungen des früh verstorbenen Alfred Schobert) nur zögerlich zu einer vorurteilsfreien Lektüre der Foucaultschen Schriften zu bewegen gewesen. Man fürchtete wohl, in dem „französischen Denken“ einen Abschied von der Kritisierbarkeit herrschender Verhältnisse und ihrer ideologischen Sicherung zu finden. Mehr noch schien es, als ob das bloße Konstatieren der gesellschaftlichen Realitäten ein neues Einverständnis mit ihnen erzeugen würde, wenn auch in subversivem Gewand. Aber ich denke, dass gerade das Denken Foucaults, obwohl in ständig wechselnden Varianten, ein einziges Thema umkreist: die disziplinierende und regulierende Erfassung und Unterwerfung des Menschen in der Moderne. Verdächtig schien auch die mit diesen Theorien verbundene De-Subjektivierung, die tatsächlich selbst ideologische Züge annehmen kann.

4. De-Subjektivierung

Dann werden soziale Beziehungen zu bloßen Diskursphänomenen und reale Interaktionen nur noch als „Kommunikationen“ behandelt. Daraus könnte folgen, dass man jede Referenz auf Trägerschichten aufzugeben habe, wie manche neuere Entwicklungen in der Wissenssoziologie nahelegen (vgl. Knoblauch 2005). Auch hier erweist sich Niklas Luhmann als wichtiger Hintergrundsautor. Mit seinen als „Wissenssoziologie“ etikettierten Semantikstudien hat er einen diskursanalytischen Weg beschritten, auf dem man – wie bei sozialen Systemen – von Handelnden und Akteursgruppen absehen kann. Modisch verbunden ist diese, methodisch durchaus begründbare Ent-Subjektivierung mit der Suggestion einer letztlich alternativlosen Hyperstabilität beweglicher Verhältnisse. Das „Ideologische“ daran erweist sich als Selbstbild einer Gesellschaft, die auf ökonomische Zuwachsraten und dynamische Anpassungen angewiesen ist (Rehberg 2005a). Und in den Prozeduren semantischer Verzweigungen und kommunikativer Anschlusschancen verschwinden bei ihm alle Interessenhintergründe und ideologischen Konstrukte – es sei denn, bestimmte Kommunikationen opponieren der Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Prozesse oder liegen ‚quer zu ihnen‘; das scheint bei Luhmann sichtbar zu werden, wenn er Protestbewegungen skeptisch betrachtet, weil sie – in säkularisierten Zeiten sozusagen den Gegenblick des Teufels in einer göttlichen Weltordnung ersetzend – weder als Organisations- noch als Interaktionssysteme angemessen begriffen werden können (Luhmann 1997: 847f., 850). Aber das Phänomen demonstrativer Gegen-Kommunikation hat ihn doch so beeindruckt, dass er ihm zwei Monographien (Luhmann 1988b; 1996) und ein ganzes Kapitel in seinem Hauptwerk (Luhmann 1997: 847-865) gewidmet hat. Und darauf verweist auch seine Feststellung, wonach die Bundesrepublik durch zwei Leistungen geprägt worden sei: durch Marktwirtschaft und Protest (zit. in: Lau 8.12.2010).

Luhmann erscheint habituell und theoretisch als pointierter Vertreter nach-ideologischer Zustände, in denen Kritik durch Ironie ersetzt zu sein scheint und Widersprüche durch Paradoxien. Letzteres hat dann erstaunlicherweise Axel Honneth übernommen und zum aktualisierten Programm Kritischer Theorie erhoben (vgl. Honneth 2002 sowie Rehberg 2006a). Luhmann jedenfalls dachte über die Großautoren „des ganz Anderen“ eher abschätzig – oder, wenn wir seine Unterscheidung von Wahrnehmung und Kommunikation nicht vergessen wollen: was immer er gedacht haben mag, nie fehlte es an einer mit spöttischem Unterton versehenen Differenzsetzung: Theodor W. Adorno (dessen Lehrstuhl in Frankfurt er im heißen Kampfsemester 1968/69 merkwürdigerweise sogar vertreten hatte) und Luhmann hatten einander nichts zu sagen. Allerdings wurde die Abkanzelung „der Frankfurter Lesart“ der Welt ein *basso continuo* seiner Lehrveranstaltungen. Aber das Geistergespräch galt vor allem dem einstigen Adorno-Assistenten Jürgen Habermas und dessen Adepten und nicht den kulturkritischen Entschlüsselungstheoretikern einer „Totalität unterm Tauschprinzip“. Im Duktus seiner Wissenssoziologie suchte Luhmann die binäre Struktur von „progressiv“ und „konservativ“ herunterzuspielen. In einem Interview mit Rainer Erd und Andrea Maihofer unterließ er es gleichwohl nicht, den Autoren der „Frankfurter Schule“ schnell noch einen „Moralkonservatismus“ unterzuschieben, in dem eine „alteuropäische Konfiguration noch [!] eine Rolle“ spiele. Entscheidend jedoch war die Bemerkung: „im Grunde genommen finde ich diese [Denk-]Figur nicht sehr bedeutsam“ (vgl. Rehberg 2005b).

5. Die „Einwandsimmunität“ des Ökonomischen

Allerdings ergibt sich aus alledem keine Wiederauflage der These vom „Ende der Ideologien“, wenn man etwa nur an die – durch die Finanzkrise seit 2008 ein wenig delegitimierte – Ideologie des sogenannten Neoliberalismus denkt (vgl. Bourdieu 1998). Diese durch die ökonomische Modelltheorie in aller Welt ‚hoffähig‘ gemachte Propagierung eines sich selbst regulierenden Marktes zielt auf die Rechtfertigung eines expandierenden Finanzkapitalismus mit dessen zunehmender Eroberung auch des Inneren der Gesellschaften. Daraus folgt dann die Übertragung kapitalistischer Steigerungslogiken in alle Bereiche des sozialen Lebens. Begleitet ist das von einem neuartigen ‚Cäsarismus‘, der heute nicht mehr politisch begründet wird, sondern wirtschaftlich. Harmlosere Beispiele mögen die Führungsphantasien sein, welche die Einschränkung universitärer Selbstverwaltung im Zeitalter des intensivierten Wettbewerbs begründen soll, wie er in der Lissabon-Erklärung der Europäischen Union im Jahr 2000 mit der Zielbeschreibung des alten Kontinents als „the most competitive and dynamic knowledge-based economy in the world“ gefordert wurde (vgl. auch Meyer-Renschhausen et al. 2008). Aber es sind dies überall beobachtbare Tendenzen – bis hin zur karikaturhaften Erscheinung Silvio Berlusconi. Der kombiniert sein Verspre-

chen, den italienischen Staat „wie ein Unternehmen“ führen zu wollen, mit der gleichzeitigen Enthemmung einer den Rechtsstaat zerstörenden Selbstbedienungspolitik. In diesem Fall wird das durch Ausdrucksformen garniert, welche an die spätrömische Dekadenz erinnern mögen – die sich nun aber als Farce wiederholt. Die wissenssoziologisch bestimmbare Konstellation ist dabei insofern interessant, als alte ideologische Zuordnungen hier tatsächlich versagen, denn die willkürliche Selbstherrlichkeit erweist sich als zynischste Form einer radikalen Säkularisierung (auch der politisch-moralischen Sphäre) und als Institutionenzerstörung von oben.

Eine weitere Verschiebung von prägenden Ideologemen neuesten Typs haben Luc Boltanski und Ève Chiapello (2003) treffend als den „neuen Geist des Kapitalismus“ beschrieben. Im Sinne einer historisch relationierenden Darstellung heutiger Arbeits- und Gewinnmaximierungsantriebe ist die kühne und aufmerksamkeitsfördernde Adaption des Titels der berühmtesten Studie Max Webers (2004) nicht zu hoch gegriffen, wenngleich der Untersuchungsausschnitt der französischen Autoren viel begrenzter ist. Die heutige Ausgangslage ist der – im Vergleich zu den späten 1960er Jahren – dramatische (Wieder-)Aufstieg des Kapitalismus, vor allem seiner, seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 nicht mehr erreichten Profitraten in den 90er Jahren. Boltanski und Chiapello analysieren Ratgeber für die Managementausbildung, mit deren Botschaft, dass Hierarchien durch „Netzwerke“ abgelöst worden seien. Daraus folgt eine – auch die soziologische Methode beeinflussende – Ideologie der horizontalen Kopplungen und kontingenten Dynamiken, welche die sozialen Besitz- und Ungleichheitsverhältnisse folgenreich verdecken hilft. Berthold Franke kommentierte das beim Lenk-Kolloquium dahingehend, dass es nicht nur einen „Pathosverlust“ gebe, sondern die „Unmöglichkeit“ eines Gesamtkonzeptes, so dass man sich fragen müsse, ob ein gesellschaftskritischer Ansatz eher die „Startbahn“ für Ideologiekritik sei oder eine, deren Höhenflüge beendende „Landebahn“.

In diesem Zusammenhang fällt auf, dass schon der Begriff „die Wirtschaft“ ein heute höchst einleuchtender Verdeckungsbegriff ist, der suggeriert, dass eine Interesseneinheit der höchst unterschiedlichen Akteure bestehe. Auch ist es ein weiter Weg vom (zu einfachen) Modell der den „Überbau“ bestimmenden „Basis“ bis zur Vorstellung geschlossener Teilsystemwelten einer „Wirtschaft der Gesellschaft“ (Luhmann 1988a). Auch „Marktwirtschaft“ lässt die tiefgreifenden Unterschiede zwischen einer Ökonomie der kleinen und mittleren Unternehmer und der Wirtschaftssphäre von Konzernen als *global players* verschwinden.

Inzwischen zeichnen sich für die kapitalistische Ökonomie und deren Wachstumsbedingungen Legitimationsschwierigkeiten ab, wie sie Jürgen Habermas (1973) schon in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts untersucht hatte. Heute beispielsweise sind es Kurt Biedenkopf (2006) und in seinem „DenkwerkZukunft“ Meinhard Miegel, die darauf hinweisen, dass – anders als im Zeitalter des Wirtschaftswunders – die Zuwachsraten „der Wirtschaft“ in den hochindustrialisierten Ländern nie mehr hoch genug

sein würden, um dem Staat eine hinreichende Legitimation zu geben. Dann aber bedürfe es neuer ethischer Grundlegungen von Solidarität und der Sinnstiftung durch „Kultur“. Das ist nicht nur als ideologische Verkleidung gemeint, sondern als Quelle für eine Mobilisierung autonomer Anstrengungen in der Zukunft. Deshalb findet man nun neben dem aggressiven Neoliberalismus von politischer Seite allzu oft Formen einer bloß rhetorischen Trostmobilisierung. Dazu passen Euphemismen (wie „Minuswachstum“) oder Zynismen wie „Ich-AG“: Die größte wirtschaftliche Unternehmensmacht wird zum Namensgeber für die Gründungsinitiativen der am meisten Benachteiligten. Vergleicht man die so gedeutete Situation mit der Entwicklung der alten Bundesrepublik, so war der wirtschaftliche Wiederaufbau tatsächlich zentral für die gesellschaftliche Integration in den nach dem Desaster des verbrecherischen Hitler-Regimes gegründeten westdeutschen Teilstaat, dessen Bewohnern es schließlich so gut ging, dass sie sogar Demokraten werden konnten.

Neuerdings wird man der Tatsache wieder gewahr, dass „Krisen“ zur Normalität kapitalistischen Wirtschaftens gehören. Wolfgang Fritz Haug stimmte dem zu, gab aber – optimistisch wie ein ‚an die Wurzel‘ rührender Theoretiker nun einmal sein muss – zu bedenken, dass in den damit verbundenen Krisen doch auch eine Chance liege, von der man allerdings noch nicht wisse, wie nachhaltig sie wirke. Immerhin erscheine die Kapitalismusanalyse von Marx wieder rehabilitiert, obwohl man im ökonomischen und politischen *mainstream* unverändert versuche, Ökonomie zum Muster der „stummen Gewalt der Sachzwänge“ zu machen.

Übrigens wäre hier der Zusammenhang von Krisenhaftigkeit und dem an Attraktivität gewinnenden Populismus in die Überlegungen einzubeziehen, der eine explizite Verweigerungsideologisierung betreibt. Haug merkte dazu an, Populisten arbeiteten mit der Ohnmacht, welche unglücklich und wütend mache: „Die Verhältnisse schwitzen die Ohnmacht aus“, und es erscheine die *passive Revolution* durch Stillstellung der Massen. Das ist – nach Antonio Gramsci – ein „Paradoxbegriff“ (vergleichbar der Bismarckschen Sozialpolitik, welche das Verbot der Arbeiterbewegung mit der Übernahme wichtiger Forderungen aus deren Programm verband).

III. VON DER AKTION ZUR VERDECKUNG

Von einem emphatisch objektivistischen Wahrheitsbegriff ausgehend, wurden Ideologien als „falsches Bewusstsein“ oder als systematisierte Formen der (Selbst-)Täuschung aufgefasst. Aufklärung wurde eng mit den menschlichen Wahrnehmungsgrenzen verknüpft, wie sie schon in Platons „Höhlengleichnis“ thematisiert waren. Von dieser erkenntnistheoretischen Kritik aus wurde der Begriff dann zunehmend auch auf gesellschaftliche Kausalitäten bezogen. Und immer schon war „Verdeckung“, war die Verleugnung und Verdrängung (wie das in der persönlichen Erinnerungs- und ‚Wissens‘-

Kritik der psychoanalytischen Reflexionszumutungen bezeichnet wird) ein Bestandteil des Ideologischen. Ein Meisterstück ideologiekritischer Sezierung gerade diesen Aspekts der Wahrnehmungsverchiebung findet sich in Karl Marx' (1977: bes. 85-98) Analyse des „Warenfetischismus“. Im Tauschprozess wird der Produktionsprozess samt allen seinen Bedingungen und Folgen unsichtbar und vergessen gemacht. Und auch Mobilisierungsideologeme arbeiten mit Ausblendungen und Umdeutungen der Wirklichkeit. Und doch sind – ähnlich der Verschiebung von Aktionsethiken (wie Max Weber sie für die Genese des Kapitalismus beschrieben hat) zu Vetoethiken (wie sie heute vorherrschend sind) (Rehberg 1991) – handlungsformierende Ideologieproduktionen zumindest idealtypisch zu unterscheiden von Denksystemen der Tabuisierung und Ausblendung oder eines vorgeschriebenen Vergessens. Max Horkheimer und Theodor W. Adorno mag es in Zeiten zugespitzter und durch Großgruppen repräsentierter Konfliktlagen so erschienen sein (wie Haug vermutete), als läge „alles so nackt zu Tage, dass ein Verdeckungseffekt gar nicht mehr stattfinden kann“. Gleichwohl stimmte auch er meinem Vorschlag zu, von „Verdeckungsideologien“ zu sprechen, insofern diese eben doch etwas anderes seien, als das, was die Politologie lange interessiert habe, nämlich die großen *bewegenden* Denkgebäude. Und deren Bedeutung sei tatsächlich zurückgetreten. Eine Konsequenz der vorgeschlagenen Unterscheidung wäre seiner Meinung nach allerdings die Aufhebung der Vorstellung von benennbaren Akteuren. Zwar gebe es nicht nur Verschwörungstheorien, sondern sehr wohl auch intendierte Anschläge etwa auf Freiheits- und Menschenrechte, Formen der Hintergehung legitimer Entscheidungsinstanzen bis hin zur großen Lüge (für all das stehe etwa die Regierung des US-Präsidenten George W. Bush). Aber die Verflechtung zwischen weit verbreiteten Situationsdeutungen und den diskursiven Verleugnungen sei doch eine andere. Meines Erachtens sind auch anonym sich vollziehende Meinungsbildungen und Weltbildverschiebungen an Akteure gebunden und auf sie zu beziehen. Jedoch ist zuzugeben, dass die Formen der Vermittlung von Aktionen und Effekten, von Absicht und Wirkung erheblich komplizierter sind als im Falle eines deklarierten und durch privilegierte Sprecher herausgehobenen formierenden Denkens, das oft genug – wie Henrique Otten anfügte – von Ängsten angetrieben ist.

IV. BEISPIEL: DIE UNSICHTBARE KLASSEGESELLSCHAFT

1. Verteilungsstrukturen

Abschließend sei eine durchgreifende Verdeckungsideologie unserer Tage beispielhaft angeführt, zu der keineswegs nur „die Herrschenden“ beitragen (wie man es gerne hätte), sondern etwa auch die Mehrheit der Soziologinnen

und Soziologen. Die Allgegenwärtigkeit der Überzeugung oder auch nur des Gefühls, die Klassenstrukturen seien – wie die Existenz der Stände – eine Sache der Vergangenheit, vor allem des Jahrhunderts der Industrialisierung, erlaubt die These, dass es eine Invisibilisierung der Strukturbedingungen kapitalistischer Gesellschaften gibt (vgl. Rehberg 2006b). Das wahrzunehmen, bedarf es keiner Verschwörungstheorie: Die Unsichtbarkeit der Klassenstrukturiertheit der Gesellschaft ist auch statistisch erzeugt, insofern es beispielsweise keine Daten über den Kapitalbesitz in Deutschland gibt. Wenn die Aktiengesellschaften auch über Vermögenseinlagen Rechenschaft geben müssen und es (unpräzise) Reichtums-Rankings gibt, weiß man doch so gut wie nichts über die Kapitalverteilung in einem kapitalistischen Land wie dem unseren. Und die rot-grüne Koalition hat durch die Aufhebung der Vermögenssteuer die letzten Spuren getilgt.

Unbestreitbar hat sich seit dem 19. Jahrhundert vieles geändert, nicht jedoch die Ungleichverteilung der Produktionsmittel. Aus der vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts beobachtbaren, historisch unvergleichlichen Verbesserung der Lebensbedingungen der meisten Menschen in den ‚reichen Ländern‘ folgt der weit verbreitete Schluss, die soziale Ungleichheit habe sich vermindert, nur weil bestimmte Aspekte der Lebensführung sich angenähert haben. Wenn der Datenreport des Statistischen Bundesamtes (Statistisches Bundesamt 2005: 609) überraschenderweise auch wieder von „Klassenlagen“ sprach, ist doch auffällig, dass statistische Angaben über die personale oder haushaltsbezogene Verteilung des *Produktionsmittel*besitzes auch dort weitgehend fehlen. 1978 wurde geschätzt, dass die 1,7 Prozent reichster Haushalte 35 Prozent des Gesamtvermögens beziehungsweise 70 bis 74 Prozent des Produktivvermögens besäßen (Mierheim/Wicke 1978: 256) – und daran hat sich wohl nicht viel geändert. So vollzieht sich die Verschleierung der Sozialstruktur ähnlich, wie Luc Boltanski und Ève Chiapello (2003: 24) das für die großen multinationalen Konzerne beschrieben haben: Nachdem auf Drängen der USA das UN-Büro geschlossen wurde, in dem international agierende Großunternehmen erfasst wurden, gehen die Multis in einem ‚Meer kleiner Fische‘ unter. Übrigens wurde auch die Deindustrialisierung in Ostdeutschland statistisch unsichtbar gemacht, insofern etwa (zumindest in Dresden) Firmenschließungen und -neuanmeldungen zwar aufgelistet wurden, dies aber ohne Beschäftigtenzahlen. So könnten spätere Forscher durch die bloße Zahl der Neugründungen belegt finden, dass die Wirtschaft in den neuen Bundesländern nach 1990 enorm expandiert sei, während verborgen bliebe, dass manche Kombinate von 6.000 Mitarbeitern auf 150 geschrumpft sind (Rehberg 2009).

Verdeckungsideologisch entstehen jedenfalls Gesellschaftsbilder fluider Aktivierung und einer Verringerung der sozialen Abstände. Gleichzeitig bestätigt selbst der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, dass die „Schere“ zwischen reich und arm sich in den letzten zehn Jahren ständig weiter geöffnet habe. Dabei trägt dieser (eigentlich verdienstvoll sein könnende) Bericht selbst manipulative Züge, denn Reichtum wird

durch irrealen Bemessungsgrenzen vermehrt, während seit der dritten dieser Bestandsaufnahmen „Armut“ als Wort verschwindet: Man spricht regierungsamtlich lieber von „Armutsrisiken“ anstatt von den (im Weltmaßstab gesehen, selbstverständlich nur „relativ“) Armen. Aus derlei Interessen am Verleugnen mag wohl auch (neben innerparteilichen Differenzen) die Aufregung des damaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering gespeist gewesen sein, als eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung die soziale Lage in Deutschland dadurch verschärft sah, dass bereits acht Prozent der Bevölkerung als „abgehängtes Prekariat“ anzusehen seien (TNS Infratest 2006). Der Kurzeitvorsitzende der SPD und rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck hatte daraufhin von der Problematik der „Unterschichten“ gesprochen. Wohl eine Abwertung der letzten Stammwähler befürchtend, konkretisierte Müntefering in der *Financial Times Deutschland* vom 16. Oktober 2006, dass sich in dieser Wortwahl nur die Konstrukte „lebensferner Soziologen“ ausdrückten.

Während die Arbeitslosenzahlen und die statistische Zuschreibung von Armut berichtstechnisch gesenkt werden, wird zugleich der Reichtum wunderbar vermehrt. Als „relativ reich“ gelten „nach der in der Wissenschaft gebräuchlichen Abgrenzung“ schon alle jene, die über ein Nettoäquivalenzeinkommen verfügen, „das mindestens doppelt so hoch wie das mittlere Einkommen“ ist. Wer monatlich also mindestens 3.268 Euro netto verdient, wird regierungsamtlich schon „reich“ genannt. Das sind 6,4 Prozent der Gesamtbevölkerung und unter Einschließung von Vermögenswerten (monatliches Netto 3.418 Euro) 8,8 Prozent (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2008: XVI). Dabei ist unwichtig, dass der Begriff „Millionär“ nicht vorkommt (vgl. Herrmann 2010: 33-41), der doch im Normalbewusstsein mit der Gruppe der Reichen am ehesten identifiziert wird und von denen es 2001 in der Bundesrepublik 12.000 Nettoeinkommensmillionäre (0,0146 Prozent der Gesamtbevölkerung) beziehungsweise 1,5 Millionen Vermögensmillionäre (1,83 Prozent) gab (Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung 2001: 37, 64). Einen Eindruck von dem heute verbreiteten Gesellschaftsbild vermittelt eher der Sozialstaatsurvey 2006, wonach von der Hälfte der Befragten als „reich“ angesehen wird, wer ein Einkommen von mindestens 27.000 Euro monatlich erzielt (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2008: 28). In beiden Konstrukten – der administrativen Ausweitung des „Reichtums“ und der populären Anhebung des ihn definierenden Einkommens – bleibt übrigens das entscheidende Kriterium unberücksichtigt, nämlich diejenige Einkommens- und Vermögenshöhe, ab der wesentliche Teile der Finanzierung des eigenen Lebens durch Zinserträge ermöglicht werden. Es wäre dies eine zutreffendere, nämlich *funktionale* Unterschiede der Einkommens- und Vermögenshöhen markierende, Kategorie von „Reichtum“.

Was aber kann „Klassengesellschaft“ unter Bedingungen heißen, in denen es einiger Mühe zu bedürfen scheint, den Begriff zu plausibilisieren? Gewiss nicht der *demonstrative* Kontrast zwischen den Lebenslagen und

-chancen einer (neben dem Adel) drei- bis höchstens achtprozentigen Bürger-Oberschicht zu denen der überwältigenden Bevölkerungsmehrheit (vgl. Kocka 1988). Und sicher war der Abstand zwischen französischen Herzögen oder englischen Lords zur Masse der Bauern, insgesamt zu denen, die man „das Volk“ nannte, unermesslich groß im Verhältnis zu heutigen Ungleichheitsrelationen. Das dürfte selbst dann noch stimmen, wenn man liest, das Kapital der fünfzehn reichsten Personen auf der Welt übersteige das gesamte Bruttoinlandsprodukt Afrikas südlich der Sahara (Hauchler et al. 1999: 81). Für die Bundesrepublik jedenfalls gilt, dass die reichsten 10 Prozent der Haushalte in Deutschland über 42 Prozent, hingegen die unteren 50 Prozent zusammen nur über 4,5 Prozent des Nettovermögens verfügen (DGB 2002: 31). In Westdeutschland war die Zahl der „Einkommensarmen“ 1998 innerhalb von zehn Jahren von 8,8 Prozent auf 11,3 Prozent gestiegen, eine Tendenz, die Meinhard Miegel (2002: 101ff.) dadurch relativieren will, dass „Deutschland mit nur 24 Prozent Armen noch vergleichsweise gut“ dastehe. In „prekäreren Wohlstand“ lebten mit 50 bis 75 Prozent des Durchschnittseinkommens, etwa ein Viertel aller bundesrepublikanischen Haushalte (Hauser/Stein 2001: 139f.).

Jedoch ist „*Klassengesellschaftlichkeit*“ in der Moderne durch derartige Ungleichheiten *allein* nicht zu bestimmen. Vielmehr sind weitere Aspekte einzubeziehen: *Erstens* die Bedeutung der auf Kapitalinvestition beruhenden Produktivität (auch in den Dienstleistungsbereichen), samt dem damit zusammenhängenden Wachstumszwang als Grundgesetz der Kapitalvermehrung (wofür die Fusionshysterie der 1990er Jahre stehen mag); *zweitens* die Konzentrationstendenz der großen Kapitalien (wie Marx sie bereits zutreffend prognostiziert hat). *Drittens* ist die Limitierung von Entscheidungsmöglichkeiten der nicht-ökonomischen gesellschaftlichen Systeme, Institutionen und Handlungsbereiche zu berücksichtigen. Das meint nicht eine vollständige Determination, wohl aber, dass sich der Kapitalismus als „Rahmen“ dessen erweist, was (beispielsweise politisch) getan werden kann, vor allem aber dessen, was sich *nicht* durchsetzen, zuweilen nicht einmal denken lässt. Schließlich gehört *viertens* die Macht des Transfers der Logik kapitalistischer Entscheidungskriterien und Situationsdefinitionen in andere Lebenszusammenhänge dazu, wie sie sich in der heute allgegenwärtigen, sozusagen schon habitualisierten Ökonomisierung in unterschiedlichsten Handlungsfeldern zeigt. Von Klassengesellschaftlichkeit ist also zu sprechen, weil es um die soziale Strukturierung von Lebenschancen geht, selbst wenn diese in integrierten und sozusagen physisch wahrnehmbaren Gruppenzusammenhängen nicht mehr in Erscheinung tritt.

2. Konsum als Integrationsmedium und Ideologie

Aber nicht nur die Verschleierung von Daten begünstigt die Annahme zunehmender sozialer Angleichungen. Entgegen der Behauptung Ulrich Wehlers (2008: 208), wonach der Begriff „Konsumgesellschaft“ analytisch we-

nig aufschlussreich sei, verweist gerade dieser auf die ideologische Struktur der Gesellschaften des Massenkonsums. Diese sind durch eine bezeichnende Paradoxie geprägt: Der Konsum zeigt ständig unüberbrückbare Differenzen. Wer etwas kauft, nimmt immer auch wahr, was er sich nicht leisten kann. Der Abstand des Erreichbaren wird verdeckt durch eine Annäherung der Erfüllungswerte. Gleich, ob man in einer Yacht oder in einem Schlauchboot das Mittelmeer genießt, ist das Erlebnis entspannender Außeralltäglichkeit bei weitem nicht so weit voneinander entfernt, wie der jeweilige Kaufpreis der genannten Wasserfahrzeuge. Das verstärkt soziale Integration, platziert jedenfalls die unterschiedlichen materiellen Lebenslagen in einem gemeinsamen Wahrnehmungsfeld und lässt die, keineswegs nur auf den Konsum beschränkten, sozialen Unterschiede verblassen oder irrelevant werden.

V. ERMUTIGUNG

Wie die Allpräsenz einer glitzernden Warenwelt oder die in TV-Nachrichtensendern unter dem Hauptbeitrag dynamisch eingeblendeten Börsenkurse als Formen materialisierter Ideologie verstanden werden können, korrespondiert mit den aus der Sichtbarkeit verdrängten Strukturen der Klassengesellschaft das Phänomen einer ‚unsichtbaren Ideologie‘, welche schwerer fassbar ist als alle expliziten Ideologeme. Davon allerdings ging bereits die Marxsche Ideologiekritik aus, insofern sie im Warenfetischismus die Verdeckung der Arbeitsprozesse zum Angelpunkt der Überblendung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse machte. Dem an diese Intention anschließenden „unermüdlichen Ideologiekritiker“ Kurt Lenk habe ich einen Aufsatz (Rehberg 2010a) gewidmet und in ähnlicher Weise sprach Fritz W. Haug von dessen unbeirrbarem „Beobachtungsblick“. Heute hätten wir zumeist nur Medienintellektuelle, die auf jeden neuen Zug aufsprängen: „Das ist kein Ideal. Gelobt sei Kurt Lenk für seine Beharrlichkeit.“ In diesem Sinne macht das Werk des in Erlangen lebenden Politikwissenschaftlers exemplarisch deutlich, welche Qualität kritischer Auseinandersetzung auf dem Spiel steht, dass nämlich eine Soziologie (und auch eine Politische Wissenschaft), die niemanden mehr ärgerte und herausforderte, ‚ihre Schuldigkeit getan‘ hätte – sie könnte tatsächlich gehen.

ANMERKUNGEN

- 1 Herzlich danke ich für die konstruktive Unterstützung bei der Verfasserung dieses Textes Sabine Barthold und Matthes Blank, sodann Nils Matzner für die mühevoll Transkription der Diskussion zwischen Wolf-

gang Fritz Haug und mir sowie Henrike Otten und Manfred Sicking für ihre Geduld als Herausgeber.

- 2 Kurt Lenk arbeitet an einer systematisierenden Vergleichsstudie zum Anti-Intellektualismus in der europäischen Kultur; eine erste Skizze findet sich in: Kurt Lenk (2003).

LITERATUR

- Adorno, Theodor W. (1977): Das Bewußtsein der Wissenssoziologie. [geschrieben 1937, zuerst 1953], in: Theodor W. Adorno, Gesammelte Schriften. Bd. 10, 2 Teilbde., Frankfurt am Main, S. 31-46.
- Biedenkopf, Kurt (2006): Die Ausbeutung der Enkel. Plädoyer für die Rückkehr zur Vernunft, Berlin.
- Boltanski, Luc/Ève Chiapello (2003 [frz. zuerst 2001]): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.
- Bourdieu, Pierre (1998): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz.
- Bude, Heinz (1987): Deutsche Karrieren. Lebenskonstruktionen sozialer Aufsteiger aus der Flakhelfer-Generation, Frankfurt am Main.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008): Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hg.) (2001): Lebenslagen in Deutschland: Erster Armuts- und Reichtumsbericht, Berlin.
- Curtius, Ernst Robert (1982): Soziologie – und ihre Grenzen [zuerst 1929], in: Meja/Stehr (Hg.), S. 417-426.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) – Bundesvorstand (2002): Verteilungsbericht 2002, o.O. [Düsseldorf/Berlin].
- Habermas, Jürgen (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt am Main.
- Habermas, Jürgen (1985): Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen, Frankfurt am Main.
- Hauchler, Ingomar/Franz Nuscheler/Dirk Messner (1999): Globale Trends 2000. Fakten, Analysen, Prognosen, Frankfurt am Main.
- Hauser, Richard/Holger Stein (2001): Die Vermögensverteilung im vereinigten Deutschland, Frankfurt am Main.
- Herrmann, Ulrike (2010): Hurra, wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht, Frankfurt am Main.
- Honneth, Axel (2002): Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus, Frankfurt am Main.
- Horkheimer, Max (1982): Ein neuer Ideologiebegriff? [zuerst 1930] In: Meja/Stehr (Hg.), S. 474-496.

- Jaspers, Karl (1966): *Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen, Gefahren, Chancen*, München.
- Knonlauch, Hubert (2005): *Wissenssoziologie*, Konstanz.
- Kocka, Jürgen (Hg.) (1988): *Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*, München.
- Lau, Jörg (2010): *Bücher machen Politik*, in: *Die Zeit*, 8.12.2010.
- Lenk, Kurt (1972): *Marx in der Wissenssoziologie. Studien zur Rezeption der Marxschen Ideologiekritik*, Neuwied & Berlin.
- Lenk, Kurt (2003): *Über rechten Anti-Intellektualismus. 15 Thesen*, in: Joachim Fischer/Hans Joas (Hg.), *Kunst, Macht und Institution. Studien zur Philosophischen Anthropologie, soziologischen Theorie und Kulturosoziologie der Moderne. Festschrift für Karl-Siegbert Rehberg*. Frankfurt am Main/New York, S. 373-382.
- Lenk, Kurt (Hg.) (1971): *Ideologie. Ideologiekritik und Wissenssoziologie*, Neuwied.
- Lepenes, Wolf (1985): *Die drei Kulturen. Soziologie zwischen Literatur und Wissenschaft*, München.
- Lepenes, Wolf (1992): *Aufstieg und Fall der Intellektuellen in Europa*, Frankfurt am Main.
- Luhmann, Niklas (1988a): *Die Wirtschaft der Gesellschaft*, Frankfurt am Main.
- Luhmann, Niklas (1988b): *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?*, 2. Aufl., Opladen.
- Luhmann, Niklas (1996): *Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen*, 1. Aufl., [1. Dr.], hrsg. v. Kai-Uwe Hellmann, Frankfurt am Main.
- Luhmann, Niklas (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft. Teilband 1-2*, Frankfurt am Main.
- Lyotard, Jean-François (1986): *Das postmoderne Wissen. Ein Bericht*. [franz. zuerst 1973/1979], Graz/Wien.
- Mannheim, Karl (1959): *Wissenssoziologie*, in: Alfred Vierkant (Hg.), *Handwörterbuch der Soziologie*. Unv. Neudruck von 1931, Stuttgart, S. 659-680.
- Mannheim, Karl (1995): *Ideologie und Utopie*, Frankfurt am Main.
- Marcuse, Herbert (1982): *Zur Wahrheitsproblematik der soziologischen Methode [zuerst 1929]*, in: Volker Meja/Nico Stehr (Hg.), *Der Streit um die Wissenssoziologie*, Frankfurt am Main, S. 459-473.
- Marx, Karl (1977): *Das Kapital. Der Produktionsprozeß des Kapitals*, Berlin (DDR).
- Meja, Volker/Nico Stehr (Hg.) (1982): *Der Streit um die Wissenssoziologie*. 2 Bde. Frankfurt am Main.
- Meyer-Renschhausen, Elisabeth/Reinhard Blomert/Paul Kellermann/Heinz Steinert (2008): *Bericht zum Forum für Lehre zum Thema „Hochschulpolitik“*, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hg.), *Die Natur der Gesellschaft*.

- Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006, Frankfurt am Main, S. 1219-1236.
- Miegel, Meinhard (2002): Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen, Berlin/München.
- Mierheim, Horst/Lutz Wicke (1978): Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen.
- Rehberg, Karl-Siegbert (1991): Kapitalismus als ethisches Programm: Werner Sombart, Max Weber und Bernhard Groethuysen, in: Klaus Henning/Arno Bitzer (Hg.), Ethische Aspekte von Wirtschaft und Arbeit, Mannheim, S. 35-61.
- Rehberg, Karl-Siegbert (2005a): Konservatismus in postmodernen Zeiten: Niklas Luhmann, in: Gunter Runkel/Günter Burkart (Hg.), Funktionssysteme der Gesellschaft. Beiträge zur Systemtheorie von Niklas Luhmann, 1. Aufl., Wiesbaden, S. 285-309.
- Rehberg, Karl-Siegbert (2005b): Konservativismus in postmodernen Zeiten: Niklas Luhmann, in: Gunter Runkel/Günter Burkart (Hg.), Funktionssysteme der Gesellschaft. Beiträge zur Systemtheorie von Niklas Luhmann, 1. Aufl., Wiesbaden, S. 285-309.
- Rehberg, Karl-Siegbert (2006a): „Befreiung zur Mündigkeit“. Kritische Anmerkungen zu einem Programmbuch des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt a.M., in: Karl-Siegbert Rehberg (Hg.), Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München, Frankfurt/Main, S. 1265-1280.
- Rehberg, Karl-Siegbert (2006b): Die unsichtbare Klassengesellschaft, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hg.), Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004, Frankfurt am Main, S. 19-38.
- Rehberg, Karl-Siegbert (2009): Die wiedererstandene Stadt. Dresden nach der „Wende“ zwischen Aufbruch und Selbstisolierung, in: Holger Starke (Hg.), Keine Gewalt! Revolution in Dresden 1989 [anlässlich der Ausstellung „Keine Gewalt! Revolution in Dresden 1989“ vom 22. Juli 2009 bis 10. Januar 2010 im Stadtmuseum Dresden], Dresden, S. 168-192.
- Rehberg, Karl-Siegbert (2010a): „Neue Bürgerlichkeit“ zwischen Kanonsehnsucht und Unterschichtenabwehr, in: Heinz Bude/Joachim Fischer/Bernd Kauffmann (Hg.), Bürgerlichkeit ohne Bürgertum. In welchem Land leben wir?, München, S. 56-70.
- Rehberg, Karl-Siegbert (2010b): Das Unbehagen an der Soziologie, in: Georg Kneer/Stephan Moebius (Hg.), Soziologische Kontroversen. Beiträge zu einer anderen Geschichte der Wissenschaft vom Sozialen, 1. Aufl., Orig.-Ausg., Frankfurt am Main, S. 217-253.
- Scheler, Max (1924): Probleme einer Soziologie des Wissens, in: Max Scheler (Hg.), Versuche zu einer Soziologie des Wissens, München/Leipzig, S. 1-146.

- Schelsky, Helmut (1963): Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf/Köln.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2005): Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn.
- TNS Infratest (2006): Gesellschaft im Reformprozess. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Weber, Max (1904/05, 2004): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, hrsg. v. Dirk Kaesler, München.
- Weber, Max (1968): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. hrsg. v. J. Winkelmann, 3. erw. u. verb. Aufl., Tübingen.
- Wehler, Hans-Ulrich (2008): Deutsche Gesellschaftsgeschichte, München.
- Wittfogel, Karl August (1982): Wissen und Gesellschaft [zuerst 1931], in: Meja/Stehr, S. 594-614.

Epilog

Vom Mythos der politischen Mitte¹

KURT LENK

In jüngster Zeit gibt es eine bemerkenswerte Fülle von Arbeiten über den Rechts- und Linksextremismus, wohl seitdem sich ein allmählicher Wandel unseres Parteienspektrums zu einem Fünfparteiensystem nicht mehr ausschließen lässt. Während die beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD – neben der kleineren FDP als Koalitionspartner – über Jahrzehnte fast allein das Feld beherrschten, gewinnen seit den 1990er Jahren im Gefolge der deutschen Einigung eine neue Linkspartei und – am anderen Ende des Spektrums – eine von der NPD dominierte Rechte in einigen ostdeutschen Ländern an Boden. Obwohl hinsichtlich dieser neuen Konstellation Prognosen riskant sind, wird man doch schon sagen können, dass Parteien, die bereits in mehreren Landtagen vertreten sind, kaum mehr von der politischen Bühne verschwinden dürften. Dafür spricht auch, dass sich in der Wählerstatistik der beiden vergangenen Jahrzehnte ein eindeutiger Trend abzeichnet, der diese Voraussage stützt: Die kleineren Parteien (vor allem die FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke) gewinnen auf Kosten der beiden Volksparteien an Boden, während zur gleichen Zeit der Anteil an Wechsel- und Nichtwählerinnen und -wählern im Zeichen von Politik- und Parteienverdrossenheit zunimmt. So ist es erklärlich, dass die für die alte Bundesrepublik typische Konstellation zu Ende geht, wonach jeweils eine der beiden Volksparteien regelmäßig mit Hilfe des kleinen Koalitionspartners FDP die Regierung stellen konnte. Bündnisse von CDU und Grünen oder zwischen SPD und der Linken sind auf Kommunal- und Länderebene – so etwa in Hamburg und Berlin – nichts Ungewöhnliches mehr. Die Alternative zu solchen Koalitionen wäre eine Große Koalition; doch sie gehört – wie die Entwicklung auf Bundesebene zeigt – nicht gerade zu den beliebtesten und dauerhaften politischen Konstellationen. Nicht allein die amtierende Bundeskanzlerin hat mehrfach bekundet, dass nach der bevorstehenden Bundestagswahl die jetzige CDU/SPD-Koalition ihr Ende gefunden haben sollte.

Während die Politikwissenschaft gegenwärtig mit den erwähnten Veränderungen auf der Parteebene beschäftigt ist, gerät jedoch das aus dem analytischen Blick, was Politikerinnen und Politiker gern im Munde führen

und zur Kennzeichnung ihrer eigenen Position im politischen Koordinatensystem in Anspruch nehmen, nämlich: „die Mitte“. Fragt man nach dem spezifischen Ort, den dieser Zuschreibungspunkt in der politischen Geometrie hat, erhält man nicht selten die Antwort: „Das weiß man doch!“ In Wirklichkeit jedoch ist das, was „die Mitte“ inhaltlich meint, auf der Landkarte des Politischen eine *terra incognita*, ein nahezu gänzlich weißer Fleck.

Auf der Suche nach einschlägiger Literatur zur „politischen Mitte“ stößt man weitgehend auf ein Vakuum. Eine der wenigen Ausnahmen bildet ein schmaler Sammelband aus dem Jahre 1993: „Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur“. Schon der Begriff der „Vermessungen“ deutet darauf hin, dass es sich bei der politischen Mitte wohl um ein bis dahin recht vernachlässigtes Phänomen handeln muss, das es zunächst überhaupt erst einmal richtig zu „verorten“ gelte. So beginnen denn auch die beiden Herausgeber ihre Untersuchung nicht zufällig mit Fragen wie: „Ist politische Mitte nur ein Reflex von Establishment? Die denkmüde, reflexionsarme Ausrede in einer Situation allgemeiner Erschöpfung all jener Kräfte und Energien, die Politik aus dem Geiste des Utopischen entwarfen und sich vom ‚Prinzip Hoffnung‘ geleiten ließ? Ist ‚Mitte‘ nur die jüngste Maske der Ratlosigkeit einer übergeschäftigten Welt, der vorläufig letzte jener Rückzüge, die sich so beharrlich mit Offensive tarnen? Ist sie nur eine Chiffre für allzu geschmeidige Anpassung, für die Saturiertheit des Status quo, für die phantasieträge Hartnäckigkeit der Unbeirrbaren und Verblüffungsfesten?“ (Guggenberger/Hansen 1993: 9)

„Reflex von Establishment“, „Chiffre“ für eine „allzu geschmeidige Anpassung“ und für die „Saturiertheit des Status quo“, gar bloß „denkmüde Ausrede“ im Angesicht einer phantasie- und hoffnungslos gewordenen Erschöpfung politischer Energien: Schon an der Wahl dieser für eine wissenschaftliche Arbeit recht ungewöhnlichen Metaphorik lässt sich das diffuse, sozusagen im Dämmerlicht verharrende Mitte-Phänomen ablesen. Mit Blick auf solch schwankenden Grund könnte es einigermaßen verwegen erscheinen, hinter dem Schleier allgemeiner Ratlosigkeit Konturen aufdecken zu wollen, die den Anspruch auf Stimmigkeit erheben. Gleichwohl soll hier ein solcher Versuch unternommen werden, weil er auch dann lohnt, wenn er nur mehr ein erstes, noch schwaches Licht auf ein bislang kaum sondiertes Terrain werfen sollte.²

ENTWICKLUNG DES PARTEIENSPEKTRUMS

Soziale und politische Probleme entstehen in der Regel erst dann, wenn sich bestimmte tradierte Verhaltensformen, Spielregeln oder Normen nicht mehr ohne weiteres von selbst verstehen, dort wo sich überkommene Sozialformen – wie etwa die tradierte bürgerliche Familie mit ihrer dominierenden Vaterfigur – aufzulösen beginnen. Erst wenn soziale Ordnungen zu wanken beginnen, die bis dahin gleichsam „naturwüchsig“ schienen, entstehen so-

ziale und politische Probleme und im Gefolge davon Forschungsaufgaben, die soziologisch oder politikwissenschaftlich bearbeitet werden können. Dann ergibt sich etwa das Problem der spezifischen Entstehungsbedingungen, die Frage nach Art und Reichweite solcher Irritationen und so weiter. So wäre auch im Fall der politischen Mitte zu fragen, wo ihr sozialer Ursprung und ihr sozialer Ort zu finden sei. Mit dieser Perspektive aber betritt man das weite Feld der historischen Entwicklung des modernen Parteienspektrums in bürgerlichen Nationalstaaten, wie sie in der westlichen Welt seit der Französischen Revolution entstanden sind.

Parteiungen gab es zwar bereits in den griechischen Stadtstaaten. Freie Männer sammelten sich dort in Gruppierungen, die für oder gegen bestimmte „öffentliche“ Personen eintraten. Fest organisierte Parteien oder gar Parlamentsfraktionen aber konnte es erst nach dem Ende der Monarchien geben, da die Herrschaft von autokratischem Souverän und tonangebendem Adel eine Mitwirkung der niederen Stände am staatlichen Willen vordem noch gar nicht zuließ. Erst als die bürgerlichen Stände sich zur „Nationalversammlung“ in Paris konstituiert hatten, gab es erste moderne Parteibildungen. So etwa sind im Sommer 1790 die Bezeichnungen „partie gauche“ (linke Partei) und „partie droite“ (rechte Partei) entsprechend ihrer Sitzordnung bereits bekannt. Seit jener Zeit ist wiederholt die Rede von „la gauche“ und „la droite“, was in den späteren Kammern der deutschen Länder den Begriffen „linke Seite“ und „rechte Seite“ entsprach. Erst viel später wurden die Kurzformen „Linke“ und „Rechte“ geläufig. Im Laufe des 19. Jahrhunderts bildeten sich zunächst sogenannte Honoratiorenparteien, in denen wenige Privilegierte mit Hilfe einer Gefolgschaft ihre Interessen im Gemeinwesen wahrnahmen. Ganz anders operieren moderne Volksparteien, die nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts als Klassen-, Weltanschauungs- und Massenparteien mit festen Mitgliedern, Programmen und Organisationsstrukturen um Wählerzustimmung werben müssen. Ihre Aufgabe besteht in der Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme am öffentlichen Leben im Sinne eines bestimmten Programms, das den Anspruch erhebt, dem Gemeinwohl zu dienen. Solche Appelle richten sich heute durchwegs an noch unentschlossene Wähler, die es zu gewinnen gilt, um bestimmte Interessen in den Parlamenten mehrheitsfähig zu machen.

PHILOSOPHIE DER MITTE: ABSCHIED VON DER UTOPIE

Über dem Tempel des Gottes Apollo in Delphi findet sich der Sinnspruch der sieben Weisen: „Nichts im Übermaß!“ Er gehört zu den ethischen Forderungen einer gesellschaftlichen Mitte, um deren Rechtfertigung sich seit Aristoteles eine der wirkmächtigsten Schulen der abendländischen Philosophie bemüht hat. Verfolgt man deren Linie, so stößt man auf Epikur, die Stoiker wie Seneca und Marc Aurel, bis hin zur skeptischen Theorie eines Montaigne. Tonangebend an diesem eher nüchternen, sich lebensnah gebenden

den Ethos der Mäßigung waren im 18. und 19. Jahrhundert vor allem Spinoza, John Locke, Adam Smith, Edmund Burke, John Stuart Mill und Alexis de Tocqueville, die allesamt dem antiplatonischen und antiutopistischen Sinn der „praktischen Philosophie“ Auftrieb gaben. Es ist dies jene Richtung, die vonseiten ihrer Anhänger als liberal, freiheitlich, in jedem Falle als allen extremen Versuchungen fernstehend und damit als „Mitte“ im positiven Sinne gerühmt wird.

Aus der Sicht der genannten „Mitte-Denker“ war denn auch die Staatsutopie Platons der erste Sündenfall des europäischen Geistes, da er mit der Konstruktion eines Idealstaates, dem die Griechen nacheifern sollten, das Maß des Menschlichen zugunsten einer bloß ausgedachten staatlichen Ordnung verlassen hatte. Von da an, so lautet ein Mitte-Topos, datiere eine der Moderne eigene Sucht nach Perfektionierung sozialer und politischer Verhältnisse, ein daraus entspringender „Reinheitswahn“, bis hin zu den Genoziden des 20. Jahrhunderts, die in ihrer Hybris die Menschheit von den ihr wesenseigenen Unzulänglichkeiten befreien wollten.

Demgegenüber gibt sich die Mitte-Philosophie bescheiden. Sie anerkennt die sozialen Ungleichheiten, um deren Beseitigung es vielen Utopien zu tun ist, als natur- und schicksalsgegeben an, verzichtet bewusst auf die Herstellung einer perfekt gedachten „Gerechtigkeit“, die mit terroristischen Folgen zur Gleichmacherei des genuin Ungleichen führen müsse. Das Credo dieser typisch für die der Mitte-Position entsprechenden Absage an jede Form einer sozialen Utopie hat auf exemplarische Weise der Philosoph Karl Popper formuliert: „Was ich als utopische Sozialtechnik kritisiere, ist der Vorschlag des völligen Neubaus der Gesellschaftsordnung als ganzer, ein Vorschlag, dessen Verwirklichung zu sehr weitgehenden Veränderungen führen muss und dessen praktische Konsequenzen sich wegen unserer beschränkten Erfahrung nur schwer abschätzen lassen“ (Popper 1970: 219). Ein solcher „utopischer Versuch der Verwirklichung eines idealen Staates auf Grund eines Entwurfes der Gesellschaftsordnung als ganzer“ verlange „eine streng zentralisierte Herrschaft einiger weniger, und er führt daher aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Diktatur“ (ebd.: 217). Und ein erklärter Utopiegegner wie Joachim Fest fügt ergänzend hinzu: „Was im Blick auf das nationalsozialistische Zukunftsbild so unverkennbar ins Auge fällt, gilt auch für das kommunistische Gegenbild: das Eine wie das Andere sind tiefes 19. Jahrhundert, erfüllt von Allmachtsphantasie, Geschichtsmystik sowie schwarzem oder leuchtendem Menschheitspathos, und in alledem nichts als ein [...] Aberglaube in wissenschaftlicher Verbrämung“ (Fest in: Saage 1992: 18).

Das Verschwinden politischer Utopien bildet ein Dauerthema der Mentalitätsforschung, besonders nach dem Ende des Sowjetmarxismus. Es wird eher begrüßt als bedauert. Die Losung: „Wer den Himmel auf Erden sucht, muss in der Hölle landen“ gehört geradezu zu den Mandalas des herrschenden Zeitgeistes. Dahingestellt bleibt allerdings, ob die kollektiven Bedürfnisse nach einer besseren Welt nicht vielleicht doch zur anthropologischen

Grundverfassung einer nach wie vor sinnbedürftigen Menschengattung gehören.

Der Utopiefeindlichkeit vieler Autoren entspricht auch die zu beobachtende Suche nach einer Aufwertung klassischer bürgerlicher Tugenden wie denen von „Maß und Mitte“. Von dieser Optik her erscheinen die Extreme links und rechts der Mehrheit der Bürger als gefährliche Schwarmgeistereien, als Wege hin zu Intoleranz und Gewalt. Insofern ließe sich das Streben zur Mitte, mittlerweile Kennzeichen fast aller am Parlamentarismus orientierten politischen Parteien, auch als eine Folge der Abkehr vom alten Rechts-Links-Schema begreifen. Dass das damit bezeichnete Problem auch in den benachbarten Staaten gesehen wird, zeigen jüngste Kommentare zu deren Parteienentwicklung. Sie lauten etwa: „In Österreich entscheidet die Mitte“ oder „Wahlen gewinnt man auch in Großbritannien in der Mitte“. In allen Mehrheitsdemokratien streben die dominanten Parteien zur „Mitte“, und dies besonders vor Wahlen. Auch das jüngste Parteiprogramm der FDP steht unter dem Motto: „Die Mitte stärken“. Noch die rechtsextreme NPD plakatiert auf ihrem diesjährigen Parteitag die Parole: „Aus der Mitte des Volkes“.

Inhaltlich geht es bei der Politik der Mitte um das einstige bürgerliche Lebensideal: um die Suche nach Gleichgewicht und Harmonie. Gegensätzliche Elemente wie Eigennutz und Gemeinnutz, Freiheit und Gleichheit sollen im Sinne der alten Weisheit eines dritten, mittleren Weges unterlaufen werden. Gelänge dies, sei auch das überkommene Rechts-Links-Schema zugunsten von „richtig“ oder „falsch“ endgültig überwunden. So gesehen erscheinen die Mitte-Appelle, wie sie vermehrt gerade in der Zeit der Großen Koalition zwischen SPD und CDU/CSU ertönen, auch als Aufrufe zu Loyalität und Gefolgschaftsbereitschaft jenseits aller Parteiegoismen. Gerade die Leerformelhaftigkeit der Berufung auf eine imaginäre Mitte verbürgt deren ideologisch-politische Funktion. Ist doch heutzutage fast ein jeder von einer gewissen „Rand-Angst“ getrieben und deshalb geneigt, sich in eine Mitte zu verorten, die Solidität und Normalität symbolisiert.

VERLUST DER TRENNSCHÄRFE

Repräsentativ für eine nach dem Ende des „Dritten Reiches“ weit verbreitete kulturpessimistische Klage über einen „Verlust der Mitte“ ist die gleichnamige Schrift des Kunsthistorikers Hans Sedlmayr (vgl. Sedlmayr 1965). Für ihn hat die Moderne mit ihren neuen Göttern (die Maschine, das All, das Chaos, das Nichts) den Menschen aus seiner Mitte gestoßen, wodurch auch die Kunst ihren einstigen Rang verloren habe. Durch die moderne Hybris der Autonomieerklärung des Menschen und die damit vollzogene Lösung aus allen haltenden Bindungen sei es zu einer vielfachen Störung der *condition humaine* gekommen: Gestört sei in der Moderne das Verhältnis des Menschen zu Gott, zu sich selbst, zu anderen Menschen, zur Natur, zur Zeit,

die nur mehr als endlos stillstehende Immanenz, als vermeintlich heile Vergangenheit oder als in die Zukunft projizierte Utopie wahrnehmbar sei. Der Grund allen Übels ist für Sedlmayr das moderne Streben nach Autonomie, das heißt die Selbstermächtigung des neuzeitlichen Rationalismus. Für ihn ist das Experiment der Moderne mithin gescheitert: Der Mensch, so meint er, kann und darf nicht autonom sein.

Die in der bundesrepublikanischen Politik von Beginn an herrschende „Magie der Mitte“ ist auch Resultat traumatischer geschichtlicher Erfahrungen: Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges schienen die konservativen Rechtsparteien zunächst diskreditiert, da sie an der Zerstörung der Weimarer Republik beteiligt waren. Auf das linke Lager hatten die vom KPD-Verbotsurteil ausgehende Drohung gegenüber allen „Linksabweichungen“ sowie der im Zuge des Kalten Krieges wieder erstarkte Antikommunismus eine nachhaltige Wirkung. Aus dieser Situation ergab sich schließlich seit den 1950er Jahren ein dominantes Spektrum bundesrepublikanischer Mitte-Parteien, die sich unterschiedslos als „Volksparteien“ verstanden, schon um Mehrheiten gewinnen zu können. Beispielhaft hierfür steht die Entwicklung der SPD bis zum Godesberger Programm 1959, mit dem sie ihren einstigen Charakter als „Klassen- und Weltanschauungspartei“ endgültig aufgab.

Die mit dem Weg zur Volkspartei (Otto Kirchheimers „*Catch-All-Party*“) vollzogene Abkehr von einstigen Parteiprofilen hat ohne Zweifel zu einem Verlust der Trennschärfe und damit zu einer Entkernung der Parteienkonkurrenz geführt. Mangelnde Unterschiede im Grundsatz führen oft zu einem hysterischen Streit (meist Personalfehden), der nur die Leere der politischen Auseinandersetzungen überdeckt. Auch wenn der Weg zurück zur Weltanschauungs- und Klassenpartei nicht mehr möglich ist, gilt es doch, den Preis des „Fortschritts“ in der Parteiengeschichte zu thematisieren. Nur so kann die immanente Gefährdung der Demokratie beobachtet und eventuell vermieden werden. Demokratie aber lebt, wie Helmut Schmidt betont, von Diskussion, Konflikt und sachbezogenem Streit: Sie ist ein Prozess.³

Zur Erklärung der Parteienkonkurrenz um den Platz in der Mitte ließen sich unter anderem folgende Gründe anführen:

- „Mitte“ ist ein Symbol für den sozialen und politischen Ausgleich, für die Harmonisierung von Gegensätzen.
- Die „Mitte“ wird von den Volksparteien als etwas beschworen, das die Lösung komplexer Fragen verspricht; zugleich enthält das Bekenntnis zu ihr eine Absage an die Extreme: Von diesem Doppelcharakter der Beschwörung und der Absage leitet sich die geradezu magische Anziehungskraft ab, welche die Mitteposition offenbar für viele Wähler, vor allem aber für die sogenannte schweigende Mehrheit besitzt.
- Wer die Mitte repräsentiert, beansprucht, gemäß dem Goethe'schen Motto „Prophete links, Prophete rechts, das Weltkind in der Mitten“, einen realitätsgerechten, gewissermaßen „überparteilichen“ Standpunkt *jenseits* bloß partikularer Interessenvertretung. Da das Plädoyer für die „gesunde Mit-

te“ die Verheißung einer höheren „dritten Position“ enthält, die sich ideologischer Einseitigkeit linker oder rechter Extreme entledigt habe, wird eine eher apathische Haltung⁴ stets dazu neigen, sich den Parteien der Mitte anzuschließen, steht diese doch in der Regel einer als Konflikt verstandenen Politik ablehnend gegenüber.

- Soziologisch gehören die Grenz- und Wechselwähler, um die bei Wahlen stets in erster Linie geworben wird, mehrheitlich einem „neuen Mittelstand“ an. Für sie kommen daher, ihrer sozialen Mitte-Lage entsprechend, meist auch nur gemäßigte Parteien in Frage, die einen kontrollierten Fortschritt bejahen.

KRITIK AM „DRANG ZUR MITTE“

Der französische Politikwissenschaftler Maurice Duverger hat – im Gegensatz zu der in der Bundesrepublik vorliegenden Tendenz zur Mitte hin – in seiner Parteiensoziologie zu Recht von einem „natürlichen Phänomen des Dualismus der Parteien“ gesprochen. Gemeint ist damit die Tatsache, dass alles politische Handeln letztlich auf Entscheiden und Wählen beruht: „Jede Politik bedingt eine Alternative zwischen zwei Lösungen, denn die vermittelnden Lösungen lehnen sich an die eine oder andere an. Das besagt nichts anderes, als dass es in der Politik keine Mitte gibt. Es mag wohl eine Partei der Mitte geben, aber keine Richtung der Mitte. Mitte nennt man den geometrischen Ort, an dem sich die gemäßigten der entgegengesetzten Richtungen sammeln. [...] Jede Mitte ist in sich selbst gespalten – die linke und die rechte Mitte, denn sie selbst ist nur die künstliche Zusammenfassung des rechten Flügels der Linken und des linken Flügels der Rechten. Es ist die Bestimmung der Mitte, zerteilt, hin und her geworfen, aufgelöst zu werden. [...] Es ist der Traum der Mitte, die Synthese entgegengesetzter Bestrebungen darzustellen, aber die Synthese ist nur eine theoretische Möglichkeit. Das Handeln ist ein Wählen, und Politik ist Handeln“ (Duverger 1959: 229f.). Aus diesen Überlegungen Duvergers folgt, dass das, was zu einem bestimmten Zeitpunkt als „Mitte“ gilt, gänzlich von den Rändern her abhängt. Aus der Inhaltslosigkeit der Mitte-Bestimmung folgt die Flexibilität des jeweiligen Mitte-Begriffs. Er enthält lediglich eine räumliche Orientierung und kann deshalb nur aus dem Kontext des jeweiligen Parteienspektrums erschlossen werden.

War Politik als „Interessenkonflikt“ im vorigen Jahrhundert primär Ausdruck ökonomischer Widersprüche und stand damit im Zeichen des „Herrschaftsparadigmas“, so wurde dieser Typ der politischen Auseinandersetzung seit den 1950er Jahren überlagert von einem sozialstaatlichen „Verteilungsparadigma“. Der einstige Klassenkonflikt wurde nun zum Verteilungskonflikt und erschien als solcher durch sozialpolitische Maßnahmen regulierbar. Die damit ermöglichten systemkonformen Entschädigungen schie-

nen im Sinne einer allmählichen „Professionalisierung der Reform“ diese Verteilungskonflikte grundsätzlich lösbar zu machen.

Die hier angedeutete Entwicklung fand ihr Pendant im Programm der „sozialen Marktwirtschaft“. Sie verstand sich beim Antritt der Regierung Konrad Adenauers im Jahre 1949 als „dritter Weg“ beziehungsweise „goldener Mittelweg“ zwischen einem reinen Wirtschaftsliberalismus und einem umfassenden Wohlfahrtsstaat, so wie er noch von der Weimarer Reichsverfassung entworfen worden war. Eigenverantwortung und freier Wettbewerb galten nunmehr als die entscheidenden Antriebskräfte des rasch eintretenden Wohlstands in den 1950er und 60er Jahren. Dem System der „sozialen Marktwirtschaft“ entsprach der Typus der Volkspartei, wie ihn die CDU von früh an und die SPD nach ihrem Abschied von der Weltanschauungs- und Klassenpartei mit dem Godesberger Programm anstrebte. Auf diese Weise wurde die Sozialdemokratie auch auf Bundesebene zum potentiellen Koalitionspartner – ein weiterer Drang zu einer Mitte, wie ihn in jener Zeit auch der Soziologe Helmut Schelsky als vorherrschenden Zug aller demokratischen Parteien der Bundesrepublik diagnostizierte, als er schrieb: „Bei dem Drang zur ‚Mitte‘, der zur Zeit in allen demokratischen Parteien der Bundesrepublik vorherrscht, dürfte die Frage, was heißt heute ‚liberal‘, die wichtigste Grundsatzdiskussion der kommenden Jahre sein“ (Schelsky 1976, Klappentext; zu Schelskys Theorie der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ vgl. Fischer 2007: 77-91).

In jüngster Zeit hat vor allem die Politologin Chantal Mouffe vehement Kritik an der harmonisierenden Vorstellung geübt, dass heute bereits „Konflikte zwischen Interessenverbänden der Vergangenheit angehören und Konsens“ in der Regel „durch Dialog erzielt werden könne“ (Mouffe 2007: 7). Dieser allzu optimistischen Diagnose gegenüber, die ein Ende aller Ideologien behauptet, will sie den Nachweis erbringen, dass dieser „postpolitische Zeitgeist“ nicht zu mehr, sondern vielmehr weniger Demokratie führt (vgl. ebd.: 8). Die nach dem Ende des Sowjetkommunismus verbreitete Sehnsucht nach einer rundum befriedeten Welt ist für Mouffe eine Illusion, denn sie verleugne die von Grund auf antagonistische Struktur alles Politischen und die ihr stets innewohnenden Interessengegensätze. Diesem weit verbreiteten Harmonieverlangen gegenüber plädiert Mouffe für die „Schaffung einer lebendigen ‚antagonistischen‘ Sphäre des öffentlichen Wettstreits [...], in der verschiedene hegemoniale politische Projekte miteinander konfrontiert werden könnten“ (ebd.: 10).

Dementsprechend sei die Ersetzung der tradierten Rechts-Links-Polarisierung durch eine simple moralische Bewertung politischer Positionen als „richtig“ oder „falsch“ irrig, weil diese Beurteilung ein Gegenstand des politischen Wettstreits mindestens zweier Kontrahenten bleiben müsse, sollen Konflikte nicht vorschnell in Konsens aufgelöst werden. Ein derartiger Vorgang könne sich geradezu als demokratiewidrig erweisen. Jedem vermeintlichen Konsens liege in Wahrheit eine Entscheidung zugrunde, die nur auf demokratischem Wege getroffen werden dürfe, soll nicht das Projekt der De-

mokratie selbst Schaden nehmen. Nach Chantal Mouffe bleibt es die vornehmliche Aufgabe demokratischer Ordnungen, die in jeder Interessenartikulation konfligierender Parteien zutage tretende Wir/Sie-Unterscheidung auf pluralistische Weise öffentlich zu machen. Demokratie baut ihrer Natur nach stets auf Polarisierung und kollektive Identifikation. Gäbe man die Begriffe rechts/links einfach auf, so leiste man der zu Kompromissen genötigten demokratischen Willensbildung einen Bärendienst: „Die Besonderheit der modernen Demokratie liegt in der Anerkennung und Legitimierung des Konflikts und in der Weigerung, ihn durch Auferlegung einer autoritären Ordnung zu unterdrücken. [...] Daher sollten wir uns vor der heutigen Tendenz hüten, eine Politik des Konsenses zu glorifizieren, die sich rühmt, die angeblich altmodische Politik der Gegnerschaft von rechts und links ersetzt zu haben“ (ebd.: 42).

Hier ergibt sich eine interessante Parallele zwischen der Konflikttheorie Chantal Mouffes, der Parteiensoziologie Duvergers und der Freud'schen Psychoanalyse: Hier wie dort erweist sich die Verdrängung rational nicht aufgelöster politischer bzw. psychischer Potentiale – bei Freud im Unbewussten – als kontraproduktiv. Verdrängt man das Politische, so sucht es sich einen anderen Schauplatz. Abgedrängt durch einen vermeintlich auf dem Weg des Dialogs hergestellten Konsens sucht sich das unaufgearbeitete Konfliktpotential einen Ausweg in mitunter nicht mehr steuerbare Situationen, eine Dialektik, die eben das befördern hilft, was vermieden werden sollte: Dann erst werden Gegner zu Feinden, deren Konflikte womöglich nur mehr durch Anwendung von Gewalt ausgetragen werden können.

ANMERKUNGEN

- 1 Dieser Beitrag erschien zunächst in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (APuZ 38/2009, S. 15-20).
- 2 Hinzuweisen wäre allerdings auf die jüngste Arbeit von Peter Fischer (2007). Der Autor liefert einen vorzüglichen Überblick zur Phänomenologie und historischen Genese des Mitte-Paradigmas.
- 3 „Lernfähigkeit und Anpassungsfähigkeit der Demokratie können nur gedeihen in einem Klima, in dem Diskussion, Konflikt und Streit selbstverständlich sind. Kultureller und politischer Fortschritt bedürfen des Konfliktes. Demokratie ist weniger ein Zustand als ein Prozess“ (Helmut Schmidt 2008: 81).
- 4 „Sie ist in hohem Grade Gleichgültigkeit von Menschen, die genug von der Politik erfahren haben, um sie abzulehnen, genügend politische Information besitzen, um sie sich vom Leibe zu halten, und genug über ihre Pflichten als Staatsbürger wissen, um sich ihnen zu entziehen“ (David Riesman 1958: 180).

LITERATUR

- Duverger, Maurice (1959): Die politischen Parteien, Tübingen.
- Fischer, Peter (2007): Mitte, Maß und Mäßigkeit. Zur Idee und Relevanz eines gesellschaftlichen Mittebezuges, Hamburg.
- Guggenberger, Bernd/Klaus Hansen (Hg.) (1993): Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur, Wiesbaden.
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt am Main.
- Popper, Karl R. (1970): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd. I: Der Zauber Platons, Bern u. München.
- Riesman, David (1958): Die einsame Masse, Hamburg.
- Saage, Richard (Hg.) (1992): Hat die politische Utopie eine Zukunft?, Darmstadt.
- Schelsky, Helmut (1976): Der selbständige und der betreute Mensch, Stuttgart.
- Schmidt, Helmut (2008): Außer Dienst. Eine Bilanz, München.
- Sedlmayr, Hans (1965): Verlust der Mitte, Reinbek.

Autorinnen und Autoren

Berthold Franke, Dr. phil., Leiter des Goethe-Instituts Brüssel, Regionalleiter Südwesteuropa und Europa-Beauftragter des Goethe-Instituts.

Richard Gebhardt, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen.

Wolfgang Gessenharter, Dr. phil., em. Professor für Politikwissenschaft an der Helmut Schmidt Universität – Universität der Bundeswehr Hamburg.

Michael Greven, Dr. phil., Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg.

Wolfgang Fritz Haug, Dr. phil., em. Professor für Philosophie an der Freien Universität Berlin.

Dirk Jörke, PD Dr. phil., Heisenberg-Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft, zurzeit Vertretungsprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg.

Helmut König, Dr. phil., Professor für Politische Wissenschaft an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen.

Michael Kohlstruck, Dr. phil., Leiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Jugendgewalt des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin.

Kurt Lenk, Dr. phil., em. Professor für Politische Wissenschaft an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen.

Andrea Mork, Dr. phil., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn.

Hilal Onur, Dr. phil., Associate Professor, Department of Political Science and Public Administration, Hacettepe University Ankara.

Henrique Ricardo Otten, Dr. phil., Lehrkraft für besondere Aufgaben am Institut für Politische Wissenschaft der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen.

Karin Priester, Dr. phil., em. Professorin für Soziologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Hans-Jürgen Puhle, Dr. phil., em. Professor für Politikwissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Karl-Siegbert Rehberg, Dr. phil., Professor für Soziologie an der Technischen Universität Dresden.

Richard Saage, Dr. phil., em. Professor für Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Manfred Sicking, Dr. phil., Co-Dezernent der Stadt Aachen und Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft der RWTH Aachen.

Thomas Wagner, Dr. phil., Kulturosoziologe, lebt als freier Autor in Berlin.

Alban Werner, Doktorand am Institut für Politische Wissenschaft der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen.

Karl-Georg Zinn, Dr. phil., em. Professor für Volkswirtschaftslehre an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen.